



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 5. Januar 1972

Teil I Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
20. 12. 71	Gesetz über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 3. September 1971	1
20. 12. 71	Gesetz über das Protokoll vom 14. Oktober 1971 zu dem am 13. Juli 1957 in Warschau unterzeichneten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik ....	15

**Gesetz**  
**über den Konsularvertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 3. September 1971**  
**vom 20. Dezember 1971**

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 3. September 1971 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 42 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Mit dem Inkrafttreten des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 3. September 1971 tritt das Gesetz vom 8. August 1957 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 10. Mai 1957 (GBl. I Nr. 52 S. 435) außer Kraft.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1972 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**  
W. Uibrich

**Konsularvertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der**  
**Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben

vom Wunsch geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen in Übereinstimmung mit dem am 12. Juni 1964 in Moskau unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, ge-

genseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken weiterzuentwickeln, und

unter Berücksichtigung dessen, daß der in Moskau am 10. Mai 1957 unterzeichnete Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einer Erneuerung bedarf,

beschlossen, den vorliegenden Konsularvertrag abzuschließen und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

August Klöbes,  
Leiter der Abteilung Konsularische Angelegenheiten  
des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten  
der Deutschen Demokratischen Republik,

das Präsidium des Obersten Sowjets  
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Nikolai Iwanowitsch Moijakow,  
Leiter der Konsularverwaltung  
des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten  
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form  
befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

## Kapitel I

### Definitionen

#### Artikel 1

Im Sinne dieses Vertrages haben die nachstehenden  
Begriffe folgende Bedeutung:

1. „Konsulat“ ist ein Generalkonsulat, ein Konsulat,  
ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur.
2. „Konsularbezirk“ ist das Gebiet, auf dem eine konsularische  
Amtsperson berechtigt ist, konsularische  
Funktionen auszuüben.
3. „Leiter des Konsulats“ ist die mit der Leitung eines  
Konsulats beauftragte Person.
4. „Konsularische Amtsperson“ ist eine Person, einschließ-  
lich des Leiters des Konsulats, die mit der  
Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauf-  
tragt ist. Der Begriff „konsularische Amtsperson“  
umfaßt auch eine Person, die zum Praktikum in  
das Konsulat entsandt wurde.
5. „Mitarbeiter des Konsulats“ ist eine Person, die  
keine konsularische Amtsperson ist und die im  
Konsulat administrative oder technische Funktio-  
nen ausübt. Der Begriff „Mitarbeiter des Konsulats“  
umfaßt auch eine Person, die als Kraftfahrer, Haus-  
angestellte, Gärtner tätig ist oder andere Aufgaben  
zur Versorgung des Konsulats erfüllt.
6. Der Begriff „Bürger des Entsendestaates“ umfaßt  
auch juristische Personen.
7. „Konsularräumlichkeiten“ sind Gebäude oder Ge-  
bäudeteile, einschließlich der Residenz des Leiters  
des Konsulats sowie der Grundstücke, die zu diesen  
Gebäuden oder Gebäudeteilen gehören und unge-  
achtet der Eigentumsverhältnisse ausschließlich für  
konsularische Zwecke genutzt werden.
8. „Konsulararchiv“ umfaßt den gesamten dienstli-  
chen Schriftwechsel, Chiffre, Dokumente, Bücher,  
technische Arbeitsmittel sowie Einrichtungsgegen-  
stände, die zu ihrer Aufbewahrung bestimmt sind.
9. „Schiff“ ist jedes Wasserfahrzeug, das unter der  
Flagge des Entsendestaates fährt.
10. „Flugzeug“ ist jedes Luftfahrzeug, das die Erken-  
nungszeichen des Entsendestaates trägt.

## Kapitel II

### Einrichtung von Konsulaten, Ernennung von konsularischen Amtspersonen

#### Artikel 2

(1) Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit des-  
sen Zustimmung eingerichtet werden.

(2) Der Sitz des Konsulats, sein Rang und der Kon-  
sularbezirk sowie jede diesbezügliche Änderung er-  
folgt auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Ent-  
sendestaat und dem Empfangsstaat.

#### Artikel 3

(1) Vor Ernennung des Leiters des Konsulats durch  
den Entsendestaat ist das Einverständnis des Emp-  
fangsstaates hinsichtlich seiner Person einzuholen.

(2) Nachdem dieses Einverständnis vorliegt, übermit-  
tet der Entsendestaat dem Empfangsstaat das Kon-  
sularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung  
des Leiters des Konsulats, seinen Rang sowie  
den Konsularbezirk, in dem er seine Funktionen aus-  
üben wird, und den Ort, in dem das Konsulat seinen  
Sitz hat.

(3) Nach Vorlage des Konsularpatents oder eines an-  
deren Dokuments über die Ernennung des Leiters eines  
Konsulats erteilt ihm der Empfangsstaat möglichst  
kurzfristig das Exequatur oder eine andere Erlaubnis.

(4) Der Leiter des Konsulats kann seine Tätigkeit  
nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Er-  
laubnis durch den Empfangsstaat aufnehmen.

(5) Der Empfangsstaat kann dem Leiter des Kon-  
sulats bis zur Erteilung des Exequaturs oder einer an-  
deren Erlaubnis gestatten, seine Funktionen vorläufig  
auszuüben.

#### Artikel 4

Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat Vor- und  
Zunamen, Rang und Dienststellung einer jeden konsu-  
larischen Amtsperson mit, die nicht als Leiter des  
Konsulats eingesetzt wird.

#### Artikel 5

Eine konsularische Amtsperson kann nur Bürger des  
Entsendestaates sein.

#### Artikel 6

Der Empfangsstaat kann den Entsendestaat jederzeit  
davon in Kenntnis setzen, daß das Exequatur oder eine  
andere Erlaubnis des Leiters des Konsulats zurückgezo-  
gen wurde oder daß die konsularische Amtsperson oder  
ein Mitarbeiter des Konsulats nicht erwünscht ist. In  
solchen Fällen hat der Entsendestaat diese konsula-  
rische Amtsperson oder diesen Mitarbeiter des Kon-  
sulats, falls er schon seine Tätigkeit aufgenommen hat,  
abzuberufen.

## Kapitel III

### Privilegien und Immunitäten

#### Artikel 7

Der Empfangsstaat gewährt der konsularischen Amts-  
person und den Mitarbeitern des Konsulats den erfor-  
derlichen Schutz und trifft die notwendigen Maßnah-  
men, damit die konsularischen Amtspersonen und die

Mitarbeiter des Konsulats ihre Funktionen ausüben und ihre Rechte, Privilegien und Immunitäten, die im vorliegenden Vertrag und in den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorgesehen sind, in Anspruch nehmen können.

#### Artikel 8

(1) Wenn der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grunde seine Funktion nicht ausüben kann oder die Stelle des Leiters zeitweilig unbesetzt ist, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines anderen Konsulats im Empfangsstaat oder einen Diplomaten seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat mit der Ausübung der Funktion des Leiters beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon rechtzeitig durch den Entsendestaat in Kenntnis zu setzen.

(2) Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.

(3) Die Delegation eines Diplomaten der diplomatischen Vertretung an das Konsulat entsprechend Absatz 1 dieses Artikels berührt nicht seine Privilegien und Immunitäten, die ihm auf Grund seines diplomatischen Status gewährt werden.

#### Artikel 9

(1) Die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten konsularischer Amtspersonen erstrecken sich gleichermaßen auf Diplomaten der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates, die mit konsularischen Funktionen betraut wurden.

(2) Die Übernahme konsularischer Funktionen durch die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Personen berührt nicht die Privilegien und Immunitäten, die ihnen auf Grund ihres diplomatischen Status zustehen.

#### Artikel 10

Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile für das Konsulat und Wohnungen für konsularische Amtspersonen oder Mitarbeiter des Konsulats, soweit sie Bürger des Entsendestaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben, als Eigentum erwerben oder pachten. Dabei erweist der Empfangsstaat, falls notwendig, dem Entsendestaat jegliche Hilfe und Unterstützung.

#### Artikel 11

(1) Am Gebäude des Konsulats können das Staatswappen und die Bezeichnung des Konsulats in der Sprache des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.

(2) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates aufgezogen werden.

(3) Der Leiter des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates an den von ihm benutzten Fahrzeugen führen.

#### Artikel 12

(1) Die Gebäude und Gebäudeteile, die ausschließlich für Zwecke des Konsulats genutzt werden, sowie das dazugehörige Gelände sind unverletzlich.

Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Gebäude und Gebäudeteile, die ausschließlich für Zwecke des

Konsulats genutzt werden, sowie das dazugehörige Gelände ohne Erlaubnis des Leiters des Konsulats, des Leiters der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer Person, die von einem von ihnen benannt worden ist, nicht betreten.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels gelten auch für Wohnräume der konsularischen Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats, soweit diese nicht Bürger des Empfangsstaates oder Personen sind, die ihren ständigen Wohnsitz in ihm haben.

#### Artikel 13

Konsulararchive sind zu jeder Zeit und unabhängig von ihrem Standort unverletzlich.

#### Artikel 14

(1) Das Konsulat hat das Recht, sich mit seiner Regierung oder den diplomatischen Vertretungen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Zu diesem Zweck kann das Konsulat alle allgemeinen Verbindungsmittel, Chiffre, Kuriere sowie Kuriergepäck (Säcke, Taschen usw.) benutzen. Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Funkstation darf nur mit Zustimmung des Empfangsstaates erfolgen.

Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für das Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Vertretung.

(2) Dienstpost sowie Kuriergepäck des Konsulats, die sichtbar und auf ihren offiziellen Charakter hinweisend gekennzeichnet sind, sind unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder kontrolliert noch zurückgehalten werden, unabhängig davon, welche Verbindungsmittel benutzt werden.

(3) Den Personen, die Konsulargepäck befördern (Konsularkuriere), werden die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie diplomatischen Kurieren des Entsendestaates gewährt.

(4) Das Konsulargepäck kann einem Flugzeugführer oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden. Er erhält ein offizielles Dokument, aus dem die Anzahl der Gepäckstücke hervorgeht, wird jedoch nicht als Konsularkurier betrachtet. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, dieses Gepäck vom Flugzeugführer oder vom Kapitän eines Schiffes direkt und unbehindert in Empfang zu nehmen oder zu übergeben.

#### Artikel 15

Eine konsularische Amtsperson ist unantastbar. Ein Mitarbeiter des Konsulats ist, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, ebenfalls unantastbar.

Diese Personen dürfen weder verhaftet noch vorläufig festgenommen werden. Der Empfangsstaat ist verpflichtet, sie mit gebührender Achtung zu behandeln und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um den Schutz ihrer Person, ihrer Freiheit und Würde zu sichern.

#### Artikel 16

(1) Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, genießt die Immunität

vor der Gerichtsbarkeit und vor jeglichen staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates, mit Ausnahme bei:

- a) Klagen in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, soweit sie es nicht im Namen des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken besitzt;
- b) Klagen in Nachlasssachen, in denen eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats in privater Eigenschaft nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftritt;
- c) Klagen im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats im Empfangsstaat neben der dienstlichen Tätigkeit ausübt.

(2) Gegen eine konsularische Amtsperson oder gegen einen Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den unter Buchstaben a, b und c des Absatzes 1 vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person oder ihrer Wohnung zu beeinträchtigen.

(3) Familienmitglieder einer konsularischen Amtsperson oder eines Mitarbeiters des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt und sie mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben, genießen die Immunität vor der Gerichtsbarkeit und jeglichen staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates sowie die persönliche Unantastbarkeit wie eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt.

(4) Der Entsendestaat kann auf die Immunität konsularischer Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats sowie ihrer Familienangehörigen verzichten. Der Verzicht muß in jedem Fall in gehöriger Form zum Ausdruck gebracht werden. Der Verzicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit in Zivilverfahren und bei administrativen Angelegenheiten bedeutet nicht den Verzicht auf die Immunität in bezug auf die Vollstreckung der Entscheidung, wozu ein besonderer Verzicht erforderlich ist.

#### Artikel 17

(1) Eine konsularische Amtsperson ist nicht verpflichtet, Zeugenaussagen zu machen.

(2) Wenn der Entsendestaat einverstanden ist, daß eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Entsendestaates ist und seinen ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat, Zeugenaussagen macht, so kann dieser auf Ersuchen aussagen.

(3) Es ist unzulässig, eine konsularische Amtsperson oder einen Mitarbeiter des Konsulats, der nicht Bürger des Empfangsstaates ist oder nicht seinen ständigen Wohnsitz in ihm hat, zu zwingen, Zeugenaussagen zu machen, zu diesem Zweck vor Gericht zu erscheinen oder im Falle einer Aussageverweigerung oder eines Fernbleibens vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen.

(4) Ein Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Empfangsstaates ist oder seinen ständigen Wohnsitz in ihm hat, kann sich weigern, über dienstliche Angelegenheiten Zeugenaussagen zu machen.

(5) Bei Anwendung der in Absatz 2 des vorliegenden Artikels enthaltenen Festlegungen werden entsprechende Maßnahmen getroffen, um eine Behinderung der Arbeit des Konsulats zu vermeiden.

Wenn es möglich ist, können mündliche oder schriftliche Zeugenaussagen im Konsulat oder in der Wohnung der betreffenden konsularischen Amtsperson oder des betreffenden Mitarbeiters des Konsulats gemacht werden.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels treffen auf alle Verfahren und Handlungen zu, die von staatlichen Organen durchgeführt werden.

(7) Die Bestimmungen dieses Artikels werden entsprechend auf Familienangehörige einer konsularischen Amtsperson oder eines Mitarbeiters des Konsulats angewandt, sofern sie mit diesen im gemeinsamen Haushalt leben, nicht Bürger des Empfangsstaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz in ihm haben.

#### Artikel 18

(1) Die konsularische Amtsperson wird im Empfangsstaat von allen Zwangsverpflichtungen befreit.

(2) Absatz 1 des vorliegenden Artikels erstreckt sich auch auf die Mitarbeiter des Konsulats und die Familienangehörigen der konsularischen Amtspersonen und Mitarbeiter, sofern sie mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben, unter der Bedingung, daß in jedem einzelnen Falle die betreffende Person nicht Bürger des Empfangsstaates ist oder in ihm ihren ständigen Wohnsitz hat.

#### Artikel 19

Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats sowie die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, die Bürger des Entsendestaates sind, jedoch nicht ständig im Empfangsstaat leben, unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Ausländermeldepflicht und über den Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung ergeben.

#### Artikel 20

(1) Der Empfangsstaat befreit den Entsendestaat von allen Steuern und anderweitigen Gebühren für:

Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden, einschließlich der Wohnräume für konsularische Amtspersonen oder Mitarbeiter des Konsulats, wenn die genannten Räumlichkeiten und Grundstücke im Besitz des Entsendestaates sind oder in dessen Namen gepachtet werden;

Verträge und Dokumente, die den Erwerb der genannten Immobilien betreffen, wenn der Entsendestaat diesen Besitz ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels beziehen sich nicht auf die Bezahlung verschiedener Arten von Dienstleistungen.

#### Artikel 21

Der Empfangsstaat befreit den Entsendestaat von allen Steuern und ähnlichen Gebühren für das bewegliche

Gut, welches Eigentum des Entsendestaates ist oder sich in seinem Besitz oder seiner Nutzung befindet und für konsularische Zwecke gebraucht wird. Das gilt auch für den Erwerb solchen Eigentums, für das der Entsendestaat in jedem anderen Falle rechtmäßig diese Steuern und Gebühren entrichten müßte.

#### Artikel 22

Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, sofern es sich nicht um Bürger des Empfangsstaates oder um in ihm ständig lebende Personen handelt, brauchen von ihren dienstlichen Einkünften keine Steuern und Gebühren an den Empfangsstaat zu entrichten.

#### Artikel 23

Eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats sowie deren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörige sind, sofern es sich nicht um Bürger des Empfangsstaates oder um Personen, die ständig in ihm leben, handelt, von allen staatlichen und kommunalen Steuern und Gebühren, einschließlich der Steuern und Gebühren für das ihnen gehörende bewegliche Gut, befreit.

#### Artikel 24

(1) Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die zur dienstlichen Nutzung des Konsulats eingeführt werden, sind von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, wie die Gegenstände, die zur dienstlichen Nutzung der diplomatischen Vertretung eingeführt werden, befreit.

(2) Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen sind von der Zollkontrolle befreit.

Eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats sowie deren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörige sind, sofern es sich nicht um Bürger des Empfangsstaates oder um Personen, die ständig in ihm leben, handelt, hinsichtlich ihres Gepäcks und anderer Gegenstände, die für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind, von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, genauso wie die entsprechenden Kategorien des Personals einer diplomatischen Vertretung befreit.

(3) Die unter Absatz 2 gebrauchte Bezeichnung „entsprechende Kategorie des Personals der diplomatischen Vertretung“ betrifft Mitglieder des diplomatischen Personals, wenn sie konsularische Amtspersonen sind, und Mitglieder des administrativen und technischen Personals, wenn es sich um Mitarbeiter des Konsulats handelt.

#### Artikel 25

Alle Personen, die laut diesem Vertrag Privilegien und Immunitäten genießen, sind verpflichtet, unbeschadet dieser Privilegien und Immunitäten, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrs- und der Versicherungsvorschriften für Kraftfahrzeuge, einzuhalten.

#### Artikel 26

Der Empfangsstaat gewährt einer konsularischen Amtsperson und einem Mitarbeiter des Konsulats zur Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten Bewegungs- und Reisefreiheit innerhalb des Konsularbezirkes, sofern das nicht seinen Rechtsvorschriften über den Aufenthalt

in Gebieten, in die die Einreise und der Aufenthalt aus Gründen der staatlichen Sicherheit verboten oder eingeschränkt ist, widerspricht.

### Kapitel IV

#### Konsularfunktionen

#### Artikel 27

(1) Eine konsularische Amtsperson tritt für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern ein und trägt zur allseitigen Entwicklung und Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit auf politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen, juristischen, touristischen und anderen Gebieten bei.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Bereich des Konsularbezirkes Funktionen auszuüben, die in diesem Kapitel festgelegt sind. Die konsularische Amtsperson kann außerdem andere Konsularfunktionen ausüben, sofern sie nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widersprechen.

(3) Eine konsularische Amtsperson kann mit Zustimmung des Empfangsstaates Funktionen auch außerhalb des Konsularbezirkes ausüben.

(4) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen unmittelbar schriftlich oder mündlich an die zuständigen Organe des Konsularbezirkes wenden, einschließlich der Vertretungen der zentralen Organe.

(5) Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, konsularische Gebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

#### Artikel 28

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk die Rechte und Interessen des Entsendestaates, seiner Bürger und juristischen Personen wahrzunehmen.

#### Artikel 29

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in ihrem Konsularbezirk

- a) Bürger des Entsendestaates zu registrieren;
- b) Anträge zu Fragen der Staatsbürgerschaft entgegenzunehmen und Dokumente auszuhändigen, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates erforderlich sind, wobei auch die Festlegungen des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Regelung von Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft berücksichtigt werden;
- c) Pässe und andere Reisedokumente, Einreise-, Ausreise- und Transitvisa auszustellen, zu verlängern, zu verändern und ungültig zu machen;
- d) entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Ehen zu schließen (registrieren) sowie Ehescheidungen vorzunehmen, unter der Voraussetzung, daß es sich um Bürger des Entsendestaates handelt;
- e) Geburten- und Sterberegister von Bürgern des Entsendestaates zu führen;

f) in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Erklärungen entgegenzunehmen, die die familiären Verhältnisse von Bürgern des Entsendestaates betreffen.

(2) Der Leiter des Konsulats informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen, die in den Punkten d und e des Absatzes 1 festgelegt sind, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorsehen.

#### Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates und dem zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossenen Vertrag über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen Adoptionsverfahren einzuleiten und Vormundschaften oder Pflegschaften festzulegen.

#### Artikel 31

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates notarielle Handlungen vorzunehmen:

- a) für Bürger, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, zur Verwendung im Entsendestaat;
- b) für Bürger des Entsendestaates zur Verwendung im Ausland.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, Dokumente zu übersetzen oder die Richtigkeit von Übersetzungen zu beglaubigen sowie Dokumente zu legalisieren.

#### Artikel 32

Die von einer konsularischen Amtsperson in Übereinstimmung mit Artikel 31 des vorliegenden Vertrages ausgefertigten, übersetzten oder beglaubigten Dokumente werden im Empfangsstaat der konsularischen Amtsperson als Dokumente betrachtet, die die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft haben wie Dokumente, die von den zuständigen Organen oder Institutionen des Empfangsstaates ausgefertigt, übersetzt oder beglaubigt wurden.

#### Artikel 33

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren die konsularische Amtsperson über den Tod eines Bürgers des Entsendestaates und geben ihr Mitteilung über den Nachlaß, über Erben, Vermächtnisnehmer sowie über das Vorhandensein letztwilliger Verfügungen.

(2) Erhält die konsularische Amtsperson zuerst von dem Todesfall eines Bürgers des Entsendestaates Kenntnis, so hat sie zur Sicherung des Nachlasses die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu benachrichtigen.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren die konsularische Amtsperson über die Eröffnung eines Nachlaßverfahrens im Empfangsstaat, wenn der Erbe oder Vermächtnisnehmer Bürger des Entsendestaates ist.

Das trifft auch dann zu, wenn den zuständigen Organen des Empfangsstaates die Eröffnung eines Nachlaßverfahrens zugunsten eines Bürgers des Entsendestaates auf dem Territorium eines dritten Staates bekannt wird.

#### Artikel 34

Die Zuständigkeit einer konsularischen Amtsperson in Nachlaßangelegenheiten wird in dem zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossenen Vertrag über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen geregelt.

#### Artikel 35

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk Bürger des Entsendestaates vor den Organen des Empfangsstaates zu vertreten, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen außerstande sind, ihre Rechte und Interessen rechtzeitig wahrzunehmen. Die Vertretung erfolgt so lange, bis die Vertretenen ihre Bevollmächtigten bestimmen oder die Wahrung ihrer Rechte und Interessen selbst übernehmen.

#### Artikel 36

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk mit jedem Bürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten und diese zu unterhalten, ihn zu beraten, ihm jegliche Unterstützung zu erweisen und notwendigenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um ihm Hilfe in Rechtsangelegenheiten zu gewähren.

(2) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren unverzüglich eine konsularische Amtsperson des Entsendestaates über die Verhaftung oder vorläufige Festnahme eines Bürgers des Entsendestaates.

(3) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Bürger des Entsendestaates, der verhaftet, vorläufig festgenommen wurde oder eine Freiheitsstrafe verbüßt, so bald wie möglich zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten. Diese Rechte werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Bedingung verwirklicht, daß sie diese Rechte nicht aufheben.

#### Artikel 37

(1) Eine konsularische Amtsperson hat im Konsularbezirk das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates jegliche Unterstützung und Hilfe zu leisten.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich an Bord des Schiffes begeben, sobald dem Schiff der freie Verkehr mit dem Land gestattet wurde. Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder können mit der konsularischen Amtsperson in Verbindung treten.

(3) Eine konsularische Amtsperson kann in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich der Schiffe des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder und der Passagiere dieser Schiffe die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Hilfe ersuchen.

#### Artikel 38

Eine konsularische Amtsperson hat im Konsularbezirk das Recht,

- a) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Vorkommnisse, die auf der Reiseroute des Schiffes des Entsendestaates vorgefallen sind, zu untersuchen, den Kapitän und die Besatzungsmitglieder zu vernehmen, Schiffsdokumente zu überprüfen, Erklärungen über die Reise-

route und das Ziel des Schiffes entgegenzunehmen sowie das Ein- und Auslaufen oder den Verbleib des Schiffes im Hafen zu unterstützen;

- b) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied zu klären, einschließlich der Streitfragen, die den Lohn und den Feuervertrag betreffen, soweit das in den Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehen ist;
- c) Maßnahmen zur Einweisung des Kapitäns, eines Besatzungsmitglieds oder eines Passagiers in ein Krankenhaus oder zu deren Rückführung in den Entsendestaat zu treffen;
- d) Erklärungen oder Dokumente, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates bezüglich der Schiffe vorgesehen sind, entgegenzunehmen, auszustellen oder zu beglaubigen.

#### Artikel 39

(1) Beabsichtigen die zuständigen Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen oder eine Untersuchung vorzunehmen, ist die konsularische Amtsperson durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates davon vorher zu verständigen, damit sie oder ihr Vertreter bei der Durchführung dieser Handlungen anwesend sein kann, es sei denn, daß die Dringlichkeit der Sache eine vorherige Verständigung nicht zuläßt. War die konsularische Amtsperson oder ihr Vertreter nicht anwesend, geben ihr die zuständigen Organe des Empfangsstaates eine vollständige Information über die Geschehnisse.

(2) Die Festlegungen in Absatz 1 dieses Artikels finden auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen auf dem Schiff durch die zuständigen Organe an Land vernommen werden sollen.

(3) Die Festlegungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei Zoll-, Paß- oder Hygienekontrollen sowie allen anderen Handlungen, die auf Ersuchen oder mit Einverständnis des Kapitäns des Schiffes vorgenommen werden.

#### Artikel 40

(1) Wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder eine andere Havarie im Empfangsstaat hat, oder wenn irgendein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes eines dritten Staates gehört, Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist und an der Küste oder in den Gewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird, setzen die zuständigen Organe des Empfangsstaates die konsularische Amtsperson umgehend in Kenntnis. Sie informieren die konsularische Amtsperson auch über Maßnahmen, die zur Rettung von Menschen, Schiff, Ladung und anderen Gütern sowie Schiffsteilen und Teilen der Ladung, die sich vom Schiff losgelöst haben, getroffen wurden.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann einem solchen Schiff, seinen Passagieren und den Besatzungsmitgliedern jegliche Hilfe leisten. Zu diesem Zweck kann sie die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Beistand ersuchen.

Eine konsularische Amtsperson kann Maßnahmen treffen, die sich auf Grund Absatz 1 dieses Artikels ergeben, einschließlich der Maßnahmen zur Reparatur des

Schiffes. Sie kann die zuständigen Organe des Empfangsstaates ersuchen, solche Maßnahmen zu ergreifen oder fortzusetzen.

(3) Wenn ein havariertes Schiff oder ein zu einem solchen Schiff gehörender Schiffsgegenstand an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän des Schiffes noch der Eigentümer, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder einen solchen Gegenstand zu treffen, gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers des Schiffes Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst zu diesem Zweck veranlassen könnte.

Die Festlegungen dieses Absatzes betreffen auch jeden Gegenstand, der Teil der Schiffsladung und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist.

(4) Wenn ein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes eines dritten Staates gehört und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist, an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän noch der Eigentümer des Gegenstandes, sein Agent oder die Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über diesen Gegenstand zu treffen, so gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers solche Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst zu diesem Zwecke veranlassen könnte.

#### Artikel 41

Die Artikel 37 bis 40 werden sinngemäß auf Flugzeuge angewandt.

#### Kapitel V

#### Schlußbestimmungen

#### Artikel 42

(1) Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifizierung. Er tritt am 30. Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Moskau erfolgt, in Kraft.

(2) Der vorliegende Vertrag bleibt bis zum Ablauf von sechs Monaten in Kraft, gerechnet von dem Tage ab, an dem eine der Hohen Vertragsschließenden Seiten der anderen Hohen Vertragsschließenden Seite die Kündigung des Vertrages mitteilt.

(3) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages verliert der am 10. Mai 1957 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Moskau abgeschlossene Konsularvertrag seine Gültigkeit.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Hohen Vertragsschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 3. September 1971 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und russischer Sprache wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen des Vorsitzenden  
des Staatsrates der  
Deutschen Demokratischen  
Republik

Im Namen des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der  
Union der Sozialistischen  
Sowjetrepubliken

A. Klöbes

N. I. Moljakow

**Protokoll  
zum Konsularvertrag zwischen der Deutschen  
Demokratischen Republik und der Union der  
Sozialistischen Sowjetrepubliken**

Bei der heutigen Unterzeichnung des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (im weiteren als „Vertrag“ bezeichnet) haben sich die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten über folgendes geeinigt:

1. Die Benachrichtigung der konsularischen Amtsperson, die in Absatz 2 des Artikels 36 des Vertrages vorgesehen ist, erfolgt in Abhängigkeit von den Verbindungsbedingungen in 3 bis 5 Tagen nach der Verhaftung oder vorläufigen Festnahme des Bürgers des Entsendestaates.
2. Die in Artikel 36, Absatz 3, des Vertrages angeführten Rechte einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates zu besuchen oder mit ihm in Verbindung zu treten, werden im Verlaufe von 3 bis 5 Tagen nach der Verhaftung oder vor-

läufigen Festnahme des Bürgers in Abhängigkeit von dessen Aufenthaltsort gewährt.

3. Die in Absatz 3 des Artikels 36 des Vertrages angeführten Rechte einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates, der verhaftet, vorläufig festgenommen wurde oder eine Freiheitsstrafe verbüßt, zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten, werden periodisch gewährt.
4. Das Protokoll ist untrennbarer Bestandteil des Vertrages.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Hohen Vertragschließenden Seiten das vorliegende Protokoll unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 3. September 1971 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen des Vorsitzenden  
des Staatsrates der  
Deutschen Demokratischen  
Republik

A. Klobes

Im Namen des Präsidiums  
des Obersten Sowjets der  
Union der Sozialistischen  
Sowjetrepubliken

N. I. Moljakow

**КОНСУЛЬСКИЙ ДОГОВОР**

между Германской Демократической Республикой  
и Союзом Советских Социалистических Республик

Председатель Государственного Совета Германской Демократической Республики и Президиум Верховного Совета Союза Советских Социалистических Республик,

Руководимые желанием дальнейшего развития дружественных отношений в соответствии с Договором о дружбе, взаимной помощи и сотрудничестве между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик, подписанным в Москве 12 июня 1964 года, и,

Принимая во внимание, что подписанный в Москве 10 мая 1957 года Консульский Договор между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик нуждается в обновлении,

Решили заключить настоящий Консульский Договор и с этой целью назначили своими Уполномоченными:

Председатель Государственного Совета Германской Демократической Республики — Августа КЛОБЕЗА, Начальника Консульского отдела Министерства Иностранных Дел Германской Демократической Республики,

Президиум Верховного Совета Союза Советских Социалистических Республик — Николая Ивановича МОЛЯКОВА, Начальника Консульского управления Министерства Иностранных Дел Союза Советских Социалистических Республик,

Которые после обмена своими полномочиями, найденными в надлежащем порядке и должной форме, согласились о нижеследующем:

РАЗДЕЛ I  
ОПРЕДЕЛЕНИЯ

Статья I

В настоящем Договоре приводимые ниже термины имеют следующее значение:

1. «консульство» означает генеральное консульство, консульство, вице-Консульство и консульское агентство;
2. «консульский округ» означает район, на территории которого консульское должностное лицо имеет право выполнять консульские функции;
3. «глава консульства» означает лицо, уполномоченное руководить консульством;
4. «консульское должностное лицо» означает любое лицо, включая главу консульства, которому поручено выполнение консульских функций. В определение «консульское должностное лицо» включаются также лица, прикомандированные к консульству для прохождения практики;
5. «сотрудник консульства» означает лицо, не являющееся консульским должностным лицом и выполняющее в консульстве административные или технические обязанности. Под термином «сотрудник консульства» понимаются также шоферы, прислуга, садовники и другие лица, выполняющие обязанности по обслуживанию консульства;
6. Понятие «гражданин представляемого государства» соответственно охватывает и юридических лиц;
7. «консульские помещения» означает здания или части зданий, включая резиденцию главы консульства, а также земельные участки, обслуживающие эти здания или части зданий, используемые исключительно для консульских целей, независимо от того, чьей собственностью они являются;



8. «консульские архивы» означает всю служебную переписку, шифр, документы, книги, технические средства делопроизводства, а также оборудование, предназначенное для их хранения;

9. «судно» означает любое судно, плавающее под флагом представляемого государства;

10. «самолет» означает любой летательный аппарат с опознавательными знаками представляемого государства.

## РАЗДЕЛ II.

### УЧРЕЖДЕНИЕ КОНСУЛЬСТВ И НАЗНАЧЕНИЕ КОНСУЛЬСКИХ ДОЛЖНОСТНЫХ ЛИЦ

#### Статья 2

1. Консульство может быть открыто в государстве пребывания только с согласия этого государства.

2. Местонахождение консульства, его класс консульский округ, а также их последующие изменения определяются по соглашению между представляемым государством и государством пребывания.

#### Статья 3

1. До назначения главы консульства представляемое государство испрашивает согласие государства пребывания на такое назначение.

2. После того, как получено такое согласие, представляемое государство направляет государству пребывания консульский патент или другой документ о назначении главы консульства. В патенте или другом документе указывается имя и фамилия главы консульства, его ранг, консульский округ, в котором он будет исполнять свои обязанности, и местонахождение консульства.

3. По представлении патента или другого документа о назначении главы консульства государство пребывания выдает ему в возможно короткий срок экзекватуру или иное разрешение.

4. Глава консульства может приступить к исполнению своих обязанностей после того, как государство пребывания выдает ему экзекватуру или другое разрешение.

5. Государство пребывания до выдачи экзекватуры или иного разрешения может дать главе консульства согласие на временное выполнение им своих обязанностей.

#### Статья 4

Представляемое государство сообщает государству пребывания имя и фамилию, ранг и должность консульского должностного лица, назначенного в консульство не в качестве главы консульства.

#### Статья 5

Консульским должностным лицом может быть только гражданин представляемого государства.

#### Статья 6

Государство пребывания может в любое время уведомить представляемое государство о том, что экзекватура или иное разрешение главы консульства взяты обратно или что консульское должностное лицо или сотрудник консульства является неприемлемым. В таком случае представляемое государство должно соот-

ветственно отозвать такое консульское должностное лицо или сотрудника консульства, если он уже приступил к своей работе.

## РАЗДЕЛ III

### ПРИВИЛЕГИИ И ИММУНИТЕТЫ

#### Статья 7

Государство пребывания обеспечивает консульскому должностному лицу и сотруднику консульства свою защиту и принимает необходимые меры для того, чтобы консульское должностное лицо и сотрудник консульства могли выполнять свои обязанности и пользоваться правами, привилегиями и иммунитетами, предусмотренными настоящим Договором и законодательством государства пребывания.

#### Статья 8

1. Если глава консульства в силу какой-либо причины не может выполнять свои функции или если должность главы консульства временно вакантна, представляемое государство может уполномочить консульское должностное лицо данного или другого консульства в государстве пребывания, или одного из членов дипломатического персонала своего дипломатического представительства в государстве пребывания выполнять функции главы консульства. Представляемое государство должно об этом заблаговременно сообщить государству пребывания.

2. Лицо, уполномоченное для временного руководства консульством, пользуется теми же правами, привилегиями и иммунитетами, которые предоставляются главе консульства, согласно настоящего Договора.

3. Назначение члена дипломатического персонала дипломатического представительства в консульство в соответствии с пунктом 1 настоящей статьи не затрагивает привилегий и иммунитетов, которые предоставлены ему в силу его дипломатического статуса.

#### Статья 9

1. Предусмотренные настоящим Договором права и обязанности консульских должностных лиц распространяются в равной степени на членов дипломатического персонала дипломатического представительства представляемого государства, на которых возложено осуществление консульских функций.

2. Осуществление консульских функций лицами, указанными в пункте 1 настоящей статьи, не затрагивает привилегий и иммунитетов, которые предоставлены им в силу их дипломатического статуса.

#### Статья 10

Представляемое государство может в соответствии с законами государства пребывания приобретать в собственность или арендовать земельные участки, здания или части зданий для размещения консульства и жилых помещений консульских должностных лиц или сотрудников консульства, если они являются гражданами представляемого государства и не проживают в государстве пребывания постоянно. Государство пребывания в случае необходимости оказывает в этом всяческую помощь и поддержку.

## Статья 11

1. На здании консульства могут быть укреплены государственный герб и наименование консульства на языке представляемого государства и на языке государства пребывания.

2. На консульстве, а также на резиденции главы консульства может вывешиваться флаг представляемого государства.

3. Глава консульства может вывешивать на используемых им средствах передвижения флаг представляемого государства.

## Статья 12

1. Здания или части зданий, используемые исключительно для целей консульства, а также земельный участок, обслуживающий эти здания или части зданий, неприкосновенны.

Власти государства пребывания не могут вступать в здания, части зданий, используемые исключительно для целей консульства, а также на земельный участок, обслуживающий эти здания или части зданий, без согласия на это главы консульства, главы дипломатического представительства представляемого государства или лица, назначенного одним из них.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются также к жилым помещениям консульских должностных лиц и сотрудников консульства, если они не являются гражданами государства пребывания или лицами, постоянно проживающими в нем.

## Статья 13

Консульские архивы являются неприкосновенными в любое время и независимо от их местонахождения.

## Статья 14

1. Консульство имеет право сношения со своим правительством или с дипломатическими представительствами и другими консульствами представляемого государства независимо от того, где они находятся. С этой целью консульство может пользоваться всеми обычными средствами связи, шифром, курьерами и опечатанными вализами (мешки, сумки и др.). Установка и использование радиопередатчиков могут производиться только с согласия государства пребывания.

При пользовании обычными средствами связи к консульству применяются те же тарифы, что и к дипломатическому представительству.

2. Служебная переписка консульства независимо от того, какие средства связи им используются, и опечатанные вализы, имеющие видимые знаки, указывающие на их официальный характер, являются неприкосновенными и не подвергаются контролю или задержанию со стороны властей государства пребывания.

3. Лицам, занятым перевозкой консульских вализов (консульским курьерам), государством пребывания предоставляются те же права, привилегии и иммунитеты, что и дипломатическим курьерам представляемого государства.

4. Консульская вализа может быть вверена командиру судна или самолета. Он снабжается официальным документом с указанием числа мест, составляющих вализу, но он не считается консульским курьером. Консульское должностное лицо может принять вализу непосредственно и беспрепятственно от командира судна или самолета или передать ему такую вализу.

## Статья 15

Личность консульского должностного лица или сотрудника консульства, если он не является гражданином государства пребывания или лицом, постоянно проживающим в нем, неприкосновенна. Он не подлежит аресту или задержанию в какой бы то ни было форме. Государство пребывания обязано относиться к нему с должным уважением и принимать все надлежащие меры для предупреждения каких-либо посягательств на его личность, свободу или достоинство.

## Статья 16

1. Консульское должностное лицо или сотрудник консульства, пользуется иммунитетом от юрисдикции государства пребывания, если он не является гражданином государства пребывания или лицом, постоянно проживающим в нем, кроме случаев:

а) вещных исков, относящихся к частному недвижимому имуществу, находящемуся на территории государства пребывания, если только он не владеет им от имени представляемого государства для консульских целей;

б) исков, касающихся наследования в отношении которых консульское должностное лицо или сотрудник консульства выступает в качестве исполнителя завещания, попечителя над наследственным имуществом, наследника или отказополучателя как частное лицо, а не от имени представляемого государства;

в) исков, относящихся к любой профессиональной или коммерческой деятельности, осуществляемой консульским должностным лицом сотрудником консульства в государстве пребывания за пределами своих официальных функций.

2. Никакие исполнительные меры не могут приниматься в отношении консульского должностного лица или сотрудника консульства, если он не является гражданином государства пребывания или лицом, постоянно проживающим в нем, за исключением тех случаев, которые подпадают под подпункты «а», «б» и «в» пункта 1 настоящей статьи, и не иначе как при условии, что соответствующие меры могут приниматься без нарушения неприкосновенности его личности или его резиденции.

3. Члены семей консульских должностных лиц или сотрудников консульства, если они проживают вместе с ними и не являются гражданами государства пребывания или лицами, постоянно проживающими в нем, пользуются иммунитетом от юрисдикции государства пребывания и личной неприкосновенностью в той же мере, что и консульские должностные лица или сотрудники консульства.

4. Представляемое государство может отказаться от иммунитета консульских должностных лиц и сотрудников консульства и членов их семей. Отказ во всех случаях должен быть определенно выраженным.

Отказ от иммунитета от юрисдикции по гражданским и административным делам не означает отказа от иммунитета в отношении исполнения решения, для чего требуется особый отказ.

## Статья 17

1. Консульское должностное лицо не обязано давать показания в качестве свидетеля.

2. В случае согласия представляемого государства на то, чтобы консульское должностное лицо или сотрудник консульства, являющийся гражданином представляемого государства постоянно не проживающим в государстве пребывания дали свидетельские показания, они могут по просьбе дать такие показания.

3. Принятие мер в целях принуждения консульского должностного лица или сотрудника консульства, не являющегося гражданином государства пребывания или лицом, постоянно проживающим в нем, давать показания или явиться для этой цели в суд, а также привлечение его к ответственности в случае отказа от дачи показания или неявки в суд не допускается.

4. Сотрудник консульства, являющийся гражданином государства пребывания или лицом, постоянно проживающим в нем, может отказаться давать свидетельские показания об обстоятельствах, касающихся служебной деятельности.

5. При применении положения, предусмотренного пунктом 2 настоящей статьи, предпринимаются все разумные шаги в целях избежания помех в работе консульства. В случаях, когда это возможно, устные или письменные свидетельские показания могут быть даны в консульстве или на квартире соответствующего консульского должностного лица или сотрудника консульства.

6. Положения настоящей статьи относятся как к судопроизводству, так и к производству, совершаемому административными властями.

7. Положения настоящей статьи соответственно применяются к членам семей консульских должностных лиц и сотрудников консульства, если они проживают вместе с ними и не являются гражданами государства пребывания или лицами, постоянно проживающими в нем.

#### Статья 18

1. Консульское должностное лицо освобождается в государстве пребывания от всех видов принудительных повинностей.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи распространяются также на сотрудников консульства и членов семей консульских должностных лиц и сотрудников, проживающих вместе с ними, при условии, что в каждом случае заинтересованное лицо не является гражданином государства пребывания или не проживает в нем постоянно.

#### Статья 19

Консульское должностное лицо или сотрудник консульства, а также члены их семей, проживающие вместе с ними и являющиеся гражданами представляемого государства, но постоянно не проживающими в государстве пребывания, освобождаются от выполнения всех требований, предусмотренных законами и правилами государства пребывания относительно регистрации, получения разрешения на жительство и иных подобных требований, предъявляемых к иностранцам.

#### Статья 20

1. Представляемое государство освобождается государством пребывания от обложения и взимания каких-либо налогов или иных подобных сборов любого вида на:

земельный участок, здания или части зданий, используемые исключительно для консульских целей, включая

жилые помещения консульских должностных лиц и сотрудников консульства, если указанное имущество находится в собственности или арендуется от имени представляемого государства или какого-либо физического или юридического лица, действующего от имени этого государства;

сделки или документы, касающиеся приобретения указанного недвижимого имущества, если представляемое государство приобретает это имущество исключительно для консульских целей.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не касаются оплаты за различные виды обслуживания.

#### Статья 21

Государство пребывания не облагает и не взимает никаких налогов или иных подобных сборов любого вида с движимого имущества, являющегося собственностью представляемого государства или находящегося в его владении или пользовании и используемого для консульских целей, а также в связи с приобретением такого имущества, выплачивать которые в ином случае представляемое государство было бы обязано на законном основании.

#### Статья 22

Консульское должностное лицо или сотрудник консульства, если он не является гражданином государства пребывания или лицом, постоянно проживающим в нем, освобождается в государстве пребывания от уплаты всех налогов и сборов любого вида, налагаемых или взимаемых государством пребывания в отношении заработной платы, получаемой им за исполнение служебных обязанностей.

#### Статья 23

Консульское должностное лицо или сотрудник консульства, а также проживающие вместе с ними члены их семей, поскольку они не являются гражданами государства пребывания или лицами, постоянно проживающими в нем, освобождаются от всех государственных, районных и местных налогов и сборов, включая налоги и сборы на принадлежащее им движимое имущество.

#### Статья 24

1. Все предметы, включая автомобили, ввозимые для служебного пользования консульства, освобождаются от таможенных пошлин и иных налогов любого вида, налагаемых в связи с ввозом или по причине ввоза, так же как и предметы, ввозимые для служебного пользования дипломатического представительства.

2. Консульское должностное лицо и члены его семьи освобождаются от таможенного контроля. Консульское должностное лицо, сотрудник консульства, а также проживающие вместе с ними члены их семей, если они не являются гражданами государства пребывания или лицами, постоянно проживающими в нем, освобождаются от таможенных пошлин и иных сборов любого вида, налагаемых в связи с ввозом или по причине ввоза, какие предоставляются соответствующей категории персонала дипломатического представительства.

3. В пункте 2 настоящей статьи термин «соответствующая категория персонала дипломатического представительства» относится к членам дипломатического персонала, если речь идет о консульских должностных лицах, и к членам административно-технического персонала, если речь идет о сотрудниках консульства.

## Статья 25

Все лица, которым согласно настоящему Договору предоставляются привилегии и иммунитеты, обязаны без ущерба для их привилегий и иммунитетов уважать законы и правила государства пребывания, включая законы и правила регулирования движения транспорта и страхования автомобилей.

## Статья 26

Поскольку это не противоречит законам и правилам государства пребывания о районах, въезд в которые запрещается или ограничивается по соображениям государственной безопасности, консульскому должностному лицу и сотруднику консульства должно разрешаться свободно передвигаться в пределах консульского округа для выполнения своих служебных обязанностей.

#### РАЗДЕЛ IV КОНСУЛЬСКИЕ ФУНКЦИИ

## Статья 27

1. Консульское должностное лицо должно содействовать укреплению дружественных отношений между Договаривающимися Сторонами и способствовать всестороннему развитию и углублению братского сотрудничества в области политики, экономики, права, культуры, науки и туризма.

2. Консульское должностное лицо имеет право в пределах консульского округа выполнять функции, указанные в настоящем разделе. Консульское должностное лицо может кроме того выполнять и иные консульские функции, если они не противоречат законодательству государства пребывания.

3. С согласия властей государства пребывания консульское должностное лицо может выполнять консульские функции вне пределов консульского округа.

4. В связи с исполнением своих функций консульское должностное лицо может обращаться письменно или устно к компетентным властям консульского округа, включая представительства центральных учреждений.

5. Консульское должностное лицо имеет право взимать консульские сборы в соответствии с законодательством представляемого государства.

## Статья 28

Консульское должностное лицо имеет право в пределах консульского округа защищать права и интересы представляемого государства, своих граждан и юридических лиц.

## Статья 29

1. Консульское должностное лицо в пределах консульского округа имеет право:

- а) вести учет граждан представляемого государства;
- б) принимать любые заявления и выдавать соответствующие документы, необходимые согласно законодательству представляемого государства, по вопросам гражданства, руководствуясь при этом также положениями Договора между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик об урегулировании вопроса о гражданстве лиц с двойным гражданством;
- в) выдавать, возобновлять, погашать паспорта, въездные, выездные и транзитные визы и другие аналогичные документы, а также вносить в них изменения;

г) совершать (регистрировать) браки и производить расторжение брака в соответствии с законодательством представляемого государства при условии, что оба лица являются гражданами представляемого государства;

д) регистрировать и получать уведомление о рождении или смерти граждан представляемого государства;

е) принимать заявления, касающиеся семейных отношений граждан представляемого государства, согласно законодательству представляемого государства.

2. Консул сообщает компетентным органам государства пребывания сведения о регистрации актов гражданского состояния, совершенных в соответствии с подпунктами «г» и «д» пункта 1 настоящей статьи, если это требуется по местным законам.

## Статья 30

Консульское должностное лицо имеет право в соответствии с законодательством представляемого государства и Договором о правовой помощи по гражданским, семейным и уголовным делам, заключенным между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик, оформлять усыновление или учреждать опеку.

## Статья 31

1. Консульское должностное лицо имеет право в пределах консульского округа осуществлять нотариальные действия, предусмотренные законодательством представляемого государства:

- а) по просьбе лица любого гражданства для использования в представляемом государстве;
- б) по просьбе граждан представляемого государства для использования вне этого государства.

2. Консульское должностное лицо имеет право переводить документы или удостоверить правильность перевода, а также легализовать документы.

## Статья 32

Составленные или переведенные, или удостоверенные консульским должностным лицом документы в соответствии со статьей 31 настоящего Договора будут рассматриваться в государстве пребывания консульского должностного лица как документы, имеющие такое же юридическое значение и доказательную силу, как если бы они были составлены, переведены или удостоверены компетентными властями и учреждениями государства пребывания.

## Статья 33

1. Компетентные власти государства пребывания уведомляют консульское должностное лицо о смерти гражданина представляемого государства и сообщают ему сведения о наследственном имуществе, о наследниках, отказополучателях, а также о наличии завещания.

2. Если консульскому должностному лицу станет первым известно о смерти гражданина представляемого государства, то оно в целях обеспечения наследства должно уведомить об этом компетентные власти государства пребывания.

3. Компетентные власти государства пребывания извещают консульское должностное лицо об открытии

наследства в государстве пребывания, когда наследником или отказополучателем является гражданин представляемого государства.

Это относится и к случаям, когда компетентным властям государства пребывания станет известно об открытии наследства в пользу гражданина представляемого государства на территории третьего государства.

#### Статья 34

Функции консульского должностного лица по наследственным делам регулируются Договором о правовой помощи по гражданским, семейным и уголовным делам, заключенным между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик.

#### Статья 35

Консульское должностное лицо имеет право в пределах консульского округа представлять перед властями государства пребывания граждан представляемого государства, если эти лица вследствие отсутствия или по другим уважительным причинам не в состоянии своевременно защищать свои права и интересы. Это представительство продолжается до тех пор, пока представляемые лица не назначат своих уполномоченных или не возьмут на себя защиту своих прав и интересов.

#### Статья 36

1. Консульское должностное лицо имеет право в пределах своего консульского округа встречаться и сноситься с любым гражданином представляемого государства, давать ему советы и оказывать всяческое содействие, включая в необходимых случаях принятие мер для оказания ему правовой помощи.

2. Компетентные власти государства пребывания немедленно уведомляют соответствующее консульское должностное лицо представляемого государства об аресте или задержании в иной форме гражданина представляемого государства.

3. Консульское должностное лицо имеет право незамедлительно посетить и сноситься с гражданином представляемого государства, находящимся под арестом или задержанным в иной форме, или отбывающим срок тюремного заключения. Права, указанные в настоящем пункте, осуществляются в соответствии с законами и правилами государства пребывания при условии, однако, что упомянутые законы и правила не должны аннулировать этих прав.

#### Статья 37

1. Консульское должностное лицо имеет право в пределах консульского округа оказывать всяческое содействие и помощь судну представляемого государства в портах, территориальных или внутренних водах государства пребывания.

2. Консульское должностное лицо может подняться на борт судна, как только судну разрешено свободное сношение с берегом, а капитан судна и члены экипажа могут сноситься с консульским должностным лицом.

3. Консульское должностное лицо может обращаться за помощью к компетентным властям государства пребывания по любым вопросам, касающимся выполнения его функций в отношении судов представляемого государства, капитана, членов экипажа и пассажиров этих судов.

#### Статья 38

Консульское должностное лицо имеет право в пределах консульского округа:

а) без ущерба для прав властей государства пребывания расследовать любые происшествия, имевшие место в пути на судах представляемого государства, опрашивать капитана и любого члена экипажа судна представляемого государства, проверять судовые документы, принимать заявления относительно плавания судна и места назначения, а также способствовать входу, выходу и пребыванию судна в порту;

б) без ущерба для прав властей государства пребывания разрешать споры всякого рода между капитаном и любым членом экипажа, включая споры, касающиеся заработной платы и договора о найме, поскольку это предусматривается законодательством представляемого государства;

в) принимать меры по лечению в больнице и по репатриации капитана, членов экипажа и пассажиров судна;

г) получать, составлять или заверять любую декларацию или другой документ, предусмотренные законодательством представляемого государства в отношении судов.

#### Статья 39

1. Если компетентные власти государства пребывания намерены предпринять какие-либо принудительные действия или начать какое-либо расследование на борту судна представляемого государства, то до начала таких действий компетентные власти государства пребывания, за исключением случаев, когда это практически невозможно сделать ввиду срочности дела, уведомляют соответствующее консульское должностное лицо с тем, чтобы консульское должностное лицо или его представитель мог присутствовать при осуществлении таких действий. Если консульское должностное лицо или его представитель не присутствовал, то компетентные власти государства пребывания должны предоставить ему полную информацию в отношении того, что имело место.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются и в том случае, если капитан или члены экипажа судна должны допрашиваться на берегу компетентными властями местонахождения порта.

3. Положения настоящей статьи не применяются, однако, к обычному таможенному, паспортному или санитарному контролю, а также к любым действиям, предпринятым по просьбе или с согласия капитана судна.

#### Статья 40

1. Если судно представляемого государства потерпит кораблекрушение, сядет на мель или будет выброшено на берег, или потерпит какую-либо другую аварию в государстве пребывания, или если любой предмет, составляющий часть груза, потерпевшего аварию судна третьего государства, будучи собственностью гражданина представляемого государства, найден на берегу или вблизи от берега государства пребывания или доставлен в порт этого государства, то компетентные власти государства пребывания как можно скорее ставят об этом в известность соответствующее консульское должностное лицо. Они также извещают консульское должностное лицо о мерах, которые уже пред-

приняты по спасению людей, судна, груза и иного имущества на борту судна и предметов, принадлежащих судну или составляющих часть его груза, которые отделились от судна.

2. Консульское должностное лицо может оказывать всяческую помощь такому судну, его пассажирам и членам его команды. С этой целью оно может обращаться за содействием к компетентным властям государства пребывания.

Консульское должностное лицо может предпринимать меры, указанные в пункте 1 настоящей статьи, а также меры по ремонту судна или может обратиться к компетентным властям с просьбой предпринять или продолжать предпринимать такие меры.

3. Если потерпевшее аварию судно или любой предмет, принадлежащий такому судну, были найдены на берегу или вблизи от берега государства пребывания или доставлены в порт этого государства и ни капитан судна, ни собственник, ни его агент, ни соответствующие страховщики не в состоянии принять меры по сохранению или распоряжению таким судном или предметом, то консульское должностное лицо считается уполномоченным предпринимать от имени собственника судна такие меры, которые мог бы предпринять для таких целей сам собственник.

Положения настоящего пункта распространяются также на любой предмет, составляющий часть груза судна и являющийся собственностью гражданина представляемого государства.

4. Если любой предмет, составляющий часть груза потерпевшего аварию судна третьего государства, является собственностью гражданина представляемого государства был найден на берегу или вблизи от берега государства пребывания или доставлен в порт этого государства и ни капитан судна, ни собственник предмета, ни его агент, ни соответствующие страховщики не в состоянии принять меры по сохранению или распоряжению таким предметом, то консульское должностное лицо считается уполномоченным предпринимать от имени собственника такие меры, какие мог бы предпринять для таких целей сам собственник.

#### Статья 41

Статьи 37—40 применяются соответственно также и к самолетам.

### РАЗДЕЛ V

#### ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЕ ПОСТАНОВЛЕНИЯ

#### Статья 42

1. Настоящий Договор подлежит ратификации. Он вступит в силу на тридцатый день после обмена ратификационными грамотами, который состоится в Москве.

2. Настоящий Договор будет действовать впредь до истечения шести месяцев со дня, когда одна из Высоких Договаривающихся Сторон сообщит другой Высокой Договаривающейся Стороне о своем намерении прекратить его действие.

3. С момента вступления в силу настоящего Договора прекратит свое действие Консульский Договор между

Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик, подписанный в Москве 10 мая 1957 года.

В удостоверение чего уполномоченные обеих Высоких Договаривающихся Сторон подписали настоящий Договор и скрепили его своими печатями.

Совершено в Берлине 3 сентября 1971 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

От имени  
Председателя Государственного Совета  
Германской Демократической Республики

A. Klobes

От имени  
Президиума Верховного Совета Союза Советских Социалистических Республик

Н. Моляков

### ПРОТОКОЛ

#### к Консульскому Договору между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик

При подписании сего числа Консульского Договора между Германской Демократической Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик (далее именуемым «Договором») Уполномоченные Высоких Договаривающихся Сторон согласились о нижеследующем:

1. Уведомление консульского должностного лица, предусмотренное в пункте 2 статьи 36 Договора, производится в течение трех-пяти дней со времени ареста или задержания в иной форме гражданина представляемого государства в зависимости от условий связи.

2. Права консульского должностного лица посещать и сноситься с гражданином представляемого государства, упомянутые в пункте 3 статьи 36 Договора, предоставляются в течение трех-пяти дней со времени ареста или задержания в иной форме такого гражданина в зависимости от его местонахождения.

3. Права консульского должностного лица, указанные в пункте 3 статьи 36 Договора, посещать и сноситься с гражданином представляемого государства в то время, когда он находится под арестом или задержан в иной форме, или отбывает срок тюремного заключения, предоставляются на периодической основе.

4. Настоящий Протокол является неотъемлемой частью Договора.

В удостоверение чего Уполномоченные обеих Высоких Договаривающихся Сторон подписали настоящий Протокол и скрепили его своими печатями.

Совершено в Берлине 3 сентября 1971 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

От имени  
Председателя Государственного Совета  
Германской Демократической Республики

A. Klobes

От имени  
Президиума Верховного Совета Союза Советских Социалистических Республик

Н. Моляков

**Gesetz**  
**über das Protokoll vom 14. Oktober 1971**  
**zu dem am 13. Juli 1957 in Warschau unterzeichneten Vertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen**  
**über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik**

vom 20. Dezember 1971

§ 1

Die Volkskammer der DDR bestätigt das am 14. Oktober 1971 in Warschau unterzeichnete, nachstehend veröffentlichte Protokoll zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik vom 13. Juli 1957.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

**Protokoll**  
**zu dem am 13. Juli 1957**  
**in Warschau unterzeichneten Vertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Volksrepublik Polen**  
**über die Zusammenarbeit**  
**auf dem Gebiet der Sozialpolitik**

In dem Wunsche, den am 13. Juli 1957 in Warschau unterzeichneten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu ergänzen und zu ändern, haben der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Staatsrat der Volksrepublik Polen beschlossen, ein Protokoll zu diesem Vertrag abzuschließen und zu diesem Zweck ihre Bevollmächtigten ernannt:

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik

Horst Rademacher

Leiter des Staatlichen Amtes für Arbeit und Löhne

Der Staatsrat der Volksrepublik Polen

Michał Krkowski

Vorsitzender des Komitees für Arbeit und Löhne

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

§ 1

Artikel 4 des Vertrages wird um folgenden Absatz 6 ergänzt:

„(6) Die Regierungen oder in deren Auftrag die zuständigen zentralen Stellen beider Staaten können auf dem Wege einer Vereinbarung besondere Prinzipien für die Sozialversicherung der Werktätigen festlegen, die im Gebiet des einen Staates wohnen und zur Beschäftigung in Betrieben des anderen Staates entsandt werden. Das gilt auch für die Ge-

§ 2

Der Tag, an dem das Protokoll gemäß seinem § 5 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der DDR bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1972 in Kraft.

währung von Leistungen an diese Werktätigen und ihre Familienangehörigen sowie zur Deckung der Kosten der Leistungen.“

§ 2

Artikel 5 Absatz 4 des Vertrages erhält folgende Fassung:

„(4) Die Werktätigen, die im Gebiet des einen Staates wohnen und zur Beschäftigung in Betrieben des anderen Staates entsandt worden sind, erhalten die in Absatz 1 festgelegten Geldleistungen vom Versicherungsträger des Staates der Arbeitsstelle, wenn nicht gemäß Artikel 4 Absatz 6 eine andere Vereinbarung getroffen wurde.“

§ 3

Artikel 5 des Vertrages wird um folgenden Absatz 5 ergänzt:

„(5) Ist ein Versicherter, Rentner oder deren anspruchsberechtigter Familienangehöriger in der Zeit des vorübergehenden Aufenthaltes im Gebiet des anderen Staates verstorben und erfolgt dort die Bestattung, so zählt der Versicherungsträger dieses Staates die Bestattungsbeihilfe entsprechend den geltenden gesetzlichen Bestimmungen an die Personen, von denen die Bestattungskosten getragen wurden, sofern sie in dem Staat wohnen, in dem die Bestattung erfolgt. Wurde der Verstorbene in den Staat überführt, in dem er vor dem Tode seinen ständigen Wohnsitz hatte, so wird die Bestattungsbeihilfe vom Versicherungsträger dieses Staates gezahlt.“

§ 4

Artikel 19 Absatz 2 des Vertrages wird um folgenden Satz ergänzt:

„Der Vertrag wird auf jeweils weitere drei Jahre verlängert, wenn er nicht durch eine der beiden Seiten 6 Monate vor Ablauf des Dreijahreszeitraumes gekündigt wird.“

## § 5

1. Das Protokoll bedarf der Ratifizierung. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Berlin.
2. Das Protokoll tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden mit Gültigkeit ab 28. Februar 1970 in Kraft.

## § 6

Das Protokoll bleibt solange wie der am 13. Juli 1957 in Warschau unterzeichnete Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik in Kraft.

Dieses Protokoll wurde in Warschau am 14. Oktober 1971 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für den Staatsrat der  
Deutschen  
Demokratischen Republik  
gez.: Rademacher

Für den Staatsrat der  
Volksrepublik Polen  
gez.: Krukowski

## Protokoll

do Umowy pomiędzy Niemiecką Republiką Demokratyczną i Polską Rzeczpospolitą Ludową o współpracy w dziedzinie polityki społecznej, podpisanej w Warszawie dnia 13 lipca 1957 roku.

Rada Państwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej i Rada Państwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej pragnąc uzupełnić i zmienić Umowę pomiędzy Niemiecką Republiką Demokratyczną i Polską Rzeczpospolitą Ludową o współpracy w dziedzinie polityki społecznej, podpisaną w Warszawie dnia 13 lipca 1957 roku, postanowiły zawrzeć Protokół do tej Umowy i wyznaczyły w tym celu swych pełnomocników, a mianowicie:

Rada Państwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej  
Horsta Rademachera

Przewodniczącego Państwowego Urzędu Pracy i Płac,

Rada Państwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej  
Michała Krukowskiego

Przewodniczącego Komitetu Pracy i Płac,

którzy po wymianie pełnomocnictw, uznanych za dobre i sporządzone w należytej formie, zgodzili się na następujące postanowienia:

## § 1

Artykuł 4 Umowy uzupełnia się ustępem 6 w następującym brzmieniu:

„6/ Rządy lub z ich upoważnienia centralne organy obu Państw mogą ustalić w drodze porozumienia szczególne zasady ubezpieczenia społecznego pracowników, zamieszkałych na terytorium jednego Państwa i skierowanych do zatrudnienia w zakładach pracy drugiego Państwa. Stosuje się to również do

udzielania świadczeń tym pracownikom i członkom ich rodzin oraz do pokrywania kosztów świadczeń.“

## § 2

Artykuł 5 ustęp 4 Umowy otrzymuje następujące brzmienie:

„4/ Pracownicy zamieszkali na terytorium jednego Państwa i skierowani do zatrudnienia w zakładach pracy drugiego Państwa otrzymują świadczenia pieniężne określone w ustępie 1 z instytucji ubezpieczeniowej Państwa miejsca zatrudnienia, jeżeli porozumienie przewidziane w artykule 4 ustęp 6 nie ustali inaczej.“

## § 3

Artykuł 5 Umowy uzupełnia się ustępem 5 w następującym brzmieniu:

„5/ Jeżeli ubezpieczony lub rencista albo uprawniony członek jego rodziny zmarł w czasie tymczasowego pobytu na obszarze drugiego Państwa i został tu pogrzebany, zasiłek pogrzebowy wypłaca instytucja ubezpieczeniowa tego Państwa według stosowanych przez nią przepisów osobom, które pokryły koszty pogrzebu, o ile mieszkają one w Państwie, w którym zmarły został pogrzebany.

Jeżeli zmarły został przetransportowany do Państwa, w którym przed śmiercią miał stałe miejsce pobytu, zasiłek pogrzebowy wypłaca instytucja ubezpieczeniowa tego Państwa.“

## § 4

Artykuł 19 ustęp 2 Umowy uzupełnia się następującym zdaniem:

„Umowa ulega przedłużeniu na każde dalsze trzyletnie okresy, jeżeli nie zostanie wypowiedziana przez jedną ze Stron na 6 miesięcy przed upływem danego trzyletniego okresu.“

## § 5

1. Protokół niniejszy podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi w Berlinie.
2. Protokół wejdzie w życie w dniu wymiany dokumentów ratyfikacyjnych z mocą od dnia 28 lutego 1970 roku.

## § 6

Protokół pozostanie w mocy tak długo jak Umowa pomiędzy Niemiecką Republiką Demokratyczną i Polską Rzeczpospolitą Ludową w dziedzinie polityki społecznej, podpisana w Warszawie dnia 13 lipca 1957 roku.

Protokół niniejszy sporządzono w Warszawie dnia 14 października 1971 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc obowiązującą.

Z upoważnienia Rady  
Państwa

Niemieckiej Republiki  
Demokratycznej

Rademacher

Z upoważnienia Rady  
Państwa

Polskiej Rzeczypospolitej  
Ludowej

Krukowski

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (510/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 695. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1041 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816





# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972	Berlin, den 13. Januar 1972	Teil I Nr. 2
Tag	Inhalt	Seite
20. 12. 71	Gesetz über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik vom 28. September 1971 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen .....	17

**Gesetz**  
**über den Vertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der**  
**Koreanischen Volksdemokratischen Republik**  
**vom 28. September 1971**  
**über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen**  
**vom 20. Dezember 1971**

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 28. September 1971 in Phoengiang unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 82 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1972 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zwanzigsten Dezember neunzehnhunderteinundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates  
 der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

I. Med. Universitätsklinik  
 Bismarck  
 Halle (Sa), Lehnstraße 22

Diese Ausgabe enthält als Beilage für die Postabonnenten:

Titelblatt, Zeitliche Inhaltsübersicht und das Stichwortverzeichnis des Gesetzblattes Teil I für das Jahr 1971

**Vertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und**  
**der Koreanischen Volksdemokratischen Republik**  
**über den Rechtsverkehr**  
**in Zivil-, Familien- und Strafsachen**

Die Deutsche Demokratische Republik und die Koreanische Volksdemokratische Republik haben, von dem Bestreben geleitet, die brüderliche Freundschaft zwischen beiden Staaten weiter zu festigen und auf dem Gebiete des Rechtsverkehrs eng zusammenzuarbeiten, beschlossen, einen Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik:

Dr. Kurt Wünsche,  
 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates  
 und Minister der Justiz der  
 Deutschen Demokratischen Republik,

Das Präsidium der Obersten Volksversammlung der  
 Koreanischen Volksdemokratischen Republik:

Dschon Dschun Täk,  
 Stellvertreter des Vorsitzenden des  
 Ministerkabinetts der  
 Koreanischen Volksdemokratischen Republik,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form  
 befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Teil I

**Allgemeine Bestimmungen**

Artikel 1

**Rechtsschutz**

(1) Die Staatsbürger des einen Vertragspartners genießen für ihre Person und ihr Vermögen auf dem Territorium des anderen Vertragspartners den gleichen Rechtsschutz wie die eigenen Staatsbürger.

(2) Die Staatsbürger des einen Vertragspartners können vor den Organen des anderen Vertragspartners, die für Zivil-, Familien- und Strafsachen zuständig sind, auftreten, Klagen erheben, Beschwerden und Anträge einreichen unter den gleichen Bedingungen wie die Staatsbürger des anderen Vertragspartners.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels gelten entsprechend für juristische Personen.

Artikel 2

**Gewährung von Rechtshilfe**

(1) Die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Staatlichen Notariate der Vertragspartner gewähren einander Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen.

(2) Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Organe der Vertragspartner gewähren auch anderen Organen des anderen Vertragspartners, die für Zivil-, Familien- und Strafsachen zuständig sind, Rechtshilfe.

Artikel 3

**Umfang der Rechtshilfe**

Rechtshilfe wird u. a. geleistet durch die Vornahme von Durchsuchungen und Beschlagnahmen, die Pfändung von Vermögen, die Übersendung und Herausgabe von Beweisgegenständen, die Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen und Gutachtern, der Parteien und anderer Personen, die Einnahme eines gerichtlichen Augenscheins, die Erledigung von Zustellungsersuchen, die Übersendung von Unterlagen und Akten, die Fertigung und das Zurverfügungstellen von Dokumenten.

Artikel 4

**Art des Verkehrs**

(1) Bei der Gewährung von Rechtshilfe verkehren die in Artikel 2 Absatz 1 dieses Vertrages genannten Organe über ihre zentralen Organe, soweit in einzelnen Fällen in diesem Vertrage nichts anderes vorgesehen ist.

(2) Die in Artikel 2 Absatz 2 dieses Vertrages genannten Organe richten ihre Rechtshilfeersuchen an die in Artikel 2 Absatz 1 dieses Vertrages genannten Organe, soweit in einzelnen Fällen in diesem Vertrage nichts anderes vorgesehen ist.

Artikel 5

**Sprache**

Ein Rechtshilfeersuchen muß in der Sprache des ersuchenden Vertragspartners abgefaßt und mit einer Übersetzung in die russische Sprache versehen sein.

Artikel 6

**Form und Inhalt der Rechtshilfeersuchen**

(1) Das Rechtshilfeersuchen muß folgende Angaben enthalten:

1. die Bezeichnung des ersuchenden Organs;
2. die Bezeichnung des ersuchten Organs;
3. die genaue Anschrift des Empfängers, an den zugestellt werden soll, und die Bezeichnung der Schriftstücke;
4. die Bezeichnung der Sache;
5. Vor- und Familienname der Parteien, Angeklagten, Beschuldigten oder Verurteilten, ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort, ihre Staatsbürgerschaft, Beschäftigung und in Strafsachen nach Möglichkeit auch Geburtsort und -datum der Beschuldigten oder Verurteilten und die Namen der Eltern;
6. die Namen und Anschriften der Bevollmächtigten;
7. Inhalt des Ersuchens und erforderliche Angaben über den Gegenstand des Ersuchens, in Strafsachen die Beschreibung des Straftatbestandes.

(2) Die auf der Grundlage dieses Vertrages zu übersendenden Schriftstücke sind mit Unterschrift und Siegel zu versehen.

Artikel 7

**Erledigung der Rechtshilfeersuchen**

(1) Bei der Durchführung der Rechtshilfe wendet das ersuchte Gericht die Gesetze seines Staates an. Das

ersuchte Gericht kann jedoch auf Verlangen des ersuchenden Gerichts so verfahren, wie es im Rechtshilfeersuchen bezeichnet ist, sofern dies nicht den Grundsätzen der Gesetzgebung seines Staates widerspricht.

(2) Ist das ersuchte Organ für die Erledigung unzuständig, so gibt es das Ersuchen an das zuständige Organ weiter.

(3) Nach der Erledigung des Ersuchens benachrichtigt das ersuchte Organ davon das Organ, von dem das Ersuchen ausgeht.

(4) War die Erledigung des Rechtshilfeersuchens nicht möglich, so benachrichtigt das ersuchte Organ davon das ersuchende Organ unter Mitteilung der Gründe, welche die Erledigung verhinderten.

#### Artikel 8

##### Zustellungsersuchen

(1) Das ersuchte Organ nimmt die Zustellung nach den in seinem Staate geltenden Bestimmungen vor, wenn die zuzustellenden Schriftstücke in der Sprache des ersuchenden Vertragspartners abgefaßt und mit einer Übersetzung in die russische Sprache versehen sind. Anderenfalls setzt das ersuchte Organ den Empfänger davon in Kenntnis und übergibt die Schriftstücke diesem, falls er bereit ist, sie entgegenzunehmen.

(2) Können die Schriftstücke unter der im Ersuchen angegebenen Anschrift nicht zugestellt werden, so veranlaßt das ersuchte Organ die notwendigen Maßnahmen zur Erledigung der Zustellung. Ist die Feststellung der Anschrift nicht möglich, so benachrichtigt es darüber das ersuchende Organ und sendet die oben genannten Schriftstücke zurück.

#### Artikel 9

##### Zustellungsnachweis

(1) Der Nachweis der Zustellung erfolgt nach den im ersuchten Staate geltenden Bestimmungen.

(2) Der Nachweis über die Zustellung hat das Datum und den Ort der Zustellung zu enthalten, die Unterschrift des Empfängers und des Zustellers. Die Zustellung kann durch eine Empfangsbescheinigung oder amtliche Bestätigung, die mit dem Siegel des ersuchten Organs versehen ist, nachgewiesen werden.

#### Artikel 10

##### Zustellung an eigene Staatsbürger

(1) Die Vertragspartner sind berechtigt, Zustellungen an ihre eigenen Staatsbürger, die sich auf dem Territorium des anderen Vertragspartners aufhalten, durch ihre diplomatische oder konsularische Vertretung zu bewirken.

(2) Bei Zustellungen gemäß Absatz 1 dieses Artikels dürfen keine Zwangsmaßnahmen angewendet werden.

#### Artikel 11

##### Kosten der Rechtshilfe

(1) Der ersuchte Vertragspartner kann für die Gewährung von Rechtshilfe keine Erstattung der Kosten

verlangen. Die Vertragspartner tragen alle Kosten, die bei der Gewährung von Rechtshilfe auf ihrem Territorium entstehen, selbst.

(2) Das ersuchte Organ gibt dem ersuchenden Organ die allgemeine Höhe der entstandenen Kosten bekannt. Soweit das ersuchende Organ diese Kosten von dem Kostenpflichtigen einzieht, verbleiben sie dem einziehenden Vertragspartner.

#### Artikel 12

##### Freies Geleit für Zeugen und Sachverständige

(1) Ein Zeuge oder Sachverständiger, der auf eine ihm durch das Organ des ersuchten Vertragspartners zugestellte Ladung vor dem Organ des ersuchenden Vertragspartners erscheint, darf nicht strafrechtlich verfolgt oder in Haft genommen werden, weder wegen einer Straftat, die den Gegenstand des Verfahrens bildet, noch wegen einer anderen Straftat, die er vor Überschreiten der Grenze des ersuchenden Vertragspartners begangen hat. Auch darf wegen solcher Straftaten auf dem Territorium des ersuchenden Vertragspartners keine Strafe gegen ihn vollstreckt werden.

(2) Ein Zeuge oder Sachverständiger verliert dieses Privileg, wenn er das Territorium des ersuchenden Vertragspartners nicht binnen eines Monats, von dem Tage an gerechnet, an dem ihm das ersuchende Organ mitteilt, daß seine weitere Anwesenheit nicht notwendig ist, verläßt. In diese Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, während der der Zeuge oder Sachverständige ohne sein Verschulden das Territorium des ersuchenden Vertragspartners nicht verlassen konnte.

(3) Die geladenen Personen haben das Recht auf Erstattung ihrer Reise- und Aufenthaltskosten und ihres Lohnausfalles, Sachverständige haben darüber hinaus Anspruch auf ein Gutachterhonorar.

#### Artikel 13

##### Information über Strafurteile

(1) Die Vertragspartner unterrichten sich jährlich über rechtskräftige Verurteilungen, die ihre Gerichte gegen Staatsbürger des anderen Vertragspartners im abgelaufenen Jahr erlassen haben.

(2) Auf Ersuchen des einen Vertragspartners informiert der andere Vertragspartner über andere Urteile (einschließlich über noch nicht rechtskräftige Urteile), die von seinen Gerichten gegen Bürger des ersuchenden Vertragspartners ergangen sind. In gerechtfertigten Fällen kann eine Benachrichtigung auch über eine Person gegeben werden, die nicht Staatsbürger des ersuchenden Vertragspartners ist.

(3) Die Übermittlung der Ersuchen und der Informationen gemäß der Absätze 1 und 2 dieses Artikels erfolgt auf dem in Artikel 4 dieses Vertrages vorgesehenen Wege.

#### Artikel 14

##### Information über Fragen der Rechtspflege

Die zentralen Rechtspflegeorgane der Vertragspartner erteilen einander auf Wunsch Auskunft über das Recht und die Rechtspraxis ihrer Staaten. Sie informieren sich wechselseitig über wichtige Gesetzgebungsakte auf dem Gebiet der Rechtspflege und tauschen ihre Erfahrungen bei der Vorbereitung von Gesetzen aus.

Neben Gesetzestexten werden auch entsprechende Kommentare und andere rechtswissenschaftliche Literatur zwischen dem Ministerium der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik und dem Obersten Gericht der Koreanischen Volksdemokratischen Republik ausgetauscht.

## Teil II

### Besondere Bestimmungen

#### Abschnitt 1

#### Gerichtskosten

##### Artikel 15

##### Sicherheitsleistung

Den Staatsbürgern eines Vertragspartners, die vor den Gerichten des anderen Vertragspartners als Kläger auftreten, darf, soweit sie sich auf dem Territorium eines der Vertragspartner aufhalten, keine Sicherheitsleistung für die Verfahrenskosten auferlegt werden.

##### Kostenbefreiung

##### Artikel 16

(1) Den Staatsbürgern des einen Vertragspartners wird auf dem Territorium des anderen Vertragspartners Kostenbefreiung für ein gerichtliches Verfahren unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfang wie eigenen Staatsbürgern gewährt.

(2) Eine Kostenbefreiung erstreckt sich auf alle Prozeßhandlungen, einschließlich der Zwangsvollstreckung.

(3) Eine Kostenbefreiung, die gemäß den Gesetzen eines Vertragspartners einer Person in einer bestimmten Sache gewährt worden ist, gilt auch für die Prozeßhandlungen, die in diesem Verfahren vor dem Gericht des anderen Vertragspartners durchgeführt werden.

##### Artikel 17

(1) Die Bescheinigung über die persönlichen und die Vermögensverhältnisse, die für die Bewilligung der Kostenbefreiung gemäß Artikel 16 Absatz 1 dieses Vertrages erforderlich ist, stellt das zuständige Organ des Vertragspartners aus, auf dessen Territorium der Antragsteller seinen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Hat der Antragsteller weder auf dem Territorium des einen noch des anderen Vertragspartners seinen Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt, so stellt die Bescheinigung die diplomatische oder konsularische Vertretung seines Staates aus.

(3) Das Gericht, das über den Antrag auf Kostenbefreiung für ein Verfahren entscheidet, kann auf dem in Artikel 4 dieses Vertrages vorgesehenen Wege erforderlichenfalls das Organ, das die Bescheinigung ausstellt, um ergänzende Angaben ersuchen.

##### Artikel 18

(1) Der Staatsbürger des einen Vertragspartners, der beabsichtigt, vor dem Gericht des anderen Vertrags-

partners einen Antrag auf Kostenbefreiung zu stellen, kann diesen Antrag vor dem für seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständigen Gericht mündlich zu Protokoll geben.

Das Gericht übersendet auf dem in Artikel 4 Absatz 1 dieses Vertrages vorgesehenen Wege das Protokoll einschließlich der in Artikel 17 dieses Vertrages aufgeführten Unterlagen sowie alle übrigen vom Antragsteller eingereichten Schriftstücke dem zuständigen Gericht des anderen Vertragspartners.

(2) Gleichzeitig mit dem Antrag auf Kostenbefreiung können auch andere Anträge in der Sache, auf die sich die Kostenbefreiung bezieht, übermittelt werden.

#### Abschnitt 2

#### Urkunden

##### Artikel 19

##### Beglaubigung und Anerkennung von Urkunden

(1) Urkunden, die von einem Gericht oder einem anderen zuständigen Organ des einen Vertragspartners ausgestellt oder beglaubigt sind, bedürfen, sofern sie mit Unterschrift und amtlichem Siegel versehen sind, für ihre Verwendung vor den Gerichten und vor anderen Organen des anderen Vertragspartners keiner Legalisation.

(2) Die Bestimmung des Absatzes 1 dieses Artikels gilt auch für Abschriften von Urkunden, die von einem Gericht oder einem anderen zuständigen Organ beglaubigt worden sind.

(3) Öffentliche Urkunden, die auf dem Territorium des einen Vertragspartners errichtet worden sind, haben auch auf dem Territorium des anderen Vertragspartners die Beweiskraft von öffentlichen Urkunden.

##### Übersendung von Personenstands- und anderen Urkunden

##### Artikel 20

(1) Jeder der Vertragspartner übersendet der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des anderen Vertragspartners jährlich kostenlos und gebührenfrei Auszüge aus den Personenstandsregistern, die sich auf die Geburt, die Eheschließung und den Tod von Staatsbürgern des anderen Vertragspartners beziehen.

(2) Die Vertragspartner übersenden einander auf Verlangen kostenlos Personenstandsurkunden für den amtlichen Gebrauch.

(3) Bei der Übermittlung und Erledigung von Ersuchen gemäß Absatz 2 dieses Artikels verkehren die Vertragspartner nach den Bestimmungen des Artikels 4 dieses Vertrages.

##### Artikel 21

(1) Die Vertragspartner übersenden einander rechtskräftige Entscheidungen der Gerichte, die den Personenstand der Staatsbürger des anderen Vertragspartners betreffen.

(2) Entscheidungen gemäß der Bestimmung des Absatzes 1 dieses Artikels werden der diplomatischen oder konsularischen Vertretung kostenlos übermittelt.

**Artikel 22**

Anträge von Staatsbürgern eines Vertragspartners auf Ausstellung von Auszügen aus den Personenstandsregistern können unmittelbar an das zuständige Organ für Personenstandswesen des anderen Vertragspartners übersandt werden.

**Abschnitt 3****Bestimmungen über den Personenstand****Artikel 23****Rechts- und Geschäftsfähigkeit**

Die Rechts- und Geschäftsfähigkeit einer Person bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürger die Person ist.

**Artikel 24****Verschollenheitserklärung, Todeserklärung und Feststellung der Tatsache des Todes**

(1) Für die Verschollenheitserklärung und Todeserklärung und die Feststellung der Tatsache des Todes sind die Organe des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger die Person war, als sie nach den letzten Nachrichten noch gelebt hat.

(2) Das Gericht des einen Vertragspartners kann auf Antrag der auf seinem Territorium lebenden Personen, wenn deren Rechte und Interessen nach den Gesetzen dieses Vertragspartners begründet sind, einen Staatsbürger des anderen Vertragspartners für verschollen oder für tot erklären sowie die Tatsache des Todes feststellen.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels wenden die Gerichte der Vertragspartner die Gesetze ihres Staates an.

**Abschnitt 4****Familiensachen****Artikel 25****Eheschließung**

(1) Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Eingehung der Ehe bestimmen sich für die künftigen Ehegatten nach den Gesetzen der Vertragspartner, deren Staatsbürger sie sind.

(2) Die Form der Eheschließung bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Ehe geschlossen wird.

**Persönliche und vermögensrechtliche Beziehungen der Ehegatten****Artikel 26**

(1) Die persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten bestimmen sich, sofern sie eine gemeinsame Staatsbürgerschaft besitzen, nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürger sie sind.

(2) Ist einer der Ehegatten Staatsbürger des einen und der andere Staatsbürger des anderen Vertragspartners, so bestimmen sich ihre persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium sie ihren letzten gemeinsamen Wohnsitz haben bzw. gehabt haben.

**Artikel 27**

(1) Für die Entscheidung über die persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten ist das Gericht des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger die Ehegatten sind. Haben die Ehegatten zur Zeit des Verfahrens ihren Wohnsitz auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so ist auch das Gericht dieses Vertragspartners zuständig.

(2) Ist einer der Ehegatten Staatsbürger des einen und der andere Staatsbürger des anderen Vertragspartners, so ist für die Entscheidung über die persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten das Gericht des Vertragspartners zuständig, auf dessen Territorium sie ihren letzten gemeinsamen Wohnsitz haben bzw. gehabt haben.

**Ehescheidung****Artikel 28**

(1) Für die Scheidung einer Ehe gelten die Gesetze des Vertragspartners, dessen Staatsbürger beide Ehegatten zur Zeit der Erhebung der Klage sind.

(2) Ist einer der Ehegatten Staatsbürger des einen und der andere Staatsbürger des anderen Vertragspartners, so wendet das Gericht, bei dem das Ehescheidungsverfahren durchgeführt wird, seine Gesetze an.

**Artikel 29**

(1) Für die Ehescheidung im Falle des Artikels 28 Absatz 1 dieses Vertrages ist das Gericht des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger die Ehegatten zum Zeitpunkt der Klageerhebung sind.

(2) Für die Ehescheidung gemäß dem Artikel 28 Absatz 2 dieses Vertrages ist das Gericht des Vertragspartners zuständig, auf dessen Territorium beide Ehegatten ihren Wohnsitz haben.

Hat einer der Ehegatten seinen Wohnsitz auf dem Territorium des einen und der andere auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so sind für die Ehescheidung die Gerichte beider Vertragspartner zuständig.

**Artikel 30****Ehenichtigkeit**

(1) Die Feststellung der Nichtigkeit (des Nichtbestehens) einer Ehe kann auf der Grundlage des am Ort der Eheschließung geltenden Rechts sowie auf der Grundlage des Rechts des Vertragspartners getroffen werden, dessen Staatsbürger die Ehegatten sind.

(2) Die Feststellung der Nichtigkeit (des Nichtbestehens) einer Ehe infolge der Verletzung der materiellrechtlichen Voraussetzungen der Eheschließung ist nur möglich, wenn diese Folgen die grundlegenden Gesetze gemäß Artikel 25 dieses Vertrages vorsehen.

(3) Für die Zuständigkeit gelten die Bestimmungen des Artikels 29 entsprechend.

#### Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern

##### Artikel 31

Die Feststellung und Anfechtung der Abstammung eines Kindes von einer bestimmten Person bestimmen sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürgerschaft das Kind mit der Geburt erworben hat.

##### Artikel 32

Die Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern bestimmen sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürger das Kind ist.

##### Artikel 33

(1) Für die Entscheidung über die in Artikel 31 und 32 dieses Vertrages genannten Verhältnisse sind die Gerichte des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger das Kind ist.

(2) Leben Kläger und Verklagter auf dem Territorium eines Vertragspartners, so sind auch die Gerichte dieses Vertragspartners zuständig.

#### Annahme an Kindes Statt

##### Artikel 34

(1) Die Annahme an Kindes Statt bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dem der Annehmende zur Zeit der Annahme angehört.

(2) Wird das Kind durch Ehegatten angenommen, von denen einer dem einen Vertragspartner, der andere dem anderen Vertragspartner angehört, so muß die Annahme den in den Gebieten beider Vertragspartner geltenden Bestimmungen entsprechen.

(3) Gehört das Kind dem einen Vertragspartner an und der Annehmende dem anderen Vertragspartner, so sind bei der Annahme an Kindes Statt die Zustimmungen des gesetzlichen Vertreters des Kindes und des zuständigen staatlichen Organs und, soweit dies nach dem Recht des Staates, dem das Kind angehört, erforderlich ist, die Zustimmung des Kindes beizubringen.

##### Artikel 35

Zuständig für das Verfahren betreffend Annahme an Kindes Statt sind die Organe des Vertragspartners, dem der Annehmende angehört.

Im Fall des Artikels 34 Absatz 2 dieses Vertrages ist das Organ des Vertragspartners zuständig, auf dessen Territorium die Ehegatten ihren gemeinsamen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben oder zuletzt gehabt haben.

##### Artikel 36

Die Bestimmungen der Artikel 34 und 35 dieses Vertrages finden entsprechende Anwendung für die Aufhebung der Annahme an Kindes Statt.

#### Abschnitt 5

#### Vormundschaft und Pflegschaft

##### Artikel 37

(1) Für die Anordnung oder Aufhebung der Vormundschaft und Pflegschaft gelten die Gesetze des Vertragspartners, dessen Staatsbürger die unter Vormundschaft oder Pflegschaft zu stellende Person (im weiteren Text Mündel genannt) ist.

(2) Das Rechtsverhältnis zwischen Vormund oder Pfleger und Mündel bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Organ den Vormund oder Pfleger bestellt hat.

(3) Die Pflicht zur Übernahme einer Tätigkeit als Vormund oder Pfleger bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürger die Person ist, die als Vormund oder Pfleger bestellt werden soll.

##### Artikel 38

(1) Über die Anordnung und Aufhebung der Vormundschaft oder Pflegschaft entscheidet, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, das Organ des Vertragspartners, dessen Staatsbürger der Mündel ist.

(2) Entscheidungen über die Anordnung und Aufhebung der Vormundschaft oder Pflegschaft, die von den Organen eines Vertragspartners in bezug auf die eigenen Staatsbürger getroffen worden sind, werden auch auf dem Territorium des anderen Vertragspartners anerkannt und haben dort Rechtswirksamkeit.

##### Artikel 39

(1) Werden auf dem Territorium des einen Vertragspartners Maßnahmen zum Schutz der Interessen eines Staatsbürgers des anderen Vertragspartners notwendig, dessen Wohnsitz, Aufenthalt oder Vermögen auf dem Territorium dieses Vertragspartners liegt, so setzt das zuständige Organ dieses Vertragspartners unverzüglich die diplomatische oder konsularische Vertretung des anderen Vertragspartners davon in Kenntnis.

(2) Ist der Fall gemäß Absatz 1 dieses Artikels dringend, veranlaßt das zuständige Organ die notwendigen vorläufigen Maßnahmen gemäß seinen innerstaatlichen Gesetzen, worüber es die diplomatische oder konsularische Vertretung des anderen Vertragspartners unverzüglich in Kenntnis setzt. Die vorläufigen Maßnahmen bleiben bis zur anderweitigen Entscheidung durch das zuständige Organ des anderen Vertragspartners in Kraft.

##### Artikel 40

(1) Das Organ des Vertragspartners, das nach Artikel 38 Absatz 1 dieses Vertrages zuständig ist, kann die Führung der Vormundschaft oder Pflegschaft an das Organ des anderen Vertragspartners abgeben, wenn der Mündel seinen Wohnsitz oder Aufenthalt auf dem Territorium dieses Vertragspartners hat.

Die Abgabe der Führung der Vormundschaft oder Pflegschaft wird wirksam, sobald das ersuchte Organ die Führung der Vormundschaft oder Pflegschaft übernommen und das ersuchende Organ davon in Kenntnis gesetzt hat.

(2) Das Organ des Vertragspartners, welches gemäß Absatz 1 dieses Artikels um die Führung der Vormundschaft oder Pflegschaft ersucht wurde, führt die Vormundschaft oder Pflegschaft nach seinen innerstaatlichen Gesetzen. Es ist nicht befugt, Entscheidungen über den Personenstand des Mündels zu treffen.

#### Abschnitt 6

#### Nachlasssachen

##### Artikel 41

#### Grundsatz der Gleichstellung in Erbsachen

(1) Die Staatsbürger des einen Vertragspartners können auf dem Territorium des anderen Vertragspartners Vermögen und Rechte auf Grund von gesetzlicher und testamentarischer Erbfolge unter den gleichen Voraussetzungen und in dem gleichen Umfange wie Staatsbürger dieses Vertragspartners erwerben.

(2) Die Staatsbürger des einen Vertragspartners können über ihr Vermögen, das sich auf dem Territorium des anderen Vertragspartners befindet, letztwillige Verfügungen treffen.

##### Artikel 42

#### Anzuwendendes Erbrecht

(1) Das Erbrecht hinsichtlich beweglichen Vermögens richtet sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Staatsbürger der Erblasser zur Zeit des Todes war.

(2) Das Erbrecht hinsichtlich unbeweglichen Vermögens richtet sich nach dem Recht des Vertragspartners, auf dessen Territorium sich das Vermögen befindet.

##### Artikel 43

#### Letztwillige Verfügungen

(1) Die Fähigkeit zur Errichtung oder Aufhebung einer letztwilligen Verfügung sowie ihre Anfechtung auf Grund von Willensmängeln des Verfügenden bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürger der Verfügende zum Zeitpunkt der Errichtung oder Aufhebung der letztwilligen Verfügung war.

(2) Die Form der Errichtung oder Aufhebung einer letztwilligen Verfügung bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürger der Verfügende zum Zeitpunkt der Errichtung oder Aufhebung der letztwilligen Verfügung war. Eine letztwillige Verfügung ist hinsichtlich der Form der Errichtung oder Aufhebung auch dann rechtsgültig, wenn die Gesetze des Vertragspartners beachtet wurden, auf dessen Territorium die letztwillige Verfügung errichtet oder aufgehoben wurde.

#### Zuständigkeit in Nachlasssachen

##### Artikel 44

(1) Für die Regelung des beweglichen Nachlasses ist, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt wird, das Organ des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger der Erblasser zum Zeitpunkt des Todes war.

(2) Für die Regelung des unbeweglichen Nachlasses ist das Organ des Vertragspartners zuständig, auf dessen Territorium sich der unbewegliche Nachlaß befindet.

(3) Wenn sich das gesamte bewegliche Nachlaßvermögen nach dem Staatsbürger eines der Vertragspartner auf dem Territorium des anderen Vertragspartners befindet, und wenn alle Erben damit einverstanden sind, so wird auf Antrag eines Erben oder Vermächtnisnehmers die Regelung von den Organen des anderen Vertragspartners getroffen.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels gelten entsprechend für Rechtsstreitigkeiten aus Erbsachen.

##### Artikel 45

Welches Vermögen als bewegliches oder als unbewegliches gilt, bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium sich das Vermögen befindet.

##### Artikel 46

#### Mitteilung von Todesfällen

(1) Stirbt ein Staatsbürger des einen Vertragspartners auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so setzt das zuständige Organ die diplomatische oder konsularische Vertretung des anderen Vertragspartners unverzüglich davon in Kenntnis. Es teilt dabei mit, was über Erben, deren Wohnsitz oder Aufenthalt und den Umfang des Nachlasses sowie über das Bestehen einer letztwilligen Verfügung bekannt ist. Ist dem Organ bekannt, daß der Verstorbene in einem dritten Staat Vermögen hinterlassen hat, so gibt es auch darüber Auskunft.

(2) Stellt ein Organ im Nachlaßverfahren fest, daß der Erbe Staatsbürger des anderen Vertragspartners ist, so ist es verpflichtet, die diplomatische oder konsularische Vertretung dieses Vertragspartners davon in Kenntnis zu setzen.

(3) Erhält die diplomatische oder konsularische Vertretung zuerst von dem Todesfall Kenntnis, so hat sie zur Sicherung des Nachlasses das zuständige Nachlaßorgan zu benachrichtigen.

#### Maßnahmen zur Sicherung des Nachlasses

##### Artikel 47

Befindet sich auf dem Territorium des einen Vertragspartners der Nachlaß eines Staatsbürgers des anderen Vertragspartners, so trifft das zuständige Nachlaßorgan zu seiner Sicherung und Verwaltung in Übereinstimmung mit seinen innerstaatlichen Gesetzen geeignete Maßnahmen.

##### Artikel 48

Stirbt ein Staatsbürger des einen Vertragspartners während seines zeitweiligen Aufenthaltes auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so werden die Sachen, die er mit sich führte, ohne weiteres Verfahren mit einer Verzeichnis der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Vertragspartners übergeben, dessen Staatsbürger der Verstorbene war.

## Artikel 49

**Testamentseröffnung**

Für die Eröffnung und Verkündung einer Verfügung von Todes wegen ist das Nachlaßorgan des Vertragspartners zuständig, auf dessen Territorium sich die Verfügung befindet. Ist der Erblasser auf dem Territorium des anderen Vertragspartners wohnhaft gewesen, so ist dem zuständigen Nachlaßorgan dieses Vertragspartners eine Abschrift der Verfügung von Todes wegen und ein Protokoll über ihren Zustand und Inhalt, gegebenenfalls auch über ihre Eröffnung und Verkündung, zu übersenden.

## Artikel 50

**Erbloser Nachlaß**

Soweit nach den Gesetzen des Vertragspartners, nach welchen sich das Erbrecht bestimmt, ein Nachlaß ohne Erben ist, fällt der bewegliche Nachlaß dem Vertragspartner zu, dessen Staatsbürger der Erblasser zum Zeitpunkt des Todes war, der unbewegliche Nachlaß dem Vertragspartner, auf dessen Territorium er liegt.

## Artikel 51

**Vertretungsbefugnis  
der diplomatischen oder konsularischen Vertretung**

In allen Nachlaßsachen, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners entstehen, sind die diplomatischen oder konsularischen Vertretungen der Vertragspartner berechtigt, ohne besondere Vollmacht die Interessen ihrer Staatsbürger, sofern diese nicht zugegen sind und keine Bevollmächtigten eingesetzt haben, vor den Organen des anderen Vertragspartners zu vertreten.

## Artikel 52

**Übergabe des Nachlasses**

(1) Befindet sich auf dem Territorium des einen Vertragspartners beweglicher Nachlaß, so wird dieser dem für die Durchführung des Nachlaßverfahrens zuständigen Organ oder der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Vertragspartners übergeben, dessen Staatsbürger der Erblasser war, soweit die Voraussetzungen gemäß Ziffer 2 Absatz 4 dieses Artikels erfüllt sind.

(2) Beide Vertragspartner behalten sich das Recht vor, vor Herausgabe des beweglichen Nachlasses gemäß Absatz 1 dieses Artikels die Bezahlung der Abgaben und Gebühren zu fordern, die mit dem Antritt einer Erbschaft verbunden sind.

(3) Fällt der bewegliche Nachlaß oder der aus dem Verkauf von beweglichem oder unbeweglichem Nachlaß erzielte Erlös nach der Durchführung eines Nachlaßverfahrens an Erben mit Wohnsitz oder Aufenthalt auf dem Territorium des anderen Vertragspartners und kann diesen oder ihren Bevollmächtigten der Nachlaß oder sein Erlös nicht direkt übergeben werden, erfolgt die Aushändigung an die diplomatische oder konsularische Vertretung dieses Vertragspartners.

(4) Gemäß der Bestimmung des Absatzes 3 dieses Artikels wird verfahren, wenn:

1. alle mit der Erbschaft verbundenen Ausgaben und Gebühren bezahlt oder sichergestellt sind,

2. das zuständige Organ die notwendige Genehmigung zur Ausfuhr der Nachlaßgegenstände oder für die Überweisung von Geldbeträgen erteilt hat.

## Abschnitt 7

**Anerkennung und Vollstreckung  
von gerichtlichen Entscheidungen**

## Artikel 53

**Entscheidungen, die der Anerkennung  
und Vollstreckung unterliegen**

(1) Die Vertragspartner anerkennen und vollstrecken unter den in diesem Vertrag festgelegten Voraussetzungen auf ihrem Territorium folgende gerichtliche Entscheidungen, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ergangen sind:

1. Entscheidungen der Gerichte, der Vormundschafts- und Pfllegschaftsorgane über nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten;
2. Entscheidungen der Gerichte, gerichtliche Vergleiche in Zivil- und Familiensachen über vermögensrechtliche Ansprüche sowie Kostenentscheidungen;
3. Urteile in Strafsachen über Schadensersatzansprüche.

(2) Gerichtsentscheidungen im Sinne der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels sind auch Entscheidungen in Nachlaßsachen, die von den Organen eines Vertragspartners erlassen worden sind, die nach den innerstaatlichen Gesetzen ihres Staates für die Regelung in Nachlaßsachen zuständig sind.

## Artikel 54

**Voraussetzungen für die Anerkennung  
und Vollstreckung von Entscheidungen**

Entscheidungen nach Artikel 53 dieses Vertrages werden unter folgenden Voraussetzungen anerkannt und vollstreckt:

1. wenn die Entscheidung nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium sie ergangen ist, rechtskräftig und vollstreckbar ist;
2. wenn das Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung ergangen ist, in dem Verfahren nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Anerkennung oder Vollstreckung begehrt wird, oder nach diesem Vertrag zuständig war;
3. wenn die unterlegene Partei, die am Verfahren nicht teilgenommen hat, nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung ergangen ist, ordnungsgemäß und rechtzeitig geladen war und im Falle ihrer Prozeßunfähigkeit ordnungsgemäß vertreten werden konnte;
4. wenn in dem gleichen Rechtsstreit zwischen den Parteien auf dem Territorium eines Vertragspartners nicht bereits früher eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist.



**Artikel 55****Anträge auf Vollstreckung von Entscheidungen**

(1) Der Antrag auf Vollstreckung einer Entscheidung kann unmittelbar bei dem zuständigen Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Entscheidung vollstreckt werden soll, gestellt werden oder bei dem Gericht, das in dieser Rechtssache in erster Instanz entschieden hat, wobei dieser Antrag dem zuständigen Gericht des anderen Vertragspartners in der in Artikel 4 dieses Vertrages vorgesehenen Weise übermittelt wird.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. eine Ausfertigung bzw. eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung mit einer Bescheinigung über die Rechtskraft und Vollstreckbarkeit, sofern dies nicht aus der Entscheidung selbst hervorgeht;
2. eine Bestätigung, daß die unterlegene Partei, die nicht an dem Verfahren teilgenommen hat, ordnungsgemäß und rechtzeitig geladen war und, falls sie prozeßunfähig war, ordnungsgemäß vertreten werden konnte.

**Artikel 56****Verfahren bei der Vollstreckung**

(1) Das Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium eine Entscheidung zu vollstrecken ist, führt die Vollstreckung nach den Gesetzen seines Staates durch.

(2) Das Gericht, welches über den Antrag auf Vollstreckung entscheidet, beschränkt sich allein darauf festzustellen, ob die in dem Artikel 54 dieses Vertrages festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

(3) Gegen die Vollstreckung kann der Schuldner die Einwendungen vorbringen, die die Gesetze des Vertragspartners vorsehen, dessen Gericht über die Vollstreckung entscheidet.

**Artikel 57****Vollstreckung von Kostenentscheidungen**

(1) Wird eine Partei, die gemäß Artikel 15 dieses Vertrages von der Sicherheitsleistung für die Verfahrenskosten befreit war, durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung eines Vertragspartners zur Erstattung der Verfahrenskosten verpflichtet, so wird diese Entscheidung auf Antrag der berechtigten Partei auf dem Territorium des anderen Vertragspartners gebührenfrei vollstreckt.

(2) Das Gericht, welches über die Genehmigung der Vollstreckung der Entscheidung gemäß Absatz 1 dieses Artikels entscheidet, beschränkt sich allein darauf festzustellen, ob die Kostenentscheidung rechtskräftig und vollstreckbar ist.

(3) Für den Antrag auf Vollstreckung und die beizufügenden Anlagen gelten die Bestimmungen des Artikels 55 dieses Vertrages entsprechend.

**Artikel 58****Kosten der Zwangsvollstreckung**

Hinsichtlich der mit der Zwangsvollstreckung verbundenen Kosten gelten die Gesetze des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Zwangsvollstreckung durchgeführt wird.

**Artikel 59****Zeitlicher Geltungsbereich der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen**

Die in Artikel 53 dieses Vertrages genannten Gerichtsentscheidungen werden nur anerkannt und vollstreckt, wenn sie nach Inkrafttreten dieses Vertrages rechtskräftig und vollstreckbar geworden sind.

**Artikel 60****Ausfuhr von Sachen und Überweisungen**

Von den Bestimmungen dieses Vertrages über die Vollstreckung von Entscheidungen werden die gesetzlichen Vorschriften der Vertragspartner über die Überweisung von Geldbeträgen oder die Ausfuhr von Gegenständen, die durch eine Vollstreckung erlangt werden, nicht berührt.

**Abschnitt 8****Auslieferung****Artikel 61****Verpflichtung zur Auslieferung**

Die Vertragspartner verpflichten sich entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages, auf Ersuchen einander Personen auszuliefern, die sich auf ihrem Territorium befinden und gegen die eine Strafverfolgung durchgeführt oder eine Strafe vollzogen werden soll.

**Artikel 62****Auslieferungsstraftaten**

(1) Die Auslieferung zum Zwecke der Durchführung eines Strafverfahrens erfolgt nur wegen solcher Handlungen, die nach den Gesetzen beider Vertragspartner mit einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr bedroht sind.

(2) Die Auslieferung zum Zwecke des Vollzugs einer Strafe erfolgt nur wegen solcher Handlungen, die nach den Gesetzen beider Vertragspartner strafbar sind, und wenn die betreffende Person zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt worden ist.

**Artikel 63****Ablehnung der Auslieferung**

Die Auslieferung erfolgt nicht, wenn

1. die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, Bürger des ersuchten Vertragspartners ist;
2. die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, die Straftat auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners begangen hat;
3. nach den Gesetzen des ersuchten Vertragspartners die Strafverfolgung oder die Strafvollstreckung infolge von Verjährung oder aus anderen gesetzlichen Gründen nicht zulässig ist;

4. gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, bereits auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners in der gleichen Strafsache ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist oder das Verfahren endgültig eingestellt wurde.

#### Artikel 64

Im Falle der Anwendung des Artikels 63 dieses Vertrages setzt der ersuchte Vertragspartner den ersuchenden Vertragspartner über die Gründe der Ablehnung der Auslieferung in Kenntnis.

#### Artikel 65

##### Übernahme der Strafverfolgung

(1) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, auf Ersuchen des anderen Vertragspartners in Übereinstimmung mit seinen innerstaatlichen Gesetzen ein Strafverfahren gegen eigene Staatsbürger einzuleiten, wenn diese auf dem Territorium des anderen Vertragspartners eine Auslieferungsstraftat begangen haben. Dem Ersuchen sind Unterlagen über die Straftat und alle Beweismittel beizufügen, die über die strafbare Handlung zur Verfügung stehen.

(2) Der ersuchte Vertragspartner setzt den anderen Vertragspartner vom Ergebnis des Strafverfahrens in Kenntnis; ist ein Urteil ergangen, das Rechtskraft erlangt hat, übermittelt er ihm eine Abschrift.

#### Artikel 66

##### Art des Verkehrs

In Sachen der Übernahme der Strafverfolgung und der Auslieferung verkehren seitens der Deutschen Demokratischen Republik das Ministerium der Justiz oder der Generalstaatsanwalt und seitens der Koreanischen Volksdemokratischen Republik die Generalstaatsanwaltschaft miteinander.

#### Artikel 67

##### Auslieferungsersuchen

(1) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Zwecke der Durchführung eines Strafverfahrens sind beizufügen: eine beglaubigte Abschrift des Haftbefehls und Beweise darüber, daß die betreffende Person verdächtig ist; der Text des entsprechenden Strafgesetzes, nach welchem die Handlung beurteilt wird. Ist durch die Straftat ein materieller Schaden entstanden, so ist dessen Höhe anzugeben.

(2) Dem Ersuchen um Auslieferung zum Vollzug einer Strafe sind die Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils und der entsprechende Gesetzestext, nach dem die Straftat qualifiziert wurde, beizufügen. Hat der Verurteilte bereits einen Teil seiner Strafe verbüßt, so sind auch darüber Angaben zu übermitteln.

(3) Dem Ersuchen um Auslieferung sind nach Möglichkeit eine Beschreibung sowie ein Paßbild der auszuliefernden Person beizufügen. Angaben über ihre Staatsbürgerschaft und ihren Aufenthaltsort u. a.

#### Artikel 68

##### Ergänzung des Auslieferungsersuchens

Enthält das Auslieferungsersuchen nicht die erforderlichen Angaben, so kann der ersuchte Vertragspartner seine Vervollständigung verlangen sowie eine Frist bestimmen, in der die ergänzenden Angaben zu übermitteln sind. Die Frist soll zwei Monate nicht überschreiten. Auf Ersuchen des ersuchenden Vertragspartners kann diese Frist verlängert werden.

##### Auslieferungshaft

#### Artikel 69

Der ersuchte Vertragspartner trifft nach Eingang des Auslieferungsersuchens unverzüglich Maßnahmen zur Ermittlung der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, und ordnet gegebenenfalls auch ihre Inhaftierung an.

#### Artikel 70

(1) Auf Antrag kann eine auszuliefernde Person vor Eingang des Auslieferungsersuchens inhaftiert werden, wenn sich das zuständige Organ des ersuchenden Vertragspartners auf einen Haftbefehl gegen diese Person oder ein rechtskräftiges Urteil unter gleichzeitiger Ankündigung des Auslieferungsersuchens beruft. Dieser Antrag kann auf dem Postwege, telegrafisch, telefonisch oder auf eine andere ähnliche Weise übermittelt werden.

(2) Die zuständigen Organe eines Vertragspartners können eine Person, die sich auf seinem Territorium befindet, auch ohne Antrag nach Absatz 1 dieses Artikels inhaftieren, wenn bekannt ist, daß diese Person auf dem Territorium des anderen Vertragspartners eine Auslieferungsstraftat nach Artikel 62 dieses Vertrages begangen hat.

(3) Von der Inhaftierung nach den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels ist der andere Vertragspartner unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

#### Artikel 71

(1) Der ersuchte Vertragspartner stellt das Auslieferungsverfahren ein und setzt die inhaftierte Person auf freien Fuß, wenn innerhalb der gemäß Artikel 68 dieses Vertrages zu bestimmenden Frist die geforderten zusätzlichen Angaben zum Auslieferungsersuchen nicht übermittelt werden.

(2) Eine nach den Bestimmungen des Artikels 70 dieses Vertrages inhaftierte Person kann auf freien Fuß gesetzt werden, wenn das Auslieferungsersuchen nicht innerhalb von 2 Monaten eintrifft, von dem Tage an gerechnet, an dem die Benachrichtigung des anderen Vertragspartners über die Inhaftierung dieser Person abgesandt wurde.

#### Artikel 72

##### Aufschub der Auslieferung

Wird gegen eine Person, um deren Auslieferung ersucht wird, ein Strafverfahren durchgeführt, oder ist diese wegen einer anderen strafbaren Handlung auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners ver-

urteilt worden, so kann die Auslieferung bis zum Abschluß des Strafverfahrens oder bis zum Vollzug der Strafe aufgeschoben werden.

#### Artikel 73

##### Auslieferung auf Zeit

Würde der Aufschub der Auslieferung zur Verjährung der Strafverfolgung oder zur Erschwerung der Durchführung des Strafverfahrens gegen die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, führen, so kann diese Person auf Grund eines begründeten Ersuchens des einen Vertragspartners zeitweilig ausgeliefert werden.

Der ersuchende Vertragspartner ist verpflichtet, die ausgelieferte Person unverzüglich nach Beendigung der Maßnahmen in der Strafsache, für die die Auslieferung auf Zeit erfolgte, zurückzuführen.

#### Artikel 74

##### Auslieferungsersuchen mehrerer Staaten

Bei Ersuchen mehrerer Staaten um Auslieferung wegen einer bestimmten oder wegen verschiedener strafbarer Handlungen entscheidet der ersuchte Vertragspartner unter Berücksichtigung der Staatsbürgerschaft der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, sowie des Ortes und der Schwere der Straftat, welchem Ersuchen stattgegeben werden soll.

#### Artikel 75

##### Beschränkung der Strafverfolgung

(1) Die ausgelieferte Person darf wegen einer anderen vor der Auslieferung begangenen strafbaren Handlung, die nicht vom Auslieferungsersuchen erfaßt wird, ohne Einwilligung des ersuchten Vertragspartners weder strafrechtlich verfolgt, dem Vollzug einer Strafe zugeführt, noch einem dritten Staat ausgeliefert werden.

(2) Die Zustimmung des ersuchten Vertragspartners ist nicht erforderlich, wenn:

1. die ausgelieferte Person innerhalb von einem Monat, gerechnet vom Tage der Beendigung des Strafverfahrens oder vom Vollzug der Strafe, das Territorium des ersuchenden Vertragspartners nicht verlassen hat. In diese Frist ist die Zeit nicht einbezogen, in welcher die ausgelieferte Person ohne ihr Verschulden das Territorium des ersuchenden Vertragspartners nicht verlassen konnte;
2. die ausgelieferte Person das Territorium des Vertragspartners, an den sie ausgeliefert wurde, verlassen hat, jedoch erneut auf dessen Territorium zurückkehrt.

#### Artikel 76

##### Information über das Ergebnis des Strafverfahrens

Der um Auslieferung ersuchende Vertragspartner informiert den ersuchten Vertragspartner vom Ergebnis des Strafverfahrens gegen die ausgelieferte Person. Wurde die ausgelieferte Person verurteilt, so ist eine Abschrift des rechtskräftigen Urteils zu übermitteln.

#### Artikel 77

##### Übergabe

(1) Der ersuchte Vertragspartner, welcher der Auslieferung zustimmt, unterrichtet den anderen Vertragspartner über Ort und Zeit der Auslieferung der Person.

(2) Eine Person, deren Auslieferung stattgegeben wurde, wird auf freien Fuß gesetzt, wenn der ersuchende Vertragspartner innerhalb eines Monats nach Festlegung des Übergabedatums diese Person nicht übernimmt.

#### Artikel 78

##### Erneute Auslieferung

Entzieht sich eine ausgelieferte Person, auf welche Weise auch immer, einem Strafverfahren oder dem Strafvollzug und befindet sich diese auf dem Territorium des ersuchten Vertragspartners, so wird sie auf Grund eines erneuten Ersuchens ohne Übermittlung der im Artikel 67 dieses Vertrages genannten Unterlagen ausgeliefert.

#### Artikel 79

##### Übergabe von Gegenständen

(1) Der um Auslieferung ersuchte Vertragspartner übergibt die Gegenstände, die für die Begehung einer Straftat verwendet wurden, für die eine Auslieferung gemäß Artikel 62 dieses Vertrages zulässig ist, sowie die Gegenstände, die sich der Straffällige durch die Straftat erworben hat, an den ersuchenden Vertragspartner. Diese Gegenstände werden auch dann übergeben, wenn es infolge Todes oder aus anderen Gründen nicht zur Auslieferung des Täters kommt.

(2) Der ersuchte Vertragspartner kann die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Gegenstände zeitweilig zurückbehalten, wenn er sie für ein anderes Strafverfahren benötigt.

(3) Die Rechte einer dritten Person an den zu übergebenden Gegenständen, die in Absatz 1 dieses Artikels genannt sind, bleiben unberührt. Spätestens nach Abschluß des Strafverfahrens gibt der Vertragspartner, an den die Gegenstände herausgegeben wurden, diese dem ersuchten Vertragspartner zwecks Übergabe an die Berechtigten zurück. Befinden sich Personen, die Rechte an Gegenständen haben, auf dem Territorium des ersuchenden Vertragspartners, so ist dieser mit Zustimmung des ersuchten Vertragspartners berechtigt, die Gegenstände direkt den genannten Personen zu übergeben.

#### Artikel 80

##### Durchleitung

(1) Die Vertragspartner gestatten einander auf Ersuchen die Durchleitung von Personen durch ihr Territorium, die einem der Vertragspartner von einem Drittstaat ausgeliefert werden. Der ersuchte Vertragspartner ist nicht verpflichtet, eine solche Durchleitung zu gestatten, wenn nach den Bestimmungen dieses Vertrages keine Auslieferung vorgesehen ist.

(2) Ein Ersuchen um Durchleitung ist wie ein Auslieferungsersuchen zu stellen und zu behandeln. Der ersuchte Vertragspartner gestattet die Durchleitung auf die ihm am zweckmäßigsten erscheinende Weise.

## Teil III

**Schlußbestimmungen**

## Artikel 81

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Berlin.

## Artikel 82

(1) Dieser Vertrag tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von zehn Jahren.

(2) Die Gültigkeit dieses Vertrages verlängert sich automatisch jeweils um fünf Jahre, wenn keiner der

beiden Vertragspartner den Vertrag mindestens sechs Monate vor Ablauf seiner Gültigkeitsdauer schriftlich kündigt. Der Vertrag tritt ein Jahr nach erfolgter schriftlicher Kündigung außer Kraft.

Dieser Vertrag ist in zwei Exemplaren, jedes in deutscher, koreanischer und russischer Sprache, ausgefertigt worden, wobei alle drei Texte die gleiche Gültigkeit besitzen.

Bei Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung gilt der russische Text.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Phoengjang, am 28. September 1971

In Vollmacht  
des Staatesrates der  
Deutschen Demokratischen  
Republik  
Dr. Wünsche

In Vollmacht  
des Präsidiums der  
Obersten Volksversammlung  
der Koreanischen Volks-  
demokratischen Republik  
Dschon Dschup Täk

독일민주주의공화국과 조선민주주의인민공화국  
사이에 민사, 가족 및 형사사건들에서 법률  
상 방조를 서로 쓸데 대한 조약

독일민주주의공화국과 조선민주주의인민공화국은 두 나라 인민들 사이의 형제적친선을 더욱 강화하며 법률관계분야에서 긴밀히 협조할것을 념원하면서 민사, 가족 및 형사사건들에서 법률상 방조를 서로 쓸데 대한 조약을 맺기로 결정하고 이를 위하여 자기의 전권대표들을 다음과 같이 임명하였다.

독일민주주의공화국 국가쏘베트는 독일민주주의공화국 내각부수상 겸 사법상, 박사 쿠르트 위쉴름,

조선민주주의인민공화국 최고인민회의 상임위원회는 조선민주주의인민공화국 내각 부수상 정준택을 각각 임명하였다.

전권대표들은 해당한 절차와 형식을 갖춘 자기의 전권위임장을 교환한다음 아래와 같이 합의한다.

제 1 편

총 칙

제 1 조 법률상 보호

- 1 계약일방의 공민들은 계약상대방의 령역에서 자기의 인격상 및 재산상 권리에 대하여 주재국 공민과 같은 법률상 보호를 받는다.
- 2 계약 일방의 공민들은 계약 상대방의 공민들과 같은 조건으로

민사, 가족 및 형사사건들을 취급할 권한을 가진 계약 상대방의 기관에 출원하며, 소송을 제기하며, 신청과 청원을 제출할 수 있다.

3. 이 조 제1항과 제2항의 규정들은 법인들에게도 적용된다.

### 제 2 조 법률상 방조의 제공

1. 계약 상대방의 재판소, 검찰소 및 국가공증기관들은 민사, 가족 및 형사사건들에서 법률상 방조를 서로 준다.
2. 이 조 제1항에 지적된 계약 상대방의 기관들은 민사, 가족 및 형사사건을 취급할 권한을 가지고있는 계약 상대방의 다른 기관들에게도 법률상 방조를 서로 준다.

### 제 3 조 법률상 방조의 범위

법률상 방조는 재산에 대한 수색, 압수 및 처압, 증거물의 발송 및 이관, 피소자, 증인 및 감정인에 대한 심문, 당사자들과 기타 사람들에게 대한 심문, 재판심리, 문건전달에 대한 위임의 이행, 자료의 발송과 사건의 이관, 문건의 작성과 발송방법 등으로 제공된다.

### 제 4 조 교섭 절차

1. 이 조약 제2조 제1항에 지적된 기관들은 법률상 방조를 증명에 있어서 이 조약에 다른 절차가 규정되어 있지않는한 자기의 중앙기관들을 통하여 서로 교섭한다.
2. 이 조약 제2조 제2항에 지적된 기관들은 이 조약에서 개별

적경우를 따로 규정하고 있지 않은한 법률상 방조를 줄때 대하여 이 조약 제2조 제1항에 지적된 기관들에 의뢰한다.

### 제 5 조

법률상 방조제공에 관한 의뢰서는 의뢰하는 계약 당사국의 언어로 작성되어야 하며 그에 토어로 된 번역문이 첨부되어야 한다.

### 제 6 조      법률상 방조를 줄때 대한                  의뢰형식과 의뢰내용

1. 법률상 방조를 줄때 대한 의뢰에는 다음과 같은 요건들이 갖추어져야 한다.
  - 1) 의뢰하는 기관명
  - 2) 의뢰받는 기관명
  - 3) 전달하려는 문건을 받을 사람의 정확한 주소와 그 문건의 제목
  - 4) 사건명
  - 5) 당사자, 피심자, 피소자 혹은 형벌을 받은자의 이름, 그의 함시적거주지 또는 체류지, 국적, 직업 그리고 형사사건인 경우에는 가능한한 피소자 또는 형벌을 받은자의 출생지와 출생년월일 및 부모의 이름
  - 6) 대리인의 이름과 주소
  - 7) 의뢰의 내용과 의뢰의 본질에 대한 필요한 동보, 형사사건인 경우에는 범죄구성요건
2. 이 조약에 근거하여 보내는 자료들에는 서명이 있어야하고 도장이 찍혀져야 한다.

### 제 7 조 법률상 방조의 이행절차

1. 법률상 방조를 줄때 대한 의뢰를 이행함에 있어서 의뢰받은 기관은 자기나라의 법령을 적용한다.

그러나 의뢰받은 기관은 자기나라의 법원칙에 저촉되지않는 한 의뢰한 기관이 제기한 청원에 대하여 의뢰서에 지적한대로 할수있다.

2. 의뢰받은 기관이 의뢰받은것을 이행할 권한이 없다면 그 기관은 그것을 권한있는 기관에 넘긴다.
3. 의뢰받은 기관은 의뢰받은것을 이행한 후에 이를 의뢰한 기관에 알려야 한다.
4. 의뢰를 이행할수 없을 경우 의뢰받은 기관은 이에 대하여서와 그리고 의뢰의 이행을 저해하는 원인에 대하여 의뢰하는 기관에 알려야 한다.

### 제 8 조 문건전달에 대한 의뢰

1. 문건을 전달하여줄때 대한 의뢰를 받은 기관은 전달하는 문건이 의뢰하는 계약 당사국의 말로 만들어지고 로어로 된 번역문이 첨부되어 있다면 자기나라에서 적용되는 문건전달 절차에 의하여 문건을 전달한다.

그렇지않을 경우에 의뢰받은 기관은 그 문건을 받을 사람에게 그 사실을 알리고 그가 받겠다고 할때 전달한다.

2. 만약 의뢰서에 지적된 주소에 의뢰받은 문건을 전달할수 없다면 의뢰받은 기관은 그 문건을 전달할 주소를 확정하기 위한 필요한 대책을 세운다.



주소를 확정할수 없는 경우에는 이를 의뢰한 기관에 알리고 그 문건을 돌려보낸다.

### 제 9 조 문건전달의 확인

1. 문건전달확인서는 의뢰받은 나라에서 적용하고있는 문건전달에 관한 규정에 의하여 만든다.
2. 문건전달확인서에는 문건을 전달하는 날자와 장소, 문건을 받는 사람과 전달하는 사람의 수표가 있어야한다.

문건전달은 의뢰받은 기관의 공인이 있는 령수중 또는 공식증명서로 확인할수 있다.

### 제 10 조 자기나라 국민들에 대한 문건전달

1. 계약쌍방은 자기의 외교대표부 또는 영사대표부들을 통하여 계약 상대방 령역에있는 자기나라 국민들에게 문건을 전달할 권리를 가진다.
2. 이 조 제1항에 따라 문건을 전달할때 어떠한 강제조치도 적용할수 없다.

### 제 11 조 법률상 방조를 주는것과 관련한 비용

1. 의뢰받은 계약 당사국은 법률상 방조를 주는때 드는 비용의 보상을 요구할수 없다.

계약 쌍방은 자기의 령역안에서 법률상 방조를 줄때 제기되는 모든 비용을 자체로 부담한다.

2. 의뢰받은 기관은 법률상 방조를 주는때 쓴 비용총액을 의뢰한

기관에 알린다.

만약 의뢰한 기관이 비용을 보상해야 할 사람으로부터 이 비용을 받았을 경우에 이 비용은 그것을 받은 계약일방에 귀속된다.

### 제 12 조 증인과 감정인에 대한 불가침

1. 의뢰받은 계약 당사국기관이 전달한 소환장에 의하여 의뢰한 계약당사국기관에 출석한 증인 또는 감정인은 재판실리의 대상으로 되는 범죄 또는 의뢰한 나라의 국경을 넘기전에 감행한 다른 범죄에 대하여 형사책임을 추궁당하거나 구금될수 없으며 또한 이와같은 범죄에 대하여 의뢰한 계약당사국의 영역에서는 형벌을 받지않는다.
2. 증인 또는 감정인은 그를 심문하는 기관으로부터 그가 더 있을 필요가 없다는것을 통고받은 날부터 한달안으로 의뢰한 계약당사국의 영역을 떠나지 않을 경우 무의 특권을 상실한다.  
증인 또는 감정인은 자기잘못이 없이 의뢰한 계약당사국영역을 떠나지못한 시간은 이 기간에 포함되지않는다.
3. 재판소에 소환된자들은 리비, 외국체류비용 및 받지못한 로임에 대한 보상을 요구할 권리가 있으며 감정인은 그 밖에 감정료를 받을 권리가 있다.

### 제 13 조 유죄판결의 통보

1. 계약쌍방은 자기의 재판소가 지난해 계약상대방국민들에게 선고한 확정유죄판결에 대한 자료들을 해마다 서로 알린다.

2. 계약일방의 요청에 의하여 계약상대방은 자기의 재판소가 요청하는 계약당사국국민에게 신고한 다른 판결 (확정되지 않은 유죄 판결포함) 에 대한 자료를 제공한다.

정당한 근거가 있는 경우에는 요청하는 계약당사국의 국민이 아닌 사람에 대한 통보를 줄수도 있다.

3. 이 조 제1항과 제2항에 규정된 의뢰와 자료는 이 조약 제4조에 지적된 절차대로 넘겨준다.

#### 제 14 조 재판문제에 대한 정보

계약 상대방의 중앙재판기관들은 요청에 의하여 자기 나라의 법과 법실무에 관한 정보를 서로 제공한다.

그들은 재판부문의 중요한 법규들에 대하여 서로 통보하며 법령작성에서의 경험을 교환한다.

독일민주주의공화국 사법성과 조선민주주의인민공화국 최고재판소는 법전을 교환하는 것과 함께 해당 해설서들과 기타 법률서적들을 서로 교환한다.

#### 제 2 편

#### 각 칙

#### 제 1 장 소 송 로

#### 제 15 조 소 송 로 보 장 의 면 제

계약일방의 국민이 계약상방중 어느 일방의 영역에 있으면서 계약상대방의 재판소에 소송을 제기하는 경우 그들에게 소송료를 보장할 의무를 지을수 없다.

## 소송료의 면제

## 제 16 조

1. 계약일방의 국민은 계약상대방 영역에서 그 나라 국민들과 같은 조건과 범위에서 소송료를 면제받는다.
2. 소송료의 면제는 강제집행 행위를 포함한 모든 소송행위에 적용된다.
3. 계약일방의 법령에 따라 재판소에서 그 어떤 사건을 심의할 때에 소송료를 면제받은 국민들은 계약상대방 영역에서 같은 사건과 관련한 소송행위를 심리할 때에도 소송료를 면제받는다.

## 제 17 조

1. 이 조약 제 16조 제 1항에 의한 소송료의 면제에 필요한 개인 및 재산형전에 관한 증명서는 신청자가 살고있거나 머무르고있는 계약당사국의 권한있는 기관이 발급한다.
2. 만약 신청자가 어느 계약일방의 영역에도 항시적거주지와 체류지를 가지고있지않으면 증명서는 신청자의 소속국 외교대표부 또는 영사대표부에서 발급한다.
3. 소송료의 면제에 대한 판결을 내리는 재판소는 필요한 경우 이 조약 제 4조에 규정된 절차에 따라 증명서를 발급한 기관으로부터 보충적인 설명을 요구할수있다.

## 제 18 조

1. 계약상대방의 재판소에 소송료를 면제시켜줄것을 청원하려고 하는 계약일방의 국민은 자기의 항시적거주지 또는 체류지의 권

한있는 재판소에 이를 구두로 신청할수 있으며 재판소는 청원을 조서에 기입한다.

재판소는 이 조약 제4조 제1항에 규정된 절차에 따라 조서를 이 조약 제17조에 지적된 증명서 및 신청자가 제출한 기타 문건들과 함께 계약상대방의 해당 재판소에 보낸다.

2. 소송료의 면제에 대한 청원과 함께 소송비용의 면제에 대한 청원에 관계되는 기타 청원들도 제출할수 있다.

## 제 2 장 문 건

### 제 19 조 문건의 인증과 인정

1. 계약 일방의 재판소 또는 기타 권한있는 기관에 의하여 만들어졌거나 인증되었으며 서명이 있고 국장이 새겨진 공인이 찍힌 문건들은 계약 상대방의 재판소 또는 기타 기관들에서 인증함이 없이 접수된다.
2. 이 조 제1항의 규정은 무 기관들에 의하여 인증된 문건 사본에도 적용된다.
3. 계약 일방의 영역에서 만든 공식문건들은 계약 상대방의 영역에서도 공식문건으로서의 증빙력을 가진다.

### 신분에 관한 증명서 및 기타 증명서의 발송

### 제 20 조

1. 계약일방은 계약 상대방 공민의 출생, 결혼 및 사망과 관계되는 신분등록문건사본을 해마다 계약상대방의 외교대표부 또는 영사대표부에 수수료를 받지않고 무료로 보낸다.

2. 계약 상대방은 요청에 따라 신분등록증명서들을 공적으로 리유타할 목적으로 시로 무료로 보내준다.
3. 이 조 제2항에 따라 의뢰서를 보내며 그것을 리행할 때 계약 상대방은 이 조약 제4조의 규정에 따라 시로 교섭한다.

### 제 21 조

1. 계약 상대방은 계약상대방공민의 신분등록과 관계되는 확정판결문을 시로 보낸다.
2. 이 조 제1항에 의한 판결문은 외교대표부 또는 영사대표부에 무료로 보낸다.

### 제 22 조

신분등록신청사본을 작성하여 출대 대한 계약일방공민의 청원은 계약상대방의 권한있는 신분등록기관에 직접 보낼수 있다.

## 제 3 장 인격적지위에 관한 규정

### 제 23 조 권리능력과 행위능력

사람의 권리능력과 행위능력은 그가 공민으로 되어있는 계약당사국의 법령에 의하여 규정된다.

### 제 24 조 소재불명자 인증, 사망자 신고 및 사망사실의 확인

1. 소재불명자의 인증, 사망자신고 및 사망사실의 확인사건은 마지막 자료에 의하여 그가 살아있을당시 공민으로 되어있던 계약당사국 재판소의 관할에 속한다.

2. 계약일방의 재판소는 그 영역안에 거주하며 그의 권리와 이익이 그 계약당사국의 법령에 의하여 규정되는 사람의 신청에 의하여 계약상대방 공민을 소재불명자로 인증하거나 사망자로 선고할수 있으며 또한 사망사실을 확인할수있다.
3. 이 조 제1항과 제2항에 지적된 경우에 계약 상대방 재판소들은 각기 자기 나라법을 적용한다.

#### 제 4 장 가족사건

##### 제 25 조 결혼

1. 결혼을 위한 법적요건은 결혼할것을 희망하는 사람들이 공민으로 되어있는 계약쌍방의 법령에 의하여 규정된다.
2. 결혼의 형식은 결혼하는 영역의 계약당사국 법령에 의하여 규정된다.

##### 부부의 인격적 및 재산적 법률관계

##### 제 26 조

1. 두 배우자가 같은 국적을 가지고있는 경우 부부의 인격적 및 재산적법률관계는 그들이 공민으로 되어있는 계약당사국의 법령에 의하여 규정된다.
2. 한 배우자는 계약일방의 공민이고 다른 한 배우자는 계약상대방의 공민인 경우 그들 사이의 인격적 및 재산적 법률관계는 그들의 마지막 공동거주지 또는 체류지가 있었거나 있는 영역의 계약당사국 법령에 의하여 규정된다.

## 제 27 조

1. 부부의 인격적 및 재산적 법률관계를 해결할 때 대한 사건은 부부가 공민으로 되어있는 계약당사국 재판소의 관할에 속한다. 재판심리를 할 때 부부가 계약상대방 영역에 거주지를 가지고있는 경우에는 그 계약당사국의 재판소도 관할할수 있다.
2. 한 배우자는 계약일방의 공민이고 다른 한 배우자는 계약 상대방의 공민인 경우 부부의 인격적 및 재산적법률관계를 해결할 때 대한 사건은 그들의 마지막 공동거주지 또는 체류지가 있었거나 있는 영역의 계약당사국 재판소가 관할한다.

## 리 혼

## 제 28 조

1. 리혼사건에서는 소송을 제기할 당시 부부가 공민으로 되어있던 계약당사국의 법령이 적용된다.
2. 한 배우자는 계약일방의 공민이고 다른 한 배우자는 계약상대방의 공민인 경우 리혼을 심리하는 재판소는 자기나라 법령을 적용한다.

## 제 29 조

1. 이 조약 제 28조 제 1항에 지적된 경우 리혼사건은 소송을 제기할 당시 부부가 공민으로 되어있던 계약당사국의 재판소가 관할한다.
2. 이 조약 제 28조 제 2항에 지적된 경우 리혼사건은 두 배우자가 거주지를 가지고있는 영역의 계약당사국 재판소가 관할한다. 한 배우자는 계약일방의 영역에 거주지가있고 다른 한



배우자는 계약상대방의 영역에 거주지가 있는 경우에는 계약상방제 판소들이 리혼을 심리할 권한을 가진다.

### 제 30 조 결혼무효의 인정

1. 결혼무효 (불성립) 의 인정 또는 확인은 결혼이 이루어진 곳의 현행법뿐 아니라 부부가 공민으로 되어 있는 계약당사국법에 근거하여 할수 있다.
2. 결혼의 실제법상조건의 위반으로하여 결혼을 무효 (불성립) 로 인정하거나 확인하는것은 이러한 효과가 이 조약 제25조에 의한 기본법령에 규정된 경우에만 할수있다.
3. 사건의 관할은 이 조약 제29조의 규정이 각각 적용된다.

### 부모와 자녀사이의 법적관계

#### 제 31 조

어느 사람의 자녀인가를 확인하는 사건과 그에 대한 분쟁사건은 자녀의 출생당시 자녀가 공민으로 되어 있는 계약당사국의 법령에 의하여 해결된다.

#### 제 32 조

자녀와 그의 부모사이의 법적관계는 자녀가 공민으로 되어있는 계약당사국의 법령에 의하여 규정된다.

#### 제 33 조

1. 이 조약 제31조 및 제32조에 지적된 법적관계에 대한 사건의 해결은 자녀가 공민으로 되어있는 계약당사국 재판소의 권한에 속한다.

2. 원고와 피고가 계약일방의 영역에 거주하고 있다면 계약일방의 재판소도 역시 권한을 가질수있다.

## 법 양

### 제 34 조

1. 필양할 때에는 필양당시 양친이 공민으로 되어있는 계약당사국법이 적용된다.
2. 부부중 일방이 계약일방의 공민이고 다른 일방이 계약상대방의 공민인 경우 필양은 계약쌍방의 영역에서 적용되는 법령의 요구에 부합되어야 한다.
3. 자녀가 계약일방의 공민이고 양친이 계약상대방의 공민인 경우 필양에서는 자녀의 법정대리인과 권한있는 국가기관의 동의를 받아야 하며 자녀가 공민으로 되어있는 계약당사국의 법령이 요구하면 자녀의 동의도 받아야 한다.

### 제 35 조

필양에 관한 사건은 양친이 공민으로 되어있는 계약당사국기관의 관할에 속한다.

이 조약 제 34조 제 2항에 지적된 경우에는 부부의 마지막 공동거주지 또는 체류지가 있었거나 있는 영역의 계약당사국 기관의 관할에 속한다.

### 제 36 조

이 조약 제 34조와 제 35조의 규정은 파양할때에도 각각 적용된다.

## 제 5 장 후견 및 보좌

## 제 37 조

1. 후견 및 보좌를 설정 또는 폐기할 때에는 후견 혹은 보좌를 받게 되는 사람 (이 아래부터는 피후견인이라고 한다) 이 공민으로 되어있는 계약당사국 법령이 적용된다.
2. 후견인 또는 보좌인과 피후견인 사이의 법적관계는 후견인 또는 보좌인을 임명한 기관이 속하는 계약당사국 법령에 의하여 규제된다.
3. 후견, 보좌를 접수할 의무에 대하여서는 후견인 또는 보좌인으로 임명된 사람이 공민으로 되어있는 계약당사국의 법령이 적용된다.

## 제 38 조

1. 후견, 보좌의 설정 및 폐기에 대하여서는 이 조약에 다른 절차가 규정되어 있지않는한 피후견인이 공민으로 되어있는 계약당사국 기관이 결정한다.
2. 자기나라 공민에 대하여 계약일방의 기관이 내린 후견, 보좌의 설정 및 폐기에 관한 결정은 계약상대방 영역에서도 인정되며 법적효력을 가진다.

## 제 39 조

1. 만약 계약일방의 영역안에 거주지와 제류지 또는 재산이 있는 계약상대방 공민의 이익을 보호하기 위한 대책을 세울 필요가 있을 때에는 그 계약당사국의 권한있는 기관은 이에 대하여

계약상대방의 외교대표부 또는 영사대표부에 곧 알려야 한다.

2. 이 조 제 1항에 의한 대책을 세우는것을 지체할수 없는 경우에 계약일방의 권한있는 기관은 자기나라 법령에 따라 필요한 임시대책을 세울수 있으며 이에 대하여 계약 상대방의 외교대표부 또는 영사대표부에 곧 알려야 한다.

임시 대책은 계약상대방의 권한있는 기관이 다른 결정을 채택할때까지 효력을 가진다.

#### 제 40 조

1. 이 조약 제 38조 제 1항에 의하여 권한있는 계약일방의 기관은 피후견인의 거주지 또는 체류지가 계약상대방령역안에 있는 경우 그 계약당사국 기관에 후견 또는 보좌의 설정을 의뢰할 수 있다.

후견 또는 보좌의 설정에 대한 의뢰는 의뢰받은 기관이 이것을 접수하고 의뢰한 기관에 통보하면 효력을 가진다.

2. 이 조 제 1항에 의하여 후견 또는 보좌의 설정에 대한 의뢰를 접수한 계약당사국기관은 자기나라 법령에 따라 후견, 보좌를 실시한다.

이 기관은 피후견인의 인격적지위와 관련된 문제에 대하여 결정을 채택할수 없다.

#### 제 6 장 상속사건

##### 제 41 조 상속사건에서 평등원칙

1. 계약일방의 국민은 계약상대방령역에서 그 계약당사국의 국민과

같은 조건과 범위 안에서 법정상속 또는 유언상속에 의한 재산과 권리를 가질수 있다.

2. 계약일방의 공민은 계약상대방영역에 있는 자기 재산을 유언으로 처리할수 있다.

#### 제 42 조 적용되는 상속법

1. 동산에 대한 상속권은 피상속인이 사망할 당시 공민으로 되어 있던 계약당사국법령에 의하여 규제된다.
2. 부동산에 대한 상속권은 재산이 있는 계약당사국의 법령에 의하여 규제된다.

#### 제 43 조 유언

1. 유언서를 작성 또는 취소할수 있는 능력과 피상속인의 의사표시 결합에 기초한 유언서에 대한 분쟁은 유언서를 작성 또는 취소할때 피상속인이 공민으로 되어 있던 계약당사국법령에 의하여 규제된다.
2. 유언서의 작성 또는 취소형식은 유언서를 작성 또는 취소할때 피상속인이 공민으로 되어 있던 계약당사국 법령에 의하여 규제된다. 유언서의 작성 또는 취소형식에 대하여서는 유언서가 작성 또는 취소된 영역의 계약당사국법령이 준수된 경우에도 유언은 법적효력을 가진다.

#### 상속사건의 관할

#### 제 44 조

1. 동산에 대한 상속사건의 심리는 이 조약에 다른 절차가 규정

- 되어 있지 않은 한 사망할 때 피상속인이 공민으로 되어 있던 계약당사국기관의 권한에 속한다.
2. 부동산에 대한 상속사건의 심리는 부동산이 있는 계약당사국기관의 권한에 속한다.
  3. 계약일방의 공민이 사망한 후 남은 상속동산이 모두 계약상대방의 영역안에 있고 모든 상속인들이 동의하는 경우 상속사건의 심리는 상속인 또는 유언을 받은자의 청원에 의하여 계약상대방 기관이 진행한다.
  4. 이 조 제1항 및 제2항의 규정은 상속법에 근거하여 발생된 분쟁에도 적용된다.

#### 제 45 조

어떤 재산이 동산 또는 부동산인가 하는 것은 그 재산이 있는 계약당사국법령에 의하여 규정된다.

#### 제 46 조 사망통지

1. 계약일방의 영역에서 계약상대방의 공민이 사망한 경우 계약일방의 권한있는 기관은 이를 계약상대방의 외교대표부 또는 영사대표부에 곧 알려야 한다. 이때 권한있는 기관은 상속인, 그의 거주지 또는 체류지, 유산의 규모 및 유언의 유무에 대하여 알고있는 것을 알린다.

사망자가 제3국 영역안에 재산을 남겼다는 자료를 알고있는 경우에도 이를 알려야 한다.

2. 상속사건을 심리하는 계약일방의 기관은 상속인이 계약상대방의 공민이라는 것을 확정하게 되는 경우 이를 계약상대방의 외교대

표부 또는 명사대표부에 알릴 의무를 진다.

3. 외교대표부 또는 명사대표부가 사망에 대하여 먼저 알게되는 경우 그 대표부는 유산을 보호하기 위하여 상속사건을 취급하는 권한있는 기관에 이를 알려야 한다.

#### 상속재산의 보호대책

##### 제 47 조

계약일방의 공민이 남긴 상속재산이 계약상대방의 영역에 있는 경우 상속사건을 취급하는 권한있는 기관은 자기나라 법령에 의하여 상속재산을 보호하고 관리하는데 필요한 대책을 세운다.

##### 제 48 조

계약일방의 공민이, 계약상대방 영역에 임시 머무르는 동안에 사망하는 경우 그의 소지품들은 아무런 심리도 없이 명세서에 의하여 사망자가 공민으로 되어있던 계약당사국의 외교대표부 또는 명사대표부에 인도된다.

##### 제 49 조 유언서의 공개

유언서의 개봉 및 공개는 유언서가 있는 계약당사국의 상속사건을 취급하는 기관의 권한에 속한다.

유언자가 계약상대방 영역에 거주하였을 경우에는 유언서의 사본과 유언정형 및 그 내용에 대한 조서 그리고 필요한 경우에는 유언서의 개봉 및 공개에 대한 조서도 상속사건을 취급할 권한있는 계약상대방기관에 넘긴다.

##### 제 50 조 상속인이 없는 재산

상속권을 규정하는 계약당사국 법령에 의하여 상속인이 없는

상속재산이 남아있을 경우 동산은 피상속인이 사망할때 공민으로 되어있던 계약당사국에 인도되며 부동산은 부동산이있는 계약당사국에 귀속된다.

제 51 조 상속수속에서 외교대표부  
또는 령사대표부의 권한

계약쌍방의 외교대표부 또는 령사대표부는 계약상대방의 령역안에서 발생한 모든 상속사건에 대하여 자기의 공민이 없고 그 공민의 대리자가 임명되어있지 않는 경우 특별한 위임 없이 계약상대방의 기관들앞에서 자기나라 공민의 이익을 대표할 권리를 가진다.

제 52 조 상속재산의 인도

1. 계약쌍방의 령역에 상속동산이 있는 경우 이 조 제4항 2)에 지적된 조건들이 리행되는한 그 동산은 상속수속을 진행할 권한있는 기관 또는 피상속인이 공민으로 되어있던 계약당사국의 외교대표부나 령사대표부에 인도된다.
2. 계약쌍방은 이 조 제1항에 따라 상속동산이 인도되기전에 상속권의 효력발생과 관련된 수수료와 관세를 요구할 권리를 가진다.
3. 상속동산 또는 상속동산이나 상속부동산의 관매대금은 상속수속이 끝난다음 계약상대방령역에 거주지 또는 체류지가 있는 상속인에게 인도되어야 한다. 그러나 상속인 또는 그의 대리자에게 상속재산이나 그의 관매대금을 직접 인도할수 없는 경우에는 그 계약당사국의 외교대표부 또는 령사대표부에 넘겨야 한다.



4. 다음의 경우에는 이 조 제3항의 규정에 따라 처리된다.

- 1) 모든 상속세의 수<sup>속</sup>토가 지불 또는 보장되었을때
- 2) 권한있는 기관이 상속재산의 구성부분인 물건의 반환 또는 그 판매대금의 송금에 필요한 동의를 하였을때

제 7 장 판결의 인증 및 집행

제 53 조 인증 및 집행하여야 할 판결

- 1. 계약쌍방은 계약상대방 영역에서 선고된 다음과 같은 판결을 이 조약에 규정된 요건들에 따라 자기영역에서 인증하며 집행한다.
  - 1) 비재산적성격을 띤 사건들에 대한 재판소들과 후견 및 보좌기관들의 결정
  - 2) 재산적성격을 띤 가족 및 민사사건에 대한 판결과 화해 및 소송료지불에 관한 판결
  - 3) 형사사건에 따르는 손해배상소송에 관한 재판소의 판결
- 2. 계약당사국의 국내법상 상속사건을 처리할 권한있는 계약 당사국기관이 선고한 상속사건에 대한 결정도 이 조 제1항의 규정에 의한 판결로 된다.

제 54 조 판결의 인증 및 집행을 위한 집행조건

이 조약 제53조에 지적된 판결은 다음과 같은 조건에서 인증되며 집행된다.

- 1. 판결이 선고된 영역의 계약당사국 법령에 의하여 법적효력을 가지며 집행되어야 할 판결인 경우
- 2. 판결을 내린 영역의 계약당사국 재판소가 판결을 인증 또는

집행하여야 할 영역의 계약당사국법령 또는 이 조약에 기초하여 권한을 가지고있는 경우

3. 재판소에서 지고 재판심리에 참가하지않은 일방이 판결을 내린 영역의 계약당사국 법령에 기초하여 사건심리에 대한 통지통 해당하게 재대에 받았거나 또는 소송상 권리능력이 없는 경우에 해당하는 대리자를 세울수 있는 경우
4. 쌍방 사이의 동일사건에 대한 판결이 계약쌍방중 어느 일방에 의하여 이미 선고되고 확정되었을 경우

#### 제 55 조 판결집행신청

1. 판결집행신청은 판결이 집행되어야 할 영역의 계약당사국의 권한있는 재판소 또는 사건에 대하여 제1심으로 판결을 선고한 재판소에 직접 낼수 있다.

이때 신청은 이 조약 제4조에 규정된 절차에 따라 계약 상대방의 권한있는 재판소에 보낸다.

2. 신청서에는 다음과 같은 문건들을 붙여야 한다.
  - 1) 공식적인 판결문 또는 인증된 판결문사본, 판결문 자체로서는 판결이 확정되었으며 집행되어야 한다는것을 알수 없는 경우 그에 대한 증명서
  - 2) 판결을 선고받은측이 소송에 참가하지않았으나 소정의 형식으로 재판에 사건심리에 대한 통지통 받았다는 증명문건, 소송상 권리능력이 없는 경우에 해당하는 대리자를 내세울수 있었다는 증명문건

#### 제 56 조 판결집행절차

1. 판결을 강제집행하는 영역의 계약당사국재판소는 그것을 집행하

- 가 위하여 자기나라 법령을 적용한다.
2. 강제집행허가신청을 의뢰받은 재판소는 다만 이 조약 제 54 조에 규정된 조건들이 이행되는가를 확정하는때 국한한다.
  3. 채무자는 강제집행허가신청을 의뢰받은 재판소가 속한 계약당사국법령이 허용하는한 판결의 강제집행에 대하여 항변할수 있다.

#### 제 57 조 소송료 지불에 관한 판결의 집행

1. 이 조약 제 15 조에 의하여 소송료 보장에서 면제된 소송당사자에게 계약일방의 확정판결로서 소송비용을 지불할 의무가 부과되었을 경우 이 판결은 해당 측의 신청에 의하여 계약상대방령역에서 수수료 없이 강제 집행된다.
2. 이 조 제 1 항에 따라 판결의 강제집행허가에 대한 신청을 승인하는 재판소는 다만 소송비용지불에 관한 판결이 확정되었는가 또는 집행되어야 하는가를 확정하는때 국한한다.
3. 판결의 강제집행 허가신청과 그에 첨부되는 문건들에 대해서는 이 조약 제 55 조의 규정이 적용된다.

#### 제 58 조 강제집행과 관련된 비용

강제집행과 관련된 비용에 대해서는 판결을 집행하여야 할 령역의 계약당사국법령이 적용된다.

#### 제 59 조 판결의 인증 및 집행에 관한 시효법의 유효한계

이 조약 제 53 조에 지적된 판결은 이 조약이 효력을 발생한

후에 그것이 확정되어 집행되어야 할 경우에만 인증되고 집행된다.

### 제 60 조 물품의 반출과 송금

판결의 강제집행에 관한 이 조약의 규정은 판결집행에 의하여 일제되는 금액의 송금 또는 물품의 반출에 대한 계약 상대방의 명령에는 적용되지 않아야 한다.

## 제 8 장 인 도

### 제 61 조 인도의 의무

계약상반은 이 조약에 의하여 규정된 조건에서 형사책임을 추궁하거나 또는 판결을 집행하기 위하여 요구에 따라 자기령역에 있는 사람들을 호상 인도할 의무를 진다.

### 제 62 조 인도를 동반하는 범죄

1. 형사책임을 추궁하기 위한 인도는 오직 계약상반의 법령에 의하여 1년 이상의 징역형을 받는 그러한 행위에 대해서만 집행된다.
2. 판결을 집행하기 위한 인도는 오직 계약상반의 법령에 의하여 형벌을 받은 그러한 행위에 대하여 그리고 그자가 1년 이상의 징역형을 선고받았을 경우에 해당된다.

### 제 63 조 인도의 거부

다음과 같은 경우에는 인도되지 않는다.

1. 인도될 사람이 인도의 요구를 받은 계약당사국 국민인 경우

2. 인도된 사람이 인도의 요구를 받은 체약당사국의 영역 안에서 범죄를 범한 경우
3. 요구받은 체약당사국의 법령에 의하여 시효기간이 지났거나 또는 다른 법적근거로 형사 소추 혹은 판결집행이 허용되지 않는 경우
4. 인도의 요구를 받은 체약당사국의 영역에서 인도된 사람에 대하여 동일한 범죄에 대한 확정판결을 선고하였거나 사건의 기각에 대한 최종적인 판결을 내린 경우

## 제 64 조

이 조약 제 63조의 경우에 인도의 요구를 받은 체약당사국은 인도를 요구한 체약당사국에 인도를 거부하는 근거를 알린다.

## 제 65 조 형사소추를 제기할 의무

1. 제약일방은 제약상대방의 영역 안에서 인도를 동반하는 범죄를 감행한 자기나라 국민들에 대하여 제약상대방의 요구에 따라 자기나라 법령에 적용한 형사소추를 제기할 의무를 진다.

그 요구에는 범죄에 관한 자료들을 내용으로 한 확인문건 및 가지고있는 모든 증거들이 첨부된다.

2. 이 조 제 1항에 의한 요구를 받은 체약당사국은 형사사건진행 결과에 대하여 제약상대방에 알리며 만약 판결이 선고되고 그것이 확정된 경우에는 판결문사본을 보낸다.

## 제 66 조 교섭절차

형사소추제기와 사람의 인도문제에 대하여서는 독일민주주의공화국 사법성 또는 최고 검찰소와 조선민주주의인민공화국 최고

검찰소 사이에 호상 교섭한다.

### 제 67 조 인도의 요구

1. 형사책임을 추궁하기 위한 인도의 요구에는 체포할때 대한 결정서의 인증된 사본, 범죄혐의자로 그리고 범조적용의 근거로 되는 해당 범조항문이 붙어있어야 하며 만약 범죄로하여 물질적손실이 있었을 경우에는 그 정도를 지적하여야 한다.
2. 형벌집행을 위한 인도의 요구에는 인증된 확정판결문사본과 범죄를 규정하는 해당 범조항문이 붙어있어야 한다.  
만약 형벌을 받은 사람이 이미 형벌의 일부를 복역하였을 경우에는 그에 대한 자료도 알린다.
3. 인도의 요구에는 가능하면 인도하여야 할 사람의 인물식별조서 및 사진, 그의 국적과 체류지에 대한 자료 등을 붙인다.

### 제 68 조 인도의 요구에 대한 보충자료

인도의 요구에 필요한 모든 자료들이 지적되지않았을 경우 인도의 요구를 받은 체약당사국은 보충적자료를 요구하며 보충적자료를 보내야 할 기간을 2개월안으로 정할수 있다.

이 기간은 인도를 요구한 체약당사국의 요청에 의하여 연기될 수 있다.

### 인도되어야 할 사람의 체포

### 제 69 조

인도에 대한 요구를 받은 다음 요구받은 체약당사국은 곧 인도하여야 할 사람을 수사하며 필요한 경우 그를 체포하기 위한 대책을 세운다.

## 제 70 조

1. 만약 인도를 요청한 계약일방의 권한있는 기관이 인도할 사람을 체포할 때 대한 결정서 또는 확정판결문을 인용하면서 동시에 인도의 요구서를 발송하였다는 것을 알리면서 체포할 것을 요청하는 경우 인도의 요구서가 접수되기 전에도 인도될 사람은 체포될 수 있다. 이러한 요청은 우편, 전신, 전화 또는 기타 방법으로 제기할 수 있다.
2. 계약일방의 해당 권력기관은 자기나라 영역에 있는 사람이 계약상 상대방영역에서 이 조약 제68조에 지적된 범죄를 감행하였다는 것을 알고있는 경우 이 조 제1항에 근거한 신청이 없이도 그를 체포할 수 있다.
3. 이 조 제1항과 제2항에 규정된 체포에 대하여서는 계약상대방에 곧 알려야 한다.

## 제 71 조

1. 인도의 요구를 받은 계약당사국은 이 조약 제68조에 따라 제정된 기간안으로 인도의 요구에 대한 보충적자료를 보내지 않는 경우 인도에 대한 심리를 중지하고 체포하였던 사람을 석방한다.
2. 이 조약 제70조에 근거하여 체포된 사람은 체포통지서를 보낸 날부터 2개월안에 계약상대방으로부터 인도의 요구가 없으면 석방될 수 있다.

## 제 72 조 인도의 연기

만약 인도된 사람이 인도의 요구를 받은 계약당사국 영역에서 감행한 다른 범죄로하여 형사책임을 추궁받고 있거나 유죄판결을

받았을 경우에는 형사소추가 기각될 때까지 또는 관건이 집행될 때까지 그리고 형벌이 해제될 때까지 인도가 연기될 수 있다.

#### 제 73 조 형사인도

만약 인도의 연기로 하여 형사소추의 시효기간이 지날 수 있거나 인도될 사람에 대한 범죄의 심리가 어떻게 될 수 있는 경우에는 계약일방의 근거있는 요청으로 그를 형사 인도할 수 있다.

요청을 제기한 계약당사국은 형사인도될 때에 예견하였던 형사사건상의 처리를 끝마치면 형사인도된 사람을 곧 돌려보내야 한다.

#### 제 74 조 여러나라들로부터 제기된 인도의요구

형벌을 받을 일정한 행위 또는 여러가지 행위로 하여 여러나라들로부터 인도에 대한 요구가 제기되었을 경우 제기된 요구들 가운데서 어느 요구를 충족시킬 것인가 하는 것은 인도될 사람의 국적, 범죄의 장소와 경중을 고려하여 요구받은 계약당사국이 결정한다.

#### 제 75 조 인도된 사람에 대한 소추한계

1. 인도의 요구를 받은 계약일방의 동의없이 는 인도되기 전에 감행한 범죄와 인도당시 문제로 되지 않았던 범죄에 대하여 인도된 사람을 형사책임을 추궁 또는 처벌하거나 제3국에 인도할 수 없다.

2. 다음과 같은 경우에는 인도의 요구를 받은 계약당사국의 동의가 필요없다.

1) 인도된 사람이 사건심리가 끝났거나 형벌집행이 끝난 때로부터 1개월안으로 인도를 요구한 계약당사국명의를 떠나지 않았을 경우



인도된 사람이 자기의 잘못이 없이 요구한 계약당사국 영역을 떠날 수 없었던 사실은 그 기간에 포함되지 않는다.

- 2) 인도된 사람이 인도되었던 계약당사국 영역을 떠났다가 다시 그 영역으로 돌아왔을 경우

#### 제 76 조 형사소추의 결과에 대한 통보

인도를 요구한 계약당사국은 인도를 요구받은 계약당사국에 인도된 사람에 대한 형사소추의 결과에 대하여 알린다.

만약 인도된 사람에게 유죄판결이 선고된 경우에는 판결이 확정된 후 그 사본을 보낸다.

#### 제 77 조 인도

1. 인도의 요구를 받고 그에 동의하는 계약당사국은 계약상대방에 사람을 인도하는 장소와 시간을 알린다.
2. 만약 인도날자를 정한다면 1개월안으로 인도를 요구한 계약당사국이 인도할 사람을 넘겨받지 않을 경우 그에 대한 보전처분을 해제할 수 있다.

#### 제 78 조 재 인도

만약 인도된 사람이 그 어떤 방법으로 형사소추 또는 형비집행을 회피하고 인도의 요구를 받은 계약당사국의 영역에 있을 경우에는 새로운 요구에 따라 이 조약 제 67조에 지적된 자료를 제출함이 없이 그를 인도하여야 한다.

#### 제 79 조 물건의 인도

1. 인도의 요구를 받은 계약당사국은 요구한 계약상대방에 이 조약

제 82조에 의하여 범인인도의 사유로 된 범죄를 감행하는데 사용된 물건과 범죄를 감행한 결과로 범인의 손에 들어간 물건을 인도하여야 한다.

이 물건은 범인의 사망 또는 기타 사정으로써 범인을 인도할 수 없는 경우에도 인도된다

2. 요청받은 제약당국은 이 조 제1항에 지적된 물건이 다른 형사소송을 위하여 필요한 경우 그에 대한 인도를 일시 연기할 수 있다.
3. 이 조 제1항에 의하여 인도되어야 할 물건에 대한 제3자의 권리는 불가침이다.

물건을 넘겨받은 제약당사국은 사전 심리가 끝나는 차제로 물건에 대한 권리를 가지고 있는 사람에게 이 물건을 전달하기 위하여 물건을 돌려줄 것을 요구한 제약당사국에 그것을 돌려주어야 한다.

물건에 대한 권리를 가진 자가 물건을 넘겨받은 제약당사국의 영역안에 있을 경우 이 제약당사국은 물건을 돌려줄 것을 요구한 제약당사국의 동의없이는 우에 지적된 사람에게 물건을 직접 전달할 권리를 가진다.

#### 제 80 조 범인의 통과호송

1. 제약당국은 제3국이 제약당사국에 인도한 사람을 자기영역을 통하여 호송하는 것을 요청에 의하여 서로 허락한다.

요구받은 제약당사국은 이 조약의 규정에 의하여 인도될 수 없는 사람에게 대한 호송을 허가할 의무가 없다.

2. 통과호송에 대한 요구는 인도의 요구와 같은 절차에 의하여 제기되고 집행된다.

요구받은 계약당사국은 그가 가장 합리적이라고 인정하는 그러한 방법으로 통과효율을 허락한다.

제 3 편

최 종 규 정

제 81 조

이 조약은 비준되어야 한다. 비준서의 교환은 베를린에서 진행된다.

제 82 조

- 1 이 조약은 비준서를 교환한날부터 30일 후에 효력을 발생하며 10년간 효력을 가진다.
- 2 만약 계약쌍방중 어느 일방도 조약의 효력기간이 끝나기 6개월전에 이 조약의 폐기에 대한 의사를 서면으로 제기하지않는한 이 조약의 효력은 매년 다음 5년간씩 자동적으로 연장된다.

이 조약은 폐기에 대하여 서면으로 불지한날부터 1년후에 법적 효력을 상실한다.

이 조약은 독일어문과 조선어문 및 로어문으로 각각 두부씩 작성되었으며 이 세개의 어문은 같은 효력을 가진다. 만약 해석상 차이가 생기는 경우에는 로어문에 준한다. 이를 확인하기 위하여 계약쌍방의 전권대표들은 이 조약에 서명하였으며 봉인을 찍었다.

1971년 9월 28일 평양에서

독일민주주의공화국  
국가 조약  
위임에 의하여

조선민주주의인민공화국  
최고인민회의 상임위원회  
위임에 의하여

정준택



**ДОГОВОР  
МЕЖДУ ГЕРМАНСКОЙ ДЕМОКРАТИЧЕСКОЙ  
РЕСПУБЛИКОЙ И КОРЕЙСКОЙ НАРОДНО-ДЕМО-  
КРАТИЧЕСКОЙ РЕСПУБЛИКОЙ О ВЗАИМНОМ  
ОКАЗАНИИ ПРАВОВОЙ ПОМОЩИ ПО ГРАЖДАН-  
СКИМ, СЕМЕЙНЫМ И УГОЛОВНЫМ ДЕЛАМ**

Германская Демократическая Республика и Корейская Народно-Демократическая Республика, руководствуясь стремлением еще более укреплять братскую дружбу между народами обеих стран и тесно сотрудничать в области правовых отношений, решили заключить Договор о взаимном оказании правовой помощи по гражданским, семейным и уголовным делам и назначили с этой целью своими уполномоченными:

Государственный Совет Германской Демократической Республики — д-р. Курта Вюнше, Заместителя Председателя Совета Министров и Министра юстиции Германской Демократической Республики,

Президиум Верховного Народного Собрания Корейской Народно-Демократической Республики — Тен Дюн Тхэка, Заместителя Председателя Кабинета Министров Корейской Народно-Демократической Республики,

которые после обмена своими полномочиями, найденными в надлежащем порядке и должной форме, договорились о нижеследующем:

**РАЗДЕЛ I**

**ОБЩИЕ ПОСТАНОВЛЕНИЯ**

**Статья 1**

**Правовая защита**

1. Граждане одной Договаривающейся Стороны пользуются на территории другой Договаривающейся Стороны в отношении своих личных и имущественных прав такой же правовой защитой как и граждане государства пребывания.

2. Граждане одной Договаривающейся Стороны могут выступать в органах другой Договаривающейся Стороны, к компетенции которых относятся гражданские, семейные и уголовные дела, предъявлять иски, подавать жалобы и заявления на тех же условиях, как и граждане другой Договаривающейся Стороны.

3. Положения, упомянутые в пунктах 1 и 2 настоящей статьи, распространяются и на юридические лица.

**Статья 2**

**Оказание правовой помощи**

1. Суды, прокуратуры и органы государственного нотариата Договаривающихся Сторон оказывают друг другу правовую помощь в гражданских, семейных и уголовных делах.

2. Органы Договаривающихся Сторон, упомянутые в пункте 1 настоящей статьи, взаимно оказывают пра-

вовую помощь также и иным органам другой Договаривающейся Стороны, к компетенции которых относятся гражданские, семейные и уголовные дела.

**Статья 3**

**Объем правовой помощи**

Правовая помощь оказывается путем проведения обысков, выемок и наложения ареста на имущество, пересылки и выдачи вещественных доказательств, допроса обвиняемых, свидетелей и экспертов, опроса сторон и других лиц, судебного осмотра, исполнения поручений о вручении документов, направления материалов и дел, составления и направления документов и т.д.

**Статья 4**

**Порядок сношений**

1. При оказании правовой помощи органы, упомянутые в пункте 1 статьи 2 настоящего Договора, сносятся друг с другом через свои центральные органы, поскольку настоящим Договором не установлен иной порядок.

2. Органы, указанные в пункте 2 статьи 2 настоящего Договора, направляют свои поручения об оказании правовой помощи в органы, упомянутые в пункте 1 статьи 2 настоящего Договора, если в отдельных случаях настоящий Договор не предусматривает иного.

**Статья 5**

Поручение об оказании правовой помощи надо составить на языке Договаривающейся Стороны, от которой исходит поручение, и должно быть снабжено переводом на русском языке.

**Статья 6**

**Форма и содержание поручения об оказании правовой помощи**

1. Поручение об оказании правовой помощи должно содержать следующие данные:

- 1) наименование органа, от которого исходит поручение;
- 2) наименование органа, к которому обращено поручение;
- 3) точный адрес получателя вручаемых документов и их наименование;
- 4) наименование дела;
- 5) фамилия и имена сторон, подсудимых, обвиняемых или осужденных, их постоянное местожительство или местопребывание, гражданство, занятие, а по уголовным делам, по возможности, также место и дата рождения обвиняемых или осужденных и имена родителей;

6) фамилия и адреса уполномоченных;

7) содержание поручения и необходимые сведения по существу поручения, по уголовным делам и описание состава преступления.

2. Материалы, пересылаемые на основании настоящего Договора, должны быть снабжены подписью и печатью.

#### Статья 7

##### Порядок исполнения правовой помощи

1. При исполнении поручения об оказании правовой помощи орган, к которому обращено поручение, применяет законодательство своего государства. Однако, орган, к которому обращено поручение, может, если это не противоречит принципам законодательства его государства, удовлетворять просьбу запрашивающего органа в соответствии с содержанием поручения.

2. Если орган, к которому обращено поручение, не компетентен его исполнять, то он пересылает поручение компетентному органу.

3. После выполнения поручения орган, к которому обращено поручение, уведомляет об этом орган, от которого исходит поручение.

4. Если поручение не могло быть исполнено, запрашиваемый орган уведомляет запрашивающий орган об этом, а также о причинах, которые препятствуют исполнению поручения.

#### Статья 8

##### Поручение о вручении документов

1. Орган, к которому обращено поручение о вручении документов, передает документы в соответствии с порядком их вручения, действующим в его государстве, если вручаемые документы написаны на языке Договаривающейся Стороны, от которой исходит поручение, и снабжены переводом на русском языке. В противном случае, запрашиваемый орган сообщает об этом адресату и передает документы в том случае, когда он согласен их принять.

2. Если документы не могут быть вручены по адресу, указанному в поручении, то орган, к которому обращено поручение, принимает меры, необходимые для установления адреса, куда можно направить документы. Если установление адреса окажется невозможным, то он уведомляет об этом орган, от которого исходит поручение, и возвращает ему вышеупомянутые документы.

#### Статья 9

##### Подтверждение о вручении документов

1. Подтверждение о вручении документов оформляется в соответствии с правилами о вручении документов, действующими в государстве, к которому обращено поручение.

2. В подтверждении о вручении документов должны быть указаны дата и место вручения документов, подпись получателя и вручающего лица. Вручение документов может быть подтверждено распиской в получении или официальным удостоверением, скрепленным печатью того органа, к которому обращено поручение.

#### Статья 10

##### Вручение документов своим гражданам

1. Договаривающиеся Стороны имеют право вручать через свои дипломатические или консульские представительства документы собственным гражданам, находящимся на территории другой Договаривающейся Стороны.

2. При вручении документов в соответствии с пунктом 1 настоящей статьи не могут быть применены никакие меры принуждения.

#### Статья 11

##### Расходы, связанные с оказанием правовой помощи

1. Договаривающаяся Сторона, к которой обращено поручение, не может требовать возмещения расходов по оказанию правовой помощи. Договаривающиеся Стороны сами несут все расходы, возникшие при оказании правовой помощи на их территории.

2. Орган, к которому обращено поручение, уведомит орган, от которого исходит поручение, об общей сумме понесенных расходов по оказанию правовой помощи. Если орган, от которого исходит поручение, взыщет эти расходы с лица, обязанного их возместить, то эти расходы поступают в пользу взыскавшей их Договаривающейся Стороны.

#### Статья 12

##### Неприкосновенность свидетелей и экспертов

1. Свидетель или эксперт, который по вызову, врученному ему органом Договаривающейся Стороны, к которой обращено поручение, явился в орган Договаривающейся Стороны, от которой исходит поручение, не может быть привлечен к уголовной ответственности или взят под стражу ни за преступление, составляющее предмет разбирательства, ни за иное преступление, совершенное до перехода границы государства, от которого исходит поручение, а также за подобные преступления не может быть подвергнут наказанию на территории запрашивающей Договаривающейся Стороны.

2. Свидетель или эксперт утрачивает эту привилегию, если он не оставляет территорию Договаривающейся Стороны, от которой исходит поручение, в течение одного месяца с того дня, когда допрашивающий его орган сообщит ему, что в его дальнейшем присутствии нет необходимости. В этот срок не засчитывается время, в течение которого свидетель или эксперт не по своей вине не мог покинуть территорию Договаривающейся Стороны, от которой исходит поручение.

3. Лица, вызванные в суд, имеют право требовать возмещения путевых расходов, стоимости пребывания за границей и за неполучение заработной платы, а эксперт, сверх того, имеет право на гонорар за экспертизу.

#### Статья 13

##### Уведомление об обвинительных приговорах

1. Договаривающиеся Стороны в каждом году сообщают друг другу сведения о вошедших в законную силу обвинительных приговорах, которые их суды вынесли в прошедшем году против граждан другой Договаривающейся Стороны.

2. По просьбе одной Договаривающейся Стороны другая Договаривающаяся Сторона предоставляет сведения о других приговорах (включительно о тех обвинительных приговорах, которые не вошли в законную силу), которые ее суды вынесли против граждан запрашивающей Договаривающейся Стороны. В обоснованных случаях может быть предоставлена информация о лице, которое не является гражданином запрашивающей Договаривающейся Стороны.

3. Предоставление поручений и сведений, предусмотренных в пунктах 1 и 2 настоящей статьи, осуществляется в порядке, указанном в статье 4 настоящего Договора.

#### Статья 14

##### Информация по вопросам правосудия

Центральные органы правосудия Договаривающихся Сторон взаимно предоставляют по просьбе информацию о праве и правовой практике своих государств. Они взаимно информируются о важных законодательных актах в области правосудия и обмениваются опытом при подготовке законов.

Наряду с обменом законодательными текстами Министерство юстиции Германской Демократической Республики и Верховный Суд Корейской Народно-Демократической Республики обмениваются между собой также соответственными комментариями и другой юридической литературой.

## РАЗДЕЛ 2

### ОСОБЕННЫЕ ПОСТАНОВЛЕНИЯ

#### ГЛАВА I

##### Судебные расходы

#### Статья 15

##### Освобождение от обеспечения судебных расходов

На граждан одной из Договаривающихся Сторон, предъявляющих иски в судах другой Договаривающейся Стороны и находящихся на территории одной из Договаривающихся Сторон, нельзя возложить обязанность по обеспечению судебных расходов.

##### Освобождение от уплаты судебных расходов

#### Статья 16

1. Граждане одной из Договаривающихся Сторон на территории другой Договаривающейся Стороны освобождаются от судебных расходов на тех же условиях и в том же объеме, как и собственные граждане.

2. Освобождение от судебных расходов распространяется на все процессуальные действия, включая и действия по принудительному исполнению.

3. Граждане, освобожденные согласно законодательству одной из Договаривающихся Сторон от судебных расходов при рассматривании в суде какого-либо дела, освобождаются от этих расходов и при производстве процессуальных действий по этому же делу на территории другой Договаривающейся Стороны.

#### Статья 17

1. Документы о личном и имущественном положении, необходимые для освобождения от судебных расходов согласно пункту 1 статьи 16 настоящего Договора, выдаются компетентными органами той Договаривающейся Стороны, на территории которой запрашивающее лицо имеет местожительство или местопребывание.

2. Если лицо, возбуждающее ходатайство, не имеет постоянного местожительства или местопребывания на территории ни одной из Договаривающихся Сторон, документ выдается дипломатическим или консульским представительством его государства.

3. Суд, выносящий решение об освобождении от судебных расходов, может в случае необходимости затребовать в порядке, предусмотренном статьей 4 настоящего Договора, дополнительное объяснение от органа, выдавшего документ.

#### Статья 18

1. Гражданин одной Договаривающейся Стороны, желающий возбудить ходатайство об освобождении от судебных расходов перед судом другой Договаривающейся Стороны, может это ходатайство заявить устно компетентному суду по месту своего постоянного жительства или пребывания, который заносит заявление в протокол.

Суд препровождает в порядке, предусмотренном в пункте 1 статьи 4 настоящего Договора, протокол вместе с документом, указанным в статье 17 настоящего Договора, и вместе с остальными документами, представленными лицом, возбудившим ходатайство, надлежащему суду другой Договаривающейся Стороны.

2. Наряду с ходатайством об освобождении от судебных расходов могут быть представлены и другие ходатайства, касающиеся освобождения от судебных издержек.

#### ГЛАВА II

##### Документы

#### Статья 19

##### Засвидетельствование и признание документов

1. Документы, которые были составлены или засвидетельствованы судом или другими компетентными органами одной из Договаривающихся Сторон и к которым приложена подпись и гербовая печать, принимаются в суде и другими органами другой Договаривающейся Стороны без легализации.

2. Положение пункта 1 настоящей статьи применяется и к копиям документов, засвидетельствованным вышеуказанными органами.

3. Официальные документы, изготовленные на территории одной Договаривающейся Стороны, пользуются и на территории другой Договаривающейся Стороны доказательной силой официальных документов.

**Пересылки документов об актах гражданского  
состояния и иных документов**

**Статья 20**

1. Каждая из Договаривающихся Сторон ежегодно беспроцентно и бесплатно пересылают дипломатическому или консульскому представительству другой Договаривающейся Стороны копию актов гражданского состояния, которые относятся к рождению, заключению брака и смерти граждан другой Договаривающейся Стороны.

2. Договаривающиеся Стороны бесплатно пересылают друг другу по просьбе свидетельства о гражданском состоянии для служебного пользования.

3. При пересылке и исполнении поручений согласно пункту 2 настоящей статьи Договаривающиеся Стороны сносятся между собой по положениям статьи 4 настоящего Договора.

**Статья 21**

1. Договаривающиеся Стороны пересылают друг другу вступившие в законную силу судебные решения, относящиеся к гражданскому состоянию граждан другой Договаривающейся Стороны.

2. Судебные решения по правилам пункта 1 настоящей статьи пересылаются бесплатно дипломатическому или консульскому представительству.

**Статья 22**

Ходатайства граждан одной из Договаривающихся Сторон по составлению копии актов гражданского состояния можно пересылать непосредственно компетентному органу записей актов гражданского состояния другой Договаривающейся Стороны.

**ГЛАВА III**

**Положения о личном статусе**

**Статья 23**

**Правоспособность и дееспособность**

Правоспособность и дееспособность лица определяется законодательством Договаривающейся Стороны, гражданином которой является это лицо.

**Статья 24**

**Признание безвестно-отсутствующим, объявление  
умершим и установление факта смерти**

1. По делам о признании безвестно-отсутствующим, объявлении умершим и установлении факта смерти компетентны суды той Договаривающейся Стороны, гражданином которой явилось лицо в то время, когда оно по последним сведениям было в живых.

2. Суд одной Договаривающейся Стороны может признать гражданина другой Договаривающейся Стороны безвестно-отсутствующим или объявлять умершим, а также установить факт его смерти по хода-

тайству проживающих на ее территории лиц, права и интересы которых основаны на законодательстве этой Договаривающейся Стороны.

3. В случаях, предусмотренных в пунктах 1 и 2 настоящей статьи, суды Договаривающихся Сторон применяют законодательство своего государства.

**ГЛАВА IV**

**Семейные дела**

**Статья 25**

**Заключение брака**

1. Законные предпосылки для заключения брака определяются законами Договаривающихся Сторон, гражданами которых являются лица, желающие вступить в брак.

2. Форма заключения брака определяется законодательством Договаривающейся Стороны, на территории которой происходит заключение брака.

**Личные и имущественно-правовые отношения  
супругов**

**Статья 26**

1. Если оба супруга имеют одно и то же гражданство, то личные и имущественно-правовые отношения супругов определяются законодательством той Договаривающейся Стороны, гражданами которой они являются.

2. Если один из супругов является гражданином одной Договаривающейся Стороны, а второй — гражданином другой Договаривающейся Стороны, то их личные и имущественно-правовые отношения определяются законодательством той Договаривающейся Стороны, на территории которой они имеют или имели в последний раз совместное местожительство или местопребывание.

**Статья 27**

1. По делам о разрешении личных и имущественно-правовых отношений супругов компетентен суд той Договаривающейся Стороны, гражданами которой супруги являются. Если супруги во время судопроизводства имеют местожительство на территории другой Договаривающейся Стороны, то компетентен также суд этой Договаривающейся Стороны.

2. Если один из супругов является гражданином одной Договаривающейся Стороны, а второй — гражданином другой Договаривающейся Стороны, то по делам о разрешении личных и имущественно-правовых отношений супругов компетентен суд той Договаривающейся Стороны, на территории которой они имеют или имели в последний раз совместное местожительство или местопребывание.

**Расторжение брака**

**Статья 28**

1. По делам о расторжении брака применяются законы Договаривающейся Стороны, гражданами которой были супруги в момент предъявления иска.



2. Если один из супругов является гражданином одной Договаривающейся Стороны, а второй — гражданином другой Договаривающейся Стороны, то суд, в котором производится расторжение брака, применяет законы своего государства.

#### Статья 29

1. По делам о расторжении брака в случае, предусмотренном в пункте 1 статьи 28 настоящего Договора, компетентен суд Договаривающейся Стороны, гражданами которой являлись супруги в момент предъявления иска.

2. По делам о расторжении брака в случае, предусмотренном в пункте 2 статьи 28 настоящего Договора, компетентен суд Договаривающейся Стороны, на территории которой оба супруга имеют свое местожительство. Если один из супругов имеет свое местожительство на территории одной Договаривающейся Стороны, а второй — на территории другой Договаривающейся Стороны, то для расторжения брака компетентны суды обеих Договаривающихся Сторон.

#### Статья 30

##### Признание брака недействительным

1. Признание или установление недействительности (несуществования) брака может иметь место как на основании права, действительного в месте заключения брака, так и на основании права Договаривающейся Стороны, гражданами которой являются супруги.

2. Признание или установление недействительности (несуществования) брака в результате нарушения материально-правовых предпосылок заключения брака может иметь место только в том случае, когда эти последствия предусмотрены в основных законах по статье 25 настоящего Договора.

3. Относительно подсудности дела применяются соответственно правила статьи 29 настоящего Договора.

##### Правовые отношения между родителями и детьми

#### Статья 31

Дела об установлении и оспаривании происхождения ребенка от определенного лица решаются в соответствии с законами Договаривающейся Стороны, гражданином которой является ребенок по рождению.

#### Статья 32

Правовые отношения между ребенком и его родителями определяются законами Договаривающейся Стороны, гражданином которой является ребенок.

#### Статья 33

1. Для решения дел по правоотношениям, указанным в статьях 31 и 32 настоящего Договора, компетентны суды Договаривающейся Стороны, гражданином которой является ребенок.

2. Если истец и ответчик проживают на территории одной Договаривающейся Стороны, то компетенцию могут иметь также и суды этой Договаривающейся Стороны.

### Усыновление

#### Статья 34

1. При усыновлении применяются законы той Договаривающейся Стороны, гражданином которой является усыновитель к моменту усыновления.

2. Если один из супругов является гражданином одной, а второй — гражданином другой Договаривающейся Стороны, то усыновление должно отвечать требованиям законов, действующих на территории обеих Договаривающихся Сторон.

3. Если ребенок является гражданином одной Договаривающейся Стороны, а усыновитель — гражданином другой Договаривающейся Стороны, то при усыновлении необходимо заручиться согласием законного представителя ребенка и компетентного государственного органа, а когда это требуется по законам Договаривающейся Стороны, гражданином которой является ребенок, заручиться и согласием ребенка.

#### Статья 35

Компетентными по делам об усыновлении являются органы Договаривающейся Стороны, гражданином которой является усыновитель.

В случае, указанном в пункте 2 статьи 34 настоящего Договора, компетентен орган той Договаривающейся Стороны, на территории которой супруги имели или имеют в последнее время совместное постоянное местожительство или местопребывание.

#### Статья 36

Положения статей 34 и 35 настоящего Договора применяются соответственно и для отмены усыновления.

### ГЛАВА V

#### Опека и попечительство

#### Статья 37

1. При установлении или отмене опеки и попечительства применяются законы Договаривающейся Стороны, гражданином которой является лицо, над которым учреждается опека или попечительство (далее именуемое подопечным).

2. Правовые отношения между опекуном или попечителем и подопечным определяются законами Договаривающейся Стороны, орган которой назначил опекуна или попечителя.

3. В отношении обязанности принять опекунство, попечительство применяются законы Договаривающейся Стороны, гражданином которой является лицо, назначенное опекуном или попечителем.

#### Статья 38

1. В отношении установления и отмены опеки или попечительства решает, поскольку настоящим Договором не установлен иной порядок, орган Договаривающейся Стороны, гражданином которой является подопечный.

2. Решения об учреждении и отмене опеки или попечительства, вынесенные органами одной Договаривающейся Стороны относительно своих собственных граждан, признаются также и на территории другой Договаривающейся Стороны и имеют там правовую силу.

#### Статья 39

1. Если необходимо принять меры по защите интересов гражданина другой Договаривающейся Стороны, местожительство, местопребывание или имущество которого находится на территории одной Договаривающейся Стороны, то компетентный орган одной Договаривающейся Стороны немедленно должен известить об этом дипломатическое или консульское представительство другой Договаривающейся Стороны.

2. В случае, когда приняты меры по пункту 1 настоящей статьи не терпит отлагательства, компетентный орган одной Договаривающейся Стороны может принять предварительные необходимые меры в соответствии с законодательством своего государства, о чем он обязан немедленно уведомить дипломатическое или консульское представительство другой Договаривающейся Стороны. Предварительные меры сохраняют силу до вынесения иного решения компетентным органом другой Договаривающейся Стороны.

#### Статья 40

1. Орган Договаривающейся Стороны, компетентный согласно пункту 1 статьи 38 настоящего Договора, может поручить установление опеки или попечительства органу другой Договаривающейся Стороны в том случае, если подопечный имеет на территории этой Договаривающейся Стороны свое местожительство или местопребывание.

Поручение об установлении опеки или попечительства вступает в силу, когда запрашиваемый орган примет это на себя и уведомит об этом запрашивающий орган.

2. Орган Договаривающейся Стороны, к которому обращено поручение об установлении опеки или попечительства согласно пункту 1 настоящей статьи, осуществляет их в соответствии с законодательством своего государства. Он не вправе выносить решения по вопросам, касающимся личного статуса подопечного.

### ГЛАВА VI

#### Дела о наследовании

#### Статья 41

##### Принцип равенства в делах о наследовании

1. Граждане одной Договаривающейся Стороны могут приобретать имущество и права на территории другой Договаривающейся Стороны на основе наследования по закону или по завещанию на тех же условиях и в том же объеме, как и собственные граждане этой Договаривающейся Стороны.

2. Граждане одной Договаривающейся Стороны могут распоряжаться согласно завещанию своим имуществом, находящимся на территории другой Договаривающейся Стороны.

#### Статья 42

##### Применяемое законодательство о наследовании

1. Право наследования движимого имущества регулируется законодательством той Договаривающейся Стороны, гражданином которой был наследодатель в момент своей смерти.

2. Право наследования недвижимого имущества регулируется законодательством той Договаривающейся Стороны, на территории которой находится имущество.

#### Статья 43

##### Завещание

1. Способность составлять или отменить завещание, а также его оспаривание на основании недостатков волеизъявления наследодателя определяются законами Договаривающейся Стороны, гражданином которой был наследодатель в момент составления или отмены завещания.

2. Форма составления или отмены завещания определяется законами Договаривающейся Стороны, гражданином которой был наследодатель в момент составления или отмены завещания. Относительно формы составления или отмены завещания оно имеет законную силу и тогда, когда были соблюдены законы Договаривающейся Стороны, на территории которой было составлено или отменено завещание.

##### Компетентность по делам о наследовании

#### Статья 44

1. Для производства по делам о наследовании движимого имущества, поскольку настоящим Договором не установлен иной порядок, компетентным является орган той Договаривающейся Стороны, гражданином которой был наследодатель в момент смерти.

2. Для производства по делам о наследовании недвижимого имущества компетентным является орган той Договаривающейся Стороны, на территории которой находится недвижимое имущество.

3. Если все движимое наследственное имущество, оставшееся после смерти гражданина одной из Договаривающихся Сторон, находится на территории другой Договаривающейся Стороны, и если с этим согласны все наследники, то по ходатайству наследника или получившего завещание производство по делу о наследовании ведут органы другой Договаривающейся Стороны.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи имеют силу и для споров, возникших на основании наследственного права.

#### Статья 45

Какое имущество считается движимым или недвижимым, определяется законами той Договаривающейся Стороны, на территории которой находится это имущество.

#### Статья 46

##### Уведомление о смерти

1. Если на территории одной Договаривающейся Стороны умер гражданин другой Договаривающейся Стороны

роны, то компетентный орган первой должен немедленно известить об этом дипломатическое или консульское представительство другой Договаривающейся Стороны. Он сообщает при этом о том, что известно о наследниках, их местожительстве или местопребывании, о размере наследства, а также о наличии завещания. Если органу известно, что покойник оставил имущество на территории третьего государства, то об этом он также должен сообщить.

2. Если орган производства одной Договаривающейся Стороны по делам о наследовании установит, что наследник является гражданином другой Договаривающейся Стороны, то он обязан известить об этом дипломатическое или консульское представительство этой Договаривающейся Стороны.

3. Если дипломатическое или консульское представительство первым узнает о смерти, то оно должно в целях охраны наследства уведомить об этом компетентный орган, ведающий делами о наследовании.

### Меры по охране наследства

#### Статья 47

Если на территории одной Договаривающейся Стороны находится наследственное имущество, оставленное гражданином другой Договаривающейся Стороны, то компетентный орган, ведающий делами о наследовании, принимает в соответствии с законами своего государства меры, необходимые для охраны наследства или управления им.

#### Статья 48

Если гражданин одной Договаривающейся Стороны умрет во время временного пребывания на территории другой Договаривающейся Стороны, то вещи, которые он имел при себе, передаются по описи без какого-либо производства дипломатическому или консульскому представительству Договаривающейся Стороны, гражданином которой являлся покойник.

#### Статья 49

##### Оглашение завещания

Для вскрытия и оглашения посмертного завещания компетентен орган, ведающий делами о наследовании, той Договаривающейся Стороны, на территории которой находится завещание. Если завещатель проживал на территории другой Договаривающейся Стороны, то компетентному органу этой Договаривающейся Стороны, ведающему делами о наследовании, пересылаются копия завещания и протокол о его состоянии и содержании, а в необходимом случае также протокол о вскрытии и оглашении завещания.

#### Статья 50

##### Выморочное имущество

Если по законодательству Договаривающейся Стороны, по которому определяется наследственное право, осталось наследственное имущество, не имевшее наследников, то движимое имущество передается той Договаривающейся Стороне, гражданином которой к моменту смерти являлся наследодатель, а недвижимое

имущество переходит в собственность той Договаривающейся Стороны, на территории которой оно находится.

#### Статья 51

##### Правомочия дипломатического или консульского представительства в наследственном производстве

По всем делам о наследстве, возникшим на территории другой Договаривающейся Стороны, дипломатическое или консульское представительство Договаривающихся Сторон имеет право представлять без особой доверенности перед органами другой Договаривающейся Стороны интересы своих граждан, если они отсутствуют и не назначили своих доверенных.

#### Статья 52

##### Передача наследства

1. Если на территории одной Договаривающейся Стороны находится движимое наследственное имущество, то оно передается органу, компетентному по проведению наследственного производства, или дипломатическому или консульскому представительству той Договаривающейся Стороны, гражданином которой являлся наследодатель, поскольку выполняются условия, предусмотренные 2) пункта 4 настоящей статьи.

2. Обе Договаривающиеся Стороны оставляют за собой право, что они в соответствии с пунктом 1 настоящей статьи до передачи движимого наследственного имущества будут требовать уплаты сборов и пошлин, связанных с исполнением в силу права наследования.

3. Движимое наследственное имущество или сумма, вырученная от продажи движимого или недвижимого наследственного имущества, после окончания наследственного производства подлежит передаче наследникам, которые имеют местожительство или местопребывание на территории другой Договаривающейся Стороны, но когда нет возможности им или их доверенным непосредственно передать наследственное имущество или сумму, вырученную от его продажи, тогда следует передать наследственное имущество дипломатическому или консульскому представительству этой Договаривающейся Стороны.

4. На основании правил пункта 3 настоящей статьи следует поступать, когда:

1) все наследственные налоги и сборы были уплачены или обеспечены;

2) компетентный орган дал необходимое согласие на вывоз вещей, входящих в состав наследства, или на перевод вырученных от их продажи сумм.

### ГЛАВА VII

#### Признание и исполнение судебных решений

#### Статья 53

##### Решения, подлежащие признанию и исполнению

1. Договаривающиеся Стороны будут признавать и исполнять на своей территории в соответствии с установленными в данном Договоре предпосылками сле-

дующие судебные решения, вынесенные на территории другой Договаривающейся Стороны:

1) решения судов, органов по опеке и попечительству о делах неимущественного характера;

2) решения судов и судебные мировые сделки по гражданским и семейным делам имущественного характера и решения об уплате судебных расходов;

3) приговоры судов по искам о возмещении ущерба по уголовным делам.

2. Судебными решениями в смысле положений пункта 1 настоящей статьи являются также решения по наследственным делам, вынесенные органами Договаривающейся Стороны, которые по внутригосударственному законодательству этой Договаривающейся Стороны являются компетентными по наследственным делам.

#### Статья 54

##### Предпосылки для признания и исполнения судебных решений

Судебные решения, перечисленные в статье 53 настоящего Договора, будут признаваться и исполняться по следующим условиям:

1) если решение по законам Договаривающейся Стороны, на территории которой оно было вынесено, имеет законную силу и подлежит исполнению;

2) если суд Договаривающейся Стороны, на территории которой было вынесено решение, был компетентен по законам той Договаривающейся Стороны, на территории которой требуется признание или исполнение решения, или на основании настоящего Договора;

3) если сторона, проигравшая судебный процесс и не принимавшая участия в судебном производстве, на основании законов той Договаривающейся Стороны, на территории которой было вынесено решение, была надлежащим образом и своевременно извещена о рассмотрении дела и в случае отсутствия процессуальной правоспособности могла быть надлежащим образом представлена;

4) если решение по тому же делу между сторонами уже было вынесено и вступило в законную силу одной из Договаривающихся Сторон.

#### Статья 55

##### Ходатайство об исполнении решений

1. Ходатайство об исполнении решений можно подать непосредственно в компетентный суд Договаривающейся Стороны, на территории которой решение должно быть исполнено, или в суд, вынесший решение по делу в первой инстанции, причем это ходатайство сопровождается компетентному суду другой Договаривающейся Стороны в порядке, предусмотренном в статье 4 настоящего Договора.

2. К ходатайству необходимо приложить следующие документы:

1) официальное судебное решение или заверенную копию этого решения и документ о том, что решение

вступило в законную силу и подлежит исполнению, если это не следует из текста самого решения;

2) справку о том, что сторона, не участвовавшая в процессе, против которой было вынесено решение, надлежащим образом и своевременно была извещена о рассмотрении дела, а в случае отсутствия процессуальной правоспособности не была лишена надлежащего представительства.

#### Статья 56

##### Порядок исполнения решений

1. Суд Договаривающейся Стороны, на территории которой происходит принудительное исполнение решения, применяет для его исполнения законы своего государства.

2. Суд, к которому поручено ходатайство о разрешении принудительного исполнения, ограничивается только тем, чтобы установить, выполняются ли условия, предусмотренные в статье 54 настоящего Договора.

3. Должник может оспаривать принудительное исполнение решения, если такое оспаривание допускается законами Договаривающейся Стороны, суду которой поручено ходатайство о разрешении принудительного исполнения.

#### Статья 57

##### Исполнение решений об уплате судебных расходов

1. Если на сторону в процессе, которая согласно статье 18 настоящего Договора была освобождена от обеспечения судебных расходов, будет по судебному решению одной Договаривающейся Стороны, вступившему в законную силу, возложена обязанность уплаты судебных издержек, то это решение по ходатайству надлежащей стороны будет беспощадно принудительно исполнено на территории другой Договаривающейся Стороны.

2. Суд, разрешающий ходатайство о разрешении принудительного исполнения решения согласно пункту 1 настоящей статьи, ограничивается только тем, чтобы установить, вступило ли решение об уплате судебных издержек в законную силу и подлежит ли оно исполнению.

3. К ходатайству о разрешении принудительного исполнения решения и относительно прилагаемых документов применяются действующие положения статьи 55 настоящего Договора.

##### Расходы, связанные с принудительным исполнением

#### Статья 58

В отношении расходов, связанных с принудительным исполнением, применяется законодательство Договаривающейся Стороны, на территории которой решение должно быть приведено в исполнение.

#### Статья 59

##### Пределы действия закона во времени о признании и исполнении решений

Судебные решения, упомянутые в статье 53 настоящего Договора, будут признаваться и исполняться лишь

в том случае, если они вступили в законную силу и подлежат исполнению после вступления в силу настоящего Договора.

#### Статья 60

##### О вывозе вещей и переводе денежных сумм

Положения этого Договора о принудительном исполнении решений не касаются законодательства Договаривающихся Сторон о переводе денежных сумм или о вывозе вещей, приобретаемых на основании исполнения решений.

### ГЛАВА VIII

#### Выдача

#### Статья 61

##### Обязанность выдачи

Договаривающиеся Стороны обязуются на условиях, установленных настоящим Договором, по требованию выдавать друг другу лиц, находящихся на их территории, для привлечения к уголовной ответственности или для приведения в исполнение приговора.

#### Статья 62

##### Преступления, влекущие выдачу

1. Выдача для привлечения к уголовной ответственности имеет место только за такие деяния, которые в соответствии с законодательством обеих Договаривающихся Сторон наказуются тюремным заключением на срок свыше одного года.

2. Выдача для приведения в исполнение приговора производится только за такие деяния, которые в соответствии с законодательством обеих Договаривающихся Сторон являются наказуемыми и если данное лицо приговорено к наказанию тюремного заключения на срок свыше одного года.

#### Статья 63

##### Отказ в выдаче

Выдача не имеет места, если:

1. лицо, выдача которого требуется, является гражданином Договаривающейся Стороны, к которой обращено требование;

2. лицо, выдача которого требуется, совершило преступление на территории Договаривающейся Стороны, к которой обращено требование;

3. согласно законодательству Договаривающейся Стороны, к которой обращено требование, не допускается уголовное преследование или приведение приговора в исполнение вследствие истечения срока давности или по другим законным основаниям;

4. в отношении лица, выдача которого требуется, на территории Договаривающейся Стороны, к которой обращено требование, по тому же преступлению был вынесен приговор, вступивший в законную силу, или постановление об окончательном прекращении производства по делу.

#### Статья 64

В случае, если применяется статья 63 настоящего Договора, Договаривающаяся Сторона, к которой обращено требование, уведомит Договаривающуюся Сторону, от которой исходит требование, об основаниях по отказу в выдаче.

#### Статья 65

##### Обязанность возбуждать уголовное преследование

1. Каждая Договаривающаяся Сторона обязуется по требованию другой Договаривающейся Стороны возбуждать в соответствии со своим законодательством уголовное преследование против своих граждан, которые на территории другой Договаривающейся Стороны совершили преступление, влекущее выдачу. К требованию прилагаются документы, содержащие данные о преступлении, и все имеющиеся доказательства преступления.

2. Договаривающаяся Сторона, к которой такое требование поступило по пункту 1 настоящей статьи, уведомляет другую Договаривающуюся Сторону о результатах уголовного производства, а в случае, если будет вынесен приговор и он вступит в законную силу, препровождает копию приговора.

#### Статья 66

##### Порядок спонения

По вопросам возбуждения уголовного преследования и выдачи лиц сносятся взаимно со стороны Германской Демократической Республики Министерство Юстиции или Генеральная Прокуратура, а со стороны Кореической Народно-Демократической Республики Генеральная Прокуратура.

#### Статья 67

##### Требование о выдаче

1. К требованию о выдаче для привлечения к уголовной ответственности нужно приложить: заверенную копию постановления об аресте и доказательства того, что данное лицо является подозрительным; текст соответствующих положений закона, служащих основанием их применения; если преступлением был причинен материальный ущерб, необходимо указать его размер.

2. К требованию о выдаче для приведения в исполнение наказания прилагаются заверенная копия приговора, вступившего в законную силу, и текст соответствующих положений закона, по которым квалифицируется преступление. Если осужденный уже отбыл часть наказания, сообщаются также данные об этом.

3. К требованию о выдаче прилагаются, по возможности, описание внешности и фотоснимки лица, подлежащего выдаче, данные о его гражданстве и местопребывании и др.

#### Статья 68

##### Дополнительные сведения к требованию о выдаче

Если в требовании о выдаче не указаны все необходимые данные, Договаривающаяся Сторона, к которой обращено требование, может запросить дополни-

тельные сведения и определить срок, в течение которого следует переслать дополнительные сведения, не более чем в два месяца.

По просьбе Договаривающейся Стороны, требующей выдачи, этот срок может быть продлен.

#### Арест лица, подлежащего выдаче

##### Статья 69

После получения требования о выдаче Договаривающаяся Сторона, к которой обращено требование, немедленно примет меры для розыска лица, выдача которого требуется, а в соответствующем случае — меры для его ареста.

##### Статья 70

1. Лицо, подлежащее выдаче, может быть по ходатайству подвергнуто аресту и до поступления требования о выдаче, если компетентный орган Договаривающейся Стороны, от которого исходит ходатайство о выдаче, ссылается на постановление об аресте этого лица или на вступивший в законную силу приговор, причем этот орган одновременно извещает о пересылке требования о выдаче. Такое ходатайство может быть предъявлено по почте, телеграфу, телефону или другим подобным образом.

2. Компетентные органы власти одной Договаривающейся Стороны могут арестовать лицо, находящееся на ее территории, и без поступления ходатайства по пункту 1 настоящей статьи, если известно, что это лицо совершило преступление на территории другой Договаривающейся Стороны, указанное в статье 62 настоящего Договора.

3. О случаях ареста, предусмотренных пунктами 1 и 2 настоящей статьи, следует немедленно известить другую Договаривающуюся Сторону.

##### Статья 71

1. Договаривающаяся Сторона, к которой обращено требование о выдаче, прекратит производство по выдаче лица и освободит лицо, взятое под арест, если в течение определенного срока согласно статье 68 настоящего Договора не поступят дополнительные сведения к требованию о выдаче.

2. Лицо, взятое под арест на основании статьи 70 настоящего Договора, может быть освобождено, если в течение двух месяцев со дня отправки уведомления об аресте не поступит требование о выдаче от другой Договаривающейся Стороны.

##### Статья 72

#### Отсрочка выдачи

Если лицо, выдача которого требуется, привлечено к уголовной ответственности или осуждено за иное преступление, совершенное на территории Договаривающейся Стороны, к которой обращено требование, то выдача может быть отсрочена до прекращения уголовного преследования или до приведения в исполнение приговора или до освобождения от наказания.

##### Статья 73

#### Временная выдача

Если отсрочка выдачи может повлечь за собой истечение срока давности уголовного преследования или привести к затруднению расследования преступления против лица, выдача которого требуется, то это лицо может быть выдано на время по обоснованному ходатайству одной Договаривающейся Стороны.

Договаривающаяся Сторона, от которой исходит требование, обязана немедленно возвратить выданное лицо после окончания действия по уголовным делам, предусмотренного в момент выдачи на время.

##### Статья 74

#### Требование о выдаче, поступившее от нескольких государств

Если требование о выдаче из-за определенного или разных наказуемых деяний поступило от нескольких государств, то вопрос о том, какое из предъявленных требований следует удовлетворить решает Договаривающаяся Сторона, к которой предъявлены требования, принимая во внимание гражданство лица, выдача которого требуется, а также с учетом места и тяжести преступления.

##### Статья 75

#### Ограничение преследования выданного лица

1. Без согласия Договаривающейся Стороны, к которой обращено требование, выданное лицо нельзя привлечь к уголовной ответственности, подвергнуть наказанию или выдать третьему государству за другие преступления, совершенные до выдачи и за которые оно не было выдано.

2. Согласие Договаривающейся Стороны, к которой предъявлены требования, не требуется, если:

1) выданное лицо не покинуло территорию запрашивающей Стороны в течение одного месяца, считая с момента окончания производства по делу или приведения в исполнение наказания. В упомянутый срок не включается время, в течение которого выданное лицо не по своей вине не могло покинуть территорию запрашивающей Договаривающейся Стороны;

2) выданное лицо покинуло территорию Договаривающейся Стороны, которой оно было выдано, но затем возвратилось на ее территорию обратно.

##### Статья 76

#### Уведомление о результатах уголовного преследования

Договаривающаяся Сторона, от которой исходит требование о выдаче, уведомляет Договаривающуюся Сторону, к которой было обращено требование о выдаче, о результатах уголовного преследования против выданного лица.

Если выданное лицо было осуждено, то после вступления приговора в законную силу посылается его копия.

## Статья 77

## Выдача

1. Договаривающаяся Сторона, к которой обращено требование о выдаче и которая согласна с выдачей лица, уведомляет другую Договаривающуюся Сторону о месте и времени выдачи лица.

2. Если Договаривающаяся Сторона, от которой исходит требование, не примет лица, подлежащего выдаче, в течение одного месяца после установления даты выдачи, это лицо может быть освобождено из-под стражи.

## Статья 78

## Повторная выдача

Если выданное лицо каким-либо образом уклонится от уголовного преследования или от исполнения наказания и окажется на территории Договаривающейся Стороны, к которой обращено требование о его выдаче, то по новому требованию оно должно быть выдано без представления материалов, упомянутых в статье 67 настоящего Договора.

## Статья 79

## Выдача предметов

1. Договаривающаяся Сторона, к которой обращено требование о выдаче, должна выдать Договаривающейся Стороне, от которой исходит требование, предметы, использованные для совершения преступления, за которое согласно статье 62 настоящего Договора допускается выдача преступника, а также предметы, попавшие к преступнику в результате совершения преступления. Эти предметы подлежат выдаче даже в том случае, если выдача преступника из-за смерти или по другим причинам не может быть осуществлена.

2. Запрашиваемая Договаривающаяся Сторона может временно задержать упомянутые в пункте 1 настоящей статьи предметы, если они ей необходимы для другого уголовного процесса.

3. Права третьих лиц на подлежащие выдаче предметы, упомянутые в пункте 1 настоящей статьи, остаются неприкосновенными. Не позднее, чем после окончания производства по делу, Договаривающаяся Сторона, которой выданы предметы, должна вернуть эти предметы Договаривающейся Стороне, к которой было обращено требование, для передачи лицу, имеющему на них право. Если лица, имеющие право на предметы, находятся на территории Договаривающейся Стороны, от которой исходит требование, то эта Договаривающаяся Сторона с согласия Договаривающейся Стороны, к которой обращено требование, имеет право передать предметы непосредственно упомянутым лицам.

## Статья 80

## Транзитная перевозка преступников

1. Договаривающиеся Стороны по просьбе разрешают друг другу перевозить через свою территорию

лиц, выданных третьим государством одной из Договаривающихся Сторон. Договаривающаяся Сторона, к которой обращено требование, не обязана разрешать такую перевозку, если по положениям настоящего Договора не предусматривается выдача.

2. Требование о транзитной перевозке представляется и осуществляется в таком же порядке, как и требование о выдаче.

Договаривающаяся Сторона, к которой обращено требование, разрешает транзитную перевозку таким образом, какое она считает наиболее целесообразным.

## РАЗДЕЛ III

## ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЕ ПОСТАНОВЛЕНИЯ

## Статья 81

Настоящий Договор подлежит ратификации. Обмен ратификационными грамотами состоится в Берлине.

## Статья 82

1. Настоящий Договор вступит в силу по истечении тридцати дней после обмена ратификационными грамотами и будет действовать в течение десяти лет.

2. Действие настоящего Договора автоматически продлевается каждый раз на последующие пять лет, если ни одна из обеих Договаривающихся Сторон за шесть месяцев до истечения срока действия Договора письменно не заявит о желании расторгнуть настоящий Договор.

Настоящий Договор теряет законную силу по истечении годовичного срока со дня его письменного денонсирования.

Настоящий Договор составлен в двух экземплярах, каждый на немецком, корейском и русском языках, причем все три текста имеют одинаковую силу.

В случае расхождения при толковании русский текст является компетентным.

В удостоверение сего Уполномоченные обеих Договаривающихся Сторон подписали настоящий Договор и скрепили его печатами.

Пхеньян, 28 сентября 1971 года

По уполномочию Государственного Совета  
Германской Демократической Республики

Dr. Wünsche

По уполномочию  
Президиума Верховного  
Народного собрания  
Корейской Народно-  
Демократической  
Республики  
Dschon Dschun Täk

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 - Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 38 22 - Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 - Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 - Erscheint nach Bedarf - Fortlaufender Bezug nur durch die Post - Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,30 M und Teil III 0,75 M - Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschleßfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1034 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerel der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816





# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 16. Februar 1972

Teil I Nr. 3

Tag	Inhalt	Seite
2. 2. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 16. Juli 1971 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens .....	73

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Vertrages  
vom 16. Juli 1971  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Volksrepublik Polen  
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet  
des Verkehrswesens  
vom 2. Februar 1972**

Der Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens wurde am 16. Juli 1971 in Berlin unterzeichnet.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 11. Januar 1972 in Warschau.

Der Vertrag trat entsprechend seinem Artikel 20 am 11. Januar 1972 in Kraft.

Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 2. Februar 1972

**Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Vertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Volksrepublik Polen**  
**über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet**  
**des Verkehrswesens**

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Staatsrat der Volksrepublik Polen

haben,

erfüllt von dem Wunsche, die sozialistische Zusammenarbeit beider Staaten auf dem Gebiet des Verkehrswesens in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu erweitern und zu vertiefen,

in dem Bemühen, die Beförderung von Personen und den Transport von Gütern im Wechsel- und Transitverkehr leistungsfähiger und wirtschaftlicher zu gestalten,

mit dem Ziel, eine weitere Entwicklung des Verkehrs mit allen Transportmitteln zu erreichen,

beschlossen,

den vorliegenden Vertrag zu schließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik  
den Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik,  
Herrn Willi Stoph,

der Staatsrat der Volksrepublik Polen  
den Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen,  
Herrn Piotr Jaroszewicz,

die folgendes vereinbart haben:

Abschnitt I

Allgemeine Grundsätze

Artikel 1

(1) Die Vertragspartner werden den Verkehr auf dem Gebiet der Eisenbahn, des Kraftverkehrs, des Luftverkehrs, der Seeschifffahrt und der Binnenschifffahrt sowie die Zusammenarbeit hinsichtlich der Seehäfen pflegen und entwickeln und sich dabei gegenseitig Unterstützung gewähren.

(2) Die Vertragspartner werden jeweils auf ihrem Territorium die Verkehrseinrichtungen für den Wechsel- und Transitverkehr unterhalten und sie entsprechend den gegebenen Möglichkeiten ausbauen.

(3) Die Verkehrsträger eines Vertragspartners können die Verkehrseinrichtungen auf dem Territorium des anderen Vertragspartners benutzen.

(4) Die zuständigen Organe der Vertragspartner werden Grenzübergänge festlegen, die möglichst günstige Transportbedingungen für die einzelnen Verkehrsträger im Wechsel- und Transitverkehr gewährleisten.

Artikel 2

(1) Die Vertragspartner gewähren sich gegenseitig freien Transit für alle Transportmittel im Verkehr von und nach Drittstaaten.

(2) Die Vertragspartner betrachten Westberlin als eine besondere politische Einheit und werden sich bei der Durchführung des Verkehrs von diesem Grundsatz leiten lassen.

Artikel 3

An dem Wechsel- und Transitverkehr können alle Transportmittel teilnehmen, die auf dem Territorium eines der Vertragspartner zum Verkehr zugelassen und registriert sind.

Artikel 4

Die zuständigen Organe der Vertragspartner legen in gegenseitigem Einvernehmen fest, welche Verkehrsträger Transportpläne für den Wechsel- und Transitverkehr sowie deren Inhalt und Methoden zu ihrer Koordinierung und Planungszeiträume abstimmen werden.

Artikel 5

Die Vertragspartner werden zur weiteren Entwicklung des Verkehrs die Zusammenarbeit vertiefen, indem sie vor allem

1. besondere Aufmerksamkeit der Hauptrichtung der technischen Entwicklung des Verkehrswesens sowie der Erhöhung der Produktivität der einzelnen Transportarten für den Wechsel- und Transitverkehr widmen,
2. die Benutzung der effektivsten Transportarten und rationellsten Verkehrswege im Wechsel- und Transitverkehr ermöglichen, um für beide Vertragspartner einen hohen ökonomischen Nutzeffekt und die Spezialisierung des internationalen Verkehrs im Rahmen der Arbeitsteilung zu erreichen,
3. weitgehende Erleichterungen und Vereinfachungen im grenzüberschreitenden Verkehr einführen,

4. die direkte Zusammenarbeit zwischen den Transportorganisationen und Transportunternehmen unterstützen.

#### Artikel 6

(1) Die Verkehrsträger, Passagiere, Transportmittel und ihre Besatzungen sowie die Ladungen eines Vertragspartners werden auf dem Territorium des anderen Vertragspartners den Verkehrsträgern, Passagieren, Transportmitteln und ihren Besatzungen sowie den Ladungen des am meisten begünstigten Staates gleichgestellt.

(2) Absatz 1 dieses Artikels findet nicht Anwendung auf die Erleichterungen und Privilegien, die Staaten ohne Meeresküste in den Häfen gewährt werden.

#### Artikel 7

(1) Jeder Vertragspartner behält sich das Recht des Transports von Personen und Gütern vor, wenn der Transport ausschließlich auf seinem Territorium durchgeführt wird oder auf diesem beginnt und endet.

(2) Die zuständigen Organe der Vertragspartner können den Einsatz von Transportmitteln und Verkehrseinrichtungen des einen Vertragspartners für die Durchführung von Transporten und für die Ausübung anderer Verkehrsleistungen auf dem Territorium des anderen Vertragspartners vereinbaren.

(3) Es wird nicht als Transport im Sinne des Absatzes 1 dieses Artikels betrachtet, wenn ein Schiff des einen Vertragspartners aus einem Hafen des anderen Vertragspartners in einen anderen Hafen dieses Vertragspartners fährt, um in diesem Fracht aus einem dritten Staat zu löschen beziehungsweise Fracht aufzunehmen, die für einen dritten Staat bestimmt ist.

### Abschnitt II

#### Grundsätze für die einzelnen Verkehrsträger

##### Artikel 8

Die Vertragspartner werden die notwendigen Schritte unternehmen, um den Wechsel- und Transiteisenbahnverkehr so weit wie möglich zu erleichtern, den Reise- und Güterverkehr reibungslos und schnell durchzuführen und den Reisenden den entsprechenden Komfort zu bieten.

##### Artikel 9

Jeder Vertragspartner erkennt den natürlichen und juristischen Personen, die ständig auf dem Territorium des anderen Vertragspartners wohnen oder ihren Sitz haben, das Recht zu, auf seinem Territorium die Beförderung von Personen und Gütern mit Kraftfahrzeugen durchzuführen.

##### Artikel 10

Die Vertragspartner gewähren sich im Luftverkehr das Recht

- zum freien Überflug ohne Landung;

- zur technischen Landung, das heißt, Landung zu nichtkommerziellen Zwecken;

- Passagiere, Post und Fracht des einen Vertragspartners auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners an Bord zu nehmen oder abzusetzen;

- Passagiere, Post und Fracht mit Bestimmung nach einem dritten Staat an Bord zu nehmen und die aus einem dritten Staat kommenden Passagiere, Post und Fracht abzusetzen.

#### Artikel 11

Die Vertragspartner erkennen gegenseitig die Nationalität ihrer Schiffe auf Grund der sich an Bord dieser Schiffe befindenden von den zuständigen Organen der Vertragspartner ausgestellten Dokumente an.

### Abschnitt III

#### Grundsätze für die Grenz-, Zoll-, Veterinär- und phytosanitäre Kontrolle von Personen, Gütern und Transportmitteln

##### Artikel 12

Die Grenz-, Zoll-, Veterinär- und phytosanitäre Kontrolle von Personen, Gütern und Transportmitteln im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen im Eisenbahnverkehr, im Straßenverkehr und in der Binnenschifffahrt — im weiteren als „Kontrolle“ bezeichnet — kann von den entsprechenden Organen beider Vertragspartner gemeinsam ausgeübt werden.

##### Artikel 13

(1) Die Kontrolle im Eisenbahnverkehr erfolgt auf den festgelegten Stationen, die sich auf dem Territorium eines Vertragspartners befinden beziehungsweise während der Fahrt des Zuges auf den festgelegten Eisenbahnstrecken beider Vertragspartner.

(2) Die Kontrolle im Straßenverkehr erfolgt an festgelegten Stellen auf dem Territorium eines beziehungsweise den Territorien beider Vertragspartner.

(3) Die Kontrolle in der Binnenschifffahrt erfolgt an den bezeichneten Anlegestellen eines Vertragspartners beziehungsweise auf den Abschnitten der Wasserwege eines beziehungsweise beider Vertragspartner.

##### Artikel 14

(1) Die Kontrollorgane eines Vertragspartners üben ihre Kontrolltätigkeit auf dem Territorium des anderen Vertragspartners entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ihres Staates mit den gleichen Rechtsfolgen aus, die bei der Ausübung ihrer Tätigkeit auf dem Territorium ihres Staates entstehen, es sei denn, dieser Vertrag legt etwas anderes fest.

(2) Als erste führen die Kontrolle die Organe des Vertragspartners durch, dessen Territorium die Personen, Waren und Transportmittel verlassen. Die ge-

setzlichen Bestimmungen des Vertragspartners, die die Durchführung der Kontrolle regeln, gelten bis zu dem Zeitpunkt, zu dem seine Organe ihre Kontrolle für beendet erklärt haben, es sei denn, daß sich in besonderen Fällen die Durchführung einer erneuten Kontrolle notwendig macht.

(3) Jeder Vertragspartner, auf dessen Territorium die Kontrolle durchgeführt wird, gewährleistet den Kontrollorganen des anderen Vertragspartners freie Ausübung der Kontrolltätigkeit und den gleichen gesetzlichen Schutz wie den eigenen Organen.

(4) Die Organe eines Vertragspartners, die die Kontrolle auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ausüben, können auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen ihres Staates die Reise einer Person, die die Staatsgrenze überschreitet, unterbrechen, diese zurückweisen beziehungsweise auf das Territorium ihres Staates zurückführen.

Die Rückweisung beziehungsweise Rückführung des Bürgers des Staates, auf dessen Territorium die Kontrolle ausgeübt wird, ist nur mit dem Einverständnis seiner Paßkontrollorgane zulässig. Das Einverständnis ist nicht erforderlich, wenn der Bürger nicht berechtigt ist, die Grenze zu überschreiten beziehungsweise eine schwere Gesetzesverletzung begangen hat, für die Freiheitsentzug angedroht ist.

(5) Zur Durchsetzung von Maßnahmen der Kontrollorgane eines Vertragspartners auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, insbesondere Unterbrechung der Reise, Rückweisung oder Rückführung von Personen, Beschlagnahme von Gegenständen und Sicherung von Beweismitteln, gewähren die entsprechenden Kontrollorgane den Organen der Vertragspartner, die die Maßnahmen getroffen haben, Hilfe.

(6) Die hinterlegten Waren beziehungsweise Devisen und die durch die Organe eines Vertragspartners auf dem Territorium des anderen Vertragspartners sichergestellten beziehungsweise beschlagnahmten Waren und Devisen sowie die durch diese Organe erhobenen Zoll- und anderen Gebühren können aus diesem Territorium ohne Genehmigung und Beschränkung sowie ohne Zollgebühren und Zollkontrolle ausgeführt werden.

(7) Wenn die Kontrollorgane des einen Vertragspartners eingeführte Waren beziehungsweise Devisenwerte feststellen, die Gegenstand einer den gesetzlichen Bestimmungen des anderen Vertragspartners widersprechenden Handlung waren, so benachrichtigen sie die Kontrollorgane des anderen Vertragspartners und ermöglichen ihnen die Durchführung der gesetzlich festgelegten Maßnahmen, sofern nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragspartners, dessen Organe die Waren beziehungsweise Devisenwerte festgestellt haben, die Beschlagnahme der Waren beziehungsweise Devisenwerte vorgesehen ist.

#### Artikel 15

(1) Die Angehörigen der Kontrollorgane des einen Vertragspartners, die den Dienst auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ausüben, können Uniformen und Dienstabzeichen tragen. Sie sind weiterhin

berechtigt, entsprechend den Bestimmungen ihres Staates Dienstwaffen zu tragen. Der Gebrauch der Waffe darf nur im Falle der Notwehr erfolgen.

(2) Die Angehörigen der Kontrollorgane eines Vertragspartners, die sich zur Ausübung der Kontrolltätigkeit auf dem Territorium des anderen Vertragspartners aufhalten, sind verpflichtet, die dort geltenden gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, soweit dieser Vertrag nichts anderes regelt.

(3) Die Angehörigen der Kontrollorgane, die die Staatsgrenze zur Ausübung ihres Dienstes überschreiten, sind von Zoll- und anderen Gebühren in bezug auf Transportmittel sowie Gegenstände, die für die Ausübung des Dienstes bestimmt sind, und ihre persönlichen Sachen befreit. Sie sind weiterhin von Steuern, anderen Gebühren sowie von persönlichen und sachlichen Leistungen befreit. Die Dienstdokumente der Kontrollorgane sind unantastbar.

(4) Die Angehörigen der Kontrollorgane eines Vertragspartners sind für die dienstlichen Verfehlungen, die sie auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners begehen, ausschließlich ihren vorgesetzten Dienststellen gegenüber verantwortlich.

(5) Die Angehörigen der Kontrollorgane eines Vertragspartners werden auf begründetes Verlangen der zuständigen Organe des anderen Vertragspartners abberufen.

#### Artikel 16

Die Kontrollorgane des einen Vertragspartners können Gebäude und Diensträume, die ihnen auf dem Territorium des anderen Vertragspartners zur Verfügung gestellt wurden, in ihrer Sprache beschriften sowie mit dem Staatswappen und den Flaggen ihres Staates ausstatten.

#### Artikel 17

(1) Die Vertragspartner tragen auf der Basis der Gegenseitigkeit auf ihrem Territorium die Kosten für die neu- oder auszubauenden Gebäude, Anlagen und Einrichtungen, die für die gemeinsame Kontrolle von Personen, Gütern und Transportmitteln bestimmt sind.

(2) Die zuständigen Organe der Vertragspartner können für den Bau, den Ausbau und die Ausstattung der einzelnen Gebäude, Anlagen und Einrichtungen, die für die Kontrolle bestimmt sind, gesonderte Vereinbarungen abschließen.

#### Abschnitt IV

##### Grundsätze für andere Organe bei der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit auf dem Territorium des anderen Vertragspartners

#### Artikel 18

Die Bestimmungen der Artikel 14, Absatz 1, 3 und 6, Artikel 15, Artikel 16 und 17 dieses Vertrages finden auf die Organe und die Beschäftigten des einen Vertragspartners, die ihre Tätigkeit im grenzüberschreiten-

den Verkehr auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ausüben und nicht Kontrollorgane sind, entsprechende Anwendung.

#### Abschnitt V

#### Schlußbestimmungen

##### Artikel 19

In Durchführung dieses Vertrages werden die Regierungen der Vertragspartner entsprechende Abkommen abschließen.

##### Artikel 20

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Warschau stattfindet, in Kraft.

#### Artikel 21

Der vorliegende Vertrag wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Wenn der Vertrag nicht von einem der Vertragspartner spätestens ein Jahr vor Ablauf der entsprechenden fünfjährigen Frist gekündigt wird, bleibt er für jeweils weitere fünf Jahre in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin am 16. Juli 1971 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Zur Bestätigung dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und gezeichnet.

Im Namen des  
Staatsrates  
der Deutschen  
Demokratischen Republik  
Stoph

Im Namen des  
Staatsrates  
der  
Volksrepublik Polen  
Jaroszewicz

### UKŁAD

#### między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą Ludową o współpracy w dziedzinie komunikacji

Rada Państwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej i Rada Państwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej,

ożywione pragnieniem rozszerzenia i pogłębienia socjalistycznej współpracy obu państw w dziedzinie komunikacji w oparciu o zasady współpracy państw członkowskich Rady Wzajemnej Pomocy Gospodarczej,

w trosce o sprawniejszy i bardziej ekonomiczny przewóz podróźnych i ładunków w komunikacji wzajemnej i tranzytowej,

w celu osiągnięcia dalszego rozwoju komunikacji wszelkimi środkami transportu,

postanowiły zawrzeć niniejszy Układ i w tym celu wyznaczyły swych Pełnomocników:

Rada Państwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej  
Towarzysza Willi Stophy, Przewodniczącego Rady Ministrów Niemieckiej Republiki Demokratycznej,

Rada Państwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej  
Towarzysza Piotra Jaroszewicza, Prezesa Rady Ministrów Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej,

którzy uzgodnili, co następuje:

#### Rozdział I

#### Zasady ogólne

##### Artykuł 1

1. Układające się Strony będą utrzymywać i rozwijać komunikację kolejową, samochodową, lotniczą,

żeglugę morską i śródlądową, jak również współpracę w zakresie portów morskich, udzielając sobie w tym celu wzajemnej pomocy.

2. Każda z Układających się Stron będzie utrzymywać na swym terytorium urządzenia komunikacyjne dla komunikacji wzajemnej i tranzytowej oraz rozbudowywać je w miarę możliwości.

3. Przewoźnicy jednej Układającej się Strony mogą korzystać z urządzeń komunikacyjnych na terytorium drugiej Układającej się Strony.

4. Właściwe organy Układających się Stron ustalą przejścia graniczne zapewniające możliwie najdogodniejsze warunki komunikacyjne dla poszczególnych rodzajów transportu w komunikacji wzajemnej i tranzytowej.

#### Artykuł 2

1. Układające się Strony zapewniają sobie wzajemnie wolny tranzyt dla wszystkich środków transportu z państw trzecich i do państw trzecich.

2. Układające się Strony uważają Berlin Zachodni za odrębną jednostkę polityczną i tą zasadą będą się kierować przy prowadzeniu komunikacji.

#### Artykuł 3

W komunikacji wzajemnej i tranzytowej mogą uczestniczyć wszystkie środki transportu dopuszczone do ruchu i zarejestrowane na terytorium jednej z Układających się Stron.

## Artykuł 4

Właściwe organy Ukladających się Stron ustalą w drodze wzajemnego porozumienia, którzy z przewoźników będą uzgadniać plany przewozów w komunikacji wzajemnej i tranzytowej, jak również treść i metody koordynacji tych planów oraz okresy planowania.

## Artykuł 5

W celu dalszego rozwoju komunikacji Ukladające się Strony będą pogłębiać współpracę, a w szczególności będą:

1/ poświęcać specjalną uwagę głównym kierunkom rozwoju technicznego komunikacji, jak również zwiększaniu wydajności poszczególnych rodzajów transportu w komunikacji wzajemnej i tranzytowej;

2/ umożliwiać korzystanie z najbardziej efektywnych środków transportu i najracjonalniejszych dróg przewozu w komunikacji wzajemnej i tranzytowej w celu osiągnięcia przez obie Ukladające się Strony wysokich efektów gospodarczych i rozwoju specjalizacji w komunikacji międzynarodowej w ramach podziału pracy;

3/ wprowadzać daleko idące ułatwienia i uproszczenia w komunikacji przez granicę państwową;

4/ popierać bezpośrednią współpracę między organizacjami i przedsiębiorstwami transportowymi.

## Artykuł 6

1. Przewoźnicy, podróżni, środki transportu i ich załogi oraz ładunki jednej Ukladającej się Strony będą traktowane na terytorium drugiej Ukladającej się Strony na równi z przewoźnikami, podróżnymi, środkami transportu i ich załogami oraz ładunkami kraju najbardziej uprzywilejowanego.

2. Ustęp 1 niniejszego Artykułu nie dotyczy ulg i przywilejów przyznawanych w portach dla państw nie posiadających wybrzeża morskiego.

## Artykuł 7

1. Każda z Ukladających się Stron zastrzega sobie prawo przewozu podróżnych i ładunków, jeżeli przewóz ten wykonywany jest wyłącznie na jej terytorium lub rozpoczyna się i kończy na tym terytorium.

2. Właściwe organy Ukladających się Stron mogą uzgodnić użycie środków transportu i urządzeń komunikacyjnych jednej Ukladającej się Strony dla wykonywania przewozów i innych usług komunikacyjnych na terytorium drugiej Ukladającej się Strony.

3. Nie uważa się za przewóz, o którym mowa w ustępie 1 niniejszego Artykułu takiego przewozu, gdy statek jednej Ukladającej się Strony płynie z portu drugiej Ukladającej się Strony do innego portu tej Ukladającej się Strony w celu wyładowania w nim ładunku z państwa trzeciego lub zabrania ładunku przeznaczonego dla państwa trzeciego.

## Rozdział II

## Zasady dotyczące poszczególnych rodzajów komunikacji

## Artykuł 8

Ukladające się Strony podejmą niezbędne środki aby tak dalece jak to jest możliwe ułatwiać wzajemną i tranzytową komunikację kolejową, wykonywać sprawnie i szybko przewozy podróżnych i ładunków zapewniając podróżnym odpowiednie wygody.

## Artykuł 9

Każda z Ukladających się Stron przyznaje osobom fizycznym i prawnym, stale zamieszkałym lub mającym siedzibę na terytorium drugiej Ukladającej się Strony, prawo wykonywania przewozu osób i ładunków pojazdami drogowymi na swym terytorium.

## Artykuł 10

Ukladające się Strony przyznają sobie w komunikacji lotniczej prawo do:

- swobodnego przelotu bez lądowania;
- lądowania technicznego, to znaczy lądowania w celach niehandlowych;
- zabierania na pokład lub wyładowywania podróżnych, poczty i ładunków jednej Ukladającej się Strony na terytorium drugiej Ukladającej się Strony;
- zabierania na pokład podróżnych, poczty i ładunków z przeznaczeniem do państwa trzeciego, jak również wyładowywania podróżnych, poczty i ładunków, przybyłych z państwa trzeciego.

## Artykuł 11

Ukladające się Strony uznają wzajemnie przynależność państwową swoich statków na podstawie dokumentów, znajdujących się na pokładzie tych statków i wydanych przez właściwe organy Ukladających się Stron.

## Rozdział III

## Zasady dotyczące kontroli granicznej, celnej, weterynaryjnej i fitosanitarnej osób, towarów i środków transportu

## Artykuł 12

Kontrola graniczna, celna, weterynaryjna i fitosanitarna osób, towarów i środków transportu przekraczających granicę między Niemiecką Republiką Demokratyczną i Polską Rzeczpospolitą Ludową w ruchu kolejowym, drogowym i w żegludze śródlądowej, zwana dalej „kontrolą“, może być wykonywana wspólnie przez właściwe organy obu Ukladających się Stron.

## Artykuł 13

1. Kontrola w ruchu kolejowym dokonywana jest na ustalonych stacjach położonych na terytorium jednej z Ukladających się Stron lub w czasie biegu pociągu na ustalonych odcinkach linii kolejowych obu Ukladających się Stron.

2. Kontrola w ruchu drogowym dokonywana jest w ustalonych miejscach na terytorium jednej lub na terytoriach obu Ukladających się Stron.

3. Kontrola w żegludze śródlądowej dokonywana jest w określonych przystaniach jednej z Ukladających się Stron, albo na ustalonych odcinkach dróg wodnych jednej lub obu Ukladających się Stron.

## Artykuł 14

1. Organy kontrolne jednej Ukladającej się Strony wykonują swoje czynności kontrolne na terytorium drugiej Ukladającej się Strony, zgodnie z prawem swego Państwa i z takimi samymi skutkami prawnymi, jak gdyby wykonywały te czynności na terytorium swego Państwa, chyba że niniejszy Układ stanowi inaczej.

2. Jako pierwsze dokonują kontroli organy tej Ukladającej się Strony, której terytorium opuszczają osoby, towary i środki transportu. Przepisy prawne tej Ukladającej się Strony związane z wykonywaniem kontroli przestają działać z chwilą, gdy jej organy oświadczą, że zakończyły kontrolę, chyba że w poszczególnych przypadkach zachodzi potrzeba przeprowadzenia ponownej kontroli.

3. Ukladająca się Strona, na terytorium której wykonywana jest kontrola, zapewnia organom kontrolnym drugiej Ukladającej się Strony wykonywanie czynności kontrolnych bez przeszkód oraz taką samą ochronę prawną, z jakiej korzystają jej własne organy.

4. Organy jednej Ukladającej się Strony dokonujące kontroli na terytorium drugiej Ukladającej się Strony mogą zgodnie z prawem swego Państwa przerwać podróż osoby, która przekracza granicę państwową, zawrócić ją lub doprowadzić na terytorium swego Państwa. Zawrócenie lub doprowadzenie obywatela tego Państwa, na terytorium którego dokonywana jest kontrola, dopuszczalne jest tylko za zgodą jego organów kontroli paszportowej. Zgoda nie jest wymagana, jeżeli obywatel ten nie jest uprawniony do przekroczenia granicy albo popełnił przestępstwo, za które grozi mu kara pozbawienia wolności.

5. Dla wykonania decyzji organów kontrolnych jednej Ukladającej się Strony na terytorium drugiej Ukladającej się Strony, odnoszących się w szczególności do przerwania podróży, zawrócenia lub doprowadzenia osób, zajęcia przedmiotów, zabezpieczenia dowodów przestępstwa, właściwe organy kontrolne tej drugiej Strony udziela pomocy organom Ukladającej się Strony, które podjęły decyzję.

6. Towary i wartości dewizowe zdeponowane oraz zatrzymane lub skonfiskowane przez organy jednej Ukladającej się Strony na terytorium drugiej Ukladającej się Strony, jak również pobrane przez te organy

opłaty celne i inne, mogą być wywożone z tego terytorium bez zezwolenia i ograniczeń oraz bez cła i kontroli celnej.

7. Jeżeli organy kontrolne jednej Ukladającej się Strony ujawnią towar lub wartości dewizowe przywożone z naruszeniem prawa drugiej Ukladającej się Strony, zawiadomią o tym jej organy kontrolne i umożliwią im zastosowanie ich prawa, o ile towar lub wartości dewizowe nie podlegają zajęciu na podstawie prawa Ukladającej się Strony, której organy je ujawniły.

## Artykuł 15

1. Funkcjonariusze organów kontrolnych jednej Ukladającej się Strony, wykonujący czynności służbowe na terytorium drugiej Ukladającej się Strony, mogą nosić mundury i odznaki służbowe. Są oni również uprawnieni do noszenia broni służbowej stosownie do przepisów swego Państwa. Użycie broni może nastąpić tylko w obronie koniecznej.

2. Funkcjonariusze organów kontrolnych jednej Ukladającej się Strony, którzy w związku z wykonywaniem czynności kontrolnych przebywają na terytorium drugiej Ukladającej się Strony, są zobowiązani do przestrzegania obowiązującego tam prawa, chyba że niniejszy Układ stanowi inaczej.

3. Funkcjonariusze organów kontrolnych, przekraczający granicę państwową w związku z wykonywaniem czynności służbowych, zwolnieni są od cła i innych opłat w odniesieniu do środków transportu oraz przedmiotów przeznaczonych do wykonywania czynności służbowych i przedmiotów osobistych. Są oni również zwolnieni od podatków i innych opłat oraz od świadczeń osobistych i rzeczowych. Dokumenty służbowe organów kontrolnych są nietykalne.

4. Funkcjonariusze organów kontrolnych jednej Ukladającej się Strony są odpowiedzialni za wykroczenia służbowe, popełnione na terytorium drugiej Ukladającej się Strony, wyłącznie przed swoimi władzami zwierzchnimi.

5. Funkcjonariusze organów kontrolnych jednej Ukladającej się Strony będą odwołani na uzasadnione żądanie właściwych organów drugiej Ukladającej się Strony.

## Artykuł 16

Organy kontrolne jednej Ukladającej się Strony mogą oznaczać budynki i pomieszczenia służbowe, oddane im do dyspozycji na terytorium drugiej Ukladającej się Strony, napisami w swym języku oraz godłem i flagą swego Państwa.

## Artykuł 17

1. Ukladające się Strony ponoszą na zasadzie wzajemności na swoim terytorium koszty budowy nowych i rozbudowy istniejących budynków, instalacji i urządzeń przeznaczonych dla wspólnej kontroli osób, towarów i środków transportu.

2. Właściwe organy Ukladających się Stron mogą zawierać odrębne porozumienia dotyczące budowy, rozbudowy i wyposażenia poszczególnych budynków, instalacji i urządzeń przeznaczonych do kontroli.

## Rozdział IV

Zasady dotyczące innych organów wykonujących  
czynności służbowe na terytorium  
drugiej Ukladającej się Strony

## Artykuł 18

Postanowienia Artykułu 14 ustępy 1, 3 i 6, Artykułu 15, Artykułu 16 i Artykułu 17 niniejszego Układu mają odpowiednie zastosowanie do organów i ich pracowników jednej Ukladającej się Strony nie będących organami kontrolnymi, a wykonujących czynności na terytorium drugiej Ukladającej się Strony w związku z komunikacją przez granicę państwową.

## Rozdział V

## Postanowienia końcowe

## Artykuł 19

Rządy Ukladających się Stron zawrą odpowiednio umowy dla wykonania niniejszego Układu.

## Artykuł 20

Niniejszy Układ podlega ratyfikacji i wejdzie w życie w dniu wymiany dokumentów ratyfikacyjnych, która odbędzie się w Warszawie.

## Artykuł 21

Niniejszy Układ zawarty jest na okres pięciu lat; ulega on każdorazowo przedłużeniu na dalsze okresy pięcioletnie, o ile żadna z Ukladających się Stron nie wypowie go najpóźniej na rok przed upływem odpowiedniego pięcioletniego okresu.

Sporządzono w Berlinie, dnia 16. lipca 1971 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

Na dowód czego wyżej wymienieni Pełnomocnicy podpisali niniejszy Układ i opatrzyli go pieczęciami.

Z upoważnienia	Z upoważnienia
Rady Państwa Niemieckiej	Rady Państwa Polskiej
Republiki Demokratycznej	Rzeczypospolitej Ludowej

Stoph

Jaroszewicz

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 35 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1533 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31 816





# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 10. März 1972

Teil I Nr. 4

Tag	Inhalt	Seite
3. 3. 72	Bekanntmachung über die Ratifikation des Vertrages vom 1. Oktober 1971 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien zur Regelung von Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft .....	81

**Bekanntmachung**  
**über die Ratifikation des Vertrages**  
**vom 1. Oktober 1971**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Volksrepublik Bulgarien**  
**zur Regelung von Fragen der doppelten**  
**Staatsbürgerschaft**  
**vom 3. März 1972**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 3. März 1972 den nachstehend veröffentlichten Vertrag vom 1. Oktober 1971 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien zur Regelung von Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft ratifiziert hat.

Der Tag, an dem der Vertrag für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 3. März 1972

Der Sekretär des Staatsrates  
 der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

**Vertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Volksrepublik Bulgarien**  
**zur Regelung von**  
**Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft**

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Bulgarien sind,

unter Berücksichtigung dessen, daß es Personen gibt, die von beiden vertragschließenden Seiten entsprechend ihrer Gesetzgebung als ihre Bürger betrachtet werden,

und

geleitet von dem Wunsch, die doppelte Staatsbürgerschaft dieser Personen durch freiwillige Wahl zu beiseitigen sowie künftig das Entstehen doppelter Staatsbürgerschaft zu verhindern,

übereingekommen, diesen Vertrag zu schließen.

Zu diesem Zweck haben als Bevollmächtigte ernannt:

der Vorsitzende des Staatsrates der  
 Deutschen Demokratischen Republik  
 Ewald Moldt

Stellvertreter des Ministers für  
 Auswärtige Angelegenheiten der  
 Deutschen Demokratischen Republik

der Staatsrat der Volksrepublik Bulgarien

Atanas Wolnow  
 Stellvertreter des Ministers der Justiz  
 der Volksrepublik Bulgarien

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

**Abschnitt I**

**Aufhebung doppelter Staatsbürgerschaft**

**Artikel 1**

Personen, die beide vertragschließenden Seiten auf Grund ihrer Gesetzgebung als ihre Bürger betrachten, können entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages die Staatsbürgerschaft einer der beiden vertragschließenden Seiten wählen.

**Artikel 2**

(1) Die in Artikel 1 bezeichneten Personen sind berechtigt, eine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft innerhalb einer Frist von einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrages schriftlich in zweifacher Ausfertigung abzugeben.

(2) Personen, die die Staatsbürgerschaft der vertragschließenden Seite wählen, auf deren Hoheitsgebiet sie ihren Wohnsitz haben, geben die Erklärung bei dem für ihren Wohnsitz zuständigen staatlichen Organ ab.

(3) Personen, die ihren Wohnsitz auf dem Hoheitsgebiet der einen der vertragschließenden Seite haben und die Staatsbürgerschaft der anderen vertragschließenden Seite wählen, geben die Erklärung bei der diplomatischen oder konsularischen Vertretung der vertragschließenden Seite ab, deren Staatsbürgerschaft sie gewählt haben.

(4) Personen, die ihren Wohnsitz auf dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates haben, geben die Erklärung bei der diplomatischen oder konsularischen Vertretung beziehungsweise dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der vertragschließenden Seite ab, deren Staatsbürgerschaft sie gewählt haben.

(5) Personen, die sich vorübergehend auf dem Hoheitsgebiet der vertragschließenden Seite aufhalten, deren Staatsbürgerschaft sie wählen, können die Erklärung beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten abgeben.

**Artikel 3**

(1) Zur Abgabe der Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft sind nur volljährige Personen berechtigt. Volljährig nach diesem Vertrag sind Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben oder nach der Gesetzgebung einer der vertragschließenden Seiten die Rechte Volljähriger besitzen.

(2) Die Eltern wählen durch übereinstimmende Erklärung die Staatsbürgerschaft für Minderjährige, die das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben.

(3) Die Eltern wählen durch übereinstimmende Erklärung die Staatsbürgerschaft für Minderjährige im Alter von 14—18 Jahren, wozu die Einwilligung der Minderjährigen erforderlich ist.

#### Artikel 4

(1) Personen, die innerhalb einer Frist von einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrages keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben, sind nur Staatsbürger der vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet sie ihren Wohnsitz am Tage des Ablaufs der einjährigen Frist hatten.

(2) Personen mit Wohnsitz in einem dritten Staat, die keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben, sind nach Ablauf einer Frist von einem Jahr nur Staatsbürger der vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet sie vor der Ausreise in den dritten Staat ihren Wohnsitz hatten.

#### Artikel 5

Wird für Minderjährige keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben, sind sie

- nur Staatsbürger der vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet die Eltern am Tage des Ablaufs der einjährigen Frist ihren gemeinsamen Wohnsitz hatten;
- wenn die Eltern am Tage des Ablaufs der einjährigen Frist ihren Wohnsitz in einem dritten Staat hatten, nur Staatsbürger der vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet die Eltern vor der Ausreise in den dritten Staat ihren gemeinsamen Wohnsitz gehabt haben;
- wenn die Eltern am Tage des Ablaufs der einjährigen Frist keinen gemeinsamen Wohnsitz auf den Hoheitsgebieten der vertragschließenden Seiten hatten oder vor der Ausreise in einen dritten Staat gehabt haben, Staatsbürger der vertragschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft die Mutter besitzt.

#### Artikel 6

(1) Minderjährige, denen ein Elternteil verstorben ist oder bei denen der Aufenthaltsort eines Elternteils zum Zeitpunkt des Ablaufs einer Frist von einem Jahr nicht bekannt ist oder bei denen das Erziehungsrecht einem Elternteil entzogen wurde, behalten die Staatsbürgerschaft, die der andere Elternteil besitzt.

(2) Minderjährige, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind, geschieden sind oder deren Ehe für

nichtig erklärt wurde und für die die Eltern keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft innerhalb der einjährigen Frist abgegeben haben, besitzen die Staatsbürgerschaft der vertragschließenden Seite, die der Elternteil hat, der das Erziehungsrecht ausübt.

(3) Minderjährige, deren Eltern verstorben sind oder deren Aufenthaltsort unbekannt ist oder deren Eltern das Erziehungsrecht entzogen wurde, sind nach Ablauf der einjährigen Frist über die Wahl der Staatsbürgerschaft Staatsbürger der vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet sie ihren Wohnsitz haben.

#### Artikel 7

Personen, die auf dem Hoheitsgebiet der einen vertragschließenden Seite ihren Wohnsitz haben und die Staatsbürgerschaft der anderen vertragschließenden Seite gewählt haben oder diese gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages besitzen, tragen den Status von Ausländern.

#### Artikel 8

Die vertragschließenden Seiten tauschen spätestens sechs Monate nach Ablauf der in Artikel 2 dieses Vertrages genannten Frist auf diplomatischem Wege Listen mit Angabe der Personalien und Wohnanschriften der Personen aus, die eine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben. Den Listen ist jeweils ein Exemplar der Erklärungen beizufügen.

### Abschnitt II

#### Verhinderung doppelter Staatsbürgerschaft

#### Artikel 9

(1) Eltern, von denen ein Elternteil Staatsbürger der einen und der andere Elternteil Staatsbürger der anderen vertragschließenden Seite ist, können für die Kinder, die nach Inkrafttreten des Vertrages geboren werden, übereinstimmend eine der beiden Staatsbürgerschaften wählen.

(2) Die Eltern wählen die Staatsbürgerschaft der Kinder durch Abgabe einer übereinstimmenden Erklärung bei den zuständigen staatlichen Organen der vertragschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft gewählt wurde.

(3) Die Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft ist innerhalb eines Jahres nach der Geburt des Kindes in zweifacher Ausfertigung abzugeben. Wird

die Erklärung nicht persönlich abgegeben, müssen die Unterschriften der Eltern in gehöriger Form beglaubigt sein.

(4) Kinder, denen ein Elternteil zum Zeitpunkt des Ablaufs der einjährigen Frist verstorben ist oder bei denen der Aufenthaltsort nicht bekannt ist oder das Erziehungsrecht entzogen wurde, behalten die Staatsbürgerschaft, die der andere Elternteil besitzt.

(5) Zuständige Organe im Sinne von Absatz 2 sind:

- die für den gemeinsamen Wohnsitz der Eltern zuständigen staatlichen Organe, wenn die Staatsbürgerschaft der vertragschließenden Seite gewählt wird, auf deren Hoheitsgebiet sie ihren Wohnsitz haben;
- das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten oder die diplomatische oder konsularische Vertretung der vertragschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft gewählt wird, wenn die Eltern ihren Wohnsitz auf dem Hoheitsgebiet der anderen vertragschließenden Seite oder auf dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates haben.

#### Artikel 10

(1) Wird von den Eltern gemäß Artikel 9 keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft für das Kind abgegeben, ist das Kind Staatsbürger der vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet es geboren wurde.

(2) Wurde das Kind auf dem Hoheitsgebiet eines dritten Staates geboren und haben die Eltern gemäß Artikel 9 keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft für das Kind abgegeben, ist das Kind Staatsbürger der vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet die Eltern vor der Ausreise ihren letzten gemeinsamen Wohnsitz gehabt haben. Hatten die Eltern vor der Ausreise keinen gemeinsamen Wohnsitz, ist das Kind Staatsbürger der vertragschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft die Mutter besitzt.

#### Artikel 11

(1) Wird die Ehe vor Ablauf der in Artikel 9 genannten Frist geschieden oder für nichtig erklärt und geben die Eltern keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft für das Kind ab, ist das Kind Staatsbürger der vertragschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft der Elternteil besitzt, dem das Erziehungsrecht übertragen wurde.

(2) Leben die Eltern getrennt und wird von ihnen keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürger-

schaft für das Kind abgegeben, ist das Kind Staatsbürger der vertragschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft der Elternteil besitzt, bei dem das Kind am Tage des Ablaufs der einjährigen Frist wohnt oder der das Erziehungsrecht ausübt.

#### Artikel 12

Kinder, deren Eltern verstorben sind oder deren Aufenthaltsort unbekannt ist, sind Staatsbürger der vertragschließenden Seite, auf deren Hoheitsgebiet sie am Tage des Ablaufs der in Artikel 9 genannten Frist ihren Wohnsitz haben.

#### Artikel 13

Die vertragschließenden Seiten übermitteln sich innerhalb der ersten drei Monate jeden Jahres auf diplomatischem Wege Listen mit Angabe der Personalien und Wohnanschriften der Kinder, für die die Eltern im vorangegangenen Jahr eine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 9 abgegeben haben. Den Listen ist jeweils eine Ausfertigung der Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft und eine Ausfertigung der Geburtsurkunde des Kindes beizufügen.

### Abschnitt III

#### Allgemeine Bestimmungen

#### Artikel 14

Für die abgegebenen Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft werden keine Gebühren erhoben.

#### Artikel 15

(1) Für die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages geborenen Personen gilt die gewählte Staatsbürgerschaft von dem Tage an, an dem die Erklärung bei dem zuständigen staatlichen Organ eingegangen ist.

Die gemäß den Artikeln 4, 5 und 6 festgelegte Staatsbürgerschaft gilt vom Tage des Ablaufs der Frist gemäß Artikel 2.

(2) Für die nach Inkrafttreten dieses Vertrages geborenen Kinder gilt die gewählte Staatsbürgerschaft vom Tage der Geburt an.

(3) Die für Kinder gemäß Artikel 9, 10, 11 und 12 dieses Vertrages festgelegte Staatsbürgerschaft gilt vom Tage der Geburt an.

**Artikel 16**

Nach Inkrafttreten dieses Vertrages werden die vertragschließenden Seiten die Verleihung der Staatsbürgerschaft an Personen, die Staatsbürger der anderen vertragschließenden Seite sind, nur vornehmen, wenn diese Personen aus der Staatsbürgerschaft der anderen vertragschließenden Seite entlassen sind.

**Artikel 17**

Fragen, die zwischen den vertragschließenden Seiten im Zusammenhang mit der Anwendung und Auslegung dieses Vertrages auftreten, werden auf diplomatischem Wege geklärt.

**Artikel 18**

Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt nach Ablauf von 30 Tagen nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Sofia erfolgen wird, in Kraft.

Der Vertrag wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Wenn keine der vertragschließenden Seiten den Vertrag mindestens sechs Monate vor Ablauf der angegebenen Frist kündigt, verlängert sich seine Gültigkeit jeweils um weitere fünf Jahre.

Dieser Vertrag wird von den vertragschließenden Seiten veröffentlicht.

Dieser Vertrag wurde in Berlin am 1. Oktober 1971 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und bulgarischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

**Für die  
Deutsche Demokratische  
Republik**

Ewald Moidt

**Für die  
Volksrepublik Bulgarien**

Atanas Woinow

**КОНВЕНЦИЯ**

между Германската демократична република  
и Народна република България за уреждане  
въпросите на двойното гражданство

Германската демократична република и Народна република България като вземаха предвид, че има известен брой лица, които и двете договорящи се Страни, в съгласие със законодателствата си, считат за свои граждани,

ръководени от желанието да отстранят двойното гражданство на тези лица въз основа на доброволният им избор, а така също и за предотвратяване възникването на двойно гражданство,

се споразумяха да сключат настоящата Конвенция.

За тази цел назначиха пълномощници:

Председателят на Държавния съвет на Германската демократична република

**ЕВАЛД МОЛДТ,**  
заместник-министър на външните работи на Германската демократична република и

Държавният съвет на Народна република България  
**АТАНАСВОЙНОВ,**

заместник-министър на правосъдието на Народна република България,

които след размяна на пълномощията си, признати за редовни и в надлежната форма, се съгласиха на следното:

**Д Я Л I****ПРЕКРАТЯВАНЕ НА ДВОЙНОТО ГРАЖДАНСТВО****Член 1**

Лицата, които двете договорящи се Страни, съобщаващо своето законодателство считат за свои граждани, могат съгласно разпоредбите на настоящата Конвенция да изберат гражданството на една от Страните.

**Член 2**

(1) Лицата посочени в член 1 на настоящата Конвенция имат право да подадат декларация в два екземпляра за избор на гражданството в срок от една година след влизане на настоящата Конвенция в сила.

(2) Лицата, които избират гражданството на договорящата се Страна, на чиято територия са местожи-

телствата им, подават декларацията си пред компетентния орган по въпросите за местожителството на гражданите.

(3) Лицата, които имат местожителствата си на територията на едната от договорящите се Страни и желаят да изберат гражданството на другата договоряща се Страна, подават декларациите в дипломатическото или консулското представителство на договорящата се Страна, чието гражданство избират.

(4) Лицата, които живеят на територията на трета страна, подават декларациите си в дипломатическото или консулското представителство или в Министерството на външните работи на онази от договорящите се Страни, чието гражданство избират.

(5) Лицата, които пребивават временно на територията на договорящата се Страна, чието гражданство избират, могат да подадат декларациите в Министерството на външните работи.

**Член 3**

(1) Имат право да подават декларации за избиране на гражданство само пълнолетните лица. Пълнолетни по смисъла на настоящата Конвенция са лицата, навършили 18 години и онези, които по разпоредбите на вътрешното право на всяка от договорящите се Страни имат права на пълнолетни.

(2) Родителите на малолетни деца, ненавършили 14-годишна възраст, избират по взаимно съгласие гражданството им.

(3) Родителите на непълнолетни деца, от 14 до 18-годишна възраст, избират гражданството на децата си чрез подаване съвместна декларация, като вземат и съгласието на децата.

**Член 4**

(1) Лица, които в срок от една година от влизането на настоящата Конвенция в сила, не подадат декларация за избор на гражданство, остават граждани само на онази договоряща се Страна, на чиято територия имат местожителството си в деня на изтичането на едногодишния срок.

(2) Лица, които имат местожителство в трета Страна, които не са подали декларация за избор на гражданство, остават граждани на онази от договорящите се Страни, на територията на която са имали местожителство преди заминаването си за трета Страна.

## Член 5

Когато за ненавършили пълнолетие деца не е подадена декларация за избор на гражданство:

— те са граждани само на договорящата се Страна, на територията на която родителите са имали своето общо местожителство в деня на изтичане на едногодишния срок;

— ако родителите са имали своето местожителство в една трета Страна в деня на изтичане едногодишния срок, децата остават граждани само на договорящата се Страна, на територията на която родителите са имали своето общо местожителство преди заминаването им за трета Страна;

— ако родителите не са имали общо местожителство на територията на договорящите се Страни при изтичане на едногодишния срок или преди заминаването за някоя трета Страна, децата остават граждани само на договорящата се Страна, чието гражданство има майката.

## Член 6

(1) Ненавършили пълнолетие деца, единият от родителите на които е починал, или е в неизвестност към деня на изтичането на едногодишния срок, или на когото са отнети родителските права, остават граждани с гражданството на другия родител.

(2) Когато родителите на ненавършили пълнолетие деца не са сключили брак или бракът е бил прекратен поради развод, или поради обявяването на същия за недействителен и родителите не са се споразумели относно избора на гражданството или са пропуснали едногодишния срок за подаване на декларацията за избиране на гражданство, децата запазват гражданството на договорящата се Страна, чиито граждани и родителя, който упражнява родителските права.

(3) Ненавършили пълнолетие деца, чиито родители са починали или местопребиваването на които е неизвестно, или и двамата родители са лишени от родителски права при изтичането на едногодишния срок за избор на гражданство, запазват гражданството на Страната, където те имат своите местожителства.

## Член 7

Лица, които имат своето местожителство на територията на една от договорящите се Страни и са избрали гражданството на другата договоряща се Страна, или са придобили това гражданство на основа разпоредбите на тази Конвенция имат статус на чужденци.

## Член 8

Договорящите се Страни не по-късно от шест месеца след изтичане на срока, посочен в чл. 2 на настоящата

Конвенция ще разменят по дипломатически ред списъци, съдържащи данни за имената и адресите на лицата, които са подали декларации за избиране на гражданство. Заедно със списъците се изпращат и по един екземпляр от декларациите на посочените в списъка лица.

## Д Я Л П

## ПРЕДОТВРАТЯВАНЕ ВЪЗНИКВАНЕТО НА ДВОИНО ГРАЖДАНСТВО

## Член 9

(1) Родители, единият от които е гражданин на една от договорящите се Страни, а вторият — гражданин на другата договоряща се Страна, могат да избират, по взаимно съгласие, гражданството на една от договорящите се Страни за децата, родени след влизане в сила на настоящата Конвенция.

(2) Родителите избират гражданството на децата чрез подаване съвместна декларация пред компетентните органи на договорящата се Страна, чието гражданство те избират за детето.

(3) Декларацията за избор на гражданство се подава в два екземпляра в едногодишен срок от датата на раждането на детето. Ако декларацията не се подава лично, подписите на родителите трябва да бъдат заверени по надлежния ред.

(4) Деца, единият от родителите на които по време на изтичане на едногодишния срок е починал или местожителството му е неизвестно, или му са отнети родителските права, остават с гражданството, което има другия родител.

(5) Компетентни органи по смисъла на ал. II на този член са:

— съответните държавно-административни органи, компетентни за местожителството на родителите, ако се избира гражданството на договорящата се Страна, на чиято територия родителите имат местожителство;

— Министерството на външните работи, дипломатическото или консулското представителство на договорящата се Страна, чието гражданство се избира, ако родителите имат местожителството на територията на другата договоряща се Страна или на територията на трета държава.

## Член 10

(1) Ако родителите не подадат декларация за избор на гражданство съгласно чл. 9 от настоящата Конвенция, детето е гражданин на тази договоряща се Страна, на чиято територия се е родило.

(2) Ако детето се е родило на територията на трета държава и родителите му не подадат декларация за избор на гражданство съгласно чл. 9 от настоящата Конвенция, детето е гражданин на тази договоряща се Страна, на територията на която родителите са имали местожителството преди да заминат за трета държава. Ако не са имали общо местожителство, детето е гражданин на договорящата се Страна, чиито гражданин е майката.

#### Член 11

(1) Ако бракът бъде прекратен или признат за недействителен преди изтичането на срока по чл. 9 и родителите не подадат декларация за избор на гражданство на детето, същото е гражданин на договорящата се Страна, чието гражданство има родителя, на когото е предоставено упражняването на родителските права.

(2) Дете, чиито родители живеят разделени и не са подали декларация за избор на гражданство е гражданин на договорящата се Страна, чиито гражданин е родителя, при когото живее или който упражнява родителските права към деня на изтичането на срока.

#### Член 12

Деца, чиито родители са починали или местожителството им е неизвестно, са граждани на онази от договорящите се Страни, на територията на която имат местожителство към деня на изтичане на срока по чл. 9.

#### Член 13

Договорящите се Страни, през първите три месеца на всяка година ще си предават по дипломатически път списъци с имената и адресите на децата, за които родителите им са подали през предшестващата година декларации за избиране на гражданство съгласно разпоредбите на чл. 9. Към списъците се прилагат и по един екземпляр от всяка декларация и пълен препис от акта за раждане.

### Д Я Л Ш

#### ОБЩИ РАЗПОРЕДБИ

#### Член 14

Декларациите за избор на гражданство, които се подават съгласно настоящата Конвенция, се освобождават от такси.

#### Член 15

(1) За родените преди влизане на тази Конвенция в сила, избраното гражданство важи от деня на подаване на декларацията пред компетентния държавен орган, а в случаите на членове 4, 5 и 6 — гражданството важи от деня на изтичане срока по чл. 2.

(2) Гражданството, избрано за децата родени след влизане в сила на настоящата Конвенция, важи от деня на раждането.

(3) Ако гражданството на детето се определя съгласно членове 9, 10, 11 и 12 на настоящата Конвенция, същото важи от деня на раждането на детето.

#### Член 16

Всяка от договорящите се Страни, след влизане в сила на настоящата Конвенция, ще приема за свои граждани лицата, които са граждани на другата договоряща се Страна, само ако представят документ, че са освободени от другата договоряща се Страна.

#### Член 17

Въпросите, които могат да възникнат между договорящите се Страни във връзка с тълкуването и приложението на настоящата Конвенция се решават по дипломатически ред.

#### Член 18

Настоящата Конвенция подлежи на ратифициране и влиза в сила 30 дни след размяната на ратификационните документи, което ще стане в София.

Настоящата Конвенция се сключва за срок от пет години. Валидността ѝ ще се продължава автоматически всеки път с нови пет години, ако някоя от договорящите се Страни не я денонсира ний-късно шест месеца преди изтичането срока на валидността ѝ.

Договорящите се Страни ще обнародват настоящата Конвенция.

Настоящата Конвенция е съставена в Берлин на 1 октомври 1971 г. в два екземпляра, всеки на немски и български език, като и двата текста имат еднаква сила.

За ГЕРМАНСКАТА

ДЕМОКРАТИЧНА  
РЕПУБЛИКА

Евалд Молдт

За НАРОДНА РЕПУБЛИКА  
БЪЛГАРИЯ

Атанас Войнов

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 26 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1528 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816





# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 15. März 1972

Teil I Nr. 5

Tag

Inhalt

Seite

9. 3. 72

Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft .....

89

### Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft

vom 9. März 1972

Die Gleichberechtigung der Frau in Ausbildung und Beruf, Ehe und Familie erfordert, daß die Frau über die Schwangerschaft und deren Austragung selbst entscheiden kann. Die Verwirklichung dieses Rechts ist untrennbar mit der wachsenden Verantwortung des sozialistischen Staates und aller seiner Bürger für die ständige Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Frau, für die Förderung der Familie und der Liebe zum Kind verbunden.

Dazu beschließt die Volkskammer folgendes Gesetz:

#### § 1

(1) Zur Bestimmung der Anzahl, des Zeitpunktes und der zeitlichen Aufeinanderfolge von Geburten wird der Frau zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten der Empfängnisverhütung das Recht übertragen, über die Unterbrechung einer Schwangerschaft in eigener Verantwortung zu entscheiden.

(2) Die Schwangere ist berechtigt, die Schwangerschaft innerhalb von 12 Wochen nach deren Beginn durch einen ärztlichen Eingriff in einer geburtshilflich-gynäkologischen Einrichtung unterbrechen zu lassen.

(3) Der Arzt, der die Unterbrechung der Schwangerschaft vornimmt, ist verpflichtet, die Frau über die medizinische Bedeutung des Eingriffs aufzuklären und über die künftige Anwendung schwangerschaftsverhütender Methoden und Mittel zu beraten.

(4) Die Unterbrechung einer Schwangerschaft ist auf Ersuchen der Schwangeren und nur nach den Bestimmungen dieses Gesetzes und der zu seiner Durchführung erlassenen Rechtsvorschriften zulässig. Im übrigen gelten die §§ 153 bis 155 des Strafgesetzbuches vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 1).

#### § 2

(1) Die Unterbrechung einer länger als 12 Wochen bestehenden Schwangerschaft darf nur vorgenommen werden, wenn zu erwarten ist, daß die Fortdauer der Schwangerschaft das Leben der Frau gefährdet, oder wenn andere schwerwiegende Umstände vorliegen.

(2) Die Entscheidung über die Zulässigkeit einer später als 12 Wochen nach Schwangerschaftsbeginn durchzuführenden Unterbrechung trifft eine Fachärztekommision.

#### § 3

(1) Die Unterbrechung der Schwangerschaft ist unzulässig, wenn die Frau an einer Krankheit leidet, die im Zusammenhang mit dieser Unterbrechung zu schweren gesundheitsgefährdenden oder lebensbedrohenden Komplikationen führen kann.

(2) Die Unterbrechung einer Schwangerschaft ist unzulässig, wenn seit der letzten Unterbrechung weniger als 6 Monate vergangen sind. In besonderen Ausnahmefällen kann die Genehmigung von der Fachärztekommision gemäß § 2 Absatz 2 erteilt werden.

## § 4

(1) Die Vorbereitung, Durchführung und Nachbehandlung einer nach diesem Gesetz zulässigen Unterbrechung der Schwangerschaft sind arbeits- und versicherungsrechtlich dem Erkrankungsfall gleichgestellt.

(2) Die Abgabe ärztlich verordneter schwangerschaftsverhütender Mittel an sozialversicherte Frauen erfolgt unentgeltlich.

## § 5

(1) Dieses Gesetz tritt mit seiner Beschlußfassung in Kraft.

(2) Zugleich tritt § 11 des Gesetzes vom 27. September 1950 über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau (GBl. S. 1037) außer Kraft.

(3) Die Einzelheiten der Vorbereitung und Durchführung der Unterbrechung der Schwangerschaft, einschließlich der Nachbehandlung, legt der Minister für Gesundheitswesen in Durchführungsbestimmungen fest.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am neunten März neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunten März neunzehnhundertzweiundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

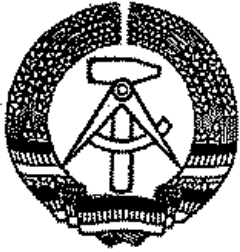
W. Ulbricht

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 35 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 24. April 1972

Teil I Nr. 6

Tag	Inhalt	Seite
10. 4. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung des Rechts zur Durchführung des Fischfangs im Gebiet der polnischen Seefischfangzone für Fischereifahrzeuge der Deutschen Demokratischen Republik .....	91
17. 4. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 14. Oktober 1971 zu dem am 13. Juli 1957 in Warschau unterzeichneten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik .....	94

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Abkommens**  
**zwischen der Regierung**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Regierung der Volksrepublik Polen**  
**über die Gewährung des Rechts zur Durchführung**  
**des Fischfangs im Gebiet der polnischen**  
**Seefischfangzone für Fischereifahrzeuge der**  
**Deutschen Demokratischen Republik**

vom 10. April 1972

Das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung des Rechts zur Durchführung des Fischfangs im Gebiet der polnischen Seefischfangzone für Fischereifahrzeuge der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 19. Dezember 1971 in Szczecin unterzeichnet.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 3. April 1972 in Berlin.

Das Abkommen trat entsprechend seinem Artikel 3 rückwirkend am 1. Januar 1971 in Kraft.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 10. April 1972

Der Sekretär des Staatsrates  
 der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

**Abkommen  
zwischen der Regierung  
der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Regierung der Volksrepublik Polen  
über die Gewährung des Rechts zur Durchführung  
des Fischfangs im Gebiet der polnischen  
Seefischfangzone für Fischereifahrzeuge der  
Deutschen Demokratischen Republik**

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik  
und

die Regierung der Volksrepublik Polen

haben in dem ständigen Bestreben zur Entwicklung und Festigung der gegenseitigen Freundschaft und Zusammenarbeit auf der Grundlage des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 15. März 1967 unter Beachtung des polnischen Gesetzes vom 12. Februar 1970 über die Festlegung der polnischen Seefischfangzone und anerkennend, daß die Fischereifahrzeuge der Deutschen Demokratischen Republik traditionell den Fischfang in dem von diesem Gesetz erfaßten Gebiet durchgeführt haben,

folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

1. Die Fischereifahrzeuge der Deutschen Demokratischen Republik haben das Recht, Seefischfang in der polnischen Seefischfangzone durchzuführen, die außerhalb der Grenze der polnischen Territorialgewässer liegt und bis zu der Linie reicht, die von der Basislinie der polnischen Territorialgewässer um 12 Seemeilen entfernt ist. Die Basislinie ist durch die Koordinaten bestimmt:

54°27'33" nördlicher geographischer Breite und 19°38'34" östlicher geographischer Länge sowie 54°35'36" nördlicher geographischer Breite und 18°48'36" östlicher geographischer Länge und weiter nach Westen entlang der polnischen Küste bis zum Punkt mit den Koordinaten 53°55'45" nördlicher geographischer Breite und 14°13'41" östlicher geographischer Länge.

2. Den Fischereifahrzeugen der Deutschen Demokratischen Republik steht das Recht zu, Fischfang zu betreiben auf dem Gebiet der polnischen Seefischfangzone

- a) in den Grenzen von 3 bis 6 Seemeilen, gerechnet ab der Basislinie der polnischen Territorialgewässer, in der Zeit bis zum 31. Dezember 1973,
- b) in den Grenzen von 6 bis 12 Seemeilen, gerechnet ab der Basislinie der polnischen Territorialgewässer für unbegrenzte Zeit.

**Artikel 2**

1. Die Ausübung des Fischfangs für Fischereifahrzeuge der Deutschen Demokratischen Republik in der polnischen Seefischfangzone unterliegt den Vorschriften des polnischen Rechts.
2. Diese Vorschriften werden ausreichend früh öffentlich bekanntgegeben, um den Fischern ihre Einhaltung zu ermöglichen.

**Artikel 3**

Dieses Abkommen unterliegt der Ratifikation. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Berlin.

Dieses Abkommen tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, zum 1. Januar 1971, in Kraft.

**Artikel 4**

Dieses Abkommen wird für unbegrenzte Zeit abgeschlossen. Es kann von jeder der vertragsschließenden Seite durch Note gekündigt werden und verliert in diesem Falle 12 Monate nach der Kündigung seine Gültigkeit.

Dieses Abkommen wurde in Szczecin am 19. Dezember 1971 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleiche Gültigkeit haben.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der vertragsschließenden Seiten das Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

**In Vollmacht  
der Regierung  
der Deutschen  
Demokratischen Republik**

gez. Krack

**In Vollmacht  
der Regierung  
der  
Volksrepublik Polen**

gez. Szopa

**UMOWA**

między Rządem Niemieckiej Republiki Demokratycznej a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w sprawie przyznania statkom rybackim Niemieckiej Republiki Demokratycznej prawa uprawiania rybołówstwa na obszarze polskiej strefy rybołówstwa morskiego

Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej oraz Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej,

kierując się stałym dążeniem do rozwijania i umacniania wzajemnej przyjaźni i współpracy na podstawie Układu między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą Ludową o przyjaźni, współpracy i wzajemnej pomocy z dnia 15 marca 1967 roku,

mając na uwadze polską ustawę z dnia 12 lutego 1970 roku o ustanowieniu polskiej strefy rybołówstwa morskiego,

uznając, że statki rybackie Niemieckiej Republiki Demokratycznej tradycyjnie dokonywały połowów na obszarze objętym tą ustawą, postanowiły, co następuje:

**Artykuł 1**

1. Statki rybackie Niemieckiej Republiki Demokratycznej mają prawo uprawiać rybołówstwo morskie w polskiej strefie rybołówstwa morskiego położonej na zewnątrz od granicy polskiego morza terytorialnego i sięgającej do linii oddalonej o 12 mil morskich od linii podstawowej polskiego morza terytorialnego określonej współrzędnymi: 54°27'33" szerokości geograficznej północnej i 18°38'34" długości geograficznej wschodniej oraz 54°35'36" szerokości geograficznej północnej i 18°48'36" długości geograficznej wschodniej i dalej na zachód wzdłuż polskiego wybrzeża do punktu o współrzędnych 53°53'45" szerokości geograficznej północnej i 14°13'41" długości geograficznej wschodniej.

2. Statkom rybackim Niemieckiej Republiki Demokratycznej przysługuje prawo uprawiania rybołówstwa na obszarze polskiej strefy rybołówstwa morskiego:

a/ w granicach od 3 do 6 mili morskiej licząc od linii podstawowej polskiego morza terytorialnego, w okresie do dnia 31 grudnia 1973 roku,

b/ w granicach od 6 do 12 mili morskiej licząc od linii podstawowej polskiego morza terytorialnego, na czas nieograniczony.

**Artykuł 2**

1. Wykonywanie połowów w polskiej strefie rybołówstwa morskiego przez statki rybackie Niemieckiej Republiki Demokratycznej podlega przepisom prawa polskiego.
2. Przepisy te będą podawane do publicznej wiadomości dostatecznie wcześniej, aby umożliwić rybakom ich przestrzeganie.

**Artykuł 3**

Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi w Berlinie.

Umowa niniejsza wejdzie w życie w dniu wymiany dokumentów ratyfikacyjnych, z mocą od dnia 1 stycznia 1971 roku.

**Artykuł 4**

Umowa niniejsza zawarta jest na czas nieograniczony. Może ona być wypowiedziana w drodze notyfikacji przez każdą z Umawiających się Stron; w takim przypadku utraci moc po upływie 12 miesięcy od dnia wypowiedzenia.

Umowę niniejszą sporządzono w Szczecinie, dnia 19 grudnia 1971 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty posiadają jednakową moc.

Na dowód czego Pełnomocnicy Umawiających się Stron podpisali Umowę i opatrzyli ją pieczęciami.

Z upoważnienia  
Rządu  
Niemieckiej Republiki  
Demokratycznej

Krack

Z upoważnienia  
Rządu  
Polskiej Rzeczypospolitej  
Ludowej

Szopa

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten**  
**des Protokolls vom 14. Oktober 1971**  
**zu dem am 13. Juli 1957**  
**in Warschau unterzeichneten Vertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Volksrepublik Polen**  
**über die Zusammenarbeit**  
**auf dem Gebiet der Sozialpolitik**  
**vom 17. April 1972**

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1971 über das Protokoll vom 14. Oktober 1971 zu dem am 13. Juli 1957 in Warschau unterzeichneten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik (GBl. I 1972 Nr. 1 S. 15) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Protokoll gemäß seinem § 5 mit dem am 3. April 1972 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden mit Gültigkeit ab 28. Februar 1970 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 17. April 1972

**Der Sekretär der Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik.**

H. Eichler

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 28 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1024 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 210



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 16. Mai 1972

Teil I Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
3. 5. 72	Bekanntmachung über die Ratifikation des am 25. Februar 1972 in Warschau unterzeichneten „Protokolls zu dem am 15. Mai 1969 in Warschau unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schifffahrt auf den Grenzgewässern“ .....	95
24. 4. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 1. Oktober 1971 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien zur Regelung von Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft .....	98

**Bekanntmachung**  
**über die Ratifikation des am 25. Februar 1972**  
**in Warschau unterzeichneten**  
**„Protokolls zu dem am 15. Mai 1969 in Warschau**  
**unterzeichneten Abkommen zwischen der**  
**Regierung der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Regierung der Volksrepublik Polen**  
**über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet**  
**der Schifffahrt auf den Grenzgewässern“**

vom 3. Mai 1972

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 2. Mai 1972 das nachstehend veröffentlichte

„Protokoll zu dem am 15. Mai 1969 in Warschau unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schifffahrt auf den Grenzgewässern“ ratifiziert hat.

Der Tag, an dem das Protokoll in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 3. Mai 1972

**Der Sekretär des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Protokoll**  
zu dem am 15. Mai 1969  
in Warschau unterzeichneten Abkommen  
zwischen der Regierung der  
Deutschen Demokratischen Republik und der  
Regierung der Volksrepublik Polen  
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet  
der Schifffahrt auf den Grenzgewässern

In dem Wunsche das am 15. Mai 1969 in Warschau unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schifffahrt auf den Grenzgewässern zu ergänzen und zu ändern, haben die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Polen beschlossen, ein Protokoll zu diesem Abkommen abzuschließen und zu diesem Zweck ihre Bevollmächtigten ernannt:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik  
Horst Schlimper  
Stellvertreter des Ministers für Verkehrswesen

Die Regierung der Volksrepublik Polen  
Dr. Romuald Pietraszek  
Stellvertreter des Ministers für Schifffahrt

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

§ 1

Artikel 2 Abs. 2 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(2) Der Verkehr mit Sportbooten ist auf der Oder und der Westoder zulässig.“

§ 2

Artikel 5 Abs. 2 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(2) Das Anlegen am Ufer des anderen Abkommenspartners ist nicht gestattet.“

§ 3

Artikel 6 Abs. 1 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(1) Sind Fahrzeuge, deren Besatzungsmitglieder oder andere Personen gezwungen, am Ufer des anderen Abkommenspartners anzulegen beziehungsweise das Ufer zu betreten oder Ladungen auf dem Ufer abzu-

setzen, so unterliegen diese Personen, Fahrzeuge und Ladungen den entsprechenden Bestimmungen des anderen Abkommenspartners. Die örtlich zuständigen Grenz- und Zollorgane sind über jede Verbindungsaufnahme mit dem Ufer des anderen Abkommenspartners durch den Führer des Fahrzeuges unverzüglich zu benachrichtigen.“

§ 4

Artikel 7 Abs. 3 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(3) An Bord von Fahrzeugen und Sportbooten befindliche Personen müssen die nach den innerstaatlichen Bestimmungen der Abkommenspartner vorgeschriebenen und gegenseitig anerkannten Personal- oder Schiffsfahrtdokumente mitführen.“

§ 5

1. Das Protokoll bedarf der Ratifizierung. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Berlin.
2. Das Protokoll tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.
3. Die Abkommenspartner vereinbaren die provisorische Anwendung der Festlegungen dieses Protokolls vom Tage der Unterzeichnung an.

§ 6

Das Protokoll bleibt so lange wie das am 15. Mai 1969 in Warschau unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schifffahrt auf den Grenzgewässern in Kraft.

Dieses Protokoll wurde in Warschau am 25. Februar 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für die Regierung  
der Deutschen  
Demokratischen Republik  
H. Schlimper

Für die Regierung  
der  
Volksrepublik Polen  
R. Pietraszek



**PROTOKÓŁ**  
do Umowy między Rządem Niemieckiej Republiki  
Demokratycznej a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej  
Ludowej o współpracy w zakresie żeglugi  
na wodach granicznych, podpisanej w  
Warszawie dnia 15 maja 1969 roku.

Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej i Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej pragnąc uzupełnić i zmienić Umowę między Rządem Niemieckiej Republiki Demokratycznej a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o współpracy w zakresie żeglugi na wodach granicznych, podpisaną w Warszawie, dnia 15 maja 1969 roku, postanowiły zawrzeć Protokół do tej Umowy i wyznaczyły w tym celu swych Pełnomocników, a mianowicie:

Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej  
Horsta Schlimpera  
Podsekretarza Stanu w Ministerstwie  
Komunikacji,

Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej  
Romualda Pietraszka  
Podsekretarza Stanu w Ministerstwie Żeglugi,

k którzy po wymianie pełnomocnictw uznanych za dobre i sporządzone w należytej formie, zgodzili się na następujące postanowienia:

§ 1

Artykuł 2 ustęp 2 Umowy otrzymuje następujące brzmienie:

„Żegluga sportowa i turystyczna jest dopuszczalna na rzece Odrze i rzece Odrze Zachodniej.“

§ 2

Artykuł 5 ustęp 2 Umowy otrzymuje następujące brzmienie:

„Dobijanie do brzegu drugiej Umawiającej się Strony nie jest dozwolone.“

§ 3

Artykuł 6 ustęp 1 Umowy otrzymuje następujące brzmienie:

„W sytuacji, w której statki zmuszone są przybić do brzegu drugiej Umawiającej się Strony względnie, w której ich załogi lub pasażerowie muszą

zejść na dany brzeg lub złożyć na nim ładunki — osoby, statki i ładunki podlegają odpowiednim przepisom drugiej Umawiającej się Strony. Miejscowe organy graniczne i celne winny być powiadomione niezwłocznie przez kierownika statku o nawiązaniu każdego kontaktu z brzegiem drugiej Umawiającej się Strony.“

§ 4

Artykuł 7 ustęp 3 Umowy otrzymuje następujące brzmienie:

„Osoby znajdujące się na pokładach statków oraz statków sportowych i turystycznych muszą posiadać dokumenty osobiste lub żeglarskie wymagane wewnątrzpaństwowymi przepisami, które będą wzajemnie uznawane.“

§ 5

1. Protokół niniejszy podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi w Berlinie.
2. Protokół wejdzie w życie w dniu wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.
3. Umawiające się Strony zgadzają się na prowizoryczne stosowanie postanowień niniejszego Protokołu od dnia jego podpisania.

§ 6

Protokół pozostanie w mocy tak długo jak Umowa między Rządem Niemieckiej Republiki Demokratycznej a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o współpracy w zakresie żeglugi na wodach granicznych, podpisana w Warszawie, dnia 15 maja 1969 roku.

Protokół niniejszy sporządzono w Warszawie, dnia 25 lutego 1972 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

Z upoważnienia Rządu Niemieckiej Republiki Demokratycznej Horst Schlimper	Z upoważnienia Rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej Romuald Pietraszek
--	--

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Vertrages**  
**vom 1. Oktober 1971**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Volksrepublik Bulgarien**  
**zur Regelung von Fragen der doppelten**  
**Staatsbürgerschaft**  
**vom 24. April 1972**

Entsprechend der Bekanntmachung vom 3. März 1972 über die Ratifikation des Vertrages vom 1. Oktober 1971 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien zur Regelung von Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft (GBl. I Nr. 4 S. 81) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag nach dem am 11. April 1972 in Sofia erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 18 am 11. Mai 1972 in Kraft tritt.

Berlin, den 24. April 1972

**Der Sekretär des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**

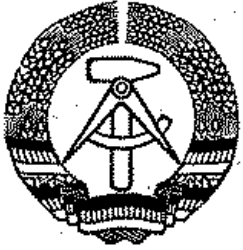
H. Eichler

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 107 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstraße 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 43 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 3 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 496. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 107 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 47 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 16. Juni 1972

Teil I Nr. 8

Tag	Inhalt	Seite
5. 6. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksdemokratischen Republik Jemen vom 1. April 1971 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen .....	99
7. 6. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 3. September 1971 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken .....	99
15. 5. 72	Bekanntmachung über die Ratifikation der Konvention vom 23. September 1971 zur Bekämpfung rechtswidriger Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt .....	100

**Bekanntmachung**  
über das Inkrafttreten des Vertrages  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Volksdemokratischen Republik Jemen  
vom 1. April 1971  
über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und  
Strafsachen  
vom 5. Juni 1972

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1971 über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksdemokratischen Republik Jemen vom 1. April 1971 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen (GBl. I Nr. 4 S. 57) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach dem am 6. April 1972 in Aden erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 66 am 6. Mai 1972 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 5. Juni 1972

\*  
Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik  
H. Eichler

**Bekanntmachung**  
über das Inkrafttreten des Konsularvertrages  
vom 3. September 1971  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
vom 7. Juni 1972

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1971 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 3. September 1971 (GBl. I 1972 Nr. 1 S. 1) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag nach dem am 22. Mai 1972 in Moskau erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 42 am 21. Juni 1972 in Kraft tritt.

Berlin, den 7. Juni 1972

Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik  
H. Eichler

**Bekanntmachung**  
**über die Ratifikation der Konvention**  
**vom 23. September 1971**  
**zur Bekämpfung rechtswidriger Handlungen**  
**gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt**  
**vom 15. Mai 1972**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 15. Mai 1972 die nachstehend veröffentlichte Konvention vom 23. September 1971 zur Bekämpfung rechtswidriger Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt ratifiziert hat.

In der Ratifikationsurkunde wurde der Vorbehalt aufgenommen, daß Artikel 14 Absatz 1 der Konvention für die Deutsche Demokratische Republik nicht verbindlich ist.

Der Tag, an dem die Konvention für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 15. Mai 1972

**Der Sekretär des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Inoffizielle Übersetzung

**Konvention**  
**zur Bekämpfung rechtswidriger Handlungen gegen**  
**die Sicherheit der Zivilluftfahrt**

Unterzeichnet in Montreal am 23. September 1971

Die Teilnehmerstaaten dieser Konvention haben

in Anbetracht der Tatsache, daß rechtswidrige Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt die Sicherheit von Personen und Eigentum gefährden, ernsthafte Auswirkungen auf die Durchführung des Fluglinienverkehrs haben und das Vertrauen der Völker der Welt in die Sicherheit der Zivilluftfahrt untergraben;

in Anbetracht der Tatsache, daß das Auftreten solcher Handlungen ernste Besorgnis hervorruft;

in Anbetracht der Tatsache, daß zum Zwecke der Verhinderung solcher Handlungen es dringend erforderlich ist, geeignete Maßnahmen zur Bestrafung der Täter zu ergreifen

folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Eine Person begeht eine strafbare Handlung, wenn sie rechtswidrig und absichtlich
  - a) einen Gewaltakt gegen eine Person an Bord eines im Flug befindlichen Luftfahrzeuges begeht, wenn dieser Akt dazu angetan ist, die Sicherheit dieses Luftfahrzeuges zu gefährden; oder

- b) ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug zerstört oder ein solches Luftfahrzeug mit der Folge beschädigt, daß es flugunfähig wird oder seine Sicherheit im Flug gefährden könnte; oder

- c) in ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug durch irgendwelche Mittel eine Vorrichtung oder eine Substanz verbringt oder deren Verbringung veranlaßt, die dazu angetan ist, das Luftfahrzeug zu zerstören oder es zu beschädigen, wodurch es flugunfähig wird oder es zu beschädigen, wodurch seine Sicherheit im Flug gefährdet werden könnte; oder

- d) Flugnavigationseinrichtungen zerstört oder beschädigt oder ihren Betrieb beeinträchtigt, wenn solch eine Handlung dazu angetan ist, die Sicherheit des Luftfahrzeuges im Flug zu gefährden; oder

- e) Informationen weitergibt, von denen sie weiß, daß sie falsch sind und damit die Sicherheit eines Luftfahrzeuges im Flug gefährdet.

2. Eine Person begeht ebenfalls eine strafbare Handlung, wenn sie:

- a) versucht, eine der in Absatz 1 dieses Artikels erwähnten strafbaren Handlungen zu begehen; oder

- b) Mittäter einer Person ist, die eine solche strafbare Handlung begeht oder zu begehen versucht.

Artikel 2

Im Sinne dieser Konvention

- a) gilt ein Luftfahrzeug jederzeit als im Flug befindlich von dem Augenblick an, in dem alle seine äußeren Türen nach dem Einsteigen geschlossen sind bis zu dem Augenblick, in dem eine dieser Türen zum Zwecke des Aussteigens geöffnet wird; im Falle einer Notlandung gilt der Flug als andauernd bis die zuständigen Behörden die Verantwortung für das Luftfahrzeug und für Personen und Eigentum an Bord übernehmen;

- b) gilt ein Luftfahrzeug als im Einsatz befindlich vom Augenblick des Beginns der Flugvorbereitungen des Luftfahrzeuges durch Bodenpersonal oder die Besatzung für einen bestimmten Flug bis 24 Stunden nach jeder Landung; die Einsatzdauer erstreckt sich in jedem Fall auf den gesamten Zeitraum, in dem sich das Luftfahrzeug im Flug befindet, wie in Absatz (a) dieses Artikels definiert ist.

Artikel 3

Jeder Teilnehmerstaat verpflichtet sich, die in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen mit schweren Strafen zu belegen.

Artikel 4

1. Diese Konvention findet keine Anwendung auf im Militär-, Zoll- oder Polizeidienst verwendete Luftfahrzeuge.
2. In den in den Unterabsätzen (a), (b), (c) und (e) des Absatzes 1, Artikel 1, betrachteten Fällen, findet diese Konvention, unabhängig davon, ob das Luft-

fahrzeug im internationalen oder im Inlandflug eingesetzt ist, nur dann Anwendung, wenn:

- a) sich der wirkliche oder beabsichtigte Start- oder Landeort des Luftfahrzeuges außerhalb des Territoriums des Eintragsstaates des Luftfahrzeuges befindet; oder wenn
  - b) die strafbare Handlung auf dem Territorium eines Staates begangen wird, der nicht mit dem Eintragsstaat des Luftfahrzeuges identisch ist.
3. Ungeachtet Absatz 2 dieses Artikels findet diese Konvention auch in den in den Unterabsätzen (a), (b), (c) und (e) des Absatzes 1, Artikel 1, betrachteten Fällen Anwendung, wenn der Täter oder mutmaßliche Täter auf dem Territorium eines Staates gefunden wird, der nicht mit dem Eintragsstaat des Luftfahrzeuges identisch ist.
4. Auf die im Artikel 9 erwähnten Staaten und in den in den Unterabsätzen (a), (b), (c) und (e) des Absatzes 1, Artikel 1, erwähnten Fällen findet diese Konvention keine Anwendung, wenn die Orte, auf die in Unterabsatz (a) des Absatzes 2 dieses Artikels Bezug genommen wird, sich innerhalb des Territoriums eines der Staaten befinden, auf die sich in Artikel 9 bezogen wird, es sei denn, daß die strafbare Handlung oder der Täter oder mutmaßliche Täter auf dem Territorium eines Staates, der nicht mit diesem Staat identisch ist, begangen bzw. gefunden wird.
5. In den in Unterabsatz (d) des Absatzes 1, Artikel 1, betrachteten Fällen findet diese Konvention nur dann Anwendung, wenn die Flugnavigationseinrichtungen in der internationalen Flugnavigation benutzt werden.
6. Die Bestimmungen der Absätze 2, 3, 4 und 5 dieses Artikels finden ebenfalls in den in Absatz 2 des Artikels 1 betrachteten Fällen Anwendung.

#### Artikel 5

1. Jeder Teilnehmerstaat ergreift diejenigen Maßnahmen, die erforderlich sind, um seine Gerichtsbarkeit über die strafbaren Handlungen in den folgenden Fällen zu errichten:
  - a) wenn die strafbare Handlung auf dem Territorium dieses Staates begangen wird;
  - b) wenn die strafbare Handlung gegen oder an Bord eines in diesem Staat eingetragenen Luftfahrzeuges begangen wird;
  - c) wenn das Luftfahrzeug, an dessen Bord die strafbare Handlung begangen wird, auf seinem Territorium landet und sich der mutmaßliche Täter noch an Bord befindet;
  - d) wenn die strafbare Handlung gegen oder an Bord eines Luftfahrzeuges begangen wird, das ohne Besatzung an eine Person vermietet ist, die ihren Hauptgeschäftssitz oder, falls sie keinen solchen Geschäftssitz hat, ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat.
2. Jeder Teilnehmerstaat ergreift ebenfalls die Maßnahmen, die erforderlich sind, um seine Gerichtsbarkeit über die strafbaren Handlungen, die in

Artikel 1, Absatz 1 (a), (b) und (c) und in Artikel 1, Absatz 2, erwähnt sind, zu errichten, insofern als dieser Absatz sich auf diese strafbaren Handlungen bezieht, in dem Falle, wo der mutmaßliche Täter sich auf seinem Territorium befindet und dieser Staat ihn nicht gemäß Artikel 8 an einen der in Absatz 1 dieses Artikels erwähnten Staaten ausliefert.

3. Diese Konvention schließt eine gemäß nationalem Recht ausgeübte Strafgerichtsbarkeit nicht aus.

#### Artikel 6

1. Jeder Teilnehmerstaat, auf dessen Territorium sich der Täter oder mutmaßliche Täter aufhält, hat ihn, sofern es die Umstände nach seiner Überzeugung rechtfertigen, in Gewahrsam zu nehmen oder sonstige Maßnahmen zu treffen, die seine Anwesenheit sicherstellen. Der Gewahrsam oder die sonstigen Maßnahmen richten sich nach den Bestimmungen des Rechtes dieses Staates; sie dürfen jedoch nur so lange fortgeführt werden, als es angemessenerweise erforderlich ist, um die Einleitung von Straf- oder Auslieferungsverfahren zu ermöglichen.
2. Dieser Staat hat unverzüglich eine vorläufige Untersuchung der Tatsachen vorzunehmen.
3. Jeder gemäß Absatz 1 dieses Artikels in Gewahrsam befindlichen Person ist dabei behilflich zu sein, unverzüglich mit dem nächsten geeigneten Vertreter des Staates, dessen Staatsbürger sie ist, Verbindung aufzunehmen.
4. Hat ein Staat gemäß diesem Artikel eine Person in Gewahrsam genommen, so benachrichtigt er unverzüglich die in Artikel 5, Absatz 1, erwähnten Staaten sowie den Staat, dessen Staatsbürgerschaft die festgehaltene Person hat, und, falls er es für zweckmäßig hält, jeden anderen interessierten Staat von der Tatsache, daß sich die Person in Gewahrsam befindet, sowie von den Umständen, die ihre Festnahme rechtfertigen. Der Staat, der die in Absatz 2 dieses Artikels bezeichnete vorläufige Untersuchung vornimmt, teilt seine Ermittlungen sofort den genannten Staaten mit und gibt an, ob er beabsichtigt, die Gerichtsbarkeit auszuüben.

#### Artikel 7

Der Teilnehmerstaat, auf dessen Territorium der mutmaßliche Täter gefunden wird, ist, falls er ihn nicht ausliefert, verpflichtet, ohne jegliche Ausnahme und gleich, ob die strafbare Handlung auf seinem Territorium begangen wurde oder nicht, den Fall seinen zuständigen Behörden zum Zwecke der Strafverfolgung zu übertragen. Diese Behörden treffen ihre Entscheidung in gleicher Weise wie bei jeder gewöhnlichen ernststen Straftat nach dem Gesetz dieses Staates.

#### Artikel 8

1. Die strafbaren Handlungen gelten als der Auslieferung unterliegende Straftaten und werden durch jeden zwischen den Teilnehmerstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag erfaßt. Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich, die strafbare

Handlung als der Auslieferung unterliegende Straftat in jeden zwischen ihnen abzuschließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

2. Wenn ein Teilnehmerstaat, welcher die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrages abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen von einem anderen Teilnehmerstaat erhält, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, kann er nach Wahl diese Konvention als die rechtliche Grundlage für eine Auslieferung in Hinsicht auf die strafbaren Handlungen ansehen. Die Auslieferung erfolgt vorbehaltlich der anderen Bedingungen, die das Recht des um Auslieferung ersuchten Staates vorsieht.
3. Die Teilnehmerstaaten, welche die Auslieferung nicht von dem Bestehen eines Vertrages abhängig machen, erkennen im Verhältnis untereinander die strafbaren Handlungen als der Auslieferung unterliegende Straftaten vorbehaltlich der gemäß dem Recht des um Auslieferung ersuchten Staates aufgestellten Bedingungen an.
4. Jede strafbare Handlung gilt zum Zwecke der Auslieferung im Verhältnis der Teilnehmerstaaten untereinander nicht nur an dem Ort, an dem sie erfolgt ist, sondern auch in dem Gebiet jedes Staates als begangen, der gemäß Artikel 5, Absatz 1 (b), (c) und (d) verpflichtet ist, seine Gerichtsbarkeit zu errichten.

#### Artikel 9

Teilnehmerstaaten, die gemeinsame Luftverkehrsbetriebsorganisationen oder internationale Betriebsstellen bilden, welche Luftfahrzeuge betreiben, die einer gemeinsamen oder internationalen Eintragung unterliegen, bestimmen durch geeignete Maßnahmen für jedes Luftfahrzeug denjenigen Staat unter ihnen, der die Gerichtsbarkeit ausübt und der die Merkmale des Eintragungsstaates im Sinne dieser Konvention aufweist, und zeigen dies der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation an, die alle Teilnehmerstaaten dieser Konvention von der Anzeige in Kenntnis setzt.

#### Artikel 10

1. Die Teilnehmerstaaten bemühen sich, im Einklang mit dem internationalen und dem nationalen Recht, alle durchführbaren Maßnahmen zur Verhinderung der in Artikel 1 erwähnten strafbaren Handlungen zu ergreifen.
2. Wenn infolge der Begehung einer strafbaren Handlung gemäß Artikel 1 ein Flug verzögert oder unterbrochen worden ist, so hat jeder Teilnehmerstaat, in dessen Gebiet sich das Luftfahrzeug oder Fluggäste oder Besatzung befinden, es den Fluggästen und der Besatzung zu erleichtern, ihre Reise so schnell wie durchführbar fortzusetzen und das Luftfahrzeug und seine Ladung den rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben.

#### Artikel 11

1. Die Teilnehmerstaaten gewähren einander das größte Maß an Unterstützung bei Strafverfahren, die in bezug auf die strafbaren Handlungen eingeleitet werden. Das Gesetz des ersuchten Staates gilt in allen Fällen.

2. Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels berühren nicht im Rahmen eines anderen bilateralen oder multilateralen Vertrages eingegangenen Verpflichtungen, welcher, gänzlich oder teilweise, die gegenseitige Unterstützung in Strafsachen regelt oder regeln wird.

#### Artikel 12

Hat ein Teilnehmerstaat Grund zu der Annahme, daß eine in Artikel 1 erwähnte strafbare Handlung begangen werden wird, so teilt er, in Übereinstimmung mit seinem Landesrecht, jegliche diesbezügliche, sich in seinem Besitz befindliche Information den Staaten mit, von denen er glaubt, daß sie die in Artikel 5, Absatz 1, erwähnten Staaten sein würden.

#### Artikel 13

Jeder Teilnehmerstaat erstattet dem Rat der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation, in Übereinstimmung mit seinem Landesrecht, so schnell wie möglich Bericht über jegliche diesbezügliche, sich in seinem Besitz befindliche Information über

- a) die Umstände der strafbaren Handlung
- b) die gemäß Artikel 10, Absatz 2, getroffenen Maßnahmen
- c) die in bezug auf den Täter oder mutmaßlichen Täter ergriffenen Maßnahmen und insbesondere die Ergebnisse von Auslieferungsverfahren oder sonstiger rechtlicher Schritte.

#### Artikel 14

1. Jeder Streit zwischen zwei oder mehr Teilnehmerstaaten hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung dieser Konvention, der nicht auf dem Verhandlungswege gelöst werden kann, wird, auf Ersuchen einer Seite, einem Schiedsverfahren unterzogen. Sind die Partner innerhalb von 6 Monaten vom Tage des Schiedsersuchens an gerechnet nicht in der Lage, sich über die Organisation des Schiedsverfahrens zu einigen, kann jeder der Partner den Streit durch Antrag dem Internationalen Gerichtshof in Übereinstimmung mit dem Statut des Gerichtshofes übertragen.
2. Jeder Staat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Ratifizierung dieser Konvention oder seines Beitritts zu dieser Konvention erklären, daß er sich nicht durch den vorhergehenden Absatz gebunden fühlt. Die anderen Teilnehmerstaaten sind nicht durch den vorhergehenden Absatz gebunden hinsichtlich des Teilnehmerstaates, der einen solchen Vorbehalt erklärt hat.
3. Jeder Teilnehmerstaat, der in Übereinstimmung mit dem vorhergehenden Absatz einen Vorbehalt erklärt hat, kann zu jeder Zeit diesen Vorbehalt durch Mitteilung an die Depositarregierungen zurückziehen.

#### Artikel 15

1. Diese Konvention wird am 23. September 1971 zur Unterzeichnung durch die Staaten aufgelegt, die an der vom 8. bis 23. September 1971 in Montreal

stattfindenden Internationalen Konferenz über Luftverkehrsrecht (im folgenden Konferenz von Montreal genannt) teilnehmen. Nach dem 10. Oktober 1971 steht die Konvention allen Staaten zur Unterzeichnung in Moskau, London oder Washington offen. Jeder Staat, der diese Konvention nicht vor ihrem Inkrafttreten gemäß Absatz 3 dieses Artikels unterzeichnet, kann ihr zu jeder Zeit beitreten.

2. Diese Konvention bedarf der Ratifizierung durch die Signatarstaaten. Die Ratifikations- und Beitrittsurkunden sind bei den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika zu hinterlegen, die hiermit zu Depositarregierungen ernannt werden.
3. Diese Konvention tritt 30 Tage nach dem Tage der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch 10 Signatarstaaten dieser Konvention, die an der Konferenz von Montreal teilgenommen haben, in Kraft.
4. Für andere Staaten tritt diese Konvention am Tage des Inkrafttretens dieser Konvention gemäß Absatz 3 dieses Artikels oder 30 Tage nach dem Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikations- und Beitrittsurkunden, je nachdem, was später erfolgt, in Kraft.
5. Die Depositarregierungen setzen unverzüglich alle Signatarstaaten und alle Staaten, die dieser Konvention beigetreten sind, vom Datum jeder Unterzeichnung, vom Datum der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, vom Datum des Inkrafttretens dieser Konvention sowie von anderen Mitteilungen in Kenntnis.
6. Sobald diese Konvention in Kraft tritt, wird sie durch die Depositarregierungen gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und gemäß Artikel 83 der Konvention über Internationale Zivilluffahrt (Chicago, 1944) registriert.

#### Artikel 16

1. Jeder Teilnehmerstaat kann durch schriftliche Mitteilung an die Depositarregierungen diese Konvention kündigen.
2. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tage des Erhalts der Mitteilung durch die Depositarregierungen wirksam.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen ordnungsgemäß ermächtigten, unterzeichneten Bevollmächtigten die vorstehende Konvention unterzeichnet.

Geschehen zu Montreal am dreiundzwanzigsten September 1971 in drei Originalen, von denen jedes in vier authentischen Texten in der englischen, französischen, russischen und spanischen Sprache ausgefertigt ist.

## CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF UNLAWFUL ACTS AGAINST THE SAFETY OF CIVIL AVIATION

### THE STATES PARTIES TO THIS CONVENTION

CONSIDERING that unlawful acts against the safety of civil aviation jeopardize the safety of persons and property, seriously affect the operation of air services, and undermine the confidence of the peoples of the world in the safety of civil aviation;

CONSIDERING that the occurrence of such acts is a matter of grave concern;

CONSIDERING that, for the purpose of deterring such acts, there is an urgent need to provide appropriate measures for punishment of offenders;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

#### ARTICLE 1

1. Any person commits an offence if he unlawfully and intentionally:
  - (a) performs an act of violence against a person on board an aircraft in flight if that act is likely to endanger the safety of that aircraft; or
  - (b) destroys an aircraft in service or causes damage to such an aircraft which renders it incapable of flight or which is likely to endanger its safety in flight; or
  - (c) places or causes to be placed on an aircraft in service, by any means whatsoever, a device or substance which is likely to destroy that aircraft, or to cause damage to it which renders it incapable of flight, or to cause damage to it which is likely to endanger its safety in flight; or
  - (d) destroys or damages air navigation facilities or interferes with their operation, if any such act is likely to endanger the safety of aircraft in flight; or
  - (e) communicates information which he knows to be false, thereby endangering the safety of an aircraft in flight.
2. Any person also commits an offence if he:
  - (a) attempts to commit any of the offences mentioned in paragraph 1 of this Article; or
  - (b) is an accomplice of a person who commits or attempts to commit any such offence.

#### ARTICLE 2

For the purposes of this Convention:

- (a) an aircraft is considered to be in flight at any time from the moment when all its external doors are closed following embarkation until the moment when any such door is opened for disembarkation; in the case of a forced landing, the flight shall be deemed to continue until the competent authorities take over the responsibility for the aircraft and for persons and property on board;
- (b) an aircraft is considered to be in service from the beginning of the preflight preparation of the aircraft by ground personnel or by the crew for a

specific flight until twenty-four hours after any landing; the period of service shall, in any event, extend for the entire period during which the aircraft is in flight as defined in paragraph (a) of this Article.

#### ARTICLE 3

Each Contracting State undertakes to make the offences mentioned in Article 1 punishable by severe penalties.

#### ARTICLE 4

1. This Convention shall not apply to aircraft used in military, customs or police services.
2. In the cases contemplated in subparagraphs (a), (b), (c) and (e) of paragraph 1 of Article 1, this Convention shall apply, irrespective of whether the aircraft is engaged in an international or domestic flight, only if:
  - (a) the place of take-off or landing, actual or intended, of the aircraft is situated outside the territory of the State of registration of that aircraft; or
  - (b) the offence is committed in the territory of a State other than the State of registration of the aircraft.
3. Notwithstanding paragraph 2 of this Article, in the cases contemplated in subparagraphs (a), (b), (c) and (e) of paragraph 1 of Article 1, this Convention shall also apply if the offender or the alleged offender is found in the territory of a State other than the State of registration of the aircraft.
4. With respect to the States mentioned in Article 9 and in the cases mentioned in subparagraphs (a), (b), (c) and (e) of paragraph 1 of Article 1, this Convention shall not apply if the places referred to in subparagraph (a) of paragraph 2 of this Article are situated within the territory of the same State where that State is one of those referred to in Article 9, unless the offence is committed or the offender or alleged offender is found in the territory of a State other than that State.
5. In the cases contemplated in subparagraph (d) of paragraph 1 of Article 1, this Convention shall apply only if the air navigation facilities are used in international air navigation.
6. The provisions of paragraphs 2, 3, 4 and 5 of this Article shall also apply in the cases contemplated in paragraph 2 of Article 1.

#### ARTICLE 5

1. Each Contracting State shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences in the following cases:
  - (a) when the offence is committed in the territory of that State;
  - (b) when the offence is committed against or on board an aircraft registered in that State;
  - (c) when the aircraft on board which the offence is committed lands in its territory with the alleged offender still on board;
  - (d) when the offence is committed against or on board an aircraft leased without crew to a lessee

who has his principal place of business or, if the lessee has no such place of business, his permanent residence, in that State.

2. Each Contracting State shall likewise take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences mentioned in Article 1, paragraph 1 (a), (b) and (c), and in Article 1, paragraph 2, in so far as that paragraph relates to those offences, in the case where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite him pursuant to Article 8 to any of the States mentioned in paragraph 1 of this Article.
3. This Convention does not exclude any criminal jurisdiction exercised in accordance with national law.

#### ARTICLE 6

1. Upon being satisfied that the circumstances so warrant, any Contracting State in the territory of which the offender or the alleged offender is present, shall take him into custody or take other measures to ensure his presence. The custody and other measures shall be as provided in the law of that State but may only be continued for such time as is necessary to enable any criminal or extradition proceedings to be instituted.
2. Such State shall immediately make a preliminary enquiry into the facts.
3. Any person in custody pursuant to paragraph 1 of this Article shall be assisted in communicating immediately with the nearest appropriate representative of the State of which he is a national.
4. When a State, pursuant to this Article, has taken a person into custody, it shall immediately notify the States mentioned in Article 5, paragraph 1, the State of nationality of the detained person and, if it considers it advisable, any other interested States of the fact that such person is in custody and of the circumstances which warrant his detention. The State which makes the preliminary enquiry contemplated in paragraph 2 of this Article shall promptly report its findings to the said States and shall indicate whether it intends to exercise jurisdiction.

#### ARTICLE 7

The Contracting State in the territory of which the alleged offender is found shall, if it does not extradite him, be obliged, without exception whatsoever and whether or not the offence was committed in its territory, to submit the case to its competent authorities for the purpose of prosecution. Those authorities shall take their decision in the same manner as in the case of any ordinary offence of a serious nature under the law of that State.

#### ARTICLE 8

1. The offences shall be deemed to be included as extraditable offences in any extradition treaty existing between Contracting States. Contracting States undertake to include the offences as extraditable offences in every extradition treaty to be concluded between them.
2. If a Contracting State which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another Contracting State with which it has no extradition treaty, it



may at its option consider this Convention as the legal basis for extradition in respect of the offences. Extradition shall be subject to the other conditions provided by the law of the requested State.

3. Contracting States which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall recognize the offences as extraditable offences between themselves subject to the conditions provided by the law of the requested State.
4. Each of the offences shall be treated, for the purpose of extradition between Contracting States, as if it had been committed not only in the place in which it occurred but also in the territories of the States required to establish their jurisdiction in accordance with Article 5, paragraph 1 (b), (c) and (d).

#### ARTICLE 9

The Contracting States which establish joint air transport operating organizations or international operating agencies, which operate aircraft which are subject to joint or international registration shall, by appropriate means, designate for each aircraft the State among them which shall exercise the jurisdiction and have the attributes of the State of registration for the purpose of this Convention and shall give notice thereof to the International Civil Aviation Organization which shall communicate the notice to all States Parties to this Convention.

#### ARTICLE 10

1. Contracting States shall, in accordance with international and national law, endeavour to take all practicable measures for the purpose of preventing the offences mentioned in Article 1.
2. When, due to the commission of one of the offences mentioned in Article 1, a flight has been delayed or interrupted, any Contracting State in whose territory the aircraft or passengers or crew are present shall facilitate the continuation of the journey of the passengers and crew as soon as practicable, and shall without delay return the aircraft and its cargo to the persons lawfully entitled to possession.

#### ARTICLE 11

1. Contracting States shall afford one another the greatest measure of assistance in connection with criminal proceedings brought in respect of the offences. The law of the State requested shall apply in all cases.
2. The provisions of paragraph 1 of this Article shall not affect obligations under any other treaty, bilateral or multilateral, which governs or will govern, in whole or in part, mutual assistance in criminal matters.

#### ARTICLE 12

Any Contracting State having reason to believe that one of the offences mentioned in Article 1 will be committed shall, in accordance with its national law, furnish any relevant information in its possession to those States which it believes would be the States mentioned in Article 5, paragraph 1.

#### ARTICLE 13

Each Contracting State shall in accordance with its national law report to the Council of the International

Civil Aviation Organization as promptly as possible any relevant information in its possession concerning:

- (a) the circumstances of the offence;
- (b) the action taken pursuant to Article 10, paragraph 2;
- (c) the measures taken in relation to the offender or the alleged offender and, in particular, the results of any extradition proceedings or other legal proceedings.

#### ARTICLE 14

1. Any dispute between two or more Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention which cannot be settled through negotiation, shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If within six months from the date of the request for arbitration the Parties are unable to agree on the organization of the arbitration, any one of those Parties may refer the dispute to the International Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court.
2. Each State may at the time of signature or ratification of this Convention or accession thereto, declare that it does not consider itself bound by the preceding paragraph. The other Contracting States shall not be bound by the preceding paragraph with respect to any Contracting State having made such a reservation.
3. Any Contracting State having made a reservation in accordance with the preceding paragraph may at any time withdraw this reservation by notification to the Depositary Governments.

#### ARTICLE 15

1. This Convention shall be open for signature at Montreal on 23 September 1971, by States participating in the International Conference on Air Law held at Montreal from 8 to 23 September 1971. (hereinafter referred to as the Montreal Conference). After 10 October 1971, the Convention shall be open to all States for signature in Moscow, London and Washington. Any State which does not sign this Convention before its entry into force in accordance with paragraph 3 of this Article may accede to it at any time.
2. This Convention shall be subject to ratification by the signatory States. Instruments of ratification and instruments of accession shall be deposited with the Governments of the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America, which are hereby designated the Depositary Governments.
3. This Convention shall enter into force thirty days following the date of the deposit of instruments of ratification by ten States signatory to this Convention which participated in the Montreal Conference.
4. For other States, this Convention shall enter into force on the date of entry into force of this Convention in accordance with paragraph 3 of this Article, or thirty days following the date of deposit of their instruments of ratification or accession, whichever is later.

5. The Depositary Governments shall promptly inform all signatory and acceding States of the date of each signature, the date of deposit of each instrument of ratification or accession, the date of entry into force of this Convention, and other notices.
6. As soon as this Convention comes into force, it shall be registered by the Depositary Governments pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations and pursuant to Article 83 of the Convention on International Civil Aviation (Chicago, 1944).

#### ARTICLE 16

1. Any Contracting State may denounce this Convention by written notification to the Depositary Governments.
2. Denunciation shall take effect six months following the date on which notification is received by the Depositary Governments.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their Governments, have signed this Convention.

DONE at Montreal, this twenty-third day of September, one thousand nine hundred and seventy-one, in three originals, each being drawn up in four authentic texts in the English, French, Russian and Spanish languages.

### CONVENTION POUR LA REPRESSION D'ACTES ILLICITES DIRIGES CONTRE LA SECURITE DE L'AVIATION CIVILE

LES ETATS PARTIES A LA PRESENTE CONVENTION,

CONSIDERANT que les actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile compromettent la sécurité des personnes et des biens, gênent sérieusement l'exploitation des services aériens et minent la confiance des peuples du monde dans la sécurité de l'aviation civile,

CONSIDERANT que de tels actes les préoccupent gravement,

CONSIDERANT que, dans le but de prévenir ces actes, il est urgent de prévoir des mesures appropriées en vue de la punition de leurs auteurs,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

#### ARTICLE 1er

1. Commet une infraction pénale toute personne qui illicitement et intentionnellement:
  - a) accomplit un acte de violence à l'encontre d'une personne se trouvant à bord d'un aéronef en vol, si cet acte est de nature à compromettre la sécurité de cet aéronef;

- b) détruit un aéronef en service ou cause à un tel aéronef des dommages qui le rendent inapte au vol ou qui sont de nature à compromettre sa sécurité en vol;
- c) place ou fait placer sur un aéronef en service, par quelque moyen que ce soit, un dispositif ou des substances propres à détruire ledit aéronef ou à lui causer des dommages qui le rendent inapte au vol ou qui sont de nature à compromettre sa sécurité en vol;
- d) détruit ou endommage des installations ou services de navigation aérienne ou en perturbe le fonctionnement, si l'un de ces actes est de nature à compromettre la sécurité d'aéronefs en vol;
- e) communique une information qu'elle sait être fautive et, de ce fait, compromet la sécurité d'un aéronef en vol.

2. Commet également une infraction pénale toute personne qui:

- a) tente de commettre l'une des infractions énumérées au paragraphe 1er du présent article;
- b) est le complice de la personne qui commet ou tente de commettre l'une de ces infractions.

#### ARTICLE 2

Aux fins de la présente convention:

- a) un aéronef est considéré comme étant en vol depuis le moment où, l'embarquement étant terminé, toutes ses portes extérieures ont été fermées jusqu'au moment où l'une de ces portes est ouverte en vue du débarquement; en cas d'atterrissage forcé, le vol est censé se poursuivre jusqu'à ce que l'autorité compétente prenne en charge l'aéronef ainsi que les personnes et biens à bord;
- b) un aéronef est considéré comme étant en service depuis le moment où le personnel au sol ou l'équipage commence à le préparer en vue d'un vol déterminé jusqu'à l'expiration d'un délai de vingt-quatre heures suivant tout atterrissage; la période de services s'étend en tout état de cause à la totalité du temps pendant lequel l'aéronef se trouve en vol au sens de l'alinéa a du présent paragraphe.

#### ARTICLE 3

Tout Etat contractant s'engage à réprimer de peines sévères les infractions énumérées à l'article 1er.

#### ARTICLE 4

1. La présente convention ne s'applique pas aux aéronefs utilisés à des fins militaires, de douane ou de police.
2. Dans les cas visés aux alinéas a, b, c et e du paragraphe 1er de l'article 1er, la présente convention, qu'il s'agisse d'un aéronef en vol international ou d'un aéronef en vol intérieur, ne s'applique que:
  - a) si le lieu réel ou prévu du décollage ou de l'atterrissage de l'aéronef est situé hors du territoire de l'Etat d'immatriculation de cet aéronef; ou
  - b) si l'infraction est commise sur le territoire d'un Etat autre que l'Etat d'immatriculation de l'aéronef.
3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 du présent article, dans les cas visés alinéas a, b, c et e du

paragraphe 1er de l'article 1er, la présente convention s'applique également si l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction est découvert sur le territoire d'un Etat autre que l'Etat d'immatriculation de l'aéronef.

4. En ce qui concerne les Etats visés à l'article 9 et dans les cas prévus aux alinéas a, b, c et e du paragraphe 1er de l'article 1er, la présente convention ne s'applique pas si les lieux mentionnés à l'alinéa a du paragraphe 2 du présent article sont situés sur le territoire d'un seul des Etats visés à l'article 9, à moins que l'infraction soit commise ou que l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction soit découvert sur le territoire d'un autre Etat.

5. Dans les cas visés à l'alinéa d du paragraphe 1er de l'article 1er, la présente convention ne s'applique que si les installations et services de navigation aérienne sont utilisés pour la navigation aérienne internationale.

6. Les dispositions des paragraphes 2, 3, 4 et 5 du présent article s'appliquent également dans les cas prévus au paragraphe 2 de l'article 1er.

#### ARTICLE 5

1. Tout Etat contractant prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions dans les cas suivants:

- a) si l'infraction est commise sur le territoire de cet Etat;
- b) si l'infraction est commise à l'encontre ou à bord d'un aéronef immatriculé dans cet Etat;
- c) si l'aéronef à bord duquel l'infraction est commise atterrit sur son territoire avec l'auteur présumé de l'infraction se trouvant encore à bord;
- d) si l'infraction est commise à l'encontre ou à bord d'un aéronef donné en location sans équipage à une personne qui a le siège principal de son exploitation ou, à défaut, sa résidence permanente dans ledit Etat.

2. Tout Etat contractant prend également les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions prévues aux alinéas a, b et c du paragraphe 1er de l'article 1er, ainsi qu'au paragraphe 2 du même article, pour autant que ce dernier paragraphe concerne lesdites infractions, dans le cas où l'auteur présumé de l'une d'elles se trouve sur son territoire et où ledit Etat ne l'extrade pas conformément à l'article 8 vers l'un des Etats visés au paragraphe 1er du présent article.

3. La présente convention n'écarte aucune compétence pénale exercée conformément aux lois nationales.

#### ARTICLE 6

1. S'il estime que les circonstances le justifient, tout Etat contractant sur le territoire duquel se trouve l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction assure la détention de cette personne ou prend toutes autres mesures nécessaires pour assurer sa présence. Cette détention et ces mesures doivent être conformes à la législation dudit Etat; elles ne peuvent être maintenues que pendant le délai nécessaire à l'engagement de poursuites pénales ou d'une procédure d'extradition.

2. Ledit Etat procède immédiatement à une enquête préliminaire en vue d'établir les faits.

3. Toute personne détenue en application du paragraphe 1er du présent article peut communiquer immédiatement avec le plus proche représentant qualifié de l'Etat dont elle a la nationalité; toutes facilités lui sont accordées à cette fin.

4. Lorsqu'un Etat a mis une personne en détention conformément aux dispositions du présent article, il avise immédiatement de cette détention, ainsi que des circonstances qui la justifient, les Etats mentionnés au paragraphe 1er de l'article 5, l'Etat dont la personne détenue a la nationalité et, s'il le juge opportun, tous autres Etats intéressés. L'Etat qui procède à l'enquête préliminaire visée au paragraphe 2 du présent article en communique rapidement les conclusions auxdits Etats et leur indique s'il entend exercer sa compétence.

#### ARTICLE 7

L'Etat contractant sur le territoire duquel l'auteur présumé de l'une des infractions est découvert, s'il n'extrade pas ce dernier, soumet l'affaire, sans aucune exception et que l'infraction ait ou non été commise sur son territoire, à ses autorités compétentes pour l'exercice de l'action pénale. Ces autorités prennent leur décision dans les mêmes conditions que pour toute infraction de droit commun de caractère grave conformément aux lois de cet Etat.

#### ARTICLE 8

1. Les infractions sont de plein droit comprises comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition conclu entre Etats contractants. Les Etats contractants s'engagent à comprendre les infractions comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition à conclure entre eux.

2. Si un Etat contractant qui subordonne l'extradition à l'existence d'un traité est saisi d'une demande d'extradition par un autre Etat contractant avec lequel il n'est pas lié par un traité d'extradition, il a la latitude de considérer la présente convention comme constituant la base juridique de l'extradition en ce qui concerne les infractions. L'extradition est subordonnée aux autres conditions prévues par le droit de l'Etat requis.

3. Les Etats contractants qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité reconnaissent les infractions comme cas d'extradition entre eux dans les conditions prévues par le droit de l'Etat requis.

4. Entre Etats contractants, les infractions sont considérées aux fins d'extradition comme ayant été commises tant au lieu de leur perpétration que sur le territoire des Etats tenus d'établir leur compétence en vertu des alinéas b, c, et d du paragraphe 1er de l'article 5.

#### ARTICLE 9

Les Etats contractants qui constituent pour le transport aérien des organisations d'exploitation en commun ou des organismes internationaux d'exploitation qui exploitent des aéronefs faisant l'objet d'une immatriculation commune ou internationale désignent, pour chaque aéronef, suivant les modalités appropriées, l'Etat qui exerce la compétence et aura les attributions de l'Etat d'immatriculation aux fins de la présente convention. Ils aviseront de cette désignation l'Organisation de l'Aviation civile internationale, qui en informera tous les Etats Parties à la présente convention.

## ARTICLE 10

1. Les Etats contractants s'engagent, conformément au droit international et national, à s'efforcer de prendre les mesures raisonnables en vue de prévenir les infractions visées à l'article 1er.

2. Lorsque le vol d'un aéronef a été retardé ou interrompu du fait de la perpétration de l'une des infractions prévues à l'article 1er, tout Etat contractant sur le territoire duquel se trouvent l'aéronef, les passagers ou l'équipage facilite aux passagers et à l'équipage la poursuite de leur voyage aussitôt que possible. Il restitue sans retard l'aéronef et sa cargaison à ceux qui ont le droit de les détenir.

## ARTICLE 11

1. Les Etats contractants s'accordent l'entraide judiciaire la plus large possible dans toute procédure pénale relative aux infractions. Dans tous les cas, la loi applicable pour l'exécution d'une demande d'entraide est celle de l'Etat requis.

2. Toutefois, les dispositions du paragraphe 1er du présent article n'affectent pas les obligations découlant des dispositions de tout autre traité de caractère bilatéral ou multilatéral qui régit ou régira, en tout ou en partie, le domaine de l'entraide judiciaire en matière pénale.

## ARTICLE 12

Tout Etat contractant qui a lieu de croire que l'une des infractions prévues à l'article 1er sera commise fournit, en conformité avec les dispositions de sa législation nationale, tous renseignements utiles en sa possession aux Etats qui à son avis seraient les Etats visés au paragraphe 1er de l'article 5.

## ARTICLE 13

Tout Etat contractant communique aussi rapidement que possible au Conseil de l'Organisation de l'Aviation civile internationale, en conformité avec les dispositions de sa législation nationale, tous renseignements utiles en sa possession relatifs:

- a) aux circonstances de l'infraction;
- b) aux mesures prises en application du paragraphe 2 de l'article 10;
- c) aux mesures prises à l'égard de l'auteur ou de l'auteur présumé de l'infraction et notamment au résultat de toute procédure d'extradition ou de toute autre procédure judiciaire.

## ARTICLE 14

1. Tout différent entre des Etats contractants concernant l'interprétation ou l'application de la présente convention qui ne peut pas être réglé par voie de négociation est soumis à l'arbitrage, à la demande de l'un d'entre eux. Si, dans les six mois qui suivent la date de la demande d'arbitrage, les Parties ne parviennent pas à se mettre d'accord sur l'organisation de l'arbitrage, l'une quelconque d'entre elles peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice, en déposant une requête conformément au Statut de la Cour.

2. Chaque Etat pourra, au moment où il signera ou ratifiera la présente convention ou y adhèrera, déclarer qu'il ne se considère pas lié par les dispositions du paragraphe précédent. Les autres Etats contractants ne seront pas liés par lesdites dispositions envers tout Etat contractant qui aura formulé une telle réserve.

3. Tout Etat contractant qui aura formulé une réserve conformément aux dispositions du paragraphe précédent pourra à tout moment lever cette réserve par une notification adressée aux gouvernements dépositaires.

## ARTICLE 15

1. La présente convention sera ouverte le 23 septembre 1971 à Montréal à la signature des Etats participant à la Conférence internationale de droit aérien tenue à Montréal du 8 au 23 septembre 1971 (ci-après dénommée « la Conférence de Montréal »). Après le 10 octobre 1971, elle sera ouverte à la signature de tous les Etats à Washington, à Londres et à Moscou. Tout Etat qui n'aura pas signé la convention avant qu'elle soit entrée en vigueur conformément au paragraphe 3 du présent article pourra y adhérer à tout moment.

2. La présente convention est soumise à la ratification des Etats signataires. Les instruments de ratification ainsi que les instruments d'adhésion seront déposés auprès des gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, du Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques, qui sont désignés par les présentes comme gouvernements dépositaires.

3. La présente convention entrera en vigueur trente jours après la date du dépôt des instruments de ratification de dix Etats signataires qui ont participé à la Conférence de Montréal.

4. Pour les autres Etats, la présente convention entrera en vigueur à la date de son entrée en vigueur conformément au paragraphe 3 du présent article ou trente jours après la date du dépôt de leurs instruments de ratification ou d'adhésion, si cette seconde date est postérieure à la première.

5. Les gouvernements dépositaires informeront rapidement tous les Etats qui signeront la présente convention ou y adhéreront de la date de chaque signature, de la date du dépôt de chaque instrument de ratification ou d'adhésion, de la date d'entrée en vigueur de la présente convention ainsi que de toutes autres communications.

6. Dès son entrée en vigueur, la présente convention sera enregistrée par les gouvernements dépositaires conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies et conformément aux dispositions de l'article 83 de la Convention relative à l'Aviation civile internationale (Chicago, 1944).

## ARTICLE 16

1. Tout Etat contractant peut dénoncer la présente convention par voie de notification écrite adressée aux gouvernements dépositaires.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date à laquelle la notification aura été reçue par les gouvernements dépositaires.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé la présente convention.

FAIT à Montréal, le vingt-troisième jour du mois de septembre de l'an mil neuf cent soixante et onze, en trois exemplaires originaux comprenant chacun quatre textes authentiques rédigés dans les langues française, anglaise, espagnole et russe.

## КОНВЕНЦИЯ О БОРЬБЕ С НЕЗАКОННЫМИ АКТАМИ, НАПРАВЛЕННЫМИ ПРОТИВ БЕЗОПАСНОСТИ ГРАЖДАНСКОЙ АВИАЦИИ

ГОСУДАРСТВА — УЧАСТНИКИ НАСТОЯЩЕЙ КОНВЕНЦИИ,

СЧИТАЯ, что незаконные акты, направленные против безопасности гражданской авиации, угрожают безопасности лиц и имущества, серьезно нарушают воздушное сообщение и подрывают веру народов мира в безопасность гражданской авиации,

СЧИТАЯ, что наличие таких актов вызывает серьезную озабоченность,

СЧИТАЯ, что в целях предотвращения таких актов имеется настоятельная необходимость обеспечить принятие соответствующих мер для наказания преступников,

СОГЛАСИЛИСЬ О НИЖЕСЛЕДУЮЩЕМ:

### Статья 1

1. Любое лицо совершает преступление, если оно незаконно и преднамеренно:

а) совершает акт насилия в отношении лица, находящегося на борту воздушного судна в полете, если такой акт может угрожать безопасности этого воздушного судна; или

б) разрушает воздушное судно, находящееся в эксплуатации, или причиняет этому воздушному судну повреждение, которое выводит его из строя или может угрожать его безопасности в полете; или

в) помещает или совершает действия, приводящие к помещению, на воздушное судно, находящееся в эксплуатации, каким бы то ни было способом устройство или вещество, которое может разрушить такое воздушное судно или причинить ему повреждение, которое выводит его из строя, или причинить ему повреждение, которое может угрожать его безопасности в полете; или

г) разрушает или повреждает аэронавигационное оборудование или вмешивается в его эксплуатацию, если любой такой акт может угрожать безопасности воздушных судов в полете; или

е) сообщает заведомо ложные сведения, создавая тем самым угрозу безопасности воздушного судна в полете.

2. Любое лицо также совершает преступление, если оно:

а) пытается совершить какое-либо из преступлений, упомянутых в пункте 1 настоящей Статьи; или

б) является соучастником лица, которое совершает или пытается совершить любое такое преступление.

### Статья 2

Для целей настоящей Конвенции:

а) воздушное судно считается находящимся в полете в любое время с момента закрытия всех его внешних дверей после погрузки до момента открытия любой из таких дверей для выгрузки; в случае вынужденной посадки считается, что полет происходит до тех пор, пока компетентные власти не примут на себя ответственности за воздушное судно и за лиц и имущество, находящихся на борту;

б) воздушное судно считается находящимся в эксплуатации с начала предполетной подготовки воздушного судна наземным персоналом или экипажем для конкретного полета до истечения двадцати четырех часов после любой посадки; период эксплуатации в любом случае продолжается в течение всего периода нахождения воздушного судна в полете, как он определен в пункте «а» настоящей Статьи.

### Статья 3

Каждое Договаривающееся Государство обязуется применять в отношении преступлений, упомянутых в Статье 1, суровые меры наказания.

### Статья 4

1. Настоящая Конвенция не применяется к воздушным судам, занятым на военной, таможенной и полицейской службах.

2. В случаях, предусмотренных подпунктами «а», «б», «с» и «е» пункта 1 Статьи 1, настоящая Конвенция применяется независимо от того, совершает ли воздушное судно международный полет или полет на внутренних авиалиниях, только если:

а) действительное или намеченное место взлета или посадки воздушного судна находится вне пределов территории государства регистрации такого воздушного судна; или

б) преступление совершено на территории иного Государства, чем государство регистрации воздушного судна.

3. Несмотря на пункт 2 настоящей Статьи, в случаях, предусмотренных подпунктами «а», «б», «с» и «е» пункта 1 Статьи 1, настоящая Конвенция применяется также, если преступник или предполагаемый преступник находится на территории иного Государства, чем государство регистрации этого воздушного судна.

4. В отношении Государств, упомянутых в Статье 9 и в случаях, предусмотренных в подпунктах «а», «б», «с» и «е» пункта 1 Статьи 1, настоящая Конвенция не применяется, если места, указанные в подпункте «а» пункта 2 настоящей Статьи, находятся в пределах территории одного из Государств, которые указаны в Статье 9, за исключением случая, когда преступление совершено либо преступник или предполагаемый преступник находится на территории любого иного Государства.

5. В случаях, предусмотренных подпунктом «д» пункта 1 Статьи 1, настоящая Конвенция применяется только, если аэронавигационное оборудование используется для международной аэронавигации.

6. Положения пунктов 2, 3, 4 и 5 настоящей Статьи применяются также в случаях, предусмотренных пунктом 2 Статьи 1.

### Статья 5

1. Каждое Договаривающееся Государство принимает такие меры, какие могут оказаться необходимыми чтобы установить свою юрисдикцию над преступлением в следующих случаях:

а) когда преступление совершено на территории данного Государства;

б) когда преступление совершено на борту или в отношении воздушного судна, зарегистрированного в данном Государстве;

с) когда воздушное судно, на борту которого совершено преступление, совершает посадку на его территории, и предполагаемый преступник еще находится на борту;

д) когда преступление совершено на борту или в отношении воздушного судна, сданного в аренду без экипажа арендатору, основное место деятельности которого или, если арендатор не имеет такого места деятельности, постоянное местопребывание которого находится в этом Государстве.

2. Каждое Договаривающееся Государство принимает также такие меры, какие могут оказаться необходимыми, чтобы установить свою юрисдикцию над преступлениями, упомянутыми в подпунктах «а», «b» и «с» пункта 1 Статьи 1, а также в пункте 2 Статьи 1 в той мере, в какой этот пункт относится к таким преступлениям, в случае, когда предполагаемый преступник находится на его территории, и оно не выдает его в соответствии со Статьей 8 одному из Государств, упомянутых в пункте 1 настоящей Статьи.

3. Настоящая Конвенция не исключает осуществления любой уголовной юрисдикции в соответствии с национальным законодательством.

#### Статья 6

1. Убедившись, что обстоятельства того требуют, любое Договаривающееся Государство, на территории которого находится преступник или предполагаемый преступник, заключает его под стражу или принимает другие меры, обеспечивающие его присутствие. Заключение под стражу и другие меры осуществляются в соответствии с законодательством такого Государства, но могут продолжаться только в течение времени, необходимого для того, чтобы предпринять уголовно-процессуальные действия или действия по выдаче.

2. Такое Государство немедленно производит предварительное расследование фактов.

3. Любому лицу, находящемуся под стражей согласно пункту 1 настоящей Статьи, оказывается содействие в немедленном установлении контакта с ближайшим соответствующим представителем Государства, гражданином которого оно является.

4. Когда Государство согласно настоящей Статье заключает лицо под стражу, оно немедленно уведомляет Государства, упомянутые в пункте 1 Статьи 5, Государство гражданства задержанного лица и, если оно сочтет это целесообразным, любые другие заинтересованные Государства о факте нахождения такого лица под стражей и об обстоятельствах, послуживших основанием для его задержания. Государство, которое производит предварительное расследование, предусмотренное пунктом 2 настоящей Статьи, незамедлительно сообщает о полученных им данных вышеупомянутым Государствам и указывает, намерено ли оно осуществлять юрисдикцию.

#### Статья 7

Договаривающееся Государство, на территории которого оказывается предполагаемый преступник, если оно не выдает его, обязано без каких-либо исключений и независимо от того, совершено ли преступление на его территории, передать дело своим компетентным органам для целей уголовного преследования. Эти

органы принимают решение таким же образом, как и в случае любого обычного преступления серьезного характера в соответствии с законодательством этого Государства.

#### Статья 8

1. Преступления считаются подлежащими включению в качестве преступлений, влекущих выдачу, в любой договор о выдаче, заключенный между Договаривающимися Государствами. Договаривающиеся Государства обязуются включать такие преступления в качестве преступлений, влекущих выдачу, в любой договор о выдаче, заключаемый между ними.

2. Если Договаривающееся Государство, которое обуславливает выдачу наличием договора, получает просьбу о выдаче от другого Договаривающегося Государства, с которым оно не имеет договора о выдаче, оно может по своему усмотрению рассматривать настоящую Конвенцию в отношении таких преступлений в качестве юридического основания для выдачи. Выдача производится в соответствии с другими условиями, предусматриваемыми законодательством Государства, к которому обращена просьба о выдаче.

3. Договаривающиеся Государства, не обуславливающие выдачу наличием договора, рассматривают в отношениях между собой такие преступления в качестве преступлений, влекущих выдачу, в соответствии с условиями, предусмотренными законодательством Государства, к которому обращена просьба о выдаче.

4. Каждое из преступлений рассматривается Договаривающимися Государствами для целей выдачи, как если бы оно было совершено не только в месте его совершения, но также и на территории Государств, которые обязаны установить свою юрисдикцию в соответствии с подпунктами «b», «с» и «d» пункта 1 Статьи 5.

#### Статья 9

Договаривающиеся Государства, которые создают совместные воздушно-транспортные эксплуатационные организации или международные эксплуатационные агентства, эксплуатирующие воздушные суда, которые подлежат совместной или международной регистрации, надлежащим образом указывают в отношении каждого воздушного судна государство из своего числа, которое осуществляет юрисдикцию и выступает в качестве государства регистрации в целях настоящей Конвенции, и уведомляют об этом Международную организацию гражданской авиации, которая рассылает такое уведомление всем Государствам-участникам настоящей Конвенции.

#### Статья 10

1. Договаривающиеся Государства в соответствии с международным правом и национальным законодательством будут стремиться принимать все практические осуществимые меры с целью предотвращения преступлений, упомянутых в Статье 1.

2. Когда в результате совершения одного из преступлений, упомянутых в Статье 1, полет отложен или прерван, любое Договаривающееся Государство, на территории которого находятся воздушное судно, пассажиры или экипаж, содействует его пассажирам и экипажу в продолжении их следования так скоро, насколько это возможно, и без задержки возвращает воздушное судно и его груз законным владельцам.

## Статья 11

1. Договаривающиеся Государства оказывают друг другу наиболее полную правовую помощь в связи с уголовно-процессуальными действиями, предпринятыми в отношении таких преступлений. Во всех случаях применяется законодательство Государства, к которому обращена просьба.

2. Положения пункта 1 настоящей Статьи не влияют на обязательства по любому другому договору, двустороннему или многостороннему, который регулирует или будет регулировать, полностью или частично, взаимную правовую помощь по уголовным делам.

## Статья 12

Любое Договаривающееся Государство, имеющее основание полагать, что будет совершено одно из преступлений, упомянутых в Статье 1, предоставляет в соответствии со своим национальным законодательством любую имеющуюся у него соответствующую информацию тем Государствам, которые, по его мнению, являются Государствами, упомянутыми в пункте 1 Статьи 5.

## Статья 13

Каждое Договаривающееся Государство в соответствии со своим национальным законодательством сообщает Совету Международной организации гражданской авиации так скоро, как это возможно, любую имеющуюся у него соответствующую информацию относительно:

- a) обстоятельств преступления;
- b) действий, предпринятых в соответствии с пунктом 2 Статьи 10;
- c) мер, принятых в отношении преступника или предполагаемого преступника и, в частности, результатов любых действий по выдаче или других правовых действий.

## Статья 14

1. Любой спор между двумя или более Договаривающимися Государствами, касающийся толкования или применения настоящей Конвенции, который не может быть урегулирован путем переговоров, по просьбе одного из них будет передаваться на арбитраж. Если в течение шести месяцев со дня просьбы об арбитраже Стороны не в состоянии прийти к соглашению по вопросу об организации арбитража, по просьбе любой из этих Сторон спор может быть передан в Международный Суд в соответствии со Статутом Суда.

2. Каждое Государство может при подписании или ратификации настоящей Конвенции или при присоединении к ней сделать заявление о том, что оно не считает себя связанным положениями предыдущего пункта. Другие Договаривающиеся Государства не будут связаны положениями предыдущего пункта во взаимоотношениях с любым Договаривающимся Государством, сделавшим такую оговорку.

3. Любое Договаривающееся Государство, сделавшее оговорку в соответствии с предыдущим пунктом, может в любое время снять эту оговорку путем нотификации правительств-депозитариев.

## Статья 15

1. Настоящая Конвенция будет открыта для подписания в Монреале 23 сентября 1971 года государствами,

участвующими в Международной конференции по воздушному праву, состоявшейся в Монреале с 8 по 23 сентября 1971 года (в дальнейшем именуемой Монреальская конференция). После 10 октября 1971 года Конвенция будет открыта для подписания всеми государствами в Москве, Лондоне и Вашингтоне. Любое государство, которое не подпишет настоящую Конвенцию до ее вступления в силу в соответствии с пунктом 3 настоящей Статьи, может присоединиться к ней в любое время.

2. Настоящая Конвенция подлежит ратификации подписавшими ее Государствами. Ратификационные грамоты и документы о присоединении сдаются на хранение правительствам Союза Советских Социалистических Республик, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии и Соединенных Штатов Америки, которые настоящим назначаются в качестве правительств-депозитариев.

3. Настоящая Конвенция вступит в силу через тридцать дней после даты сдачи на хранение ратификационных грамот десятью Государствами, подписавшими настоящую Конвенцию, которые принимали участие в Монреальской конференции.

4. Для других Государств настоящая Конвенция вступает в силу в день вступления в силу настоящей Конвенции в соответствии с пунктом 3 настоящей Статьи или через тридцать дней после даты сдачи на хранение их ратификационных грамот или документов о присоединении, в зависимости от того, что наступает позднее.

5. Правительства-депозитарии незамедлительно уведомляют все подписавшие и присоединившиеся Государства о дате каждого подписания, дате сдачи на хранение каждой ратификационной грамоты или документа о присоединении, дате вступления в силу настоящей Конвенции, а также о других уведомлениях.

6. После вступления настоящей Конвенции в силу она должна быть зарегистрирована правительствами-депозитариями в соответствии со Статьей 102 Устава Организации Объединенных Наций и в соответствии со Статьей 83 Конвенции о международной гражданской авиации (Чикаго, 1944 г.).

## Статья 16

1. Любое Договаривающееся Государство может отказаться от участия в настоящей Конвенции путем письменного уведомления об этом правительств-депозитариев.

2. Отказ от участия в Конвенции вступает в силу через шесть месяцев со дня получения такого уведомления правительствами-депозитариями.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся представители, должным образом уполномоченные своими Правительствами, подписали настоящую Конвенцию.

СОВЕРШЕНО в Монреале двадцать третьего сентября одна тысяча девятьсот семьдесят первого года в трех подлинных экземплярах, каждый на русском, английском, испанском и французском языках, причем все тексты являются аутентичными.

**CONVENIO  
PARA LA REPRESION DE ACTOS ILCITOS  
CONTRA LA SEGURIDAD DE LA AVIACION  
CIVIL**

LOS ESTADOS PARTES EN EL PRESENTE CONVENIO,

CONSIDERANDO que los actos ilícitos contra la seguridad de la aviación civil ponen en peligro la seguridad de las personas y los bienes; afectan gravemente a la explotación de los servicios aéreos y socavan la confianza de los pueblos del mundo en la seguridad de la aviación civil;

CONSIDERANDO que la realización de tales actos les preocupa gravemente; y

CONSIDERANDO que, a fin de prevenir tales actos, es urgente prever las medidas adecuadas para sancionar a sus autores;

HAN CONVENIDO EN LO SIGUIENTE:

**ARTICULO 1**

1. Comete un delito toda persona que ilícita e intencionalmente:
  - a) realice contra una persona a bordo de una aeronave en vuelo actos de violencia que, por su naturaleza, constituyan un peligro para la seguridad de la aeronave;
  - b) destruya una aeronave en servicio o le cause daños que la incapaciten para el vuelo o que, por su naturaleza, constituyan un peligro para la seguridad de la aeronave en vuelo;
  - c) coloque o haga colocar en una aeronave en servicio, por cualquier medio, un artefacto o sustancia capaz de destruir tal aeronave o de causarle daños que la incapaciten para el vuelo o que, por su naturaleza, constituyan un peligro para la seguridad de la aeronave en vuelo;
  - d) destruya o dañe las instalaciones o servicios de la navegación aérea o perturbe su funcionamiento, si tales actos, por su naturaleza, constituyen un peligro para la seguridad de las aeronaves en vuelo;
  - e) comunique, a sabiendas, informes falsos, poniendo con ello en peligro la seguridad de una aeronave en vuelo.
2. Igualmente comete un delito toda persona que:
  - a) intente cometer cualquiera de los delitos mencionados en el párrafo 1 del presente artículo;
  - b) sea cómplice de la persona que los cometa o intente cometerlos.

**ARTICULO 2**

A los fines del presente Convenio:

- a) se considerará que una aeronave se encuentra en vuelo desde el momento en que se cierran todas las puertas externas después del embarque hasta el momento en que se abra cualquiera de dichas puertas para el desembarque; en caso de aterri-

zaje forzoso, se considerará que el vuelo continúa hasta que las autoridades competentes se hagan cargo de la aeronave y de las personas y bienes a bordo;

- b) se considerará que una aeronave se encuentra en servicio desde que el personal de tierra o la tripulación comienza las operaciones previas a un determinado vuelo hasta veinticuatro horas después de cualquier aterrizaje; el período en servicio se prolongará en cualquier caso por todo el tiempo que la aeronave se encuentre en vuelo conforme al párrafo a) del presente artículo.

**ARTICULO 3**

Los Estados contratantes se obligan a establecer penas severas para los delitos mencionados en el Artículo 1.

**ARTICULO 4**

1. El presente Convenio no se aplicará a las aeronaves utilizadas en servicios militares, de aduanas o de policía.
2. En los casos previstos en los incisos a), b), c) y e), del párrafo 1 del Artículo 1, el presente Convenio solamente se aplicará, ya se trate de una aeronave en vuelo internacional, ya en vuelo interno, si:
  - a) el lugar, real o previsto, de despegue o de aterrizaje de la aeronave está situado fuera del Estado de matrícula; o
  - b) el delito se comete en el territorio de un Estado distinto del de matrícula de la aeronave.
3. No obstante lo dispuesto en el párrafo 2 del presente artículo, en los casos previstos en los incisos a), b), c) y e) del párrafo 1 del Artículo 1, el presente Convenio se aplicará asimismo si el delincuente o el presunto delincuente es hallado en el territorio de un Estado distinto del de matrícula de la aeronave.
4. Por lo que se refiere a los Estados mencionados en el Artículo 9, no se aplicará el presente Convenio en los casos previstos en los incisos a), b), c) y e) del párrafo 1 del Artículo 1, si los lugares mencionados en el inciso a) del párrafo 2 del presente artículo están situados en el territorio de uno solo de los Estados referidos en el Artículo 9, a menos que el delito se haya cometido o el delincuente o el presunto delincuente sea hallado en el territorio de un Estado distinto de dicho Estado.
5. En los casos previstos en el inciso d) del párrafo 1 del Artículo 1, el presente Convenio se aplicará solamente si las instalaciones y servicios de navegación aérea se utilizan para la navegación aérea internacional.
6. Las disposiciones de los párrafos 2, 3, 4 y 5 del presente artículo se aplicarán también en los casos previstos en el párrafo 2 del Artículo 1.

**ARTICULO 5**

1. Cada Estado contratante tomará las medidas necesarias para establecer su jurisdicción sobre los delitos en los casos siguientes:
  - a) si el delito se comete en el territorio de tal Estado;



- b) si el delito se comete contra o a bordo de una aeronave matriculada en tal Estado;
  - c) si la aeronave, a bordo de la cual se cometa el delito, aterriza en su territorio con el presunto delincuente todavía a bordo;
  - d) si el delito se comete contra o a bordo de una aeronave dada en arrendamiento sin tripulación a una persona que en tal Estado tenga su oficina principal o, de no tener tal oficina, su residencia permanente.
2. Asimismo, cada Estado contratante tomará las medidas necesarias para establecer su jurisdicción sobre los delitos previstos en los incisos a), b) y c) del párrafo 1 del Artículo 1, así en el párrafo 2 del mismo artículo, en cuanto este último párrafo se refiere a los delitos previstos en dichos incisos, en el caso de que el presunto delincuente se halle en su territorio y dicho Estado no conceda la extradición, conforme al Artículo 8, a los Estados previstos en el párrafo 1 del presente artículo.

3. El presente Convenio no excluye ninguna jurisdicción penal ejercida de acuerdo con las leyes nacionales.

#### ARTICULO 6

1. Todo Estado contratante en cuyo territorio se encuentre el delincuente o el presunto delincuente, si considera que las circunstancias lo justifican, procederá a la detención o tomará otras medidas para asegurar su presencia. La detención y demás medidas se llevarán a cabo de acuerdo con las leyes de tal Estado, y se mantendrán solamente por el período que sea necesario a fin de permitir la iniciación de un procedimiento penal o de extradición.
2. Tal Estado procederá inmediatamente a una investigación preliminar de los hechos.
3. La persona detenida de acuerdo con el párrafo 1 del presente artículo tendrá toda clase de facilidades para comunicarse inmediatamente con el representante correspondiente del Estado de su nacionalidad que se encuentre más próximo.
4. Cuando un Estado, en virtud del presente artículo, detenga a una persona, notificará inmediatamente tal detención y las circunstancias que la justifican, a los Estados mencionados en el párrafo 1 del Artículo 5, al Estado del que sea nacional el detenido y, si lo considera conveniente, a todos los demás Estados interesados. El Estado que proceda a la investigación preliminar prevista en el párrafo 2 del presente artículo, comunicará sin dilación sus resultados a los Estados antes mencionados e indicará si se propone ejercer su jurisdicción.

#### ARTICULO 7

El Estado contratante en cuyo territorio sea hallado el presunto delincuente, si no procede a la extradición del mismo, someterá el caso a sus autoridades competentes a efectos de enjuiciamiento, sin excepción alguna y con independencia de que el delito haya sido o no cometido en su territorio. Dichas autoridades tomarán su decisión en las mismas condiciones que las aplicables a los delitos comunes de carácter grave, de acuerdo con la legislación de tal Estado.

#### ARTICULO 8

1. Los delitos se considerarán incluidos entre los delitos que den lugar a extradición en todo tratado de extradición celebrado entre Estados contratantes. Los Estados contratantes se comprometen a incluir los delitos como caso de extradición en todo tratado de extradición que celebren entre sí en el futuro.
2. Si un Estado contratante, que subordine la extradición a la existencia de un tratado, recibe de otro Estado contratante, con el que no tiene tratado, una solicitud de extradición, podrá discrecionalmente considerar el presente Convenio como la base jurídica necesaria para la extradición referente a los delitos. La extradición estará sujeta a las demás condiciones exigidas por el derecho del Estado requerido.
3. Los Estados contratantes que no subordinen la extradición a la existencia de un tratado reconocerán los delitos como caso de extradición entre ellos, sujeto a las condiciones exigidas por el derecho del Estado requerido.
4. A los fines de la extradición entre Estados contratantes, se considerará que los delitos se han cometido, no solamente en el lugar donde ocurrieron, sino también en el territorio de los Estados obligados a establecer su jurisdicción de acuerdo con los incisos b), c) y d) del párrafo 1 del Artículo 5.

#### ARTICULO 9

Los Estados contratantes que constituyan organizaciones de explotación en común del transporte aéreo u organismos internacionales de explotación que utilicen aeronaves que sean objeto de una matrícula común o internacional, designarán, con respecto a cada aeronave, según las circunstancias del caso, el Estado de entre ellos que ejercerá la jurisdicción y tendrá las atribuciones del Estado de matrícula de acuerdo con el presente Convenio y lo comunicará a la Organización de Aviación Civil Internacional, que lo notificará a todos los Estados partes en el presente Convenio.

#### ARTICULO 10

1. Los Estados contratantes procurarán tomar, de acuerdo con el derecho internacional y sus propias leyes, todas las medidas que sean factibles para impedir la comisión de los delitos previstos en el Artículo 1.
2. Cuando, con motivo de haberse cometido un delito previsto en el Artículo 1, se produzca retraso o interrupción del vuelo, cada Estado contratante en cuyo territorio se encuentren la aeronave, los pasajeros o la tripulación, facilitará a los pasajeros y a la tripulación la continuación del viaje lo antes posible y devolverá sin demora la aeronave y su carga a sus legítimos poseedores.

#### ARTICULO 11

1. Los Estados contratantes se prestarán la mayor ayuda posible por lo que respecta a todo proceso penal relativo a los delitos. En todos los casos, la ley aplicable para la ejecución de una petición de ayuda será la ley del Estado requerido.

2. Sin embargo, lo dispuesto en el párrafo precedente no afectará a las obligaciones derivadas de cualquier tratado bilateral o multilateral que regule, en todo o en parte, lo relativo a la ayuda mutua en materia penal.

#### ARTICULO 12

Todo Estado contratante que tenga razones para creer que se vaya a cometer un delito previsto en el Artículo 1, suministrará, de acuerdo con su ley nacional, toda información pertinente de que disponga a los demás Estados que, en su opinión, sean los mencionados en el párrafo 1 del Artículo 5.

#### ARTICULO 13

Cada Estado contratante notificará lo antes posible al Consejo de la Organización de Aviación Civil Internacional, de conformidad con su ley nacional, cualquier información pertinente que tenga en su poder referente a:

- las circunstancias del delito;
- las medidas tomadas en aplicación del párrafo 2 del Artículo 10;
- las medidas tomadas en relación con el delincuente o el presunto delincuente y, especialmente, el resultado de todo procedimiento de extradición u otro procedimiento judicial.

#### ARTICULO 14

- Las controversias que surjan entre dos o más Estados contratantes con respecto a la interpretación o aplicación de este Convenio, que no puedan solucionarse mediante negociaciones, se someterán a arbitraje, a petición de uno de ellos. Si en el plazo de seis meses contados a partir de la fecha de presentación de la solicitud de arbitraje las Partes no consiguen ponerse de acuerdo sobre la forma del mismo, cualquiera de las Partes podrá someter la controversia a la Corte Internacional de Justicia, mediante una solicitud presentada de conformidad con el Estatuto de la Corte.

- Todo Estado, en el momento de la firma o ratificación de este Convenio o de su adhesión al mismo, podrá declarar que no se considera obligado por el párrafo anterior. Los demás Estados contratantes no estarán obligados por el párrafo anterior ante ningún Estado que haya formulado dicha reserva.
- Todo Estado contratante que haya formulado la reserva prevista en el párrafo anterior podrá retirarla en cualquier momento notificándolo a los Gobiernos depositarios.

#### ARTICULO 15

- El presente Convenio estará abierto a la firma de los Estados participantes en la Conferencia Internacional de Derecho Aéreo, celebrada en Montreal del 8 al 23 de septiembre de 1971 (llamada en ade-

lante "la Conferencia de Montreal"). Después del 10 de octubre de 1971, el Convenio estará abierto a la firma de todos los Estados en Washington, Londres y Moscú. Todo Estado que no firmare el presente Convenio antes de su entrada en vigor de conformidad con el párrafo 3 de este artículo, podrá adherirse a él en cualquier momento.

- El presente Convenio estará sujeto a ratificación por los Estados signatarios. Los instrumentos de ratificación y los instrumentos de adhesión se depositarán en los archivos de los Gobiernos de los Estados Unidos de América, el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte y la Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas, a los que por el presente se designa como Gobiernos depositarios.
- El presente Convenio entrará en vigor treinta días después de la fecha en que diez Estados signatarios de este Convenio, participantes en la Conferencia de Montreal, hayan depositado sus instrumentos de ratificación.
- Para los demás Estados, el presente Convenio entrará en vigor en la fecha que resulte de la aplicación del párrafo 3 de este artículo, o treinta días después de la fecha de depósito de sus instrumentos de ratificación o adhesión, si esta última fecha fuese posterior a la primera.
- Los Gobiernos depositarios informarán sin tardanza a todos los Estados signatarios y a todos los Estados que se hayan adherido a este Convenio de la fecha de cada firma, de la fecha de depósito de cada instrumento de ratificación o adhesión, de la fecha de su entrada en vigor y de cualquier otra notificación.
- Tan pronto como el presente Convenio entre en vigor, los Gobiernos depositarios lo registrarán de conformidad con el Artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas y de conformidad con el Artículo 83 del Convenio sobre Aviación Civil Internacional (Chicago 1944).

#### ARTICULO 16

- Todo Estado contratante podrá denunciar el presente Convenio mediante notificación por escrito dirigida a los Gobiernos depositarios.
- La denuncia surtirá efecto seis meses después de la fecha en que los Gobiernos depositarios reciban la notificación.

EN TESTIMONIO DE LO CUAL los Plenipotenciarios infrascritos, debidamente autorizados por sus Gobiernos para hacerlo, firman el presente Convenio.

HECHO en Montreal el día veintitrés de septiembre del año mil novecientos setenta y uno, en tres originales, cada uno de ellos integrado por cuatro textos auténticos en los idiomas español, francés, inglés y ruso.

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,30 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar; je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 991 Erfurt, Postschloßbach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1024 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 23. Juni 1972

Teil I Nr. 9

Tag	Inhalt	Seite
13. 6. 72	Bekanntmachung über die Ratifikation des Abkommens vom 15. November 1971 über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „ <b>INTERSPUTNIK</b> “ .....	115

### Bekanntmachung

über die Ratifikation des Abkommens vom 15. November 1971  
über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation  
für kosmische Fernmeldeverbindungen „**INTERSPUTNIK**“

vom 13. Juni 1972

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 13. Juni 1972 das nachstehend veröffentlichte Abkommen vom 15. November 1971 über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „**INTERSPUTNIK**“ ratifiziert hat.

Der Tag, an dem das Abkommen für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 13. Juni 1972

Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

## Inoffizielle Übersetzung

**Abkommen  
über die Schaffung des internationalen Systems  
und der Organisation für kosmische Fernmelde-  
verbindungen „INTERSPUTNIK“**

Die Abkommenspartner haben

- in Anerkennung der Notwendigkeit, die Festigung und Entwicklung allseitiger ökonomischer, wissenschaftlich-technischer, kultureller und anderer Beziehungen mittels Fernmeldeverbindungen sowie Hör- und Fernseh Rundfunk über künstliche Erdsatelliten zu unterstützen,
- in Anerkennung der Nützlichkeit der Zusammenarbeit bei den theoretischen und experimentellen Forschungen sowie bei der Projektierung, Schaffung, Nutzung und Entwicklung eines internationalen Fernmeldesystems über künstliche Erdsatelliten,
- im Interesse der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie der gegenseitigen Hilfe und des gegenseitigen Vorteiles,
- ausgehend von den Bestimmungen der Resolution 1721 (XVI) der UNO-Vollversammlung und des Vertrages über die Prinzipien der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes, einschließlich des Mondes und der anderen Himmelskörper, vom 27. Januar 1967, folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

1. Es wird ein internationales Fernmeldesystem über künstliche Erdsatelliten geschaffen.
2. Zur Gewährleistung der Zusammenarbeit und Koordinierung der Anstrengungen bei der Projektierung, Schaffung, Nutzung und Entwicklung des Fernmeldesystems gründen die Abkommenspartner die internationale Organisation „INTERSPUTNIK“, im weiteren Organisation genannt.

**Artikel 2**

1. „INTERSPUTNIK“ ist eine offene internationale Organisation.
2. Mitglieder der Organisation sind die Regierungen, die das vorliegende Abkommen unterzeichnet und die Dokumente über seine Ratifikation gemäß Artikel 20 zur Aufbewahrung übergeben haben, sowie die Regierungen anderer Staaten, die dem vorliegenden Abkommen gemäß Artikel 22 beigetreten sind.

**Artikel 3**

Als Sitz der Organisation wird Moskau festgelegt.

**Artikel 4**

1. Das internationale Fernmeldesystem über künstliche Erdsatelliten umfaßt folgende Bestandteile:
  - den kosmischen Komplex, der aus den Fernmeldesatelliten mit den Umsetzern und Bord-einrichtungen und den Bodensystemen für die Steuerung besteht, die das normale Funktionieren der Satelliten gewährleisten;
  - den Bodenfunkstellen, die die gegenseitige Verbindung über die künstlichen Erdsatelliten herstellen.

2. Der kosmische Komplex ist Eigentum der Organisation oder wird bei den Mitgliedern der Organisation, die solche Systeme besitzen, gemietet.
3. Die Bodenfunkstellen sind Eigentum der Staaten oder der von ihnen anerkannten Betriebsorganisationen.
4. Die Mitglieder der Organisation haben das Recht auf Einbeziehung der von ihnen errichteten Bodenfunkstellen in das Fernmeldesystem der Organisation, wenn diese Bodenfunkstellen den technischen Forderungen der Organisation entsprechen.

**Artikel 5**

Die Schaffung des internationalen Fernmeldesystems ist in folgenden Etappen vorgesehen:

- Etappe des Versuchsbetriebs durch die Mitglieder der Organisation mit ihren Bodenfunkstellen unter Nutzung von Fernmeldekanälen, die der Organisation von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über ihre Fernmeldesatelliten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Die Dauer dieser Etappe wird bis Ende 1973 festgelegt.
- Betriebsetappe unter Nutzung von Fernmeldekanälen über Fernmeldesatelliten der Mitglieder der Organisation zu Mietbedingungen.
- Etappe des kommerziellen Betriebs des Fernmeldesystems unter Nutzung des kosmischen Komplexes, der Eigentum der Organisation ist oder bei ihren Mitgliedern gemietet wird. Der Übergang zu dieser Etappe wird erfolgen, wenn die Schaffung des kosmischen Komplexes, dessen Eigentümer oder Mieter die Organisation ist, von den Abkommenspartnern als ökonomisch zweckmäßig erachtet wird.

**Artikel 6**

Der Start und die Beförderung von Fernmeldesatelliten, die Eigentum der Organisation sind, auf die Umlaufbahn sowie deren Steuerung auf der Umlaufbahn erfolgen durch die Mitglieder der Organisation, die hierfür die entsprechenden Mittel haben, auf der Grundlage von vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Organisation und solchen Mitgliedern der Organisation.

**Artikel 7**

Die Organisation koordiniert ihre Tätigkeit mit dem Internationalen Fernmeldeverein und arbeitet auch mit anderen Organisationen, deren Tätigkeit mit der Nutzung von Fernmeldesatelliten in Beziehung steht, sowohl in technischer Hinsicht (Nutzung des Frequenzbereiches, Verwendung der Technischen Normen für die Fernmeldekanäle und des Standards für die Einrichtungen) als auch in Fragen des internationalen Reglements zusammen.

**Artikel 8**

Die Organisation ist eine juristische Person und befugt, Verträge abzuschließen, Eigentum zu erwerben, zu mieten und zu veräußern und zu prozessieren.

**Artikel 9**

1. Auf dem Territorium der Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, genießt sie die Rechtsfähigkeit, die für die Erreichung ihrer Ziele und die Verwirklichung ihrer Funktionen erforderlich ist. Der Umfang dieser Rechtsfähigkeit wird in entsprechenden vertraglichen Vereinba-

rungen mit den kompetenten Organen der Staaten festgelegt, auf deren Territorium sie ihre Tätigkeit ausübt.

2. Für die durch das vorliegende Abkommen und die im Punkt 1 dieses Artikels erwähnten vertraglichen Vereinbarungen nicht geregelten Fragen, werden die gesetzlichen Bestimmungen der Staaten angewendet, auf deren Territorium die Tätigkeit der Organisation ausgeübt wird.

#### Artikel 10

1. Die Organisation trägt die materielle Verantwortung für ihre Verpflichtungen im Rahmen des ihr gehörenden Eigentums.
2. Die Organisation trägt keine materielle Verantwortung für die Verpflichtungen der Abkommenspartner ebenso wie die Abkommenspartner nicht für die Verpflichtungen der Organisation verantwortlich sind.

#### Artikel 11

1. Zur Leitung der Tätigkeit der Organisation werden folgende Organe geschaffen:
  - der Rat als leitendes Organ,
  - die Direktion als ständiges ausführendes und administratives Organ mit dem Generaldirektor an der Spitze. Der Zeitpunkt der Schaffung und der Beginn der Tätigkeit der Direktion werden vom Rat bestimmt.
2. Bis zum Beginn der Tätigkeit der Direktion übernimmt der Vorsitzende des Rates die im Punkt 2, Artikel 13, angegebenen Funktionen des Generaldirektors zur Vertretung der Organisation.
3. Zur Kontrolle der Finanztätigkeit der Organisation wird die Revisionskommission geschaffen.
4. Der Rat kann solche Hilfsorgane schaffen, die zur Verwirklichung der Ziele des vorliegenden Abkommens erforderlich sind.

#### Artikel 12

1. Der Rat setzt sich aus je einem Vertreter jedes Mitglieds der Organisation zusammen.
2. Jedes Mitglied der Organisation hat im Rat eine Stimme.
3. Der Rat versammelt sich mindestens einmal im Jahr zu ordentlichen Tagungen. Eine außerordentliche Tagung kann auf Wunsch eines beliebigen Mitglieds der Organisation oder des Generaldirektors einberufen werden, wenn sich für ihre Einberufung mindestens ein Drittel der Mitglieder der Organisation ausgesprochen hat.
4. Die Tagungen des Rates werden in der Regel am Sitz der Organisation durchgeführt. Der Rat kann einen Beschluß über die Durchführung von Tagungen auf dem Territorium anderer Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, auf Einladung dieser Mitglieder der Organisation fassen.

Bis zum Beginn der Tätigkeit der Direktion tagt der Rat der Reihe nach in den Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, entsprechend ihrer Bezeichnung nach dem russischen Alphabet. In diesem Falle werden die Kosten für die Durchführung von Tagungen von den empfangenden Mitgliedern der Organisation getragen.

5. Der Vorsitz auf den Ratstagungen wird von Vertretern der Mitglieder der Organisation der Reihe nach entsprechend den Bezeichnungen dieser Mitglieder der Organisation nach dem russischen Alphabet übernommen. Als Stellvertreter des Vorsitzenden wird ein Vertreter des nach dem Alphabet nächsten Mitgliedes der Organisation benannt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter üben ihre Funktion bis zur nächsten ordentlichen Ratstagung aus.
6. Zur Zuständigkeit des Rates gehören Fragen, die sich auf das vorliegende Abkommen erstrecken.
  - 6.1. erörtert und bestätigt Maßnahmen zur Schaffung, zum Erwerb oder zum Mieten sowie zum Betrieb des kosmischen Komplexes;
  - 6.2. bestätigt die Pläne für die Entwicklung und Vervollkommnung des Fernmeldesystems der Organisation;
  - 6.3. bestimmt die technischen Forderungen für die Fernmeldesatelliten der Organisation;
  - 6.4. erörtert und bestätigt das Programm für die Beförderung der Fernmeldesatelliten der Organisation auf die Umlaufbahn;
  - 6.5. bestätigt den Plan der Verteilung der Fernmeldekanäle zwischen den Mitgliedern der Organisation sowie den Modus und die Bedingungen der Nutzung der Fernmeldekanäle durch andere Nutzer;
  - 6.6. bestimmt die technischen Forderungen für die Bodenfunkstellen;
  - 6.7. stellt fest, ob die Bodenfunkstellen, die für die Einbeziehung in das Fernmeldesystem der Organisation vorgesehen sind, den technischen Forderungen entsprechen;
  - 6.8. wählt den Generaldirektor und seinen Stellvertreter und kontrolliert die Tätigkeit der Direktion;
  - 6.9. wählt den Vorsitzenden und die Mitglieder der Revisionskommission und bestätigt die Geschäftsordnung dieser Kommission;
  - 6.10. bestätigt die Struktur und den Stellenplan der Direktion sowie die Personalordnung der Direktion;
  - 6.11. bestätigt den Arbeitsplan der Organisation für das kommende Kalenderjahr;
  - 6.12. erörtert und bestätigt das Budget der Organisation und den Bericht über den Budgetvollzug sowie die Bilanz und die Verteilung des Gewinns der Organisation;
  - 6.13. erörtert und bestätigt die Jahresberichte des Generaldirektors über die Tätigkeit der Direktion;
  - 6.14. bestätigt den Bericht der Revisionskommission;
  - 6.15. nimmt die offiziellen Erklärungen der Regierungen, die dem Abkommen beizutreten wünschen, zur Kenntnis;
  - 6.16. bestimmt den Modus und die Zahlungstermine für die anteiligen Beiträge sowie die Umverteilung der Beitragsanteile gemäß Punkt 5, Artikel 15;
  - 6.17. bestimmt die Gebühr für die Übertragung der Informationseinheiten oder die Mietgebühr für einen Kanal über Fernmeldesatelliten der Organisation;
  - 6.18. erörtert Vorschläge über die Einbringung von Korrekturen zum vorliegenden Abkommen und schlägt diese den Abkommenspartnern zur Billigung vor, wie es in Artikel 24 festgelegt ist;

- 6.19. nimmt die Geschäftsordnung an;
- 6.20. erörtert und entscheidet weitere Fragen, die sich aus dem Abkommen ergeben.
7. Der Rat soll bemüht sein, seine Beschlüsse einstimmig zu fassen. Wenn das nicht erreicht wird, so gelten die Beschlüsse des Rates als angenommen, wenn für sie mindestens zwei Drittel der Stimmen aller Mitglieder des Rates abgegeben wurden. Die Beschlüsse des Rates sind nicht bindend für jene Mitglieder, die sich nicht für ihre Annahme ausgesprochen haben und ihren Vorbehalt dazu in schriftlicher Form erklärten — später jedoch können sich diese Mitglieder den gefaßten Beschlüssen anschließen.
8. In Ausübung seiner im Punkt 6 dieses Artikels vorgesehenen Funktionen wird der Rat im Rahmen der durch die Abkommenspartner festgelegten Mittel tätig.
9. Die erste Tagung des Rates wird von der Regierung des Staates einberufen, in dem der Sitz der Organisation festgelegt wurde, spätestens drei Monate nach Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens.

#### Artikel 13

1. Die Direktion besteht aus dem Generaldirektor, seinem Stellvertreter und dem erforderlichen Personal.
2. Der Generaldirektor wird nach dem Prinzip der Einzelleitung tätig, ist Hauptverantwortlicher der Verwaltung der Organisation und vertritt sie in dieser Eigenschaft gegenüber den zuständigen Organen der Mitglieder der Organisation in allen Fragen, die ihre Tätigkeit betreffen, sowie gegenüber anderen Staaten und internationalen Organisationen, mit denen der Rat es für notwendig erachtet, zusammenzuarbeiten.
3. Der Generaldirektor ist verantwortlich gegenüber dem Rat und wird im Rahmen der ihm durch das vorliegende Abkommen und die Beschlüsse des Rates übertragenen Vollmachten tätig.
4. Der Generaldirektor übt folgende Funktionen aus:
- 4.1. er gewährleistet die Erfüllung der Beschlüsse des Rates;
- 4.2. er führt Verhandlungen mit den Fernmeldeverwaltungen, den Projektierungsorganisationen und den Industriebetrieben der Mitglieder der Organisation über Fragen der Projektierung des Systems in seiner Gesamtheit sowie über Fragen der Projektierung, Herstellung und Lieferung der Baugruppen und Blöcke der Bordapparaturen der Fernmeldesatelliten der Organisation;
- 4.3. er führt Verhandlungen zu Fragen des Starts von Fernmeldesatelliten für die Organisation;
- 4.4. er schließt im Auftrage des Rates im Rahmen der ihm vom Rat erteilten Vollmachten internationale und andere Verträge ab;
- 4.5. er stellt den Budgetentwurf für das nächste Finanzjahr auf, unterbreitet diesen dem Rat zur Bestätigung und legt dem Rat Rechenschaft über die Erfüllung des Budgets für das vergangene Finanzjahr;
- 4.6. er bereitet den Bericht über die Tätigkeit der Direktion für das vergangene Jahr für die Vorlage beim Rat vor;

- 4.7. er arbeitet die Entwürfe der Arbeitspläne der Organisation sowie der Pläne für die Entwicklung und Vervollkommnung des Fernmeldesystems aus und legt diese dem Rat zur Bestätigung vor;
- 4.8. er gewährleistet die Vorbereitung, Einberufung und Durchführung der Tagungen des Rates.
5. Der Generaldirektor und sein Stellvertreter werden aus Bürgern der Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Der Stellvertreter des Generaldirektors kann in der Regel nur für eine Amtsperiode gewählt werden. Der Generaldirektor und sein Stellvertreter dürfen nicht Bürger ein und desselben Staates sein.
6. Das Personal der Direktion setzt sich aus Bürgern der Staaten zusammen, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, unter Berücksichtigung der beruflichen Eignung und der gerechten territorialen Verteilung.

#### Artikel 14

1. Die Revisionskommission besteht aus 3 Mitgliedern, die vom Rat für die Dauer von 3 Jahren aus Bürgern verschiedener Staaten, deren Regierungen Mitglieder der Organisation sind, gewählt werden. Der Vorsitzende und die Mitglieder der Revisionskommission dürfen in der Organisation keinerlei andere Ämter ausüben.
2. Der Generaldirektor stellt der Revisionskommission alle für die Durchführung der Revisionen erforderlichen Unterlagen und Dokumente zur Verfügung.
3. Der Bericht der Revisionskommission wird dem Rat der Organisation vorgelegt.

#### Artikel 15

1. Zur Sicherung der Tätigkeit der Organisation wird der Statutenfonds (Grund- und Umlaufmittel) geschaffen. Der Beschluß über die Schaffung und Höhe des Statutenfonds wird von den Abkommenspartnern auf Vorschlag des Rates gefaßt und in einem Zusatzprotokoll formuliert. Die Höhe der anteiligen Beteiligung der Mitglieder der Organisation bei der Bildung des Statutenfonds wird proportional zum Grad ihrer Fernmeldekanalnutzung festgelegt.
2. Wenn bei der Vervollkommnung des Fernmeldesystems die Notwendigkeit auftritt, den Statutenfonds zu erhöhen, so wird die Summe der zusätzlichen Beiträge zwischen den Mitgliedern der Organisation, die zu dieser Erhöhung ihr Einverständnis erklärten, aufgeteilt.
3. Aus den Beiträgen der Mitglieder der Organisation zum Statutenfonds werden folgende Ausgaben der Organisation gedeckt: Die Ausgaben
- 3.1. für die wissenschaftlichen Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsarbeiten für den kosmischen Komplex und die Bodenfunkstellen;
- 3.2. für die Projektierung, Errichtung, den Erwerb oder das Mieten des kosmischen Komplexes;
- 3.3. für die Bezahlung des Starts und die Beförderung der Fernmeldesatelliten der Organisation auf die Umlaufbahn;

- 3.4. für andere Zwecke in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Organisation.
4. Bis zur Bildung des Statutenfonds erfolgt die Tätigkeit der Organisation in Übereinstimmung mit dem für jedes Kalenderjahr aufgestellten speziellen Budget. Die im Budget für den Unterhalt des Personals der Direktion, die Durchführung von Tagungen des Rates und andere Maßnahmen mit Verwaltungscharakter vorgesehenen Ausgaben werden von den Mitgliedern der Organisation in der Höhe gedeckt, die von den Abkommenspartnern auf Vorschlag des Rates festgelegt und in einem Zusatzprotokoll formuliert wird.
5. Beim Eintritt neuer Mitglieder in die Organisation oder im Falle des Austritts eines Mitglieds aus der Organisation verändern sich entsprechend die Beiträge.
6. Die Valuta, in der die Beiträge zum Statutenfonds und Budget der Organisation zu leisten sind, werden von den Abkommenspartnern auf Vorschlag des Rates festgelegt.
7. Für eine Summe, die nicht zum festgelegten Termin bezahlt wurde, werden Verzugszinsen in Höhe von 3% der jährlichen Beiträge berechnet.
8. Wenn Mitglieder der Organisation ihren finanziellen Verpflichtungen im Laufe eines Jahres nicht nachkommen, entscheidet der Rat über die teilweise oder vollständige Aussetzung der sich aus der Mitgliedschaft in der Organisation ergebenden Rechte.
9. Der aus dem Betrieb des Fernmeldesystems erzielte Gewinn wird zwischen den Mitgliedern der Organisation proportional zu ihrer Beitragssumme aufgeteilt. Auf Beschluß der Mitglieder der Organisation kann der Gewinn für die Erhöhung des Statutenfonds oder die Bildung beliebiger spezieller Fonds verwendet werden.
10. Die Kosten für den Unterhalt der Teilnehmer an Tagungen und Sitzungen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben der Organisation, darunter Sitzungen des Rates, tragen die Abkommenspartner, die ihre Vertreter zu diesen Tagungen und Sitzungen entsenden.

#### Artikel 16

1. Die Organisation betreibt den kosmischen Komplex und stellt die Fernmeldekanäle ihren Mitgliedern und anderen Nutzern in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens zur Verfügung.
2. Die Fernmeldekanäle, über die die Organisation verfügt, werden zwischen den Mitgliedern der Organisation, ausgehend von ihrem Bedarf an Kanälen, aufgeteilt. Die Fernmeldekanäle, die den Gesamtbedarf aller Mitglieder der Organisation überschreiten, können an andere Nutzer vermietet werden.
3. Die Fernmeldekanäle werden gegen Bezahlung nach Tarifen, die vom Rat festgelegt werden, zur Verfügung gestellt. Die Höhe der Tarife muß auf dem Stand der in Goldfranken berechneten Welt-durchschnittstarife sein. Der Zahlungsmodus für die Fernmeldeleistungen wird vom Rat festgelegt.

#### Artikel 17

1. Jeder Abkommenspartner kann das vorliegende Abkommen kündigen, indem er eine schriftliche Mitteilung hierzu der Depositärregierung übersendet.

Die Kündigung des Abkommens durch diesen Abkommenspartner tritt bei Beendigung des Finanzjahres in Kraft, in dem die Einjahresfrist vom Tag der Benachrichtigung der Depositärregierung über diese Kündigung abläuft. Dieser Abkommenspartner hat zu den vom Rat festgelegten Terminen die Beitragssumme zu zahlen, die ihm für das Finanzjahr berechnet wurde, in dem die Kündigung in Kraft tritt, sowie alle anderen von ihm übernommenen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen.

2. Die Höhe des finanziellen Ausgleichs für den Abkommenspartner, der das Abkommen kündigt, wird vom Rat in Übereinstimmung mit der Summe der Beiträge dieses Abkommenspartners am Statutenfonds der Organisation unter Berücksichtigung des physischen und moralischen Verschleißes der Grundmittel festgelegt.

Der finanzielle Ausgleich wird gezahlt, nachdem der Rat den Bericht über das Budget für das Finanzjahr bestätigt hat, in dem die Kündigung in Kraft tritt.

#### Artikel 18

1. Das vorliegende Abkommen kann mit Zustimmung aller Abkommenspartner außer Kraft gesetzt werden.

Die Außerkraftsetzung des Abkommens bedeutet die Auflösung der Organisation.

Das Verfahren für die Auflösung der Organisation wird vom Rat festgelegt.

2. Bei Auflösung der Organisation werden ihre Grundmittel veräußert, und den Mitgliedern der Organisation wird der finanzielle Ausgleich in Übereinstimmung mit ihrer anteiligen Beteiligung an den Kapitalinvestitionen zur Schaffung des Nachrichtensystems unter Berücksichtigung des physischen und moralischen Verschleißes der Grundmittel gezahlt. Die baren Umlaufmittel, ausgenommen die Mittel für die Tilgung der Verpflichtungen der Organisation, werden zwischen den Mitgliedern der Organisation proportional den tatsächlich bis zum Tage der Auflösung der Organisation eingebrachten finanziellen Beiträgen verteilt.

#### Artikel 19

Die Sprachen der Organisation sind Englisch, Spanisch, Russisch und Französisch.

Der Rat entscheidet in Abhängigkeit von den tatsächlichen Bedürfnissen der Organisation, welche Sprachen angewendet werden.

#### Artikel 20

Das vorliegende Abkommen liegt bis 31. Dezember 1972 in Moskau zur Unterzeichnung aus.

Das Abkommen unterliegt der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden der Regierung der UdSSR, die als Depositär des vorliegenden Abkommens bestimmt wird, zur Aufbewahrung übergeben.

## Artikel 21

Das Abkommen tritt in Kraft nach Übergabe von 6 Ratifikationsurkunden.

## Artikel 22

1. Die Regierung jedes beliebigen Staates, die das vorliegende Abkommen nicht unterzeichnet hat, kann diesem beitreten. In diesem Falle übergibt die Regierung dem Rat der Organisation eine offizielle Erklärung, daß sie die Ziele und Prinzipien der Tätigkeit der Organisation teilt und die aus dem vorliegenden Abkommen resultierenden Verpflichtungen übernimmt.
2. Die Dokumente über den Beitritt zum Abkommen werden der Depositärregierung zur Aufbewahrung übergeben.

## Artikel 23

Für Regierungen, die die Ratifikationsurkunden oder Dokumente über den Beitritt nach Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens zur Aufbewahrung übergeben, tritt es am Tage der Übergabe der erwähnten Urkunden in Kraft.

## Artikel 24

Korrekturen zum vorliegenden Abkommen treten für jeden Abkommenspartner, der diese Korrekturen annimmt, nach ihrer Billigung durch zwei Drittel der Abkommenspartner in Kraft. Die in Kraft getretene Korrektur wird für die anderen Abkommenspartner bindend, nachdem diese von ihnen angenommen worden ist.

## Artikel 25

1. Die Depositärregierung des vorliegenden Abkommens benachrichtigt alle Abkommenspartner über das Datum jeder Unterzeichnung, über das Datum der Übergabe jeder Ratifizierungsurkunde zum Deponieren und jedes Beitrittsdokuments über das Datum des Inkrafttretens des Abkommens sowie über alle anderen erhaltenen Mitteilungen.
2. Das vorliegende Abkommen ist von der Depositärregierung in Übereinstimmung mit Artikel 102 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen registrieren zu lassen.

## Artikel 26

Das vorliegende Abkommen wird in englischer, spanischer, russischer und französischer Sprache, dessen Texte gleich authentisch sind, den Archiven der Depositärregierung übergeben. In entsprechender Weise werden die beglaubigten Kopien von der Depositärregierung den Abkommenspartnern übersandt.

Zur Beglaubigung dessen haben die unten Unterzeichneten, die in der entsprechenden Form dazu bevollmächtigt waren, das vorliegende Abkommen unterschrieben.

Ausgeführt in Moskau, 15. November 1971

In Vollmacht der Regierung  
der Volksrepublik Bulgarien                      gez. Trajkow

In Vollmacht der Regierung  
der Ungarischen Volksrepublik                      gez. Csánádi

In Vollmacht der Regierung  
der Deutschen Demokratischen  
Republik    gez. Schulze

In Vollmacht der Regierung  
der Republik Kuba                                      gez. Torres

In Vollmacht der Regierung  
der Mongolischen Volksrepublik                      gez. Gotov

In Vollmacht der Regierung  
der Volksrepublik Polen                              gez. Kowalczyk

In Vollmacht der Regierung  
der Sozialistischen Republik  
Rumänien    gez. Airinei

In Vollmacht der Regierung  
der Union der Sozialistischen  
Sowjetrepubliken                                      gez. Psurzew

In Vollmacht der Regierung  
der Tschechoslowakischen  
Sozialistischen Republik                              gez. Chalupa



**AGREEMENT  
ON THE ESTABLISHMENT OF THE  
"INTERSPUTNIK" INTERNATIONAL SYSTEM  
AND ORGANIZATION OF SPACE  
COMMUNICATIONS**

The Contracting Parties,

recognizing the need to contribute to the strengthening and development of comprehensive economic, scientific, technical, cultural and other relations by communications as well as by radio and television broadcasting via satellites;

recognizing the utility of co-operation in theoretical and experimental research as well as in designing, establishing, operating and developing an international communications system via satellites;

in the interests of the development of international co-operation based on respect for the sovereignty and independence of states, equality and non-interference in the internal affairs as well as mutual assistance and mutual benefit;

in pursuance of the provisions of Resolution 1721 (XVI) of the United Nations General Assembly and the Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, Including the Moon and other Celestial Bodies, of January 27, 1967;

have agreed on the following:

**Article 1**

1. There shall be established an international system of communications via satellites.

2. To ensure co-operation and co-ordination of efforts in the design, establishment, operation and development of the communications system the Contracting Parties set up the "Intersputnik" international organization, hereinafter referred to as the Organization.

**Article 2**

1. The "Intersputnik" is an open international organization.

2. The Members of the Organization shall be the governments that have signed this Agreement and have deposited their instruments of ratification in accordance with Article 20 as well as the governments of other states that have acceded to this Agreement pursuant to Article 22.

**Article 3**

The seat of the Organization shall be in Moscow.

**Article 4**

1. The international system of communications via satellites shall include as its components:

— a space segment comprising communications satellites with transponders, satellite-borne facilities and ground systems of control to ensure the normal functioning of the satellites;

— earth stations mutually communicating via satellites.

2. The space segment shall be the property of the Organization or is leased from Members possessing such systems.

3. The earth stations shall be the property of states or recognized operating agencies.

4. The Members of the Organization shall have the right to include the earth stations which they have built into the communications system of the Organization provided these stations meet the Organization's specifications.

**Article 5**

The international communications system shall be established by the following stages:

— The stage of experimental work done by Members at their earth stations with the use of satellite communications channels made available to the Organization free of charge by the Union of Soviet Socialist Republics on its communications satellites. This stage shall cover the period until the end of 1973.

— The stage of work, involving the use of communications channels on Members' communications satellites on the basis of lease.

— The stage of commercial operation of the communications system with the use of the space segment owned by the Organization or rented from its Members. Transition to this stage will be effected when the establishment of the space segment owned by the Organization or its lease are considered economically advisable by the Contracting Parties.

**Article 6**

Communication satellites owned by the Organization shall be launched, put into orbit and operated in orbit by Members which possess appropriate facilities for this purpose on the basis of agreement between the Organization and such Members.

**Article 7**

The Organization shall coordinate its activities with the International Telecommunication Union and cooperate with other organizations concerned with the use of communications satellites both in technology (the use of the frequency spectrum, the application of technical standards for communications channels and of equipment standards) and in international regulation.

**Article 8**

The Organization shall be a legal entity and shall be entitled to conclude contracts, acquire, lease and alienate property and to institute proceedings.

**Article 9**

1. It shall enjoy in the territory of the states whose governments are Members of the Organization the legal capacity necessary for the attainment of its goals and the performance of its functions. The scope of this legal capacity shall be determined by appropriate agreements with the competent authorities of the states in whose territory it carries out its activities.

2. The legislation of the states in whose territory the Organization carries out its activities shall apply to all matters not covered by the present Agreement or by agreements referred to in paragraph 1 of this Article.

**Article 10**

1. The Organization shall be liable with respect to its obligations within the limits of the property which it owns.

2. The Organization shall not be liable with respect to the obligations of the Contracting Parties, nor the Contracting Parties shall be liable with respect to the obligations of the Organization.

#### Article 11

1. The following bodies shall be established to govern the activities of the Organization:

- the Board — a governing body;
- the Directorate — a permanent executive and administrative body — headed by the Director-General.

The time for the establishment of the Directorate and the beginning of its activities shall be determined by the Board.

2. Prior to the beginning of the Directorate's activities the functions of the Director-General in representing the Organization set forth in paragraph 2 of Article 13 shall be performed by the Chairman of the Board.

3. The Auditing Commission shall be established to supervise the financial activities of the Organization.

4. The Board may also set up auxiliary bodies required for the attainment of the goals of this Agreement.

#### Article 12

1. The Board shall be composed of one representative from each Member of the Organization.

2. Each Member of the Organization shall have one vote in the Board.

3. The Board shall hold its regular sessions at least once a year. An extraordinary session may be held at the request of any Member of the Organization or the Director-General if no less than one third of the Members of the Organization favour its convocation.

4. The sessions of the Board shall be held, as a rule, at the seat of the Organization. The Board may decide to hold sessions in the territories of other states whose governments are Members of the Organization at the invitation of these Members.

Prior to the beginning of the Directorate's activities the Board shall meet in succession in the states whose governments are Members of the Organization in the alphabetic order of their names in the Russian language. In this case the costs of holding such sessions are borne by the host Members of the Organization.

5. Chairmanship at the sessions of the Board shall be rotated among the Members of the Organization in the alphabetic order of their names in the Russian language. The representative of the Member next in the alphabet shall be deputy chairman. The chairman and his deputy shall remain in office until the next regular session of the Board.

6. The Board shall be competent to deal with matters covered by this Agreement. The Board shall:

- 1) examine and approve measures for establishing, acquiring or leasing and operating the space segment;
- 2) approve plans for the development and improvement of the Organization's communications system;
- 3) determine specifications for the Organization's communications satellites;
- 4) examine and approve the programme of putting into orbit the Organization's communications satellites;

5) approve the plan for the distribution of the communications channels among the Members of the Organization as well as the procedure and conditions for the utilization of the communications channels by other users;

6) determine specifications for the earth stations;

7) determine whether the earth stations offered for inclusion into the communications system of the Organization meet the specifications;

8) elect the Director-General and his deputy and supervise the activities of the Directorate;

9) elect the chairman and members of the Auditing Commission and approve the procedure for the work of the Commission;

10) approve the structure and staff of the Directorate as well as the Directorate's Staff Regulations;

11) approve the plan of the activities of the Organization for the coming calendar year;

12) examine and approve the budget of the Organization and the report on its execution as well as the Organization's balance sheet and distribution of profit;

13) examine and approve annual reports of the Director-General on the activities of the Directorate;

14) approve the report of the Auditing Commission;

15) take note of the official statements of the governments wishing to accede to the Agreement;

16) determine the procedure and the dates for the payment of proportional contributions as well as readjust the contribution shares in accordance with paragraph 5 of Article 15;

17) set the rates for transmitting a unit of information or the lease cost of the Organization's satellite communications channel;

18) consider proposals for amendments to this Agreement and submit them to the Contracting Parties for approval as provided for in Article 24;

19) adopt its own rules of procedure;

20) examine and decide on other matters arising from this Agreement.

7. The Board should seek unanimity in adopting its decisions. If this is not achieved, the decisions of the Board shall be considered adopted if no less than two thirds of all Members of the Board vote for them. The decisions of the Board will not be binding on those members who did not favour their adoption and submitted their reservations in writing; however, such Members may later associate themselves with the decisions.

8. In performing its functions set forth in paragraph 6 of this Article the Board shall act within the resources determined by the Contracting Parties.

9. The first session of the Board shall be convened by the government of the state where the seat of the Organization is situated not later than three months after the entry into force of this Agreement.

#### Article 13

1. The Directorate shall consist of the Director-General, his deputy and the required staff.

2. The Director-General who acts on the principles of undivided authority shall be the chief executive of

the Organization and in this capacity shall represent it in relations with the competent authorities of the Members of the Organization in all matters relating to its activities, as well as in relations with states whose governments are not Members of the Organization and with international organizations with which the Board finds it necessary to co-operate.

3. The Director-General shall be responsible to the Board and shall act within the scope of the authority conferred on him by this Agreement and the decisions of the Board.

4. The Director-General shall perform the following functions:

1) ensures the implementation of the Board's decisions;

2) negotiates with the communications authorities, design agencies and industrial enterprises of the Members of the Organization on the questions of designing the entire system and of designing, manufacturing and delivering the satellite-borne equipment elements and units for the Organization's communications satellites;

3) negotiates on the questions of launching communications satellites for the Organization;

4) concludes on behalf of the Board and within the authority determined by the Board international and other agreements;

5) draws up the budget estimates for the forthcoming fiscal year, submits them to the Board for approval and reports to the Board on the execution of the budget for the past financial year;

6) prepares for submission to the Board the report on the Directorate's activities for the past year;

7) draws up plans for the Organization's activities as well as for the development and improvement of the communications system and submits them to the Board for approval;

8) ensures the preparation, convocation and holding of the sessions of the Board.

5. The Director-General and his deputy shall be elected from among the nationals of the states whose governments are Members of the Organization for a period of four years. The Deputy Director-General may be elected, as a rule, for one term only. The Director-General and his deputy shall not be citizens of the same state.

6. The staff of the Directorate shall be composed of nationals of the states whose governments are Members of the Organization with due regard for their professional qualifications and the equitable geographical representation.

#### Article 14

1. The Auditing Commission shall consist of three members elected for a period of three years from among the nationals of different states whose governments are Members of the Organization. The chairman and a member of the Auditing Commission shall not hold any office in the Organization.

2. The Director-General shall make available to the Auditing Commission all material and documents required for auditing.

3. The report of the Auditing Commission shall be submitted to the Board of the Organization.

#### Article 15

1. A statutory fund (fixed and current assets) shall be established to finance the activities of the Organization. The decision on the establishment and the size of the statutory fund shall be taken by the Contracting Parties on the basis of the recommendation of the Board and shall be formalized by a special protocol. The amount of the proportional contributions of the Members of the Organization to the statutory fund shall be fixed in proportion to the extent to which they use the communications channels.

2. If in the process of the improvement of the communications system a necessity to increase the statutory fund is revealed, the sum of additional contributions shall be apportioned among the Members of the Organization who have given their consent to such an increase.

3. The contributions of the Members of the Organization to the statutory fund shall be used to meet following expenses of the Organization:

1) for research, design and experimental work relating to space segment and the earth stations;

2) for design, construction, acquisition or lease of the space segment;

3) for launching and putting into orbit communications satellites of the Organization;

4) for other purposes in connection with the activities of the Organization.

4. Prior to the establishment of the statutory fund the Organization shall conduct its activities on the basis of a special budget drawn up for each calendar year. The expenses envisaged in the budget for the maintenance of the staff of the Directorate, the holding of the Board's sessions and other administrative activities shall be met by the Members of the Organization in proportions fixed by the Contracting Parties on the recommendation of the Board and formalized by a special protocol.

5. Upon the admission of new Members to the Organization or in the case of the withdrawal from the Organization, the share of contributions of each remaining Member shall be changed accordingly.

6. The currency in which contributions are paid to the statutory fund and the Organization budget shall be determined by the Contracting Parties on the recommendation of the Board.

7. The Organization shall charge 3 per cent annually for sums which Members have failed to pay by the date fixed.

8. If a Member of the Organization fails to meet its financial obligations within one year the Board will decide on a partial or complete suspension of its rights arising from membership in the Organization.

9. The profits derived from the operation of the communications system shall be shared by the Members of the Organization in proportion to the amount of their contributions. The Members may decide to use the profits to increase the statutory fund or to set up some special funds.

10. The expenses for the maintenance of participants in conferences and meetings convened in connection with the implementation of the goals of the Organiza-

tion, including the sessions of the Board, shall be met by the Contracting Parties represented on such conferences and meetings.

#### Article 16

1. The Organization shall operate the space segment making communications channels available to its Members and other users in accordance with the provisions of this Agreement.

2. The communications channels at the disposal of the Organization shall be distributed among the Members of the Organization on the basis of their needs for channels. Communications channels which are in excess of aggregate requirements of all Members of the Organization may be leased to other users.

3. Payment for the communications channels made available shall be charged according to rates established by the Board. The rates shall be fixed at the average world level calculated in gold francs.

The payment for communications services shall be made in a manner determined by the Board.

#### Article 17

1. Any of the Contracting Parties may denounce this Agreement by notice in writing to that effect given to the Depository Government.

The denunciation of the Agreement by such Contracting Party takes effect upon the termination of the financial year during which a period of one year expires from the date of notification of the Depository Government of the denunciation. Such Contracting Party shall pay within the period fixed by the Board the sum of contributions due for the financial year in which the denunciation becomes effective and shall also carry out all other financial obligations assumed.

2. The amount of the monetary compensation due to the Contracting Party which has denounced the Agreement shall be determined by the Board in accordance with the sum of contributions paid by that Contracting Party to the statutory fund of the Organization with due regard to physical and moral depreciation of the fixed assets. The monetary compensation shall be paid following the approval by the Board of the budget report for the financial year during which the denunciation takes effect.

#### Article 18

1. This Agreement may be terminated with the consent of all the Contracting Parties.

The termination of the Agreement amounts to the dissolution of the Organization.

The procedure for the dissolution of the Organization shall be determined by the Board.

2. In the event of the dissolution of the Organization its fixed assets shall be realized and the Members of the Organization shall be paid monetary compensation according to their participation in capital expenditure for the establishment of the communications system with due regard to physical and moral depreciation of the fixed assets. The available current assets, with the exception of the part intended to meet the obligations of the Organization shall be distributed among the Members of the Organization in proportion to the monetary contributions actually paid as of the date when the Organization was dissolved.

#### Article 19

The languages of the Organization shall be English, French, Russian and Spanish.

The extent to which language is used shall be determined by the Board depending on the actual requirements of the Organization.

#### Article 20

1. This Agreement is open for signing until the 31st December, 1972 in Moscow.

The Agreement shall be subject to ratification. Instruments of ratification shall be deposited with the Government of the USSR which is designated the Depository Government of this Agreement.

#### Article 21

The Agreement shall enter into force on the deposit of six instruments of ratification.

#### Article 22

1. The government of any state which did not sign this Agreement may accede to it. In that case the government shall submit to the Board of the Organization a formal statement to the effect that it shares the goals and principles of the activities of the Organization and assumes the obligations under this Agreement.

2. Instruments of accession to the Agreement shall be deposited with the Depository Government.

#### Article 23

For governments whose instruments of ratification or accession are deposited subsequent to the entry into force of this Agreement, it shall enter into force on the date of the deposit of the above instruments.

#### Article 24

Amendments to this Agreement shall come into force for each Contracting Party accepting the amendments upon their approval by two thirds of the Contracting Parties. An amendment which has come into force shall be binding on the other Contracting Parties after their acceptance of such amendment.

#### Article 25

1. The Depository Government of this Agreement shall inform all Contracting Parties of the date of each signature of the date of deposit of each instrument of ratification and accession, of the date of the entry into force of the Agreement and of all other notices it has received.

2. This Agreement shall be registered by the Depository Government pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations.

#### Article 26

This Agreement, the English, French, Russian and Spanish texts of which are equally authentic, shall be deposited in the archives of the Depository Government. Duly certified copies of the Agreement shall be transmitted by the Depository Government to the Contracting Parties.

In witness whereof the undersigned, duly authorized, have signed this Agreement.

Done in Moscow on the 15th of November 1971.

**Acuerdo  
sobre la creación del sistema internacional y de la  
organización de telecomunicaciones cósmicas "In-  
terspútnik"**

Las Partes Contratantes,

reconociendo la necesidad de contribuir al fortalecimiento y desarrollo de las relaciones multilaterales económicas, científico-técnicas, culturales y demás mediante las telecomunicaciones, así como la radio y televisión, con ayuda de los satélites artificiales de la Tierra;

reconociendo la utilidad de la colaboración en las investigaciones teóricas y experimentales, así como en proyectar, crear, explotar y desarrollar el sistema internacional de telecomunicaciones con ayuda de los satélites artificiales de la Tierra;

en interés de desarrollar la colaboración internacional sobre la base del respeto a la soberanía e independencia de los Estados, igualdad, no intervención en los asuntos internos, así como la ayuda y ventaja mutuas;

partiendo de las disposiciones de la resolución 1721 (XVI) de la Asamblea General de la Organización de las Naciones Unidas y del Tratado sobre los principios que deben regir la actividad de los Estados en el estudio y aprovechamiento del espacio cósmico, incluso la Luna y otros cuerpos celestes, fechado el 27 de enero de 1967;

han acordado lo siguiente:

**ARTICULO 1**

1. Se crea el sistema internacional de telecomunicaciones mediante los satélites artificiales de la Tierra.

2. Para asegurar la colaboración y coordinar los esfuerzos en la proyección, creación, explotación y desarrollo del sistema de telecomunicaciones, las Partes Contratantes instituyen la organización internacional "Interspútnik", en lo adelante denominada la Organización.

**ARTICULO 2**

1. "Interspútnik" es una organización internacional abierta.

2. Son miembros de la Organización los gobiernos que han firmado el presente Acuerdo y han depositado los documentos acerca de su ratificación conforme al artículo 20, así como los gobiernos de otros Estados que a tenor con el artículo 22 se adhirieron al presente Acuerdo.

**ARTICULO 3**

Como sede de la Organización se destina la ciudad de Moscú.

**ARTICULO 4**

1. El sistema internacional de telecomunicaciones mediante los satélites artificiales de la Tierra incluye como sus partes componentes:

— un complejo cósmico integrado por satélites de telecomunicaciones con retransmisores, medios de a bordo y sistemas terrestres de mando que aseguran el funcionamiento normal de dichos satélites;

— estaciones terrestres que efectúan la intercomunicación mediante los satélites artificiales de la Tierra.

2. El complejo cósmico es propiedad de la Organización o se arrienda a los Miembros de la Organización que disponen de semejantes sistemas.

3. Las estaciones terrestres son propiedad de los Estados o de las entidades de explotación reconocidas.

4. Los Miembros de la Organización tienen derecho de intercambiar las estaciones terrestres construidas por los mismos en el sistema de telecomunicaciones de la Organización si éstas satisfacen los requisitos técnicos de la Organización.

**ARTICULO 5**

La creación del sistema internacional de telecomunicaciones prevé las siguientes etapas:

— etapa del trabajo experimental efectuado por los Miembros de la Organización en sus estaciones terrestres utilizando los canales de telecomunicaciones concedidos gratuitamente a la Organización por la Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas en sus satélites de telecomunicaciones. El plazo de vigencia de esta etapa se establece hasta el final de 1973;

— etapa de trabajo con el empleo de los canales de telecomunicaciones mediante los satélites de los Miembros de la Organización según las condiciones de arrendamiento;

— etapa de explotación comercial del sistema de telecomunicaciones con el empleo del complejo cósmico perteneciente a la Organización o arrendado a sus Miembros. La transición a esta etapa será efectuada cuando la creación del complejo cósmico perteneciente a la Organización o su arrendamiento sean reconocidos económicamente convenientes por las Partes Contratantes.

**ARTICULO 6**

El lanzamiento y la puesta en órbita de los satélites de telecomunicaciones pertenecientes a la Organización, así como el mando de los mismos en la órbita se efectúan por los Miembros de la Organización que disponen para esto de los medios correspondientes a base de los acuerdos entre la Organización y dichos Miembros.

**ARTICULO 7**

La Organización coordina sus actividades con la Unión Internacional de Telecomunicaciones y colabora con otras organizaciones cuya actividad está relacionada con el empleo de los satélites de telecomunicaciones, tanto en el aspecto técnico (utilización del espectro de frecuencias, aplicación de las normas técnicas para los canales de telecomunicaciones y de los standards para los equipos), como en las cuestiones de reglamentación internacional.

**ARTICULO 8**

La Organización es persona jurídica y tiene derechos para firmar acuerdos, adquirir, arrendar y enajenar los bienes y emprender acciones procesales.

**ARTICULO 9**

1. En el territorio de los Estados cuyos gobiernos son Miembros de la Organización, ésta tiene la capacidad jurídica necesaria para lograr sus objetivos y realizar sus funciones. El volumen de esta capacidad jurídica se

determinará en los correspondientes acuerdos con los organismos competentes de los Estados en cuyo territorio ejerce la misma sus actividades.

2. En cuanto a las cuestiones no reguladas por el presente Acuerdo y acuerdos mencionados en el párrafo 1 de este artículo, se aplica la jurisdicción de los Estados en cuyo territorio se ejerce la actividad de la Organización.

#### ARTICULO 10

1. La Organización asume la responsabilidad material conforme a sus compromisos dentro de los límites de los bienes a ella pertenecientes.

2. La Organización no asume la responsabilidad material respecto a los compromisos de las Partes Contratantes, igualmente que las Partes Contratantes no responden por los compromisos de la Organización.

#### ARTICULO 11

1. Para dirigir las actividades de la Organización se crean los siguientes órganos:

- El Consejo — órgano directivo;
- La Dirección — órgano ejecutivo y administrativo permanente, encabezado por el Director General.

El plazo de creación y comienzo de las actividades de la Dirección se determina por el Consejo.

2. Antes de comenzar las actividades de la Dirección, las funciones representativas del Director General, mencionadas en el párrafo 2 del artículo 13, las desempeña el presidente del Consejo.

3. Para revisar la actividad financiera de la Organización se crea la Comisión Revisora.

4. El Consejo puede instituir los órganos auxiliares que sean necesarios para realizar los objetivos del presente Acuerdo.

#### ARTICULO 12

1. El Consejo estará compuesto por un representante de cada Miembro de la Organización.

2. Cada Miembro de la Organización tiene un voto en el Consejo.

3. El Consejo convoca sus sesiones ordinarias no menos de una vez al año. La sesión extraordinaria puede ser convocada a petición de cualquier Miembro de la Organización o del Director General si a favor de su convocatoria se manifiesta no menos de un tercio de los Miembros de la Organización.

4. Las sesiones del Consejo se celebran, por regla general, en la sede de la Organización. El Consejo puede adoptar la resolución de celebrarlas en el territorio de otros Estados cuyos gobiernos son Miembros de la Organización a invitación de dichos Miembros de la misma.

Antes de comenzar la actividad de la Dirección, el Consejo se reúne alternativamente en los Estados cuyos gobiernos son Miembros de la Organización, por el orden de sus nombres según el alfabeto ruso. En este caso los gastos relacionados con la sesión irán a cargo del país Miembro de la Organización donde se realice la misma.

5. La presidencia en las sesiones del Consejo se efectúa consecutivamente por los representantes de los Miembros de la Organización en el orden de sus nombres de acuerdo con el alfabeto ruso. Como vicepresidente se nombra al representante del Miembro de la Organización que le sigue en orden alfabético. El presidente y el vicepresidente conservan sus poderes hasta la siguiente sesión ordinaria del Consejo.

6. Son competencia del Consejo las cuestiones comprendidas en el presente Acuerdo. El Consejo:

1) examina y aprueba las medidas para crear, adquirir o arrendar, así como para explotar el complejo cósmico;

2) aprueba los planes de desarrollo y perfeccionamiento del sistema de telecomunicaciones de la Organización;

3) determina las normas técnicas para los satélites de telecomunicaciones de la Organización;

4) discute y aprueba el programa de lanzamientos a la órbita de los satélites de telecomunicaciones de la Organización;

5) aprueba el plan de distribución de los canales de telecomunicaciones entre los Miembros de la Organización, así como el orden y condiciones en que dichos canales puedan ser utilizados por otros consumidores;

6) determina las normas técnicas para las estaciones terrestres;

7) determina la adecuación a las normas técnicas de las estaciones terrestres que se presentan para incorporarse al sistema de telecomunicaciones de la Organización;

8) elige al Director General y a su adjunto y revisa las actividades de la Dirección;

9) elige al presidente y a los miembros de la Comisión Revisora y aprueba el orden de trabajo de la misma;

10) aprueba la estructura y plantillas de la Dirección, así como el Reglamento sobre el personal de la misma;

11) aprueba el plan de trabajo de la Organización para el siguiente año calendario;

12) examina y aprueba el presupuesto de la Organización y el informe sobre su cumplimiento, así como el balance y la distribución de los beneficios de la Organización;

13) examina y aprueba los informes anuales del Director General sobre la actividad de la Dirección;

14) aprueba el informe de la Comisión Revisora;

15) toma en consideración las declaraciones oficiales de los gobiernos que desean unirse al Acuerdo;

16) determina el orden y los plazos de pago de las cuotas, así como la redistribución de sus partes correspondientes de acuerdo con el párrafo 5 del artículo 15;

17) establece la tarifa por la transmisión de unidades de información o el costo de arrendamiento de un canal en los satélites de telecomunicaciones de la Organización;

18) examina las proposiciones acerca de la introducción de enmiendas al presente Acuerdo y las plantea ante las Partes Contratantes para su aprobación en el orden establecido por el artículo 24;

19) aprueba las reglas de procedimiento de su trabajo;

20) examina y soluciona otras cuestiones dimanantes del Acuerdo.

7. El Consejo debe procurar que sus resoluciones sean aprobadas por unanimidad. Si esto no se consigue, las resoluciones del Consejo se consideran aprobadas cuando obtengan no menos de dos tercios de los votos de todos los Miembros del Consejo. Las resoluciones del Consejo no son obligatorias para los Miembros que no se manifestaron en su favor y presentaron sus cláusulas por escrito; sin embargo, posteriormente estos Miembros pueden adherirse a las resoluciones aprobadas.

8. Durante el cumplimiento de sus funciones, estipuladas en el párrafo 6 del presente Artículo, el Consejo actúa de acuerdo con los fondos establecidos por las Partes Contratantes.

9. La primera sesión del Consejo se convoca por el gobierno del Estado sede de la Organización a más tardar tres meses después de entrar en vigor el presente Acuerdo.

#### ARTICULO 13

1. Componen la Dirección el Director General, su adjunto y el personal necesario.

2. El Director General actuando a base de los principios de autoridad única, es la persona administrativa principal de la Organización y representa a ésta como tal en sus relaciones con los órganos competentes de los Miembros de la Organización en todos los aspectos vinculados con su actividad, así como en las relaciones con los Estados cuyos gobiernos no son Miembros de la Organización y con las organizaciones internacionales con las cuales el Consejo considerara necesario colaborar.

3. El Director General responde ante el Consejo y actúa de acuerdo con los poderes otorgados al mismo por el presente Acuerdo y por las resoluciones del Consejo.

4. El Director General ejerce las siguientes funciones:

1) asegura el cumplimiento de las resoluciones del Consejo;

2) lleva las negociaciones con las administraciones de telecomunicaciones, organismos de proyección y empresas industriales de los Miembros de la Organización acerca de los problemas de proyección del sistema en su conjunto, así como acerca de los problemas de proyección, fabricación y suministro de los elementos y bloques de equipos de a bordo para los satélites de telecomunicaciones de la Organización;

3) efectúa las negociaciones sobre las cuestiones referentes al lanzamiento de los satélites de telecomunicaciones de la Organización;

4) por encargo del Consejo y de acuerdo con los poderes por él otorgados concierne los acuerdos internacionales y de otra índole;

5) elabora el proyecto del presupuesto para el año fiscal siguiente, lo presenta a la aprobación del Consejo y rinde cuentas ante este acerca del cumplimiento del presupuesto anterior;

6) prepara para la consideración del Consejo el informe sobre la actividad de la Dirección durante el año pasado;

7) elabora los proyectos de los planes de trabajo de la Organización, así como los del desarrollo y perfeccionamiento del sistema de telecomunicaciones, y los presenta a la aprobación del Consejo;

8) asegura la preparación, convocatoria y celebración de las sesiones del Consejo.

5. El Director General y su adjunto son elegidos entre ciudadanos de Estados cuyos gobiernos son Miembros de la Organización por el plazo de 4 años. El adjunto del Director General puede ser elegido, por regla general, solamente para una legislatura. El Director General y su adjunto no pueden ser ciudadanos de un mismo país.

6. El personal de la Dirección se completa con ciudadanos de los Estados cuyos gobiernos son Miembros de la Organización, partiendo de la competencia profesional y la representación geográfica justa.

#### ARTICULO 14

1. La Comisión Revisora se compone de tres miembros elegidos por el Consejo, por un plazo de tres años, de los ciudadanos de distintos Estados cuyos gobiernos son Miembros de la Organización.

El presidente y los miembros de la Comisión Revisora no pueden ocupar ningún otro cargo en la Organización.

2. El Director General presenta a la disposición de la Comisión Revisora todos los materiales y documentos necesarios para la revisión.

3. El informe de la Comisión Revisora se presenta al Consejo de la Organización.

#### ARTICULO 15

1. Para asegurar las actividades de la Organización se crea un fondo reglamentario (fondos básicos y de circulación). La resolución acerca de la creación y la cantidad del fondo reglamentario es aprobada por las Partes Contratantes a proposición del Consejo y se legaliza con protocolo especial. El volumen de la parte correspondiente de los Miembros de la Organización en la formación del fondo reglamentario se determina proporcionalmente al grado de utilización de los canales de telecomunicaciones por los mismos.

2. Si en el proceso de perfeccionamiento del sistema de telecomunicaciones surge la necesidad de aumentar el fondo reglamentario, el volumen de las cuotas suplementarias se distribuye entre los Miembros de la Organización que expresaron su conformidad con este aumento.

3. A cuenta de las cuotas de los Miembros de la Organización al fondo reglamentario se costean los siguientes gastos de la Organización:

1) para los trabajos de investigación científica y de proyección experimental en el complejo cósmico y estaciones terrestres;

2) para proyectar, crear, adquirir o arrendar el complejo cósmico;

3) para sufragar el lanzamiento y puesta en órbita de los satélites de telecomunicaciones pertenecientes a la Organización;

4) para otros fines vinculados con la actividad de la Organización.

4. Antes de formarse el fondo reglamentario, la actividad de la Organización se ejerce de acuerdo con un presupuesto especial elaborado para cada año calendario. Los gastos previstos por el presupuesto para mantener al personal de la Dirección, celebrar las sesiones del Consejo y otras medidas de carácter administrativo se costean por los Miembros de la Organización en la cantidad determinada por las Partes Contratantes a proposición del Consejo y se legalizan con un protocolo especial.

5. Con la incorporación de nuevos Miembros o en caso de que cualquier Miembro se retire de la Organización, las partes correspondientes de las cuotas de los demás Miembros de la Organización por consiguiente varían.

6. La divisa con que se efectúan las cuotas al fondo reglamentario y al presupuesto de la Organización se determina por las Partes Contratantes a proposición del Consejo.

7. A la suma no sufragada por los Miembros de la Organización en el plazo fijado se le impone el 3% de interés anual.

8. En caso de que algunos Miembros de la Organización no cumplan con sus compromisos financieros en el transcurso de un año, el Consejo resuelve la cuestión acerca de suspender parcial o totalmente los derechos dimanantes de la filiación de los mismos en la Organización.

9. La ganancia proveniente de la explotación del sistema de telecomunicaciones se distribuye entre los Miembros de la Organización en proporción a la suma de sus cuotas. Por decisión de los Miembros de la Organización la ganancia puede ser designada al aumento del fondo reglamentario o a la creación de fondos especiales.

10. Los gastos para mantener a los participantes de las reuniones relacionadas con el cumplimiento de tareas de la Organización, incluso de las sesiones del Consejo, corren a cargo de las Partes Contratantes que comisionan a sus representantes a dichas reuniones.

#### ARTICULO 16

1. La Organización explota el complejo cósmico, cediendo de acuerdo con las disposiciones del presente Acuerdo los canales de telecomunicaciones a sus Miembros y a otros consumidores.

2. Los canales de telecomunicaciones de que dispone la Organización se distribuyen entre los Miembros de la Organización partiendo de sus necesidades en canales. Los canales de telecomunicaciones que rebasan la demanda general de los Miembros de la Organización pueden ser arrendados a otros consumidores.

3. Los canales de telecomunicaciones se conceden a pago según las tarifas determinadas por el Consejo. La magnitud de las tarifas debe coincidir con el nivel de las tarifas mundiales promedio en francos oro.

El pago de las cuentas por los servicios de telecomunicaciones lo determina el Consejo.

#### ARTICULO 17

1. El presente Acuerdo puede ser denunciado por cualquiera de las Partes Contratantes, enviando una nota escrita adecuada al gobierno depositario.

La denuncia del Acuerdo por la Parte Contratante entra en vigor una vez finalizado el año fiscal en que caduca el plazo anual desde el día de la notificación al gobierno depositario. La Parte Contratante denunciadora debe pagar en el plazo determinado por el Consejo la suma de las cuotas a ella fijada para el año fiscal en que la denuncia entra en vigor, así como cumplir con los demás compromisos financieros por ella asumidos.

2. La suma de la compensación monetaria de la Parte Contratante denunciadora se determina por el Consejo de acuerdo con la suma de cuotas de dicha Parte Contratante al fondo reglamentario de la Organización, tomando en consideración el desgaste físico y moral de los medios básicos. La compensación monetaria se paga después que el Consejo aprueba el informe de balance presupuestario correspondiente al año fiscal en el cual la denuncia entra en vigor.

#### ARTICULO 18

1. El presente Acuerdo puede ser anulado con la conformidad de todas las Partes Contratantes.

La anulación del Acuerdo significa la liquidación de la Organización.

El orden de liquidación de la Organización se determina por el Consejo.

2. En caso de liquidarse la Organización, sus medios básicos se venden y a los Miembros de ésta se les paga una compensación monetaria de acuerdo con su parte correspondiente en los gastos capitales para crear el sistema de telecomunicaciones, tomando en consideración el desgaste físico y moral de los medios básicos. Los recursos de circulación existentes, a excepción de la parte designada para cumplir con los compromisos de la Organización, se distribuyen entre los Miembros de la Organización en proporción a las cuotas pecuniaras de hecho transferidas al día de la liquidación de la Organización.

#### ARTICULO 19

Los idiomas de trabajo de la Organización son el español, el inglés, el ruso y el francés.

El grado de la utilización de los idiomas se decide por el Consejo de acuerdo con las necesidades reales de la Organización.

#### ARTICULO 20

1. El presente Acuerdo está abierto a su firma hasta el 31 de diciembre de 1972 en la ciudad de Moscú.

El Acuerdo debe ser ratificado. Los instrumentos de ratificación se entregan para su depósito al Gobierno de la URSS, designado como depositario del presente Acuerdo.



## ARTICULO 21

El Acuerdo entra en vigor una vez depositados seis instrumentos de ratificación.

## ARTICULO 22

1. El Gobierno de cualquier Estado que no ha firmado el presente Acuerdo puede adherirse a él. En este caso, el Gobierno interesado entrega al Consejo de la Organización una declaración oficial exponiendo que comparte los fines y principios de la actividad de la Organización y asume los compromisos dimanantes del presente Acuerdo.

2. Los instrumentos de adhesión al Acuerdo se entregan para su depósito al gobierno depositario.

## ARTICULO 23

Para los gobiernos que depositaran los instrumentos de ratificación o instrumentos de adhesión después de entrar en vigor el presente Acuerdo, éste será válido a partir del día del depósito de dichos instrumentos.

## ARTICULO 24

Las enmiendas al presente Acuerdo entran en vigor para cada Parte Contratante que las aprueba después de ser admitidas por dos tercios de las Partes Contra-

tantes. La enmienda que entra en vigor es obligatoria para las demás Partes Contratantes después de que éstas la aprueben.

## ARTICULO 25

1. El gobierno depositario del presente Acuerdo comunica a todas las Partes Contratantes sobre la fecha de cada firma, fecha del depósito de cada instrumento de ratificación y de cada instrumento de adhesión, fecha de la entrada en vigor del Acuerdo, así como sobre las demás notificaciones por él recibidas.

2. El presente Acuerdo será registrado por el gobierno depositario en conformidad con el artículo 102 de la Carta de la Organización de las Naciones Unidas.

## ARTICULO 26

El presente Acuerdo cuyos textos en español, ruso, inglés y francés son igualmente auténticos, será depositado en los archivos del gobierno depositario. Las copias del Acuerdo debidamente certificadas, serán enviadas por el gobierno depositario a las Partes Contratantes.

En testimonio de lo cual los abajo firmantes, debidamente apoderados, firmaron el presente Acuerdo.

Dado en la ciudad de Moscú el 15 de noviembre de 1971.

**Соглашение  
о создании международной системы и Организации  
космической связи «Интерспутник»**

Договаривающиеся Стороны, признавая необходимость содействия укреплению и развитию всесторонних экономических, научно-технических, культурных и других отношений посредством осуществления связи, а также радио и телевизионного вещания через искусственные спутники Земли;

признавая полезность сотрудничества в теоретических и экспериментальных исследованиях, а также в проектировании, создании, эксплуатации и развитии международной системы связи через искусственные спутники Земли;

в интересах развития международного сотрудничества на основе уважения суверенитета и независимости государств, равноправия, невмешательства во внутренние дела, а также взаимной помощи и взаимной выгоды;

исходя из положений резолюции 1721 (XVI) Генеральной Ассамблеи Организации Объединенных Наций и Договора о принципах деятельности государств по исследованию и использованию космического пространства, включая Луну и другие небесные тела, от 27 января 1967 г.;

договорились о нижеследующем:

**Статья 1**

1. Создается международная система связи через искусственные спутники Земли.

2. Для обеспечения сотрудничества и координации усилий по проектированию, созданию, эксплуатации и развитию системы связи Договаривающиеся Стороны учреждают международную организацию «Интерспутник», в дальнейшем именуемую Организацией.

**Статья 2**

1. «Интерспутник» является открытой международной организацией.

2. Членами Организации являются правительства, подписавшие настоящее Соглашение и сдавшие на хранение документы о его ратификации в соответствии со статьей 20, а также правительства других государств, присоединившиеся к настоящему Соглашению в соответствии со статьей 22.

**Статья 3**

Местопребыванием Организации устанавливается город Москва.

**Статья 4**

1. Международная система связи через искусственные спутники Земли включает в качестве своих составных компонентов:

— космический комплекс, состоящий из спутников связи с ретрансляторами, бортовыми средствами и наземными системами управления, обеспечивающими нормальное функционирование спутников;

— земные станции, осуществляющие взаимную связь через искусственные спутники Земли.

2. Космический комплекс является собственностью Организации или арендуется у Членов Организации, имеющих такие системы.

3. Земные станции являются собственностью государств либо признанных эксплуатационных организаций.

4. Члены Организации имеют право на включение построенных ими земных станций в систему связи Организации, если эти станции удовлетворяют техническим требованиям Организации.

**Статья 5**

Создание международной системы связи предусматривается по следующим этапам:

— этап проведения опытной работы Членами Организации на своих земных станциях с использованием каналов связи, предоставляемых Организацией бесплатно Союзом Советских Социалистических Республик на его спутниках связи. Продолжительность этого этапа устанавливается до конца 1973 года;

— этап работы с использованием каналов связи на спутниках связи Членов Организации на условиях аренды;

— этап коммерческой эксплуатации системы связи с использованием космического комплекса, являющегося собственностью Организации или арендуемого у ее Членов. Переход к этому этапу будет осуществлен, когда создание космического комплекса, принадлежащего Организации, или его аренда будут признаны Договаривающимися Сторонами экономически целесообразными.

**Статья 6**

Запуск и вывод на орбиту спутников связи, являющихся собственностью Организации, а также управление ими на орбите осуществляются Членами Организации, имеющими для этого соответствующие средства, на основе соглашений между Организацией и такими Членами Организации.

**Статья 7**

Организация координирует свою деятельность с Международным Союзом Электросвязи, а также сотрудничает с другими организациями, деятельность которых имеет отношение к использованию спутников связи как в техническом отношении (использование частотного спектра, применение технических норм на каналы связи и стандартов на аппаратуру), так и в вопросах международной регламентации.

**Статья 8**

Организация является юридическим лицом и правомочна заключать договоры, приобретать, арендовать и отчуждать имущество и предпринимать процессуальные действия.

**Статья 9**

1. На территории государств, правительства которых являются Членами Организации, она пользуется правоспособностью, необходимой для достижения ее целей и осуществления ее функций. Объем этой правоспособности будет определяться в соответствующих соглашениях с компетентными органами государств, на территории которых она осуществляет свою деятельность.

2. По вопросам, не урегулированным настоящим Соглашением и соглашениями, указанными в пункте 1 настоящей статьи, применяется законодательство государств, на территории которых осуществляется деятельность Организации.

**Статья 10**

1. Организация несет материальную ответственность по своим обязательствам в пределах принадлежащего ей имущества.

2. Организация не несет материальной ответственности по обязательствам Договаривающихся Сторон, равно как Договаривающиеся Стороны не отвечают по обязательствам Организации.

**Статья 11**

1. Для руководства деятельностью Организации создаются следующие органы:

— Совет — руководящий орган;

— Дирекция — постоянный исполнительный и административный орган во главе с Генеральным директором.

Время создания и начало деятельности Дирекции определяются Советом.

2. До начала деятельности Дирекции функции Генерального директора по представительству Организации, указанные в пункте 2 статьи 13, выполняет председатель Совета.

3. Для контроля за финансовой деятельностью Организации создается Ревизионная комиссия.

4. Совет может учреждать такие вспомогательные органы, которые необходимы для осуществления целей настоящего Соглашения.

**Статья 12**

1. В состав Совета входит по одному представителю от каждого Члена Организации.

2. Каждый Член Организации имеет в Совете один голос.

3. Совет собирается на очередные сессии не реже одного раза в год. Внеочередная сессия может быть созвана по просьбе любого Члена Организации или Генерального директора, если за ее созыв высказалось не менее одной трети Членов Организации.

4. Сессии Совета проводятся, как правило, в месте пребывания Организации. Совет может принять решение о проведении сессий на территории других государств, правительства которых являются Членами Организации, по приглашению этих Членов Организации.

До начала деятельности Дирекции Совет собирается поочередно в государствах, правительства которых являются членами Организации согласно их названий по русскому алфавиту. В этом случае расходы по проведению сессий несут принимающие Члены Организации.

5. Председательствование на сессиях Совета осуществляется представителями Членов Организации поочередно в порядке названий этих Членов Организации по русскому алфавиту. Заместителем председателя назначается представитель Члена Организации, следующего по алфавиту. Председатель и его заместитель сохраняют свои полномочия до следующей очередной сессии Совета.

6. К компетенции Совета относятся вопросы, охватываемые настоящим Соглашением. Совет:

1) рассматривает и утверждает мероприятия по созданию, приобретению или аренде, а также эксплуатации космического комплекса;

2) утверждает планы развития и совершенствования системы связи Организации;

3) определяет технические требования на спутники связи Организации;

4) рассматривает и утверждает программу запуска на орбиту спутников связи Организации;

5) утверждает план распределения каналов связи между Членами Организации, а также порядок и условия использования каналов связи другими потребителями;

6) определяет технические требования на земные станции;

7) определяет соответствие техническим требованиям земных станций, предъявляемых для включения в систему связи Организации;

8) избирает Генерального директора и его заместителя и контролирует деятельность Дирекции;

9) избирает председателя и членов Ревизионной комиссии и утверждает порядок работы этой комиссии;

10) утверждает структуру и штаты Дирекции, а также Положение о персонале Дирекции;

11) утверждает план работы Организации на предстоящий календарный год;

12) рассматривает и утверждает бюджет Организации и отчет о его исполнении, а также баланс и распределение прибыли Организации;

13) рассматривает и утверждает ежегодные отчеты Генерального директора о деятельности Дирекции;

14) утверждает отчет Ревизионной комиссии;

15) принимает к сведению официальные заявления правительств, желающих присоединиться к Соглашению;

16) определяет порядок и сроки уплаты долевых взносов, а также перераспределение долей взносов в соответствии с пунктом 5 статьи 15;

17) определяет тариф за передачу единиц информации или стоимость аренды канала на спутниках связи Организации;

18) рассматривает предложения о внесении поправок в настоящее Соглашение и предлагает их Договаривающимся Сторонам для одобрения в порядке, установленном статьей 24;

19) принимает правила процедуры своей работы;

20) рассматривает и решает другие вопросы, вытекающие из Соглашения.

7. Совет должен стремиться к тому, чтобы его решения принимались единогласно. Если этого не будет достигнуто, решения Совета считаются принятыми, когда за них подано не менее двух третей голосов всех Членов Совета. Решения Совета не являются обязательными для тех Членов, которые не высказались за их принятие и заявили к ним оговорку в письменной форме; однако, впоследствии эти Члены могут присоединиться к принятым решениям.

8. При исполнении своих функций, предусмотренных в пункте 6 настоящей статьи, Совет действует в пределах средств, установленных Договаривающимися Сторонами.

9. Первая сессия Совета созывается правительством государства, в котором установлено местопребывание Организации, не позднее, чем через три месяца после вступления в силу настоящего Соглашения.

## Статья 13

1. Дирекция состоит из Генерального директора, его заместителя и необходимого персонала.

2. Генеральный директор, действуя на принципах единоначалия, является главным административным должностным лицом Организации и в этом качестве представляет ее в отношениях с компетентными органами Членов Организации по всем вопросам, касающимся ее деятельности, а также в отношениях с государствами, правительства которых не являются членами Организации, и международными организациями, с которыми Совет сочтет необходимым сотрудничать.

3. Генеральный директор ответственен перед Советом и действует в пределах полномочий, предоставленных ему настоящим Соглашением и решениями Совета.

4. Генеральный директор осуществляет следующие функции:

- 1) обеспечивает выполнение решений Совета;
- 2) ведет переговоры с администрациями связи, проектными организациями и промышленными предприятиями Членов Организации по вопросам проектирования системы в целом, а также по вопросам проектирования, изготовления и поставки элементов и блоков бортовой аппаратуры спутников связи Организации;
- 3) ведет переговоры по вопросам запусков спутников связи для Организации;
- 4) по поручению Совета в рамках полномочий, установленных Советом, заключает международные и другие соглашения;
- 5) составляет проект бюджета на очередной финансовый год, представляет его на утверждение Совета и отчетывается перед Советом об исполнении бюджета за истекший финансовый год;
- 6) подготавливает для представления Совету отчет о деятельности Дирекции за истекший год;
- 7) разрабатывает проекты планов работы Организации, а также развития и совершенствования системы связи и представляет их Совету на утверждение;
- 8) обеспечивает подготовку, созыв и проведение сессий Совета.

5. Генеральный директор и его заместитель избираются из граждан государств, правительства которых являются Членами Организации, сроком на 4 года. Заместитель Генерального директора может быть избран, как правило, только на один срок. Генеральный директор и его заместитель не могут быть гражданами одного и того же государства.

6. Персонал Дирекции комплектуется из граждан государств, правительства которых являются Членами Организации, с учетом профессиональной компетенции и справедливого географического представительства.

## Статья 14

1. Ревизионная комиссия состоит из трех членов, избираемых Советом сроком на три года из граждан разных государств, правительства которых являются Членами Организации.

Председатель и члены Ревизионной комиссии не могут занимать каких-либо должностей в Организации.

2. Генеральный директор предоставляет в распоряжение ревизионной комиссии все необходимые для осуществления ревизий материалы и документы.

3. Отчет Ревизионной комиссии представляется Совету Организации.

## Статья 15

1. Для обеспечения деятельности Организации создается уставный фонд (основные и оборотные средства). Решение о создании и размерах уставного фонда принимается Договаривающимися Сторонами по предложению Совета и оформляется специальным протоколом. Размер долевого участия Членов Организации в образовании уставного фонда устанавливается пропорционально степени использования ими каналов связи.

2. Если в процессе усовершенствования системы связи будет выявлена необходимость в увеличении уставного фонда, то сумма дополнительных взносов подлежит распределению между Членами Организации, которые выразили согласие на это увеличение.

3. За счет взносов Членов Организации в уставный фонд покрываются следующие расходы Организации:

- 1) на научно-исследовательские и опытно-конструкторские работы по космическому комплексу и по земным станциям;
- 2) на проектирование, создание, приобретение или аренду космического комплекса;
- 3) на оплату запуска и вывода на орбиту спутников связи Организации;
- 4) на другие цели, связанные с деятельностью Организации.

4. До образования уставного фонда деятельность Организации осуществляется в соответствии со специальным бюджетом, составляемым на каждый календарный год. Расходы, предусмотренные в бюджете на содержание персонала Дирекции, проведение сессий Совета и другие мероприятия административного характера, покрываются Членами Организации в размерах, устанавливаемых Договаривающимися Сторонами по предложению Совета и оформляемых специальным протоколом.

5. При вступлении в Организацию новых Членов или в случае выхода Члена из Организации доли взносов остальных Членов Организации соответственно изменяются.

6. Валюта, в которой производятся взносы в уставный фонд и бюджет Организации, определяется Договаривающимися Сторонами по предложению Совета.

7. На сумму, не уплаченную Членами Организации в установленный срок, Организация начисляет 3% годовых.

8. В случае невыполнения Членами Организации своих финансовых обязательств в течение одного года Совет решает вопрос о частичном или полном приостановлении прав, вытекающих из членства в Организации.

9. Прибыль, полученная от эксплуатации системы связи, распределяется между Членами Организации пропорционально их сумме взносов. По решению Членов Организации прибыль может быть обращена на увеличение уставного фонда или создание каких-либо специальных фондов.

10. Расходы по содержанию участников совещаний и заседаний, связанных с выполнением задач Организации, в том числе заседаний Совета, несут Договаривающиеся Стороны, командировавшие своих представителей на такие совещания и заседания.

**Статья 16**

1. Организация эксплуатирует космический комплекс, предоставляя в соответствии с положениями настоящего Соглашения каналы связи своим Членам и другим потребителям.

2. Каналы связи, которыми располагает Организация, распределяются между Членами Организации, исходя из их потребностей в каналах. Каналы связи, превышающие общую потребность всех Членов Организации, могут быть сданы в аренду другим потребителям.

3. Каналы связи предоставляются за плату по тарифам, устанавливаемым Советом. Величина тарифов должна быть на уровне среднемировых тарифов, исчисляемых в золотых франках.

Порядок расчетов за услуги связи определяется Советом.

**Статья 17**

1. Любая Договаривающаяся Сторона может денонсировать настоящее Соглашение, направив письменное извещение об этом правительству-депозитарию.

Денонсация Соглашения этой Договаривающейся Стороной вступает в силу по окончании финансового года, в котором истекает годичный срок, со дня извещения правительства-депозитария об этой денонсации. Такая Договаривающаяся Сторона должна в сроки, установленные Советом, выплатить сумму взносов, определенную ей на финансовый год, в котором денонсация вступает в силу, а также выполнить все другие взятые на себя финансовые обязательства.

2. Размер денежной компенсации Договаривающейся Стороне, денонсировавшей Соглашение, определяется Советом в соответствии с суммой взносов этой Договаривающейся Стороны в уставный фонд Организации с учетом физического и морального износа основных средств. Денежная компенсация выплачивается после утверждения Советом отчета по бюджету за финансовый год, в котором денонсация вступает в силу.

**Статья 18**

1. Настоящее Соглашение может быть прекращено с согласия всех Договаривающихся Сторон.

Прекращение Соглашения означает ликвидацию Организации.

Порядок ликвидации Организации определяется Советом.

2. В случае ликвидации Организации ее основные средства реализуются, и Членам Организации выплачивается денежная компенсация в соответствии с их долевым участием в капитальных затратах по созданию системы связи с учетом физического и морального износа основных средств. Наличные оборотные средства, за исключением части, идущей на погашение обязательств Организации, распределяются между Членами Организации пропорционально фактически внесенным денежным взносам на день ликвидации Организации.

**Статья 19**

Языками Организации являются английский, испанский, русский и французский языки.

Степень использования языков решается Советом в зависимости от действительных потребностей Организации.

**Статья 20**

1. Настоящее Соглашение открыто для подписания до 31 декабря 1972 года в городе Москве.

Соглашение подлежит ратификации. Ратификационные грамоты сдаются на хранение Правительству СССР, которое назначается в качестве депозитария настоящего Соглашения.

**Статья 21**

Соглашение вступает в силу после сдачи на хранение шести ратификационных грамот.

**Статья 22**

1. Правительство любого государства, не подписавшее настоящее Соглашение, может присоединиться к нему. В этом случае правительство подает Совету Организации официальное заявление о том, что оно разделяет цели и принципы деятельности Организации и принимает на себя обязательства, вытекающие из настоящего Соглашения.

2. Документы о присоединении к Соглашению сдаются на хранение правительству-депозитарию.

**Статья 23**

Для правительств, которые сдадут на хранение ратификационные грамоты или документы о присоединении после вступления в силу настоящего Соглашения, оно вступит в силу в день сдачи на хранение указанных актов.

**Статья 24**

Поправки к настоящему Соглашению вступают в силу для каждой Договаривающейся Стороны, принимающей эти поправки после их одобрения двумя третями Договаривающихся Сторон. Вступившая в силу поправка становится обязательной для других Договаривающихся Сторон после принятия ими такой поправки.

**Статья 25**

1. Правительство — депозитарий настоящего Соглашения извещает все Договаривающиеся Стороны о дате каждого подписания, о дате сдачи на хранение каждой ратификационной грамоты и каждого документа о присоединении, о дате вступления в силу Соглашения, а также о всех других полученных им уведомлениях.

2. Настоящее Соглашение будет зарегистрировано правительством-депозитарием в соответствии со статьей 102 Устава Организации Объединенных Наций.

**Статья 26**

Настоящее Соглашение, русский, английский, испанский и французский тексты которого являются равно аутентичными, будет сдано на хранение в архивы правительства-депозитария. Должным образом заверенные копии Соглашения будут препровождены правительством-депозитарием Договаривающимся Сторонам.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся, должным образом на то уполномоченные, подписали настоящее Соглашение.

Совершено в городе Москве 15 ноября 1971 года.

**Accord**  
**sur la création d'un système international et de**  
**l'Organisation des télécommunications spatiales**  
**« Interspoutnik »**

Les Parties Contractantes,

reconnaissant la nécessité de contribuer à la consolidation et au développement harmonieux des relations économiques, scientifiques, techniques et culturelles et d'autres rapports au moyen des communications télégraphiques et téléphoniques ainsi que de la radiodiffusion et de la télévision par les satellites artificiels de la Terre;

reconnaissant l'utilité de la coopération dans les recherches théoriques et expérimentales ainsi que dans l'élaboration des projets, la création, l'exploitation et le développement du système international des télécommunications à l'aide des satellites artificiels de la Terre;

dans l'intérêt du développement de la coopération internationale basée sur le respect de la souveraineté et de l'indépendance des Etats, sur l'égalité en droit et la non-ingérence dans les affaires intérieures ainsi que sur l'entraide et l'avantage mutuel;

partant des dispositions de la résolution 1721 (XVI) de l'Assemblée Générale de l'Organisation des Nations Unies et du Traité sur les principes régissant les activités des Etats en matière d'exploration et d'utilisation de l'espace extra-atmosphérique, y compris la Lune et les autres corps célestes, en date du 27 janvier 1967;

sont convenues de ce qui suit:

**Article 1**

1. Créer un système international du service des télécommunications par satellites artificiels de la Terre.

2. Afin d'assurer la coopération et la coordination des efforts dans l'élaboration des projets, la création, l'exploitation et le développement du système des télécommunications, les Parties Contractantes instituent une organisation internationale « Interspoutnik », dénommée ci-après Organisation.

**Article 2**

1. « Interspoutnik » est une Organisation internationale ouverte.

2. Sont membres de l'Organisation les gouvernements qui ont signé le présent Accord et ont déposé les instruments de ratification conformément à l'article 20, ainsi que les gouvernements des autres Etats qui ont adhéré au présent Accord conformément à l'article 22.

**Article 3**

Le siège de l'Organisation est fixé à Moscou.

**Article 4**

1. Le système international des télécommunications par les satellites artificiels de la Terre comprend en tant qu'éléments composants:

— le complexe spatial comprenant les satellites de télécommunication avec les retransmetteurs, les dispositifs de bord et les systèmes de commande terrestres assurant le fonctionnement normal des satellites;

— les stations terriennes réalisant l'intercommunication par les satellites artificiels de la Terre.

2. Le complexe spatial est propriété de l'Organisation ou est loué chez les Membres de l'Organisation possédant de tels systèmes.

3. Les stations terriennes sont propriété de l'Etat ou des organisations d'exploitation privées reconnues.

4. Les Membres de l'Organisation ont le droit de brancher les stations terriennes qu'ils ont construites au système des télécommunications de l'Organisation si ces stations répondent aux exigences techniques de l'Organisation.

**Article 5**

La création du système international des télécommunications est envisagée par les étapes suivantes:

— Etape des travaux d'essais effectués par les Membres de l'Organisation dans leurs stations terriennes avec l'utilisation des voies de télécommunications mises à la disposition de l'Organisation à titre gratuit par l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques à bord de ses satellites de télécommunication. Terme de cette étape: fin 1973.

— Etape des travaux avec utilisation des voies de télécommunication à bord des satellites de télécommunication des Membres de l'Organisation à titre de location.

— Etape de l'exploitation commerciale du système des télécommunications avec utilisation du complexe spatial, propriété de l'Organisation ou loué chez ses Membres. La transition à cette étape aura lieu lorsque la création du complexe spatial appartenant à l'Organisation ou sa location sera reconnue économiquement rationnelle par les Parties Contractantes.

**Article 6**

Le lancement et la mise en orbite des satellites de télécommunication qui sont propriété de l'Organisation ainsi que leur commande sur l'orbite sont réalisés par les Membres de l'Organisation disposant de moyens appropriés, sur la base des accords conclus entre l'Organisation et lesdits Membres.

**Article 7**

L'Organisation coordonne ses activités avec l'Union Internationale des Télécommunications et coopère avec d'autres organisations dont les activités sont liées à l'utilisation des satellites de télécommunication tant du point de vue technique (utilisation du spectre de fréquences, application des normes techniques aux voies des communications et des standards à l'appareillage), que dans les problèmes de la réglementation internationale.

**Article 8**

L'Organisation est une personne civile et compétente de conclure des accords, d'acquérir, de louer et d'aliéner des biens et d'entreprendre des actions de procédure.

**Article 9**

1. Sur les territoires des Etats dont les gouvernements sont Membres de l'Organisation, cette dernière jouit de la capacité indispensable à la réalisation de ses objectifs et de ses fonctions. Le degré de cette capacité sera défini par les accords appropriés avec des organismes compétents des Etats en territoire desquels l'Organisation réalisera son activité.

2. Les problèmes qui ne sont pas visés par le présent Accord et par les accords mentionnés au paragraphe 1 du présent article, seront réglés conformément à la législation des Etats sur les territoires desquels l'Organisation s'occupe de ses activités.

#### Article 10

1. L'Organisation assure la responsabilité matérielle en raison de ses engagements dans les limites des biens qui lui appartiennent.

2. L'Organisation n'assume pas la responsabilité matérielle en raison des engagements des Parties Contractantes, tout comme les Parties Contractantes ne sont pas responsables en raison des engagements contractés par l'Organisation.

#### Article 11

1. Les organismes suivants sont créés pour diriger les activités de l'Organisation:

- Le Conseil — l'organe directeur;
- La Direction — l'organe exécutif et administratif permanent présidé par le Directeur Général.

La date de la création et le début des activités de la Direction sont définis par le Conseil.

2. En attendant le début des activités de la Direction, les fonctions du Directeur Général relatives à la représentation de l'Organisation et indiquées au paragraphe 2 de l'article 13, sont assumées par le Président du Conseil.

3. Une Commission de contrôle est créée pour contrôler les activités financières de l'Organisation.

4. Le Conseil peut également constituer des organismes auxiliaires indispensables à la réalisation des objectifs du présent Accord.

#### Article 12

1. Le Conseil est composé de représentants de chaque Membre de l'Organisation à raison d'un représentant de chaque Membre.

2. Chaque Membre de l'Organisation dispose d'une voix au sein du Conseil.

3. Le Conseil se réunit en session au moins une fois par an. Une session extraordinaire peut être convoquée sur la demande de tout Membre de l'Organisation ou du Directeur Général, si au moins un tiers des Membres de l'Organisation s'est prononcé pour cette convocation.

4. Les sessions du Conseil ont lieu, en règle générale, au siège de l'Organisation. Le Conseil peut décider d'organiser les sessions en territoire d'autres Etats dont les gouvernements sont Membres de l'Organisation, sur l'invitation de ces derniers.

En attendant le début des activités de la Direction, le Conseil se réunit alternativement dans les Pays dont les gouvernements sont Membres de l'Organisation et suivant l'ordre alphabétique russe de ceux-là. Dans ce cas les frais occasionnés par les sessions sont à la charge des Membres-hôtes de l'Organisation.

5. La présidence aux sessions du Conseil est assumée alternativement par les représentants des Membres de l'Organisation suivant l'ordre alphabétique russe de ceux-là. Le représentant du Membre de l'Organisation suivant, dans l'ordre alphabétique, devient vice-président. Le Président et le vice-président maintiennent leurs pouvoirs jusqu'à la session prochaine du Conseil.

6. Les questions prévues par le présent Accord à la compétence du Conseil. Le Conseil:

1) examine et sanctionne les mesures relatives à la création, l'acquisition ou la location ainsi qu'à l'exploitation du complexe spatial;

2) approuve les plans de développement et de perfectionnement du système des télécommunications de l'Organisation;

3) définit les exigences techniques concernant les satellites de télécommunication de l'Organisation;

4) examine et adopte le programme de mise en orbite des satellites de télécommunication de l'Organisation;

5) approuve le plan de répartition des voies des télécommunications entre les Membres de l'Organisation ainsi que la procédure et les conditions d'utilisation des voies des télécommunications par les autres usagers;

6) définit les exigences techniques relatives aux stations terriennes;

7) détermine la conformité des stations terriennes aux exigences techniques avancées pour l'inclusion au système des télécommunications de l'Organisation;

8) élit le Directeur Général et son adjoint et contrôle les activités de la Direction;

9) élit le Président et les membres de la Commission de contrôle et entérine les modalités des travaux de cette Commission;

10) approuve la structure et le personnel de la Direction ainsi que le Règlement sur le personnel de la Direction;

11) adopte le plan des travaux de l'Organisation pour l'année civile prochaine;

12) examine et adopte le budget de l'Organisation et le rapport sur son exécution ainsi que le bilan et la répartition des bénéfices de l'Organisation;

13) examine et approuve les rapports annuels du Directeur Général sur les activités de la Direction;

14) approuve le rapport de la Commission de contrôle;

15) prend acte des déclarations officielles des gouvernements désireux d'adhérer à l'Accord;

16) définit la procédure et les délais du versement des cotisations ainsi que la nouvelle répartition des cotisations conformément au paragraphe 5 de l'article 15;

17) définit le tarif pour la transmission des unités d'information ou de location de la voie des satellites de télécommunication de l'Organisation;

18) examine les propositions sur les amendements au présent Accord et les soumet à l'approbation des Parties Contractantes comme cela est prévu par l'article 24;

19) adopte les procédures de ses travaux;

20) examine et résout d'autres problèmes découlant de l'Accord.

7. Le Conseil doit faire en sorte que ses décisions soient adoptées à l'unanimité. Si tel n'est pas le cas, les décisions du Conseil sont considérées comme adoptées si elles obtiennent au moins de deux tiers des voix de tous les Membres du Conseil. Les décisions du Conseil ne sont pas obligatoires pour les Membres qui ne les ont pas soutenues et qui y ont avancé une réserve par écrit; cependant par la suite, lesdits Membres peuvent se joindre aux décisions adoptées.

8. Lors de l'exécution de ses fonctions prévues par le paragraphe 6 du présent article, le Conseil ne doit pas dépasser les ressources fixées par les Parties Contractantes.

9. La première session du Conseil est convoquée par le gouvernement de l'Etat où se trouve le siège de l'Organisation, trois mois au plus tard après l'entrée en vigueur du présent Accord.

### Article 13

1. La Direction est composée du Directeur Général, de son adjoint et du personnel indispensable.

2. Agissant sur les principes de la direction unique, le Directeur Général est le principal fonctionnaire administratif de l'Organisation et la représente en cette qualité dans les relations avec les organismes compétents des Membres de l'Organisation au sujet de tous les problèmes concernant ses activités ainsi que dans les relations avec les Etats dont les gouvernements ne sont pas Membres de l'Organisation et avec les organisations internationales avec lesquelles le Conseil trouvera nécessaire de coopérer.

3. Le Directeur Général est responsable devant le Conseil et agit dans les limites des pouvoirs qui lui sont conférés par le présent Accord et les décisions du Conseil.

4. Le Directeur Général assume les fonctions suivantes:

1) assure l'exécution des décisions du Conseil;

2) mène les pourparlers avec les administrations des télécommunications, les organisations de planification et les entreprises industrielles des Membres de l'Organisation sur les problèmes relatifs à l'élaboration du projet du système en entier ainsi que des problèmes concernant l'élaboration du projet, la fabrication et les fournitures des éléments et des blocs de l'appareillage de bord des satellites de télécommunication de l'Organisation;

3) mène les pourparlers sur les problèmes des lancements des satellites de télécommunication pour l'Organisation;

4) conclut, au nom du Conseil et dans le cadre des pouvoirs établis par le Conseil, des accords internationaux et autres;

5) élabore le projet du budget pour l'exercice suivant, le soumet à l'approbation du Conseil et fait rapport au Conseil de l'exécution du budget pour l'exercice écoulé;

6) prépare le rapport d'activité de la Direction pour l'année écoulée afin de le présenter au Conseil;

7) élabore les projets de plans des travaux de l'Organisation ainsi que ceux de développement et de perfectionnement du système des télécommunications, et les soumet à l'approbation du Conseil;

8) assure la préparation, la convocation et la tenue des sessions du Conseil.

5. Le Directeur Général et son adjoint sont élus parmi les citoyens des Etats dont les gouvernements sont Membres de l'Organisation, pour un délai de 4 ans. L'adjoint du Directeur Général ne peut être élu, en règle générale, que pour une législature. Le Directeur Général et son adjoint ne peuvent être citoyens d'un seul et même Etat.

6. Le personnel de la Direction est choisi parmi les citoyens des Etats dont les gouvernements sont Membres de l'Organisation en tenant compte de la compé-

tence professionnelle et la représentation géographique équitable.

### Article 14

1. La Commission de contrôle est composée de trois membres élus par le Conseil pour un délai de 3 ans parmi les citoyens de divers Etats dont les gouvernements sont Membres de l'Organisation.

Le président et les membres de la Commission de contrôle ne peuvent exercer des fonctions quelconques au sein de l'Organisation.

2. Le Directeur Général met à la disposition de la Commission de contrôle tous les matériaux et les documents indispensables pour celle-ci.

3. Le rapport de la Commission de contrôle est présenté au Conseil de l'Organisation.

### Article 15

1. Un fonds statutaire (principal et de roulement) est créé en vue d'assurer les activités de l'Organisation. La décision au sujet de la création et du montant du fonds statutaire est adoptée par les Parties Contractantes sur proposition du Conseil et un procès-verbal spécial en est rédigé. Les cotisations des Membres de l'Organisation pour la formation du fonds statutaire sont établies proportionnellement au degré d'utilisation, par ceux-ci, des voies des télécommunications.

2. Si, au cours du perfectionnement du système des télécommunications, il s'avère nécessaire d'accroître le fonds statutaire, la somme des cotisations supplémentaires doit être répartie entre les Membres de l'Organisation qui ont accepté cette majoration.

3. Les cotisations des Membres de l'Organisation au fonds statutaire servent à couvrir les dépenses suivantes de l'Organisation:

1) travaux de recherches scientifiques et de constructions expérimentales relatifs au complexe spatial et aux stations terriennes;

2) élaboration des projets, création, acquisition ou location du complexe spatial;

3) lancement et mise en orbite des satellites de télécommunication de l'Organisation;

4) autres objectifs liés à l'activité de l'Organisation.

4. En attendant la formation du fonds statutaire, l'activité de l'Organisation est réalisée conformément au budget spécial établi pour chaque année civile. Les dépenses prévues par le budget pour l'entretien du personnel de la Direction, l'organisation des sessions du Conseil et autres mesures d'ordre administratif sont couvertes par les Membres de l'Organisation dans les limites fixées par les Parties Contractantes sur proposition du Conseil, et un procès-verbal spécial en est rédigé.

5. A la suite de l'adhésion de nouveaux Membres à l'Organisation ou de la sortie d'un Membre de l'Organisation, la part contributive des autres Membres de l'Organisation est respectivement modifiée.

6. Les devises devant être versées au fonds statutaire et au budget de l'Organisation sont définies par les Parties Contractantes sur proposition du Conseil.

7. La somme qui n'a pas été versée à terme par les Membres de l'Organisation, est frappée par l'Organisation de 3 % d'intérêts annuels.

8. En cas de non-exécution, par les Membres de l'Organisation, de leurs engagements financiers pendant



une année, le Conseil décide de la suspension partielle ou complète des droits découlant de l'appartenance à l'Organisation.

9. Le profit provenant de l'exploitation du système des télécommunications, est réparti entre les Membres de l'Organisation proportionnellement à parts contributives. Sur décision des Membres de l'Organisation, le profit peut être utilisé pour l'accroissement du fonds statutaire ou la création des fonds spéciaux quelconques.

10. Les frais d'entretiens des participants aux conférences et aux sessions liées à l'exécution des problèmes de l'Organisation, y compris les sessions du Conseil, sont assumés par les Parties Contractantes envoyant leurs représentantes à ces conférences et sessions.

#### Article 16

1. L'Organisation exploite le complexe spatial, mettant, conformément aux dispositions du présent Accord, des voies des télécommunications à la disposition de ses Membres et des autres usagers.

2. Les voies des télécommunications dont dispose l'Organisation sont réparties entre les Membres de l'Organisation en fonction de leurs besoins. Les voies des télécommunications dépassant les besoins de tous les Membres de l'Organisation peuvent être louées à d'autres usagers.

3. Les voies des télécommunications sont accordées contre paiement d'après les tarifs établis par le Conseil. Les tarifs doivent être au niveau des tarifs moyens mondiaux calculés en francs-or.

Le système des paiements pour les facilités des communications est établi par le Conseil.

#### Article 17

1. Toute Partie Contractante peut dénoncer le présent Accord en adressant un avis par écrit au gouvernement dépositaire.

La dénonciation de l'Accord par cette Partie Contractante entre en vigueur au terme de l'exercice pendant lequel expire le délai annuel, à partir du jour où le gouvernement dépositaire a reçu l'avis de dénonciation. Cette Partie Contractante doit, dans les délais fixés par le Conseil, régler les versements qui lui ont été fixés pour l'exercice au cours duquel la dénonciation entre en vigueur, et remplir ses autres engagements financiers.

2. La somme de la compensation en espèces versée par la Partie Contractante ayant dénoncé l'Accord est déterminé par le Conseil conformément aux parts contributives de cette Partie Contractante au fonds statutaire de l'Organisation, compte tenu de l'usure physique et morale des fonds principaux. La compensation en espèces est versée après approbation, par le Conseil, du rapport sur le budget pour l'exercice au cours duquel la dénonciation entre en vigueur.

#### Article 18

1. Le présent Accord peut être annulé sur consentement de toutes les Parties Contractantes.

L'abrogation de l'Accord signifie la liquidation de l'Organisation.

La procédure de la liquidation de l'Organisation est définie par le Conseil.

2. En cas de liquidation de l'Organisation, ses fonds principaux sont réalisés et les Membres de l'Organisation touchent une compensation en espèces conformément à leur parts contributives dans les investissements pour la création du système des télécommunications, compte tenu de l'usure physique et morale des fonds principaux. Le fonds de roulement disponible, à l'exception de la partie utilisée pour remplir les engagements de l'Organisation, est réparti parmi les Membres de l'Organisation proportionnellement aux versements en espèces faits jusqu'au jour de la liquidation de l'Organisation.

#### Article 19

Les langues de l'Organisation sont l'anglais, l'espagnol, le russe et le français.

Le degré de l'utilisation des langues est déterminé par le Conseil selon les besoins réels de l'Organisation.

#### Article 20

Le présent Accord est ouvert à la signature jusqu'au 31 décembre 1972 dans la ville de Moscou.

L'Accord est à ratifier. Les instruments de ratification seront remis au Gouvernement de l'U.R.S.S. qui est désigné comme dépositaire du présent Accord.

#### Article 21

L'Accord entre en vigueur après la remise au dépôt de six instruments de ratification.

#### Article 22

1. Le gouvernement de tout Etat qui n'a pas signé le présent Accord, peut y adhérer. Dans ce cas, le gouvernement déclare officiellement au Conseil de l'Organisation qu'il partage les objectifs et les principes d'activité de l'Organisation et assume les engagements découlant du présent Accord.

2. Les instruments d'adhésion à l'Accord sont remis au gouvernement dépositaire.

#### Article 23

En ce qui concerne les gouvernements qui remettront au dépôt les instruments de ratification ou ceux d'adhésion après l'entrée en vigueur du présent Accord, ce dernier entrera en vigueur le jour de la remise des instruments susmentionnés.

#### Article 24

Les amendements au présent Accord entrent en vigueur pour chaque Partie Contractante acceptant ces amendements, après leur approbation par les deux tiers des Parties Contractantes. L'amendement entré en vigueur devient obligatoire pour les autres Parties Contractantes après qu'elles aient accepté ces amendements.

#### Article 25

1. Le gouvernement dépositaire du présent Accord notifie à toutes les Parties Contractantes la date de chaque signature, la date de remise au dépôt de chaque instrument de ratification et de chaque instrument d'adhésion, la date d'entrée en vigueur de l'Accord ainsi que toutes autres notifications reçues.

2. Le présent Accord sera enregistré par le gouvernement dépositaire conformément à l'article 102 de la Charte de l'Organisation des Nations Unies.

## Article 26

Le présent Accord dont les textes russe, anglais, espagnol et français sont authentiques, sera déposé aux archives du gouvernement dépositaire. Les copies de l'Accord dûment légalisées seront expédiées par le gouvernement dépositaire aux Parties Contractantes.

En foi de quoi les soussignés dûment habilités à ces fins ont signé le présent Accord.

Fait à Moscou, le 15 novembre 1971

По уполномочию Правительства  
Народной Республики Болгарии  
On behalf of the Government  
of the People's Republic of Bulgaria  
Por encargo del Gobierno  
de la República Popular de Bulgaria  
Au nom du Gouvernement de la  
République Populaire de Bulgarie

Trajkow

По уполномочию Правительства  
Венгерской Народной Республики  
On behalf of the Government  
of the Hungarian People's Republic  
Por encargo del Gobierno de la  
República Popular de Hungría  
Au nom du Gouvernement de la  
République Populaire de Hongrie

Csanádi

По уполномочию Правительства  
Германской Демократической Республики  
On behalf of the Government  
of the German Democratic Republic  
Por encargo del Gobierno  
de la República Democrática Alemana  
Au nom du Gouvernement de la  
République Démocratique Allemande

Schulze

По уполномочию Правительства  
Республики Куба  
On behalf of the Government  
of the Republic of Cuba  
Por encargo del Gobierno  
de la República de Cuba  
Au nom du Gouvernement de la  
République de Cuba.

Torres

По уполномочию Правительства  
Монгольской Народной Республики  
On behalf of the Government  
of the Mongolian People's Republic  
Por encargo del Gobierno de la  
República Popular de Mongolia  
Au nom du Gouvernement de la  
de la République Populaire de Mongolie

Gotov

По уполномочию Правительства  
Польской Народной Республики  
On behalf of the Government  
of the Polish People's Republic  
Por encargo del Gobierno  
de la República Popular de Polonia  
Au nom du Gouvernement de la  
République Populaire de Pologne

Kowalczyk

По уполномочию Правительства  
Социалистической Республики Румынии  
On behalf of the Government  
of the Rumanian Socialist Republic  
Por encargo del Gobierno  
de la República Socialista de Rumanía  
Au nom du Gouvernement  
de la République Socialiste de Roumanie

Airinei

По уполномочию Правительства  
Союза Советских Социалистических Республик  
On behalf of the Government  
of the Union of Soviet Socialist Republics  
Por encargo del Gobierno  
de la Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas  
Au nom du Gouvernement de la  
l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques

Psurzew

По уполномочию Правительства  
Чехословацкой Социалистической Республики  
On behalf of the Government  
of the Czechoslovak Socialist Republic  
Por encargo del Gobierno  
de la República Socialista de Checoslovaquia  
Au nom du Gouvernement  
de la République Socialiste de Tchécoslovaquie

Chalupa

Копия верна:  
Заведующий Договорно-правовым отделом МИД СССР  
О. ХЛЕСТОВ

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47. Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1338 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 636. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1024 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 44 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 30. Juni 1972

Teil I Nr. 10

Tag	Inhalt	Seite
31. 5. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund und Ozeanboden und in deren Untergrund .....	139
21. 6. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik vom 28. September 1971 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	154

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Vertrages  
über das Verbot der Stationierung  
von Kernwaffen und  
anderen Massenvernichtungswaffen  
auf dem Meeresgrund und Ozeanboden  
und in deren Untergrund**

vom 31. Mai 1972

Der Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund und Ozeanboden und in deren Untergrund vom 11. Februar 1971 wurde durch die Deutsche Demokratische Republik am 11. Februar 1971 in Moskau unterzeichnet.

Die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch die Deutsche Demokratische Republik erfolgte am 27. Juli 1971 bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Der Vertrag trat entsprechend seinem Artikel X am 18. Mai 1972 in Kraft.

Berlin, den 31. Mai 1972

Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Inoffizielle Übersetzung

**Vertrag****über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen  
und anderen Massenvernichtungswaffen  
auf dem Meeresgrund und Ozeanboden  
und in deren Untergrund****Die Teilnehmerstaaten dieses Vertrages haben**

in **Anerkennung** des gemeinsamen Interesses der Menschheit an der Entwicklung der Erforschung und Nutzung des Meeresgrundes und Ozeanbodens zu friedlichen Zwecken,

in **Anbetracht** dessen, daß die Verhinderung eines nuklearen Wettrüstens auf dem Meeresgrund und Ozeanboden den Interessen der Erhaltung des Weltfriedens dient, die internationalen Spannungen mindert und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten stärkt,

in der **Überzeugung**, daß dieser Vertrag ein Schritt auf dem Wege zum Ausschluß des Meeresgrundes und Ozeanbodens und deren Untergrundes vom Wettrüsten ist,

in der **Überzeugung**, daß dieser Vertrag ein Schritt auf dem Wege zu einem Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle ist, und von der Entschlossenheit erfüllt, die Verhandlungen zu diesem Zwecke fortzuführen,

in der **Überzeugung**, daß dieser Vertrag die Ziele und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts und ohne Verletzung der Freiheit des offenen Meeres fördern wird,

folgendes vereinbart:

**Artikel I**

1. Die Teilnehmerstaaten dieses Vertrages verpflichten sich, auf dem Meeresgrund und Ozeanboden und in deren Untergrund außerhalb der äußeren Grenze der Meeresgrundzone, wie sie in Artikel II definiert ist, keine Kernwaffen oder irgendwelche anderen Arten von Massenvernichtungswaffen sowie keine spezifisch für die Lagerung, Erprobung oder Nutzung solcher Waffen bestimmte Bauten, Abschußvorrichtungen oder andere Einrichtungen zu errichten oder zu stationieren.

2. Die Verpflichtungen gemäß Punkt 1 dieses Artikels gelten auch für die Meeresgrundzone, auf die im gleichen Punkt Bezug genommen wird, mit der Ausnahme, daß sie sich innerhalb dieser Meeresgrundzone nicht auf den Küstenstaat oder den Meeresgrund unterhalb seiner Hoheitsgewässer erstrecken.

3. Die Teilnehmerstaaten dieses Vertrages verpflichten sich, keinen Staat zu unterstützen, zu ermutigen oder zu veranlassen, in Punkt 1 dieses Artikels ge-

nannte Handlungen zu begehen sowie in keiner anderen Weise an solchen Handlungen teilzunehmen.

**Artikel II**

Zum Zwecke dieses Vertrages fällt die äußere Grenze der in Artikel I genannten Meeresgrundzone mit der äußeren 12-Meilen-Grenze der Zone, die in Teil II der am 29. April 1958 in Genf unterzeichneten Konvention über das Küstenmeer und die Ergänzungszone erwähnt ist, zusammen und wird gemäß den Festlegungen des Abschnitts II, Teil I dieser Konvention und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht gemessen.

**Artikel III**

1. Um die Ziele dieses Vertrages zu fördern und die Einhaltung seiner Bestimmungen zu gewährleisten, hat jeder Teilnehmerstaat des Vertrages das Recht, die Tätigkeit anderer Teilnehmerstaaten des Vertrages auf dem Meeresgrund und Ozeanboden und in deren Untergrund außerhalb der in Artikel I genannten Zone durch Beobachtung zu prüfen, unter der Voraussetzung, daß eine derartige Beobachtung diese Tätigkeit nicht stört.

2. Sollten nach einer derartigen Beobachtung weiterhin begründete Zweifel an der Erfüllung der gemäß dem Vertrag eingegangenen Verpflichtungen bestehen, konsultieren sich der Teilnehmerstaat, der diese Zweifel hegt, und der für diese angezweifelte Tätigkeit verantwortliche Teilnehmerstaat, um die Zweifel zu beseitigen. Falls weiterhin Zweifel bestehen, informiert der Teilnehmerstaat, der diese Zweifel hegt, die anderen Teilnehmerstaaten, und die beteiligten Seiten arbeiten in den weiteren Kontrollverfahren zusammen, die vereinbart werden können, einschließlich einer entsprechenden Inspektion von Objekten, Bauten, Vorrichtungen oder anderen Einrichtungen, die ihrem Charakter nach billigerweise zu den unter Artikel I genannten Kategorien gezählt werden können. Die im Gebiet dieser Tätigkeit befindlichen Seiten, einschließlich jedes Küstenstaates und jeder anderen Seite, die darum ersucht, sind berechtigt, sich an derartigen Konsultationen und an solcher Zusammenarbeit zu beteiligen. Nach Abschluß der weiteren Kontrollverfahren muß die Seite, die diese Verfahren eingeleitet hat, den anderen Seiten einen entsprechenden Bericht zuleiten.

3. Kann der Staat, der für die Tätigkeit, die begründete Zweifel aufkommen läßt, verantwortlich ist, durch eine Überwachung des Objektes, der Anlage, Vorrichtung oder anderen Einrichtung nicht identifiziert werden, informiert der Teilnehmerstaat, der diese Zweifel hegt, die Teilnehmerstaaten des entsprechenden Raumes sowie beliebige andere Teilnehmerstaaten und stellt bei ihnen entsprechende Erkundigungen an. Wird bei diesen Untersuchungen festgestellt, daß ein bestimmter Teilnehmerstaat für diese Tätigkeit verantwortlich ist, konsultiert sich dieser Teilnehmerstaat mit den anderen Seiten und arbeitet mit ihnen zusam-

men, wie es unter Punkt 2 dieses Artikels vorgesehen ist. Kann der für diese Tätigkeit verantwortliche Staat bei diesen Untersuchungen nicht ermittelt werden, können weitere Kontrollverfahren, einschließlich der Inspektion, von dem die Untersuchung führenden Teilnehmerstaat angewandt werden, der die Seiten in dem entsprechenden Raum, einschließlich jedes Küstenstaates, und jede andere Seite, die mitarbeiten wünscht, zur Beteiligung auffordert.

4. Sollten die unter Punkt 2 und 3 dieses Artikels vorgesehenen Konsultationen und die Zusammenarbeit die Zweifel an dieser Tätigkeit nicht beseitigt haben und weiterhin ernste Zweifel an der Erfüllung der gemäß diesem Vertrag eingegangenen Verpflichtungen bestehen, kann ein Teilnehmerstaat gemäß den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Angelegenheit dem Sicherheitsrat vorlegen, der in Übereinstimmung mit der Charta Maßnahmen ergreifen kann.

5. Die Kontrolle gemäß diesem Artikel kann von jedem Teilnehmerstaat unter Verwendung seiner eigenen Mittel oder mit voller oder teilweiser Hilfe eines anderen Teilnehmerstaates oder durch geeignete internationale Verfahren im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen und in Einklang mit ihrer Charta ausgeübt werden.

6. Die gemäß diesem Vertrag durchgeführte Kontrolltätigkeit darf nicht die Tätigkeit anderer Teilnehmerstaaten stören und hat unter gebührender Berücksichtigung der gemäß dem Völkerrecht anerkannten Rechte einschließlich der Freiheit des offenen Meeres und der Rechte eines Küstenstaates auf die Erforschung und Nutzung seines Festlandssockels zu erfolgen.

#### Artikel IV

Nichts in diesem Vertrag darf so ausgelegt werden, daß die Position eines Teilnehmerstaates in bezug auf bestehende internationale Konventionen, einschließlich der Konvention über das Küstenmeer und die Ergänzungszone von 1958, oder in bezug auf von diesem Teilnehmerstaat geltend gemachte Rechte oder Ansprüche oder in bezug auf die Anerkennung oder die Nichtanerkennung von durch einen anderen Staat geltend gemachte Rechte oder Ansprüche hinsichtlich der seiner Küste vorgelagerten Gewässer, einschließlich u. a. der Küstenmeere und Ergänzungszone, sowie hinsichtlich des Meeresgrundes und Ozeanbodens, einschließlich des Festlandssockels, gefördert oder beeinträchtigt wird.

#### Artikel V

Die Teilnehmer dieses Vertrages verpflichten sich, im Geiste des guten Willens die Verhandlungen über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung zur Verhinderung eines Wettrüstens auf dem Meeresgrund, dem Ozeanboden und in deren Untergrund fortzusetzen.

#### Artikel VI

Jeder Teilnehmerstaat kann Änderungen zu diesem Vertrag vorschlagen. Die Änderungen treten für jeden Teilnehmerstaat, der diesen Änderungen zustimmt, in Kraft, nachdem sie von der Mehrheit der Teilnehmerstaaten des Vertrages akzeptiert worden sind, und danach für jeden anderen Teilnehmerstaat an dem Tage, an dem er ihnen zustimmt.

#### Artikel VII

Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages findet in Genf (Schweiz) eine Konferenz der Teilnehmer des Vertrages statt, um die Wirkungsweise dieses Vertrages zu überprüfen und um die Gewißheit zu haben, daß die in der Präambel enthaltenen Ziele und die Bestimmungen des Vertrages verwirklicht werden. Bei dieser Überprüfung sind alle hierfür wesentlichen technischen Errungenschaften zu berücksichtigen. Diese Überprüfungs-Konferenz entscheidet entsprechend den Ansichten der Mehrheit der anwesenden Teilnehmer, ob und wann eine zusätzliche Überprüfungs-Konferenz einberufen werden soll.

#### Artikel VIII

Jeder Teilnehmerstaat dieses Vertrages hat in Wahrnehmung seiner nationalen Souveränität das Recht, aus diesem Vertrag auszutreten, wenn er entscheidet, daß außergewöhnliche Umstände, die mit dem Inhalt dieses Vertrages im Zusammenhang stehen, die höchsten Interessen seines Landes gefährden. Er gibt drei Monate im voraus allen anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen diesen Austritt bekannt. Diese Mitteilung muß eine Darstellung der außergewöhnlichen Umstände enthalten, die seiner Meinung nach seine höchsten Interessen gefährden.

#### Artikel IX

Die Bestimmungen dieses Vertrages berühren in keiner Weise die Verpflichtungen, die von den Teilnehmerstaaten des Vertrages im Rahmen internationaler Abkommen über die Bildung von kernwaffenfreien Zonen übernommen werden.

#### Artikel X

1. Dieser Vertrag steht allen Staaten zur Unterzeichnung offen. Jeder Staat, der den Vertrag bis zu seinem Inkrafttreten gemäß Punkt 3 dieses Artikels nicht unterzeichnet, kann ihm jederzeit beitreten.

2. Dieser Vertrag unterliegt der Ratifizierung seitens der Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikations- und Beitrittsurkunden werden bei den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt, die hiermit zu Depositarregierungen bestimmt werden.

3. Dieser Vertrag tritt in Kraft, nachdem zweiundzwanzig Regierungen, einschließlich der zu Depositarregierungen dieses Vertrages bestimmten Regierungen, die Ratifikationsurkunden hinterlegt haben.

4. Für Staaten, deren Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages hinterlegt werden, tritt der Vertrag am Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden in Kraft.

5. Die Depositarregierungen setzen die Regierungen aller Staaten, die diesen Vertrag unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, umgehend vom Zeitpunkt jeder Unterzeichnung, vom Zeitpunkt der Hinterlegung jeder Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages und vom Eingang anderer Mitteilungen in Kenntnis.

6. Dieser Vertrag ist von den Depositarregierungen gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen zu registrieren.

#### Artikel XI

Dieser Vertrag, dessen russischer, englischer, französischer, spanischer und chinesischer Wortlaut gleichermaßen gültig ist, wird in den Archiven der Depositarregierungen hinterlegt. Ordentlich beglaubigte Abschriften dieses Vertrages werden von den Depositarregierungen den Regierungen der Staaten übermittelt, die den Vertrag unterzeichnen und ihm beitreten.

Zu Urkund dessen haben die dazu ordentlich bevollmächtigten Unterzeichneten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt am 11. Februar 1971  
in drei Exemplaren in Moskau, London und Washington.

## ДОГОВОР

о запрещении размещения на дне морей и океанов и в его недрах ядерного оружия и других видов оружия массового уничтожения

Государства-участники настоящего Договора,

признавая общую заинтересованность человечества в развитии исследования и использования дна морей и океанов в мирных целях,

считая, что предотвращение распространения гонки ядерных вооружений на дно морей и океанов служит интересам поддержания мира во всем мире, ослабляет международную напряженность и укрепляет дружественные отношения между государствами,

убежденные в том, что настоящий Договор является шагом на пути к исключению дна морей и океанов и его недр из сферы гонки вооружений,

убежденные в том, что настоящий Договор является шагом на пути к договору о всеобщем и полном разоружении под строгим и эффективным международным контролем, и исполненные решимости продолжать переговоры с этой целью,

убежденные в том, что настоящий Договор будет содействовать осуществлению целей и принципов Устава Организации Объединенных Наций так, чтобы это соответствовало принципам международного права и не нарушало свободы открытого моря,

согласились о нижеследующем:

## Статья I

1. Государства-участники настоящего Договора обязуются не устанавливать и не размещать на дне морей и океанов и в его недрах за внешним пределом зоны морского дна, как она определена в статье II, какое-либо ядерное оружие или любые другие виды оружия массового уничтожения, а также сооружения, пусковые установки и любые другие устройства, специально предназначенные для хранения, испытания или применения такого оружия.

2. Обязательства, предусмотренные в пункте 1 настоящей статьи, действуют также в отношении зоны морского дна, упомянутой в том же пункте, с тем исключением, что в пределах такой зоны морского дна они не распространяются ни на прибрежное государство, ни на морское дно под его территориальными водами.

3. Государства-участники настоящего Договора обязуются не помогать, не поощрять и не побуждать какое-либо государство к осуществлению деятельности, определяемой в пункте 1 настоящей статьи, и не участвовать каким-либо иным образом в такой деятельности.

## Статья II

Для целей настоящего Договора внешний предел зоны морского дна, упомянутой в статье I, совпадает с двенадцатимильным внешним пределом зоны, определяемой в части II Конвенции о территориальном море и прилежащей зоне, подписанной в Женеве 29 апреля 1958 года, и отсчитывается в соответствии с положениями раздела II части I этой Конвенции и международным правом.

## Статья III

1. Для содействия осуществлению целей и обеспечения соблюдения положений настоящего Договора каждое государство-участник Договора имеет право проверки путем наблюдения деятельности других государств-участников Договора на дне морей и океанов и в его недрах за пределами зоны, упоминаемой в статье I, при условии, что это наблюдение не будет мешать такой деятельности.

2. Если после такого наблюдения останутся обоснованные сомнения относительно выполнения обязательств, принятых по Договору, государство-участник, имеющее такие сомнения, и государство-участник, несущее ответственность за деятельность, вызывающую эти сомнения, консультируются с целью устранения сомнений. Если эти сомнения не устранены, государство-участник, имеющее такие сомнения, уведомляет другие государства-участников и заинтересованные стороны сотрудничают в отношении таких дальнейших процедур проверки, о которых может быть достигнута договоренность, включая соответствующую инспекцию объектов, сооружений, установок или других устройств, которые в силу их характера можно с достаточным основанием отнести к одной из категорий, определенных в статье I. Государства-участники, находящиеся в районе такой деятельности, включая любое прибрежное государство, и любой другой участник, который этого пожелает, имеют право принимать участие в таких консультациях и сотрудничестве. После завершения дальнейших процедур проверки участник, проявивший инициативу в отношении таких процедур, рассылает соответствующий доклад другим участникам.

3. Если посредством наблюдения объекта, сооружения, установки или другого устройства невозможно определить, какое государство несет ответственность за деятельность, вызывающую обоснованные сомнения, государство-участник, имеющее такие сомнения, обращается с соответствующими уведомлениями и запросами к государствам-участникам Договора в районе этой деятельности, а также к любым другим государствам-участникам. Если в результате этих запросов выяснится, что ответственность за такую деятельность несет какое-то определенное государство-участник, это государство-участник консультируется и сотрудничает с другими участниками, как это предусматривается в пункте 2 настоящей статьи. Если с помощью этих за-

просов нельзя установить, какое государство несет ответственность за такую деятельность, в этом случае государство-участник, обратившееся с такими запросами, может использовать дальнейшие процедуры проверки, включая инспекцию, причем это государство приглашает принять в них участие государства-участников Договора в районе этой деятельности, включая любое прибрежное государство, и любого другого участника, желающего сотрудничать.

4. Если консультации и сотрудничество, предусмотренные в пунктах 2 и 3 настоящей статьи, не устранили сомнений в отношении этой деятельности и остаются серьезные сомнения относительно выполнения обязательств, принятых по настоящему Договору, государство-участник в соответствии с положениями Устава Организации Объединенных Наций может передать вопрос на рассмотрение Совета Безопасности, который может предпринять действия в соответствии с Уставом.

5. Проверку в соответствии с настоящей статьей может проводить любое государство-участник своими собственными средствами или при полном или частичном содействии любого другого государства-участника, или посредством соответствующих международных процедур в рамках Организации Объединенных Наций и в соответствии с ее Уставом.

6. Деятельность по проверке в соответствии с настоящим Договором не должна мешать деятельности других государств-участников и должна проводиться с должным учетом прав, признанных в соответствии с международным правом, включая свободу открытого моря и права прибрежных государств в отношении разведки и разработки их континентальных шельфов.

#### Статья IV

Никакое положение настоящего Договора не должно истолковываться как подтверждающее или наносящее ущерб позиции любого государства-участника в отношении существующих международных конвенций, в том числе Конвенции о территориальном море и прилегающей зоне 1958 года, или в отношении прав или претензий, о которых такое государство-участник может заявить, или в отношении признания или непризнания прав или претензий, заявленных любым другим государством относительно его прибрежных вод, включая, среди прочего, территориальное море и прилегающую зону, или два моря и океанов, включая континентальный шельф.

#### Статья V

Участники настоящего Договора обязуются продолжать в духе доброй воли переговоры в отношении дальнейших мер в области разоружения в целях предотвращения гонки вооружений на дне морей и океанов и в его недрах.

#### Статья VI

Любое государство-участник может предлагать поправки к настоящему Договору. Поправки вступают в силу для каждого государства-участника, принимающего эти поправки, после принятия их большинством государств-участников Договора, а впоследствии для каждого оставшегося государства-участника в день принятия им этих поправок.

#### Статья VII

Через 5 лет после вступления в силу настоящего Договора в Женеве (Швейцария) созывается конференция государств-участников Договора для рассмотрения того, как действует настоящий Договор, чтобы иметь уверенность в том, что цели, изложенные в преамбуле, и положения Договора осуществляются. При таком рассмотрении должны быть приняты во внимание любые технические достижения, имеющие отношение к данному Договору. Такая конференция может в соответствии с мнениями большинства присутствующих на ней участников решить, должна ли быть созвана дополнительная конференция для рассмотрения вопросов о действии Договора и в какие сроки.

#### Статья VIII

Каждое государство-участник настоящего Договора в порядке осуществления своего государственного суверенитета имеет право выйти из Договора, если оно решит, что связанные с содержанием настоящего Договора исключительные обстоятельства поставили под угрозу высшие интересы страны. О таком выходе оно уведомляет за три месяца всех других участников Договора и Совет Безопасности Организации Объединенных Наций. В таком уведомлении должно содержаться заявление об исключительных обстоятельствах, которые оно рассматривает как поставившие под угрозу его высшие интересы.

#### Статья IX

Положения настоящего Договора ни в коей мере не затрагивают обязательства, взятые на себя государствами-участниками Договора по международным соглашениям, учреждающим зоны, свободные от ядерного оружия.

#### Статья X

1. Настоящий Договор открыт для подписания его всеми государствами. Любое государство, которое не подпишет Договор до вступления его в силу в соответствии с пунктом 3 данной статьи, может присоединиться к нему в любое время.

2. Настоящий Договор подлежит ратификации государствами, подписавшими его. Ратификационные грамоты и документы о присоединении сдаются на хранение правительствам Союза Советских Социалисти-



ческих Республик, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии и Соединенных Штатов Америки, которые настоящим назначаются в качестве правительств-депозитариев.

3. Настоящий Договор вступает в силу после сдачи на хранение ратификационных грамот двадцатью двумя правительствами, включая правительства, назначенные в качестве депозитариев настоящего Договора.

4. Для государств, ратификационные грамоты или документы о присоединении которых будут сданы на хранение после вступления в силу настоящего Договора, он вступает в силу в день сдачи на хранение их ратификационных грамот или документов о присоединении.

5. Правительства-депозитарии незамедлительно извещают правительства всех подписавших и присоединившихся к настоящему Договору государств о дате каж-

дого подписания, дате сдачи на хранение каждой ратификационной грамоты или документа о присоединении, дате вступления в силу настоящего Договора, а также о получении ими других уведомлений.

6. Настоящий Договор должен быть зарегистрирован правительствами-депозитариями в соответствии со статьей 102 Устава Организации Объединенных Наций.

#### Статья XI

Настоящий Договор, русский, английский, испанский, китайский и французский тексты которого являются равно аутентичными, сдается на хранение в архивы правительства-депозитариев. Должным образом заверенные копии настоящего Договора препровождаются правительствами-депозитариями правительствам государств, подписавших Договор и присоединившихся к нему.

**TREATY****on the Prohibition of the Emplacement of Nuclear Weapons and Other Weapons of Mass Destruction on the Sea-Bed and the Ocean Floor and in the Subsoil Thereof**

The States Parties to this Treaty,

Recognizing the common interest of mankind in the progress of the exploration and use of the sea-bed and the ocean floor for peaceful purposes,

Considering that the prevention of a nuclear arms race on the sea-bed and the ocean floor serves the interests of maintaining world peace, reduces international tensions and strengthens friendly relations among States,

Convinced that this Treaty constitutes a step towards the exclusion of the sea-bed, the ocean floor and the subsoil thereof from the arms race,

Convinced that this Treaty constitutes a step towards a treaty on general and complete disarmament under strict and effective international control, and determined to continue negotiations to this end,

Convinced that this Treaty will further the purposes and principles of the Charter of the United Nations, in a manner consistent with the principles of international law and without infringing the freedoms of the high seas,

Have agreed as follows:

**ARTICLE I**

1. The States Parties to this Treaty undertake not to emplant or emplace on the sea-bed and the ocean floor and in the subsoil thereof beyond the outer limit of a sea-bed zone, as defined in article II, any nuclear weapons or any other types of weapons of mass destruction as well as structures, launching installations or any other facilities specifically designed for storing, testing or using such weapons.

2. The undertakings of paragraph 1 of this article shall also apply to the sea-bed zone referred to in the same paragraph, except that within such sea-bed zone, they shall not apply either to the coastal State or to the sea-bed beneath its territorial waters.

3. The States Parties to this Treaty undertake not to assist, encourage or induce any State to carry out activities referred to in paragraph 1. of this article and not to participate in any other way in such actions.

**ARTICLE II**

For the purpose of this Treaty, the outer limit of the sea-bed zone referred to in article I shall be coterminous with the twelve-mile outer limit of the zone referred to in part II of the Convention on the Territorial Sea and the Contiguous Zone, signed at Geneva on 29 April 1958, and shall be measured in accordance with

the provisions of part I, section II, of that Convention and in accordance with international law.

**ARTICLE III**

1. In order to promote the objectives of and ensure compliance with the provisions of this Treaty, each State Party to the Treaty shall have the right to verify, through observation, the activities of other States Parties to the Treaty on the sea-bed and the ocean floor and in the subsoil thereof beyond the zone referred to in article I, provided that observation does not interfere with such activities.

2. If after such observation reasonable doubts remain concerning the fulfilment of the obligations assumed under the Treaty, the State Party having such doubts and the State Party that is responsible for the activities giving rise to the doubts shall consult with a view to removing the doubts. If the doubts persist, the State Party having such doubts shall notify the other States Parties, and the Parties concerned shall co-operate on such further procedures for verification as may be agreed, including appropriate inspection of objects, structures, installations or other facilities that reasonably may be expected to be of a kind described in article I. The Parties in the region of the activities, including any coastal State, and any other Party so requesting, shall be entitled to participate in such consultation and co-operation. After completion of the further procedures for verification, an appropriate report shall be circulated to other Parties by the Party that initiated such procedures.

3. If the State responsible for the activities giving rise to the reasonable doubts is not identifiable by observation of the object, structure, installation or other facility, the State Party having such doubts shall notify and make appropriate inquiries of States Parties in the region of the activities and of any other State Party. If it is ascertained through these inquiries that a particular State Party is responsible for the activities, that State Party shall consult and co-operate with other Parties as provided in paragraph 2 of this article. If the identity of the State responsible for the activities cannot be ascertained through these inquiries, then further verification procedures, including inspection, may be undertaken by the inquiring State Party, which shall invite the participation of the Parties in the region of the activities, including any coastal State, and of any other Party desiring to co-operate.

4. If consultation and co-operation pursuant to paragraphs 2 and 3 of this article have not removed the doubts concerning the activities and there remains a serious question concerning fulfilment of the obligations assumed under this Treaty, a State Party may, in accordance with the provisions of the Charter of the United Nations, refer the matter to the Security Council, which may take action in accordance with the Charter.

5. Verification pursuant to this article may be undertaken by any State Party using its own means, or with the full or partial assistance of any other State Party, or through appropriate international procedures within the framework of the United Nations and in accordance with its Charter.

6. Verification activities pursuant to this Treaty shall not interfere with activities of other States Parties and shall be conducted with due regard for rights recognized under international law, including the freedoms of the high seas and the rights of coastal States with respect to the exploration and exploitation of their continentals shelves.

#### ARTICLE IV

Nothing in this Treaty shall be interpreted as supporting or prejudicing the position of any State Party with respect to existing international conventions, including the 1958 Convention on the Territorial Sea and the Contiguous Zone, or with respect to rights or claims which such State Party may assert, or with respect to recognition or non-recognition of rights or claims asserted by any other State, related to waters off its coasts, including, inter alia, territorial seas and contiguous zones, or to the sea-bed and the ocean floor, including continental shelves.

#### ARTICLE V

The Parties to this Treaty undertake to continue negotiations in good faith concerning further measures in the field of disarmament for the prevention of an arms race on the sea-bed, the ocean floor and the subsoil thereof.

#### ARTICLE VI

Any State Party may propose amendments to this Treaty. Amendments shall enter into force for each State Party accepting the amendments upon their acceptance by a majority of the States Parties to the Treaty and, thereafter for each remaining State Party on the date of acceptance by it.

#### ARTICLE VII

Five years after the entry into force of this Treaty, a conference of Parties to the Treaty shall be held at Geneva, Switzerland, in order to review the operation of this Treaty with a view to assuring that the purposes of the preamble and the provisions of the Treaty are being realized. Such review shall take into account any relevant technological developments. The review conference shall determine, in accordance with the views of a majority of those Parties attending, whether and when an additional review conference shall be convened.

#### ARTICLE VIII

Each State Party to this Treaty shall, in exercising its national sovereignty, have the right to withdraw

from this Treaty if it decides that extraordinary events related to the subject-matter of this Treaty have jeopardized the supreme interests of its country. It shall give notice of such withdrawal to all other States Parties to the Treaty and to the United Nations Security Council three months in advance. Such notice shall include a statement of the extraordinary events it considers to have jeopardized its supreme interests.

#### ARTICLE IX

The provisions of this Treaty shall in no way affect the obligations assumed by States Parties to the Treaty under international instruments establishing zones free from nuclear weapons.

#### ARTICLE X

1. This Treaty shall be open for signature to all States. Any State which does not sign the Treaty before its entry into force in accordance with paragraph 3 of this article may accede to it at any time.

2. This Treaty shall be subject to ratification by signatory States. Instruments of ratification and of accession shall be deposited with the Governments of the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America, which are hereby designated the Depositary Governments.

3. This Treaty shall enter into force after the deposit of instruments of ratification by twenty-two Governments, including the Governments designated as Depositary Governments of this Treaty.

4. For States whose instruments of ratification or accession are deposited after the entry into force of this Treaty, it shall enter into force on the date of the deposit of their instruments of ratification or accession.

5. The Depositary Governments shall promptly inform the Governments of all signatory and acceding States of the date of each signature, of the date of deposit of each instrument of ratification or of accession, of the date of the entry into force of this Treaty, and of the receipt of other notices.

6. This Treaty shall be registered by the Depositary Governments pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations.

#### ARTICLE XI

This Treaty, the Russian, English, French, Spanish and Chinese texts of which are equally authentic, shall be deposited in the archives of the Depositary Governments. Duly certified copies of this Treaty shall be transmitted by the Depositary Governments to the Governments of the States signatory and acceding thereto.

### TRAITE

#### interdisant de placer des armes nucléaires et d'autres armes de destruction massive sur le fond des mers et des océans ainsi que dans leur sous-sol

Les Etats Parties au présent Traité,

Reconnaissant que l'humanité a un intérêt commun aux progrès de l'exploration et de l'utilisation du fond des mers et des océans à des fins pacifiques,

Considérant que la prévention d'une course aux armements nucléaires sur le fond des mers et des océans sert la cause du maintien de la paix mondiale, atténue les tensions internationales et renforce les relations amicales entre Etats,

Convaincus que le présent Traité constitue une étape qui aidera à exclure de la course aux armements le fond des mers et des océans ainsi que leur sous-sol,

Convaincus que le présent Traité constitue une étape vers un traité de désarmement général et complet sous un contrôle international strict et efficace, et résolu à poursuivre les négociations à cette fin,

Convaincus que le présent Traité servira les buts et principes de la Charte des Nations Unies d'une manière compatible avec les principes du droit international et sans porter atteinte aux libertés de la haute mer,

Sont convenus de ce qui suit:

#### ARTICLE I

1. Les Etats Parties au présent Traité s'engagent à n'installer ou placer sur le fond des mers et des océans ou dans leur sous-sol, au-delà de la limite extérieure de la zone du fond des mers qui est définie à l'article II, aucune arme nucléaire ou autre type d'arme de destruction massive, non plus qu'aucune construction, installation de lancement ou autre installation expressément conçue pour le stockage, les essais ou l'utilisation de telles armes.

2. Les engagements énoncés au paragraphe I du présent article s'appliquent aussi à la zone du fond des mers mentionnée dans ledit paragraphe, si ce n'est qu'à l'intérieur de ladite zone du fond des mers ils ne s'appliquent ni à l'Etat riverain, ni au fond des mers situé au-dessous de ses eaux territoriales.

3. Les Etats Parties au présent Traité s'engagent à n'aider, encourager ou inciter aucun Etat à se livrer aux activités mentionnées au paragraphe I du présent article et à ne participer d'aucune autre manière à de tels actes.

#### ARTICLE II

Aux fins du présent Traité, la limite extérieure de la zone du fond des mers est définie à l'article premier de la Convention sur la mer territoriale et la zone contiguë,

milles mentionnée dans la deuxième partie de la Convention sur la mer territoriale et la zone contiguë, signée à Genève le 29 avril 1958, et elle sera mesurée conformément aux dispositions de la première partie, section II, de ladite Convention et conformément au droit international.

#### ARTICLE III

1. Afin de promouvoir les objectifs du présent Traité et d'assurer le respect de ses dispositions, tout Etat Partie audit Traité a le droit de vérifier, en les observant, les activités des autres Etats Parties au Traité sur le fond des mers et des océans ainsi que dans leur sous-sol au-delà de la zone visée à l'article premier, à condition que cette observation ne gêne pas lesdites activités.

2. Si, à la suite de cette observation, il subsiste des doutes raisonnables quant à l'exécution des obligations assumées en vertu du Traité, l'Etat Partie qui éprouve ces doutes et l'Etat Partie qui est responsable des activités suscitant ces doutes se consulteront afin d'éliminer les doutes. Si l'Etat Partie persiste à éprouver des doutes, il en informera les autres Etats Parties, et les Parties concernées collaboreront aux fins de toutes autres procédures de vérification dont ils pourront convenir, y compris l'inspection appropriée des objets, constructions, installations ou autres aménagements dont on pourrait raisonnablement supposer qu'ils présentent le caractère décrit à l'article premier. Les Parties situées dans la région de ces activités, y compris tout autre Etat riverain, ou toute autre Partie qui en fera la demande, seront en droit de participer à cette consultation et à cette coopération. Après que les autres procédures de vérification auront été achevées, la Partie qui a entamé ces procédures enverra aux autres Parties un rapport approprié.

3. Si l'Etat responsable des activités donnant lieu à des doutes raisonnables ne peut être identifié par l'observation de l'objet, de la construction, de l'installation ou d'un autre aménagement, l'Etat Partie qui éprouve ces doutes en avisera les Etats Parties se trouvant dans la région desdites activités et tout autre Etat Partie et procédera auprès d'eux à des enquêtes appropriées. S'il est établi par ces enquêtes qu'un Etat Partie déterminé est responsable desdites activités, cet Etat Partie devra entrer en consultation et collaborer avec les autres Parties comme il est prévu au paragraphe 2 du présent article. Si l'identité de l'Etat responsable desdites activités ne peut être déterminée par ces enquêtes, d'autres procédures de vérification, y compris l'inspection, pourront être entreprises par l'Etat Partie enquêteur, qui sollicitera la participation des Parties de la région des activités, y compris de leur Etat riverain, ou de toute autre Partie qui le souhaite, à effectuer

4. Si la consultation et la collaboration prévues aux paragraphes 2 et 3 du présent article ne permettent pas d'éliminer les doutes à l'égard des activités et que l'exécution des obligations assumées en vertu du présent Traité soit sérieusement mise en question, un Etat Partie peut, conformément aux dispositions de la Charte des Nations Unies, saisir le Conseil de sécurité, qui peut prendre des mesures conformément à la Charte.

5. Tout Etat Partie peut procéder à la vérification prévue au présent article, soit par ses propres moyens, soit avec l'assistance entière ou partielle de tout autre Etat Partie, soit par des procédures internationales appropriées dans le cadre de l'Organisation des Nations Unies et conformément à la Charte.

6. Les activités de vérification, prévues par le présent Traité, devront être exercées sans aucune gêne pour les activités des autres Etats Parties et compte dûment tenu des droits reconnus conformément au droit international, y compris les libertés de la haute mer et les droits des Etats riverains à l'égard de l'exploration et de l'exploitation de leur plateau continental.

#### ARTICLE IV

Aucune disposition du présent Traité ne sera interprétée comme constituant un appui ou comme portant atteinte à la position d'un Etat Partie touchant les conventions internationales en vigueur, y compris la Convention de 1958 sur la mer territoriale et la zone contiguë, ou touchant les droits ou prétentions que ledit Etat Partie pourrait faire valoir, ou la reconnaissance ou non-reconnaissance des droits ou prétentions de tout autre Etat, quant aux eaux situées au large de ses côtes, y compris entre autres les mers territoriales et les zones contiguës, ou quant au fond des mers et des océans, y compris les plateaux continentaux.

#### ARTICLE V

Les Parties au Traité s'engagent à poursuivre des négociations de bonne foi sur de nouvelles mesures en matière de désarmement afin de prévenir une course aux armements sur le fond des mers et des océans ainsi que dans leur sous-sol.

#### ARTICLE VI

Tout Etat Partie peut proposer des amendements au présent Traité. Ces amendements entreront en vigueur, à l'égard de tout Etat Partie qui les aura acceptés, dès leur acceptation par la majorité des Etats Parties au Traité, et, par la suite, à l'égard de chacun des autres Etats Parties, à la date à laquelle cet Etat les aura acceptés.

#### ARTICLE VII

Cinq ans après l'entrée en vigueur du présent Traité, une conférence des Parties au Traité se réunira à Ge-

nève (Suisse) afin d'examiner le fonctionnement du Traité en vue de s'assurer que les objectifs énoncés au préambule et les dispositions du Traité sont dûment observés. Lors de cette révision, il sera tenu compte de tous progrès technologiques pertinents. La conférence de révision déterminera, en conformité des vues de la majorité des Parties présentes à la conférence, si et quand il y aura lieu de tenir une autre conférence de révision.

#### ARTICLE VIII

Tout Etat Partie au présent Traité, dans l'exercice de sa souveraineté nationale, a le droit de se retirer du Traité s'il juge que des événements extraordinaires en rapport avec l'objet du Traité ont compromis les intérêts supérieurs de son pays. Il doit notifier ce retrait à tous les autres Etats Parties au Traité ainsi qu'au Conseil de sécurité de l'Organisation des Nations Unies avec un préavis de trois mois. Ladite notification doit contenir un exposé des événements extraordinaires que l'Etat en question considère comme ayant compromis ses intérêts supérieurs.

#### ARTICLE IX

Les dispositions du présent Traité n'affectent d'aucune manière les obligations assumées par les Etats Parties au Traité en vertu d'instruments internationaux créant des zones exemptes d'armes nucléaires.

#### ARTICLE X

1. Le présent Traité est ouvert à la signature de tous les Etats. Tout Etat qui n'aura pas signé le Traité avant qu'il entre en vigueur conformément au paragraphe 3 du présent article pourra y adhérer à tout moment.

2. Le présent Traité sera soumis à la ratification des Etats signataires. Les instruments de ratification et les instruments d'adhésion seront déposés auprès des Gouvernements de l'Union des Républiques socialistes soviétiques, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique, désignés par les présentes comme gouvernements dépositaires.

3. Le présent Traité entrera en vigueur après le dépôt des instruments de ratification par vingt-deux gouvernements, y compris les gouvernements désignés comme dépositaires du présent Traité.

4. A l'égard des Etats dont les instruments de ratification ou d'adhésion seront déposés après son entrée en vigueur, le présent Traité entrera en vigueur à la date du dépôt de leurs instruments de ratification ou d'adhésion.

5. Les gouvernements dépositaires informeront rapidement les gouvernements de tous les Etats qui auront

signé le présent Traité, ou y auront adhéré, de la date de chaque signature, de la date du dépôt de chaque instrument de ratification ou d'adhésion, de la date d'entrée en vigueur du Traité ainsi que de la réception de tous autres avis.

6. Le présent Traité sera enregistré par les gouvernements dépositaires conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

#### ARTICLE XI

Le présent Traité, dont les textes russe, anglais, français, espagnol et chinois font également foi, sera déposé dans les archives des gouvernements dépositaires. Des copies certifiées conformes du présent Traité seront adressées par les gouvernements dépositaires aux gouvernements des Etats qui auront signé le Traité ou qui y auront adhéré.

**TRATADO****sobre prohibición de emplazar armas nucleares  
y otras armas de destrucción en masa en los  
fondos marinos y oceánicos y su subsuelo**

Los Estados Partes en el presente Tratado,

Reconociendo el interés común de la humanidad en el progreso de la exploración y utilización de los fondos marinos y oceánicos con fines pacíficos,

Considerando que la prevención de la carrera de armamentos nucleares en los fondos marinos y oceánicos favorece la causa del mantenimiento de la paz mundial, reduce las tensiones internacionales y refuerza las relaciones amistosas entre los Estados,

Convencidos de que el presente Tratado constituye un paso hacia la exclusión de los fondos marinos y oceánicos y su subsuelo de la carrera de armamentos,

Convencidos de que el presente Tratado constituye un paso hacia un tratado de desarme general y completo bajo estricto y eficaz control internacional, y resueltos a proseguir las negociaciones con este fin,

Convencidos de que el presente Tratado promoverá los propósitos y principios de la Carta de las Naciones Unidas en forma compatible con los principios del derecho internacional y sin menoscabar la libertad de la alta mar.

Han convenido en lo siguiente:

**ARTICULO I**

1. Los Estados Partes en el presente Tratado se comprometen a no instalar ni emplazar en los fondos marinos y oceánicos y su subsuelo, más allá del límite exterior de una zona de los fondos marinos definida en el artículo II, armas nucleares ni ningún otro tipo de armas de destrucción en masa, así como tampoco estructuras, instalaciones de lanzamiento ni otras instalaciones destinadas expresamente a almacenar, ensayar o utilizar dichas armas.

2. Las obligaciones contraídas con arreglo al párrafo 1, de este artículo serán aplicables también a la zona de los fondos marinos mencionada en el mismo párrafo, con la salvedad de que, dentro de esa zona de los fondos marinos, no se aplicarán al Estado ribereño ni a los fondos marinos de sus aguas territoriales.

3. Los Estados Partes en el presente Tratado se comprometen a no asistir, alentar ni inducir a ningún Estado a realizar las actividades mencionadas en el párrafo 1, de este artículo y a no participar de ningún otro modo en tales actos.

**ARTICULO II**

A los efectos del presente Tratado, el límite exterior de la zona de los fondos marinos a que se refiere el artículo I coincidirá con el límite exterior de doce mi-

llas de la zona mencionada en la parte II de la Convención sobre el Mar Territorial y la Zona Contigua, firmada en Ginebra el 29 de abril de 1958, y se medirá de conformidad con lo dispuesto en la sección II de la parte I de dicha Convención y conforme al derecho internacional.

**ARTICULO III**

1. A fin de promover los objetivos del presente Tratado y asegurar el cumplimiento de sus disposiciones, todo Estado Parte en el Tratado tendrá derecho a verificar mediante observación las actividades de otros Estados Partes en el Tratado en los fondos marinos y oceánicos y su subsuelo más allá de la zona a que se refiere el artículo I, siempre que esa observación no perturbe tales actividades.

2. Si, una vez efectuada esa observación, subsisten dudas razonables en relación con el cumplimiento de las obligaciones contraídas en virtud del presente Tratado, el Estado Parte que tenga tales dudas y el Estado Parte responsable de las actividades que las susciten celebrarán consultas con miras a resolverlas. Si las dudas persisten el Estado Parte que tenga tales dudas las notificará a los otros Estados Partes y las Partes interesadas cooperarán en la aplicación de los demás procedimientos de verificación que se convengan, incluida la inspección pertinente de objetos, estructuras, instalaciones u otras obras cuando haya motivos razonables para creer que son del tipo descrito en el artículo I. Las Partes situadas en la región en que se realicen las actividades, incluido cualquier Estado ribereño, y cualquier otra Parte que así lo solicite, tendrán derecho a participar en tales consultas y medidas de cooperación. Después de concluidos esos otros procedimientos de verificación, la Parte que los haya iniciado remitirá a las demás Partes el informe pertinente.

3. Si el Estado responsable de las actividades que susciten las dudas razonables no puede ser identificado mediante la observación del objeto, estructura, instalación u otra obra, el Estado Parte que tenga las dudas las notificará a los Estados Partes de la región en que se realicen las actividades y a cualquier otro Estado parte y efectuará las indagaciones pertinentes ante ellos. Si se averigua mediante estas indagaciones que terminado Estado Parte es responsable de las actividades, ese Estado Parte celebrará consultas y cooperará con otras Partes según lo dispuesto en el párrafo 2 de este artículo. En caso de que la identidad del Estado responsable de las actividades no se pueda determinar mediante esas indagaciones, el Estado Parte que realice tales indagaciones podrá iniciar otros procedimientos de verificación, incluida la inspección, y solicitará la participación de las Partes de la región en que se realicen las actividades, incluido cualquier Estado ribereño, y de cualquier otra Parte que desee cooperar.

4. Si las consultas y las medidas de cooperación previstas en los párrafos 2 y 3 de este artículo no han resuelto las dudas acerca de tales actividades y subsiste alguna duda grave en relación con el cumplimiento de las obligaciones contraídas en virtud del presente Tratado, todo Estado Parte podrá, de conformidad con las disposiciones de la Carta de las Naciones Unidas, remitir la cuestión al Consejo de Seguridad, el cual podrá actuar de conformidad con la Carta.

5. Todo Estado Parte podrá emprender la verificación en virtud de este artículo recurriendo a medios propios o con la ayuda plena o parcial de cualquier otro Estado Parte o mediante los procedimientos internacionales apropiados, dentro del marco de las Naciones Unidas y de conformidad con la carta.

6. Las actividades de verificación que se efectúen de conformidad con el presente Tratado no deberán perturbar las actividades de otros Estados Partes y se llevarán a cabo con el debido respeto a los derechos reconocidos en derecho internacional, incluyendo la libertad de la alta mar y los derechos de los Estados ribereños en lo que se refiere a la exploración y explotación de sus plataformas continentales.

#### ARTICULO IV

Ninguna disposición del presente Tratado se interpretará en el sentido de que favorezca o perjudique la posición de ningún Estado Parte con respecto a convenciones internacionales existentes, incluida la Convención de 1958 sobre el Mar Territorial y la Zona Contigua, o con respecto a los derechos o pretensiones que un Estado Parte pueda alegar, o con respecto al reconocimiento o no reconocimiento de los derechos o pretensiones alegados por cualquier otro Estado en relación con las aguas frente a sus costas, incluidos, entre otros, mares territoriales y zonas contiguas, o en relación con los fondos marinos y oceánicos, incluidas las plataformas continentales.

#### ARTICULO V

Las Partes en el presente Tratado se comprometen a proseguir de buena fe negociaciones relativas a nuevas medidas en la esfera del desarme para la prevención de la carrera de armamentos en los fondos marinos y oceánicos y en su subsuelo.

#### ARTICULO VI

Cualquier Estado Parte en el presente Tratado podrá proponer enmiendas al mismo. Las enmiendas entrarán en vigor para cada Estado Parte que las acepte cuando hayan sido aceptadas por la mayoría de los Estados Partes en el Tratado y en lo sucesivo para cada uno de los Estados Partes restantes en la fecha en que las haya aceptado.

#### ARTICULO VII

Cinco años después de la entrada en vigor del presente Tratado, se celebrará en Ginebra, Suiza, una conferencia de las Partes en el Tratado a fin de revisar la aplicación de este Tratado para asegurarse de que se cumplen los propósitos enunciados en el preámbulo y las disposiciones del Tratado. En esta revisión se tendrá en cuenta todo avance tecnológico pertinente. La conferencia de revisión determinará, de conformidad con el parecer de la mayoría de las Partes que asistan a ella, si se ha de convocar una nueva conferencia de revisión y la fecha de ésta.

#### ARTICULO VIII

Cada Estado Parte en el presente Tratado tendrá derecho, en ejercicio de su soberanía nacional, a retirarse del Tratado si decide que acontecimientos extraordinarios, relacionados con la materia que es objeto del presente Tratado, han comprometido los intereses supremos de su país. Deberá notificar de este retiro a todos los demás Estados Partes en el Tratado y al Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas con una antelación de tres meses. Tal notificación deberá incluir una exposición de los acontecimientos extraordinarios que, según considera ese Estado Parte, han comprometido sus intereses supremos.

#### ARTICULO IX

Las disposiciones del presente Tratado no afectan en forma alguna las obligaciones asumidas por los Estados Partes en el Tratado en virtud de instrumentos internacionales que establezcan zonas libres de armas nucleares.

#### ARTICULO X

1. El presente Tratado estará abierto a la firma de todos los Estados. Todo Estado que no firmare este Tratado antes de su entrada en vigor, de conformidad con el párrafo 3 del presente artículo, podrá adherirse a él en cualquier momento.

2. El presente Tratado estará sujeto a ratificación por los Estados signatarios. Los instrumentos de ratificación y de adhesión serán entregados para su depósito a los Gobiernos de la Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas, el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte y los Estados Unidos de América, que por el presente quedan designados Gobiernos depositarios.

3. El presente Tratado entrará en vigor una vez que hayan depositado los instrumentos de ratificación veintidós gobiernos, entre ellos los Gobiernos que hayan sido designados como depositarios de este Tratado.

4. Para los Estados cuyos instrumentos de ratificación o de adhesión se depositaren después de la entrada en vigor del presente Tratado, el Tratado entra-



rá en vigor en la fecha del depósito de sus instrumentos de ratificación o adhesión.

5. Los Gobiernos depositarios comunicarán sin demora a los Gobiernos de todos los Estados signatarios y de todos los Estados que se hayan adherido al presente Tratado la fecha de cada firma, la fecha de depósito de cada instrumento de ratificación o de adhesión al presente Tratado, la fecha de su entrada en vigor, así como cualquier otra notificación que reciban.

6. El presente Tratado será registrado por los Gobiernos depositarios de conformidad con el Artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas.

#### ARTICULO XI

El presente Tratado, cuyos textos en ruso, inglés, francés, español y chino, son igualmente auténticos, se depositará en los archivos de los Gobiernos depositarios. Los Gobiernos depositarios remitirán copias debidamente certificadas del presente Tratado a los Gobiernos de los Estados signatarios y de los Estados que se adhieran al Tratado.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся, должным образом на то уполномоченные, подписали настоящий Договор.

Совершено в трех экземплярах, в городах Москве, Лондоне и Вашингтоне февраля месяца, II дня, тысяча девятьсот семьдесят первого года.

In witness whereof the undersigned, duly authorized, have signed this Treaty.

Done in triplicate, at the cities of Moscow, London and Washington, the IIth day of February, one thousand and nine hundred and seventy-one.

En foi de quoi les soussignés, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Traité.

Fait en trois exemplaires à Moscou, Londres et Washington, le II février mil neuf cent soixante-onze.

En testimonio de lo cual, los infrascritos, debidamente autorizados, firman este Tratado.

Hecho en tres ejemplares, en las ciudades de Moscú, Londres y Washington, el día II de febrero de mil novecientos setenta y uno.

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Vertrages**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der**  
**Koreanischen Volksdemokratischen Republik**  
**vom 28. September 1971 über den Rechtsverkehr**  
**in Zivil-, Familien- und Strafsachen**  
**vom 21. Juni 1972**

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1971 über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik vom 28. September 1971 über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen (GBl. I 1972 Nr. 2 S. 17) wird hierdurch bekanntgegeben, daß der Vertrag gemäß seinem Artikel 82 nach dem am 9. Juni 1972 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden am 9. Juli 1972 in Kraft tritt.

Berlin, den 21. Juni 1972

**Der Sekretär des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**  
**H. Eichler**

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (519/52) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,30 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 596. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für arabische Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 4. August 1972

Teil I Nr. 11

Tag	Inhalt	Seite
19. 7. 72	Gesetz über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien vom 12. Mai 1972 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand .....	155
19. 7. 72	Gesetz über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien vom 1. Juni 1972 .....	159
19. 7. 72	Gesetz über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vom 25. Februar 1972 .....	173
28. 6. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 25. Februar 1972 zu dem am 15. Mai 1969 in Warschau unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schifffahrt auf den Grenzgewässern .....	186

### Gesetz

#### über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien vom 12. Mai 1972 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 19. Juli 1972

##### § 1

Die Volkskammer bestätigt den am 12. Mai 1972 in Bukarest unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand.

##### § 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 13 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

##### § 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Uibricht

#### Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sozialistische Republik Rumänien haben,

fest entschlossen, die Beziehungen der brüderlichen Freundschaft, der allseitigen Zusammenarbeit und des gegenseitigen Beistands zwischen den beiden Staaten zu entwickeln und zu festigen,

zutiefst davon überzeugt, daß die Entwicklung dieser Beziehungen den Lebensinteressen der Völker beider Länder entspricht und zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staaten beiträgt,

in dem Bewußtsein, daß die internationalistische Solidarität der sozialistischen Staaten auf der Gemeinsamkeit der Gesellschaftsordnung, der grundlegenden Ziele und Bestrebungen, auf den gemeinsamen Interessen des Kampfes gegen Imperialismus und Reaktion beruht,

indem sie ihrem festen Wunsch Ausdruck verleihen, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Eu-

ropa und in der ganzen Welt beizutragen, die Zusammenarbeit mit den europäischen und den anderen Staaten ohne Unterschied ihrer Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Normen und Prinzipien des Völkerrechts zu entwickeln und gegen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus zu kämpfen,

entschlossen, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 für den Zeitraum der Gültigkeit dieses Vertrages, der als Antwort auf die Bedrohung durch die Organisation des NATO-Paktes abgeschlossen wurde, zu handeln,

überzeugt, daß die souveräne sozialistische Deutsche Demokratische Republik ein wichtiger Faktor für die Herbeiführung der europäischen Sicherheit ist und ihre Friedenspolitik sowie ihre gleichberechtigte Teilnahme am internationalen Leben von wesentlicher Bedeutung für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa sind,

geleitet von den Prinzipien und Zielen der Charta der Vereinten Nationen,

indem sie den gegenwärtigen Stand und die Möglichkeiten zur Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien sowie die Veränderungen, die in Europa und in der ganzen Welt vor sich gegangen sind, berücksichtigen,

beschlossen,

den vorliegenden Vertrag abzuschließen und zu diesem Zweck folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

Die hohen vertragschließenden Seiten werden auf der Grundlage der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, des gegenseitigen Vorteils und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe, der Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten die Freundschaft und allseitige Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten entwickeln.

#### Artikel 2

Die hohen vertragschließenden Seiten werden, ausgehend von den Prinzipien, die den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten zugrunde liegen und den Grundsätzen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit entwickeln und vertiefen, die Kooperation in der Produktion und Forschung erweitern und zur weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und der Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sowie mit anderen sozialistischen Staaten beitragen.

#### Artikel 3

Die hohen vertragschließenden Seiten werden die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, der Bildung, der Kunst, der Kultur, der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens, des Films, der Touristik, des Gesundheitswesens, der Körperkultur und auf anderen Gebieten entwickeln und erweitern. Sie werden die Zusammenarbeit zwischen den gesellschaftlichen Organisationen beider Länder unterstützen.

#### Artikel 4

Die hohen vertragschließenden Seiten werden, in dem Bewußtsein, daß die Einheit der sozialistischen Länder Voraussetzung für die Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in der Welt ist, stets für die Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten und für die Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit im Interesse des Sozialismus und des Friedens eintreten.

#### Artikel 5

Die hohen vertragschließenden Seiten werden auch künftig in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in der Welt beitragen. Sie werden konsequent die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verfolgen und für die Schaffung eines Klimas der Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten, für die Beilegung von internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln, für die Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, für die Beseitigung der Rassendiskriminierung und die endgültige Beseitigung des Kolonialismus und Neokolonialismus gemäß dem Recht der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, eintreten.

#### Artikel 6

Die hohen vertragschließenden Seiten werden weiterhin für die Festigung des Friedens und die Gewährleistung der Sicherheit in Europa und für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den europäischen Staaten eintreten.

#### Artikel 7

Die hohen vertragschließenden Seiten bekräftigen, daß die Unantastbarkeit der nach dem 2. Weltkrieg in Europa entstandenen Grenzen eine der Hauptvoraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist. Sie werden in Übereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 die Unantastbarkeit der Grenzen beider Staaten, einschließlich der Staatsgrenze zwischen den beiden deutschen Staaten, gewährleisten.

Beide Seiten werden in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts die erforderlichen Maßnahmen treffen, um einer Bedrohung des Friedens durch die militaristischen und revanchistischen Kräfte, die eine Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges anstreben, vorzubeugen.

#### Artikel 8

Im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf eine der hohen vertragschließenden Seiten wird die andere Seite in Ausübung des unveräußerlichen Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen unverzüglich alle Hilfe, einschließlich militärischer, leisten, die zur Abwehr des bewaffneten Überfalls erforderlich ist.

Sie werden dem Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen von den auf Grund dieses Artikels ergriffenen Maßnahmen sofort Mitteilung machen und entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen handeln.

**Artikel 9**

Die hohen vertragschließenden Seiten betrachten Westberlin als eine besondere politische Einheit.

**Artikel 10**

Die hohen vertragschließenden Seiten sind der Auffassung, daß die Herstellung normaler, gleichberechtigter Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Basis des Völkerrechts wesentlich zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen würde.

**Artikel 11**

Die hohen vertragschließenden Seiten werden sich über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten und über wichtige internationale Probleme, die ihre Interessen betreffen, gegenseitig informieren und konsultieren.

**Artikel 12**

Die hohen vertragschließenden Seiten erklären, daß ihre Verpflichtungen, die in den geltenden internationalen Verträgen enthalten sind, nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages stehen.

**TRATAT**

**de prietenie, colaborare și asistență mutuală  
intre Republica Democrată Germană și Republica  
Socialistă România**

Republica Democrată Germană și Republica Socialistă România,

Ferm hotărâte să dezvolte și să întărească relațiile de prietenie frățească, colaborare multilaterală și asistență mutuală între cele două state,

Profund convinse că dezvoltarea acestor relații corespunde intereselor vitale ale popoarelor celor două țări și contribuie la întărirea unității și coeziunii statelor socialiste,

Conștiente fiind că solidaritatea internaționalistă a statelor socialiste se întemeiază pe comunitatea orînduirii sociale, a țelurilor și aspirațiilor fundamentale, pe interesele comune ale luptei împotriva imperialismului și reacțiunii,

Dînd expresie dorinței lor ferme de a contribui la întărirea păcii și securității în Europa și în întreaga lume, de a dezvolta colaborarea cu statele europene și cu celelalte state, indiferent de orînduirea lor socială, pe baza normelor și principiilor dreptului internațional, și de a se împotrivi imperialismului, revanșismului și militarismului,

Hotărâte să acționeze în concordanță cu prevederile Tratatului de la Varșovia de prietenie, colaborare și asistență mutuală, din 14 mai 1955, pe perioada valabilității acestui Tratat, care a fost încheiat ca răspuns la amenințarea Organizației Tratatului Atlanticului de Nord,

Convinse că Republica Democrată Germană, stat socialist și suveran, constituie un factor important pentru înfăptuirea securității europene, iar politica sa

**Artikel 13**

Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifizierung und tritt in Kraft mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in kürzester Frist in Berlin erfolgt.

**Artikel 14**

Der vorliegende Vertrag wird für die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen, beginnend mit dem Tage des Inkrafttretens. Wenn ihn nicht eine der hohen vertragschließenden Seiten 12 Monate vor Ablauf dieser Frist schriftlich kündigt, verlängert sich der Vertrag jeweils um weitere fünf Jahre.

Dieser Vertrag wird gemäß Artikel 102, Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen registriert.

Ausgefertigt in Bukarest am 12. Mai 1972  
in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen  
der Deutschen  
Demokratischen Republik

E. Honecker

St o p h

Im Namen  
der Sozialistischen  
Republik Rumänien

N. Ceaușescu

Ion Gheorghe Maurer

de pace, precum și participarea ei cu drepturi egale la viața internațională au o importanță esențială pentru consolidarea păcii și securității în Europa,

Călăuzindu-se după principiile și scopurile Cartei Organizației Națiunilor Unite,

Luînd în considerare stadiul actual și posibilitățile de dezvoltare a colaborării multilaterale dintre Republica Democrată Germană și Republica Socialistă România, precum și transformările care s-au produs în Europa și în întreaga lume,

Au hotărît să încheie prezentul Tratat și în acest scop au convenit asupra celor ce urmează:

**Articolul 1**

Inaltele Părți Contractante vor dezvolta relațiile de prietenie și colaborare multilaterală dintre cele două state pe baza principiilor internaționalismului socialist, avantajului reciproc și întraajutorării tovarășești, respectării suveranității și independenței, egalității în drepturi și neamestecului în treburile interne.

**Articolul 2**

Inaltele Părți Contractante, pornind de la principiile care stau la baza relațiilor dintre statele socialiste, de la principiile diviziunii internaționale socialiste a muncii, vor dezvolta și adînci colaborarea economică și tehnico-științifică, vor lărgi cooperarea în producție și cercetare și își vor aduce contribuția la dezvoltarea relațiilor economice și a colaborării în cadrul Consiliului de Ajutor Economic Reciproc, precum și cu celelalte state socialiste.

**Articolul 3**

Inaltele Părți Contractante vor dezvolta și lărgi colaborarea în domeniile științei, învățămîntului, artei,

cueturii, presei, radioului, televiziunii, cinematografeii, turismului, ocrotirii sănătății, culturii fizice și în alte domenii. Părțile vor sprijini colaborarea dintre organizațiile obștești din cele două țări.

#### Articolul 4

Inaltele Părți Contractante, conștiente că unitatea țărilor socialiste constituie o premisă pentru înfăptuirea securității și păcii în lume, vor acționa permanent pentru dezvoltarea relațiilor de prietenie și colaborare între statele socialiste, pentru întărirea unității și coeziunii lor, în interesul cauzei socialismului și păcii.

#### Articolul 5

Inaltele Părți Contractante vor contribui și în viitor la garantarea păcii și securității în lume, călăuzindu-se după țelurile și principiile fundamentale ale Cartei Organizației Națiunilor Unite. Părțile vor promova consecvent politica de coexistență pașnică între state cu sisteme sociale diferite, vor milita pentru crearea unui climat de destindere și de colaborare între state, pentru soluționarea diferendelor internaționale prin mijloace pașnice, pentru realizarea dezarmării generale și totale, pentru înlăturarea discriminărilor rasiale și pentru lichidarea definitivă a colonialismului și neo-colonialismului, în conformitate cu dreptul popoarelor de a-și hotări singure soarta.

#### Articolul 6

Inaltele Părți Contractante vor milita în continuare pentru întărirea păcii și înfăptuirea securității în Europa, pentru dezvoltarea relațiilor de bună vecinătate între statele europene.

#### Articolul 7

Inaltele Părți Contractante subliniază că inviolabilitatea frontierelor apărute după cel de-al doilea război mondial în Europa este una din premisele fundamentale pentru înfăptuirea securității europene. Ele vor asigura, în conformitate cu Tratatul de prietenie, colaborare și asistență mutuală de la Varșovia din 14 mai 1955, inviolabilitatea frontierelor celor două state, inclusiv frontiera de stat dintre cele două state germane.

Cele două Părți vor întreprinde, în conformitate cu principiile dreptului internațional, măsurile necesare pentru a preîntâmpina amenințările împotriva păcii din partea forțelor militariste și revanșarde care urmăresc o revizuire a rezultatelor celui de-al doilea război mondial.

#### Articolul 8

În cazul unui atac armat din partea unui stat sau grup de state împotriva uneia din Inaltele Părți Contractante, cealaltă parte, exercitându-și dreptul inalienabil la autoapărare individuală sau colectivă, în conformitate cu articolul 51 al Cartei Organizației Națiunilor Unite, îi va acorda neîntârziat tot ajutorul, inclusiv militar, necesar respingerii atacului armat.

Părțile vor aduce neîntârziat la cunoștința Consiliului de Securitate al Organizației Națiunilor Unite măsurile luate în baza prezentului articol și vor acționa în conformitate cu prevederile Cartei Organizației Națiunilor Unite.

#### Articolul 9

Cele două Părți Contractante consideră Berlinul occidental o unitate politică specială.

#### Articolul 10

Inaltele Părți Contractante consideră că stabilirea de relații normale, egale în drepturi, între cele două state germane, pe baza dreptului internațional, ar contribui în mod esențial la cauza păcii și securității în Europa.

#### Articolul 11

Inaltele Părți Contractante se vor informa și consulta reciproc asupra dezvoltării colaborării dintre cele două state și asupra problemelor internaționale importante care privesc interesele lor.

#### Articolul 12

Inaltele Părți Contractante declară că obligațiile lor prevăzute în tratatele internaționale în vigoare nu sînt în contradicție cu prevederile prezentului Tratat.

#### Articolul 13

Prezentul Tratat este supus ratificării și va intra în vigoare la data schimbului instrumentelor de ratificare, care va avea loc la Berlin, în cel mai scurt termen.

#### Articolul 14

Prezentul Tratat se încheie pe o perioadă de 20 de ani, de la data intrării sale în vigoare. Dacă nici una din Inaltele Părți Contractante nu-l va denunța în scris cu 12 luni înainte de expirarea termenului de valabilitate, Tratatul se va prelungi pe noi perioade de cinci ani.

Acest Tratat va fi înregistrat la Secretariatul Națiunilor Unite, în conformitate cu articolul 102, paragraful 1, al Cartei Organizației Națiunilor Unite.

Intocmit la București, la 12 mai 1972, în două exemplare originale, fiecare în limba germană și limba română, ambele texte avînd aceeași valabilitate.

IN NUMELE  
REPUBLICII  
DEMOCRATE GERMANE,

E. Honecker

Stoph

IN NUMELE  
REPUBLICII  
SOCIALISTE ROMANIA,

N. Ceaușescu

Ion Gheorghe Maurer

**Gesetz**  
**über den Konsularvertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Volksrepublik Bulgarien vom 1. Juni 1972**  
**vom 19. Juli 1972**

**§ 1**

Die Volkskammer erteilt dem am 1. Juni 1972 in Berlin unterzeichneten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien ihre Zustimmung.

**§ 2**

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 42 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**  
**W. Ulbricht**

**§ 3**

Mit dem Inkrafttreten des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien vom 1. Juni 1972 tritt das Gesetz vom 24. September 1958 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien vom 18. April 1958 (GBl. I Nr. 62 S. 735) außer Kraft.

**§ 4**

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

**Konsularvertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Volksrepublik Bulgarien**

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Bulgarien haben,

vom Wunsch geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen in Übereinstimmung mit dem am 7. September 1967 in Sofia unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien weiterzuentwickeln, und

unter Berücksichtigung dessen, daß die konsularischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien einer neuen vertraglichen Regelung bedürfen,

beschlossen, den vorliegenden Konsularvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

August Klobes,

Leiter der Abteilung Konsularische Angelegenheiten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik,

der Staatsrat der Volksrepublik Bulgarien

Iwan Spassow,

Leiter der Konsularabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Bulgarien,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

**Kapitel I**  
**Definitionen**

**Artikel 1**

Im Sinne dieses Vertrages haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. „Konsulat“ ist ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur.
2. „Konsularbezirk“ ist das Gebiet, auf dem eine konsularische Amtsperson berechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben.
3. „Leiter des Konsulats“ ist ein Generalkonsul, ein Konsul, ein Vizekonsul und ein Konsularagent.
4. „Konsularische Amtsperson“ ist eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist. Der Begriff „konsularische Amtsperson“ umfaßt auch eine Person, die zum Praktikum in das Konsulat entsandt wurde.
5. „Mitarbeiter des Konsulats“ ist eine Person, die keine konsularische Amtsperson ist, aber im Konsulat administrative, technische oder andere Aufgaben zur Versorgung des Konsulats ausführt.
6. „Bürger des Entsendestaates“ umfaßt auch juristische Personen.
7. „Konsularräumlichkeiten“ sind Gebäude oder Gebäudeteile, einschließlich der Residenz des Leiters des Konsulats sowie der Grundstücke, die zu diesen Gebäuden oder Gebäudeteilen gehören und ungeachtet der Eigentumsverhältnisse ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden.

8. „Konsulararchiv“ umfaßt den gesamten dienstlichen Schriftwechsel, Chiffrematerialien, Dokumente, Bücher, technische Arbeitsmittel sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbewahrung bestimmt sind.
9. „Schiff“ ist jedes Wasserfahrzeug, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt.
10. „Flugzeug“ ist jedes Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Erkennungszeichen des Entsendestaates trägt.

## Kapitel II

### Einrichtung von Konsulaten und Ernennung von konsularischen Amtspersonen

#### Artikel 2

1. Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung eingerichtet werden.
2. Der Sitz des Konsulats, sein Rang und der Konsularbezirk werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

#### Artikel 3

1. Vor Ernennung des Leiters des Konsulats holt der Entsendestaat das Einverständnis des Empfangsstaates zur Person auf diplomatischem Weg ein.
2. Nachdem das Einverständnis vorliegt, übermittelt der Entsendestaat dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats, seinen Rang sowie den Konsularbezirk, in dem er seine Funktionen ausüben wird, und den Ort, in dem das Konsulat seinen Sitz hat.
3. Nach Vorlage des Konsularpatents oder eines anderen Dokuments über die Ernennung des Leiters des Konsulats erteilt ihm der Empfangsstaat möglichst kurzfristig das Exequatur oder eine andere Erlaubnis.
4. Der Leiter des Konsulats kann seine Funktionen nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben.
5. Der Empfangsstaat kann dem Leiter des Konsulats bis zur Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.
6. Der Empfangsstaat trifft nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis die erforderlichen Maßnahmen, damit der Leiter des Konsulats seine Funktionen ausüben kann.

#### Artikel 4

Eine konsularische Amtsperson kann nur Bürger des Entsendestaates sein.

#### Artikel 5

Der Empfangsstaat kann den Entsendestaat jederzeit ohne Begründung davon in Kenntnis setzen, daß das Exequatur oder eine andere Erlaubnis für den Leiter des Konsulats zurückgezogen wurde oder daß die konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats nicht erwünscht ist. In solchen Fällen hat der Entsendestaat diese konsularische Amtsperson oder diesen Mitarbeiter des Konsulats abzurufen.

## Kapitel III

### Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

#### Artikel 6

Der Empfangsstaat gewährt den konsularischen Amtspersonen und den Mitarbeitern des Konsulats den erforderlichen Schutz und trifft die entsprechenden Maßnahmen, damit diese ihre Funktionen ausüben und ihre Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die im vorliegenden Vertrag und in den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorgesehen sind, in Anspruch nehmen können.

#### Artikel 7

1. Wenn der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben kann oder die Stelle des Leiters des Konsulats zeitweilig unbesetzt ist, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines anderen Konsulats im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat mit der Ausübung der Funktionen des Leiters des Konsulats beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vorher durch den Entsendestaat auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.
2. Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.
3. Wird ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt, bleiben seine diplomatischen Privilegien und Immunitäten unberührt.

#### Artikel 8

1. Die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten konsularischer Amtspersonen erstrecken sich gleichermaßen auf die Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates, die mit konsularischen Funktionen betraut wurden.
2. Die Ausübung konsularischer Funktionen durch die in Absatz 1 genannten Personen berührt nicht die Privilegien und Immunitäten, die ihnen auf Grund ihres diplomatischen Status zustehen.

#### Artikel 9

Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile für das Konsulat und Wohnungen für konsularische Amtspersonen oder Mitarbeiter des Konsulats, soweit sie Bürger des Entsendestaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben, als Eigentum erwerben oder pachten. Dabei erweist der Empfangsstaat, falls notwendig, dem Entsendestaat jegliche Hilfe und Unterstützung.

#### Artikel 10

1. Am Gebäude des Konsulats können das Staatswappen und die Bezeichnung des Konsulats in der



Sprache des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.

2. Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates aufgezogen werden.
3. Der Leiter des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates an den von ihm benutzten Fahrzeugen führen.

#### Artikel 11

1. Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten und der Wohnungen der konsularischen Amtspersonen.
2. Die Konsularräumlichkeiten sind unverletzlich.  
Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Konsularräumlichkeiten ohne Erlaubnis des Leiters des Konsulats, des Leiters der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer von diesen bevollmächtigten Person nicht betreten.
3. Die Bestimmungen in Absatz 2 gelten auch für Wohnungen der konsularischen Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats, soweit diese nicht Bürger des Empfangsstaates oder Personen sind, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben.

#### Artikel 12

Konsulararchive sind zu jeder Zeit und unabhängig von ihrem Standort unverletzlich.

#### Artikel 13

1. Das Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung oder den diplomatischen Vertretungen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Zu diesem Zweck kann das Konsulat alle allgemeinen Verbindungsmittel, Chiffre, Kuriere sowie Kuriergepäck benutzen. Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Funkstation darf nur mit Zustimmung des Empfangsstaates erfolgen.  
Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für das Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Vertretung.
2. Dienstpost und Kuriergepäck des Konsulats, soweit sichtbar und auf den offiziellen Charakter hinweisend gekennzeichnet, sind unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder kontrolliert noch zurückgehalten werden, unabhängig davon, welche Verbindungsmittel benutzt werden.
3. Den Personen, die Konsulargepäck befördern — Konsularkuriere —, werden die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie diplomatischen Kurieren des Entsendestaates gewährt.
4. Das Konsulargepäck kann einem Flugzeugführer oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden, der ein offizielles Dokument erhält, aus dem die Anzahl der Gepäckstücke hervorgeht. Dieser wird jedoch nicht als Konsularkurier betrachtet. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, dieses Gepäck vom Flugzeugführer oder vom Kapitän eines Schiffes direkt und unbehindert in Empfang zu nehmen oder diesem zu übergeben.

#### Artikel 14

Eine konsularische Amtsperson ist unantastbar. Ein Mitarbeiter des Konsulats ist, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, ebenfalls unantastbar. Diese Personen dürfen weder vorläufig festgenommen noch verhaftet werden. Der Empfangsstaat ist verpflichtet, sie mit gebührender Achtung zu behandeln und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um den Schutz ihrer Person, ihrer Freiheit und Würde zu sichern.

#### Artikel 15

1. Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, genießt die Immunität vor der Gerichtsbarkeit und unterliegt nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates, mit Ausnahme bei:
  - a) Klagen in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, soweit sie es nicht im Namen des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken besitzt;
  - b) Klagen in Nachlasssachen, in denen eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftritt;
  - c) Klagen im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats im Empfangsstaat außerhalb der dienstlichen Tätigkeit ausübt.
2. Gegen eine konsularische Amtsperson oder gegen einen Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den unter Absatz 1, Buchstabe a, b und c, vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person oder ihrer Wohnung zu beeinträchtigen.
3. Familienangehörige einer konsularischen Amtsperson oder eines Mitarbeiters des Konsulats, die mit diesen im gemeinsamen Haushalt leben und nicht Bürger des Empfangsstaates sind oder in diesem Staat keinen ständigen Wohnsitz haben, genießen Immunität vor der Gerichtsbarkeit sowie persönliche Unantastbarkeit und unterliegen nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates wie eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats.
4. Der Entsendestaat kann auf die Immunität konsularischer Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats sowie ihrer Familienangehörigen verzichten. Der Verzicht muß in jedem Fall in schriftlicher Form zum Ausdruck gebracht werden. Der Verzicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit in Zivilverfahren und bei administrativen Angelegenheiten bedeutet nicht den Verzicht auf die Immunität in bezug auf die Vollstreckung der Entscheidung, wozu ein besonderer Verzicht erforderlich ist.

5. Erhebt eine Person, die gemäß diesem Artikel Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann sie sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

#### Artikel 16

1. Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats ist nicht verpflichtet, Zeugenaussagen zu machen.
2. Wenn der Entsendestaat einverstanden ist, daß eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Entsendestaates ist und seinen ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat, Zeugenaussagen macht, so kann dieser auf Ersuchen aussagen.
3. Es ist unzulässig, eine konsularische Amtsperson oder einen Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Entsendestaates ist und seinen ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat, zu zwingen, Zeugenaussagen zu machen, zu diesem Zweck vor Gericht zu erscheinen oder im Falle einer Aussageverweigerung sowie eines Fernbleibens vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen.
4. Ein Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Empfangsstaates ist oder seinen ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, kann sich weigern, über dienstliche Angelegenheiten Zeugenaussagen zu machen.
5. Bei Anwendung der in Absatz 2 enthaltenen Festlegungen werden entsprechende Maßnahmen getroffen, um eine Behinderung der Tätigkeit des Konsulats zu vermeiden. Wenn es möglich ist, können mündliche oder schriftliche Zeugenaussagen im Konsulat oder in der Wohnung der betreffenden konsularischen Amtsperson oder des betreffenden Mitarbeiters des Konsulats gemacht werden.
6. Die Bestimmungen dieses Artikels treffen auf alle Verfahren und Handlungen zu, die von Gerichten und anderen staatlichen Organen durchgeführt werden.
7. Die Bestimmungen dieses Artikels werden entsprechend auf Familienangehörige einer konsularischen Amtsperson oder eines Mitarbeiters des Konsulats angewandt, sofern sie mit diesen im gemeinsamen Haushalt leben, Bürger des Entsendestaates sind und ihren ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat haben.

#### Artikel 17

1. Eine konsularische Amtsperson wird im Empfangsstaat von allen Zwangsverpflichtungen befreit.
2. Die Festlegung in Absatz 1 erstreckt sich auch auf die Mitarbeiter des Konsulats und die Familienangehörigen der konsularischen Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats, sofern sie mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben, Bürger des Entsendestaates sind und ihren ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat haben.

#### Artikel 18

Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats sowie die mit ihm im gemeinsamen Haus-

halt lebenden Familienangehörigen, die Bürger des Entsendestaates sind und ihren ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat haben, unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Ausländermeldepflicht und über den Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung ergeben.

#### Artikel 19

1. Der Entsendestaat ist im Empfangsstaat von allen Steuern und anderweitigen Gebühren befreit für:
  - Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden, einschließlich der Wohnungen für konsularische Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats, wenn die genannten Immobilien Eigentum des Entsendestaates sind oder in dessen Namen gepachtet werden;
  - Verträge und Dokumente, die den Erwerb der genannten Immobilien betreffen, wenn der Entsendestaat diesen Besitz ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt.
2. Die Festlegungen in Absatz 1 beziehen sich nicht auf die Bezahlung von Dienstleistungen.

#### Artikel 20

Der Entsendestaat ist im Empfangsstaat von der Entrichtung jeglicher Steuern und Gebühren für das bewegliche Gut, welches Eigentum des Entsendestaates ist oder sich in seinem Besitz oder seiner Nutzung befindet und für konsularische Zwecke gebraucht wird, befreit. Das gilt auch für den Erwerb des beweglichen Gutes.

#### Artikel 21

Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, sofern es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, ist nicht verpflichtet, von den dienstlichen Einkünften Steuern und Gebühren an den Empfangsstaat zu entrichten.

#### Artikel 22

1. Eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, sofern es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, sind von allen staatlichen und kommunalen Steuern und Gebühren befreit.
2. Die in Absatz 1 genannten Befreiungen beziehen sich nicht auf:
  - a) indirekte Steuern, die gewöhnlich im Preis der Waren oder Dienstleistungen enthalten sind;
  - b) Abgaben und Steuern für privates, auf dem Territorium des Empfangsstaates belegenes unbewegliches Vermögen, soweit die Festlegungen in Artikel 19 keine Befreiung vorsehen;
  - c) Erbschaftssteuern oder Steuern für Eigentumsübertragungen, die der Empfangsstaat erhebt;
  - d) Steuern und Gebühren für Privateinkünfte, deren Quellen im Empfangsstaat liegen;

- e) Gerichts-, Verwaltungs- und andere Gebühren, soweit die Festlegungen in Artikel 19 keine Befreiung vorsehen;
- f) Abgaben und Gebühren, die für Dienstleistungen erhoben werden.

#### Artikel 23

1. Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die zur dienstlichen Nutzung des Konsulats eingeführt werden, sind von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, wie die Gegenstände, die zur dienstlichen Nutzung der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates eingeführt werden, befreit.
2. Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen sind von der Zollkontrolle befreit.

Eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind, sofern es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ständig in diesem Staat lebt, hinsichtlich ihres Gepäcks und anderer Gegenstände, die für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind, von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, genauso wie die entsprechenden Kategorien des Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates befreit.

#### Artikel 24

Alle Personen, die nach diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind verpflichtet, unbeschadet dieser Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrs- und der Versicherungsvorschriften für Kraftfahrzeuge, einzuhalten.

#### Artikel 25

Der Empfangsstaat gewährt einer konsularischen Amtsperson und einem Mitarbeiter des Konsulats sowie den mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen Bewegungs- und Reisefreiheit innerhalb des Konsularbezirkes, sofern das nicht seinen Rechtsvorschriften über den Aufenthalt in Gebieten, in die die Einreise und der Aufenthalt aus Gründen der staatlichen Sicherheit verboten oder eingeschränkt ist, widerspricht.

### Kapitel IV

#### Konsularfunktionen

#### Artikel 26

1. Eine konsularische Amtsperson tritt für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat ein und trägt zur allseitigen Entwicklung und Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit auf politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen, juristischen, touristischen und anderen Gebieten bei.
2. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk die Rechte und Interessen des Entsendestaates und seiner Bürger wahrzunehmen.

#### Artikel 27

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk Funktionen auszuüben, die in diesem Kapitel festgelegt sind. Die konsularische Amtsperson kann außerdem andere Konsularfunktionen ausüben, sofern sie nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widersprechen.
2. Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen unmittelbar schriftlich oder mündlich an die zuständigen Organe des Konsularbezirkes wenden, einschließlich der Vertretungen der zentralen Organe.
3. Eine konsularische Amtsperson kann mit Zustimmung des Empfangsstaates konsularische Funktionen auch außerhalb des Konsularbezirkes ausüben.
4. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, konsularische Gebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

#### Artikel 28

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in ihrem Konsularbezirk:
  - a) Bürger des Entsendestaates zu registrieren;
  - b) Anträge zu Fragen der Staatsbürgerschaft entgegenzunehmen und Dokumente auszuhändigen, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates erforderlich sind;
  - c) entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Ehen zu schließen, unter der Voraussetzung, daß es sich um Bürger des Entsendestaates handelt;
  - d) Geburten- und Sterberegister von Bürgern des Entsendestaates zu führen;
  - e) in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Erklärungen entgegenzunehmen, die die familiären Verhältnisse von Bürgern des Entsendestaates betreffen.
2. Eine konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen, die in Absatz 1, Buchstabe c und d, festgelegt sind, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorsehen. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren die konsularische Amtsperson über die von ihnen vorgenommenen Beurkundungen bei Eheschließungen, Geburten und Todesfällen von Bürgern des Entsendestaates.
3. Die in Absatz 1, Buchstabe c und d, enthaltenen Festlegungen befreien die betreffenden Bürger des Entsendestaates nicht von der Pflicht, die entsprechenden Rechtsvorschriften des Empfangsstaates einzuhalten.

#### Artikel 29

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

- a) für Bürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verlängern, zu verändern und ungültig zu machen;
- b) Visa zur Einreise, Ausreise und Durchreise zu erteilen.

## Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates und dem zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien abgeschlossenen Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen für Bürger des Entsendestaates die erforderlichen Maßnahmen zur Einleitung des Adoptionsverfahrens zu treffen sowie Vormundschaften und Pflegschaften zu bestellen.

## Artikel 31

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates notarielle Handlungen vorzunehmen:
  - a) für Bürger, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, zur Verwendung im Entsendestaat;
  - b) für Bürger des Entsendestaates zur Verwendung im Ausland.
2. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, Dokumente zu übersetzen, die Richtigkeit von Übersetzungen zu beglaubigen und Dokumente zu legalisieren.

## Artikel 32

Die von einer konsularischen Amtsperson in Übereinstimmung mit Artikel 31 des vorliegenden Vertrages ausgefertigten, übersetzten oder beglaubigten Dokumente werden im Empfangsstaat als Dokumente betrachtet, die die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft haben wie Dokumente, die von den zuständigen Organen oder Institutionen des Empfangsstaates ausgefertigt, übersetzt oder beglaubigt wurden.

## Artikel 33

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, für Bürger des Entsendestaates Dokumente, Geld, Wertsachen und andere ihnen gehörende Gegenstände in Verwahrung zu nehmen.
2. Die gemäß Absatz 1 in Verwahrung genommenen Sachen können nur in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates ausgeführt werden.

## Artikel 34

1. Die Zuständigkeit und die Aufgaben einer konsularischen Amtsperson in Nachlassangelegenheiten werden in dem zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien abgeschlossenen Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen geregelt.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren die konsularische Amtsperson über die Feststellung eines Nachlasses und die Eröffnung eines Nachlassverfahrens im Empfangsstaat, wenn der Erbe ein Bürger des Entsendestaates ist, unabhängig davon, welche Staatsbürgerschaft der Erblasser hat.

Das betrifft auch die Fälle, in denen den zuständigen Organen des Empfangsstaates die Feststellung eines Nachlasses und die Eröffnung eines Nachlassverfahrens bekannt wird, wenn der Erbe Bürger des Entsendestaates ist und auf dem Territorium eines dritten Staates lebt.

## Artikel 35

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk Bürger des Entsendestaates vor den Organen des Empfangsstaates zu vertreten, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen außerstande sind, ihre Rechte und Interessen rechtzeitig wahrzunehmen. Die Vertretung erfolgt so lange, bis die Vertretenen ihre Bevollmächtigten bestimmen oder die Wahrung ihrer Rechte und Interessen selbst übernehmen.

## Artikel 36

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk mit jedem Bürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten und diese zu unterhalten, ihn zu beraten, ihm jegliche Unterstützung zu erweisen und notwendigenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um ihm Hilfe in Rechtsangelegenheiten zu gewähren.  
Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise das Recht eines Bürgers des Entsendestaates ein, sich mit dem Konsulat in Verbindung zu setzen oder das Konsulat aufzusuchen.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren unverzüglich eine konsularische Amtsperson des Entsendestaates über die vorläufige Festnahme oder Verhaftung eines Bürgers des Entsendestaates.
3. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Bürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde oder eine Freiheitsstrafe verbüßt, zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten. Diese Rechte werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Bedingung verwirklicht, daß sie diese Rechte nicht aufheben.

## Artikel 37

1. Eine konsularische Amtsperson hat im Konsularbezirk das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates jegliche Unterstützung und Hilfe zu leisten.
2. Eine konsularische Amtsperson kann sich an Bord des Schiffes begeben, sobald dem Schiff der freie Verkehr mit dem Land gestattet wurde. Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder können mit der konsularischen Amtsperson in Verbindung treten.
3. Eine konsularische Amtsperson kann in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich der Schiffe des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder und der Passagiere dieser Schiffe die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Hilfe ersuchen.

## Artikel 38

Eine konsularische Amtsperson hat im Konsularbezirk das Recht:

- a) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Vorkommnisse, die auf der Reiseroute des Schiffes des Entsendestaates vorgefallen sind, zu untersuchen, den Kapitän und die Besatzungsmitglieder zu vernehmen, Schiffsdokumente zu überprüfen, Erklärungen über die Reiseroute und das Ziel des Schiffes entgegenzunehmen sowie das

Ein- und Auslaufen oder den Verbleib des Schiffes im Hafen zu unterstützen;

- b) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied zu klären, einschließlich der Streitfragen, die den Lohn und den Heuervertrag betreffen, soweit das in den Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehen ist;
- c) Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns, eines Besatzungsmitglieds oder eines Passagiers oder zu deren Rückführung in den Entsendestaat zu treffen;
- d) Erklärungen oder Dokumente, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates bezüglich der Schiffe vorgesehen sind, entgegenzunehmen, auszustellen oder zu beglaubigen;
- e) die An- und Abmusterung von Mitgliedern der Besatzungen der Schiffe zu bestätigen und die entsprechenden Dokumente auszustellen und zu beglaubigen;
- f) provisorische Schiffszertifikate für neu erworbene Schiffe entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates auszustellen.

#### Artikel 39

1. Beabsichtigen die zuständigen Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen oder eine Untersuchung vorzunehmen, ist die konsularische Amtsperson durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates davon vorher zu verständigen, damit sie oder ihr Vertreter bei der Durchführung dieser Handlungen anwesend sein kann, es sei denn, daß die Dringlichkeit der Sache eine vorherige Verständigung nicht zuläßt. War die konsularische Amtsperson oder ihr Vertreter nicht anwesend, geben ihr die zuständigen Organe des Empfangsstaates eine vollständige Information über die Geschehnisse.
2. Die Festlegungen in Absatz 1 finden auch dann Anwendung, wenn der Kapitän des Schiffes oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen auf dem Schiff durch die zuständigen Organe an Land vernommen werden sollen.
3. Die Festlegungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei Zoll-, Paß- oder Hygienekontrollen sowie allen anderen Handlungen, die auf Ersuchen oder mit Einverständnis des Kapitäns des Schiffes vorgenommen werden.

#### Artikel 40

1. Wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder eine andere Havarie im Empfangsstaat hat, oder wenn irgend ein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes des Entsendestaates, des Empfangsstaates oder eines dritten Staates gehört, Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist und an der Küste oder in den Gewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird, setzen die zuständigen Organe des Empfangsstaates die konsularische Amtsperson umgehend in Kenntnis. Sie informieren die konsularische Amtsperson auch über Maßnahmen, die zur Rettung von

Menschen, Schiff, Ladung und anderen Gütern sowie Schiffsteilen und Teilen der Ladung, die sich vom Schiff losgelöst haben, getroffen wurden.

2. Eine konsularische Amtsperson kann einem solchen Schiff, seinen Passagieren und den Besatzungsmitgliedern jegliche Hilfe leisten. Zu diesem Zweck kann sie die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Beistand ersuchen.

Eine konsularische Amtsperson kann Maßnahmen treffen, die sich auf Grund Absatz 1 ergeben, einschließlich der Maßnahmen zur Reparatur des Schiffes.

Sie kann die zuständigen Organe des Empfangsstaates ersuchen, solche Maßnahmen zu ergreifen oder fortzusetzen.

3. Wenn ein havariertes Schiff oder ein zu einem solchen Schiff gehörender Schiffsgegenstand an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän des Schiffes noch der Eigentümer, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder einen solchen Gegenstand zu treffen, gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers des Schiffes Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst zu diesem Zweck veranlassen könnte.

Die Festlegungen dieses Absatzes betreffen auch jeden Gegenstand, der Teil der Schiffsladung und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist.

4. Wenn ein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes eines dritten Staates gehört und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist, an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän noch der Eigentümer des Gegenstandes, sein Agent oder die Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über diesen Gegenstand zu treffen, so gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers solche Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst zu diesem Zweck veranlassen könnte.

#### Artikel 41

Die Artikel 37 bis 40 werden sinngemäß auf Flugzeuge angewandt.

#### Kapitel V

#### Schlußbestimmungen

#### Artikel 42

1. Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifizierung. Er tritt am 30. Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Sofia erfolgt, in Kraft.
2. Der vorliegende Vertrag bleibt bis zum Ablauf von sechs Monaten in Kraft, gerechnet von dem Tage ab, an dem eine der Hohen Vertragschließenden Seiten der anderen Hohen Vertragschließenden Seite die Kündigung des Vertrages mitteilt.
3. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages verliert der am 18. April 1958 zwischen der Deutschen Demo-

kratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien in Berlin abgeschlossene Konsularvertrag seine Gültigkeit.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 1. Juni 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen  
des Vorsitzenden  
des Staatsrates  
der Deutschen  
Demokratischen Republik

August Klobes

Im Namen  
des Staatsrates  
der Volksrepublik  
Bulgarien

Iwan Spassow

**Protokoll  
zum Konsularvertrag  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Volksrepublik Bulgarien**

Bei der Unterzeichnung des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien, im weiteren als „Vertrag“ bezeichnet, haben sich die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten über folgendes geeinigt:

1. Die Benachrichtigung der konsularischen Amtsperson, die gemäß Artikel 36, Absatz 2, des Vertrages vorgesehen ist, erfolgt in Abhängigkeit von den

Verbindungsbedingungen in 3 Tagen nach der vorläufigen Festnahme oder Verhaftung des Bürgers des Entsendestaates.

2. Die in Artikel 36, Absatz 3, des Vertrages vorgesehenen Rechte einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates zu besuchen oder mit ihm in Verbindung zu treten, werden im Verlaufe von 4 Tagen nach der vorläufigen Festnahme oder Verhaftung des Bürgers in Abhängigkeit von dessen Aufenthaltsort gewährt.
3. Die in Artikel 36, Absatz 3, des Vertrages vorgesehenen Rechte einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen, verhaftet wurde oder eine Freiheitsstrafe verbüßt, zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten, werden periodisch gewährt.

Das Protokoll ist untrennbarer Bestandteil des Vertrages. Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten das vorliegende Protokoll unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 1. Juni 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen  
des Vorsitzenden  
des Staatsrates  
der Deutschen  
Demokratischen Republik

August Klobes

Im Namen  
des Staatsrates  
der Volksrepublik  
Bulgarien

Iwan Spassow

**КОНСУЛСКА КОНВЕНЦИЯ  
между Германската демократическа република  
и Народна република България**

Германската демократична република и Народна република България,

ръководени от желанието за по-нататъшното развитие на приятелските отношения между Германската демократична република и Народна република България, в съответствие с Договора за дружба, сътрудничество и взаимопомощ, подписан на 7 септември 1967 г. в София и

вземайки под внимание това, че консулските отношения между Германската демократична република и Народна република България се нуждаят от ново договорно уреждане,

решиха да сключат настоящата Консулска конвенция и за тази цел назначиха за свои пълномощници:

Председателят на Държавния съвет на Германската демократична република — АУГУСТ КЛОБЕС, началник на отдел «Консулски» при Министерството на външните работи на Германската демократична република,

Държавният съвет на Народна република България — ИВАН СПАСОВ, началник на отдел «Консулски» при Министерството на външните работи на Народна република България,

които, след като размениха своите пълномощия, намерени за редовни и в надлежна форма се споразумяха за следното:

**ГЛАВА I**

**Дефиниции**

**Член 1**

По смисъла на тази Конвенция посочените по-долу термини имат следното значение:

1. «Консулство» означава генерално консулство, консулство, вицеконсулство и консулско агенство.
2. «Консулски окръг» означава районът, в който консулското длъжностно лице има право да упражнява консулски функции.
3. «Шеф на консулството» означава генерален консул, консул, вицеконсул и консулски агент.
4. «Консулско длъжностно лице» означава лице, включително и шефа на консулството, на което е възложено изпълнението на консулски функции. Терминът «консулско длъжностно лице» включва също така и лицата, изпратени на практика в консулството.
5. «Сътрудник на консулството» означава лице, което не е консулско длъжностно лице, но изпълнява в консулството административни, технически или други задачи по обслужване на консулството.
6. Терминът «граждани на изпращащата страна» обхваща и юридически лица.

7. «Помещения на консулството» означава сгради или части от сгради, включително и резиденцията на шефа на консулството, както и парцелите, принадлежащи към сградите или частите от сгради, които се използват изключително за консулски цели, независимо от това чия собственост са.

8. «Консулски архиви» обхваща цялата служебна кореспонденция, шифровете, материалите, документите, книгите, техническите средства за работа, както и мобилизираната, предназначена за тяхното съхраняване.

9. «Кораб» е всяко водно превозно средство, което законно плава под знамето на изпращащата страна.

10. «Самолет» е всяко въздушно превозно средство, което законно носи отличителните знаци на изпращащата страна.

## ГЛАВА II

### Откриване на консулства и назначаване на консулски длъжностни лица

#### Член 2

1. Консулство може да бъде открито в приемащата страна само с нейно съгласие.

2. Седалището на консулството, рангът му и консулският окръг се определят по споразумение между изпращащата и приемащата страна.

#### Член 3

1. Преди назначаването на шефа на консулството, изпращащата страна взема съгласието на приемащата страна за лицето по дипломатически път.

2. След получаване на съгласието, изпращащата страна изпраща по дипломатически път на приемащата страна консулски патент или друг документ за назначаване на шефа на консулството, за неговия ранг, както и за консулския окръг, в който той ще изпълнява своите функции, а също така и за мястото, което ще бъде седалище на консулството.

3. След представянето на консулския патент или на друг документ за назначаване на шефа на консулството, приемащата страна му издава, във възможно най-кратък срок, екзекватура или друго разрешение.

4. Шефът на консулството може да пристъпи към изпълнението на своите функции, след като приемащата страна му издаде екзекватура или друго разрешение.

5. Приемащата страна може да разреши на шефа на консулството да изпълнява временно функциите си до издаването на екзекватура или на друго разрешение.

6. Приемащата страна взема необходимите мерки след издаването на екзекватурата или на друго разрешение, за да може шефът на консулството да изпълнява своите функции.

#### Член 4

Консулско длъжностно лице може да бъде само гражданин на изпращащата страна.

#### Член 5

Приемащата страна може по всяко време, без да се мотивира, да уведоми изпращащата страна, че е оттегляла екзекватурата или друго разрешение за шефа на консулството, или че консулското длъжностно лице или

сътрудникът на консулството са нежелателни. В такива случаи изпращащата страна трябва да отзове това консулско длъжностно лице или този сътрудник на консулството.

## ГЛАВА III

### Облекчения, привилегии и имунитети

#### Член 6

Приемащата страна осигурява необходимата закрила на консулските длъжностни лица и на сътрудниците на консулството и взема съответните мерки, за да могат тези лица да упражняват функциите си и да се ползват от правата, облекченията, привилегиите и имунитетите, предвидени в настоящата Конвенция и законодателството на приемащата страна.

#### Член 7

1. Ако шефът на консулството, поради някаква причина, не може да изпълнява функциите си или ако длъжността шеф на консулството временно е вакантна, изпращащата страна може да възложи на консулско длъжностно лице от това или от друго консулство в приемащата страна или на един от членовете на дипломатическия персонал на дипломатическото си представителство в приемащата страна да изпълнява функциите на шеф на консулството. Изпращащата страна уведомява предварително за това приемащата страна по дипломатически път.

2. Лицето, на което е възложено временното ръководство на консулството, се ползва със същите права, облекчения, привилегии и имунитети, които има шефа на консулството, съгласно тази Конвенция.

3. Когато на член на дипломатическия персонал на дипломатическото представителство на изпращащата страна е възложено временното ръководство на консулството, неговите дипломатически привилегии и имунитети остават незасегнати.

#### Член 8

1. Предвидените в тази Конвенция права и задължения на консулските длъжностни лица, се разпростират в същата степен върху членовете на дипломатическия персонал на дипломатическото представителство на изпращащата страна, на които е възложено изпълнението на консулски функции.

2. Изпълнението на консулските функции от упоменатите в т. 1 лица, не засяга привилегиите и имунитетите, които те имат въз основа на дипломатическия им статут.

#### Член 9

Изпращащата страна може, съгласно законодателството на приемащата страна, да закупи или вземе под наем парцели, сгради или части от сгради за консулството и жилища за консулските длъжностни лица или за сътрудниците на консулството, ако те са граждани на изпращащата страна и нямат постоянно местожителство в приемащата страна. При това приемащата страна оказва, при необходимост, всякаква помощ и подкрепа на изпращащата страна.

#### Член 10

1. На сградата на консулството могат да се поставят държавния герб и наименованието на консулството, на езика на изпращащата страна и на приемащата страна.

2. На сградата на консулството и на резиденцията на шефа на консулството може да се издига знамето на изпращащата страна.

3. Шефът на консулството може да поставя флага на изпращащата страна на превозното средство, използвано от него.

#### Член 11

1. Приемашката страна осигурява защитата на консулските помещения и на жилищата на консулските длъжностни лица.

2. Консулските помещения са неприкосновени.

Органите на приемащата страна не могат да влизат в консулските помещения без разрешение на шефа на консулството, на ръководителя на дипломатическото представителство на изпращащата страна или на лице, определено от един от тях.

3. Разпоредбите на т. 2 се отнасят и за жилищата на консулските длъжностни лица и сътрудниците на консулството, ако те не са граждани на приемащата страна или пък лица, имащи постоянно местожителство в тази страна.

#### Член 12

Консулските архиви са неприкосновени по всяко време и независимо от тяхното местонахождение.

#### Член 13

1. Консулството има право да влиза във връзка с правителството или с дипломатическите представителства и други консулства на изпращащата страна, независимо от това къде се намират те. За тази цел консулството може да използва всички обикновени съобщителни средства, цифри, куриери, както и куриерски багаж. Откриването и пускането в действие на радиопредавателя може да стане само със съгласието на приемащата страна.

При използването на обикновените съобщителни средства за консулството важат същите тарифи, както за дипломатическото представителство.

2. Служебната поща и куриерският багаж на консулството, ако са маркирани ясно и показват официалния им характер са неприкосновени и не могат да бъдат контролирани или задържани от органите на приемащата страна, независимо от съобщителните средства, които се използват.

3. На лицата, които пренасят консулски багаж — консулски куриери, се гарантират същите права, привилегии и имунитети, както на дипломатическите куриери на изпращащата страна.

4. Консулският багаж може да бъде поверен на командира на самолет или на капитана на кораб, на който се дава официален документ, от който се вижда броят на колетите. Той обаче не се смята за консулски куриер. Консулското длъжностно лице има право да приеме този багаж от командира на самолета или капитана на кораба директно и безпрепятствено или да го предаде.

#### Член 14

Консулското длъжностно лице е неприкосновено. Сътрудникът на консулството също е неприкосновен, ако не е гражданин на приемащата страна или постоянно живущ в тази страна. Тези лица не могат да бъдат нито временно задържани, нито арестувани. Приемашката страна е длъжна да се отнася към тях с

надлежно уважение, да взема съответни мерки за защита на личността им и да осигурява тяхната свобода и достойнство.

#### Член 15

1. Консулското длъжностно лице или сътрудникът на консулството, ако не е гражданин на приемащата страна или лице, живущо постоянно в тази страна, се ползува с имунитет от юрисдикцията на приемащата страна и към него не се прилагат държавни принудителни мерки, освен с случаите на:

а/ искове относно лично недвижимо имущество, намиращо се в приемащата страна, освен ако той не го притежава от името на изпращащата страна за консулски цели;

б/ искове по дела за наследство, когато консулското длъжностно лице или сътрудникът на консулството се явява в качеството на частно лице, а не от името на изпращащата страна, като изпълнител на завещание, управител на наследство, наследник или заветник;

в/ искове, свързани със свободна професия или занаятчийска дейност, която консулското длъжностно лице или сътрудникът на консулството упражнява в приемащата страна извън служебната си дейност.

2. Срещу консулското длъжностно лице или сътрудника на консулството, ако не е гражданин на приемащата страна или лице, постоянно живущо в тази страна, могат да бъдат предприети изпълнителни мерки само в случаите, предвидени в буквите «а», «б» и «в» на т. 1 и то само при условие, че могат да бъдат изпълнени без да се накърнява неприкосновеността на лицето или на неговото жилище.

3. Членовете на семействата на консулските длъжностни лица или на сътрудниците на консулството, ако те живеят заедно с тях в едно домакинство и не са граждани на приемащата страна или нямат постоянно местожителство в тази страна, се ползват с имунитет от юрисдикцията на приемащата страна и с лична неприкосновеност и към тях не се прилагат държавни принудителни мерки, както и към консулските длъжностни лица или сътрудниците на консулството.

4. Изпращащата страна може да се откаже от имунитета на консулските длъжностни лица и на сътрудниците на консулството, както и на членовете на техните семейства. Във всички случаи отказа трябва да бъде направен в писмена форма. Отказването от имунитета от юрисдикцията по граждански и административни дела не означава отказване от имунитета по отношение на изпълнението на решение, за което се изисква изричен отказ.

5. Ако едно лице, ползващо се съгласно този член от имунитет пред юрисдикцията, предаде иск, същото не може да се позове на имунитет от юрисдикцията във връзка с насрещния иск, непосредствено свързан с главния иск.

#### Член 16

1. Консулското длъжностно лице или сътрудникът на консулството не са длъжни да дават свидетелски показания.

2. Ако изпращащата страна е съгласна консулското длъжностно лице или сътрудникът на консулството, който е гражданин на изпращащата страна и няма постоянно местожителство в приемащата страна, да дава свидетелски показания, то може да направи това след получаване на покана.



3. Не е допустимо да се припуждава консулското длъжностно лице или сътрудникът на консулството, който е гражданин на изпращащата страна и който няма постоянно местожителство в приемащата страна, да дава свидетелски показания и в случай на отказ за даване на показания или на невявяване пред съда, не може да бъде подвеждано под отговорност.

4. Сътрудник на консулството, който е гражданин на приемащата страна или има постоянно местожителство в тази страна, може да се откаже да дава свидетелски показания, свързани със служебната му работа.

5. При прилагането на съдържащите се в т. 2 разпоредби се предприемат съответни мерки, за да се избегнат спънки в работата на консулството. Ако е възможно, могат да се дават усни или писмени свидетелски показания в консулството или в жилището на съответното консулско длъжностно лице или на съответния сътрудник на консулството.

6. Разпоредбите на този член се отнасят до всички производства и действия, които се водят от съдилищата или другите държавни органи.

7. Разпоредбите на този член се прилагат съответно и към членовете на семействата на консулското длъжностно лице или на сътрудник на консулството, ако те живеят с тях в едно общо домакинство, са граждани на изпращащата страна и не са постоянно живущи в приемащата страна.

#### Член 17

1. Консулско длъжностно лице се освобождава от всички принудителни задължения в приемащата страна.

2. Разпоредбите на т. 1 се отнасят и до сътрудниците на консулството и до членовете на семействата на консулските длъжностни лица и на сътрудниците на консулството, ако те живеят с тях в едно общо домакинство, при условия, че са граждани на изпращащата страна и нямат постоянно местожителство в приемащата страна.

#### Член 18

Консулското длъжностно лице или сътрудникът на консулството, както и живеещите с тях в едно общо домакинство членове на семейството, които са граждани на изпращащата страна и нямат постоянно местожителство в приемащата страна, не се подчиняват на задълженията, произтичащи от правните разпоредби на приемащата страна за задължително регистриране на чужденци и за получаване на разрешително за престой.

#### Член 19

1. Изпращащата страна се освобождава в приемащата страна от всички данъци и такси за:

парцели, сгради или части от сгради, които се използват изключително за консулски цели, включително и жилищата на консулските длъжностни лица и сътрудниците на консулството, ако посочените недвижими имоти са собственост на изпращащата страна или са взети под наем от нейно име;

договори и документи, отнасящи се до придобиването на посочените недвижими имоти, ако изпращащата страна ги използва изключително за консулски цели.

2. Разпоредбите на т. 1 не се отнасят до заплащания на услуги.

#### Член 20

Изпращащата страна се освобождава от плащания на всякакви данъци и такси в приемащата страна за движими имоти, които са собственост на изпращащата страна или се намират в нейно владение или ползуване и се използват за консулски цели. Това се отнася и за придобиване на такъв движим имот.

#### Член 21

Консулското длъжностно лице или сътрудникът на консулството, ако не е гражданин на приемащата страна, или лице, постоянно живущо в тази страна, не е длъжно да плаща данъци и такси в приемащата страна за служебните си доходи.

#### Член 22

1. Консулското длъжностно лице или сътрудникът на консулството, както и членовете на семействата им, живущи с тях в едно общо домакинство, ако не са граждани на приемащата страна или лица, живущи постоянно в тази страна, се освобождават от всички държавни и местни данъци и такси.

2. Разпоредбите на т. 1 не се отнасят до:

а/ косвените данъци, включени обикновено в цената на стоките и услугите;

б/ данъци и такси върху личното недвижимо имущество, намиращо се на територията на приемащата страна, ако разпоредбите на чл. 19 не предвиждат освобождаване;

в/ данъци за наследство или данъци за прехвърляне на собственост, които се предвиждат в приемащата страна;

г/ данъци и такси върху лични доходи, чиито източници са в приемащата страна;

д/ съдебни, административни и други такси, ако разпоредбите на чл. 19 не предвиждат освобождаване;

е/ данъци и такси за услуги.

#### Член 23

1. Всички предмети, включително и моторни коли, внасяни за служебно ползуване от консулството, се освобождават от мито и данъци, които се заплащат във връзка или въз основа на вноса, както предметите, внасяни за служебно ползуване от дипломатическото представителство, на изпращащата страна.

2. Консулското длъжностно лице или членовете на неговото семейство се освобождават от митнически контрол.

Консулското длъжностно лице и сътрудникът на консулството, както и членовете на техните семейства, живущи с тях в едно общо домакинство, ако не са граждани на приемащата страна или лица, които имат постоянно местожителство в тази страна, се освобождават от митнически такси и данъци, които се заплащат във връзка или въз основа на вноса за техния багаж и други предмети, предназначени за лично ползуване, също както съответните категории от персонала на дипломатическото представителство, на изпращащата страна.

## Член 24

Всички лица, ползващи се съгласно тази Конвенция от улеснения, привилегии и имунитети са длъжни без нахърпяване на тези улеснения, привилегии и имунитети, да спазват правните разпоредби на приемащата страна, включително и тези за движението и застраховането на моторните превозни средства.

## Член 25

Приемащата страна осигурява на консулското длъжностно лице и на сътрудника на консулството, както и на техните семейства, живущи с тях в едно домакинство, свобода на движение и пътуване в консулския окръг, ако това не е в противоречие с правните разпоредби на приемащата страна за влизане и пребиваване в области, в които то е забранено или ограничено поради причини на държавна сигурност.

## ГЛАВА IV

## Консулски функции

## Член 26

1. Консулското длъжностно лице съдейства за укрепване на дружеските отношения между изпращащата и приемащата страна и допринася за всеобщото развитие и задълбочаване на братското сътрудничество в областта на политиката, икономиката, науката, културата, правото, туризма и в други области.

2. Консулското длъжностно лице има право в консулския окръг, да защитава правата и интересите на изпращащата страна и на нейните граждани.

## Член 27

1. Консулското длъжностно лице има право да упражнява в консулския окръг функции, посочени в тази глава. Консулското длъжностно лице може освен това да упражнява и други консулски функции, ако те не противоречат на законодателството на приемащата страна.

2. При изпълнение на своите консулски функции консулското длъжностно лице може да се обръща непосредствено писмено или устно към компетентните органи в консулския окръг, включително и към представителствата на централните органи.

3. Консулското длъжностно лице може със съгласието на приемащата страна да изпълнява консулски функции и извън консулския окръг.

4. Консулското длъжностно лице има право да събира консулски такси, в съгласие със законодателството на изпращащата страна.

## Член 28

1. Консулското длъжностно лице има право в консулския окръг:

а/ да регистрира гражданите на изпращащата страна;

б/ да приема молби по въпроси на гражданство и да издава документи, изисквани съгласно законодателството на изпращащата страна;

в/ да сключва съгласно законодателството на изпращащата страна бракове, при условие, че и двете лица са граждани на изпращащата страна;

г/ да води регистри за раждания и смърт на граждани на изпращащата страна;

д/ да приема декларации, съгласно законодателството на изпращащата страна, отнасящи се до семейното положение на гражданите на изпращащата страна.

2. Консулското длъжностно лице съобщава на компетентните органи на приемащата страна за извършването на посочените в букви «в» и «г» на т. 1 действия. Ако законодателството на приемащата страна изисква това, компетентните органи на приемащата страна съобщават на консулското длъжностно лице за съставянето на актове за женитба, раждане и смърт на граждани на изпращащата страна.

3. Разпореденията на букви «в» и «г» на т. 1 не освобождават съответните граждани на изпращащата страна от задължението да спазват съответните правни разпоредби на приемащата страна.

## Член 29

Консулското длъжностно лице има право:

а/ да издава, продължава, разширява и анулира документи за пътуване на граждани на изпращащата страна;

б/ да издава входни, изходни и транзитни визи.

## Член 30

Консулското длъжностно лице има право, в съответствие със законодателството на изпращащата страна и на Договора, сключен между Германската демократична република и Народна република България за правна помощ по граждански, семейни и наказателни дела, да взема всички необходими мерки за осиновяване, учредяване на настойничество и попечителство на граждани на изпращащата страна.

## Член 31

1. Консулското длъжностно лице има право да извършва нотариални действия в консулския окръг, в съгласие със законодателството на изпращащата страна:

а/ за граждани, независимо от тяхното гражданство, за използване в изпращащата страна;

б/ за граждани на изпращащата страна за използване в чужбина.

2. Консулското длъжностно лице има право да превежда документи, да заверява верността на преводи, както и да легализира документи.

## Член 32

Съставените, преведените или заверените документи от консулското длъжностно лице в съответствие с чл. 31 на настоящата Конвенция се третираат в приемащата страна като документи, които имат същото юридическо значение и доказателствена сила, както документите, издадени, преведени или заверени от компетентните органи или учреждения на приемащата страна.

## Член 33

1. Консулското длъжностно лице има право да получава за съхранение, от граждани на изпращащата страна, документи, пари, ценности и други принадлежащи им предмети.

2. Взетите на съхранение, съгласно т. 1 вещи, могат да бъдат изнасяни само при спазване на правните разпоредби на приемащата страна.

#### Член 34

1. Компетентността и задачите на консулското длъжностно лице, по наследствени въпроси, се уреждат съгласно сключеният Договор за правца помощ по граждански, семейни и наказателни дела между Германската демократична република и Народна република България.

2. Компетентните органи съобщават на консулското длъжностно лице за откриване на наследство и завеждане на наследствено дело в приемащата страна, когато наследникът е гражданин на изпращащата страна, независимо от това какво гражданство има наследодателя.

Това се отнася и за случаите, в които на компетентните органи на приемащата страна стане известно за откриването на наследство и завеждането на наследствено дело, когато наследникът е гражданин на изпращащата страна, живущ на територията на трета страна.

#### Член 35

Консулското длъжностно лице има право да представлява в консулския окръг граждани на изпращащата страна пред органите на приемащата страна, когато те поради отсъствие или други уважителни причини не са в състояние своевременно да защитават своите права и интереси. Представянето трае до тогава, докато представляваните определят своите пълномощници или се заемат сами със защитата на правата и интересите си.

#### Член 36

1. Консулското длъжностно лице има право в консулския окръг да влиза във връзка и да поддържа връзки с всеки гражданин на изпращащата страна, да го съветва, да му оказва всякаква подкрепа и при нужда да предприема мерки за оказване на помощ по съдебни дела.

Приемащата страна по никакъв начин не ограничава правото на граждани на изпращащата страна да влиза във връзка с консулството или да го посещава.

2. Компетентните органи на приемащата страна съобщават незабавно на консулското длъжностно лице на изпращащата страна за временното задържане или арестуването на граждани на изпращащата страна.

3. Консулското длъжностно лице има право да посещава и да поддържа връзки с граждани на изпращащата страна, които са временно задържани, арестувани или изтърпяват наказание лишаване от свобода. Тези права се осъществяват в съответствие със законодателството на приемащата страна, при условие, че то не обезсилва тези права.

#### Член 37

1. Консулското длъжностно лице има право, в консулския окръг, да оказва всякакво съдействие и помощ на кораб на изпращащата страна, намиращ се в пристанище, в териториалните и вътрешните води на приемащата страна.

2. Консулското длъжностно лице може да се качи на борда на кораба веднага щом на кораба е разрешена свободна връзка с брега. Капитанът и членовете на

екипажа могат да влизат във връзка с консулското длъжностно лице.

3. Консулското длъжностно лице може, в изпълнение на функциите си, да се обръща за помощ към компетентните органи на приемащата страна по всички въпроси, отнасящи се до корабите на изпращащата страна, капитана, членовете на екипажа и пътниците на тези кораби.

#### Член 38

Консулското длъжностно лице има право в консулския окръг:

а/ без да се накърняват правата на органите на приемащата страна, да разследва станалите Происшествия по време на пътуването и престоя на кораба на изпращащата страна, да разпитва капитана и членовете на екипажа, да проверява документите на кораба, да приема заявления относно маршрута и целите на пътуване на кораба, а също да спомага за влизането и излизането или оставането на кораба на пристанището;

б/ без да се накърняват правата на органите на приемащата страна, да разрешава спорове от всякакъв род между капитана и член на екипажа, включително и споровете относно възнаграждението и договора за наемане на моряците, ако това е предвидено в законодателството на изпращащата страна;

в/ да взема мерки за оказване на медицинска помощ на член на екипажа или на пътник или пък за репатрирането им в изпращащата страна;

г/ да приема, съставя или заверява декларации или други документи, предвидени в законодателството на изпращащата страна по отношение на корабите;

д/ да потвърждава промените на корабните екипажи, като прави съответни заверки на екипажните списъци;

е/ да издава временни свидетелства за плаване на новозакупени кораби, в съответствие със законодателството на изпращащата страна.

#### Член 39

1. Ако компетентните органи на приемащата страна възнамеряват да предприемат на борда на кораба на изпращащата страна принудителни мерки или разследване, консулското длъжностно лице трябва да бъде уведомено предварително за това от компетентните органи на приемащата страна, за да може то или негов представител да присъствува при провеждане на тези действия, освен ако неотложността на това дело не допуска предварително уведомяване. Ако консулското длъжностно лице или неговият представител не са присъствували, то компетентните органи на приемащата страна им предоставят пълна информация за случилото се.

2. Разпоредбите на т. 1 се прилагат и в случай, че капитанът на кораба или членове на екипажа трябва да бъдат разпитани на брега от компетентните органи във връзка с произшествието на кораба.

3. Разпоредбите на този член не се прилагат при митнически, паспортен или санитарен контрол, както и при всякакви други действия, които се предприемат по молба или със съгласие на капитана на кораба.

#### Член 40

1. Ако кораб на изпращащата страна претърпи корабкрушение, заседне или претърпи друга авария а

приемащата страна или ако какъвто и да е предмет, представляващ част от товара на претърпял авария кораб на изпращащата страна, на приемащата страна или на трета държава, е собственост на гражданин на изпращащата страна и е намерен на брега или във водите на приемащата страна или е предаден в пристанище на тази страна, то компетентните органи на приемащата страна уведомяват своевременно за това консулското длъжностно лице. Те съобщават на консулското длъжностно лице и за взетите мерки за спасяване на хората, кораба, товара и другото имущество, както и корабни части и части на товара, отделени се от кораба.

2. Консулското длъжностно лице може да оказва всякаква помощ на такъв кораб, на неговите пътници и на членовете на екипажа. За тази цел то може да се обръща за съдействие към компетентните органи на приемащата страна.

Консулското длъжностно лице може да предприема мерки, въз основа на т. 1, включително мерки за поправка на кораба. То може да се обръща към компетентните органи на приемащата страна с молба да вземат такива мерки или да продължават вземането на такива мерки.

3. Ако претърпял авария кораб или предмет, принадлежаш на такъв кораб, е бил намерен на брега или близо до брега на приемащата страна или е предаден в пристанище на тази страна и нито капитанът на кораба, нито собственикът, нито неговият агент или съответният застрахователен институт не са в състояние да вземат мерки за запазването или разпореждането с такъв параход или с такъв предмет, консулското длъжностно лице се счита за упълномощено да вземе мерки от името на собственика на кораба, които сам собственикът би предприел за тази цел.

Разпоредбите на тази точка се прилагат и към всеки предмет, който съставлява част от товара на кораба и е собственост на граждани на изпращащата страна.

4. Ако един предмет, представляващ част от товара на претърпял авария кораб на трета държава, е собственост на гражданин на изпращащата страна и е намерен на брега или близо до брега на приемащата страна или е предаден в пристанище на тази страна и нито капитанът, нито собственикът на предмета, нито неговият агент или застрахователният институт са в състояние да вземат мерки за обезпечаване или разпореждане с този предмет, счита се, че консулското длъжностно лице е упълномощено да предприема такива мерки от името на собственика, които сам собственикът би предприел за тази цел.

#### Член 41

Членовете 37—40 се прилагат съответно и към самолетите.

### ГЛАВА V

#### Заклучителни разпоредби

#### Член 42

1. Настоящата Конвенция подлежи на ратификация. Тя ще влезе в сила на 30-ия ден от размяната на ратификационните документи, която ще се извърши в София.

2. Настоящата Конвенция ще остане в сила до изтичане на шест месеца, считано от деня, в който една от Високодоговарящите страни съобщи на другата високодоговаряща страна за денонсирането на Конвенцията.

3. С влизането в сила на тази Конвенция сключеният на 18 април 1958 година Консулски договор между Германската демократична република и Народна република България в Берлин престава да действа.

В уверение на което упълномощените лица на двете договарящи страни подписаха и подпечатаха тази Конвенция.

Изготвена в Берлин на 1 юни 1972 година в два екземпляра, всеки от които на немски и български език, като и двата текста имат еднаква сила.

ОТ ИМЕТО НА ПРЕДСЕДАТЕЛЯ НА ДЪРЖАВНИЯ СЪВЕТ НА ГЕРМАНСКАТА ДЕМОКРАТИЧНА РЕПУБЛИКА:

August Klobes

ОТ ИМЕТО НА ДЪРЖАВНИЯ СЪВЕТ НА НАРОДНА РЕПУБЛИКА БЪЛГАРИЯ:

Iwan Spassow

#### ПРОТОКОЛ

към Консулската конвенция между Германската демократична република и Народна република България

При подписването на Консулската конвенция между Германската демократична република и Народна република България, по-нататък наричана «Конвенция», упълномощените лица на Високодоговарящите страни се споразумяха за следното:

1. Уведомяването на консулското длъжностно лице, предвидено в член 36, т. 2 на Конвенцията, става в зависимост от условията за съобщение до три дни след временното задържане или арестуване на гражданин на изпращащата страна.

2. Предвидените в член 36, т. 3 на Конвенцията права на консулското длъжностно лице за посещаване на гражданин на изпращащата страна или за влизане във връзка с него се предоставят в течение на четири дни след временното задържане или арестуването на гражданина, в зависимост от местонахождението му.

3. Предвидените в член 36, т. 3 на Конвенцията права на консулското длъжностно лице да посещава и да поддържа връзка с гражданин на изпращащата страна, който е временно задържан, арестуван или изтърпява наказание лишаване от свобода, могат да се ползват периодично.

Протоколът е неразделна и съставна част на Конвенцията. В доказателство на това упълномощените лица на Високодоговарящите страни подписаха и подпечатаха натсоящия протокол.

Съставен в Берлин на 1 юни 1972 година в два екземпляра, всеки от които на немски и български език, като и двата текста имат еднаква сила.

ОТ ИМЕТО НА ПРЕДСЕДАТЕЛЯ НА ДЪРЖАВНИЯ СЪВЕТ НА ГЕРМАНСКАТА ДЕМОКРАТИЧНА РЕПУБЛИКА:

August Klobes

ОТ ИМЕТО НА ДЪРЖАВНИЯ СЪВЕТ НА НАРОДНА РЕПУБЛИКА БЪЛГАРИЯ:

Iwan Spassow

**Gesetz  
über den Konsularvertrag  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Volksrepublik Polen vom 25. Februar 1972**

vom 19. Juli 1972

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 25. Februar 1972 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 44 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Mit dem Inkrafttreten des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vom 25. Februar 1972 tritt das Gesetz vom 24. September 1958 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vom 25. November 1957 (GBl. I Nr. 62 S. 705) außer Kraft.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

**Konsularvertrag  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Volksrepublik Polen**

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen haben,

vom Wunsch geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen in Übereinstimmung mit dem am 15. März 1967 in Warschau unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen weiterzuentwickeln, und

unter Berücksichtigung dessen, daß die konsularischen Beziehungen zwischen beiden Staaten einer neuen Regelung bedürfen,

beschlossen, den vorliegenden Konsularvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

**Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

**August Klobes,**

Leiter der Abteilung Konsularische Angelegenheiten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik,

**der Vorsitzende des Staatsrates  
der Volksrepublik Polen**

**Wladyslaw Wojtasik,**

Leiter der Abteilung Konsularische Angelegenheiten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Kapitel I

Definitionen

Artikel 1

Im Sinne dieses Vertrages haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

- a) „Konsulat“ ist ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur.
- b) „Konsularbezirk“ ist das dem Konsulat zugewiesene Gebiet, auf dem eine konsularische Amtsperson berechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben.
- c) „Leiter des Konsulats“ ist die mit dieser Funktion vom Entsendestaat beauftragte Person.
- d) „Konsularische Amtsperson“ ist eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist. Dieser Begriff umfaßt auch eine Person, die zum Praktikum in das Konsulat entsandt wurde.
- e) „Mitarbeiter des Konsulats“ ist eine Person, die keine konsularische Amtsperson ist und die administrative oder technische Funktionen ausübt. Dieser Begriff umfaßt auch eine Person, die Aufgaben zur Versorgung des Konsulats erfüllt.
- f) „Angehöriger des Konsulats“ ist eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats.
- g) „Konsularräumlichkeiten“ sind Gebäude oder Gebäudeteile des Konsulats sowie die dazugehörigen Grundstücke, die ungeachtet der Eigentumsverhältnisse ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden.

- h) „Konsulararchiv“ umfaßt den gesamten Schriftwechsel, Chiffre, Dokumente, Bücher, Filme, Tonbänder und andere technische Arbeitsmittel sowie Einrichtungsgegenstände des Konsulats, die zu ihrer Aufbewahrung und zu ihrem Schutz bestimmt sind.
- i) „Bürger des Entsendestaates“ umfaßt auch juristische Personen.
- j) „Schiff des Entsendestaates“ ist jedes Wasserfahrzeug der See- und Binnenschifffahrt, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt.
- k) „Flugzeug des Entsendestaates“ ist jedes Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Staatszugehörigkeits- und Eintragungszeichen des Entsendestaates trägt.

## Kapitel II

### Einrichtung eines Konsulats und Ernennung des Leiters des Konsulats

#### Artikel 2

1. Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung eingerichtet werden.
2. Der Sitz des Konsulats, sein Rang und der Konsularbezirk werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

#### Artikel 3

1. Vor Ernennung des Leiters des Konsulats holt der Entsendestaat das Einverständnis des Empfangsstaates zur Person auf diplomatischem Weg ein.
2. Der Entsendestaat übermittelt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats. Darin werden der Vor- und Zuname des Leiters des Konsulats, sein Rang sowie der Konsularbezirk, in dem er die Funktionen ausübt, und der Sitz des Konsulats aufgeführt.
3. Nach Vorlage des Konsularpatents oder eines anderen Dokuments über die Ernennung des Leiters des Konsulats erteilt ihm der Empfangsstaat möglichst kurzfristig das Exequatur oder eine andere Erlaubnis.
4. Der Leiter des Konsulats kann seine Funktionen nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben.
5. Der Empfangsstaat kann dem Leiter des Konsulats bis zur Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.
6. Der Empfangsstaat trifft nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis, auch wenn sie vorläufig erteilt wurde, die erforderlichen Maßnahmen, damit der Leiter des Konsulats seine Funktionen ausüben kann.

#### Artikel 4

1. Der Entsendestaat notifiziert dem Empfangsstaat:
  - a) Vor- und Zunamen sowie den Rang einer jeden konsularischen Amtsperson, die eine andere Funktion als die des Leiters des Konsulats ausübt;
  - b) Vor- und Zunamen der Mitarbeiter des Konsulats.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates statuen die Angehörigen des Konsulats sowie deren

Familienangehörige, die zum gemeinsamen Haushalt gehören und Bürger des Entsendestaates sind, mit entsprechenden Dokumenten aus.

#### Artikel 5

1. Wenn der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben kann oder die Stelle des Leiters zeitweilig unbesetzt ist, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines anderen Konsulats im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat mit der Ausübung der Funktionen des Leiters des Konsulats beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vorher durch den Entsendestaat auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.
2. Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.
3. Die Delegation eines Mitglieds des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung entsprechend Absatz 1 berührt nicht seine Privilegien und Immunitäten, die ihm auf Grund seines diplomatischen Status gewährt werden.

#### Artikel 6

Eine konsularische Amtsperson kann nur Bürger des Entsendestaates sein.

#### Artikel 7

Der Empfangsstaat kann den Entsendestaat jederzeit davon in Kenntnis setzen, daß das Exequatur oder eine andere Erlaubnis für den Leiter des Konsulats zurückgezogen wurde oder daß ein Angehöriger des Konsulats nicht erwünscht ist. In solchen Fällen hat der Entsendestaat den Angehörigen des Konsulats abzurufen.

## Kapitel III

### Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

#### Artikel 8

Der Empfangsstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, damit die Angehörigen des Konsulats ihre Funktionen ausüben und ihre Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die in diesem Vertrag und in den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorgesehen sind, in Anspruch nehmen können.

#### Artikel 9

Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den in den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates enthaltenen Bedingungen und vorgesehenen Erfordernissen Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile für Zwecke des Konsulats sowie Wohnungen für Angehörige des Konsulats erwerben, pachten, nutzen, bebauen oder ausbauen.

Dabei erweist der Empfangsstaat, falls notwendig, dem Entsendestaat die erforderliche Hilfe.

#### Artikel 10

1. Am Gebäude des Konsulats können das Staatswappen des Entsendestaates und die Bezeichnung des Konsulats in der Sprache des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.

2. Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates aufgezogen werden.
3. Der Leiter des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates an den von ihm benutzten Fahrzeugen führen.

#### Artikel 11

1. Konsularräumlichkeiten sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen diese ohne Erlaubnis des Leiters des Konsulats, des Leiters der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer von ihnen bevollmächtigten Person nicht betreten.
2. Der Empfangsstaat gewährleistet den notwendigen Schutz der Konsularräumlichkeiten.
3. Die Bestimmungen in Absatz 1 und 2 gelten auch für Wohnungen der konsularischen Amtspersonen.

#### Artikel 12

Konsulararchive sind zu jeder Zeit und unabhängig von ihrem Standort unverletzlich.

#### Artikel 13

1. Das Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung oder den diplomatischen Vertretungen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Zu diesem Zweck kann das Konsulat alle allgemeinen Verbindungsmittel, Chiffre, diplomatische und konsularische Kuriere sowie diplomatisches und konsularisches Gepäck benutzen. Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Funkstation darf nur mit Zustimmung des Empfangsstaates erfolgen.
2. Dienstpost des Konsulats und Konsulargepäck, soweit sichtbar und auf den offiziellen Charakter hinweisend gekennzeichnet, sind unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder kontrolliert noch zurückgehalten werden, unabhängig davon, welche Verbindungsmittel benutzt werden.
3. Konsularkurieren werden die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie diplomatischen Kurieren des Entsendestaates gewährt.
4. Das Konsulargepäck kann dem Kapitän eines Schiffes oder einem Flugzeugführer anvertraut werden, der ein offizielles Dokument erhält, aus dem die Anzahl der Gepäckstücke hervorgeht. Dieser wird jedoch nicht als Konsularkurier betrachtet. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, dieses Gepäck vom Kapitän eines Schiffes oder vom Flugzeugführer direkt und unbehindert in Empfang zu nehmen oder zu übergeben.

#### Artikel 14

Ein Angehöriger des Konsulats und die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind unantastbar. Diese Personen dürfen weder vorläufig festgenommen noch verhaftet werden. Der Empfangsstaat ist verpflichtet, sie mit gebührender Achtung zu behandeln und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um den Schutz ihrer Person, ihrer Freiheit und Würde zu sichern.

#### Artikel 15

1. Ein Angehöriger des Konsulats und seine im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen

gen genießen Immunität vor der Gerichtsbarkeit und unterliegen nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates, mit Ausnahme von Zivilklagen:

- a) in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, soweit sie es nicht im Namen des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken besitzen;
  - b) in Nachlasssachen, in denen sie in privater Eigenschaft nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlaßverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftreten;
  - c) im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die sie im Empfangsstaat neben den dienstlichen Funktionen ausüben;
  - d) die durch die von ihnen abgeschlossenen Verträge hervorgerufen werden, wobei sie nicht direkt oder indirekt als Vertreter des Entsendestaates auftreten;
  - e) die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen werden.
2. Gegen eine in Absatz 1 genannte Person dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den unter Absatz 1, Buchstabe a bis e, vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person oder ihrer Wohnung zu beeinträchtigen.

#### Artikel 16

1. Eine konsularische Amtsperson ist nicht verpflichtet, Zeugenaussagen zu machen.
2. Ein Mitarbeiter des Konsulats kann als Zeuge vorgeladen und vernommen werden. Er kann die Zeugenaussage über dienstliche Angelegenheiten verweigern. Im Falle einer Nichtbefolgung der Vorladung oder einer Aussageverweigerung kann er jedoch nicht zur Verantwortung gezogen werden.
3. Die Bestimmungen dieses Artikels treffen auf alle Verfahren und Handlungen zu, die von Gerichten und anderen staatlichen Organen durchgeführt werden.
4. Die Bestimmungen dieses Artikels werden entsprechend auf die mit einem Angehörigen des Konsulats im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen angewandt.

#### Artikel 17

1. Der Entsendestaat kann auf die in Artikel 15 und 16 genannten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß in jedem Fall eindeutig und in schriftlicher Form zum Ausdruck gebracht werden.
2. Der Verzicht auf die Immunität bedeutet nicht den Verzicht in bezug auf die Vollstreckung einer Entscheidung, wozu ein besonderer Verzicht erforderlich ist. Das gilt nicht für Strafverfahren.
3. Erhebt eine Person, die Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann sie sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

#### Artikel 18

Ein Angehöriger des Konsulats und seine im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen werden

im Empfangsstaat von allen Zwangsverpflichtungen befreit.

#### Artikel 19

Ein Angehöriger des Konsulats und seine im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Ausländermeldepflicht und über den Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung ergeben.

#### Artikel 20

1. Der Entsendestaat ist im Empfangsstaat von allen Steuern und anderweitigen Gebühren befreit für:
  - a) Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden, einschließlich der Wohnungen für Angehörige des Konsulats, wenn die genannten Immobilien Eigentum des Entsendestaates sind oder in dessen Namen gepachtet werden;
  - b) Verträge und Dokumente, die den Erwerb der genannten Immobilien betreffen, wenn der Entsendestaat diesen Besitz ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt.
2. Die Bestimmungen in Absatz 1 beziehen sich nicht auf die Bezahlung von Dienstleistungen.

#### Artikel 21

Der Entsendestaat ist im Empfangsstaat von der Entrichtung jeglicher Steuern und anderer Gebühren für das bewegliche Gut, welches Eigentum des Entsendestaates ist oder sich in seinem Besitz oder seiner Nutzung befindet und für konsularische Zwecke gebraucht wird, befreit. Das gilt auch für den Erwerb des beweglichen Gutes.

#### Artikel 22

1. Ein Angehöriger des Konsulats und seine im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind von allen staatlichen und kommunalen Steuern und Gebühren, einschließlich der Steuern und Gebühren für das ihnen gehörende bewegliche Gut, befreit.
2. Die in Absatz 1 genannten Befreiungen beziehen sich nicht auf:
  - a) indirekte Steuern, die gewöhnlich im Preis der Waren oder Dienstleistungen enthalten sind;
  - b) Steuern und Abgaben für privates, auf dem Territorium des Empfangsstaates belegenes unbewegliches Vermögen, soweit die Bestimmungen in Artikel 20 keine Befreiung vorsehen;
  - c) Erbschaftssteuern oder Steuern für Eigentumsübertragung, die der Empfangsstaat erhebt, soweit die Bestimmungen in Artikel 24 keine Befreiung vorsehen;
  - d) Steuern und Gebühren für Privateinkünfte, deren Quellen im Empfangsstaat liegen;
  - e) Gerichts-, Hypotheken- und Verwaltungsgebühren, soweit die Bestimmungen in Artikel 20 keine Befreiung vorsehen;
  - f) Abgaben und Gebühren, die für Dienstleistungen erhoben werden.

#### Artikel 23

1. Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die zur dienstlichen Nutzung des Konsulats eingeführt

werden, sind von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, wie die Gegenstände, die zur dienstlichen Nutzung der diplomatischen Vertretung eingeführt werden, befreit.

2. Eine konsularische Amtsperson und seine im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind von der Zollkontrolle befreit.
3. Ein Angehöriger des Konsulats und seine im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind hinsichtlich ihres Gepäcks und anderer Gegenstände, die für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind, von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, genauso wie die entsprechenden Kategorien des Personals einer diplomatischen Vertretung befreit.
4. Die in Absatz 3 gebrauchte Bezeichnung „entsprechende Kategorien des Personals einer diplomatischen Vertretung“ betrifft Mitglieder des diplomatischen Personals, wenn sie konsularische Amtspersonen sind, und Mitglieder des administrativen und technischen Personals, wenn es sich um Mitarbeiter des Konsulats handelt.

#### Artikel 24

Im Falle des Ablebens eines Angehörigen des Konsulats oder eines mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen

- a) genehmigt der Empfangsstaat die Ausfuhr des beweglichen Vermögens des Verstorbenen mit Ausnahme des im Empfangsstaat erworbenen Besitzes, dessen Ausfuhr zum Zeitpunkt des Ablebens verboten war;
- b) erhebt der Empfangsstaat keinerlei Erbschaftssteuern oder Steuern für Eigentumsübertragungen des beweglichen Vermögens, das sich nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Angehöriger des Konsulats oder als Familienangehöriger in diesem Staat aufhielt.

#### Artikel 25

Alle Personen, die laut diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind verpflichtet, unbeschadet dieser Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrs- und der Versicherungsvorschriften für Kraftfahrzeuge, einzuhalten.

#### Artikel 26

Der Empfangsstaat gewährt einem Angehörigen des Konsulats und seinen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen Bewegungs- und Reisefreiheit auf seinem Territorium, sofern das nicht seinen Rechtsvorschriften über den Aufenthalt in Gebieten, in die die Einreise und der Aufenthalt aus Gründen der staatlichen Sicherheit verboten oder eingeschränkt ist, widerspricht.

#### Artikel 27

Familienangehörige einer konsularischen Amtsperson, die mit ihr im gemeinsamen Haushalt leben und Bürger des Empfangsstaates sind oder ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben, besitzen nicht die in diesem Vertrag festgelegten Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, mit Ausnahme der in Artikel 16, Absatz 2 und 4, enthaltenen Bestimmungen. Das gilt



auch für einen Mitarbeiter des Konsulats sowie die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, die Bürger des Empfangsstaates sind oder ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben.

#### Kapitel IV

#### Konsularfunktionen

##### Artikel 28

Eine konsularische Amtsperson tritt für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsende- und Empfangsstaat ein und trägt zur allseitigen Entwicklung und Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit auf politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen, juristischen, touristischen und anderen Gebieten bei.

##### Artikel 29

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, die Rechte und Interessen des Entsendestaates und seiner Bürger wahrzunehmen. Zu diesem Zweck kann sie sich unmittelbar schriftlich oder mündlich an die zuständigen Organe des Konsularbezirkes sowie an die zentralen Organe des Empfangsstaates wenden.
2. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Bürger des Entsendestaates vor Gerichten und anderen Organen des Empfangsstaates zu vertreten, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen außerstande sind, ihre Rechte und Interessen rechtzeitig wahrzunehmen. Die Vertretung erfolgt so lange, bis die Vertretenen ihre Bevollmächtigten bestimmen oder die Wahrung ihrer Rechte und Interessen selbst übernehmen.

##### Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

- a) Bürger des Entsendestaates zu registrieren;
- b) für Bürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verlängern und zu verändern;
- c) Visa zu erteilen.

##### Artikel 31

1. Eine konsularische Amtsperson ist entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates berechtigt:
  - a) Ehen zu schließen, unter der Voraussetzung, daß die beiden Eheschließenden Bürger des Entsendestaates sind;
  - b) Geburten- und Sterberegister von Bürgern des Entsendestaates zu führen.
2. Eine konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen, die in Absatz 1 genannt sind, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorsehen.
3. Die Bestimmungen dieses Artikels befreien die betreffenden Bürger des Entsendestaates nicht von der Pflicht, die entsprechenden Rechtsvorschriften des Empfangsstaates einzuhalten.

##### Artikel 32

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:
  - a) letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente, die einseitige Rechtshandlungen von Bür-

gern des Entsendestaates enthalten, aufzunehmen, zu beglaubigen und aufzubewahren;

- b) Dokumente, die Rechtsgeschäfte zwischen Bürgern des Entsendestaates oder zwischen Bürgern des Entsende- und Empfangsstaates bzw. eines dritten Staates enthalten, aufzunehmen und zu beglaubigen, wenn diese Rechtsfolgen im Entsendestaat haben sollen;
  - c) Unterschriften von Bürgern des Entsendestaates zu beglaubigen;
  - d) Abschriften und Auszüge aus Dokumenten, die von Organen, Institutionen oder Bürgern des Entsendestaates ausgestellt wurden, zu beglaubigen;
  - e) Dokumente zu legalisieren, zu übersetzen und die Richtigkeit der Übersetzung zu beglaubigen;
  - f) Anträge und Erklärungen von Bürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen und zu beglaubigen sowie entsprechende Bescheinigungen und Dokumente auszugeben;
  - g) auf Antrag der Gerichte und anderer Organe des Entsendestaates Bürger des Entsendestaates als Partei, Zeugen oder Sachverständige zu vernehmen sowie gegenüber diesen Personen Zustellungen nach dem Recht des Entsendestaates vorzunehmen;
  - h) Dokumente, Geld und Wertsachen von Bürgern des Entsendestaates in Verwahrung zu nehmen;
  - i) Gegenstände, die von Bürgern des Entsendestaates während ihres zeitweiligen Aufenthaltes im Empfangsstaat verloren wurden, zum Zweck der Übergabe an die Eigentümer entgegenzunehmen.
2. Die gemäß Absatz 1 ausgefertigten, übersetzten, beglaubigten oder legalisierten Dokumente werden im Empfangsstaat als Dokumente betrachtet, die die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft haben wie Dokumente, die von den zuständigen Organen oder Institutionen des Empfangsstaates ausgefertigt, übersetzt, beglaubigt oder legalisiert wurden. Die Organe des Empfangsstaates werden die Gültigkeit der genannten Dokumente anerkennen, soweit sie nicht im Widerspruch zu dessen Rechtsvorschriften stehen.

##### Artikel 33

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, mit jedem Bürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten und diese zu unterhalten, ihn zu beraten, ihm jegliche Unterstützung zu erweisen und notwendigenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um ihm Hilfe in Rechtsangelegenheiten zu gewähren.

Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise das Recht eines Bürgers des Entsendestaates ein, sich mit dem Konsulat in Verbindung zu setzen oder das Konsulat aufzusuchen.

##### Artikel 34

1. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren unverzüglich die konsularische Amtsperson über die vorläufige Festnahme, die Verhaftung oder einen anderen Entzug der persönlichen Freiheit eines Bürgers des Entsendestaates.
2. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Bürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, dem die persönliche Freiheit auf andere Weise entzogen

wurde oder der eine Freiheitsstrafe verbüßt, so bald wie möglich zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten. Diese Rechte werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Bedingung verwirklicht, daß diese die Rechte nicht aufheben.

#### Artikel 35

1. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates setzen möglichst kurzfristig die konsularische Amtsperson über den Sterbefall eines Bürgers des Entsendestaates in Kenntnis und übermitteln ihr Angaben über den Nachlaß, die Erben, Vermächtnisnehmer sowie über das Vorhandensein einer letztwilligen Verfügung.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates setzen die konsularische Amtsperson möglichst kurzfristig über die Eröffnung eines Nachlasses in Kenntnis, wenn der Erbe oder der Vermächtnisnehmer Bürger des Entsendestaates ist. Das trifft auch für die Fälle zu, in denen den zuständigen Organen des Empfangsstaates die Eröffnung eines Nachlasses zugunsten eines Bürgers des Entsendestaates, der sich auf dem Territorium eines dritten Staates aufhält, bekannt wird.
3. Die Funktionen einer konsularischen Amtsperson in Nachlaßangelegenheiten werden in den Bestimmungen des zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen abgeschlossenen Vertrages über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen geregelt.

#### Artikel 36

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates und seinen Besatzungsmitgliedern in den Territorial- und Binnengewässern, einschließlich der Häfen des Empfangsstaates, jegliche Unterstützung und Hilfe zu leisten sowie über sie die Aufsicht und Kontrolle auszuüben.
2. Eine konsularische Amtsperson kann sich an Bord des Schiffes begeben, sobald dem Schiff der freie Verkehr mit dem Land gestattet wurde. Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder können mit der konsularischen Amtsperson in Verbindung treten.
3. Eine konsularische Amtsperson kann in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich des Schiffes, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder und der Passagiere dieses Schiffes die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Hilfe ersuchen.

#### Artikel 37

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

- a) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Vorkommnisse, die auf der Reiseroute eines Schiffes des Entsendestaates vorgefallen sind, zu untersuchen, den Kapitän und die Besatzungsmitglieder zu vernehmen, Schiffsdokumente zu überprüfen, Erklärungen über die Reiseroute und das Ziel des Schiffes entgegenzunehmen sowie das Ein- und Auslaufen oder den Verbleib des Schiffes im Hafen zu unterstützen;
- b) alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied zu klären, einschließlich der Streitfragen, die den Lohn und den Heuervertrag betreffen, soweit das in den Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehen ist;

- c) Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitglieds oder zu deren Rückführung in den Entsendestaats zu treffen;
- d) Erklärungen oder Dokumente, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates bezüglich der Schifffahrt vorgesehen sind, entgegenzunehmen, auszustellen oder zu beglaubigen.

#### Artikel 38

1. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates können bei Vorkommnissen auf einem Schiff des Entsendestaates nur dann eingreifen, wenn die konsularische Amtsperson darum ersucht oder ihre Zustimmung dazu erteilt.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates können bei Vorkommnissen auf dem Schiff ohne Zustimmung der konsularischen Amtsperson eingreifen, wenn die Ruhe oder Sicherheit im Hafen oder die Paß-, Zoll- und Gesundheitsvorschriften des Empfangsstaates verletzt werden.
3. Beabsichtigen die zuständigen Organe des Empfangsstaates Zwangsmaßnahmen auf dem Schiff durchzuführen, setzen sie die konsularische Amtsperson davon so rechtzeitig in Kenntnis, damit sie dabei anwesend sein kann. War das rechtzeitige Eintreffen der konsularischen Amtsperson nicht möglich, werden die zuständigen Organe des Empfangsstaates der konsularischen Amtsperson genaue Auskunft über den Verlauf der Zwangsmaßnahmen erteilen. Die Bestimmungen dieses Absatzes gelten nicht für die üblichen Paß-, Zoll- und Gesundheitskontrollen des Schiffes, der Besatzungsmitglieder und der Passagiere.

#### Artikel 39

1. Wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder eine andere Havarie im Empfangsstaat hat, oder wenn ein Gegenstand, der zu diesem Schiff oder zu seiner Ladung gehört oder ein Gegenstand, der zur Ladung eines anderen havarierten Schiffes gehört und Eigentum des Entsendestaates oder eines Bürgers des Entsendestaates ist und an der Küste oder in den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird, setzen die zuständigen Organe des Empfangsstaates die konsularische Amtsperson umgehend in Kenntnis. Sie informieren die konsularische Amtsperson auch über Maßnahmen, die zur Rettung von Menschen, Schiff, Ladung und anderen Gütern sowie Schiffsteilen und Teilen der Ladung, die sich vom Schiff losgelöst haben, getroffen wurden.
2. Wenn ein havariertes Schiff des Entsendestaates oder ein zu einem solchen Schiff gehörender Gegenstand oder ein Teil der Schiffsladung an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän des Schiffes noch der Eigentümer, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff, einen solchen Gegenstand oder einen solchen Teil der Schiffsladung zu treffen, gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers des Schiffes Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst veranlassen könnte.

3. Wenn ein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes des Empfangsstaates oder eines dritten Staates gehört und Eigentum des Entsendestaates oder eines Bürgers dieses Staates ist, an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän noch der Eigentümer des Gegenstandes, sein Agent oder die Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über diesen Gegenstand zu treffen, so gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers solche Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst veranlassen könnte.
4. Eine konsularische Amtsperson kann einem havarierten Schiff, seinen Besatzungsmitgliedern und den Passagieren jegliche Hilfe leisten. Zu diesem Zweck kann sie die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Beistand ersuchen.

#### Artikel 40

Die Bestimmungen in Artikel 36 bis 39 werden sinngemäß auf Flugzeuge des Entsendestaates angewandt.

#### Artikel 41

Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, im Empfangsstaat Konsulargebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

#### Kapitel V

#### Allgemeine und Schlußbestimmungen

#### Artikel 42

1. Eine konsularische Amtsperson kann außer den in diesem Vertrag festgelegten Funktionen auch andere Konsularfunktionen ausüben, sofern sie nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widersprechen.
2. Eine konsularische Amtsperson kann mit Zustimmung des Empfangsstaates Konsularfunktionen auch außerhalb des Konsularbezirkes ausüben.

#### Artikel 43

1. Die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten konsularischer Amtspersonen erstrecken sich gleichermaßen auf die Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates, die in der Konsularabteilung der diplomatischen Vertretung tätig sind oder anderweitig mit der Ausübung konsularischer Funktionen betraut wurden.
2. Die Ausübung konsularischer Funktionen durch die in Absatz 1 genannten Personen berührt nicht die Privilegien und Immunitäten, die ihnen auf Grund ihres diplomatischen Status zustehen.

#### Artikel 44

1. Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt am 30. Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Warschau erfolgt, in Kraft.
2. Der vorliegende Vertrag bleibt bis zum Ablauf von sechs Monaten in Kraft, gerechnet von dem Tage ab, an dem eine der Hohen Vertragsschließenden Seiten der anderen Hohen Vertragsschließenden Seite die Kündigung des Vertrages notifiziert.

3. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages verliert der am 25. November 1957 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen in Warschau abgeschlossene Konsularvertrag seine Gültigkeit.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 25. Februar 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die  
Deutsche Demokratische  
Republik

Klobes

Für die  
Volksrepublik Polen

Wojtasik

#### Protokoll zum Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen

Bei der heutigen Unterzeichnung des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen, im weiteren als „Vertrag“ bezeichnet, haben sich die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsschließenden Seiten über folgendes geeinigt:

1. Die Benachrichtigung der konsularischen Amtsperson, die gemäß Artikel 34, Absatz 1, des Vertrages vorgesehen ist, erfolgt in kürzester Frist, jedoch nicht später als in 3 Tagen nach der vorläufigen Festnahme oder Verhaftung oder einem anderen Entzug der persönlichen Freiheit des Bürgers des Entsendestaates.
2. Die in Artikel 34, Absatz 2, des Vertrages vorgesehenen Rechte einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates zu besuchen oder mit ihm in Verbindung zu treten, werden in kürzester Frist, jedoch nicht später als in 4 Tagen nach der vorläufigen Festnahme oder Verhaftung oder einem anderen Entzug der persönlichen Freiheit des Bürgers gewährt.
3. Die in Artikel 34, Absatz 2, des Vertrages vorgesehenen Rechte einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, dem die persönliche Freiheit auf andere Weise entzogen wurde oder der eine Freiheitsstrafe verbüßt, zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten, werden in angemessenen Zeitabständen gewährt.

Dieses Protokoll ist untrennbarer Bestandteil des Vertrages. Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsschließenden Seiten das vorliegende Protokoll unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Berlin am 25. Februar 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die  
Deutsche Demokratische  
Republik

Klobes

Für die  
Volksrepublik Polen

Wojtasik

## KONWENCJA KONSULARNA między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą Ludową

Niemiecka Republika Demokratyczna i Polska Rzeczpospolita Ludowa,

kierując się życzeniem dalszego rozwoju przyjaciel-  
skich stosunków zgodnie z Układem między Niemiecką  
Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą  
Ludową o przyjaźni, współpracy i wzajemnej pomocy,  
podpisanym w Warszawie dnia 15 marca 1967 roku,

biorąc pod uwagę, że stosunki konsularne między obu  
Państwami wymagają nowego uregulowania,

postanowiły zawrzeć niniejszą Konwencję konsularną  
i w tym celu wyznaczyły swoich Pełnomocników:

Przewodniczący Rady Państwa Niemieckiej Republiki  
Demokratycznej —

Augusta Klobesa, dyrektora Departamentu Konsu-  
larnego w Ministerstwie Spraw Zagranicznych Nie-  
mieckiej Republiki Demokratycznej

Przewodniczący Rady Państwa Polskiej Rzeczypospo-  
litej Ludowej —

Władysława Wojtasika, dyrektora Departamentu  
Konsularnego w Ministerstwie Spraw Zagranicznych  
Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej,

którzy po wymianie swych pełnomocnictw, uznanych  
za dobre i sporządzone w należytej formie, zgodzili się  
na następujące postanowienia:

### ROZDZIAŁ I

#### DEFINICJE

##### Artykuł 1

Dla celów niniejszej Konwencji następujące wyraże-  
nia mają niżej określone znaczenie:

- a/ „urząd konsularny“ oznacza konsulat generalny,  
konsulat, wicekonsulat i agencję konsularną;
- b/ „okręg konsularny“ oznacza wyznaczone urzędowi  
konsularnemu terytorium, na którym urzędnik  
konsularny uprawniony jest do wykonywania  
funkcji konsularnych;
- c/ „kierownik urzędu konsularnego“ oznacza osobę  
upoważnioną przez Państwo wysyłające do spra-  
wowania takiej funkcji;
- d/ „urzędnik konsularny“ oznacza osobę, włącznie  
z kierownikiem urzędu konsularnego, której po-  
wierzono wykonywanie funkcji konsularnych; wy-  
rażenie to obejmuje także osobę skierowaną do  
urzędu konsularnego na praktykę;
- e/ „pracownik konsularny“ oznacza osobę nie będącą  
urzędnikiem konsularnym, wykonującą czynności  
administracyjne lub techniczne; wyrażenie to  
obejmuje także osobę wykonującą czynności usłu-  
gowe dla urzędu konsularnego;
- f/ „członkowie urzędu konsularnego“ oznacza urzęd-  
ników konsularnych i pracowników konsularnych;
- g/ „pomieszczenia konsularne“ oznacza budynki lub  
części budynków urzędu konsularnego, a także  
tereny przynależne do nich, używane wyłącznie  
dla celów konsularnych, niezależnie od tego czyją  
są własnością;
- h/ „archiwa konsularne“ oznacza całą korespon-  
dencję, szyfry, dokumenty, książki, filmy, taśmy

magnetofonowe oraz inne techniczne środki pracy,  
jak również wyposażenie urzędu konsularnego,  
przeznaczone do ich przechowywania i ochrony;

- i/ „obywatel Państwa wysyłającego“ oznacza, odpo-  
wiednio, również osobę prawną;
- j/ „statek Państwa wysyłającego“ oznacza każde  
urządzenie pływające żeglugi morskiej i śródląd-  
wej, upoważnione do podnoszenia bandery  
Państwa wysyłającego;
- k/ „samolot Państwa wysyłającego“ oznacza każde  
urządzenie latające zarejestrowane w Państwie  
wysyłającym i uprawnione do używania oznaki  
przynależności państwowej tego Państwa.

### ROZDZIAŁ II

#### USTANAWIANIE URZĘDU KONSULARNEGO ORAZ MIANOWANIE KIEROWNIKA URZĘDU KONSULARNEGO

##### Artykuł 2

1. Urząd konsularny może być ustanowiony w  
Państwie przyjmującym tylko za zgodą tego Państwa.
2. Siedzibę i klasę urzędu konsularnego oraz jego  
okręg konsularny ustala się w drodze porozumienia  
między Państwem wysyłającym a Państwem przyjm-  
jącym.

##### Artykuł 3

1. Przed mianowaniem kierownika urzędu konsular-  
nego Państwo wysyłające upewnia się w drodze dypl-  
matycznej co do zgody Państwa przyjmującego na pro-  
ponowaną osobę.
2. Państwo wysyłające przekazuje w drodze dypl-  
matycznej Państwu przyjmującemu listy komisyjne lub  
podobny dokument o mianowaniu kierownika urzędu  
konsularnego. Podaje się w nich imię i nazwisko kie-  
rownika urzędu konsularnego, jego rangę oraz okręg  
konsularny, w którym będzie on wykonywał swoje  
funkcje, a także siedzibę urzędu konsularnego.
3. Po przedstawieniu listów komisyjnych lub podob-  
nego dokumentu o mianowaniu kierownika urzędu kon-  
sularnego Państwo przyjmujące udzieli mu w możliwie  
najkrótszym terminie exequatur lub podobnego zezwo-  
lenia.
4. Kierownik urzędu konsularnego może przystąpić  
do wykonywania swoich funkcji z chwilą udzielenia  
mu przez Państwo przyjmujące exequatur lub podob-  
nego zezwolenia.
5. Do czasu udzielenia exequatur lub podobnego  
zezwolenia Państwo przyjmujące może udzielić kierow-  
nikowi urzędu konsularnego zgody na tymczasowe wy-  
konywanie jego funkcji.
6. Z chwilą udzielenia exequatur lub podobnego zez-  
wolenia, choćby tymczasowego, Państwo przyjmujące  
podejmie niezbędne kroki, aby kierownik urzędu kon-  
sularnego mógł wykonywać swoje funkcje.

##### Artykuł 4

1. Państwo wysyłające notyfikuje Państwu przy-  
jmującemu w drodze dyplomatycznej:
  - a/ imiona i nazwiska oraz rangi urzędników kon-  
sularnych, którzy sprawują inne funkcje niż  
kierownik urzędu konsularnego,
  - b/ imiona i nazwiska pracowników konsularnych.

2. Właściwe organy Państwa przyjmującego wydają członkom urzędu konsularnego oraz członkom ich rodzin, pozostającym z nimi we wspólnocie domowej i będącym obywatelami Państwa wysyłającego, odpowiednie dokumenty.

#### Artykuł 5

1. Jeżeli kierownik urzędu konsularnego z jakiegokolwiek przyczyny nie może wykonywać swoich funkcji lub jeżeli stanowisko kierownika urzędu konsularnego jest czasowo nieobsadzone, Państwo wysyłające może upoważnić urzędnika konsularnego tego samego lub innego urzędu konsularnego w Państwie przyjmującym albo członka personelu dyplomatycznego swego przedstawicielstwa w tymże Państwie do wykonywania funkcji kierownika urzędu konsularnego. Państwo przyjmujące powinno być uprzednio o tym poinformowane przez Państwo wysyłające w drodze dyplomatycznej.

2. Osoba upoważniona do czasowego kierowania urzędem konsularnym korzysta z tych samych praw, ułatwień, przywilejów i immunitetów, które zgodnie z niniejszą Konwencją przysługują kierownikowi urzędu konsularnego.

3. Wyznaczenie członka personelu dyplomatycznego przedstawicielstwa dyplomatycznego, zgodnie z ustępem 1, nie narusza przywilejów i immunitetów, przysługujących mu z tytułu jego statusu dyplomatycznego.

#### Artykuł 6

Urzędnikiem konsularnym może być tylko obywatel Państwa wysyłającego.

#### Artykuł 7

Państwo przyjmujące może w każdej chwili powiadomić Państwo wysyłające o tym, że exequatur lub podobne zezwolenie udzielone kierownikowi urzędu konsularnego zostało cofnięte, albo że członek urzędu konsularnego jest osobą niepożądaną. W tych przypadkach Państwo wysyłające powinno odwołać takiego członka urzędu konsularnego.

### ROZDZIAŁ III

#### ULATWIENIA, PRYWILEJE I IMMUNITETY

#### Artykuł 8

Państwo przyjmujące podejmie niezbędne kroki, aby członkowie urzędu konsularnego mogli wykonywać swe funkcje i korzystać z praw, ułatwień, przywilejów i immunitetów, które są przewidziane w niniejszej Konwencji oraz w ustawach i przepisach Państwa przyjmującego.

#### Artykuł 9

Państwo wysyłające może, zgodnie z warunkami i wymogami przewidzianymi w ustawach i przepisach Państwa przyjmującego, nabywać, dzierżawić, użytkować, zabudowywać względnie przystosowywać tereny, budynki lub części budynków dla potrzeb urzędu konsularnego i na mieszkania dla członków urzędu konsularnego. W razie potrzeby Państwo przyjmujące udziela Państwu wysyłającemu wszelkiej pomocy i poradcstwa w tym zakresie.

#### Artykuł 10

1. Na budynku urzędu konsularnego może być umieszczone godło Państwa wysyłającego oraz tablica z nazwą

urzędu konsularnego w językach tego Państwa i Państwa przyjmującego.

2. Na budynku urzędu konsularnego i na rezydencji kierownika urzędu konsularnego może być wywieszana flaga Państwa wysyłającego.

3. Kierownik urzędu konsularnego może wywieszać flagę Państwa wysyłającego na używanych przez niego środkach transportu.

#### Artykuł 11

1. Pomieszczenia konsularne są nietykalne. Organy Państwa przyjmującego nie mogą do tych pomieszczeń wkraczać bez zgody kierownika urzędu konsularnego, kierownika przedstawicielstwa dyplomatycznego Państwa wysyłającego lub osoby wyznaczonej przez jednego z nich.

2. Państwo przyjmujące zapewnia niezbędną ochronę pomieszczeń konsularnych.

3. Postanowienia ustępów 1 i 2 mają zastosowanie również do mieszkań urzędników konsularnych.

#### Artykuł 12

Archiwa konsularne są nietykalne w każdym czasie i niezależnie od tego, gdzie się znajdują.

#### Artykuł 13

1. Urząd konsularny ma prawo porozumiewania się z rządem oraz z przedstawicielstwami dyplomatycznymi i innymi urzędami konsularnymi Państwa wysyłającego, niezależnie od tego, gdzie się one znajdują. W tym celu urząd konsularny może korzystać z wszelkich publicznych środków łączności, szyfrów, kurierów dyplomatycznych i konsularnych, jak również z bagażu dyplomatycznego i konsularnego. Zainstalowanie i uruchomienie nadajnika radiowego może nastąpić tylko za zgodą Państwa przyjmującego.

2. Korespondencja służbowa urzędu konsularnego oraz bagaż konsularny, posiadający widoczne oznaczenie swego urzędowego charakteru, są nietykalne i nie mogą być przez organy Państwa przyjmującego kontrolowane ani też zatrzymane, niezależnie od tego jaki środek łączności został wykorzystany.

3. Kurierom konsularnym zapewnia się takie same prawa, przywileje i immunitety jak kurierom dyplomatycznym Państwa wysyłającego.

4. Bagaż konsularny może być powierzony kapitanowi statku lub samolotu. Kapitan ten powinien być zaopatrzony w urzędowy dokument, określający liczbę paczek stanowiących bagaż, lecz nie jest on uważany za kuriera konsularnego. Urzędnik konsularny jest uprawniony do odbioru bagażu bezpośrednio i bez przeszkód od kapitana statku lub samolotu, a także do przekazania mu takiego bagażu.

#### Artykuł 14

Członkowie urzędu konsularnego oraz członkowie ich rodzin, pozostający z nimi we wspólnocie domowej, korzystają z nietykalności osobistej. Osoby te nie mogą być zatrzymane ani aresztowane. Państwo przyjmujące zobowiązane jest traktować je z należyty szacunkiem oraz podjąć odpowiednie kroki dla ochrony ich osób, wolności i godności.

#### Artykuł 15

1. Członkowie urzędu konsularnego oraz członkowie ich rodzin, pozostający z nimi we wspólnocie domowej,

korzystają z immunitetu od jurysdykcji i od wszelkich środków przymusu Państwa przyjmującego, z wyjątkiem powództw cywilnych:

- a/ dotyczących prywatnego mienia nieruchomości, położonego w Państwie przyjmującym, chyba że posiadają je w imieniu Państwa wysyłającego dla celów konsularnych;
- b/ w sprawach spadkowych, w których występują jako wykonawcy testamentu, administratorzy spadku, spadkobiercy lub zapisobiercy w charakterze osób prywatnych a nie w imieniu Państwa wysyłającego;
- c/ dotyczących wszelkiego rodzaju zawodowej lub handlowej działalności wykonywanej w Państwie przyjmującym poza funkcjami urzędowymi;
- d/ wynikłych z zawarcia umów, w których nie występowali oni wyraźnie lub w sposób domniemany jako przedstawiciele Państwa wysyłającego;
- e/ wytoczonych przez osobę trzecią na skutek szkody powstałej w wyniku wypadku spowodowanego w Państwie przyjmującym przez środki transportu.

2. W stosunku do osób wymienionych w ustępie 1 mogą być wszczęte środki egzekucyjne tylko w przypadkach przewidzianych w punktach a, b, c, d i e wspomnianego ustępu, z zastrzeżeniem jednak, że odnośne środki mogą być przedsięwzięte bez naruszania nietykalności osoby i mieszkania.

#### Artykuł 16

1. Urzędnicy konsularni nie są zobowiązani do składania zeznań w charakterze świadków.

2. Pracownicy konsularni mogą być wzywani i przesłuchiwani w charakterze świadków. Mogą oni odmówić złożenia zeznań w odniesieniu do czynności urzędowych. W przypadku niezastosowania się do wezwania lub odmowy zeznań nie mogą być jednakże pociągnięci do odpowiedzialności.

3. Postanowienia niniejszego artykułu odnoszą się do postępowania i czynności przed sądami i innymi organami państwowymi.

4. Postanowienia niniejszego artykułu mają odpowiednie zastosowanie do członków rodzin członków urzędu konsularnego, pozostających z nimi we wspólnocie domowej.

#### Artykuł 17

1. Państwo wysyłające może zrzec się przywilejów i immunitetów wymienionych w artykułach 15 i 16. Zrzeczenie się powinno być w każdym przypadku wyraźne i mieć formę pisemną.

2. Zrzeczenie się immunitetu nie oznacza zrzeczenia się go w stosunku do wykonania orzeczenia, co wymaga oddzielnego zrzeczenia się. Nie dotyczy to postępowania karnego.

3. Jeżeli osoba, która korzysta z immunitetu od jurysdykcji, wniesie powództwo, nie będzie ona mogła powołać się na immunitet od jurysdykcji w stosunku do powództwa wzajemnego, bezpośrednio związanego z powództwem głównym.

#### Artykuł 18

Członkowie urzędu konsularnego oraz członkowie ich rodzin, pozostający z nimi we wspólnocie domowej,

zwolnieni są w Państwie przyjmującym od wszelkich przymusowych powinności.

#### Artykuł 19

Członkowie urzędu konsularnego oraz członkowie ich rodzin, pozostający z nimi we wspólnocie domowej, nie podlegają obowiązkowi wynikającym z ustaw i przepisów Państwa przyjmującego w zakresie rejestracji cudzoziemców i uzyskiwania zezwoleń na pobyt.

#### Artykuł 20

1. Państwo wysyłające zwolnione jest w Państwie przyjmującym od wszelkich podatków i innych opłat:

- a/ od terenów, budynków lub części budynków, które są używane wyłącznie dla celów konsularnych, a także na mieszkania członków urzędu konsularnego, jeżeli wspomniane nieruchomości stanowią własność Państwa wysyłającego lub w jego imieniu są dzierżawione;
- b/ od umów i dokumentów dotyczących nabycia wspomnianych nieruchomości, jeżeli Państwo wysyłające nabyło je wyłącznie dla celów konsularnych.

2. Postanowienia ustępu 1 nie stosują się do opłat pobieranych za świadczenie usług.

#### Artykuł 21

Państwo wysyłające zwolnione jest w Państwie przyjmującym od wszelkich podatków i opłat od mienia ruchomego, będącego własnością Państwa wysyłającego albo znajdującego się w jego posiadaniu lub użytkowaniu i używanego dla celów konsularnych. Stosuje się to także do nabycia takiego mienia ruchomego.

#### Artykuł 22

1. Członkowie urzędu konsularnego oraz członkowie ich rodzin, pozostający z nimi we wspólnocie domowej, zwolnieni są od wszelkich podatków i opłat państwowych, terenowych i komunalnych, włącznie z podatkami i opłatami od należącego do nich mienia ruchomego.

2. Zwolnienia wymienione w ustępie 1 nie dotyczą:

- a/ podatków pośrednich, które normalnie wliczane są w cenę towarów lub usług;
- b/ podatków i opłat od prywatnych nieruchomości, położonych na terytorium Państwa przyjmującego, z zastrzeżeniem postanowień artykułu 20 ;
- c/ podatków spadkowych i podatków od przeniesienia prawa własności, pobieranych przez Państwo przyjmujące, z zastrzeżeniem postanowień artykułu 24;
- d/ podatków i opłat od wszelkiego rodzaju prywatnych dochodów, mających swe źródło w Państwie przyjmującym;
- e/ opłat sądowych, hipotecznych, rejestracyjnych i skarbowych, z zastrzeżeniem postanowień artykułu 20;
- f/ opłat pobieranych za świadczenie usług.

#### Artykuł 23

1. Wszelkie przedmioty, z pojazdami mechanicznymi włącznie, przywiezione dla służbowego użytku urzędu konsularnego, zwolnione są od opłat celnych i podatków, które pobierane są w związku z przywozem lub

na podstawie przywozu, w takim samym zakresie, jak przedmioty przywiezione do użytku służbowego przedstawicielstwa dyplomatycznego.

2. Urzędnicy konsularni oraz członkowie ich rodzin, pozostający z nimi we wspólnocie domowej, zwolnieni są od kontroli celnej.

3. Członkowie urzędu konsularnego oraz członkowie ich rodzin, pozostający z nimi we wspólnocie domowej, są zwolnieni od opłat celnych i podatków, pobieranych w związku z przywozem lub na podstawie przywozu, w odniesieniu do ich bagażu i innych przedmiotów, przeznaczonych do ich osobistego użytku, w takim samym zakresie, jak odpowiednie kategorie personelu przedstawicielstwa dyplomatycznego.

4. Określenie „odpowiednie kategorie personelu przedstawicielstwa dyplomatycznego“, użyte w ustępie 3, odnosi się do członków personelu dyplomatycznego, jeżeli są oni urzędnikami konsularnymi oraz do członków personelu administracyjnego i technicznego, jeśli chodzi o pracowników konsularnych.

#### Artykuł 24

W przypadku śmierci członka urzędu konsularnego lub członka jego rodziny, pozostającego z nim we wspólnocie domowej, Państwo przyjmujące:

a/ zezwoli na wywóz mienia ruchomego pozostałego po osobie zmarłej, z wyjątkiem mienia nabytego w Państwie przyjmującym, którego wywóz był zabroniony w chwili śmierci tej osoby;

b/ nie będzie pobierać podatków spadkowych ani podatków od przeniesienia prawa własności w odniesieniu do mienia ruchomego, które znajdowało się w Państwie przyjmującym jedynie w związku z przebywaniem w tym Państwie osoby zmarłej jako członka urzędu konsularnego lub członka jego rodziny.

#### Artykuł 25

Wszystkie osoby, korzystające zgodnie z niniejszą Konwencją z ułatwień, przywilejów i immunitetów, obowiązane są, bez uszczerbku dla tych ułatwień, przywilejów i immunitetów, przestrzegać ustaw i przepisów Państwa przyjmującego, włącznie z przepisami dotyczącymi ruchu drogowego i ubezpieczenia pojazdów mechanicznych.

#### Artykuł 26

Państwo przyjmujące zapewnia członkom urzędu konsularnego i członkom ich rodzin, pozostającym z nimi we wspólnocie domowej, swobodę poruszania się i podróżowania na swoim terytorium, o ile nie jest to sprzeczne z jego ustawami i przepisami o pobycie na obszarach, na które wjazd i pobyt ze względu na bezpieczeństwo państwa jest zabroniony lub ograniczony,

#### Artykuł 27

Członkowie rodzin urzędników konsularnych, pozostający z nimi we wspólnocie domowej i będący obywatelami Państwa przyjmującego lub posiadający stałe miejsce zamieszkania w tym Państwie, nie korzystają z ułatwień, przywilejów i immunitetów określonych w niniejszej Konwencji, z wyjątkiem postanowień ustępów 2 i 4 artykułu 16. Stosuje się to również do pracowników konsularnych oraz członków ich rodzin, pozostających z nimi we wspólnocie domowej, którzy są obywatelami Państwa przyjmującego lub mają stałe miejsce zamieszkania w tym Państwie.

## ROZDZIAŁ IV FUNKCJE KONSULARNE

### Artykuł 28

Zadaniem urzędnika konsularnego jest umacnianie przyjacielskich stosunków między Państwem wysyłającym a Państwem przyjmującym oraz przyczynianie się do wszechstronnego rozwoju i pogłębienia braterskiej współpracy w dziedzinie politycznej, ekonomicznej, naukowej, kulturalnej, prawnej, turystycznej oraz w innych dziedzinach.

### Artykuł 29

1. Urzędnik konsularny ma prawo chronić prawa i interesy Państwa wysyłającego i jego obywateli. W tym celu może on bezpośrednio zwracać się pisemnie lub ustnie do właściwych organów w okręgu konsularnym, jak również do centralnych organów Państwa przyjmującego.

2. Urzędnik konsularny ma prawo, zgodnie z ustawami i przepisami Państwa przyjmującego, zastępować obywateli Państwa wysyłającego przed sądami i innymi organami Państwa przyjmującego, jeśli obywatele, z powodu nieobecności lub z innych ważnych przyczyn, nie są w stanie w odpowiednim czasie bronić swych praw i interesów. Zastępstwo trwa do chwili wyznaczenia przez osoby zastępowane swoich pełnomocników lub podjęcia przez nie same obrony swych praw i interesów.

### Artykuł 30

Urzędnik konsularny ma prawo:

- a/ rejestrować obywateli Państwa wysyłającego;
- b/ wydawać obywatelom Państwa wysyłającego paszporty i podobne dokumenty, a także przedłużać je oraz dokonywać w nich zmian;
- c/ wydawać wizy.

### Artykuł 31

1. Urzędnik konsularny, przy uwzględnieniu przepisów Państwa wysyłającego, ma prawo:

- a/ przyjmować oświadczenia o wstąpieniu w związek małżeński, pod warunkiem, że osoby zawierające małżeństwo są obywatelami Państwa wysyłającego;
- b/ prowadzić rejestrację urodzeń i zgonów obywateli Państwa wysyłającego.

2. Urzędnik konsularny będzie powiadamiać właściwe organy Państwa przyjmującego o dokonaniu czynności określonych w ustępie 1, jeżeli jest to przewidziane w ustawach i przepisach Państwa przyjmującego.

3. Postanowienia niniejszego artykułu nie zwalniają zainteresowanych obywateli Państwa wysyłającego od obowiązku przestrzegania odpowiednich ustaw i przepisów Państwa przyjmującego.

### Artykuł 32

1. Urzędnik konsularny ma prawo:

- a/ spisywać, uwierzytelniać i przechowywać w depozycie oświadczenia ostatniej woli oraz inne dokumenty stwierdzające jednostronne czynności prawne obywateli Państwa wysyłającego;
- b/ sporządzać i uwierzytelniać dokumenty stwierdzające czynności prawne między obywatelami

Państwa wysyłającego lub między obywatelami Państwa wysyłającego i obywatelami Państwa przyjmującego bądź państwa trzeciego, jeżeli takie czynności mają wyrzec skutki prawne w Państwie wysyłającym;

- c/ uwierzytelniać podpisy obywateli Państwa wysyłającego;
- d/ uwierzytelniać odpisy i wypisy z dokumentów wydanych przez organy, instytucje lub obywateli Państwa wysyłającego;
- e/ legalizować i tłumaczyć dokumenty oraz uwierzytelniać zgodność tłumaczenia;
- f/ przyjmować i uwierzytelniać wnioski i oświadczenia obywateli Państwa wysyłającego oraz wydawać odpowiednie zaświadczenia i dokumenty;
- g/ przesłuchiwać na wniosek sądów i innych organów Państwa wysyłającego obywateli tego Państwa w charakterze stron, świadków lub biegłych oraz dokonywać tym obywatelom doreczeń zgodnie z przepisami Państwa wysyłającego;
- h/ przyjmować do depozytu dokumenty, pieniądze i kosztowności od obywateli Państwa wysyłającego;
- i/ przyjmować, w celu przekazania właścicielom, przedmioty zgubione przez obywateli Państwa wysyłającego podczas ich czasowego pobytu w Państwie przyjmującym.

2. Akty i dokumenty, sporządzone, uwierzytelnione lub zalegalizowane przez urzędnika konsularnego Państwa wysyłającego, zgodnie z ustępem 1 oraz zaopatrzone w urzędową pieczęć, są tak samo ważne i skuteczne, jak gdyby były sporządzone lub uwierzytelnione przez organy lub osoby urzędowe Państwa przyjmującego. Jednakże organy Państwa przyjmującego zobowiązane są do uznawania ważności wymienionych dokumentów tylko w takim zakresie, w jakim nie są one sprzeczne z ustawami i przepisami tego Państwa.

#### Artykuł 33

Urzędnik konsularny ma prawo kontaktować się i porozumiewać z każdym obywatelem Państwa wysyłającego, udzielać mu wszelkiej pomocy i rady, a w razie konieczności podejmować kroki w celu zapewnienia mu opieki prawnej. Państwo przyjmujące nie będzie w żaden sposób ograniczać prawa obywatela Państwa wysyłającego do porozumiewania się z urzędem konsularnym lub do odwiedzania tego urzędu.

#### Artykuł 34

1. Właściwe organy Państwa przyjmującego będą niezwłocznie informować urzędnika konsularnego o zatrzymaniu, aresztowaniu lub pozbawieniu wolności w inny sposób obywatela Państwa wysyłającego.

2. Urzędnik konsularny ma prawo odwiedzić, tak szybko jak to jest możliwe, obywatela Państwa wysyłającego zatrzymanego, aresztowanego, pozbawionego wolności w inny sposób albo odbywającego karę pozbawienia wolności oraz do porozumiewania się z nim. Uprawnienia te powinny być wykonywane zgodnie z ustawami i przepisami Państwa przyjmującego, z zastrzeżeniem jednak, że wspomniane ustawy i przepisy powinny umożliwiać pełną realizację celów, którym one służą.

#### Artykuł 35

1. Właściwe organy Państwa przyjmującego będą, w możliwie bliskim terminie, powiadamiały urzędnika konsularnego o zgonie obywatela Państwa wysyłającego i będą przekazywały temu urzędnikowi informacje o masie spadkowej, spadkobiercach, zapisobiercach, a także o ostatniej woli zmarłego.

2. Właściwe organy Państwa przyjmującego będą, w możliwie bliskim terminie, powiadamiały urzędnika konsularnego o otwarciu spadku, jeżeli spadkobierca lub zapisobierca jest obywatelem Państwa wysyłającego. Dotyczy to także przypadków, gdy właściwe organy Państwa przyjmującego dowiedzą się o otwarciu spadku na rzecz obywatela Państwa wysyłającego, przebywającego na terytorium państwa trzeciego.

3. Funkcje urzędników konsularnych w sprawach spadkowych określone są w postanowieniach obowiązującej Umowy między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą Ludową o obrocie prawnym w sprawach cywilnych, rodzinnych i karnych.

#### Artykuł 36

1. Urzędnik konsularny ma prawo do udzielania wszelkiego poparcia i pomocy statkom Państwa wysyłającego na wodach terytorialnych i wewnętrznych Państwa przyjmującego, włącznie z portami, oraz załogom tych statków, a także sprawować nad nimi nadzór i kontrolę.

2. Urzędnik konsularny może wchodzić na pokład statku, jak tylko statkowi udzielone zostanie zezwolenie na swobodne kontaktowanie się z lądem. Kapitan i członkowie załogi mogą porozumiewać się z urzędnikiem konsularnym.

3. Urzędnik konsularny może przy wykonywaniu swoich funkcji zwracać się do właściwych organów Państwa przyjmującego z prośbą o udzielenie pomocy we wszelkich sprawach dotyczących statku, kapitana, członków załogi i pasażerów.

#### Artykuł 37

Urzędnik konsularny ma prawo:

- a/ przeprowadzać, nie naruszając uprawnień organów Państwa przyjmującego, dochodzenia w sprawie zająć, które miały miejsce na statku Państwa wysyłającego podczas rejsu, przesłuchiwać kapitana i członków załogi, sprawdzać dokumenty statku, przyjmować oświadczenia o rejsie statku i jego celu, a także pomagać przy wejściu, pobycie i wyjściu statku,
- b/ wyjaśniać wszelkie spory między kapitanem a członkami załogi, włącznie ze sporami dotyczącymi umowy o pracę i wynagrodzenie, jeżeli jest to przewidziane w ustawach i przepisach Państwa wysyłającego;
- c/ podejmować kroki w zakresie udzielenia pomocy lekarskiej kapitanowi lub członkom załogi albo też w sprawie odesłania ich do Państwa wysyłającego;
- d/ przyjmować, sporządzać lub uwierzytelniać oświadczenia lub dokumenty dotyczące żeglugi zgodnie z ustawami i przepisami Państwa wysyłającego.

#### Artykuł 38

1. Właściwe organy Państwa przyjmującego mogą ingerować w związku ze zdarzeniami, które nastąpiły



na statku Państwa wysyłającego tylko wówczas, gdy urzędnik konsularny o to prosi lub wyrazi na to zgodę.

2. Właściwe organy Państwa przyjmującego mogą bez zgody urzędnika konsularnego interweniować w związku ze zdarzeniami, które nastąpiły na statku, jeżeli zdarzenia te naruszają spokój lub bezpieczeństwo w porcie bądź ustawy i przepisy Państwa przyjmującego w sprawach paszportowych, celnych lub ochrony zdrowia.

3. Jeżeli właściwe organy Państwa przyjmującego zamierzają dokonać czynności przymusowych na statku, powinny zawiadomić o tym urzędnika konsularnego w takim czasie, aby mógł on być obecny przy dokonywaniu powyższych czynności. Jeżeli jednak przybycie urzędnika konsularnego na czas byłoby niemożliwe, właściwe organy Państwa przyjmującego udziela urzędnikowi konsularnemu dokładnych informacji o przebiegu dokonanych czynności przymusowych. Postanowien niniejszego ustępu nie stosuje się do zwykłych czynności kontrolnych w sprawach paszportowych, celnych i ochrony zdrowia, dotyczących statku, członków załogi i pasażerów.

#### Artykuł 39

1. Jeżeli statek Państwa wysyłającego rozbije się, osiądzie na mieliźnie lub ulegnie innej awarii w Państwie przyjmującym albo jeżeli przedmiot należący do tego statku lub jego ładunku albo też przedmiot należący do ładunku jakiegokolwiek rozbitego statku i stanowiący własność Państwa wysyłającego lub obywatela tego Państwa zostanie znaleziony na brzegu Państwa wysyłającego albo na jego wodach terytorialnych lub wewnętrznych albo też zostanie dostarczony do portu tego Państwa, właściwy organ Państwa przyjmującego powiadamia o tym niezwłocznie urzędnika konsularnego. Organ ten poinformuje również urzędnika konsularnego o środkach podjętych dla ratowania ludzi, statku, ładunku i innego mienia, a także części statku i części ładunku, które oddzieliły się od statku.

2. Jeżeli rozbity statek Państwa wysyłającego albo przedmiot należący do tego statku lub jego ładunku zostanie znaleziony na brzegu lub w pobliżu brzegu Państwa przyjmującego albo dostarczony do portu tego Państwa i ani kapitan statku, ani właściciel, ani jego agent, ani odpowiedni ubezpieczyciel nie są w stanie podjąć kroków dla zabezpieczenia takiego statku, przedmiotu lub części ładunku, względnie rozporządzenia nimi, uważa się urzędnika konsularnego za pełnomocnego do podejmowania w imieniu właściciela statku kroków, jakie mógłby podjąć sam właściciel.

3. Jeżeli przedmiot, należący do ładunku rozbitego statku Państwa przyjmującego lub państwa trzeciego i będący własnością Państwa wysyłającego lub obywatela tego Państwa, zostanie znaleziony na brzegu lub w pobliżu brzegu Państwa przyjmującego albo dostarczony do portu tego Państwa i ani kapitan, ani właściciel przedmiotu, ani jego agent, ani odpowiedni ubezpieczyciel nie są w stanie podjąć kroków w celu zabezpieczenia tego przedmiotu, względnie rozporządzenia nim, uważa się urzędnika konsularnego za pełnomocnego do podejmowania w imieniu właściciela takich kroków, jakie mógłby podjąć sam właściciel.

4. Urzędnik konsularny może udzielać wszelkiej pomocy statkowi Państwa wysyłającego, jego załodze i pasażerom. W tym celu może on zwracać się o pomoc do właściwych organów Państwa przyjmującego.

#### Artykuł 40

Postanowienia artykułów 36, 37, 38 i 39 niniejszej Konwencji mają odpowiednie zastosowanie do samolotów Państwa wysyłającego.

#### Artykuł 41

Urzędnik konsularny jest uprawniony do pobierania na terytorium Państwa przyjmującego opłat konsularnych zgodnie z ustawami i innymi przepisami Państwa wysyłającego.

### ROZDZIAŁ V

#### POSTANOWIENIA OGÓLNE I KOŃCOWE

#### Artykuł 42

1. Urzędnik konsularny może wykonywać inne funkcje konsularne niż określone w niniejszej Konwencji, jeżeli nie są one sprzeczne z ustawami i przepisami Państwa przyjmującego.

2. Urzędnik konsularny może za zgodą Państwa przyjmującego wykonywać funkcje konsularne również poza okręgiem konsularnym.

#### Artykuł 43

1. Prawa i obowiązki urzędnika konsularnego przewidziane w niniejszej Konwencji, rozciągają się również na członków personelu dyplomatycznego przedstawicielstwa dyplomatycznego Państwa wysyłającego, przydzielonych do wydziału konsularnego tego przedstawicielstwa lub którym powierzono wykonywanie funkcji konsularnych w inny sposób.

2. Wykonywanie funkcji konsularnych przez osoby wymienione w ustępie 1 nie narusza przywilejów i immunitetów przysługujących im z tytułu ich statusu dyplomatycznego.

#### Artykuł 44

1. Konwencja niniejsza podlega ratyfikacji. Wejdzie ona w życie trzydziestego dnia po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych, która nastąpi w Warszawie.

2. Konwencja niniejsza obowiązywać będzie do upływu sześciu miesięcy, licząc od dnia, w którym jedna z Wysokich Umawiających się Stron notyfikuje drugiej Wysokiej Umawiającej się Stronie wypowiedzenie Konwencji.

3. Z dniem wejścia w życie niniejszej Konwencji traci moc Konwencja konsularna między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą Ludową, podpisana w Warszawie dnia 25 listopada 1957 roku.

Na dowód czego upoważnieni Pełnomocnicy Wysokich Umawiających się Stron podpisali niniejszą Konwencję i opatrzili ją pieczęciami.

Sporządzono w Berlinie dnia 25 lutego 1972 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty mają jednakową moc.

Za  
NIEMIECKĄ REPUBLIKĘ  
DEMOKRATYCZNĄ

Klobes

Za  
POLSKĄ  
RZECZPOSPOLITĄ  
LUDOWĄ

Wojtasik

**PROTOKÓŁ**

do Konwencji konsularnej między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą Ludową

Przy podpisywaniu w dniu dzisiejszym Konwencji konsularnej między Niemiecką Republiką Demokratyczną a Polską Rzeczpospolitą Ludową, dalej zwanej Konwencją, Pełnomocnicy Wysokich Umawiających się Stron zgodzili się na następujące postanowienia:

1. Zawiadomienie urzędnika konsularnego, przewidziane w ustępie 1 artykułu 34 Konwencji, następuje w możliwie najkrótszym czasie, nie później jednak aniżeli w ciągu trzech dni od zatrzymania, aresztowania lub pozbawienia wolności w inny sposób obywatela Państwa wysyłającego.

2. Prawo urzędnika konsularnego, przewidziane w ustępie 2 artykułu 34 Konwencji, do odwiedzenia obywatela Państwa wysyłającego lub porozumienia się z nim, będzie zapewnione w możliwie najkrótszym terminie, nie później jednak niż w ciągu czterech dni od zatrzymania, aresztowania lub pozbawienia wolności w inny sposób tego obywatela.

3. Prawo urzędnika konsularnego, przewidziane w ustępie 2 artykułu 34 Konwencji, do odwiedzania obywatela Państwa wysyłającego zatrzymanego, aresztowanego lub pozbawionego wolności w inny sposób albo odbywającego karę pozbawienia wolności, a także do porozumiewania się z nim, zapewnione będzie w stosowanych odstępach czasu.

Protokół niniejszy stanowi integralną część Konwencji.

Na dowód czego Pełnomocnicy Wysokich Umawiających się Stron podpisali niniejszy Protokół i opatrzyli go pieczęciami.

Sporządzono w Berlinie dnia 25 lutego 1972 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty mają jednakową moc.

Za  
NIEMIECKĄ REPUBLIKĘ  
DEMOKRATYCZNĄ

Za  
POLSKĄ  
RZECZPOSPOLITĄ  
LUDOWĄ

Klobes

Wojtasik

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Protokolls  
vom 25. Februar 1972  
zu dem am 15. Mai 1969 in Warschau unterzeichneten  
Abkommen  
zwischen der Regierung der Deutschen  
Demokratischen Republik  
und der Regierung der Volksrepublik Polen  
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet  
der Schifffahrt auf den Grenzgewässern  
vom 28. Juni 1972**

Entsprechend der Bekanntmachung vom 3. Mai 1972 über die Ratifikation des am 25. Februar 1972 in Warschau unterzeichneten „Protokolls zu dem am 15. Mai 1969 in Warschau unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schifffahrt auf den Grenzgewässern“ (GBL I Nr. 7 S. 95) wird hiermit bekanntgegeben, daß das Protokoll nach dem am 20. Juni 1972 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem § 5 am 20. Juni 1972 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 28. Juni 1972

**Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1539 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 100 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,88 M und Teil III 0,75 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 695. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1055 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 11. August 1972

Teil I Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
19. 7. 72	Gesetz über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik vom 28. Juni 1972 .....	187
19. 7. 72	Gesetz über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 22. Juni 1972 .....	203
19. 7. 72	Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik .....	217
2. 8. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“ .....	217

**Gesetz**  
über den Konsularvertrag  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Ungarischen Volksrepublik vom 28. Juni 1972  
vom 19. Juli 1972

## § 1

Die Volkskammer erteilt dem am 28. Juni 1972 in Budapest unterzeichneten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik ihre Zustimmung.

## § 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 42 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates**  
der Deutschen Demokratischen Republik  
W. Ulbricht

**Konsularvertrag**  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Ungarischen Volksrepublik

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsidentsrat der Ungarischen Volksrepublik haben,

vom Wunsch geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen in Übereinstimmung mit dem am 18. Mai 1967 in Budapest unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik weiterzuentwickeln, und

## § 3

Mit dem Inkrafttreten des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik vom 28. Juni 1972 tritt das Gesetz vom 11. Dezember 1957 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik vom 3. Juli 1957 (GBl. I Nr. 80 S. 663) außer Kraft.

## § 4

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

unter Berücksichtigung dessen, daß die Entwicklung der konsularischen Beziehungen zwischen beiden Staaten eine neue Regelung erfordert,

beschlossen, den vorliegenden Konsularvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

Oskar Fischer,

Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik,

der Präsidialrat  
der Ungarischen Volksrepublik

Istvan R o s k a ,

Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

## Kapitel I

### Definitionen

#### Artikel 1

Im Sinne dieses Vertrages haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. „Konsulat“ ist ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur.
2. „Konsularbezirk“ ist das Gebiet, auf dem eine konsularische Amtsperson berechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben.
3. „Leiter des Konsulats“ ist die mit dieser Funktion beauftragte Person.
4. „Konsularische Amtsperson“ ist eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist.
5. „Mitarbeiter des Konsulats“ ist eine Person, die keine konsularische Amtsperson ist und die administrative oder technische Funktionen ausübt. Dieser Begriff umfaßt auch eine Person, die Aufgaben zur Versorgung des Konsulats erfüllt.
6. „Bürger des Entsendestaates“ umfaßt auch juristische Personen.
7. „Konsularräumlichkeiten“ sind Gebäude oder Gebäudeteile sowie dazugehörige Grundstücke, die ungeachtet der Eigentumsverhältnisse ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden.
8. „Konsulararchiv“ umfaßt den dienstlichen Schriftwechsel, Chiffre, Dokumente, Bücher, technische Arbeitsmittel sowie Einrichtungsgegenstände des Konsulats, die zu deren Aufbewahrung und Schutz bestimmt sind.
9. „Schiff“ ist jedes Wasserfahrzeug, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt.
10. „Flugzeug“ ist jedes Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Staatszugehörigkeits- und Eintragungszeichen des Entsendestaates trägt.

## Kapitel II

### Einrichtung von Konsulaten, Ernennung von konsularischen Amtspersonen

#### Artikel 2

1. Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung eingerichtet werden.
2. Der Sitz des Konsulats, sein Rang und der Konsularbezirk werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

## Artikel 3

1. Vor Ernennung des Leiters des Konsulats holt der Entsendestaat das Einverständnis des Empfangsstaates zur Person auf diplomatischem Weg ein.
2. Der Entsendestaat übermittelt durch seine diplomatische Vertretung dem Empfangsstaat das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats. Darin werden der Vor- und Zuname des Leiters des Konsulats, sein Rang, der Konsularbezirk und der Sitz des Konsulats aufgeführt.
3. Nach Vorlage des Konsularpatents oder eines anderen Dokuments über die Ernennung des Leiters des Konsulats erteilt ihm der Empfangsstaat möglichst kurzfristig das Exequatur oder eine andere Erlaubnis.
4. Der Leiter des Konsulats kann seine Funktionen nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben.
5. Der Empfangsstaat kann dem Leiter des Konsulats bis zur Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.
6. Der Empfangsstaat trifft nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis, auch wenn sie vorläufig erteilt wurde, die erforderlichen Maßnahmen, damit der Leiter des Konsulats seine Funktionen ausüben kann.

## Artikel 4

Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg Vor- und Zunamen sowie den Rang einer jeden konsularischen Amtsperson mit, die eine andere Funktion als die des Leiters des Konsulats ausübt.

## Artikel 5

Eine konsularische Amtsperson kann nur Bürger des Entsendestaates sein.

## Artikel 6

Der Empfangsstaat kann den Entsendestaat jederzeit auf diplomatischem Weg, ohne seine Entscheidung begründen zu müssen, davon in Kenntnis setzen, daß das Exequatur oder eine andere Erlaubnis für den Leiter des Konsulats zurückgezogen wurde oder daß eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats nicht erwünscht ist.

In solchen Fällen hat der Entsendestaat diesen Leiter des Konsulats, diese konsularische Amtsperson oder diesen Mitarbeiter des Konsulats abzurufen.

## Kapitel III

### Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

#### Artikel 7

Der Empfangsstaat gewährt den konsularischen Amtspersonen und den Mitarbeitern des Konsulats den erforderlichen Schutz und trifft die notwendigen Maßnahmen, damit diese ihre Funktionen ausüben und ihre Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten.

die im vorliegenden Vertrag und in den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorgesehen sind, in Anspruch nehmen können.

#### Artikel 8

1. Wenn der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben kann oder die Stelle des Leiters des Konsulats zeitweilig unbesetzt ist, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines anderen Konsulats im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vorher durch den Entsendestaat auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.
2. Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.
3. Wird ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt, bleiben seine diplomatischen Privilegien und Immunitäten unberührt.

#### Artikel 9

1. Die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten konsularischer Amtspersonen erstrecken sich auch auf die Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates, die mit konsularischen Funktionen betraut wurden.
2. Die konsularische Tätigkeit der in Absatz 1 genannten Personen berührt nicht ihre diplomatischen Privilegien und Immunitäten.

#### Artikel 10

Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile für das Konsulat und Wohnungen für konsularische Amtspersonen oder Mitarbeiter des Konsulats, soweit sie Bürger des Entsendestaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben, als Eigentum erwerben, pachten oder nutzen. Dabei erweist der Empfangsstaat, falls notwendig, dem Entsendestaat jegliche Hilfe und Unterstützung.

#### Artikel 11

1. Am Gebäude des Konsulats können das Staatswappen des Entsendestaates und die Bezeichnung des Konsulats in der Sprache des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.
2. Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates aufgezogen werden.
3. Der Leiter des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates an den von ihm benutzten Fahrzeugen führen.

#### Artikel 12

1. Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten und der Wohnungen der konsularischen Amtspersonen.
2. Die Konsularräumlichkeiten sind unverletzlich.  
Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Konsularräumlichkeiten ohne Erlaubnis des Leiters des Konsulats, des Leiters der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer von diesen bevollmächtigten Person nicht betreten.
3. Die Bestimmungen in Absatz 2 gelten auch für Wohnräume der konsularischen Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats, soweit diese nicht Bürger des Empfangsstaates oder Personen sind, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben.

#### Artikel 13

Konsulararchive sind zu jeder Zeit und unabhängig von ihrem Standort unverletzlich.

#### Artikel 14

1. Das Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung oder den diplomatischen Vertretungen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Zu diesem Zweck kann das Konsulat alle allgemeinen Verbindungsmittel, Chiffre, diplomatische oder konsularische Kuriere sowie diplomatisches oder konsularisches Gepäck benutzen. Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Funkstation darf nur mit Zustimmung des Empfangsstaates erfolgen.

Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für das Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Vertretung.

2. Dienstpost des Konsulats und Konsulargepäck, soweit sichtbar und auf den offiziellen Charakter hinweisend gekennzeichnet, sind unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder kontrolliert noch zurückgehalten werden, unabhängig davon, welche Verbindungsmittel benutzt werden.
3. Den Personen, die Konsulargepäck befördern — Konsularkuriere —, werden die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie diplomatischen Kurieren des Entsendestaates gewährt.
4. Das Konsulargepäck kann einem Flugzeugführer oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden, der ein offizielles Dokument erhält, aus dem die Anzahl der Gepäckstücke hervorgeht. Dieser wird jedoch nicht als Konsularkurier betrachtet. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, dieses Gepäck vom Flugzeugführer oder vom Kapitän eines Schiffes direkt und unbehindert in Empfang zu nehmen oder diesem zu übergeben.

#### Artikel 15

Eine konsularische Amtsperson ist unantastbar. Ein Mitarbeiter des Konsulats ist, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, ebenfalls unantastbar.

Diese Personen dürfen weder vorläufig festgenommen, verhaftet noch anderen staatlichen Zwangsmaßnahmen unterworfen werden. Der Empfangsstaat ist verpflichtet, sie mit gebührender Achtung zu behandeln und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um jegliche Verletzung ihrer Person, ihrer Freiheit und Würde zu verhindern.

#### Artikel 16

1. Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, genießt die Immunität vor der Gerichtsbarkeit und unterliegt nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates, mit Ausnahme bei:
  - a) Zivilklagen in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, soweit eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats es nicht im Namen des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken besitzt;
  - b) Zivilklagen in Nachlasssachen, in denen eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats nicht im Namen des Entsendestaates, sondern in privater Eigenschaft als Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer beteiligt ist;
  - c) Zivilklagen im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats im Empfangsstaat neben der dienstlichen Tätigkeit ausübt.
2. Gegen eine konsularische Amtsperson oder gegen einen Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den unter Absatz 1, Buchstabe a, b und c, vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person oder ihrer Wohnung zu beeinträchtigen.
3. Familienangehörige einer konsularischen Amtsperson oder eines Mitarbeiters des Konsulats, die mit diesen im gemeinsamen Haushalt leben und nicht Bürger des Empfangsstaates sind oder in diesem Staat keinen ständigen Wohnsitz haben, genießen Immunität vor der Gerichtsbarkeit sowie persönliche Unantastbarkeit und unterliegen nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates wie eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats.
4. Der Entsendestaat kann auf die Immunität konsularischer Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats sowie ihrer Familienangehörigen verzichten. Der Verzicht muß in jedem Fall eindeutig und in schriftlicher Form zum Ausdruck gebracht werden. Der Verzicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit in Zivilverfahren und bei administrativen Angelegenheiten bedeutet nicht den Verzicht auf die Immunität in bezug auf die Vollstreckung der Entscheidung, wozu ein besonderer Verzicht erforderlich ist.

5. Erhebt eine Person, die gemäß diesem Artikel Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann sie sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

#### Artikel 17

1. Eine konsularische Amtsperson sowie ein Mitarbeiter des Konsulats sind nicht verpflichtet, Zeugenaussagen zu machen.
2. Wenn der Entsendestaat einverstanden ist, daß eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Entsendestaates ist und nicht seinen ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, Zeugenaussagen macht, so kann diese konsularische Amtsperson oder dieser Mitarbeiter des Konsulats auf Ersuchen aussagen.
3. Es ist unzulässig, eine konsularische Amtsperson oder einen Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Entsendestaates ist und nicht seinen ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, zu zwingen, Zeugenaussagen zu machen, zu diesem Zweck vor Gericht zu erscheinen oder im Falle einer Aussageverweigerung oder eines Fernbleibens vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen.
4. Ein Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Empfangsstaates ist oder seinen ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, kann sich weigern, über dienstliche Angelegenheiten Zeugenaussagen zu machen.
5. Bei Anwendung der in Absatz 2 enthaltenen Festlegungen werden entsprechende Maßnahmen getroffen, um eine Behinderung der Arbeit des Konsulats zu vermeiden. Wenn es möglich ist, können mündliche oder schriftliche Zeugenaussagen im Konsulat oder in der Wohnung der konsularischen Amtsperson oder des Mitarbeiters des Konsulats gemacht werden.
6. Die Bestimmungen dieses Artikels treffen auf alle Verfahren und Handlungen zu, die von Gerichten und anderen staatlichen Organen durchgeführt werden.
7. Die Bestimmungen dieses Artikels werden entsprechend auf Familienangehörige einer konsularischen Amtsperson oder eines Mitarbeiters des Konsulats angewandt, sofern sie mit diesen im gemeinsamen Haushalt leben, Bürger des Entsendestaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben.

#### Artikel 18

1. Eine konsularische Amtsperson wird im Empfangsstaat von allen Zwangsverpflichtungen befreit.
2. Die Festlegung in Absatz 1 erstreckt sich auch auf die Mitarbeiter des Konsulats und die Familienangehörigen der konsularischen Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats, sofern sie mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben, Bürger des Entsendestaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben.

## Artikel 19

Eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, die Bürger des Entsendestaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben, unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Ausländermeldepflicht und über den Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung ergeben.

## Artikel 20

1. Der Entsendestaat ist im Empfangsstaat von allen Steuern und anderweitigen Gebühren befreit für:

Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden, einschließlich der Wohnungen für konsularische Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats, wenn die genannten Immobilien Eigentum des Entsendestaates sind oder in dessen Namen gepachtet werden;

Verträge und Dokumente, die den Erwerb der genannten Immobilien betreffen, wenn der Entsendestaat diesen Besitz ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt.

2. Die Bestimmungen in Absatz 1 beziehen sich nicht auf die Bezahlung von Dienstleistungen.

## Artikel 21

Der Entsendestaat ist im Empfangsstaat von der Entrichtung jeglicher Steuern und anderer Gebühren für das bewegliche Gut, welches Eigentum des Entsendestaates ist oder sich in seinem Besitz oder seiner Nutzung befindet und für konsularische Zwecke gebraucht wird, befreit. Das gilt auch für den Erwerb des beweglichen Gutes.

## Artikel 22

Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, sofern es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine in diesem Staat ständig lebende Person handelt, ist hinsichtlich der dienstlichen Einkünfte von der Entrichtung von Steuern und Gebühren an den Empfangsstaat befreit.

## Artikel 23

1. Eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, sofern es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, sind von allen staatlichen und kommunalen Steuern und Gebühren befreit.

2. Die in Absatz 1 genannten Befreiungen beziehen sich nicht auf:

- a) indirekte Steuern, die gewöhnlich im Preis der Waren oder Dienstleistungen enthalten sind;
- b) Abgaben und Steuern für privates, auf dem Territorium des Empfangsstaates belegenes unbewegliches Vermögen, soweit die Bestimmungen in Artikel 20 keine Befreiung vorsehen;

- c) Erbschaftssteuern oder Steuern für Eigentumsübertragung, die der Empfangsstaat erhebt;
- d) Steuern und Gebühren für Privateinkünfte, deren Quellen im Empfangsstaat liegen;
- e) Gerichtsgebühren und alle staatlichen Gebühren, die sich auf Rechtsgeschäfte oder auf die mit ihnen in Verbindung stehenden Dokumente beziehen, soweit die Bestimmungen in Artikel 20 keine Befreiung vorsehen;
- f) Abgaben und Gebühren, die für Dienstleistungen erhoben werden.

## Artikel 24

1. Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die zur dienstlichen Nutzung des Konsulats eingeführt werden, sind von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, wie die Gegenstände, die zur dienstlichen Nutzung der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates eingeführt werden, befreit.

2. Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen sind hinsichtlich ihres persönlichen Gepäcks von der Zollkontrolle befreit.

Eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen sind, sofern es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ständig in diesem Staat lebt, hinsichtlich ihres Gepäcks und anderer Gegenstände, die für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind, von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, genauso wie die entsprechenden Kategorien des Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates befreit.

3. Die in Absatz 2 gebrauchte Bezeichnung „entsprechende Kategorien des Personals der diplomatischen Vertretung“ betrifft Mitglieder des diplomatischen Personals, wenn sie konsularische Amtspersonen sind, und Mitglieder des administrativen und technischen Personals, wenn es sich um Mitarbeiter des Konsulats handelt.

## Artikel 25

Alle Personen, die laut diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind verpflichtet, unbeschadet dieser Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrs- und der Versicherungsvorschriften für Kraftfahrzeuge, einzuhalten.

## Artikel 26

Der Empfangsstaat gewährt einer konsularischen Amtsperson und einem Mitarbeiter des Konsulats sowie den mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen Bewegungsfreiheit innerhalb des Konsularbezirks, sofern das nicht seinen Rechtsvorschriften über den Aufenthalt in Gebieten, in die die Einreise und der Aufenthalt aus Gründen der staatlichen Sicherheit verboten oder eingeschränkt ist, widerspricht.

#### Kapitel IV Konsularfunktionen

##### Artikel 27

1. Eine konsularische Amtsperson tritt für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat ein und trägt zur allseitigen Entwicklung und Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit auf politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen, juristischen, touristischen und anderen Gebieten bei.
2. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, die Rechte und Interessen des Entsendestaates und seiner Bürger wahrzunehmen.

##### Artikel 28

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk Funktionen auszuüben, die in diesem Kapitel festgelegt sind. Die konsularische Amtsperson kann außerdem andere Konsularfunktionen ausüben, sofern sie nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widersprechen.
2. Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen unmittelbar schriftlich oder mündlich:
  - a) an die zuständigen Organe des Konsularbezirks wenden;
  - b) an die zentralen Organe des Empfangsstaates wenden, wenn dem die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht widersprechen.
3. Eine konsularische Amtsperson kann mit Zustimmung des Empfangsstaates Funktionen auch außerhalb des Konsularbezirks ausüben.
4. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, konsularische Gebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

##### Artikel 29

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in ihrem Konsularbezirk:
  - a) Bürger des Entsendestaates zu registrieren;
  - b) entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu Fragen der Staatsbürgerschaft Anträge entgegenzunehmen und Dokumente auszuhändigen;
  - c) entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Ehen zu schließen, unter der Voraussetzung, daß es sich um Bürger des Entsendestaates handelt;
  - d) Geburten- und Sterberegister von Bürgern des Entsendestaates zu führen;
  - e) in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Erklärungen entgegenzunehmen, die die familiären Verhältnisse von Bürgern des Entsendestaates betreffen.
2. Die konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die

Durchführung von Handlungen, die in Absatz 1, Buchstabe c und d, festgelegt sind, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorsehen.

3. Die in Absatz 1, Buchstabe c und d, enthaltenen Bestimmungen befreien die betreffenden Bürger des Entsendestaates nicht von der Pflicht, die entsprechenden Rechtsvorschriften des Empfangsstaates einzuhalten.

##### Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

- a) für Bürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verlängern, zu verändern, ungültig zu machen und einzuziehen;
- b) Visa zur Einreise, Ausreise und Durchreise zu erteilen.

##### Artikel 31

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates und dem zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik abgeschlossenen Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen die erforderlichen Maßnahmen zur Einleitung von Adoptionsverfahren zu treffen sowie Vormundschaften und Pflegschaften zu bestellen.

##### Artikel 32

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsulat, in ihrer Wohnung oder in den Wohnungen der Bürger des Entsendestaates sowie an Bord der Schiffe oder Flugzeuge des Entsendestaates folgende Handlungen durchzuführen, sofern diese Handlungen den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht widersprechen:

1. Erklärungen von Bürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen, zu beglaubigen und aufzubewahren;
2. letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente, die einseitige Rechtshandlungen von Bürgern des Entsendestaates enthalten, aufzunehmen, zu beglaubigen und aufzubewahren;
3. Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Bürgern des Entsendestaates aufzunehmen oder zu beglaubigen; davon sind Rechtsgeschäfte über die Begründung oder Übertragung von Rechten an im Empfangsstaat belegenen Immobilien ausgenommen;
4. Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Bürgern des Entsendestaates und Bürgern des Empfangsstaates aufzunehmen oder zu beglaubigen, wenn diese Rechtsgeschäfte ausschließlich Interessen auf dem Territorium des Entsendestaates betreffen oder auf dem Territorium dieses Staates erfüllt werden müssen;
5. Unterschriften von Bürgern des Entsendestaates zu beglaubigen, Schriftstücke, die von den Organen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgestellt wurden, zu legalisieren sowie Abschriften und Auszüge dieser Schriftstücke zu beglaubigen;



6. Übersetzungen von Schriftstücken, die von Organen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgestellt wurden, zu beglaubigen;
7. Dokumente, Wertsachen und Gegenstände von Bürgern oder für Bürger des Entsendestaates in Verwahrung zu nehmen;
8. andere notarielle Handlungen, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden, vorzunehmen.

#### Artikel 33

Die von einer konsularischen Amtsperson in Übereinstimmung mit Artikel 32 des vorliegenden Vertrages ausgefertigten, übersetzten oder beglaubigten Dokumente haben im Empfangsstaat die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft wie Dokumente, die von den zuständigen Organen oder Institutionen des Empfangsstaates ausgefertigt, übersetzt oder beglaubigt wurden.

#### Artikel 34

1. Die Zuständigkeit und die Aufgaben einer konsularischen Amtsperson in Nachlassangelegenheiten werden in dem zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik abgeschlossenen Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen geregelt.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren die konsularische Amtsperson über die Eröffnung eines Nachlassverfahrens im Empfangsstaat, wenn der Erbe oder Vermächtnisnehmer Bürger des Entsendestaates ist.

Das trifft auch dann zu, wenn den zuständigen Organen des Empfangsstaates die Eröffnung eines Nachlassverfahrens auf dem Territorium eines dritten Staates zugunsten eines Bürgers des Entsendestaates bekannt wird.

#### Artikel 35

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk Bürger des Entsendestaates vor den Organen des Empfangsstaates zu vertreten, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen außerstande sind, ihre Rechte und Interessen rechtzeitig wahrzunehmen. Die Vertretung erfolgt so lange, bis die Vertretenen ihre Bevollmächtigten bestimmen oder die Wahrung ihrer Rechte und Interessen selbst übernehmen.

#### Artikel 36

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk mit jedem Bürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten und diese zu unterstützen, ihn zu beraten, ihm jegliche Unterstützung zu erweisen und notwendigenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um ihm Hilfe in Rechtsangelegenheiten zu gewähren. Der Empfangsstaat behindert in keiner Weise, daß ein Bürger des Entsendestaates mit dem Konsulat in Verbindung tritt oder das Konsulat aufsucht.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren unverzüglich eine konsularische Amtsperson

des Entsendestaates über die vorläufige Festnahme, Verhaftung oder eine andere Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Bürgers des Entsendestaates.

3. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Bürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, eine Freiheitsstrafe verbüßt oder dessen persönliche Freiheit in anderer Form beschränkt wurde, so bald wie möglich zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten. Diese Rechte werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Bedingung verwirklicht, daß sie diese Rechte nicht aufheben.

#### Artikel 37

1. Eine konsularische Amtsperson hat im Konsularbezirk das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates jegliche Unterstützung und Hilfe zu leisten.
2. Eine konsularische Amtsperson kann sich an Bord des Schiffes begeben, sobald dem Schiff der freie Verkehr mit dem Land gestattet wurde. Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder können mit der konsularischen Amtsperson in Verbindung treten.
3. Eine konsularische Amtsperson kann in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich der Schiffe des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder und der Passagiere dieser Schiffe die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Hilfe ersuchen.

#### Artikel 38

Eine konsularische Amtsperson hat im Konsularbezirk das Recht:

- a) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Vorkommnisse, die auf der Reiseroute des Schiffes des Entsendestaates vorgefallen sind, zu untersuchen, den Kapitän und die Besatzungsmitglieder zu vernehmen, Schiffsdokumente zu überprüfen, Erklärungen über die Reiseroute und das Ziel des Schiffes entgegenzunehmen sowie das Ein- und Auslaufen oder den Verbleib des Schiffes im Hafen zu unterstützen;
- b) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied zu klären, einschließlich der Streitfragen, die den Lohn und den Heuervertrag betreffen, soweit das in den Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehen ist;
- c) Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns, eines Besatzungsmitgliedes oder eines Passagiers oder zu deren Rückführung in den Entsendestaat zu treffen;
- d) Erklärungen oder Dokumente, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates bezüglich der Schiffe vorgesehen sind, entgegenzunehmen, auszustellen oder zu beglaubigen.

#### Artikel 39

1. Beabsichtigen die zuständigen Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen an Bord eines

Schiffes des Entsendestaates durchzuführen oder eine Untersuchung vorzunehmen, ist die konsularische Amtsperson durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates davon vorher zu verständigen, damit sie oder ihr Vertreter bei der Durchführung dieser Handlungen anwesend sein kann, es sei denn, daß die Dringlichkeit der Sache eine vorherige Verständigung nicht zuläßt. War die konsularische Amtsperson oder ihr Vertreter nicht anwesend, geben ihr die zuständigen Organe des Empfangsstaates eine vollständige Information über die Geschehnisse.

2. Die Festlegungen in Absatz 1 finden auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Schiff durch die zuständigen Organe an Land vernommen werden sollen.
3. Die Festlegungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei üblichen Zoll-, Paß- oder Hygienekontrollen sowie allen anderen Handlungen, die auf Ersuchen oder mit Einverständnis des Kapitäns des Schiffes vorgenommen werden.

#### Artikel 40

1. Wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder eine andere Havarie im Empfangsstaat hat, oder wenn irgendein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes des Entsendestaates, des Empfangsstaates oder eines dritten Staates gehört, Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist und an der Küste oder in den Gewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird, setzen die zuständigen Organe des Empfangsstaates die konsularische Amtsperson umgehend in Kenntnis. Sie informieren die konsularische Amtsperson auch über Maßnahmen, die zur Rettung von Menschen, Schiff, Ladung und anderen Gütern sowie Schiffsteilen und Teilen der Ladung, die sich vom Schiff losgelöst haben, getroffen wurden.
2. Eine konsularische Amtsperson kann einem solchen Schiff, seinen Passagieren und den Besatzungsmitgliedern jegliche Hilfe leisten. Zu diesem Zweck kann sie die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Beistand ersuchen.

Eine konsularische Amtsperson kann Maßnahmen treffen, die sich auf Grund Absatz 1 ergeben, einschließlich der Maßnahmen zur Reparatur des Schiffes. Sie kann die zuständigen Organe des Empfangsstaates ersuchen, solche Maßnahmen zu ergreifen oder fortzusetzen.

3. Wenn ein havariertes Schiff oder ein zu einem solchen Schiff gehörender Schiffgegenstand an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän des Schiffes noch der Eigentümer, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder einen solchen Gegenstand zu treffen, gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers des Schiffes Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst zu diesem Zweck veranlassen könnte.

Die Festlegungen dieses Absatzes betreffen auch jeden Gegenstand, der Teil der Schiffsladung und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist.

4. Wenn ein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes eines dritten Staates gehört und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist, an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän noch der Eigentümer des Gegenstandes, sein Agent oder die Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über diesen Gegenstand zu treffen, so gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers solche Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst zu diesem Zweck veranlassen könnte.

#### Artikel 41

Die Artikel 37 bis 40 werden sinngemäß auf Flugzeuge angewandt.

#### Kapitel V

#### Schlußbestimmungen

#### Artikel 42

1. Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifizierung. Er tritt am dreißigsten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgt, in Kraft.
2. Der vorliegende Vertrag bleibt bis zum Ablauf von sechs Monaten in Kraft, gerechnet von dem Tage ab, an dem eine der Hohen Vertragschließenden Seiten der anderen Hohen Vertragschließenden Seite die Kündigung des Vertrages notifiziert.
3. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages verliert der am 3. Juli 1957 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik in Budapest abgeschlossene Konsularvertrag seine Gültigkeit.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Budapest am 28. Juni 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen  
des Vorsitzenden  
des Staatsrates  
der Deutschen  
Demokratischen Republik  
Oskar Fischer

Im Namen  
des Präsidialrates  
der Ungarischen  
Volksrepublik  
Roska Istvan

#### Protokoll zum Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik

Bei der heutigen Unterzeichnung des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik, im weiteren als „Vertrag“ bezeichnet, haben sich die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten über folgendes geeinigt:

1. Die Benachrichtigung der konsularischen Amtsperson, die gemäß Artikel 36, Absatz 2, des Vertrages vorgesehen ist, erfolgt in 3 Tagen nach der vorläufigen Festnahme, der Verhaftung oder einer anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Bürgers des Entsendestaates.
2. Das in Artikel 36, Absatz 3, des Vertrages angeführte Recht einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates zu besuchen oder mit ihm in Verbindung zu treten, wird im Verlaufe von 4 Tagen nach der vorläufigen Festnahme, der Verhaftung oder einer anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit dieses Bürgers gewährt.
3. Das in Artikel 36, Absatz 3, des Vertrages angeführte Recht einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, eine Freiheitsstrafe verbüßt, oder dessen persönliche Frei-

heit in anderer Form beschränkt wurde, zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten, wird periodisch gewährt.

Dieses Protokoll ist untrennbarer Bestandteil des Vertrages. Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsschließenden Seiten das vorliegende Protokoll unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Budapest am 28. Juni 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen  
des Vorsitzenden  
des Staatsrates  
der Deutschen  
Demokratischen Republik

Oskar Fischer

Im Namen  
des Präsidialrates  
der Ungarischen  
Volksrepublik

Roska Istvan

### KONZULI EGYZEMÉNY

a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között

A Német Demokratikus Köztársaság Államtanácsának Elnöke és a Magyar Népköztársaság Elnöki Tanácsa

attól az óhajtól vezetve, hogy a baráti kapcsolatokat a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között Budapesten az 1967. évi május hó 18-án aláírt Barátsági, Együttműködési és Kölcsönös Segélynyújtási Szerződésnek megfelelően továbbfejlesztésük és

figyelemmel arra, hogy a két állam között a konzuli kapcsolatok fejlődése új szabályozást igényel,

elhatározták, hogy megkötik ezt a Konzuli Egyezményt és e célból Meghatalmazottaikká kinevezték:

a Német Demokratikus Köztársaság Államtanácsának Elnöke:

Oskar Fischert, a Német Demokratikus Köztársaság külügyminiszterének helyettesét

a Magyar Népköztársaság Elnöki Tanácsa:

Roska Istvánt, a Magyar Népköztársaság külügyminiszterének helyettesét,

akik jó és kellő alakban talált meghatalmazásaik kicserélése után a következőkben állapodtak meg:

#### I. FEJEZET

##### MEGHATÁROZÁSOK

###### 1. cikk

Az Egyezményben használt meghatározások jelentése a következő:

1. a „konzulátus“, főkonzulátus, konzulátus, alkonzulátus és konzuli ügynökség;

2. „konzuli kerület“ az a terület, ahol a konzuli tisztviselő konzuli feladatok ellátására jogosult;

3. „konzulátus vezetője“ a konzulátus vezetésével megbízott személy;

4. „konzuli tisztviselő“ az a személy, ide értve a konzulátus vezetőjét is, akit konzuli feladatok ellátásával bíztak meg;

5. a „konzulátus munkatársa“ az a személy, aki nem konzuli tisztviselő és a konzulátuson igazgatási, vagy műszaki feladatokat lát el. A „konzulátus munkatársán“ kell érteni továbbá a konzulátus kisegítő személyzetének tagját is;

6. a „küldő állam állampolgára“ a jogi személyt is jelenti;

7. „konzuli helyiségek“ a konzulátus kizárólagos céljaira használt épületek vagy épületrészek és az ezekhez tartozó földterületek, tekintet nélkül tulajdonjogi helyzetükre;

8. „konzuli irattár“ a konzulátus minden okirata, hivatalos levelezése, könyve, rejtjelanyaga, műszaki munkaeszköze, valamint az ezek őrzésére szolgáló berendezési tárgyak;

9. „hajó“ a küldő állam lobogójának használatára jogosult hajó;

10. „repülőgép“ minden olyan légi jármű, amely jogosult a küldő állam felség és nyilvántartási jelét viselni.

#### II. FEJEZET

##### KONZULÁTUS LÉTESÍTÉSE. A KONZULI TISZTVISELŐ KINEVEZÉSE

###### 2. cikk

1/ A fogadó államban konzulátust csak ennek az államnak a hozzájárulásával lehet létesíteni.

2/ A konzulátus székhelyét, rangját és a konzuli kerületet a küldő állam és a fogadó állam közös megegyezéssel állapítja meg.

## 3. cikk

1/ A küldő állam a konzulátus vezetőjének kinevezése előtt diplomáciai úton megkéri a fogadó állam hozzájárulását a kinevezéshez.

2/ A küldő állam diplomáciai képviselője útján megküldi a fogadó államnak a konzuli kinevezési okiratot /konzuli patens/, vagy a konzulátus vezetőjének kinevezéséről szóló más okiratot. Ebben fel kell tüntetni a konzulátus vezetőjének családi és utónevét, rangját, a konzuli kerületet és a konzulátus székhelyét.

3/ A fogadó állam a kinevezési okirat, vagy a konzulátus vezetőjének kinevezéséről szóló más okirat bemutatása után lehetőleg rövid időn belül kiállítja részére a működési engedélyt /exequatur/, vagy más engedélyt.

4/ A konzulátus vezetője azután kezdheti meg a működését, miután a fogadó állam részére a működési engedélyt vagy más engedélyt megadta.

5/ A fogadó állam hozzájárulhat ahhoz, hogy a konzulátus vezetője tevékenységét a működési engedély, vagy más engedély megadása előtt ideiglenesen megkezdhesse.

6/ A fogadó állam a működési engedély vagy más engedély megadásakor illetőleg az ideiglenes hozzájáruláskor megteszi a szükséges intézkedéseket annak érdekében, hogy a konzulátus vezetője feladatait elláthassa.

## 4. cikk

A küldő állam diplomáciai úton közli a fogadó állammal annak a konzuli tisztviselőnek családi és utónevét, valamint rangját, akit a konzulátusra nem a konzulátus vezetőjének nevezett ki.

## 5. cikk

Konzuli tisztviselő csak a küldő állam állampolgára lehet.

## 6. cikk

A fogadó állam diplomáciai úton a küldő államot bármikor értesítheti arról, — anélkül, hogy döntését indokolnia kellene — hogy a konzulátus vezetőjének működési engedélyét, vagy más engedélyét visszavonta, illetőleg, hogy a konzuli tisztviselőt vagy a konzulátus munkatársát nem tartja kívánatos személynek.

Ilyen esetben a küldő államnak a konzulátus vezetőjét, a konzuli tisztviselőt, illetőleg a konzulátus munkatársát vissza kell hívnia.

## III. FEJEZET

KÖNNYÍTÉSEK, KIVÁLTSÁGOK  
ÉS MENTESSÉGEK

## 7. cikk

A fogadó állam gondoskodik a konzuli tisztviselőnek és a konzulátus munkatársainak megfelelő védelméről és megteszi a szükséges intézkedéseket annak érdekében, hogy a konzuli tisztviselő és a konzulátus munkatársai feladataikat elláthassák és hogy élvezhessék azokat a jogokat, könnyítéseket, kiváltságokat és mentességeket, amelyeket ez az Egyezmény és a fogadó állam jogszabályai számukra biztosítanak.

## 8. cikk

1/ Ha a konzulátus vezetője bármilyen ok miatt nem láthatja el feladatát, vagy ha a konzulátus vezetőjének hivatala ideiglenesen nincs betöltve, a küldő állam a konzulátus ideiglenes vezetésével megbízza a konzulátus vagy a fogadó államban működő másik konzulátus konzuli tisztviselőjét, illetőleg a fogadó államban működő diplomáciai képviselője diplomatikai személyzetének egyik tagját. A küldő államnak a fogadó államot erről előzetesen diplomáciai úton tájékoztatnia kell.

2/ Az a személy, akit a konzulátus ideiglenes vezetésével bíztak meg, ugyanolyan jogokat, könnyítéseket, kiváltságokat és mentességeket élvez, mint amelyek a konzulátus vezetőjét az Egyezmény szerint megilletik.

3/ Ha a küldő állam diplomáciai képviselője diplomatikai személyzetének tagját bízzák meg a konzulátus ideiglenes vezetésével, e megbízás nem érinti diplomatikai kiváltságait és mentességeit.

## 9. cikk

1/ A konzuli tisztviselőt az Egyezmény szerint megillető jogok és az őt terhelő kötelezettségek kiterjednek a küldő állam diplomatikai képviselője diplomatikai személyzetének arra a tagjára is, akit konzuli feladatok ellátásával bíztak meg.

2/ Az 1/ bekezdésben említett személy konzuli tevékenysége nem érinti diplomatikai kiváltságait és mentességeit.

## 10. cikk

A küldő állam a fogadó állam jogszabályainak megfelelően földterületek, épületek, vagy épüetrészek tekintetében tulajdon-, használati vagy bérleti jogot szerzhet a konzulátus, a konzuli tisztviselő, illetőleg a konzulátus munkatársai lakása céljára, feltéve, hogy azok a küldő állam állampolgárai és nem a fogadó állam állandó lakosai. Ehhez a fogadó állam szükség esetén a küldő államnak minden segítséget és támogatást megad.

## 11. cikk

1/ A konzulátus épületén el lehet helyezni a küldő állam címerét, valamint a küldő és a fogadó állam nyelvében a konzulátus elnevezését.

2/ A konzulátus épületére, valamint a konzulátus vezetőjének lakására ki lehet tűzni a küldő állam zászlóját.

3/ A konzulátus vezetője az általa használt járművekre kitzúzheti a küldő állam zászlóját.

## 12. cikk

1/ A fogadó állam biztosítja a konzuli helyiségek és a konzuli tisztviselő lakásának védelmét.

2/ A konzuli helyiségek sérthetetlenek.

A fogadó állam hatóságai a konzuli helyiségekbe a konzulátus vezetőjének, a küldő állam diplomatikai képviselője vezetőjének, vagy az általuk erre feljogosított személynek az engedélye nélkül nem léphetnek be.

3/ A 2/ bekezdés rendelkezései a konzuli tisztviselő és a konzulátus munkatársa lakására is vonatkoznak, amennyiben nem állampolgárai vagy nem állandó lakosai a fogadó államnak.

## 13. cikk

A konzuli irattár mindig és elhelyezésétől függetlenül sérthetetlen.

## 14. cikk

/1/ A konzulátusnak jogában áll, hogy kapcsolatot tartson kormányával vagy a küldő államnak bárhol lévő diplomáciai képviselőjével és konzulátusával. E célból a konzulátus igénybe veheti a kapcsolattartás valamennyi szokásos eszközét, rejtjelt, diplomáciai és konzuli futárt, valamint diplomáciai és konzuli küldeményt. Rádió-adóállomást a konzulátus csak a fogadó állam hozzájárulásával létesíthet és üzemeltethet.

A kapcsolattartás szokásos eszközeinek használata során a konzulátusra ugyanazok a díjszabások érvényesek, mint a diplomáciai képviselőre.

/2/ A konzulátus hivatalos levelezése, valamint a konzuli küldemény, amelyen a hivatalos jelleget jól láthatóan feltüntették, sérthetetlen és azt a fogadó állam hatóságai nem ellenőrizhetik és nem tarthatják vissza, függetlenül attól, hogy a kapcsolattartás milyen eszközt vették igénybe.

/3/ A konzuli küldeményt szállító személyt — konzuli futár — azonos jogok, kiváltságok és mentességek illetik meg, mint a küldő állam diplomáciai futárát.

/4/ A konzuli küldeményt rá lehet bízni a repülőgép vagy a hajó parancsnokára, akit a küldemény darabszámát feltüntető hivatalos irattal kell ellátni. Ez a parancsnok azonban nem tekinthető konzuli futárnak. A konzuli tisztviselő jogosult a küldeményt a repülőgép, vagy a hajó parancsnokától közvetlenül és akadályozás nélkül átvenni, illetőleg neki átadni.

## 15. cikk

A konzuli tisztviselő sérthetetlen. A konzulátus munkatársa, amennyiben a fogadó államnak nem állampolgára, vagy nem állandó lakosa, szintén sérthetetlen.

Ezeket a személyeket nem szabad őrizetbe venni, letartóztatni, sem más állami kényszerintézkedésnek alávetni. A fogadó állam köteles velük illő tisztelettel bánni és megtenni a megfelelő intézkedéseket személyük, szabadságuk és méltóságuk mindennemű megsértésének megakadályozására.

## 16. cikk

/1/ A konzuli tisztviselő vagy a konzulátus munkatársa — amennyiben a fogadó államnak nem állampolgára, vagy nem állandó lakosa, — mentes a fogadó állam joghatósága alól, kivéve:

a./ a fogadó állam területén lévő személyi tulajdonban álló ingatlanra vonatkozó polgári pert, ha csak a konzuli tisztviselő vagy a konzulátus munkatársa az ingatlan nem a küldő állam javára, a konzulátus céljára tartja birtokában;

b./ az olyan hagyatéki eljárással kapcsolatos pert, amelyben a konzuli tisztviselő vagy a konzulátus munkatársa magánszemélyként, mint végrendeleti végrehajtó, hagyatéki gondnok, örökös vagy hagyományos és nem a küldő állam képviselőjeként szerepel;

c./ az olyan polgári pert, amely a konzuli tisztviselő vagy a konzulátus munkatársa által a fogadó államban, hivatalos tevékenysége körén kívül folytatott bármilyen szabadfoglalkozással, vagy kereskedelmi tevékenységgel kapcsolatos.

/2/ A konzuli tisztviselővel, vagy a konzulátus munkatársával szemben, amennyiben a fogadó államnak nem állampolgára vagy nem állandó lakosa, semmiféle végrehajtási intézkedést nem lehet tenni, kivéve az /1/ bekezdés a/, b/ és c/ pontjában említett eseteket, amennyiben a végrehajtás személye vagy lakása sérthetlenségének csorbítása nélkül foganatosítható.

/3/ A konzuli tisztviselővel vagy a konzulátus munkatársával együtt élő családtagok, amennyiben a fogadó államnak nem állampolgárai vagy nem állandó lakosai, olyan mértékben mentesek a fogadó állam joghatósága alól és olyan személyes sérthetlenséget élveznek, mint a konzuli tisztviselő, illetőleg a konzulátus munkatársa.

/4/ A küldő állam lemondhat a konzuli tisztviselőt és a konzulátus munkatársát, valamint ezek családtagjait megillető mentességről. A lemondásnak minden esetben kifejezetten kell lennie és írásban kell megtenni. A joghatóság alóli mentességről való lemondás a polgári és államigazgatási ügyekben nem jelenti a határozatok végrehajtása alóli mentességről való lemondást. Ehhez külön lemondás szükséges.

/5/ Ha az e cikk rendelkezései szerint a fogadó állam joghatósága alól mentes személy keresetet indít, az alapkeresettel összefüggő vizontkereset tekintetében nem hivatkozhat a joghatóság alóli mentességre.

## 17. cikk

/1/ A konzuli tisztviselő és a konzulátus munkatársa nem köteles tanúvallomást tenni.

/2/ Ha a küldő állam beleegyezik abba, hogy a konzuli tisztviselő vagy a konzulátus munkatársa — aki a küldő állam állampolgára és nem állandó lakosa a fogadó államnak — tanúvallomást tegyen, a konzuli tisztviselő vagy a konzulátus munkatársa megkeresésre tanúvallomást tehet.

/3/ A konzuli tisztviselőt, vagy a konzulátus munkatársát, aki a küldő állam állampolgára és a fogadó államnak nem állandó lakosa, nem lehet kényszeríteni arra, hogy tanúvallomást tegyen, e célból a bíróság előtti megjelenjen és nem lehet őt felelősségre vonni a vallomástétel megtagadása vagy a bíróság előtti meg nem jelenés miatt.

/4/ A konzulátusnak az a munkatársa, aki a fogadó állam állampolgára vagy állandó lakosa, megtagadhatja, hogy hivatali ügyekről tanúvallomást tegyen.

/5/ A /2/ bekezdésben foglalt rendelkezések alkalmazásakor megfelelő intézkedéseket kell tenni a konzulátus munkája akadályozásának elkerülésére. Ha lehetséges, a tanúvallomást szóban, vagy írásban a konzulátuson vagy a konzuli tisztviselő, illetőleg a konzulátus munkatársa lakásán is meg lehet tenni.

/6/ E cikk rendelkezései a bírósági és más állami szervek eljárására és cselekményeire is vonatkoznak.

/7/ E cikk rendelkezéseit megfelelően alkalmazni kell a konzuli tisztviselővel és a konzulátus munkatársával együtt élő családtagokra is, ha azok a küldő állam

állampolgárai és a fogadó államnak nem állandó lakosai.

#### 18. cikk

/1/ A konzuli tisztviselő a fogadó államban mentes minden kötelező közérdekű szolgálat alól — ideértve a honvédelmi kötelezettséget is.

/2/ Az /1/ bekezdés rendelkezése a konzulátus munkatársára, valamint a konzuli tisztviselővel és a konzulátus munkatársával együtt élő családtagokra is vonatkozik, azzal a feltétellel, hogy azok a küldő állam állampolgárai és a fogadó államnak nem állandó lakosai.

#### 19. cikk

A konzuli tisztviselő és a konzulátus munkatársa, valamint a velük együtt élő családtagjaik — amennyiben a küldő állam állampolgárai és fogadó államnak nem állandó lakosai — mentesek minden olyan kötelezettség alól, amely a fogadó állam jogszabályai szerint a külföldiekre a nyilvántartásuk, a lakhatási vagy a letelepedési engedélyük megszerzésével kapcsolatban fennállnak.

#### 20. cikk

/1/ A küldő állam a fogadó államban mentes minden adó és illeték kivétele és behajtása alól:

a kizárólag konzuli célokra szolgáló földterületek, épületek és épületrészek tekintetében, ide értve a konzuli tisztviselő és a konzulátus munkatársa lakását is, amennyiben ezek a küldő állam tulajdonában vannak, illetőleg a nevében eljáró természetes és jogi személy bérli azokat;

az ilyen ingatlanok megszerzésére vonatkozó szerződések és okiratok, ha a küldő állam ezeket az ingatlanokat kizárólag konzuli célokra szerzi meg.

/2/ Az /1/ bekezdés rendelkezései nem érintik a szolgáltatások igénybevételéért járó díjakat.

#### 21. cikk

A küldő állam mentes a fogadó államban minden adó és illeték kivétele és behajtása alól a küldő állam tulajdonában, birtokában, illetőleg használatában levő konzuli célokat szolgáló ingóvagyon vagy annak megszerzése tekintetében.

#### 22. cikk

A konzuli tisztviselő és a konzulátus munkatársa, amennyiben a fogadó államnak nem állampolgára vagy nem állandó lakosa, a fogadó államban a szolgálati kötelezettségek teljesítéséért kapott munkabér tekintetében mentes minden adó és illeték fizetése alól.

#### 23. cikk

/1/ A konzuli tisztviselő és a konzulátus munkatársa, valamint a velük együtt élő családtagok, amennyiben a fogadó államnak nem állampolgárai vagy nem állandó lakosai, mentesek minden fajta országos és helyi adó illetőleg illeték alól.

/2/ Az /1/ bekezdésben foglalt mentességek nem vonatkoznak:

a/ az áruk, vagy szolgáltatások árába rendszerint belefoglalt közvetett adókra;

b/ a fogadó állam területén levő személyi tulajdonban álló ingatlanok után járó adókra és illetékekre, az Egyezmény 20. cikke rendelkezéseinek fenntartásával;

c/ a fogadó állam által kirótt öröklési és tulajdonát ruházási adókra és illetékekre;

d/ a fogadó államban levő forrásból eredő magánjövedelem után járó adókra és illetékekre;

e/ a jogügyletekre és az ezekkel összefüggő okiratokra vonatkozó bírósági és más állami illetékekre, az Egyezmény 20. cikke rendelkezéseinek fenntartásával;

f/ az igénybe vett szolgáltatások díjaira és illetékeire.

#### 24. cikk

/1/ Minden tárgy, ideértve a gépjárműveket is, amelyet a konzulátus hivatalos használatára hoztak be, ugyanúgy mentes a behozatal miatt vagy azzal kapcsolatban kivethető vám és adó alól, mint a küldő állam diplomáciai képviselőjének hivatalos használatára behozott tárgy.

/2/ A konzuli tisztviselő és családtagjai személyi poggyásza mentes a vámvizsgálat alól.

A konzuli tisztviselő és a konzulátus munkatársa, valamint a velük együtt élő családtagok, amennyiben a fogadó államnak nem állampolgárai vagy nem állandó lakosai, a személyes használatukra szolgáló poggyászuk és más tárgyak tekintetében a behozatal miatt vagy azzal kapcsolatban kivethető vám és illeték alól ugyanúgy mentesek, mint a küldő állam diplomáciai képviselője személyzetének megfelelő tagjai.

/3/ A /2/ bekezdésben levő „a diplomáciai képviselő személyzetének megfelelő tagjai” kifejezés a diplomáciai személyzet tagjaira vonatkozik, ha konzuli tisztviselőről, és az igazgatási és műszaki személyzet tagjaira utal, ha a konzulátus munkatársáról van szó.

#### 25. cikk

Mindazok a személyek, akik számára ez az Egyezmény könnyítéseket, kiváltságokat és mentességeket biztosít, kötelesek — könnyítéseik, kiváltságaik és mentességeik csorbítása nélkül — a fogadó állam jogszabályait megtartani, ide értve a közlekedési szabályokat és a gépjárművek biztosítására vonatkozó előírásokat is.

#### 26. cikk

A fogadó állam a konzuli tisztviselő, a konzulátus munkatársai és a velük együtt élő családtagok számára a konzuli kerületen belül mozgási szabadságot biztosít, amennyiben ez nem ellentétes a fogadó állam jogszabályaival, amelyek az egyes területekre való beutazást és tartózkodást állambiztonsági okokból tiltják vagy korlátozzák.

### IV. FEJEZET

#### KONZULI FELADATOK

#### 27. cikk

/1/ A konzuli tisztviselő előmozdítja a küldő állam és a fogadó állam között a baráti kapcsolatok megszilárdítását, elősegíti a testvéri együttműködés sokoldalú fejlesztését és elmélyítését politikai, gazdasági, tudományos, kulturális, jogi, idegenforgalmi és más területeken.

/2/ A konzuli tisztviselő jogosult védelmezni a küldő állam és a küldő állam állampolgárainak jogait és érdekeit.

## 28. cikk

/1/ A konzuli tisztviselő jogosult a konzuli kerületben az e Fejezetben megállapított feladatokat ellátni. A konzuli tisztviselő ezen kívül más konzuli feladatokat is elláthat, amennyiben azok nem ellentétesek a fogadó állam jogszabályaival.

/2/ A konzuli tisztviselő a konzuli feladatok ellátása során közvetlenül szóban és írásban fordulhat

a/ a konzuli kerület illetékes hatóságaihoz;

b/ a fogadó állam központi szerveihez, ha ez nem áll ellentétben a fogadó állam jogszabályaival.

/3/ A konzuli tisztviselő a fogadó állam hozzájárulásával a konzuli kerületen kívül is elláthat feladatokat.

/4/ A konzuli tisztviselő jogosult, a küldő állam jogszabályaival összhangban, konzuli illetéket szedni.

## 29. cikk

/1/ A konzuli tisztviselő jogosult a konzuli kerületben:

a/ a küldő állam polgáraitól nyilvántartást vezetni;

b/ a küldő állam jogszabályai szerint állampolgársági ügyekben kérelmeket átvenni és iratokat kiadni;

c/ a küldő állam jogszabályainak megfelelően házasságkötésnél közreműködni, feltéve, hogy mindkét személy a küldő állam állampolgára;

d/ a küldő állam állampolgáraitól születési és halotti anyakönyvet vezetni;

e/ a küldő állam jogszabályai szerint a küldő állam állampolgárait érintő családi viszonyokra vonatkozó nyilatkozatokat átvenni.

/2/ A konzuli tisztviselő tájékoztatja a fogadó állam illetékes hatóságait az /1/ bekezdés c/ és d/ pontjának megfelelően elvégzett anyakönyvi bejegyzésekről, ha ezt a fogadó állam jogszabályai megkívánják.

/3/ Az /1/ bekezdés c/ és d/ pontjában foglalt rendelkezések nem mentesítik a küldő állam érintett állampolgárait az alól a kötelezettség alól, hogy a fogadó állam jogszabályaiban előírtaknak eleget tegyenek.

## 30. cikk

A konzuli tisztviselő jogosult

a/ a küldő állam állampolgárainak útlevelet kiállítani, meghosszabbítani, kiterjeszteni, abba bejegyzéseket eszközölni, érvényteleníteni és bevonnai;

b/ be-, ki-, valamint átutazásra jogosító vizumot kiadni.

## 31. cikk

A konzuli tisztviselő jogosult a küldő állam jogszabályainak valamint a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a polgári, családjogi és bűnügyi jogsegély tárgyában megkötött szerződés rendelkezéseinek megfelelően örökbefogadási ügyekben eljárni illetőleg gyámot és gondnokot rendelni.

## 32. cikk

A konzuli tisztviselő jogosult a konzulátuson, lakásán vagy a küldő állam állampolgárainak lakásán, valamint ennek az államnak hajóján vagy repülőgépén az alábbi cselekmények végzésére, amennyiben e cselekményeket a fogadó állam jogszabályai nem tiltják:

1. írásba foglalja vagy hitelesíti és megőrzi a küldő állam állampolgárainak nyilatkozatait;

2. írásba foglalja, hitelesíti és megőrzi a küldő állam állampolgárainak végrendeleteit vagy más egyoldalú jogügyleteit;

3. írásba foglalja vagy hitelesíti a küldő állam állampolgárai között létrejött jogügyleteket, kivéve azokat, amelyek a fogadó államban lévő ingatlanokra vonatkozó jogok alapítására vagy átruházására irányulnak.

4. írásba foglalja vagy hitelesíti a küldő állam állampolgárai és a fogadó állam állampolgárai között létrejött jogügyleteket, ha ezek kizárólag a küldő állam területén lévő érdekekre vonatkoznak vagy ennek az államnak a területén teljesítendő;

5. hitelesíti a küldő állam állampolgárainak névaláírását; hitelesíti a küldő állam vagy a fogadó állam hatóságaitól származó iratokat, valamint ezeknek az iratoknak másolatait és kivonatait;

6. hitelesíti a küldő állam vagy a fogadó állam hatóságaitól származó iratok fordítását;

7. megőrzésre átvesz a küldő állam állampolgáraitól vagy ezek számára vagyontárgyakat és iratokat;

8. egyéb olyan közjegyzői cselekményeket végez, amelyekre a konzuli tisztviselőt a küldő állam felhatalmazta.

## 33. cikk

A konzuli tisztviselő által az Egyezmény 32. cikkének megfelelően kiállított, hitelesített vagy lefordított okiratok a fogadó államban ugyanolyan jogi jelentőséggel és bizonyító erővel rendelkeznek, mintha azokat a fogadó állam illetékes hatóságai, intézményei állították volna ki, hitelesítették, vagy fordították volna.

## 34. cikk

/1/ konzuli tisztviselőnek a hagyatéki ügyekkel kapcsolatos jogkörét és feladatait a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a polgári, családjogi és bűnügyi jogsegély tárgyában megkötött szerződés szabályozza.

/2/ A fogadó állam illetékes hatóságai tájékoztatják a konzuli tisztviselőt a fogadó államban megnyílt hagyatékról, ha az örökös vagy a hagyományos a küldő állam állampolgára.

Ez vonatkozik azokra az esetekre is, amikor az illetékes hatóságok arról szereznek tudomást, hogy a küldő állam állampolgárának javára harmadik állam területén nyílt meg hagyatékok.

## 35. cikk

A konzuli tisztviselőnek joga van a konzuli kerületben arra, hogy a fogadó állam hatóságai előtt a küldő állam olyan állampolgárait képviselje, akik távol vannak, vagy valamilyen fontos okból nincsenek abban a

helyzetben, hogy jogaikat és érdekeiket kellő időben megvédjék. Ez a képviselő addig áll fenn, amíg a képviselt személy nem jelöli ki meghatalmazottját, vagy saját maga nem látja el a jogainak és érdekeinek védelmét.

## 36. cikk

/1/ A konzuli tisztviselő a konzuli kerületben jogosult arra, hogy a küldő állam állampolgárával kapcsolatot létesítsen és fenntartsa, tanácsokat adjon neki és, bármely segítségben részesítse, ide értve szükség esetén a jogi segítség nyújtására tett intézkedéseket is. A fogadó állam semmilyen módon nem akadályozza azt, hogy a küldő állam állampolgára a konzulátussal kapcsolatba lépjen, vagy a konzulátust felkeresse.

/2/ A fogadó állam illetékes hatóságai haladéktalanul értesítik a küldő állam konzuli tisztviselőjét a küldő állam állampolgárának őrizetbevételéről, letartóztatásáról, vagy személyes szabadságának bármilyen korlátozásáról.

/3/ A konzuli tisztviselő jogosult arra, hogy a küldő állam őrizetbe vett, letartóztatott, személyes szabadságában bármely formában korlátozott vagy szabadságvesztés büntetését töltő állampolgárát késedelem nélkül meglátogassa és vele kapcsolatot tartson fenn. Az e bekezdésben foglalt jogok a fogadó állam jogszabályaival összhangban, valósulnak meg, de ezek a jogszabályok nem érvényteleníthetik e jogokat.

## 37. cikk

/1/ A konzuli tisztviselő a konzuli kerületben jogosult arra, hogy a küldő állam hajóinak a fogadó állam kikötőiben, parti tengerén és belső vizein bármely támogatást és segítséget megadjon.

/2/ A konzuli tisztviselő a hajó fedélzetére mehet amint a hajónak a parittal való szabad érintkezését engedélyezték. A hajó parancsnoka és a személyzet tagjai pedig felvehetik a kapcsolatot a konzuli tisztviselővel.

/3/ A konzuli tisztviselő a fogadó állam illetékes hatóságaihoz segítségért fordulhat bármely kérdésben, amely a küldő állam hajójával, a hajó parancsnokával, személyzetével és utasaival kapcsolatos feladataival összességében és utasaival kapcsolatos feladataival összefügg.

## 38. cikk

A konzuli tisztviselő a konzuli kerületben jogosult arra, hogy

a/ a küldő állam hajóján útközben történt bármilyen eseményt kivizsgáljon, a hajó parancsnokát és a személyzet tagjait meghallgassa, a hajóokmányokat ellenőrizze, tájékoztatást kapjon a hajó utjáról és rendeltetési helyéről, elősegítse a hajónak a kikötőbe történő belépését, a kikötőben való tartózkodást, valamint a kikötő elhagyását – a nélkül, hogy a fogadó állam hatóságainak jogait megsértene;

b/ a hajó parancsnoka és a személyzet bármely tagja között keletkezett vitát megoldjon, ide értve a munkabérről és a munkavállalási szerződéssel kapcsolatos vitákat is, ha ezt a küldő állam jogszabályai lehetővé teszik – anélkül, hogy a fogadó állam hatóságainak jogait megsértene;

c/ a hajó parancsnokának, a személyzet bármely tagjának vagy utasának orvosi kezelése, illetőleg hazatérése érdekében intézkedéseket tegyen;

d/ a küldő állam jogszabályai által a hajókkal kapcsolatban előírt bármely nyilatkozatot vagy okiratot átvegyen, kiállítson, illetőleg hitelesítsen.

## 39. cikk

/1/ Ha a fogadó állam illetékes hatósága a küldő állam hajójának fedélzetén kényszerintézkedést kíván tenni, vagy nyomozást akar folytatni, erről előzetesen, tájékoztatja a konzuli tisztviselőt avégből, hogy ő maga, vagy képviselője jelen lehessen ezekben az intézkedéseknek a megtételekor, kivéve ha az ügy sürgőssége az előzetes értesítést nem teszi lehetővé. Ha a konzuli tisztviselő vagy képviselője nem volt jelen, kérésére a fogadó állam illetékes hatósága a történetekről teljes tájékoztatást ad.

/2/ Az /1/ bekezdésben foglalt rendelkezések arra az esetre is vonatkoznak, amikor az illetékes hatóságok a hajó parancsnokát vagy a személyzet tagját a hajóval kapcsolatos ügyekben a parton hallgatják ki.

/3/ E cikk rendelkezései nem alkalmazhatók a szokásos vám-, útlevel- és egészségügyi ellenőrzésre, sem bármely olyan cselekményre, amely a hajó parancsnokának kérésére vagy beleegyezésével történik.

## 40. cikk

/1/ A fogadó állam illetékes hatóságai lehetőség szerint minél előbb értesítik az illetékes konzuli tisztviselőt, ha a küldő állam hajója a fogadó államban hajótörést szenved, zátonyra fut, vagy más hajókárt szenved, illetőleg ha a küldő állam állampolgárának tulajdonában levő bármely tárgyat a fogadó állam partján vagy vizein találják, vagy ha az ennek az államnak a kikötőjébe, kerül és e tárgy a küldő állam, a fogadó állam, illetőleg harmadik állam hajótörést szenvedett hajója rakományának volt a része. Az illetékes hatóságok tájékoztatják a konzuli tisztviselőt azokról az intézkedésekről is, amelyeket az emberek, a hajó, a hajórakomány, a hajóhoz, valamint a hajórakományhoz tartozó, de a hajóról lekerült tárgyak megmentése érdekében tettek.

/2/ A konzuli tisztviselő az ilyen hajónak, illetőleg az urtasoknak és e személyzet tagjainak bármely segítséget megadhat és e célból a fogadó állam illetékes hatóságaitól segítséget kérhet.

A konzuli tisztviselő megteheti az /1/ bekezdésben említett intézkedéseket, ideértve a hajó megjavítása érdekében szükséges intézkedéseket is, illetőleg az illetékes hatóságokhoz fordulhat ilyen intézkedések megtételét vagy folytatását kérve.

/3/ Ha a küldő állam kárt szenvedett hajóját, vagy bármely ehhez a hajóhoz tartozó tárgyat a fogadó állam partján, illetőleg partjai közelében megtalálják, vagy az a fogadó állam kikötőjébe kerül és e sem a hajó parancsnoka, sem a tulajdonos vagy ügynöke, sem pedig a hajó illetékes biztosítója nincsenek olyan helyzetben, hogy az ilyen hajót vagy tárgyat megőrizzék, illetőleg azzal rendelkezzenek, akkor a konzuli tisztviselőt meghatalmazottnak kell tekinteni, hogy a hajó tulajdonosa nevében olyan intézkedéseket tegyen, amelyeket e célból maga a tulajdonos is megtenne.

Ezeket a rendelkezéseket kell alkalmazni bármely olyan tárggyal kapcsolatban is, amely a hajó rakományához tartozik és a küldő állam állampolgárának tulajdonában van.



/4/ Ha bármely tárgyat találnak a fogadó állam partján, partjai közelében vagy ha a tárgy ennek az államnak a kikötőjébe kerül és az harmadik állam hajókárt szenvedett hajójának rakományához tartozik, de a küldő állam állampolgárának tulajdonában van és sem a hajó parancsnoka, sem a tárgy tulajdonosa vagy ügynöke, sem a biztosító nincsenek abban a helyzetben, hogy az ilyen tárgyat megőrizzék, illetőleg azzal rendelkezzenek, akkor a konzuli tisztviselőt meghatalmazottnak kell tekinteni, hogy a tulajdonos nevében olyan intézkedéseket tegyen, amelyeket e célból maga a tulajdonos is megtenne.

## 41. cikk

A 37.—40. cikkek rendelkezéseit megfelelően alkalmazni kell a repülőgépeknél is.

## V. FEJEZET

## ZÁRÓ RENDELKEZÉSEK

## 42. cikk

/1/ Ezt az Egyezményt meg kell erősíteni és a megerősítő okiratok kicserélésétől számított harmincadik napon lép hatályba. A megerősítő okiratok kicserélésére Berlinben kerül sor.

/2/ Az Egyezmény még további hat hónapig érvényben marad attól a naptól számítva, amikor az egyik Magas Szerződő Fél a másik Magas Szerződő Félnak írásban bejelenti az Egyezmény felmondását.

/3/ Az Egyezmény hatályba lépésével a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között Budapesten, az 1957. évi július hó 3. napján aláírt Konzuli Egyezmény hatályát veszti.

Ennek hitelül a Magas Szerződő Felek Meghatalmazottai aláírták és pecséttel látták el az Egyezményt.

Készült Budapesten, 1972. június 28. -án két példányban német és magyar nyelven.

Mindkét szöveg egyaránt hiteles.

**A Német Demokratikus Köztársaság**  
Allamtanácsának Elnöke nevében

Oskar Fischer

**A Magyar Népköztársaság**  
Elnöki Tanácsa nevében

Roska István

## Jegyzőkönyv

a Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar  
Népköztársaság között aláírt  
Konzuli Egyezményhez

A Német Demokratikus Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a mai napon megkötött Konzuli Egyezmény /a továbbiakban: „Egyezmény“/ aláírása alkalmával a Magas Szerződő Felek meghatalmazottai a következőkben állapodtak meg:

1. A konzuli tisztviselőnek az Egyezmény 36. cikke /2/ bekezdésében említett értesítésére a küldő állam állampolgárának őrizetbe vételétől, letartóztatásától vagy személyes szabadságának bármilyen korlátozásától számított 3 napon belül kerül sor.

2. A konzuli tisztviselő számára az Egyezmény 36. cikkének /3/ bekezdésében meghatározott azt a jogát, hogy a küldő állam állampolgárát meglátogathatja, illetőleg vele a kapcsolatot felveheti, az őrizetbe vételtől, a letartóztatástól vagy a személyes szabadság bármilyen korlátozásától számított 4 napon belül biztosítani kell.

3. A konzuli tisztviselő számára az Egyezmény 36. cikkének /3/ bekezdésében meghatározott azt a jogát, hogy a küldő állam őrizetbevett, letartóztatott, vagy személyes szabadságában bármilyen módon korlátozott illetőleg szabadságvesztés büntetését töltő állampolgárát meglátogathatja és vele kapcsolatba léphet, időszakos alapon biztosítani kell.

Ennek hitelül a Magas Szerződő Felek Meghatalmazottai ezt a Jegyzőkönyvet aláírták és pecséttel látták el.

Készült Budapesten, 1972. június 28. -án mindkettő német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

**A Német Demokratikus Köztársaság**  
Allamtanácsának Elnöke nevében:

Oskar Fischer

**A Magyar Népköztársaság**  
Elnöki Tanácsa nevében:

Roska István



**Gesetz  
über den Konsularvertrag  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 22. Juni 1972**

vom 19. Juli 1972

§ 1

Die Volkskammer erteilt dem am 22. Juni 1972 in Prag unterzeichneten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ihre Zustimmung.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 43 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den neunzehnten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

§ 3

Mit dem Inkrafttreten des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 22. Juni 1972 tritt das Gesetz vom 8. August 1957 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik vom 24. Mai 1957 (GBl. I Nr. 52 S. 443) außer Kraft.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

**Konsularvertrag  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der  
Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik**

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben,

vom Wunsch geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen in Übereinstimmung mit dem am 17. März 1967 in Prag unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik weiterzuentwickeln, und

unter Berücksichtigung dessen, daß die konsularischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik einer neuen vertraglichen Regelung bedürfen,

beschlossen, den vorliegenden Konsularvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

Oskar Fischer,

Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik,

der Präsident  
der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

Jiří Götz,

Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Kapitel I

Definitionen

Artikel 1

Im Sinne dieses Vertrages haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. „Konsulat“ ist ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur.
2. „Konsularbezirk“ ist das Gebiet, auf dem eine konsularische Amtsperson berechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben.
3. „Leiter des Konsulats“ ist die mit dieser Funktion vom Entsendestaat beauftragte Person.
4. „Konsularische Amtsperson“ ist eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist. Der Begriff „konsularische Amtsperson“ umfaßt auch eine Person, die zum Praktikum in das Konsulat entsandt wurde.

5. „Mitarbeiter des Konsulats“ ist eine Person, die keine konsularische Amtsperson ist und die im Konsulat administrative oder technische Funktionen ausübt. Der Begriff „Mitarbeiter des Konsulats“ umfaßt auch eine Person, die als Kraftfahrer, Hausangestellte, Gärtner tätig ist oder andere Aufgaben zur Versorgung des Konsulats erfüllt.
6. „Bürger des Entsendestaates“ umfaßt auch juristische Personen.
7. „Konsularräumlichkeiten“ sind Gebäude oder Gebäudeteile, einschließlich der Residenz des Leiters des Konsulats sowie der Grundstücke, die zu diesen Gebäuden oder Gebäudeteilen gehören und ungeachtet der Eigentumsverhältnisse ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden.
8. „Konsulararchiv“ umfaßt den gesamten dienstlichen Schriftwechsel, Chiffre, Dokumente, Bücher, Filme, Tonbänder und andere technische Arbeitsmittel sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbewahrung und zu ihrem Schutz bestimmt sind.
9. „Schiff“ ist jedes Wasserfahrzeug, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt.
10. „Flugzeug“ ist jedes Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Staatszugehörigkeits- und Eintragungszeichen des Entsendestaates trägt.

## Kapitel II

### Einrichtung von Konsulaten, Ernennung von konsularischen Amtspersonen

#### Artikel 2

1. Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung eingerichtet werden.
2. Der Sitz des Konsulats, sein Rang und der Konsularbezirk werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

#### Artikel 3

1. Vor Ernennung des Leiters des Konsulats holt der Entsendestaat das Einverständnis des Empfangsstaates zur Person auf diplomatischem Weg ein.
2. Der Entsendestaat übermittelt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats, seinen Rang sowie den Konsularbezirk, in dem er seine Funktionen ausüben wird, und den Ort, in dem das Konsulat seinen Sitz hat.
3. Nach Vorlage des Konsularpatents oder eines anderen Dokuments über die Ernennung des Leiters eines Konsulats erteilt ihm der Empfangsstaat möglichst kurzfristig das Exequatur oder eine andere Erlaubnis.
4. Der Leiter des Konsulats kann seine Funktionen nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben.
5. Der Empfangsstaat kann dem Leiter des Konsulats bis zur Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.

6. Der Empfangsstaat trifft nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis die erforderlichen Maßnahmen, damit der Leiter des Konsulats seine Funktionen ausüben kann.

#### Artikel 4

Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg Vor- und Zunamen sowie den Rang einer jeden konsularischen Amtsperson mit, die eine andere Funktion als die des Leiters des Konsulats ausübt.

#### Artikel 5

Eine konsularische Amtsperson kann nur Bürger des Entsendestaates sein.

#### Artikel 6

Der Empfangsstaat kann den Entsendestaat jederzeit davon in Kenntnis setzen, daß das Exequatur oder eine andere Erlaubnis für den Leiter des Konsulats zurückgezogen wurde oder daß die konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats nicht erwünscht ist. In solchen Fällen hat der Entsendestaat diese konsularische Amtsperson oder diesen Mitarbeiter des Konsulats abzurufen.

## Kapitel III

### Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

#### Artikel 7

Der Empfangsstaat gewährt den konsularischen Amtspersonen und den Mitarbeitern des Konsulats den erforderlichen Schutz und trifft die notwendigen Maßnahmen, damit diese ihre Funktionen ausüben und ihre Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die im vorliegenden Vertrag und in den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorgesehen sind, in Anspruch nehmen können. Er gewährleistet auch den Schutz des Konsulats und der Wohnungen der konsularischen Amtspersonen.

#### Artikel 8

1. Wenn der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben kann oder die Stelle des Leiters zeitweilig unbesetzt ist, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines anderen Konsulats im Empfangsstaat oder einen Diplomaten seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat mit der Ausübung der Funktionen des Leiters beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vorher durch den Entsendestaat auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.
2. Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.
3. Die Delegation eines Diplomaten der diplomatischen Vertretung an das Konsulat entsprechend Absatz 1 berührt nicht seine Privilegien und Immunitäten, die ihm auf Grund seines diplomatischen Status gewährt werden.

## Artikel 9

1. Die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten konsularischer Amtspersonen erstrecken sich gleichermaßen auf Diplomaten der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates, die mit konsularischen Funktionen betraut wurden.
2. Die Ausübung konsularischer Funktionen durch die in Absatz 1 genannten Personen berührt nicht die Privilegien und Immunitäten, die ihnen auf Grund ihres diplomatischen Status zustehen.

## Artikel 10

Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile für das Konsulat und Wohnungen für konsularische Amtspersonen oder Mitarbeiter des Konsulats, soweit sie Bürger des Entsendestaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben, als Eigentum erwerben oder pachten. Dabei erweist der Empfangsstaat, falls notwendig, dem Entsendestaat jegliche Hilfe und Unterstützung.

## Artikel 11

1. Am Gebäude des Konsulats können das Staatswappen und die Bezeichnung des Konsulats in der Sprache des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.
2. Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates aufgezogen werden.
3. Der Leiter des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates an den von ihm benutzten Fahrzeugen führen.

## Artikel 12

1. Die Gebäude und Gebäudeteile, die ausschließlich für Zwecke des Konsulats genutzt werden, sowie die dazugehörigen Grundstücke sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen diese ohne Erlaubnis des Leiters des Konsulats, des Leiters der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer von ihnen bevollmächtigten Person nicht betreten.
2. Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten auch für Wohnungen der konsularischen Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats, soweit sie nicht Bürger des Empfangsstaates oder Personen sind, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben.

## Artikel 13

Konsulararchive sind zu jeder Zeit und unabhängig von ihrem Standort unverletzlich.

## Artikel 14

1. Das Konsulat hat das Recht, sich mit seiner Regierung oder den diplomatischen Vertretungen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Zu diesem Zweck kann das Konsulat alle allgemeinen Verbindungsmittel, Chiffre, Kuriere sowie Kuriergepäck benutzen. Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Funkstation darf nur mit Zustimmung des Empfangsstaates erfolgen.

Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für das Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Vertretung.

2. Dienstpost und Kuriergepäck des Konsulats, soweit sichtbar und auf den offiziellen Charakter hinweisend gekennzeichnet, sind unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder kontrolliert noch zurückgehalten werden, unabhängig davon, welche Verbindungsmittel benutzt werden.
3. Den Personen, die Konsulargepäck befördern (Konsularkuriere), werden die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie diplomatischen Kurieren des Entsendestaates gewährt.
4. Das Konsulargepäck kann einem Flugzeugführer oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden, der ein offizielles Dokument erhält, aus dem die Anzahl der Gepäckstücke hervorgeht. Dieser wird jedoch nicht als Konsularkurier betrachtet. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, dieses Gepäck vom Flugzeugführer oder vom Kapitän eines Schiffes direkt und unbehindert in Empfang zu nehmen oder zu übergeben.

## Artikel 15

Eine konsularische Amtsperson ist unantastbar. Ein Mitarbeiter des Konsulats ist, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, ebenfalls unantastbar. Diese Personen dürfen weder vorläufig festgenommen noch verhaftet werden. Der Empfangsstaat ist verpflichtet, sie mit gebührender Achtung zu behandeln und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um den Schutz ihrer Person, ihrer Freiheit und Würde zu sichern.

## Artikel 16

1. Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, genießt die Immunität vor der Gerichtsbarkeit und unterliegt nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates, mit Ausnahme bei:
  - a) Klagen in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, soweit sie es nicht im Namen des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken besitzt;
  - b) Klagen in Nachlasssachen, in denen eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats in privater Eigenschaft nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftritt;
  - c) Klagen im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats im Empfangsstaat neben den dienstlichen Funktionen ausübt.
2. Gegen eine konsularische Amtsperson oder gegen einen Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder

um eine Person handelt, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den unter Absatz 1, Buchstaben a, b und c, vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person oder ihrer Wohnung zu beeinträchtigen.

3. Familienmitglieder einer konsularischen Amtsperson oder eines Mitarbeiters des Konsulats, die mit diesen im gemeinsamen Haushalt leben und nicht Bürger des Empfangsstaates sind oder in diesem Staat keinen ständigen Wohnsitz haben, genießen gleichfalls Immunität vor der Gerichtsbarkeit sowie persönliche Unantastbarkeit wie eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, der nicht Bürger des Empfangsstaates ist oder in diesem Staat keinen ständigen Wohnsitz hat. Unter den gleichen Voraussetzungen unterliegen diese Familienmitglieder auch nicht Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates.
4. Der Entsendestaat kann auf die Immunität konsularischer Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats sowie ihrer Familienangehörigen verzichten. Der Verzicht muß in jedem Fall in schriftlicher Form zum Ausdruck gebracht werden. Der Verzicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit in Zivilverfahren und bei administrativen Angelegenheiten bedeutet nicht den Verzicht auf die Immunität in bezug auf die Vollstreckung der Entscheidung, wozu ein besonderer Verzicht erforderlich ist.
5. Erhebt eine Person, die gemäß diesem Artikel Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann sie sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

#### Artikel 17

1. Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, soweit es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, ist nicht verpflichtet, Zeugenaussagen zu machen.
2. Wenn der Entsendestaat einverstanden ist, daß eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Entsendestaates ist und seinen ständigen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat, Zeugenaussagen macht, so kann dieser auf Ersuchen aussagen.
3. Es ist unzulässig, eine konsularische Amtsperson oder einen Mitarbeiter des Konsulats, der nicht Bürger des Empfangsstaates ist oder nicht seinen ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, zu zwingen, Zeugenaussagen zu machen, zu diesem Zweck vor Gericht zu erscheinen oder im Falle einer Aussageverweigerung oder eines Fernbleibens vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen.
4. Ein Mitarbeiter des Konsulats, der Bürger des Empfangsstaates ist oder seinen ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, kann sich weigern, über dienstliche Angelegenheiten Zeugenaussagen zu machen.

5. Bei Anwendung der in Absatz 2 enthaltenen Festlegungen werden entsprechende Maßnahmen getroffen, um eine Behinderung der Tätigkeit des Konsulats zu vermeiden. Wenn es möglich ist, können mündliche oder schriftliche Zeugenaussagen im Konsulat oder in der Wohnung der betreffenden konsularischen Amtsperson oder des betreffenden Mitarbeiters des Konsulats gemacht werden.
6. Die Bestimmungen dieses Artikels treffen auf alle Verfahren und Handlungen zu, die von Gerichten und anderen staatlichen Organen durchgeführt werden.
7. Die Bestimmungen dieses Artikels werden entsprechend auf Familienangehörige einer konsularischen Amtsperson oder eines Mitarbeiters des Konsulats angewandt, sofern sie mit diesen im gemeinsamen Haushalt leben, nicht Bürger des Empfangsstaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben.

#### Artikel 18

Eine konsularische Amtsperson wird im Empfangsstaat von allen Zwangsverpflichtungen befreit. Das gleiche gilt auch für einen Mitarbeiter des Konsulats und Familienangehörige einer konsularischen Amtsperson oder eines Mitarbeiters des Konsulats, sofern sie mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben und nicht Bürger des Empfangsstaates sind oder nicht ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben.

#### Artikel 19

Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats sowie die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, die Bürger des Entsendestaates sind und nicht ihren ständigen Wohnsitz im Empfangsstaat haben, unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Ausländermeldepflicht und über den Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung ergeben.

#### Artikel 20

1. Der Entsendestaat ist im Empfangsstaat von allen Steuern und anderweitigen Gebühren befreit für:
  - a) Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden, einschließlich der Wohnungen für konsularische Amtspersonen und Mitarbeiter des Konsulats, wenn die genannten Räumlichkeiten und Grundstücke Eigentum des Entsendestaates sind oder in dessen Namen gepachtet werden;
  - b) Verträge und Dokumente, die den Erwerb der genannten Immobilien betreffen, wenn der Entsendestaat diesen Besitz ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt.
2. Die Bestimmungen des Absatzes 1 beziehen sich nicht auf die Bezahlung von Dienstleistungen.

#### Artikel 21

Der Entsendestaat ist im Empfangsstaat von der Entrichtung jeglicher Steuern und anderer Gebühren für das bewegliche Gut, welches Eigentum des Entsendestaates ist oder sich in seinem Besitz oder seiner Nut-

zung befindet und für konsularische Zwecke gebraucht wird, befreit. Das gilt auch für den Erwerb solchen beweglichen Gutes, für das der Entsendestaat in jedem anderen Falle diese Steuern und Gebühren entrichten müßte.

#### Artikel 22

Eine konsularische Amtsperson oder ein Mitarbeiter des Konsulats, sofern es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, ist nicht verpflichtet, von den dienstlichen Einkünften Steuern und Gebühren an den Empfangsstaat zu entrichten.

#### Artikel 23

1. Eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats sowie deren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörige sind, sofern es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, von allen staatlichen und kommunalen Steuern und Gebühren, einschließlich der Steuern und Gebühren für das ihnen gehörende bewegliche Gut, befreit.
2. Die in Absatz 1 genannten Befreiungen beziehen sich nicht auf:
  - a) indirekte Steuern, die gewöhnlich im Preis der Waren oder Dienstleistungen enthalten sind;
  - b) Abgaben und Steuern für privates, auf dem Territorium des Empfangsstaates belegenes unbewegliches Vermögen, soweit die Bestimmungen des Artikels 20 keine Befreiung vorsehen;
  - c) Erbschaftssteuern oder Steuern für Eigentumsübertragung, die der Empfangsstaat erhebt;
  - d) Steuern und Gebühren für Privateinkünfte, deren Quellen im Empfangsstaat liegen;
  - e) Gerichts-, Hypotheken- und Verwaltungsgebühren, soweit die Bestimmungen des Artikels 20 keine Befreiung vorsehen;
  - f) Abgaben und Gebühren, die für Dienstleistungen erhoben werden.

#### Artikel 24

1. Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die zur dienstlichen Nutzung des Konsulats eingeführt werden, sind in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, wie die Gegenstände, die zur dienstlichen Nutzung der diplomatischen Vertretung eingeführt werden, befreit.
2. Eine konsularische Amtsperson und ihre Familienangehörigen sind von der Zollkontrolle befreit.

Eine konsularische Amtsperson und ein Mitarbeiter des Konsulats sowie deren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörige sind, sofern es sich nicht um einen Bürger des Empfangsstaates oder um eine Person handelt, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat hat, hinsichtlich ihres Gepäcks und anderer Gegenstände, die für den per-

sönlichen Gebrauch bestimmt sind, von Zollgebühren und Steuern, die im Zusammenhang mit oder auf Grund der Einfuhr erhoben werden, genauso wie die entsprechenden Kategorien des Personals einer diplomatischen Vertretung befreit.

#### Artikel 25

Alle Personen, die laut diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind verpflichtet, unbeschadet dieser Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrs- und der Versicherungsvorschriften für Kraftfahrzeuge, einzuhalten.

#### Artikel 26

Der Empfangsstaat gewährt einer konsularischen Amtsperson und einem Mitarbeiter des Konsulats zur Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten Bewegungs- und Reisefreiheit innerhalb des Konsularbezirks, sofern das nicht seinen Rechtsvorschriften über den Aufenthalt in Gebieten, in die die Einreise und der Aufenthalt aus Gründen der staatlichen Sicherheit verboten oder eingeschränkt ist, widerspricht.

#### Kapitel IV

#### Konsularfunktionen

#### Artikel 27

Eine konsularische Amtsperson tritt für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern ein und trägt zur allseitigen Entwicklung und Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit auf politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen, juristischen, touristischen und anderen Gebieten bei.

#### Artikel 28

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Bereich des Konsularbezirks Funktionen auszuüben, die in diesem Kapitel festgelegt sind. Die konsularische Amtsperson kann außerdem andere Konsularfunktionen ausüben, sofern sie nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widersprechen.
2. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk die Rechte und Interessen des Entsendestaates und seiner Bürger wahrzunehmen.
3. Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen unmittelbar schriftlich oder mündlich an die zuständigen örtlichen Organe des Konsularbezirkes sowie an die zuständigen zentralen Organe des Empfangsstaates wenden.
4. Eine konsularische Amtsperson kann mit Zustimmung des Empfangsstaates Funktionen auch außerhalb des Konsularbezirkes ausüben.
5. Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, konsularische Gebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

#### Artikel 29

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in ihrem Konsularbezirk:
  - a) Bürger des Entsendestaates zu registrieren;

- b) Anträge zu Fragen der Staatsbürgerschaft entgegenzunehmen und Dokumente auszuhändigen, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates erforderlich sind;
  - c) entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Ehen zu schließen, unter der Voraussetzung, daß es sich um Bürger des Entsendestaates handelt;
  - d) Geburten- und Sterberegister von Bürgern des Entsendestaates zu führen;
  - e) in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Erklärungen entgegenzunehmen, die die familiären Verhältnisse von Bürgern des Entsendestaates betreffen.
2. Eine konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen, die in Absatz 1, Buchstaben c und d, festgelegt sind, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorsehen.
  3. Die in diesem Artikel in Absatz 1, Buchstaben c und d, enthaltenen Bestimmungen befreien die betreffenden Bürger des Entsendestaates nicht von der Pflicht, die entsprechenden Rechtsvorschriften des Empfangsstaates einzuhalten.

#### Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

- a) für Bürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verlängern, zu verändern und ungültig zu machen;
- b) für Personen, die in den Entsendestaat reisen, entsprechende Visa zu erteilen.

#### Artikel 31

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates und dem zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik abgeschlossenen Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen die erforderlichen Maßnahmen zur Einleitung des Adoptionsverfahrens zu treffen sowie Vormundschaften und Pflegschaften zu bestellen.

#### Artikel 32

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates und des Empfangsstaates notarielle Handlungen vorzunehmen:
  - a) für Bürger, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, zur Verwendung im Entsendestaat;
  - b) für Bürger des Entsendestaates zur Verwendung im Ausland.
2. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, Dokumente zu übersetzen oder die Richtigkeit von Übersetzungen zu beglaubigen sowie Dokumente zu legalisieren.

#### Artikel 33

Die von einer konsularischen Amtsperson in Übereinstimmung mit Artikel 32 des vorliegenden Vertrages ausgefertigten, übersetzten oder beglaubigten Dokumente werden im Empfangsstaat als Dokumente betrachtet, die die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft haben wie Dokumente, die von den zuständigen Organen oder Institutionen des Empfangsstaates ausgefertigt, übersetzt oder beglaubigt wurden.

#### Artikel 34

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, für Bürger des Entsendestaates Dokumente, Geld, Wertsachen und andere ihnen gehörende Gegenstände in Verwahrung zu nehmen.
2. Diese in Verwahrung genommenen Sachen können nur in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates ausgeführt werden.

#### Artikel 35

1. Die Zuständigkeit und die Aufgaben einer konsularischen Amtsperson in Nachlassangelegenheiten werden in dem zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik abgeschlossenen Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen geregelt.
2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren die konsularische Amtsperson auch über die Eröffnung eines Nachlassverfahrens zugunsten eines Bürgers des Entsendestaates auf dem Territorium eines dritten Staates, wenn ihnen dieses bekannt wird.

#### Artikel 36

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates im Konsularbezirk Bürger des Entsendestaates vor den Organen des Empfangsstaates zu vertreten, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen außerstande sind, ihre Rechte und Interessen rechtzeitig wahrzunehmen. Die Vertretung erfolgt so lange, bis die Vertretenen ihre Bevollmächtigten bestimmen oder die Wahrung ihrer Rechte und Interessen selbst übernehmen.

#### Artikel 37

1. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, im Konsularbezirk mit jedem Bürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten und diese zu unterhalten, ihn zu beraten, ihm jegliche Unterstützung zu erweisen und notwendigenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um ihm Hilfe in Rechtsangelegenheiten zu gewähren.

Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise das Recht eines Bürgers des Entsendestaates ein, sich mit dem Konsulat in Verbindung zu setzen oder das Konsulat aufzusuchen.

2. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren unverzüglich die konsularische Amtsperson über die vorläufige Festnahme oder Verhaftung eines Bürgers des Entsendestaates.
3. Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Bürger des Entsendestaates, der vorläufig festge-



nommen oder verhaftet wurde oder eine Freiheitsstrafe verbüßt, so bald wie möglich zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten. Diese Rechte werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unter der Bedingung verwirklicht, daß diese die Rechte nicht aufheben.

#### Artikel 38

1. Eine konsularische Amtsperson hat im Konsularbezirk das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates jegliche Unterstützung und Hilfe zu leisten.
2. Eine konsularische Amtsperson kann sich an Bord des Schiffes begeben, sobald dem Schiff der freie Verkehr mit dem Land gestattet wurde. Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder können mit der konsularischen Amtsperson in Verbindung treten.
3. Eine konsularische Amtsperson kann in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich des Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder und der Passagiere dieses Schiffes die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Hilfe ersuchen.

#### Artikel 39

Eine konsularische Amtsperson hat im Konsularbezirk das Recht:

- a) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Vorkommnisse, die auf der Reiseroute des Schiffes des Entsendestaates vorgefallen sind, zu untersuchen, den Kapitän und die Besatzungsmitglieder zu vernehmen, Schiffsdokumente zu überprüfen, Erklärungen über die Reiseroute und das Ziel des Schiffes entgegenzunehmen sowie das Ein- und Auslaufen oder den Verbleib des Schiffes im Hafen zu unterstützen;
- b) unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied zu klären, einschließlich der Streitfragen, die den Lohn und den Heuervertrag betreffen, soweit das in den Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehen ist;
- c) Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns, eines Besatzungsmitgliedes oder eines Passagiers oder zu deren Rückführung in den Entsendestaat zu treffen;
- d) Erklärungen oder Dokumente, die entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates bezüglich der Schiffe vorgesehen sind, entgegenzunehmen, auszustellen oder zu beglaubigen.

#### Artikel 40

1. Beabsichtigen die zuständigen Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen oder eine Untersuchung vorzunehmen, ist die konsularische Amtsperson durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates davon vorher zu verständigen, damit sie oder ihr Vertreter bei der Durchführung dieser Handlungen anwesend sein kann, es sei denn, daß die Dringlichkeit der Sache eine vorherige Verständigung nicht zuläßt. War die konsularische Amtsperson oder ihr Vertreter nicht

anwesend, geben ihr die zuständigen Organe des Empfangsstaates eine vollständige Information über die Geschehnisse.

2. Die Festlegungen in Absatz 1 finden auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen auf dem Schiff durch die zuständigen Organe an Land vernommen werden sollen.
3. Die Festlegungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei Zoll-, Paß- oder Hygienekontrollen sowie allen anderen Handlungen, die auf Ersuchen oder mit Einverständnis des Kapitäns des Schiffes vorgenommen werden.

#### Artikel 41

1. Wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder eine andere Havarie im Empfangsstaat hat, oder wenn irgend ein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes des Entsendestaates, des Empfangsstaates oder eines dritten Staates gehört, Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist und an der Küste oder in den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird, setzen die zuständigen Organe des Empfangsstaates die konsularische Amtsperson umgehend in Kenntnis. Sie informieren die konsularische Amtsperson auch über Maßnahmen, die zur Rettung von Menschen, Schiff, Ladung und anderen Gütern sowie Schiffsteilen und Teilen der Ladung, die sich vom Schiff losgelöst haben, getroffen wurden.

2. Eine konsularische Amtsperson kann einem solchen Schiff, seinen Passagieren und den Besatzungsmitgliedern jegliche Hilfe leisten. Zu diesem Zweck kann sie die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Beistand ersuchen.

Eine konsularische Amtsperson kann Maßnahmen treffen, die sich auf Grund Absatz 1 ergeben, einschließlich der Maßnahmen zur Reparatur des Schiffes. Sie kann die zuständigen Organe des Empfangsstaates ersuchen, solche Maßnahmen zu ergreifen oder fortzusetzen.

3. Wenn ein havariertes Schiff oder ein zu einem solchen Schiff gehörender Schiffsgegenstand an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän des Schiffes noch der Eigentümer, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder einen solchen Gegenstand zu treffen, gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers des Schiffes Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst veranlassen könnte.

Die Festlegungen dieses Absatzes betreffen auch jeden Gegenstand, der Teil der Schiffsladung und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist.

4. Wenn ein Gegenstand, der zur Ladung eines havarierten Schiffes eines dritten Staates gehört und Eigentum eines Bürgers des Entsendestaates ist, an der Küste oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wird und weder der Kapitän

noch der Eigentümer des Gegenstandes, sein Agent oder die Versicherung in der Lage sind, Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über diesen Gegenstand zu treffen, so gilt die konsularische Amtsperson als bevollmächtigt, im Namen des Eigentümers solche Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer selbst veranlassen könnte.

#### Artikel 42

Die Artikel 38 bis 41 werden sinngemäß auf Flugzeuge angewandt.

#### Kapitel V

#### Schlußbestimmungen

#### Artikel 43

1. Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt am 30. Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgt, in Kraft.
2. Der vorliegende Vertrag bleibt bis zum Ablauf von sechs Monaten in Kraft, gerechnet von dem Tage ab, an dem eine der Hohen Vertragsschließenden Seiten der anderen Hohen Vertragsschließenden Seite die Kündigung des Vertrages mitteilt.
3. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages verliert der am 24. Mai 1957 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Berlin abgeschlossene Konsularvertrag seine Gültigkeit.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Hohen Vertragsschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Prag am 22. Juni 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen  
des Vorsitzenden  
des Staatsrates  
der Deutschen  
Demokratischen Republik

Oskar Fischer

Im Namen  
des Präsidenten  
der Tschechoslowakischen  
Sozialistischen Republik

Götz

### Protokoll zum Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

Bei der heutigen Unterzeichnung des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (im weiteren als „Vertrag“ bezeichnet) haben sich die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsschließenden Seiten über folgendes geeinigt:

1. Die Benachrichtigung der konsularischen Amtsperson, die gemäß Artikel 37, Absatz 2, des Vertrages vorgesehen ist, erfolgt spätestens 7 Tage nach der vorläufigen Festnahme oder Verhaftung des Bürgers des Entsendestaates.
2. Die in Artikel 37, Absatz 3, des Vertrages vorgesehenen Rechte einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates zu besuchen oder mit ihm in Verbindung zu treten, werden im Verlaufe von 7 Tagen nach der vorläufigen Festnahme oder Verhaftung des Bürgers gewährt.
3. Die in Artikel 37, Absatz 3, des Vertrages vorgesehenen Rechte einer konsularischen Amtsperson, einen Bürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde oder eine Freiheitsstrafe verbüßt, zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten, werden periodisch gewährt.

Das Protokoll ist untrennbarer Bestandteil des Vertrages. Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Hohen Vertragsschließenden Seiten das vorliegende Protokoll unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Prag am 22. Juni 1972 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen  
des Vorsitzenden  
des Staatsrates  
der Deutschen  
Demokratischen Republik

Oskar Fischer

Im Namen  
des Präsidenten  
der Tschechoslowakischen  
Sozialistischen Republik

Götz

**Konzulární úmluva  
mezi Německou demokratickou republikou  
a Československou socialistickou republikou**

Předseda Státní rady Německé demokratické republiky a prezident Československé socialistické republiky vedení přáním dále rozvíjet přátelské vztahy v souladu se Smlouvou o přátelství, spolupráci a vzájemné pomoci mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou, podepsanou dne 17. března 1967 v Praze, a

s přihlédnutím k tomu, že konzulární vztahy mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou vyžadují nové smluvní úpravy,

rozhodli se uzavřít tuto konzulární úmluvu a jmenují za tímto účelem svými zmocněnci:

předseda Státní rady Německé demokratické republiky

Oskara Fischera,

náměstka ministra zahraničních věcí Německé demokratické republiky

prezident Československé socialistické republiky

Jiřího Götze,

náměstka ministra zahraničních věcí Československé socialistické republiky

kteří po výměně svých plných mocí, jež byly shledány v dobré a náležitě formě, se dohodli na tomto:

## HLAVA I

### Definice

#### Článek 1

Ve smyslu této Úmluvy dále uvedené pojmy mají tento význam:

1. „Konzulární úřad“ je generální konzulát, konzulát, vicekonzulát a konzulární jednatelství.
2. „Konzulární obvod“ je území, na kterém je konzulární úředník oprávněn vykonávat konzulární funkce.
3. „Vedoucí konzulárního úřadu“ je osoba pověřená vysílajícím státem výkonem této funkce.
4. „Konzulární úředník“ je osoba, včetně vedoucího konzulárního úřadu, pověřená výkonem konzulárních funkcí. Pojem „konzulární úředník“ zahrnuje i osobu vyslanou na konzulární úřad na praxi.
5. „Konzulární zaměstnanec“ je osoba, která není konzulárním úředníkem a která vykonává na konzulárním úřadu administrativní nebo technické funkce. Pojem „konzulární zaměstnanec“ zahrnuje i osobu, která pracuje jako řidič, člen domácího personálu, zahradník nebo plní jiné úkoly spojené péčí o konzulární úřad.
6. Pojem „občan vysílajícího státu“ zahrnuje i právnické osoby.
7. „Konzulární místnosti“ jsou budovy nebo části budov včetně rezidence vedoucího konzulárního úřadu, jakož i pozemků, které patří k těmto budovám nebo částem budov a které jsou používány výlučně ke konzulárním účelům, bez ohledu na to, kdo je jejich vlastníkem.

8. „Konzulární archiv“ zahrnuje všechnu úřední korespondenci, šifry, dokumenty, knihy, filmy, zvukové pásky a jiné technické pracovní prostředky, jakož i zařízení určená k jejich uložení a ochraně.
9. „Loď“ je každé plavidlo plující oprávněně pod vlajkou vysílajícího státu.
10. „Letadlo“ je každé letadlo, které oprávněně nese označení státní příslušnosti a registrace vysílajícího státu.

## HLAVA II

### Zřizování konzulárních úřadů, jmenování konzulárních úředníků

#### Článek 2

1. Konzulární úřad může být zřízen v přijímajícím státu jen s jeho souhlasem.
2. Sídlo konzulárního úřadu, jeho klasifikace a konzulární obvod se stanoví po vzájemném souhlasu vysílajícího a přijímajícího státu.

#### Článek 3

1. Vysílající stát si před jmenováním vedoucího konzulárního úřadu vyžádá diplomatickou cestou souhlas přijímajícího státu s jeho osobou.
2. Vysílající stát předá diplomatickou cestou přijímajícímu státu konzulský patent nebo jiný dokument o jmenování vedoucího konzulárního úřadu, jeho třídě a konzulárním obvodu, ve kterém bude vykonávat své funkce, a dále o místě, ve kterém má konzulární úřad své sídlo.
3. Po předložení konzulského patentu nebo jiného dokumentu o jmenování vedoucího konzulárního úřadu udělí přijímající stát tomuto vedoucímu v co nejkratší době exequatur nebo jiné povolení.
4. Vedoucí konzulárního úřadu se ujme výkonu svých funkcí po udělení exequatur nebo jiného povolení přijímajícím státem.
5. Přijímající stát může povolit vedoucímu konzulárního úřadu před udělením exequatur nebo jiného povolení, aby vykonával své funkce prozatímně.
6. Přijímající stát učiní po udělení exequatur nebo jiného povolení nezbytná opatření, aby vedoucí konzulárního úřadu mohl vykonávat své funkce.

#### Článek 4

Vysílající stát sdělí přijímajícímu státu diplomatickou cestou jméno a příjmení, jakož i třídu každého konzulárního úředníka, který vykonává jinou funkci než funkci vedoucího konzulárního úřadu.

#### Článek 5

Konzulárním úředníkem může být jenom občan vysílajícího státu.

#### Článek 6

Přijímající stát může kdykoliv oznámit vysílajícímu státu, že exequatur nebo jiné povolení vedoucího konzulárního úřadu bylo odvoláno, nebo že konzulární úředník nebo konzulární zaměstnanec je osobou nežádoucí. V takových případech vysílající stát odvolá tohoto konzulárního úředníka nebo konzulárního zaměstnance.

## HLAVA III

## Výhody, výsady a imunity

## Článek 7

Přijímající stát poskytne konzulárním úředníkům a konzulárním zaměstnancům potřebnou ochranu a učiní nutná opatření, aby mohli vykonávat své funkce a uplatňovat svá práva, výhody, výsady a imunity přiznané jim touto Úmluvou a právními předpisy přijímajícího státu. Rovněž zajistí ochranu konzulárního úřadu a obydlí konzulárních úředníků.

## Článek 8

1. Nemůže-li vedoucí konzulárního úřadu z nějakého důvodu vykonávat své funkce nebo je-li místo vedoucího dočasně neobsazeno, může vysílající stát pověřit konzulárního úředníka tohoto nebo jiného konzulárního úřadu v přijímajícím státě nebo člena diplomatického personálu své diplomatické mise v přijímajícím státě výkonem funkce vedoucího. Přijímající stát musí být o tom předem zpraven vysílajícím státem diplomatickou cestou.

2. Osoba pověřená dočasným vedením konzulárního úřadu požívá stejných práv, výhod, výsad a imunit, jaké přísluší vedoucímu konzulárního úřadu podle této Úmluvy.

3. Přidělení člena diplomatického personálu diplomatické mise na konzulární úřad podle odstavce 1 se nedotýká jeho výsad a imunit, které jsou mu poskytovány na základě jeho diplomatického statutu.

## Článek 9

1. Práva a povinnosti konzulárních úředníků uvedené v této Úmluvě se vztahují stejnou měrou na členy diplomatického personálu diplomatické mise vysílajícího státu pověřené konzulárními funkcemi.

2. Výkon konzulárních funkcí osobami zmíněnými v odstavci 1 se nedotýká výsad a imunit, jež jim náleží na základě jejich diplomatického statutu.

## Článek 10

Vysílající stát může ve shodě s právními předpisy přijímajícího státu získávat do vlastnictví nebo najímat pozemky, budovy nebo části budov pro konzulární úřad nebo pro byty konzulárních úředníků nebo konzulárních zaměstnanců, pokud jsou občany vysílajícího státu a nemají v přijímajícím státě trvalé bydliště. Přijímající stát při tom poskytne vysílajícímu státu, pokud to bude nutné, veškerou pomoc a podporu.

## Článek 11

1. Na budově konzulárního úřadu může být umístěn státní znak a označení konzulárního úřadu v jazyce vysílajícího státu i přijímajícího státu.

2. Na budově konzulárního úřadu a na rezidenci vedoucího konzulárního úřadu může být vyvěšena vlajka vysílajícího státu.

3. Vedoucí konzulárního úřadu může používat na svých dopravních prostředcích vlajky vysílajícího státu.

## Článek 12

1. Budovy a části budov, které jsou používány výhradně pro účely konzulárního úřadu, jakož i pozemky,

které k nim náleží, jsou nedotknutelné. Orgány přijímajícího státu do nich nesmějí vstoupit bez povolení vedoucího konzulárního úřadu, vedoucího diplomatické mise vysílajícího státu nebo jimi zmocněné osoby.

2. Ustanovení odstavce 1 se vztahuje i na obydlí konzulárních úředníků a konzulárních zaměstnanců, pokud nejsou občany přijímajícího státu nebo nemají v přijímajícím státě trvalé bydliště.

## Článek 13

Archívy konzulárního úřadu jsou vždy a bez ohledu na to, kde se nalézají, nedotknutelné.

## Článek 14

1. Konzulární úřad má právo na spojení se svou vládou nebo s diplomatickými misemi a jinými konzulárními úřady vysílajícího státu nezávisle na tom, kde se nacházejí. Konzulární úřad může za tímto účelem používat všech obvyklých spojovacích prostředků, šifer, kurýrů i kurýrních zavazadel. Zřízení a provoz radiové stanice se může dít jen se souhlasem přijímajícího státu.

Při používání obvyklých spojovacích prostředků platí pro konzulární úřad stejné sazby jako pro diplomatickou misi.

2. Úřední pošta a kurýrní zavazadlo, je-li na nich jejich úřední povaha zřetelně vyznačena, jsou nedotknutelné a nesmějí být orgány přijímajícího státu ani kontrolovány, ani zadržovány, a to bez ohledu na použité spojovací prostředky.

3. Osobám dopravujícím konzulární zavazadlo (konzulárním kurýrům) se poskytují stejná práva, výsady a imunity jako diplomatickým kurýrům vysílajícího státu.

4. Konzulární zavazadlo může být svěřeno kapitánovi letadla nebo lodi, který obdrží úřední listinu, v níž je uveden počet zavazadel. Není však považován za konzulárního kurýra. Konzulární úředník je oprávněn přímo a bez překážek převzít toto zavazadlo od kapitána letadla nebo lodi nebo jim je předat.

## Článek 15

Osoba konzulárního úředníka je nedotknutelná. Osoba konzulárního zaměstnance, pokud nejde o občana přijímajícího státu nebo o osobu, která má v tomto státě trvalé bydliště, je rovněž nedotknutelná. Tyto osoby nesmějí být ani zadrženy, ani vzaty do vazby. Přijímající stát je povinen jednat s nimi s náležitou úctou a musí učinit opatření potřebná k zabezpečení ochrany jejich osoby, svobody a důstojnosti.

## Článek 16

1. Konzulární úředník nebo konzulární zaměstnanec, pokud nejde o občana přijímajícího státu nebo o osobu, která má v tomto státě trvalé bydliště, je vyňat z jurisdikce a nepodléhá donucovacím opatřením přijímajícího státu s výjimkou

a) žalob souvisejících s osobním nemovitým majetkem nalézajícím se v přijímajícím státě, pokud jej nemá v držení jménem vysílajícího státu ke konzulárním účelům;

b) žalob v pozůstalostním řízení, v němž konzulární úředník nebo konzulární zaměstnanec vystupuje soukromě a nikoliv jménem vysílajícího státu jako

vykonavatel závěti, správce pozůstalosti, dědic nebo odkazovník;

c) žalob souvisejících se svobodným povoláním nebo soukromou výdělečnou činností, které konzulární úředník nebo konzulární zaměstnanec provozuje v přijímajícím státě vedle svých úředních funkcí.

2. Proti konzulárnímu úředníkovi nebo proti konzulárnímu zaměstnanci, pokud nejde o občana přijímajícího státu nebo o osobu, která má v tomto státě trvalé bydliště, může být vedeno vykonávací řízení jen v případech uvedených v odstavci 1 písmena a), b), c) a za předpokladu, že se dá provést, aniž by byla porušena nedotknutelnost jeho osoby nebo jeho obydlí.

3. Rodinní příslušníci konzulárního úředníka nebo konzulárního zaměstnance, kteří s ním žijí ve společné domácnosti a nejsou občany přijímajícího státu nebo nemají v tomto státě trvalé bydliště, jsou rovněž vyňati z jurisdikce a požívají osobní nedotknutelnosti jako konzulární úředník nebo konzulární zaměstnanec, který není občanem přijímajícího státu nebo nemá v tomto státě trvalé bydliště. Za stejných předpokladů nepodléhají tyto rodinní příslušníci rovněž donucovacím opatřením přijímajícího státu.

4. Vysílající stát se může vzdát imunity konzulárních úředníků a konzulárních zaměstnanců, jakož i jejich rodinných příslušníků. Vzdání se musí být v každém případě oznámeno písemnou formou. Vzdání se vynětí z jurisdikce v civilních a správních věcech neznamená vzdání se imunity co do výkonu rozhodnutí, kterého je zapotřebí vzdát se zvlášť.

5. Podá-li žalobu osoba, která podle tohoto článku je vyňata z jurisdikce, nemůže se dovolávat vynětí z jurisdikce co do protižaloby, která je v přímé souvislosti s hlavní žalobou.

#### Článek 17

1. Konzulární úředník nebo konzulární zaměstnanec, pokud nejde o občana přijímajícího státu nebo o osobu, která má v tomto státě trvalé bydliště, není povinen vypovídat jako svědek.

2. Souhlasí-li vysílající stát s tím, aby konzulární úředník nebo konzulární zaměstnanec, který je občanem vysílajícího státu a nemá v přijímajícím státě trvalé bydliště, vypovídal jako svědek, může na požádání vypovídat.

3. Není přípustné donucovat konzulárního úředníka nebo konzulárního zaměstnance, který není občanem přijímajícího státu, nebo nemá v tomto státě trvalé bydliště, aby vypovídal jako svědek, aby se za tímto účelem dostavil k soudu, nebo aby byl v případě odmítnutí výpovědi při nedostavení se před soud volán k zodpovědnosti.

4. Konzulární zaměstnanec, který je občanem přijímajícího státu nebo který má v tomto státě trvalé bydliště, může odmítnout svědeckou výpověď o úředních záležitostech.

5. Při použití ustanovení odstavce 2 se učiní potřebná opatření, aby se zamezilo narušení činnosti konzulárního úřadu. Pokud je to možné, lze učinit ústní nebo písemné svědecké výpovědi na konzulárním úřadě nebo v bytě příslušného konzulárního úředníka nebo konzulárního zaměstnance.

6. Ustanovení tohoto článku se vztahují na všechna řízení a jednání před soudy a jinými státními orgány.

7. Ustanovení tohoto článku budou uplatňována obdobně vůči rodinným příslušníkům konzulárního úředníka nebo konzulárního zaměstnance, pokud tyto osoby s nimi žijí ve společné domácnosti, nejsou občany přijímajícího státu a nemají v tomto státě trvalé bydliště.

#### Článek 18

Konzulární úředník je v přijímajícím státě osvobozen od všech státem vynutitelných povinností. Stejně tak jsou osvobozeni konzulární zaměstnanci a rodinní příslušníci konzulárních úředníků a konzulárních zaměstnanců, žijící s nimi ve společné domácnosti, pokud nejsou občany přijímajícího státu nebo v něm nemají trvalé bydliště.

#### Článek 19

Konzulární úředník nebo konzulární zaměstnanec, jakož i jeho rodinní příslušníci žijící s ním ve společné domácnosti, kteří jsou občany vysílajícího státu a nemají v přijímajícím státě trvalé bydliště, nepodléhají povinnostem, které vyplývají z právních předpisů přijímajícího státu o ohlašovací povinnosti cizinců a získání povolení k pobytu.

#### Článek 20

1. Vysílající stát je v přijímajícím státě osvobozen od všech daní a jiných poplatků

a) z pozemků, budov, části budov, které jsou používány výhradně ke konzulárním účelům, včetně obydlí konzulárních úředníků a konzulárních zaměstnanců, jsou-li ve vlastnictví vysílajícího státu nebo jeho jménem najaty;

b) ze smluv a listin, které se týkají nabytí zmíněných nemovitostí, pokud je vysílající stát získává výhradně ke konzulárním účelům.

2. Ustanovení odstavce 1 se nevztahují na uhrazování služeb.

#### Článek 21

Vysílající stát je v přijímajícím státě osvobozen od všech daní a podobných poplatků za movitý majetek, který je vlastnictvím vysílajícího státu nebo se nachází v jeho držení nebo používání a je užíván ke konzulárním účelům. To platí i pro získávání takového movitého majetku, za který by vysílající stát musel v každém jiném případě tyto daně a poplatky zaplatit.

#### Článek 22

Konzulární úředník nebo konzulární zaměstnanec, pokud nejde o občana přijímajícího státu nebo o osobu, která má v tomto státě trvalé bydliště, není povinen platit přijímajícímu státu daně a poplatky ze svých služebních příjmů.

#### Článek 23

1. Konzulární úředník a konzulární zaměstnanec, jakož i jejich rodinní příslušníci žijící s nimi ve společné domácnosti, pokud nejde o občany přijímajícího státu nebo o osoby, které mají v tomto státě trvalé bydliště, jsou osvobozeni od všech státních, oblastních a místních daní a poplatků, včetně daní a poplatků z movitého majetku, který jim náleží.

2. Osvobození uvedené v odstavci 1 se nevztahuje na

a) nepřímé daně, které jsou zpravidla obsaženy v ceně zboží nebo služeb;

- b) poplatky a daně ze soukromého nemovitého majetku nacházejícího se na území přijímajícího státu, pokud již není osvobozen podle článku 20;
- c) dědické daně nebo daně za převod majetku, které vybírá přijímající stát;
- d) daně a poplatky ze soukromých příjmů, jejichž zdroje jsou v přijímajícím státě;
- e) soudní, hypoteční a správní poplatky, pokud osvobození již není poskytnuto podle článku 20;
- f) poplatky, které jsou vybírány za skutečně prokázané služby.

#### Článek 24

1. Všechny předměty, včetně motorových vozidel, které jsou dovezeny pro úřední potřebu konzulárního úřadu, jsou v souladu s právními předpisy přijímajícího státu osvobozeny od celních poplatků a daní, které se vybírají v souvislosti nebo na základě dovozu, stejně tak jako předměty dovezené pro úřední potřebu diplomatické mise.

2. Konzulární úředník a jeho rodinní příslušníci jsou osvobozeni od celní kontroly.

Konzulární úředník a konzulární zaměstnanec, jakož i jejich rodinní příslušníci žijící s nimi ve společné domácnosti, pokud nejde o občany přijímajícího státu nebo osoby, které mají v tomto státě trvalé bydliště, jsou, pokud jde o jejich zavazadla a jiné předměty, jež jsou určeny pro jejich osobní potřebu, osvobozeni od celních poplatků a daní vybíraných v souvislosti nebo na základě dovozu stejně tak jako odpovídající kategorie personálu diplomatické mise.

#### Článek 25

Všechny osoby požívající podle této Úmluvy výhod, výsad a imunit jsou povinny bez újmy na těchto výhodách, výsadách a imunitách dodržovat právní předpisy přijímajícího státu, včetně dopravních a pojišťovacích předpisů pro motorová vozidla.

#### Článek 26

Přijímající stát poskytne konzulárnímu úředníkovi a konzulárnímu zaměstnanci k výkonu jejich úředních povinností volnost pohybu a cestování uvnitř konzulárního obvodu, pokud to neodporuje jeho právním předpisům o pobytu v oblastech, do kterých je vstup a pobyt z důvodů bezpečnosti státu zakázán nebo omezen.

### HLAVA IV

#### Konzulární funkce

#### Článek 27

Konzulární úředník usiluje o upevnování přátelských vztahů mezi smluvními stranami a přispívá k všestrannému rozvoji a prohlubování bratrské spolupráce v politické, hospodářské, vědecké, kulturní, právní, turistické a dalších oblastech.

#### Článek 28

1. Konzulární úředník má právo vykonávat v konzulárním obvodu funkce, které jsou zakotveny v této hlavě. Konzulární úředník může mimo to vykonávat i jiné konzulární funkce, pokud nejsou v rozporu s právními předpisy přijímajícího státu.

2. Konzulární úředník má právo zastupovat v konzulárním obvodu práva a zájmy vysílajícího státu a jeho občanů.

3. Konzulární úředník se může při výkonu svých konzulárních funkcí obracet přímo jak písemně, tak i ústně na příslušné místní orgány konzulárního obvodu, jakož i na příslušné ústřední orgány přijímajícího státu.

4. Konzulární úředník může se souhlasem přijímajícího státu vykonávat funkce i mimo konzulární obvod.

5. Konzulární úředník je oprávněn vybírat konzulární poplatky v souladu s právními předpisy vysílajícího státu.

#### Článek 29

1. Konzulární úředník je oprávněn ve svém konzulárním obvodu:

- a) registrovat občany vysílajícího státu;
- b) přijímat žádosti ve věcech státního občanství a vydávat příslušné doklady, které jsou vyžadovány právními předpisy vysílajícího státu;
- c) v souladu s právními předpisy vysílajícího státu přijímat prohlášení o uzavření manželství za předpokladu, že jde o občany vysílajícího státu;
- d) registrovat narození a úmrtí občanů vysílajícího státu;
- e) v souladu s právními předpisy vysílajícího státu přijímat prohlášení týkající se rodinných poměrů občanů vysílajícího státu.

2. Konzulární úředník informuje příslušné orgány přijímajícího státu o provádění úkonů stanovených v odstavci 1 písmeno c), d), jestliže to vyžadují právní předpisy přijímajícího státu.

3. Ustanovení odstavce 1 písmeno c) a d) tohoto článku nezbavují občany vysílajícího státu povinnosti dodržovat příslušné právní předpisy přijímajícího státu.

#### Článek 30

Konzulární úředník je oprávněn

- a) vydávat, prodlužovat, měnit a rušit cestovní doklady občanů vysílajícího státu;
- b) vydávat odpovídající víza osobám, které cestují do vysílajícího státu.

#### Článek 31

Konzulární úředník má právo v souladu s právními předpisy vysílajícího státu a se Smlouvou mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou o právních stycích v občanských, rodinných a trestních věcech učinit opatření potřebná pro zahájení řízení o osvojení a ustanovení opatrovníka.

#### Článek 32

1. Konzulární úředník má právo v souladu s právními předpisy vysílajícího a přijímajícího státu provádět v konzulárním obvodu notářské úkony

- a) pro občany nezávisle na jejich státním občanství, jestliže jde o uplatnění ve vysílajícím státě;
- b) pro občany vysílajícího státu k uplatnění v cizině.

2. Konzulární úředník má právo provádět překlady listin nebo ověřovat správnost překladu, jakož i ověřovat listiny.

## Článek 33

Listiny vyhotovené, přeložené nebo ověřené konzulárním úředníkem ve shodě s článkem 32 jsou v přijímajícím státě považovány za doklady mající stejnou právní účinnost a průkaznost jako doklady vyhotovené, přeložené nebo ověřené příslušnými orgány nebo institucemi přijímajícího státu.

## Článek 34

1. Konzulární úředník má právo přijímat do úschovy pro občany vysílajícího státu dokumenty, peníze, ceny a jiné jim náležející předměty.

2. Tyto věci vzaté do úschovy mohou být vyvezeny z přijímajícího státu jen v souladu s jeho právními předpisy.

## Článek 35

1. Příslušnost a úkoly konzulárního úředníka při jedné věci se řídí Smlouvou mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou o právních stycích v občanských, rodinných a trestních věcech.

2. Příslušné orgány přijímajícího státu informují konzulárního úředníka také o zahájení pozůstalostního řízení ve prospěch občana vysílajícího státu na území třetího státu, dozvědí-li se o tom.

## Článek 36

Konzulární úředník má v souladu s právními předpisy přijímajícího státu právo zastupovat v konzulárním obvodu občany vysílajícího státu před orgány přijímajícího státu, nemohou-li pro nepřítomnost nebo z jiných vážných důvodů závčas uplatňovat svoje práva a zájmy. Zastupování trvá tak dlouho, dokud zastupovaní neustanoví své zmocněnce nebo sami nepřevzou hájení svých práv a zájmů.

## Článek 37

1. Konzulární úředník má právo v konzulárním obvodu navázat a udržovat styk s každým občanem vysílajícího státu, radit mu a poskytnout mu veškerou pomoc a v nutných případech učinit opatření k zajištění právní pomoci. Přijímající stát žádným způsobem neomezuje právo občana vysílajícího státu spojit se s konzulárním úřadem nebo konzulární úřad navštívit.

2. Příslušné orgány přijímajícího státu uvědomí neprodleně konzulárního úředníka o zadržení nebo vzetí do vazby občana vysílajícího státu.

3. Konzulární úředník má právo co nejdříve navštívit občana vysílajícího státu, který byl zadržen, vzat do vazby, anebo odpykává trest odnětí svobody, a udržovat s ním styk. Tato práva jsou uskutečňována v souladu s právními předpisy přijímajícího státu za podmínky, že tyto právní předpisy je neruší.

## Článek 38

1. Konzulární úředník má právo poskytnout v konzulárním obvodu veškerou podporu a pomoc lodi vysílajícího státu v přístavu, v teritoriálních a vnitřních vodách přijímajícího státu.

2. Konzulární úředník může vstoupit na palubu lodi, jakmile je lodi povolen volný styk s pobřežím. Kapitán a členové posádky mohou s konzulárním úředníkem navázat spojení.

3. Konzulární úředník může při výkonu svých funkcí požádat ve všech otázkách týkajících se lodi vysílajícího státu kapitána, členů posádky a cestujících na této lodi o pomoc příslušného orgánu přijímajícího státu.

## Článek 39

Konzulární úředník má v konzulárním obvodu právo

a) bez újmy na právech orgánů přijímajícího státu vyšetřovat všechny události, k nimž došlo při cestě lodí, vyslechnout kapitána a členy posádky, kontrolovat lodní doklady, přijmout prohlášení o cestě a směru lodi, jakož i usnadňovat vjezd, výjezd nebo postoj lodi v přístavu;

b) bez újmy na právech orgánů přijímajícího státu řešit sporné otázky mezi kapitánem a členy posádky, včetně sporných otázek týkajících se mzdy a pracovní smlouvy, pokud je to stanoveno právními předpisy vysílajícího státu;

c) učinit opatření k lékařskému ošetření kapitána, člena posádky nebo cestujícího nebo k jejich návratu do vysílajícího státu;

d) přijmout, vystavit nebo ověřit prohlášení nebo doklady, které stanoví právní předpisy vysílajícího státu ve vztahu k lodi.

## Článek 40

1. Zamýšlejí-li příslušné orgány přijímajícího státu provést donucovací opatření na palubě lodi vysílajícího státu nebo provést vyšetřování, je nutné prostřednictvím příslušných orgánů přijímajícího státu o tom předem uvědomit konzulárního úředníka, aby tento úředník nebo jeho zástupce mohl být přítomen při provádění tohoto úkonu s výjimkou toho, že naléhavost věci nepřipouští předchozí vyrozumění. Nebyl-li konzulární úředník nebo jeho zástupce přítomen, předají mu příslušné orgány přijímajícího státu úplnou informaci o událostech.

2. Ustanovení odstavce 1 se použije i tehdy, jestliže kapitán nebo členové posádky mají být vyslechnuti o událostech na lodi místními orgány na pevnině.

3. Ustanovení tohoto článku se nepoužije při celní, pasové nebo hygienické kontrole, jakož i při všech ostatních úkonech prováděných na žádost nebo se souhlasem kapitána lodi.

## Článek 41

1. Ztroskotá-li loď vysílajícího státu, anarazí-li na břeh nebo utrpí jinou havárii v přijímajícím státě, nebo je-li nějaký předmět patřící k nákladu havarované lodi

vysílajícího, přijímajícího nebo třetího státu vlastnictvím občana vysílajícího státu a nalezne se na pobřeží nebo ve vnitřních nebo teritoriálních vodách přijímajícího státu jako předmět vyvržený na břeh, nebo je dopravěn do přístavu tohoto státu, uvědomí o tom orgány přijímajícího státu ihned konzulárního úředníka. Informují konzulárního úředníka i o opatřeních učiněných pro záchranu lidí, lodí, nákladu a dalšího zboží, jakož i částí lodi a částí nákladu, které se odpoutaly od lodi.

2. Konzulární úředník může takové lodi, jejím cestujícím a členům posádky poskytnout veškerou pomoc. Za tím účelem se může obrátit na příslušné orgány přijímajícího státu. Konzulární úředník může činit opatření vyplývající z odstavce 1, včetně opatření za účelem

opravy lodi. Může požádat příslušné orgány přijímajícího státu, aby učinily taková opatření nebo v nich pokračovaly.

3. Jestliže byly havarovaná loď nebo předmět patřící k takové lodi nalezeny na pobřeží nebo v blízkosti pobřeží přijímajícího státu, nebo dopraveny do přístavu tohoto státu a ani kapitán lodi, ani majitel, jeho zástupce nebo příslušný pojišťovatel nemohou učinit opatření k zajištění nebo k nakládání s takovou lodí či s takovým předmětem, je konzulární úředník zmocněn učinit jménem vlastníka lodi opatření, která by mohl učinit vlastník sám.

Ustanovení tohoto odstavce se týkají i každého předmětu, který je částí lodního nákladu a majetkem občana vysílajícího státu.

4. Je-li předmět, který patří k nákladu havarované lodi třetího státu a je majetkem občana vysílajícího státu, nalezen na pobřeží nebo v blízkosti pobřeží přijímajícího státu, nebo je dopraven do přístavu, tohoto státu a ani kapitán ani vlastník předmětu, jeho zástupce nebo pojišťovatel nemohou učinit opatření k zajištění nebo k nakládání s takovým předmětem, pak je konzulární úředník zmocněn, aby jménem vlastníka učinil taková opatření, která by mohl vlastník učinit sám.

#### Článek 42

Články 38—41 se přiměřeně vztahují i na letadla.

### HLAVA V

#### Závěrečná ustanovení

#### Článek 43

1. Tato Úmluva podléhá ratifikaci. Nabývá platnosti třicátého dne po výměně ratifikačních listin, která bude provedena v Berlíně.

2. Tato Úmluva zůstane v platnosti až do uplynutí šesti měsíců, počítáno ode dne, kdy jedna z vysokých smluvních stran sdělí druhé vysoké smluvní straně vypověď Úmluvy.

3. Vstupem v platnost této Úmluvy pozbývá platností Konzulární úmluva mezi Německou demokratickou republikou a Československou republikou uzavřená dne 24. května 1957 v Berlíně.

Na důkaz toho zmocněnci obou vysokých smluvních stran tuto Úmluvu podepsali a opatřili pečeti.

Dáno v Praze dne 22. června 1972 ve dvou vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Jménem předsedy  
Státní rady Německé  
demokratické republiky

Oskar Fischer

Jménem presidenta  
Československé socialistické republiky

Götze

#### Protokol ke konzulární úmluvě mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou

Při dnešním podpisu konzulární úmluvy mezi Německou demokratickou republikou a Československou socialistickou republikou (v dalším textu označována jako „Úmluva“) se zmocněnci vysokých smluvních stran dohodli na tomto:

1. Vyrozumění konzulárního úředníka podle článku 37 odstavce 2 Úmluvy se uskuteční nejpozději do sedmi dnů po zadržení nebo vzetí do vazby občana vysílajícího státu.

2. Právo konzulárního úředníka navštívit občana vysílajícího státu nebo s ním vejít ve styk tak, jak je uvedeno v článku 37 odstavce 3 Úmluvy, bude poskytnuto v průběhu sedmi dnů po jeho zadržení nebo vzetí do vazby.

3. Právo konzulárního úředníka uvedené v článku 37 odstavce 3 Úmluvy navštívit občana vysílajícího státu a vejít s ním ve styk v době, kdy se nachází ve vazbě nebo ve výkonu trestu, bude poskytováno periodicky.

Protokol je neoddělitelnou součástí Úmluvy. Na důkaz toho zmocněnci obou vysokých smluvních stran podepsali tento protokol a opatřili jej pečeti.

Dáno v Praze dne 22. června 1972 ve dvou vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Jménem předsedy  
Státní rady Německé  
demokratické republiky

Oskar Fischer

Jménem presidenta  
Československé socialistické republiky

Götze



**Beschluß  
der Volkskammer  
der Deutschen Demokratischen Republik**

**vom 19. Juli 1972**

Die der Volkskammer vom Ministerrat vorgelegte Haushaltsrechnung für das Jahr 1971 wird bestätigt.

Dem Ministerrat wird Entlastung erteilt.

Vorstehender Beschluß wurde von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer 5. Tagung am 19. Juli 1972 gefaßt.

Berlin, den 19. Juli 1972

**Gerald Götting  
Präsident der Volkskammer  
der Deutschen Demokratischen Republik**

---

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Abkommens  
über die Schaffung des internationalen Systems  
und der Organisation  
für kosmische Fernmeldeverbindungen  
„INTERSPUTNIK“**

**vom 2. August 1972**

Nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die erforderliche Anzahl von Signatarstaaten des Abkommens über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“ vom 15. November 1971 ist dieses gemäß Artikel 21 am 12. Juli 1972 in Kraft getreten.

Die Ratifikationsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik ist am 6. Juli 1972 bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Moskau hinterlegt worden.

Das Abkommen (veröffentlicht im GBl. I 1972 Nr. 9 S. 116) ist für die Deutsche Demokratische Republik mit Wirkung vom 12. Juli 1972 rechtswirksam geworden.

Berlin, den 2. August 1972

**Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

**H. Eichler**

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 – Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 259 36 22 – Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 – Verlag: (610/82) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 100 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 – Erscheint nach Bedarf – Ferlaufender Bezug nur durch die Post – Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M – Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) an der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 4. September 1972

Teil I Nr. 13

Tag	Inhalt	Seite
4. 8. 72	Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufhebung von Rechtsvorschriften .....	219
25. 8. 72	Bekanntmachung über die Ratifikation der Konvention vom 26. Mai 1972 über die schiedsgerichtliche Entscheidung von Zivilrechtsstreitigkeiten, die sich aus Beziehungen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ergeben .....	220

**Beschluß  
des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik  
über die Aufhebung von Rechtsvorschriften**

vom 4. August 1972

1. Der Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. Oktober 1960 über die Form der Verkündung gesetzlicher Bestimmungen (GBI. I Nr. 57 S. 531) wird aufgehoben.
2. Dieser Beschluß tritt am 4. August 1972 in Kraft.

Berlin, den 4. August 1972

**Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

**Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung**  
**über die Ratifikation der Konvention**  
**vom 26. Mai 1972**  
**über die schiedsgerichtliche Entscheidung**  
**von Zivilrechtsstreitigkeiten,**  
**die sich aus Beziehungen der wirtschaftlichen**  
**und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit**  
**ergeben**

vom 25. August 1972

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 24. August 1972 die nachstehend veröffentlichte Konvention vom 26. Mai 1972 über die schiedsgerichtliche Entscheidung von Zivilrechtsstreitigkeiten, die sich aus Beziehungen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ergeben, ratifiziert hat.

Der Tag, an dem die Konvention für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 25. August 1972

**Der Sekretär des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**  
 H. Eichler

Übersetzung

**Konvention**  
**über die schiedsgerichtliche Entscheidung**  
**von Zivilrechtsstreitigkeiten,**  
**die sich aus Beziehungen der wirtschaftlichen**  
**und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit**  
**ergeben**

Die Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik,

geleitet von dem Streben, günstige rechtliche Bedingungen für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der gegenseitigen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu gewährleisten,

ausgehend davon, daß die ordnungsgemäße Entscheidung von Streitfragen, die im Verlauf der Verwirklichung dieser Zusammenarbeit entstehen, zu ihrer erfolgreichen Entwicklung beiträgt,

unter Berücksichtigung dessen, daß die Schiedsgerichte in ihren Ländern sich in der Praxis als ein wirksames Instrument zur Lösung von Streitigkeiten, die mit Außenhandelsoperationen verbunden sind, bewährt haben und mit dem Ziel der noch umfassenderen Nutzung dieser Schiedsgerichte durch Übertragung der sich aus Beziehungen aller Arten der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ergebenden Zivilrechtsstreitigkeiten in ihre Zuständigkeit haben folgendes vereinbart:

Artikel I

1. Alle Streitigkeiten zwischen Wirtschaftsorganisationen aus Vertrags- und anderen Zivilrechtsbeziehungen, die zwischen ihnen im Prozeß der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Teilnehmerländer der vorliegenden Konvention entstehen, unterliegen unter Ausschluß der Zuständigkeit der staatlichen Gerichte einem Schiedsverfahren.
2. Unter den in Absatz 1 genannten Beziehungen werden sowohl Beziehungen aus Verträgen über den Kauf und Verkauf von Waren, über die Spezialisierung und Kooperation der Produktion, die Ausführung von Auftrags-, Bau-, Montage-, Projektierungs-, Erkundungs-, Forschungs-, Konstruktions- und Erprobungsarbeiten, Transport-, Speditions- und anderen Leistungen als auch andere Zivilrechtsbeziehungen verstanden, die im Prozeß der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Teilnehmerländer der Konvention entstehen.
3. Unter Wirtschaftsorganisationen im Sinne der vorliegenden Konvention werden Betriebe, Trusts, Vereinigungen, Kombinate, nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitende Hauptverwaltungen (Verwaltungen) sowie auch wissenschaftliche Forschungsinstitute, Projektierungs- und Konstruktionsbüros und andere gleichartige Organisationen, die Subjekte des Zivilrechts sind und ihren Sitz in verschiedenen Teilnehmerländern dieser Konvention haben, verstanden.

Artikel II

1. Für die in Artikel I genannten Streitigkeiten ist das Schiedsgericht bei der Handelskammer im Lande des Beklagten oder nach Vereinbarung der Partner in einem dritten Teilnehmerland der vorliegenden Konvention zuständig.
2. Falls für die Behandlung einzelner Kategorien von Streitigkeiten in den Teilnehmerländern der Konvention Spezialschiedsgerichte bestehen, werden solche Streitigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen der Partner vor diesen Schiedsgerichten verhandelt.

3. Für die Widerklage oder die Forderung auf Aufrechnung, die sich aus demselben Rechtsverhältnis wie die Hauptklage ergeben, ist dasselbe Schiedsgericht zuständig, das die Hauptklage verhandelt.

#### Artikel III

1. Die Schiedsgerichte sind nicht für Forderungen auf Vertragsabschluß oder auf Annahme einzelner Vertragsbedingungen zuständig.
2. Die Bestimmung des Absatzes 1 dieses Artikels berührt nicht die Zuständigkeit des Schiedsgerichtes für Forderungen des Geschädigten auf Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Verletzung eines Vertrages über den Abschluß eines künftigen Vertrages oder auf Ersatz der Schäden, die durch eine solche Verletzung hervorgerufen worden sind.

#### Artikel IV

1. Entscheidungen der in Absatz 1 des Artikels II genannten Schiedsgerichte sind endgültig und verbindlich. Sie werden von den Partnern freiwillig erfüllt.
2. Diese Entscheidungen gelten ohne weiteres Verfahren als anerkannt und unterliegen der Vollstreckung in jedem Teilnehmerland der Konvention nach derselben Ordnung wie rechtskräftige Entscheidungen staatlicher Gerichte des Vollstreckungslandes.
3. Auf die durch das Schiedsgericht bestätigten Vergleiche werden die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels entsprechend angewendet.
4. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels erstrecken sich auch auf Entscheidungen der Spezialschiedsgerichte, die in Absatz 2 des Artikels II der vorliegenden Konvention erwähnt sind, sowie auf die durch ein Spezialschiedsgericht bestätigten Vergleiche, sofern durch die Gesetzgebung des Landes, in dem sich dieses Schiedsgericht befindet, nichts anderes vorgesehen ist.
5. Bei nicht freiwilliger Erfüllung von Entscheidungen der in Artikel II der vorliegenden Konvention genannten Schiedsgerichte sowie von Vergleichen, die durch diese Schiedsgerichte bestätigt worden sind, kann die Vollstreckung innerhalb einer Frist von zwei Jahren beantragt werden. Diese Verjährungsfrist beginnt mit dem Tage der Aushändigung der Schiedsgerichtsentscheidung an den Partner, der die Vollstreckung fordert, und, falls die Entscheidung mit der Post abgesendet wird, mit dem Datum des Stempels des Postamtes über die Annahme des Einschreibebriefes zur Beförderung. Im Falle eines Vergleichs beginnt diese Frist mit dem Tage des Abschlusses dieses Vergleichs.

#### Artikel V

1. Die Vollstreckung der Schiedsgerichtsentscheidung kann durch das gerichtliche Vollstreckungsorgan des Vollstreckungslandes nur versagt werden,
  - a) wenn die Entscheidung unter Verletzung der in der vorliegenden Konvention aufgestellten Regeln über die Zuständigkeit erlassen worden ist oder
  - b) wenn der Partner, gegen den die Entscheidung ergangen ist, beweist, daß er infolge Verletzung der Regeln des Schiedsverfahrens oder infolge anderer Umstände, die er nicht abwenden konnte, nicht die Möglichkeit hatte, seine Rechte wahrzunehmen und das Schiedsgericht über diese Umstände zu unterrichten oder
  - c) wenn der Partner, gegen den die Entscheidung ergangen ist, beweist, daß die Entscheidung auf der Grundlage der nationalen Gesetzgebung des Landes, in dem sie erlassen wurde, aufgehoben oder ihre Vollstreckung ausgesetzt ist.
2. Wenn die Vollstreckung der Schiedsgerichtsentscheidung aus den in den Buchstaben „a“ und „b“ des Absatzes 1 dieses Artikels genannten Gründen abgelehnt wird, ist der Partner, zu dessen Gunsten sie ergangen ist, berechtigt, innerhalb einer dreimonatigen Frist, die am Tage der Rechtskraft des Beschlusses über diese Ablehnung beginnt, eine neue Klage aus demselben Grunde bei dem kompetenten Organ zu erheben.

#### Artikel VI

1. Auf Fragen, die in der vorliegenden Konvention geregelt sind, werden im Verhältnis zwischen ihren Teilnehmerländern die Bestimmungen früher von ihnen geschlossener bilateraler und multilateraler Vereinbarungen nicht angewendet, ausgenommen Vereinbarungen, kraft derer einzelne Kategorien zivilrechtlicher Streitigkeiten zur ausschließlichen Zuständigkeit bestimmter Organe gehören.
2. Die vorliegende Konvention wird auch nicht auf Zivilrechtsstreitigkeiten angewendet, die entsprechend einem zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Konvention geltenden nationalen Gesetz der ausschließlichen Zuständigkeit der Gerichtsorgane oder anderer staatlicher Organe unterliegen.

#### Artikel VII

Die vorliegende Konvention berührt nicht Verfahren, die am Tage des Inkrafttretens der Konvention anhängig sind.

## Artikel VIII

1. Die vorliegende Konvention bedarf der Ratifizierung durch die Länder, die sie unterzeichnet haben. Die Ratifikationsurkunden werden beim Sekretariat des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe hinterlegt, das die Funktion des Depositärs dieser Konvention ausübt.
2. Die vorliegende Konvention tritt am neunzigsten Tage, gerechnet vom Tage der Hinterlegung der fünften Ratifikationsurkunde beim Depositär, in Kraft.
3. Für Länder, deren Ratifikationsurkunden nach Inkrafttreten der vorliegenden Konvention beim Depositär hinterlegt werden, tritt sie am neunzigsten Tage, gerechnet vom Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden beim Depositär, in Kraft.

## Artikel IX

1. Der vorliegenden Konvention können nach ihrem Inkrafttreten andere Länder mit Einverständnis der Teilnehmerländer der Konvention beitreten, indem sie dem Depositär die Dokumente über den Beitritt übergeben. Der Beitritt gilt als in Kraft getreten nach Ablauf von neunzig Tagen, gerechnet vom Tage des Eingangs der letzten Mitteilung über das Einverständnis mit dem Beitritt beim Depositär.
2. Das Land, das der vorliegenden Konvention beitrete, unterrichtet den Depositär darüber, welches Schiedsgericht in diesem Lande dem in Absatz 1 des Artikels II der vorliegenden Konvention genannten Schiedsgericht entspricht und die Streitigkeiten, die im Artikel I dieser Konvention vorgesehen sind, verhandeln wird.

## Artikel X

Jedes Teilnehmerland der vorliegenden Konvention kann durch Mitteilung gegenüber dem Depositär aus ihr austreten. Die Kündigung wird 12 Monate nach dem Tage des Zugangs dieser Mitteilung beim Depositär wirksam. Der Austritt eines Landes aus der Konvention berührt nicht Verfahren, die entsprechend dieser Konvention an dem Tage anhängig sind, an dem die Kündigung wirksam wird.

## Artikel XI

Der Depositär wird unverzüglich alle Länder, die die vorliegende Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, über das Datum der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, das Datum des Inkrafttretens der Konvention sowie über den Zugang anderer Mitteilungen, die sich aus der vorliegenden Konvention ergeben, benachrichtigen.

## Artikel XII

Der Depositär der vorliegenden Konvention ergreift entsprechende Maßnahmen zur Registrierung dieser Konvention beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit ihrem Statut.

## Artikel XIII

Die vorliegende Konvention wird beim Depositär hinterlegt, der den Ländern, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, ordnungsgemäß beglaubigte Kopien der Konvention übermittelt.

Ausgefertigt in Moskau am 26. Mai 1972 in einem Exemplar in russischer Sprache.

In Vollmacht der Regierung der Volksrepublik Bulgarien  
gez. T. Zolow

In Vollmacht der Regierung der Ungarischen Volksrepublik  
gez. P. Valyi

In Vollmacht der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik  
gez. G. Weiss

In Vollmacht der Regierung der Mongolischen Volksrepublik  
gez. D. Gomboshow

In Vollmacht der Regierung der Volksrepublik Polen  
gez. M. Jagielski

In Vollmacht der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien  
gez. G. Radulescu

In Vollmacht der Regierung der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
gez. M. Lesetschko

In Vollmacht der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik  
gez. F. Hamouz

Für die Richtigkeit der Kopie:  
Leiter der Rechtsabteilung  
des Sekretariats des RGW  
gez. M. Kudrjaschow

## КОНВЕНЦИЯ

о разрешении арбитражным путем гражданско-правовых споров, вытекающих из отношений экономического и научно-технического сотрудничества

Правительства Народной Республики Болгарии, Венгерской Народной Республики, Германской Демократической Республики, Монгольской Народной Республики, Польской Народной Республики, Социалистической Республики Румынии, Союза Советских Социалистических Республик и Чехословацкой Социалистической Республики,

руководствуясь стремлением обеспечить благоприятные правовые условия для дальнейшего углубления и совершенствования взаимного экономического и научно-технического сотрудничества,

исходя из того, что надлежащее разрешение спорных вопросов, возникающих в ходе осуществления этого сотрудничества, способствует его успешному развитию,

учитывая, что арбитражные суды в их странах оправдали себя на практике в качестве эффективного инструмента разрешения споров, связанных с внешне-торговыми операциями, и

в целях еще более широкого использования этих арбитражных судов путем отнесения к их ведению гражданско-правовых споров, вытекающих из отношений по всем видам экономического и научно-технического сотрудничества,

договорились о нижеследующем:

### Статья I

1. Все споры между хозяйственными организациями, вытекающие из договорных и иных гражданско-правовых отношений, возникающих между ними в процессе экономического и научно-технического сотрудничества стран-участниц настоящей Конвенции, подлежат рассмотрению в арбитражном порядке с исключением подсудности таких споров государственным судам.

2. Под отношениями, указанными в пункте 1, понимаются как отношения по договорам купли-продажи товаров, о специализации и кооперировании производства, выполнении подрядных, строительных, монтажных, проектных, изыскательских, научно-исследовательских, проектно-конструкторских и экспериментальных работ, транспортно-экспедиционных и иных услуг, так и другие гражданско-правовые отношения, возникающие в процессе экономического и научно-технического сотрудничества стран-участниц Конвенции.

3. Под хозяйственными организациями в смысле настоящей Конвенции понимаются предприятия, тресты, объединения, комбинаты, действующие на хозяйственном расчете главные управления (управления), а также

научно-исследовательские институты, проектно-конструкторские бюро и другие подобного рода организации, являющиеся субъектами гражданского права и имеющие местонахождение в различных странах-участницах настоящей Конвенции.

### Статья II

1. Споры, указанные в статье I, подлежат рассмотрению в арбитражном суде при торговой палате в стране ответчика или по договоренности сторон в третьей стране-участнице настоящей Конвенции.

2. В тех случаях, когда для рассмотрения отдельных категорий споров в странах-участницах Конвенции существуют специализированные арбитражные суды, рассмотрение таких споров по взаимному согласию сторон будет осуществляться этими арбитражными судами.

3. Встречный иск требование о зачете, вытекающие из того же правоотношения, что и основной иск, подлежат рассмотрению в том же арбитражном суде, который рассматривает основной иск.

### Статья III

1. Рассмотрению арбитражными судами не подлежат требования о понуждении к заключению договора или принятию отдельных договорных условий.

2. Положение пункта 1 настоящей статьи не затрагивает компетенции арбитражного суда по рассмотрению требований потерпевшей стороны об уплате штрафа, предусмотренного за нарушение договора о заключении договора в будущем, или о возмещении убытков, причиненных таким нарушением.

### Статья IV

1. Решения арбитражных судов, указанных в пункте 1 статьи II, являются окончательными и обязательными. Они исполняются сторонами добровольно.

2. Эти решения считаются признанными без дальнейшего производства и подлежат исполнению в любой из стран-участниц Конвенции в таком же порядке, как и вступившие в законную силу решения государственных судов страны исполнения.

3. К мировым соглашениям, утвержденным арбитражным судом, применяются соответственно положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи относятся также к решениям специализированных арбитражных судов, указанных в пункте 2 статьи II настоящей Конвенции, и к мировым соглашениям, утвержденным специализированным арбитражным судом, поскольку иное не предусмотрено законодательством страны, где находится такой арбитражный суд.

5. Не исполненные в добровольном порядке решения арбитражных судов, указанных в статье II настоящей Конвенции, и мировые соглашения, утвержденные этими судами, могут быть предъявлены к принудительному исполнению в течение двухлетнего срока. Этот срок давности исчисляется со дня вручения арбитражного решения стороне, требующей исполнения, а при отправке решения по почте — с даты штампа почтового ведомства о принятии заказного письма к отправлению. В отношении мирового соглашения указанный срок исчисляется со дня заключения такого соглашения.

#### Статья V

1. В приведении в исполнение арбитражного решения может быть отказано судебным исполнительным органом страны исполнения только в том случае:

а) если решение было вынесено с нарушением правил о компетенции, установленных настоящей Конвенцией, или

б) если сторона, против которой вынесено решение, докажет, что она была лишена возможности защищать свои права вследствие нарушения правил арбитражного производства или вследствие других обстоятельств, которые она не могла предотвратить, а также уведомить арбитражный суд об этих обстоятельствах, или

в) если сторона, против которой вынесено арбитражное решение, докажет, что это решение на основании национального законодательства той страны, в которой оно было вынесено, отменено или приостановлено исполнением.

2. В случае отказа в приведении арбитражного решения в исполнение по мотивам, указанным в подпунктах «а» и «б» пункта 1 настоящей статьи, сторона, в пользу которой оно было вынесено, вправе предъявить новый иск по тому же самому основанию в компетентном органе в течение трехмесячного срока, считая со дня вступления в силу постановления о таком отказе.

#### Статья VI

1. По вопросам, урегулированным настоящей Конвенцией, в отношениях между странами-ее участниками не применяются положения ранее заключенных ими двусторонних и многосторонних соглашений, за исключением соглашений, в силу которых отдельные категории гражданско-правовых споров отнесены к исключительной компетенции определенных органов.

2. Настоящая Конвенция не применяется также к гражданско-правовым спорам, которые в соответствии с национальным законом, действующим на момент подписания Конвенции, входят в исключительную компетенцию судебных органов или других государственных органов.

#### Статья VII

Настоящая Конвенция не затрагивает дела, находящиеся в производстве на день вступления Конвенции в силу.

#### Статья VIII

1. Настоящая Конвенция подлежит ратификации подписавшими ее странами. Ратификационные грамоты сдаются на хранение в Секретариат Совета Экономической Взаимопомощи, который будет выполнять функции депозитария этой Конвенции.

2. Настоящая Конвенция вступит в силу на девятый день, считая со дня сдачи на хранение депозитарию пятой ратификационной грамоты.

3. Для стран, ратификационные грамоты которых будут сданы на хранение депозитарию после вступления в силу настоящей Конвенции, она вступит в силу на девятый день, считая со дня сдачи депозитарию их ратификационных грамот.

#### Статья IX

1. К настоящей Конвенции после вступления ее в силу могут присоединиться с согласия стран-участниц Конвенции другие страны путем передачи депозитарию документов о таком присоединении. Присоединение считается вступившим в силу по истечении девяноста дней со дня получения депозитарием последнего сообщения о согласии на такое присоединение.

2. Страна, присоединяющаяся к настоящей Конвенции, уведомляет депозитария о том, какой арбитражный суд в этой стране, соответствующий арбитражному суду, указанному в пункте 1 статьи II настоящей Конвенции, будет рассматривать споры, предусмотренные в статье I этой Конвенции.

#### Статья X

Каждая страна-участница настоящей Конвенции может выйти из нее, уведомив об этом депозитария. Денонсация вступает в силу через 12 месяцев со дня получения этого уведомления депозитарием. Выход страны из Конвенции не затрагивает дела, находящиеся в производстве согласно настоящей Конвенции на день вступления в силу денонсации.

#### Статья XI

Депозитарий будет незамедлительно извещать все подписавшие настоящую Конвенцию и присоединившиеся к ней страны о дате сдачи на хранение каждой ратификационной грамоты или документа о присоединении, дате вступления Конвенции в силу, а также о получении им других уведомлений, вытекающих из настоящей Конвенции.



## Статья XII

Депозитарий настоящей Конвенции примет соответствующие меры с целью регистрации этой Конвенции в Секретариате Организации Объединенных Наций в соответствии с ее Уставом.

## Статья XIII

Настоящая Конвенция сдается на хранение депозитарию, который разошлет надлежащим образом заверенные копии Конвенции странам, подписавшим Конвенцию и присоединившимся к ней.

Совершено в городе Москве 26 мая 1972 г. в одном экземпляре на русском языке.

По уполномочию  
Правительства Народной Республики  
Болгарии  
Т. Цолов

По уполномочию  
Правительства Венгерской Народной  
Республики  
P. Valyi

По уполномочию  
Правительства Германской Демократической  
Республики  
G. Weiss

По уполномочию  
Правительства Монгольской Народной  
Республики  
Д. Гомбожав

По уполномочию  
Правительства Польской Народной  
Республики  
M. Jagielski

По уполномочию  
Правительства Социалистической Республики  
Румынии  
G. Radulescu

По уполномочию  
Правительства Союза Советских Социалистических  
Республик  
М. Десечко

По уполномочию  
Правительства Чехословацкой Социалистической  
Республики  
F. Hamoúz

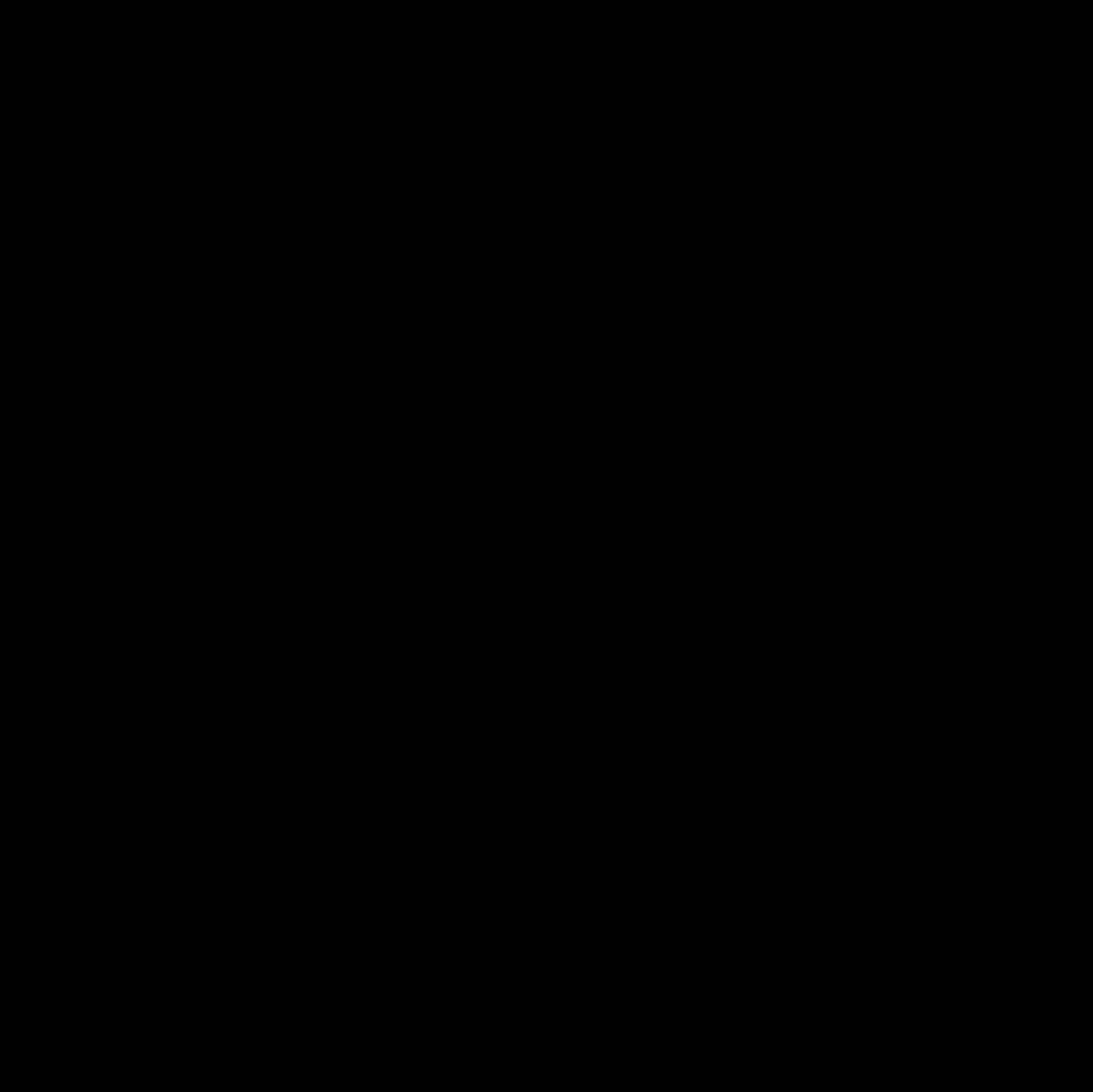
Копия верна:  
Заведующий юридическим отделом  
Секретариата СЭВ  
М. Кудряшов

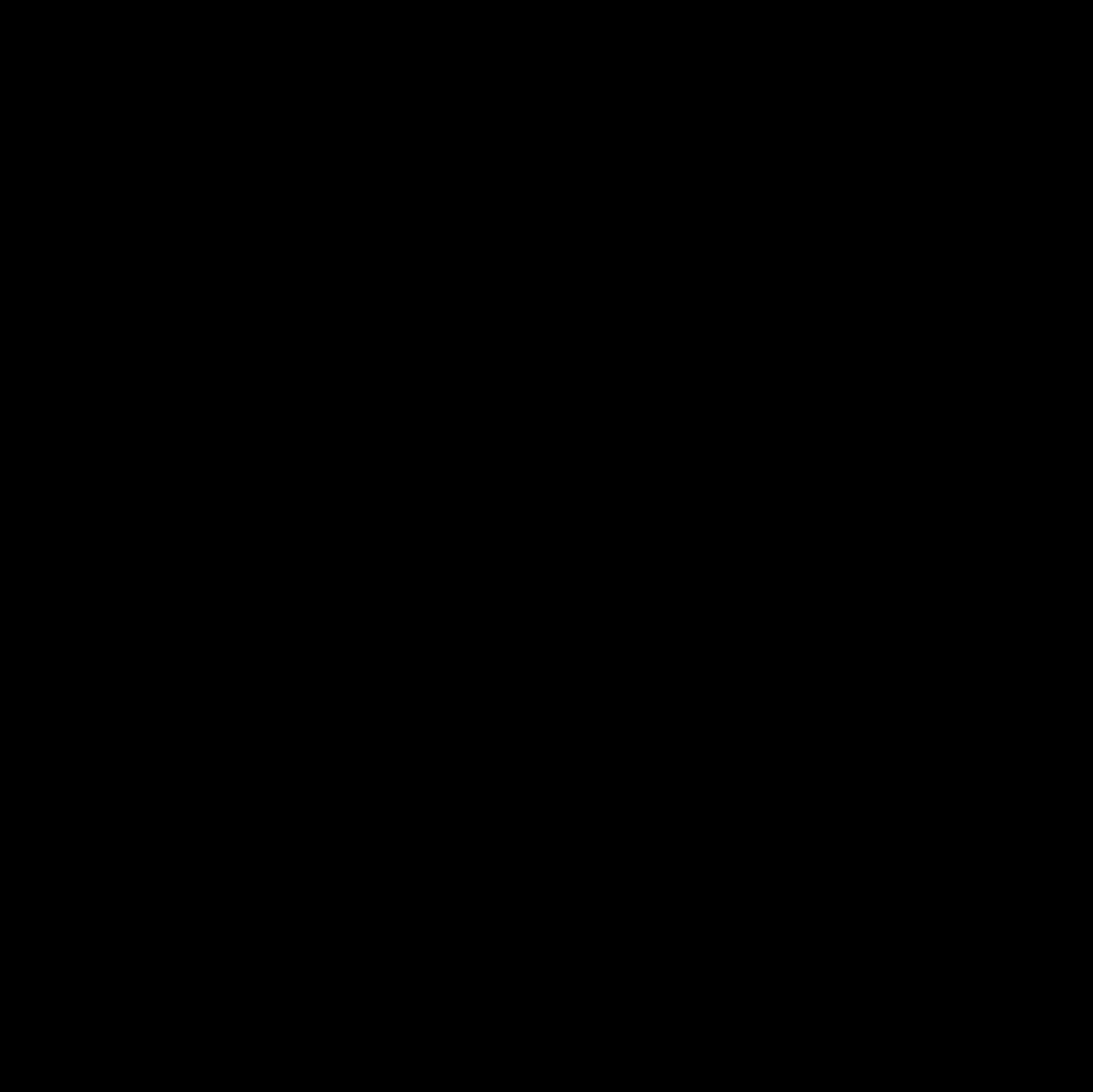
Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 - Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 - Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 - Verlag: (810/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Großewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 - Erscheint nach Bedarf - Fortlaufender Bezug nur durch die Post - Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M und Teil III 0,75 M - Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

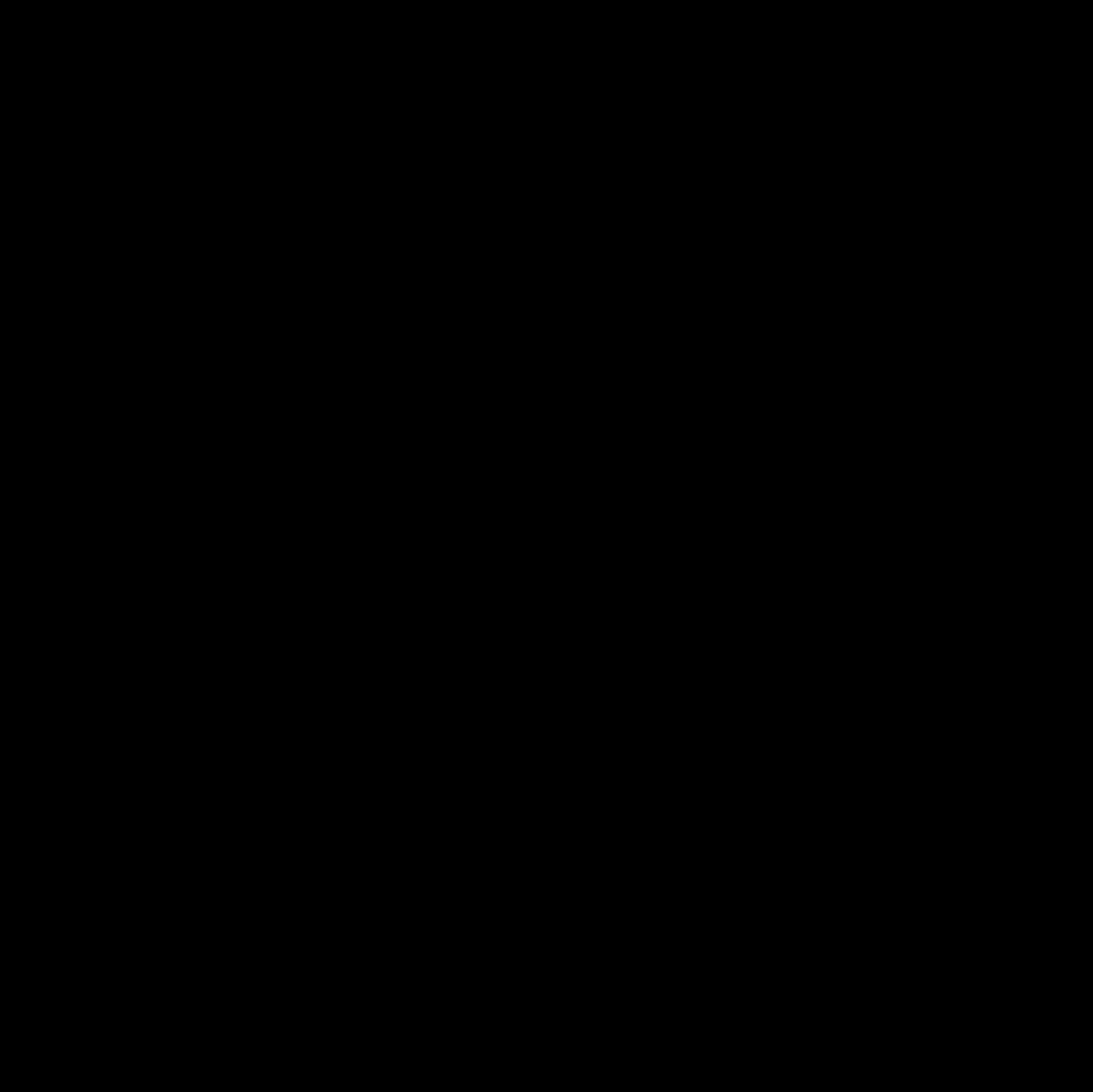
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1034 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

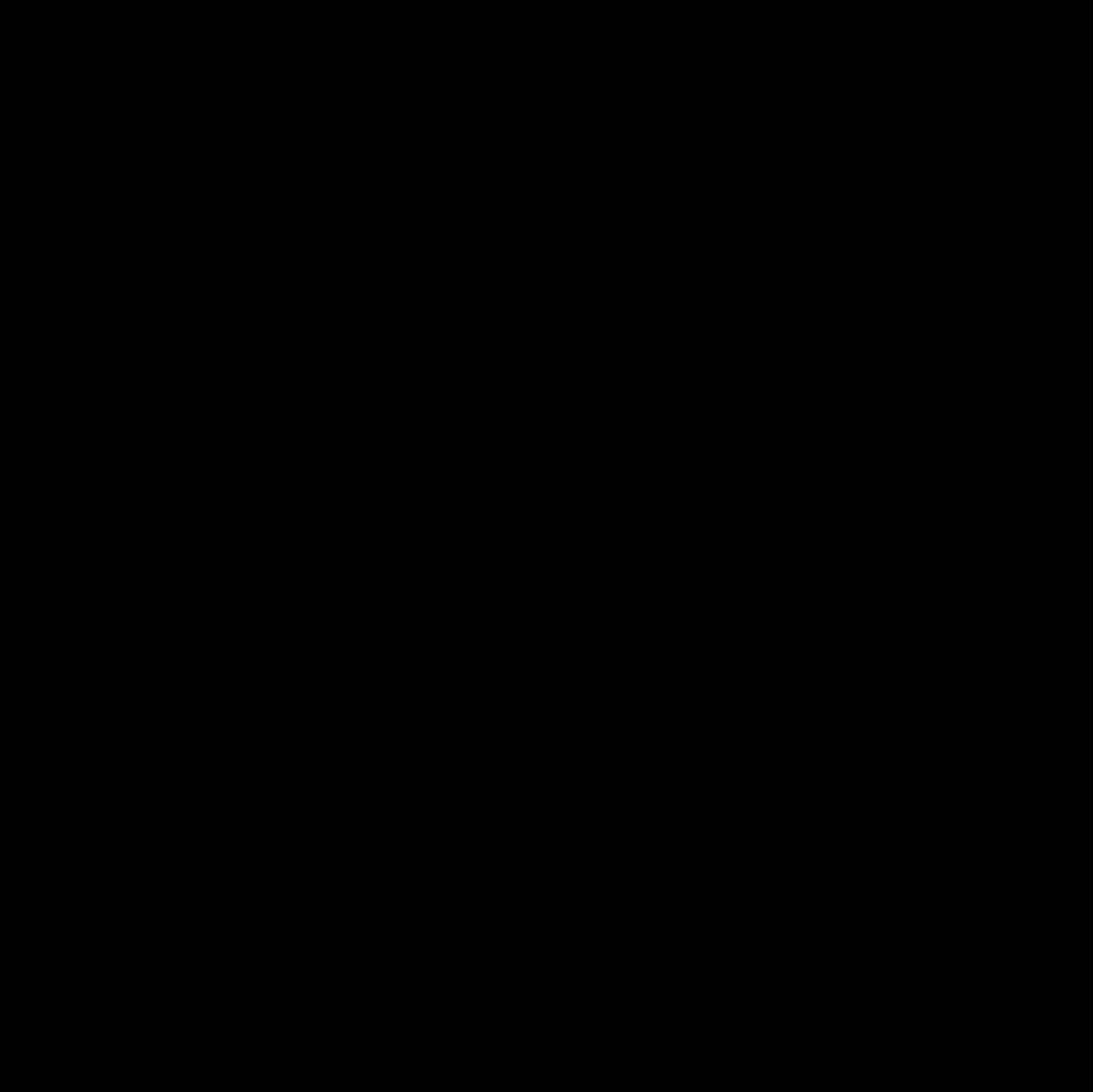
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

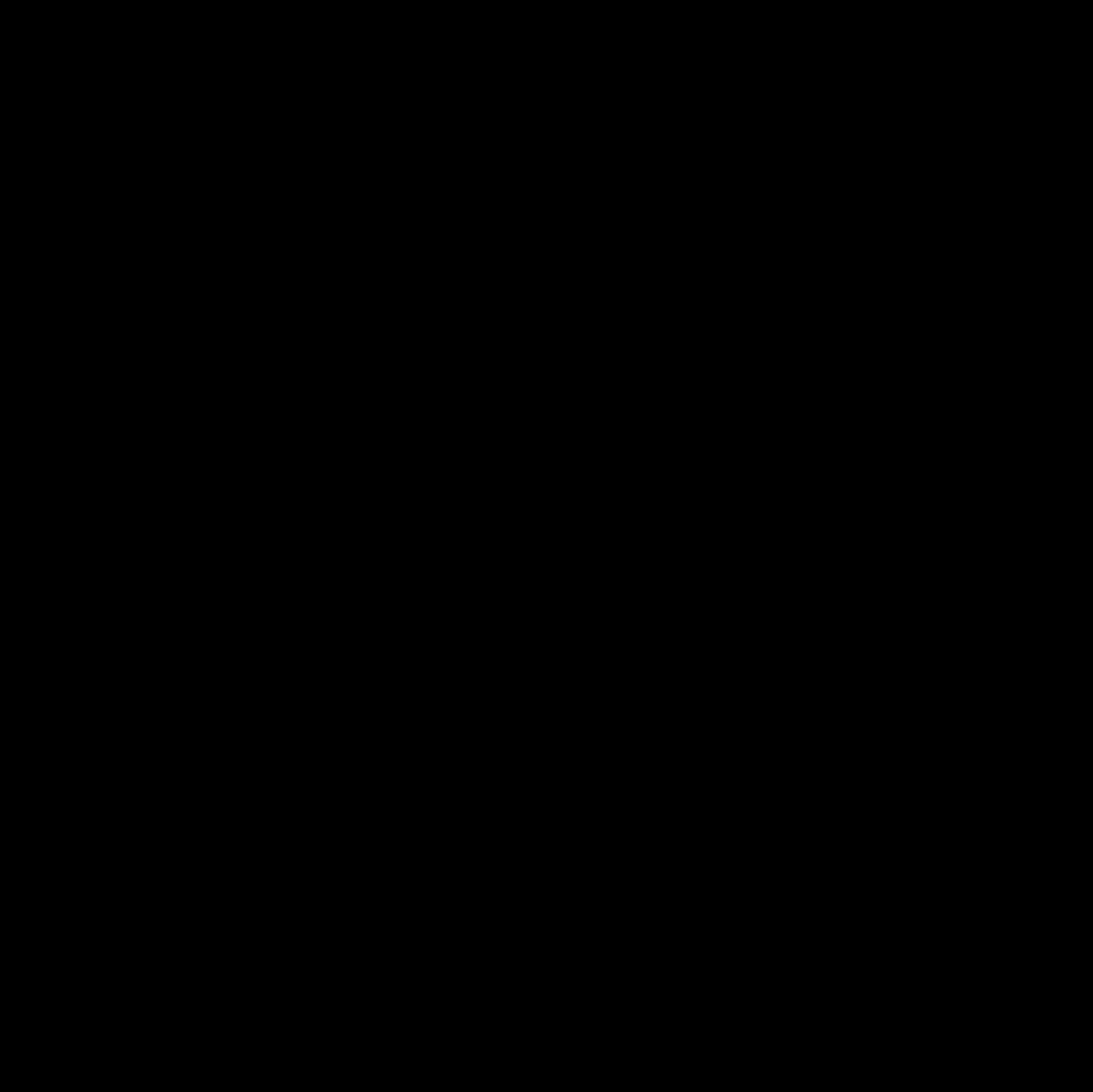
Index 31 816

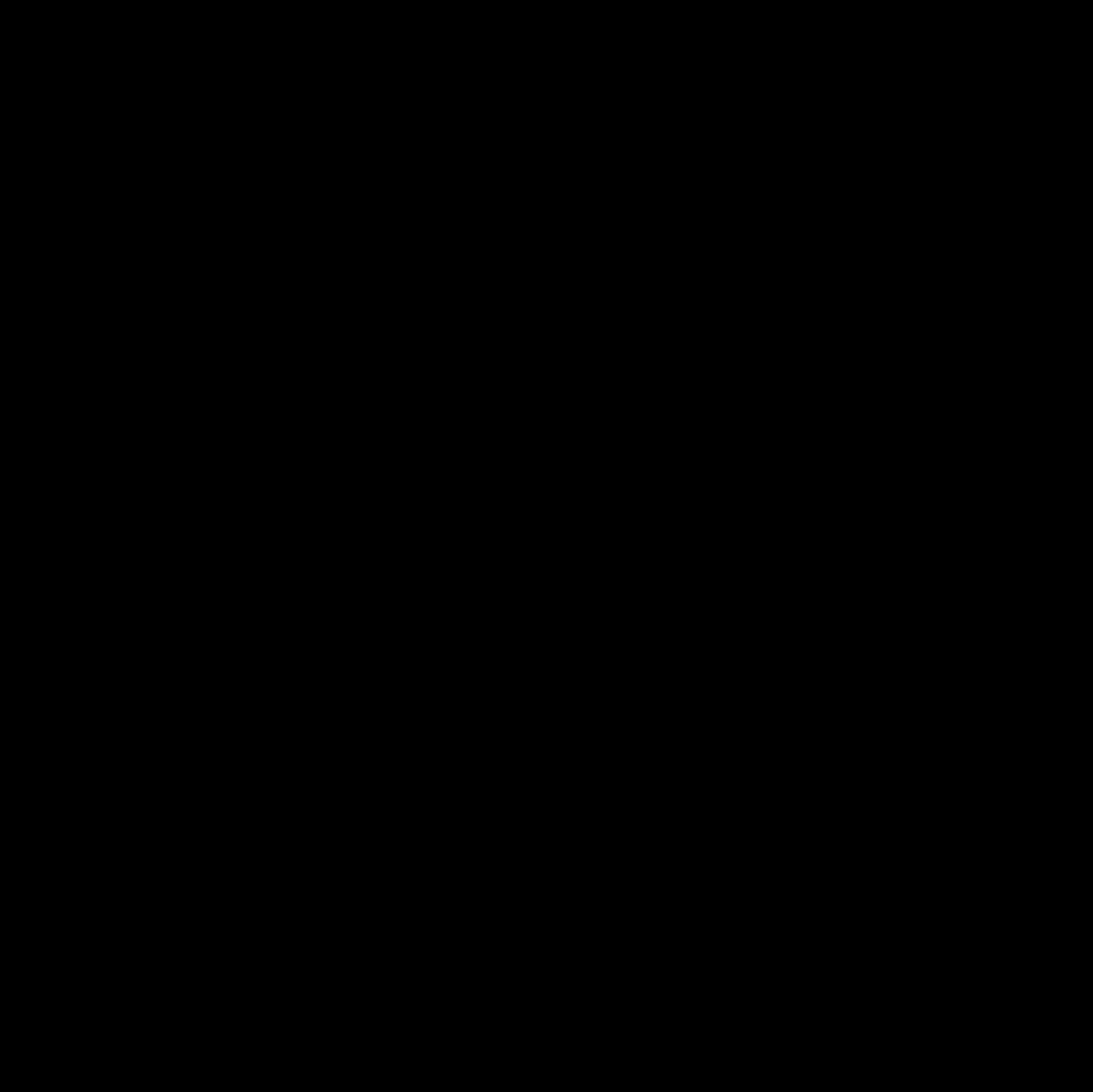






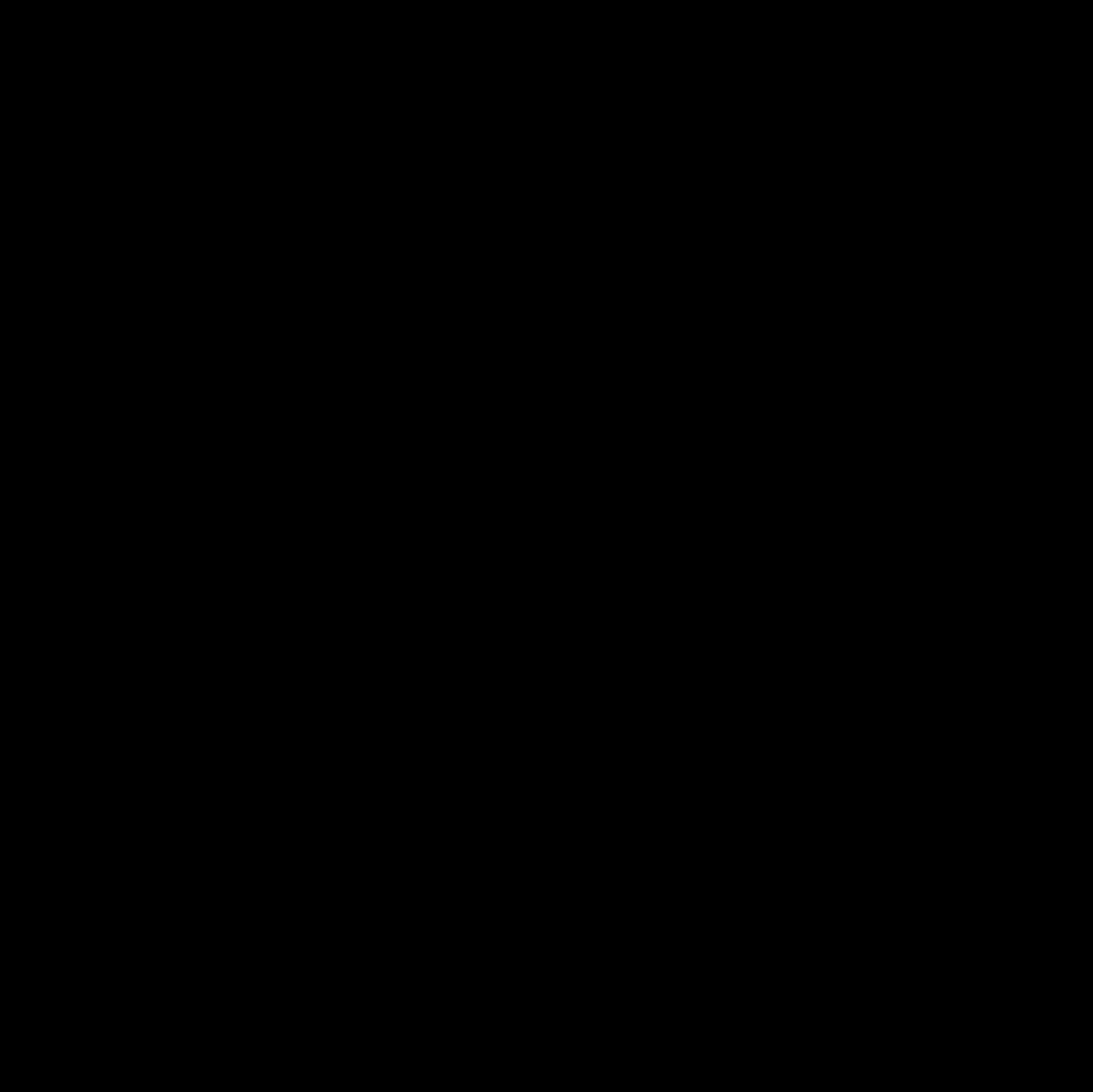


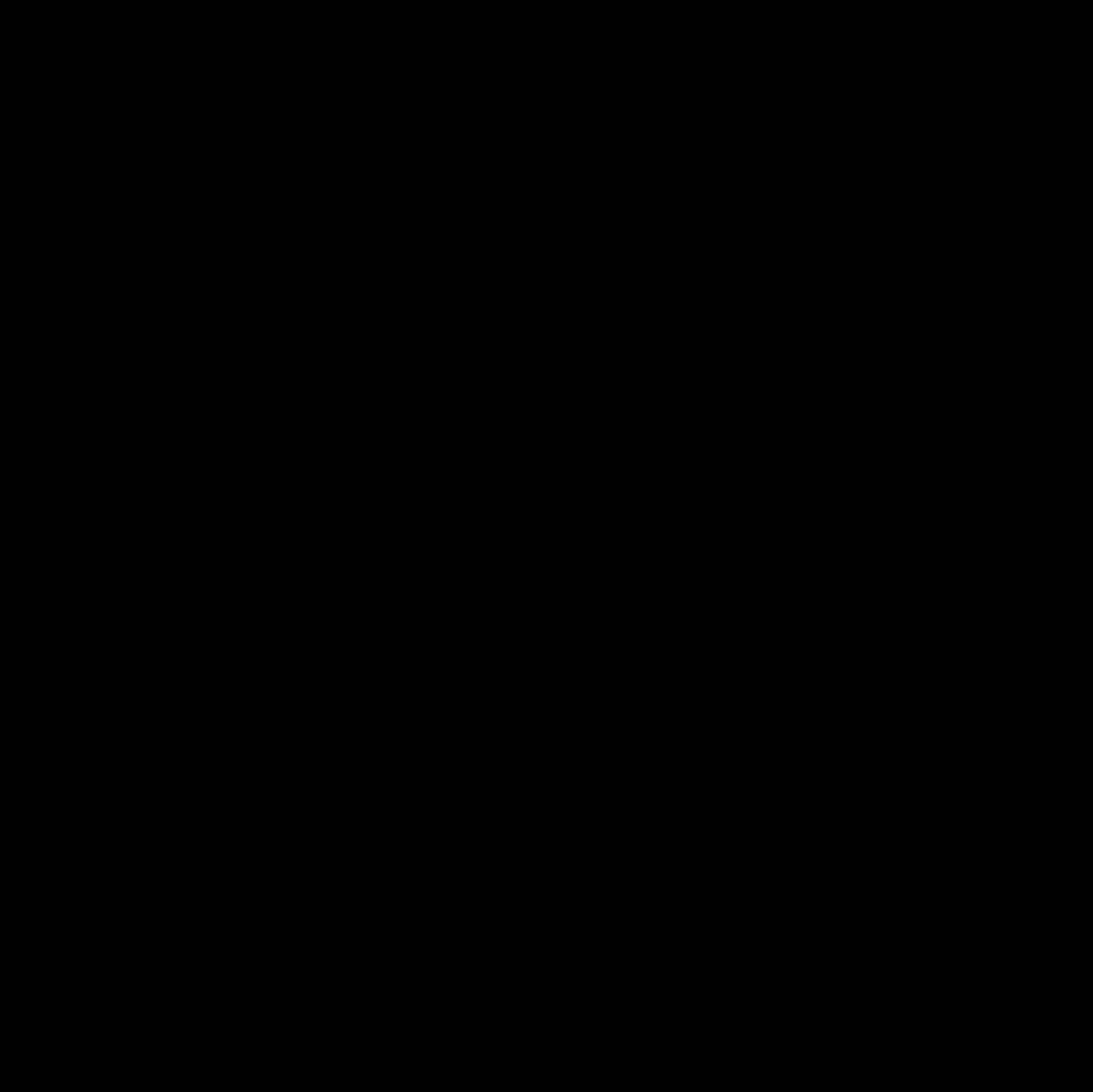


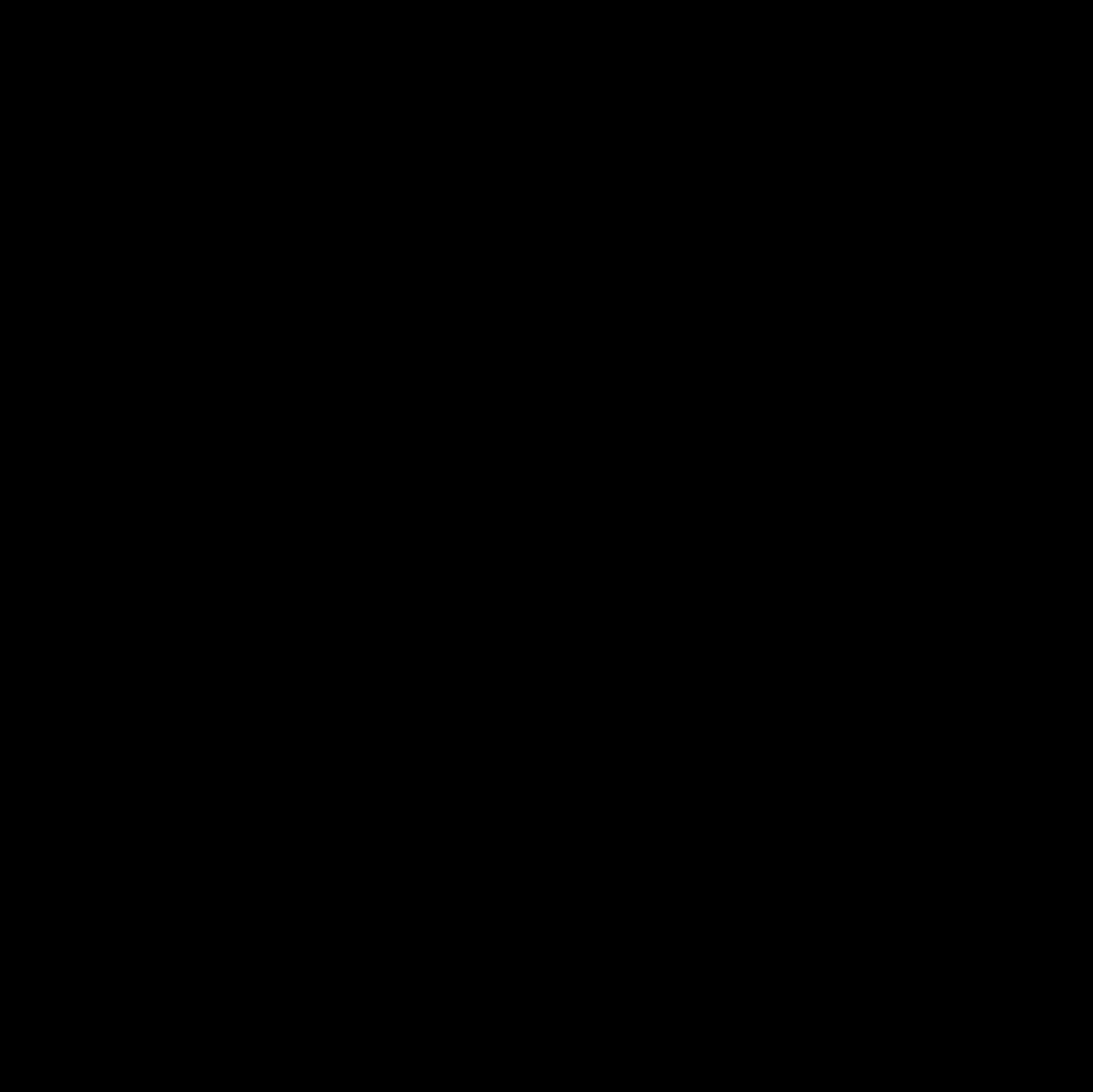


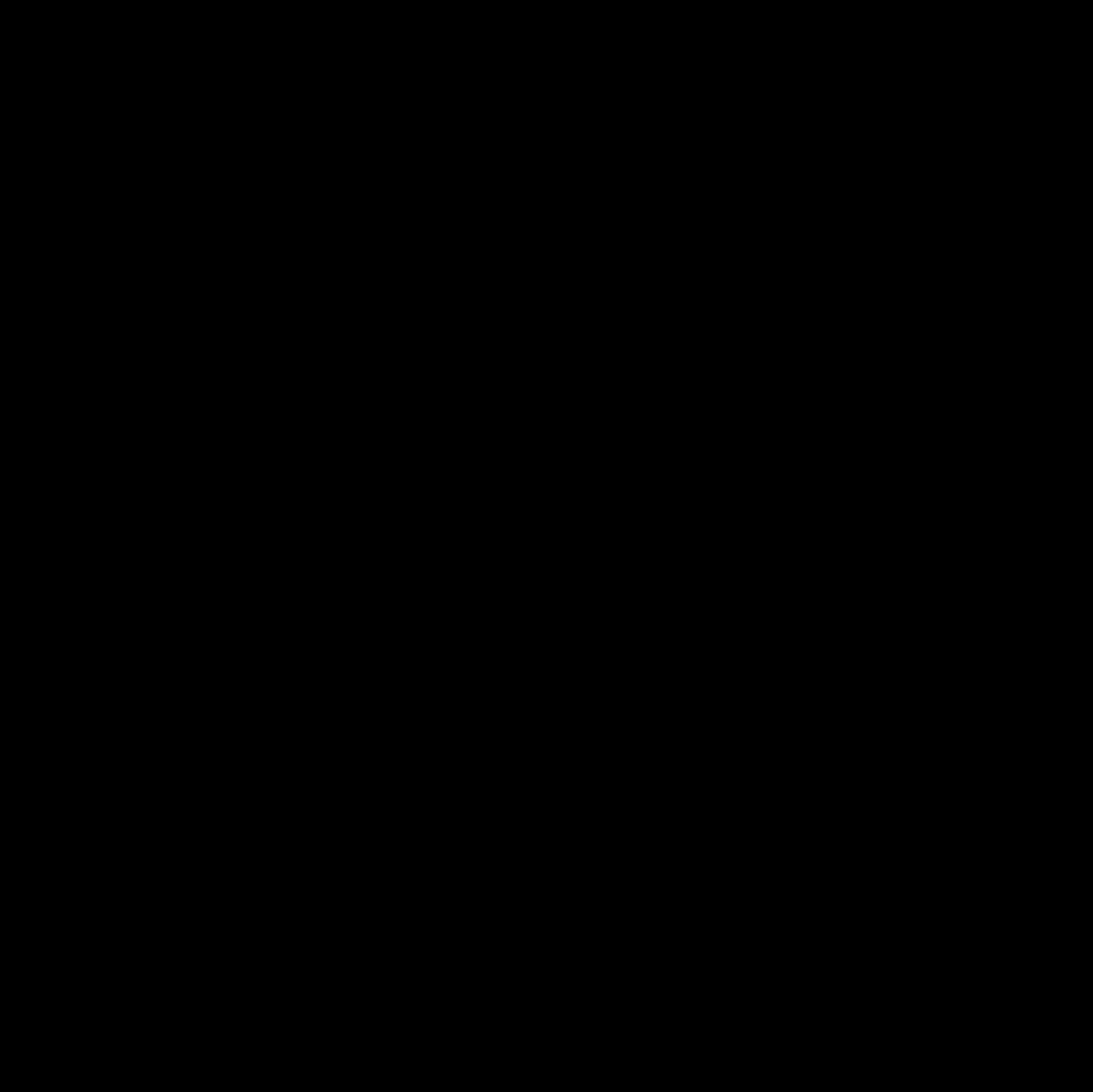


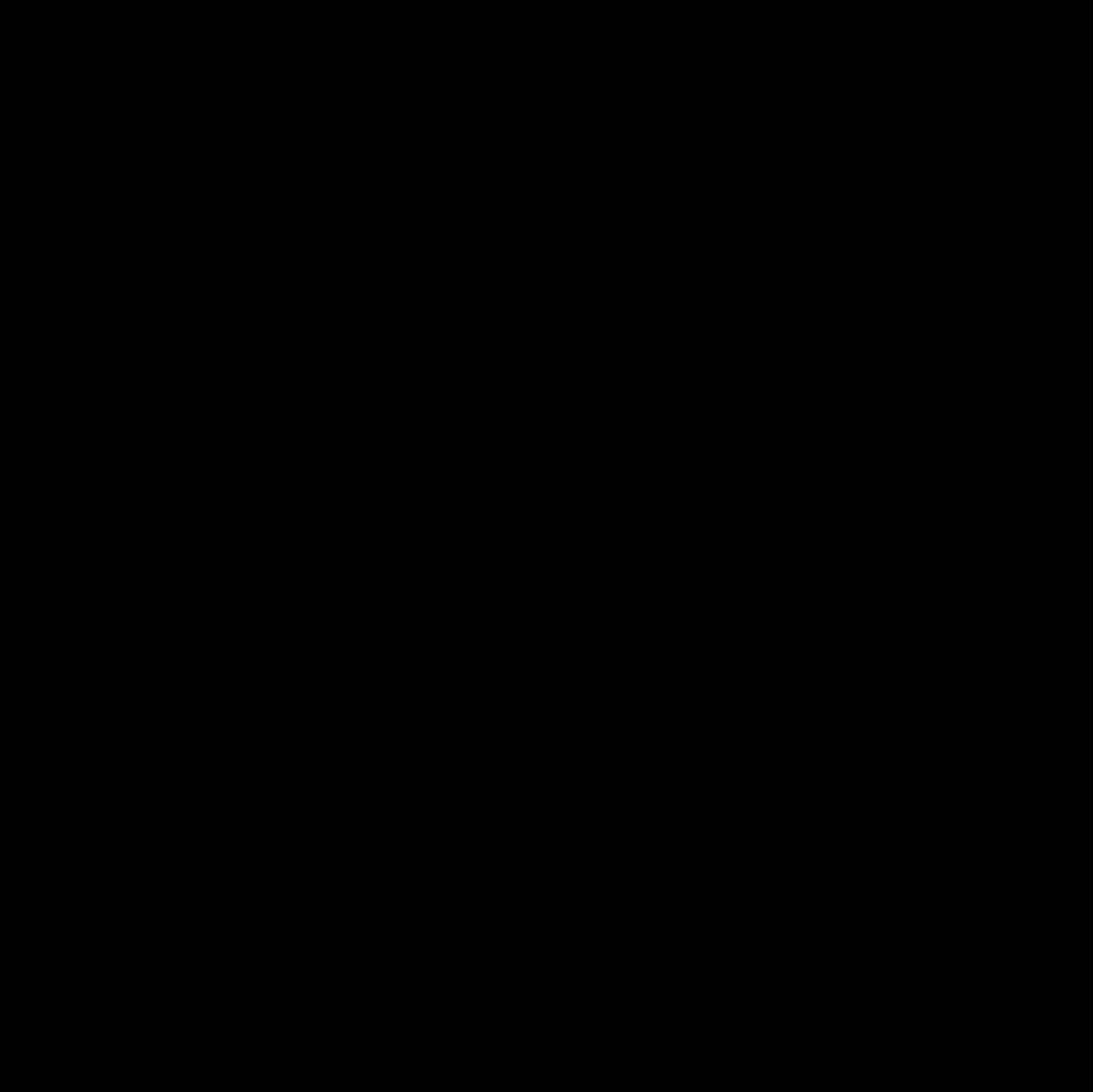


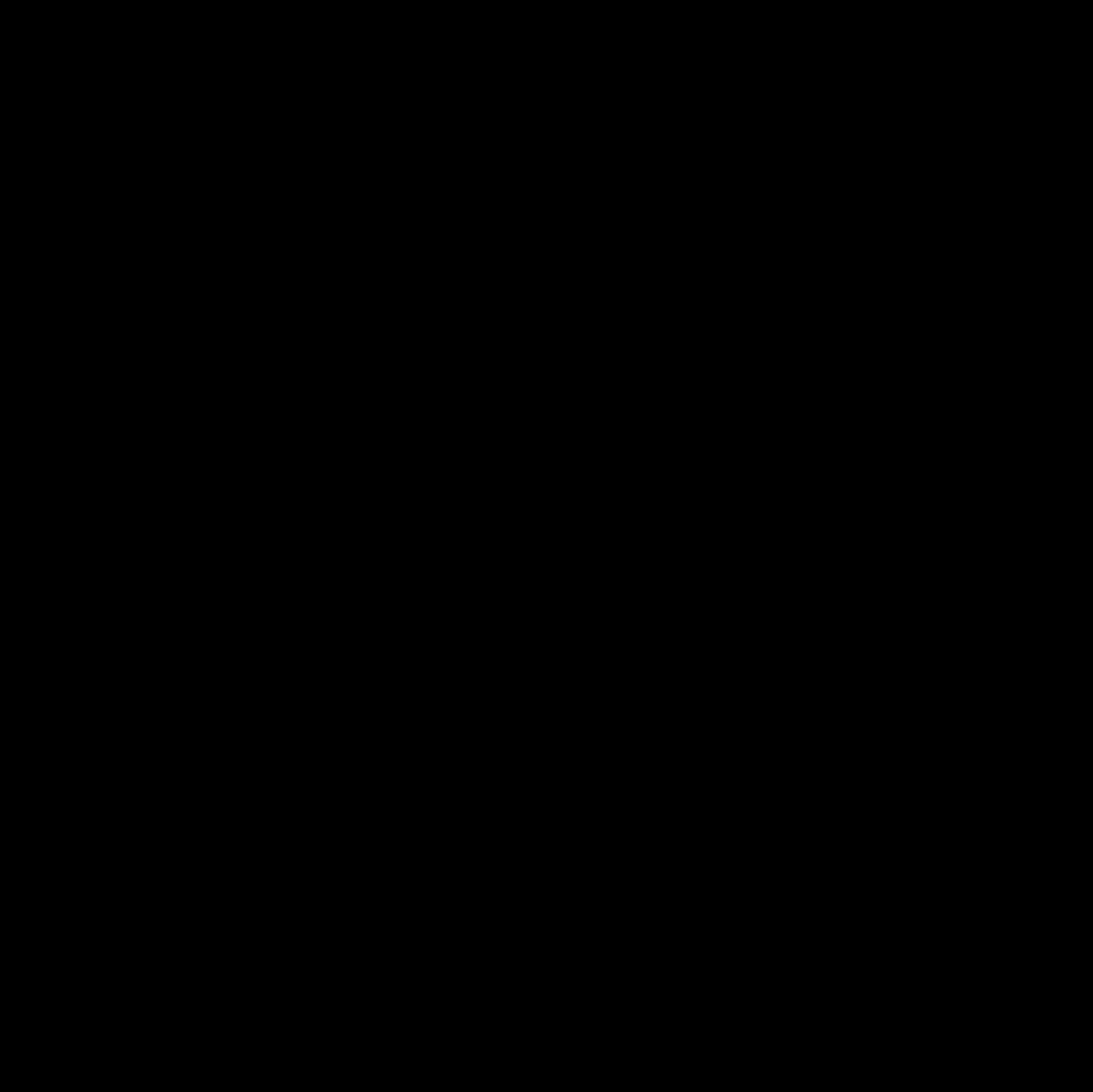


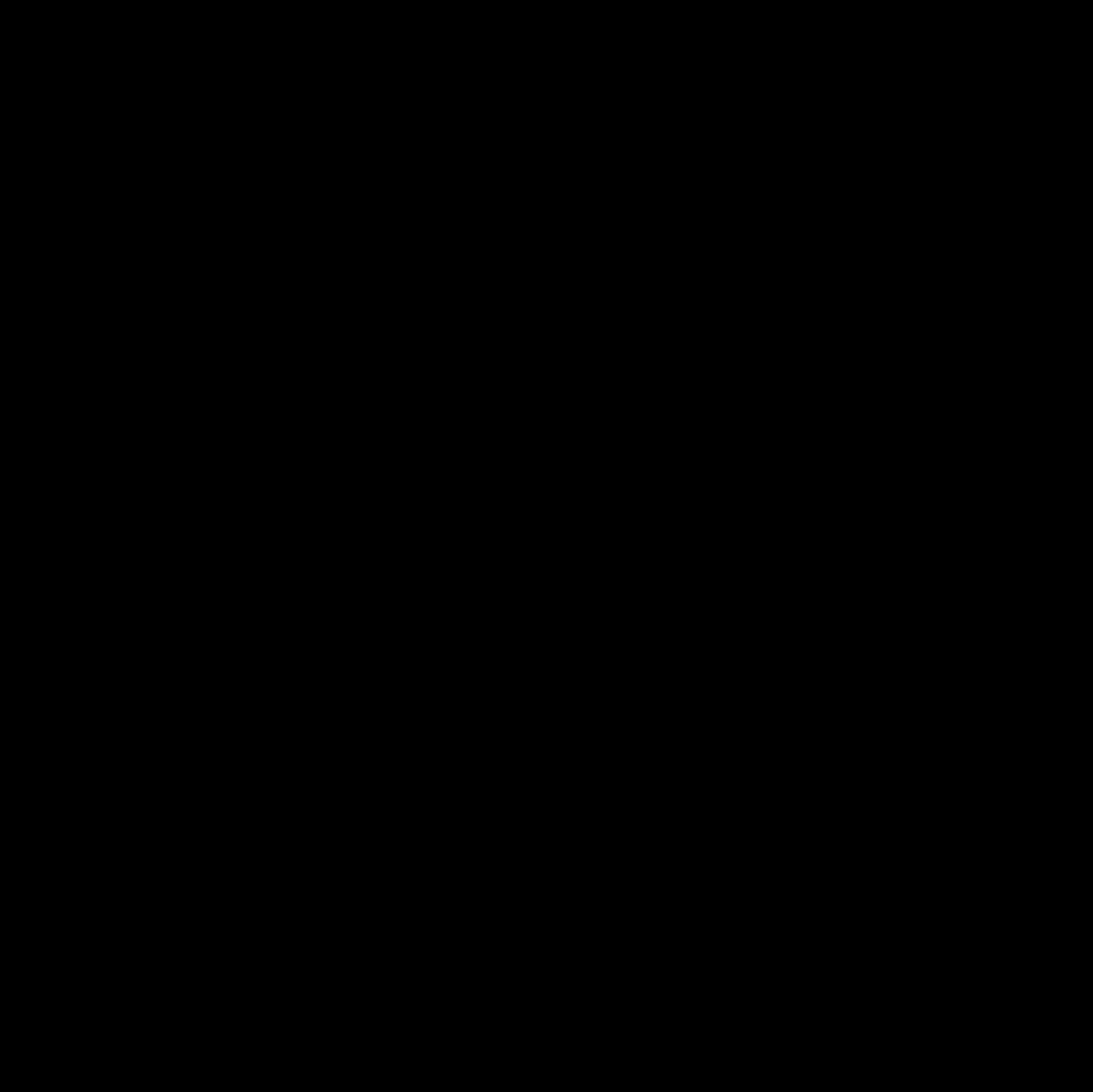






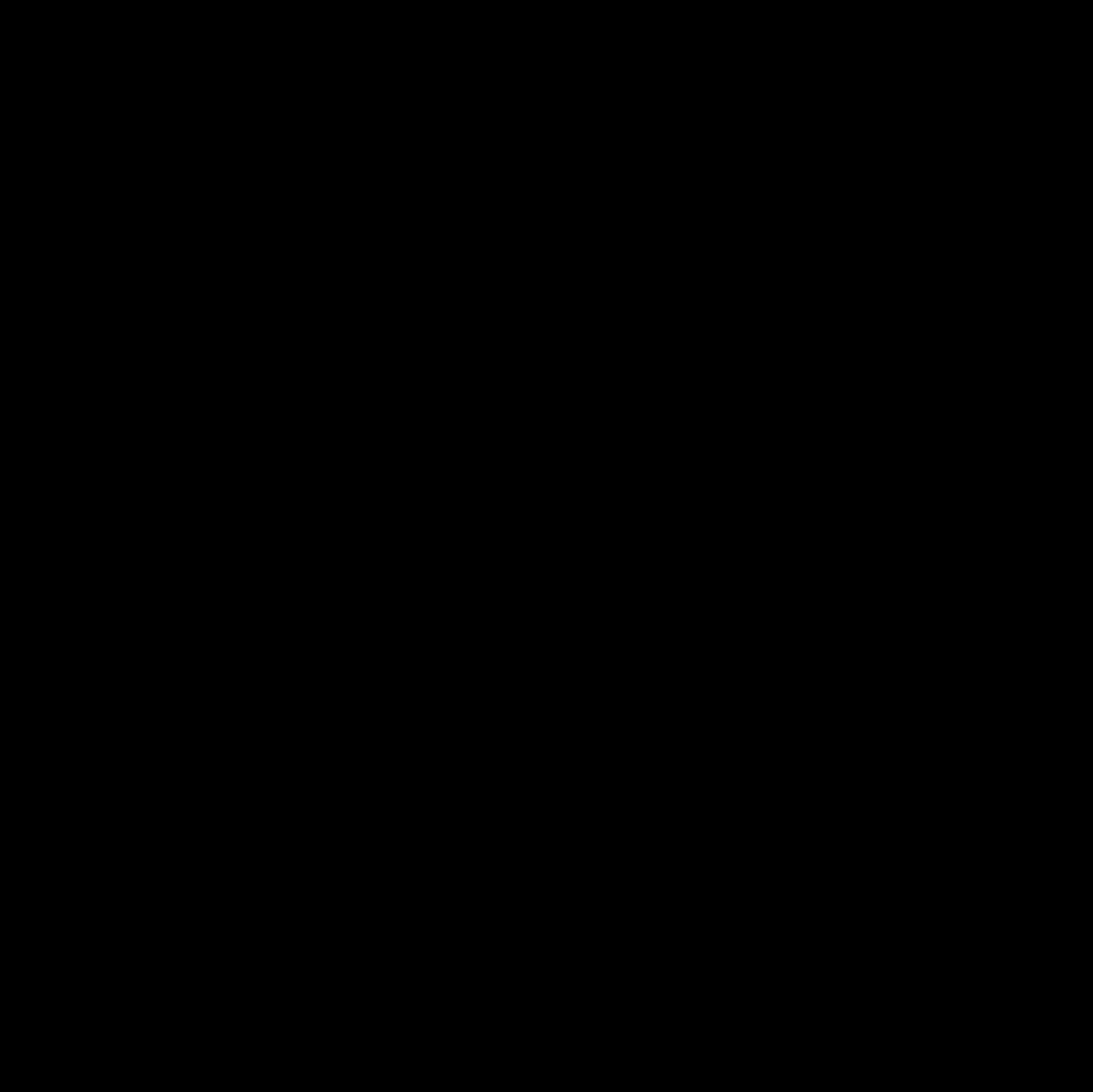


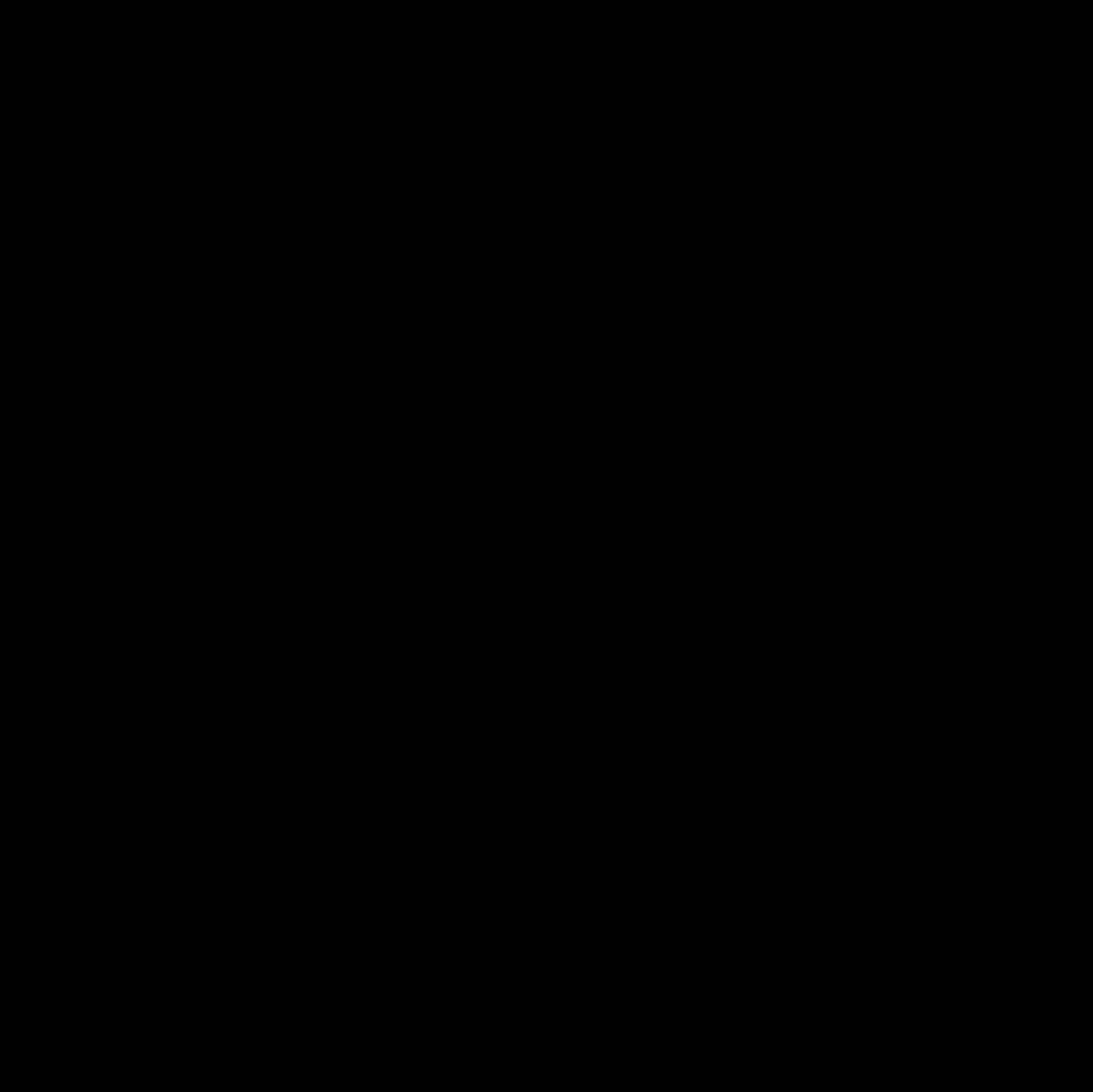


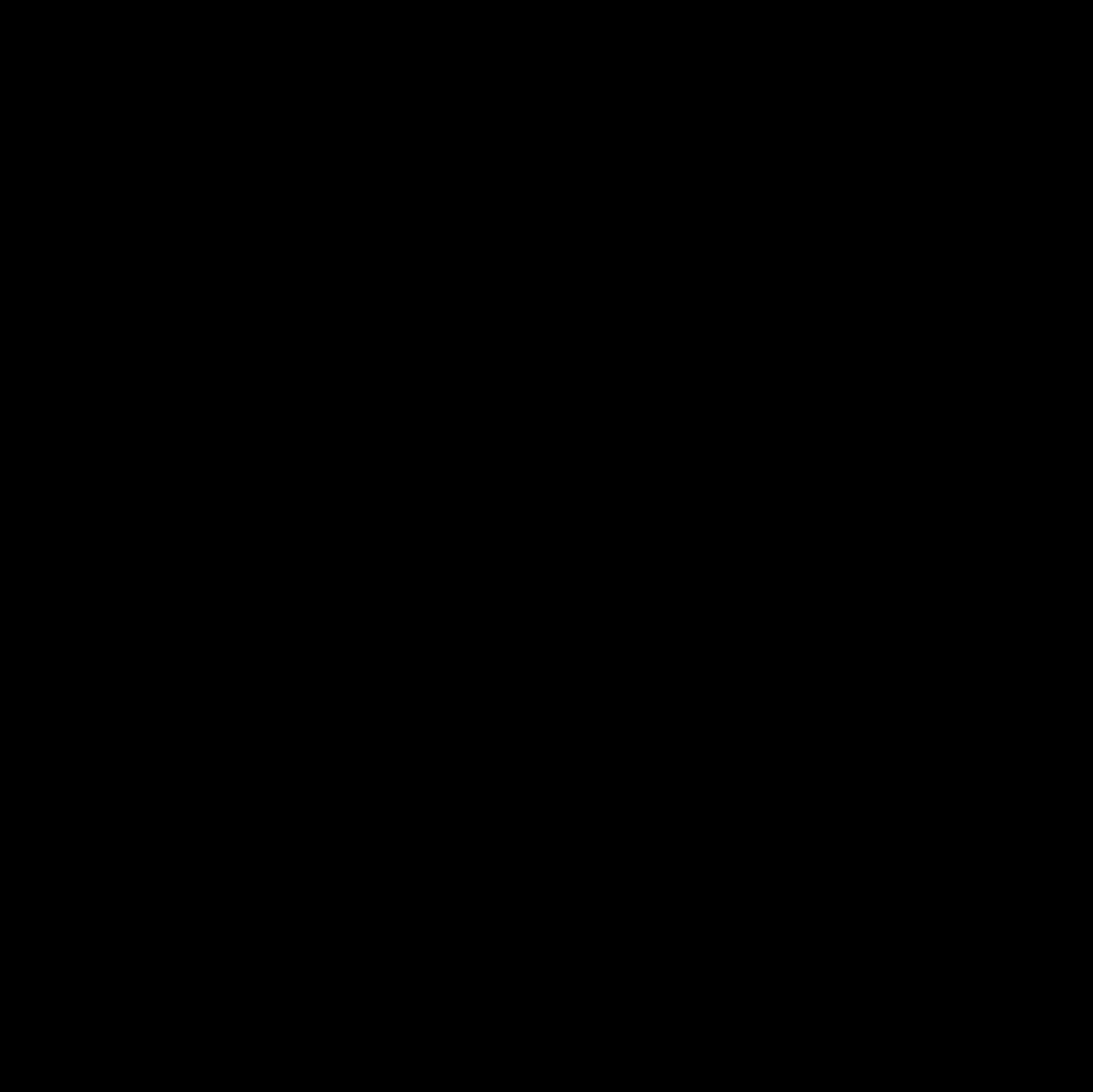


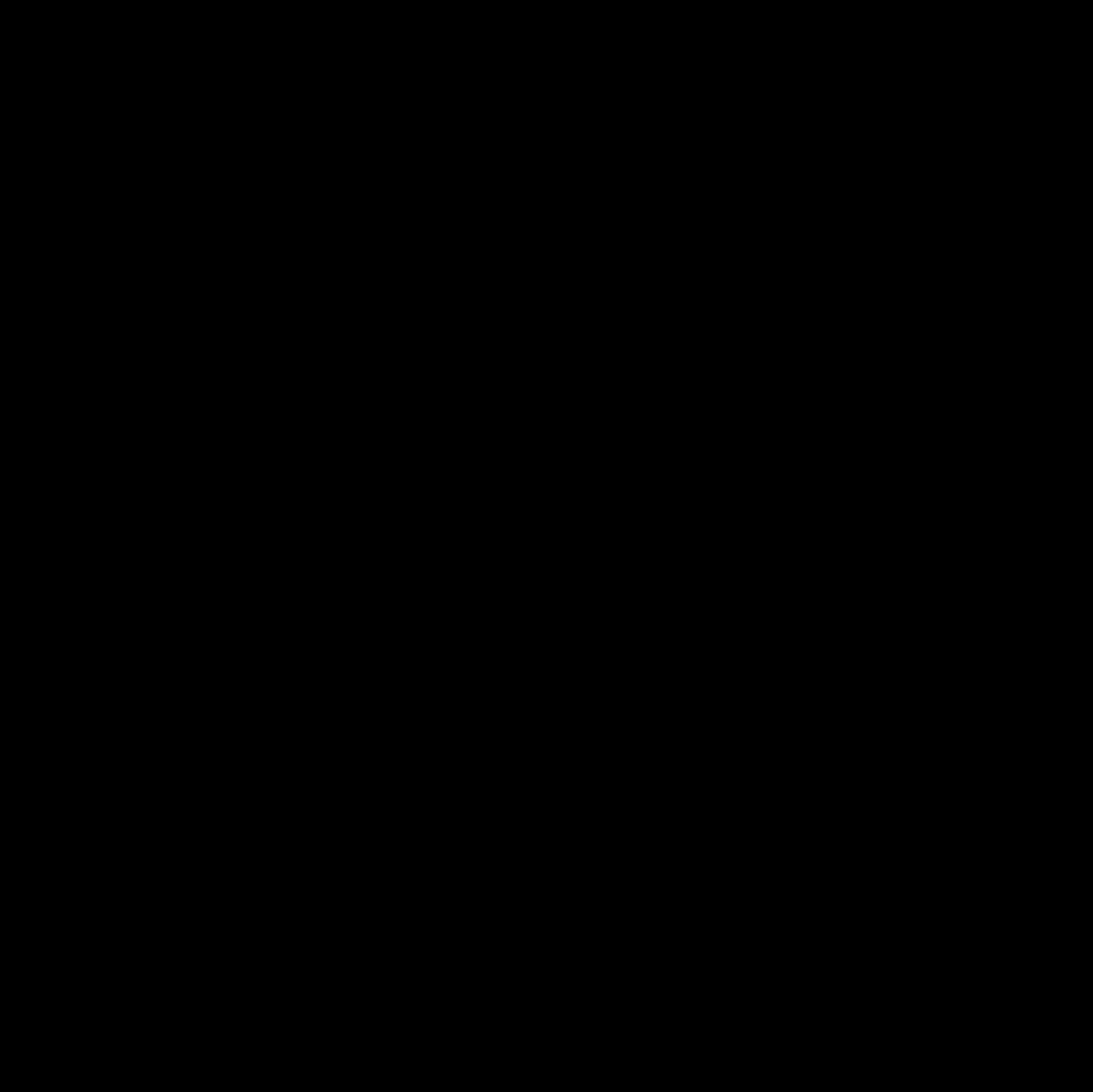


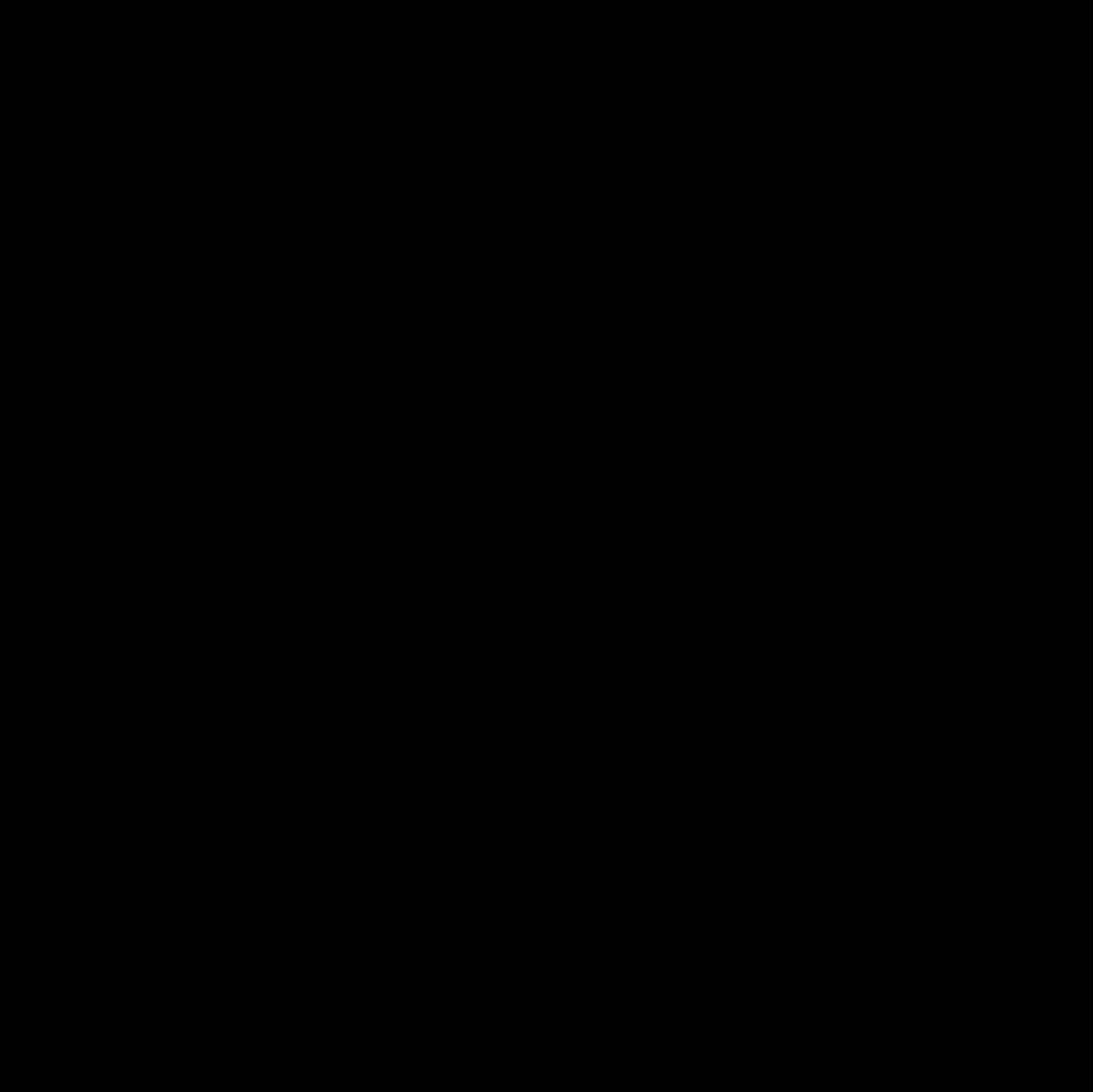


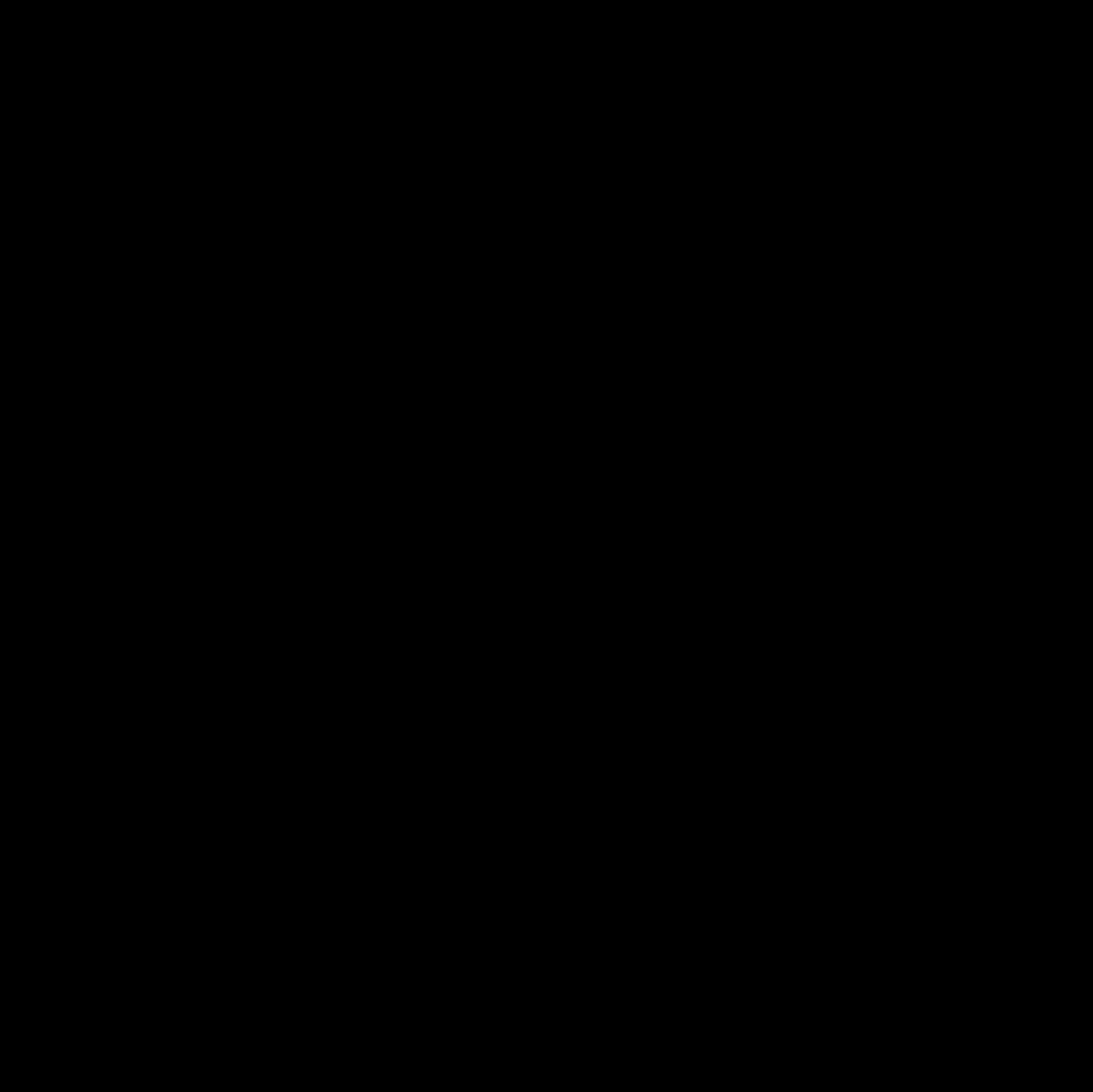


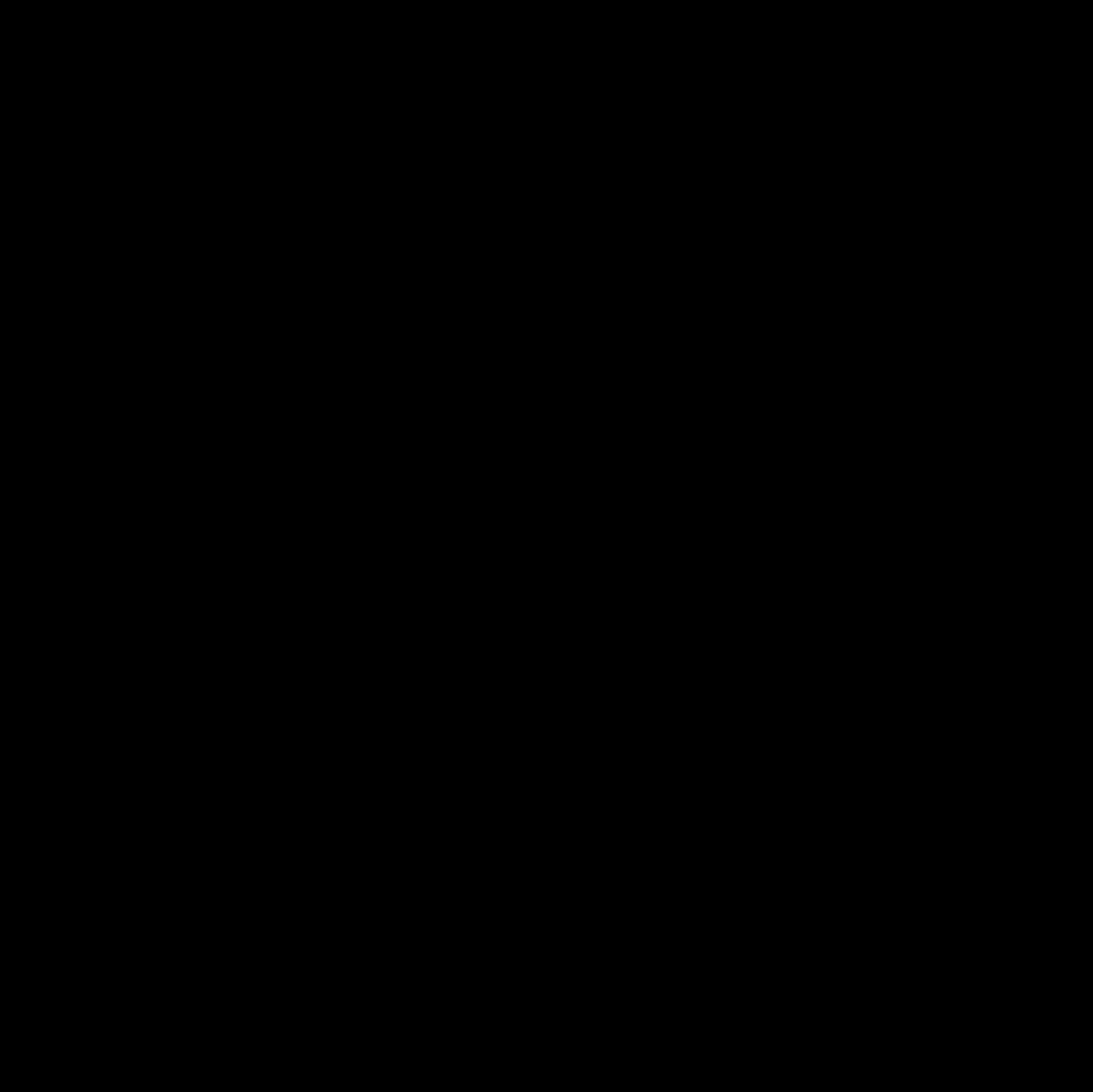






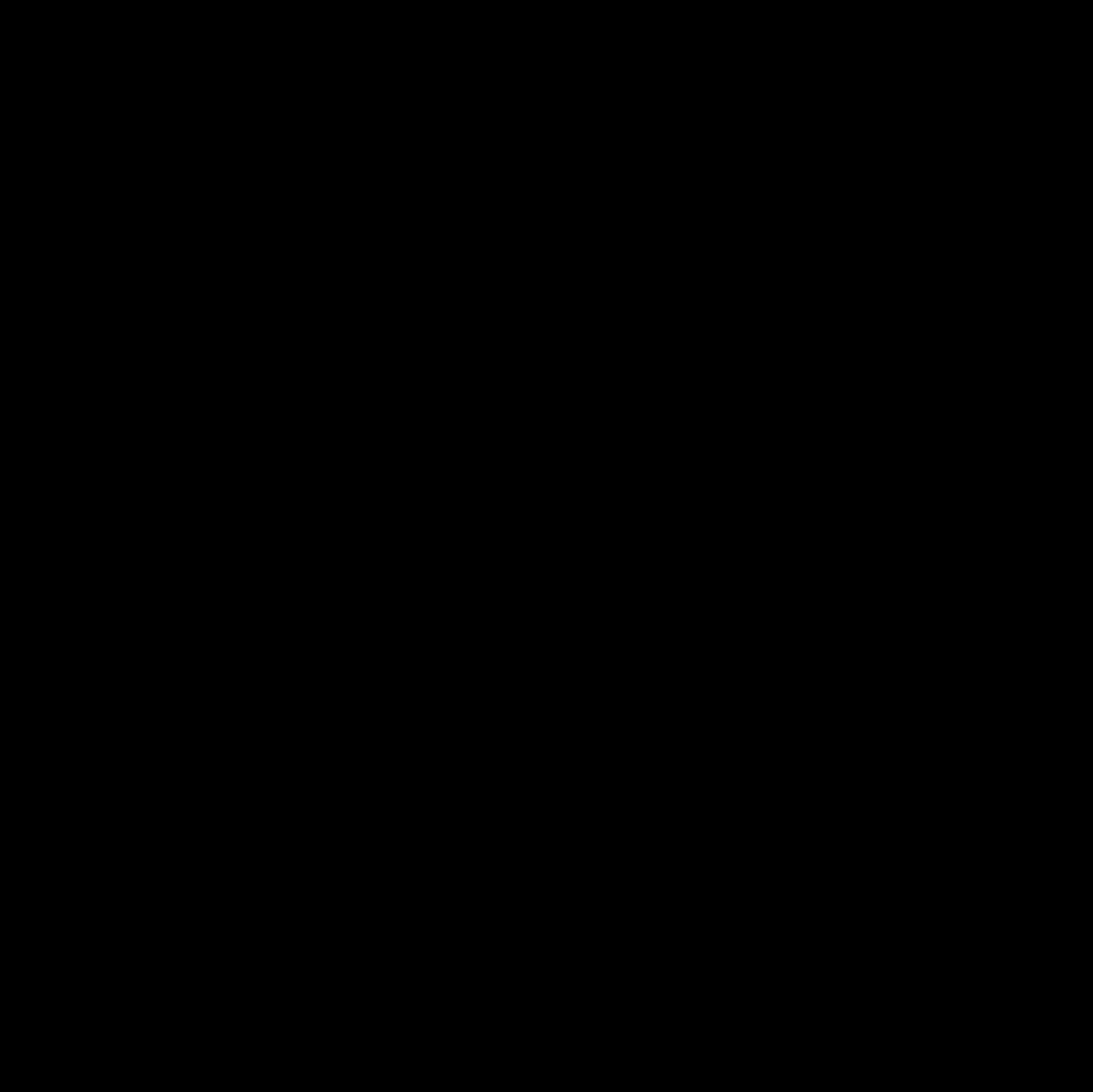














# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 6. Oktober 1972

Teil I Nr. 15

Tag	Inhalt	Seite
14. 9. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak vom 22. Dezember 1970 über den Rechtsverkehr .....	251
22. 9. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 27. Oktober 1969 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Kuba .....	251

**Bekanntmachung**  
über das Inkrafttreten des Vertrages  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Republik Irak  
vom 22. Dezember 1970  
über den Rechtsverkehr  
vom 14. September 1972

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1971 über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak vom 22. Dezember 1970 über den Rechtsverkehr (GBL I Nr. 4 S. 101) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag nach dem am 5. September 1972 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 43 am 5. Oktober 1972 in Kraft tritt.

Berlin, den 14. September 1972

Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

**Bekanntmachung**  
über das Inkrafttreten des Konsularvertrages  
vom 27. Oktober 1969  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Republik Kuba  
vom 22. September 1972

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 14. Mai 1970 über den Konsularvertrag vom 27. Oktober 1969 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Kuba (GBL I Nr. 13 S. 75) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag mit dem am 12. September 1972 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 36 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 22. September 1972

Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

**Achtung! Bitte das umstehende Inserat beachten.**

1972 OCT 10 11:11  
Bibliothek  
Halle (S.), Lektore 22





# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 16. Oktober 1972

Teil I Nr. 16

Tag	Inhalt	Seite
16. 10. 72	Gesetz über den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik .....	253

Gesetz  
über den  
Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik  
vom 16. Oktober 1972

*I. Med. Universitätsklinik  
Halle (S.), Leninallee 22*

## § 1

(1) Der Ministerrat ist als Organ der Volkskammer die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Er arbeitet unter Führung der Partei der Arbeiterklasse im Auftrage der Volkskammer die Grundsätze der staatlichen Innen- und Außenpolitik aus und leitet die einheitliche Durchführung der Staatspolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Der Ministerrat organisiert die Erfüllung der politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen sowie der ihm übertragenen Verteidigungsaufgaben der Deutschen Demokratischen Republik, des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern.

(2) Das grundlegende Ziel der Tätigkeit des Ministerrates besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität. Seine gesamte Arbeit dient dem Wohl der Arbeiterklasse und aller Bürger. Die Tätigkeit des Ministerrates ist auf die Leitung und Planung der Volkswirtschaft, die kulturelle und geistige Entwicklung, die Verwirklichung wissenschaftlicher Leitungsmethoden und die Förderung der Initiative der Werktätigen sowie auf die Lösung der Aufgaben, die sich aus der sozialistischen ökonomischen Integration ergeben, gerichtet.

(3) Der Ministerrat sichert die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Er arbeitet bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und allseitigen Stärkung der sozialistischen Staatsmacht mit den Gewerkschaften als der umfassenden Klassenorganisation der Arbeiterklasse zusammen. Er legt gemeinsam mit dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Maßnahmen zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen, des Gesundheits- und Arbeitsschutzes und der Arbeitskultur, des kulturellen und sportlichen Lebens der Werktätigen fest. Der Ministerrat erarbeitet mit dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes die Grundlinie der Sozial-, Lohn- und Einkommenspolitik und sichert ihre praktische Verwirklichung.

(4) Der Ministerrat verwirklicht die Grundsätze der sozialistischen Außenpolitik gemäß den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus. Im Mittelpunkt seiner außenpolitischen Tätigkeit steht die Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Der Ministerrat unternimmt alle Anstrengungen zur Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und zur Sicherung des Friedens.

(5) Der Ministerrat ist dafür verantwortlich, daß die Tätigkeit des Staatsapparates auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus ständig qualifiziert wird. Die Vervollkommnung der staatlichen Leitung und Planung erfolgt mit dem Ziel, ihre Wirksamkeit zu erhöhen und die Werktätigen immer umfassender in die Verwirklichung der Politik des sozialistischen Staates einzubeziehen. Der Ministerrat legt die Grundsätze für die Tätigkeit der Ministerien und der anderen zentralen Staatsorgane fest, bestimmt deren Aufgaben und übt die Kontrolle über deren Verwirklichung aus. Er sichert das einheitliche Wirken der Ministerien und der anderen zentralen Staatsorgane untereinander sowie mit den örtlichen Räten.

(6) Der Ministerrat ist für die Anleitung und Kontrolle der Räte der Bezirke verantwortlich und sichert das einheitliche Wirken der örtlichen Räte zur Verwirklichung der Politik des sozialistischen Staates. Die Räte der Bezirke sind in die Ausarbeitung solcher Beschlüsse einzubeziehen, welche die materiellen, sozialen und kulturellen Erfordernisse ihrer Gebiete berühren.

(7) Der Ministerrat trifft grundsätzliche Entscheidungen, um eine harmonische, mit der Entwicklung der Zweige und Bereiche abgestimmte politische, ökonomische, kulturelle und soziale Entwicklung in den Territorien zu sichern. Das betrifft vor allem Fragen der Standortverteilung der Produktivkräfte, der Entwicklung der Infrastruktur, des rationalen Einsatzes des Arbeitsvermögens, der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger sowie der sozialistischen Landeskultur einschließlich des Umweltschutzes.

(8) Der Ministerrat gewährleistet den planmäßigen Ausbau der sozialistischen Rechtsordnung und die ständige Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit. Er sichert den umfassenden Schutz der Rechte und der Freiheit der Bürger.

### § 2

(1) Der Ministerrat erfüllt seine Aufgaben in Verwirklichung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse auf der Grundlage der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer.

(2) Der Ministerrat ist dafür verantwortlich, daß die bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu lösenden Aufgaben der staatlichen Innen- und Außenpolitik ausgearbeitet werden. Er hat der Volkskammer die von ihr zu treffenden Entscheidungen rechtzeitig zur Beschlußfassung vorzulegen. Er unterbreitet der Volkskammer Entwürfe von Gesetzen und Beschlüssen.

(3) Der Ministerrat, sein Vorsitzender und seine Mitglieder sind der Volkskammer für ihre Arbeit verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Der Vorsitzende des Ministerrates gibt zur Neuwahl die Regierungserklärung über die Ziele und Hauptaufgaben der Tätigkeit des Ministerrates ab, vertritt bei der Behandlung grundlegender Fragen der Durchführung der Staatspolitik in der Volkskammer den Standpunkt des Ministerrates und legt Rechenschaft über die geleistete Arbeit ab.

(4) Der Ministerrat unterstützt die Arbeit der Ausschüsse und der Abgeordneten der Volkskammer. Er sichert, daß die Ausschüsse über wichtige Fragen der Durchführung der Staatspolitik informiert werden und wertet Ergebnisse ihrer Tätigkeit für seine Arbeit aus.

### § 3

(1) Der Ministerrat leitet unter Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus die Volkswirtschaft entsprechend den Direktiven der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den langfristigen Plänen, den Fünfjahr- und Jahresplänen und sichert die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft. Er legt die Grundrichtung und die Hauptaufgaben zur Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts fest und sichert das dafür erforderliche Forschungs- und Entwicklungspotential.

(2) Der Ministerrat gewährleistet durch die zentrale Leitung und Planung die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion, insbesondere durch die sozialistische Rationalisierung, bei gleichzeitiger Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

(3) Der Ministerrat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Tätigkeit der Staatsorgane und der wirtschaftsleitenden Organe, der Kombinate, Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen auf die effektive Nutzung und Mehrung des sozialistischen Eigentums zu richten. Er gewährleistet den rationellen Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens.

(4) Der Ministerrat sichert die planmäßige Erschließung der volkswirtschaftlichen Reserven durch ökonomische Materialausnutzung, intensive Nutzung der vorhandenen Grundfonds und Ausrüstungen, durch systematische Senkung der Kosten der gesellschaftlichen Produktion und Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse.

Der Ministerrat ist dafür verantwortlich, daß staatliche Reserven entsprechend den Erfordernissen gebildet werden.

### § 4

(1) Der Ministerrat ist verantwortlich für die rechtzeitige Ausarbeitung der langfristigen Pläne, der Fünfjahr- und Jahrespläne sowie der Staatshaushaltspläne. Er gewährleistet, daß bei der Ausarbeitung der Pläne von den Bedürfnissen der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Erfordernissen des sozialistischen Staates ausgegangen wird. Der Ministerrat sichert, daß die Staatliche Plankommission in enger Zusammenarbeit mit den Ministerien, den anderen zentralen Staatsorganen und den Räten der Bezirke auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse die Pläne wissenschaftlich vorbereitet und begründet. Er gewährleistet die planmäßige Verbesserung der volkswirtschaftlichen Struktur in Übereinstimmung mit den Möglichkeiten und Erfordernissen der fortschreitenden sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW.

(2) Der Ministerrat berät und bestätigt die Entwürfe der Gesetze über die Fünfjahrpläne, die Jahrespläne und die Staatshaushaltspläne. Er legt sie der Volkskammer zur Beschlußfassung vor.

(3) Der Ministerrat beschließt über die Staatsbilanzen und entscheidet grundsätzliche Fragen des Finanz-, Währungs- und Kreditwesens sowie der Preise.

### § 5

(1) Der Ministerrat leitet die Durchführung der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Tätigkeit des Ministerrates ist darauf gerichtet, die günstigsten äußeren Bedingungen für den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR zu schaffen.

(2) Der Ministerrat vertieft allseitig das Bündnis mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Er gewährleistet einen aktiven Beitrag der DDR zur politischen, ökonomischen, ideologischen und militärischen Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft. Der Ministerrat bestimmt die Grundrichtung und die Schwerpunkte der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und geistig-kulturellen Zusammenarbeit der DDR mit den sozialistischen Ländern. Er sichert die Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Mitgliedsländern des RGW zur Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration sowie die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern.

(3) Der Ministerrat verwirklicht in seiner Tätigkeit die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Er entwickelt die politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zu anderen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und im Geiste der Völkerfreundschaft. Der Ministerrat gewährleistet die Unterstützung der Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen.

(4) Der Ministerrat gewährleistet die Einhaltung des staatlichen Monopols auf dem Gebiet der Außenwirtschaft einschließlich des Außenhandels und der Valutawirtschaft.

(5) Der Ministerrat entscheidet über den Abschluß und die Kündigung völkerrechtlicher Verträge, die in seinem Namen als Regierungsabkommen abgeschlossen werden, und bereitet Staatsverträge vor.

## § 6

(1) Im Rahmen der ihm übertragenen Verteidigungsaufgaben sichert der Ministerrat die Landesverteidigung einschließlich der Zivilverteidigung und stärkt die sozialistische Militärkoalition im Rahmen des Warschauer Vertrages. Er fördert die Bereitschaft und die Fähigkeit aller Bürger zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes.

(2) Der Ministerrat schafft die materiellen, finanziellen und anderen Voraussetzungen für den Schutz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung.

## § 7

(1) Der Ministerrat ist für die weitere Vervollkommnung des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens verantwortlich. Er gewährleistet die kontinuierliche Entwicklung der Volksbildung, einheitliche und koordinierte Ausbildung von Facharbeitern sowie von Hoch- und Fachschulkadern entsprechend den politischen und volkswirtschaftlichen Erfordernissen. Er legt die staatlichen Aufgaben für die sozialistische Jugendpolitik, die weitere Entwicklung der sozialistischen Kultur, des geistig-kulturellen Lebens sowie von Körperkultur und Sport fest.

(2) Der Ministerrat leitet die planmäßige Entwicklung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung, ihrer medizinischen und sozialen Betreuung.

(3) Der Ministerrat ist für die planmäßige Entwicklung der sozialistischen Familienpolitik verantwortlich.

## § 8

(1) Der Ministerrat vervollkommenet im Rahmen seiner Verantwortung und in Übereinstimmung mit den zu lösenden Aufgaben das sozialistische Recht und sorgt für dessen übersichtliche Gestaltung. Er sichert die Einbeziehung der Werkstätten und ihrer gesellschaftlichen Organisationen, vor allem der Gewerkschaften, in die Ausarbeitung und Verwirklichung von Rechtsvorschriften. Der Ministerrat analysiert die Wirksamkeit der Rechtsvorschriften, um diese ständig den Erfordernissen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft anzupassen.

(2) Der Ministerrat erläßt Rechtsvorschriften in Form von Verordnungen und Beschlüssen.

(3) Die Mitglieder des Ministerrates erlassen Rechtsvorschriften in Form von Anordnungen und Durchführungsbestimmungen. Den Leitern zentraler Staatsorgane, die nicht Mitglied des Ministerrates sind, kann das Recht zum Erlaß von Anordnungen und Durchführungsbestimmungen übertragen werden.

(4) Der Ministerrat hat das Recht, Beschlüsse der Räte der Bezirke, die den Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften widersprechen, aufzuheben.

(5) Der Ministerrat hat das Recht, Beschlüsse der Bezirkstage auszusetzen, die den Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften widersprechen.

## § 9

(1) Der Ministerrat sichert die strikte Verwirklichung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit. Er gewährleistet, daß die ihm unterstellten Staatsorgane, die wirtschaftslei-

tenden Organe, die Kombinate, Betriebe und Einrichtungen ihre Tätigkeit auf der Grundlage der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften ausüben.

(2) Der Ministerrat gewährleistet im Rahmen seiner Verantwortung den zuverlässigen Schutz der sozialistischen Gesellschaftsordnung, des sozialistischen Eigentums, des Lebens und der Gesundheit der Bürger sowie ihrer Rechte und ihrer Würde.

(3) Der Ministerrat sichert, daß Ordnung, Disziplin und Sicherheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fester Bestandteil der Leitungstätigkeit sind.

## § 10

(1) Der Ministerrat ist ein kollektiv arbeitendes Organ. Für die kollektive Tätigkeit, die Vorbereitung der Entscheidungen und für deren Durchführung ist jedes Mitglied dem Ministerrat persönlich verantwortlich.

(2) Der Ministerrat besteht aus dem Vorsitzenden des Ministerrates, den Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrates und den Ministern.

(3) Die Mitglieder des Ministerrates werden nach ihrer Wahl durch die Volkskammer vom Vorsitzenden des Ministerrates in ihre Funktion berufen.

(4) Zwischen den Tagungen der Volkskammer kann der Vorsitzende des Ministerrates den Auftrag zur Wahrnehmung einer Funktion als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates oder als Minister erteilen, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben des Ministerrates notwendig ist. Der Vorsitzende des Ministerrates ist verpflichtet, unverzüglich bei der Volkskammer die Wahl zum Mitglied des Ministerrates zu beantragen.

## § 11

(1) Der Ministerrat bildet aus seiner Mitte das Präsidium des Ministerrates und beschließt über dessen Zusammensetzung.

(2) Das Präsidium des Ministerrates nimmt auf der Grundlage der Beschlüsse des Ministerrates zwischen den Tagungen des Ministerrates dessen Funktion wahr.

(3) Das Präsidium des Ministerrates bereitet grundlegende Entscheidungen für die Beschlußfassung im Ministerrat vor. Es konzentriert die Tätigkeit des Ministerrates auf die von ihm zu lösenden Aufgaben.

## § 12

(1) Der Vorsitzende des Ministerrates leitet den Ministerrat und das Präsidium des Ministerrates. Er gewährleistet die Kollektivität bei der Verwirklichung der dem Ministerrat übertragenen Aufgaben.

(2) Der Vorsitzende des Ministerrates vertritt den Ministerrat und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Deutsche Demokratische Republik völkerrechtlich.

(3) Der Vorsitzende des Ministerrates hat das Recht, Mitgliedern des Ministerrates die Anleitung und Kontrolle gegenüber zentralen Staatsorganen zu übertragen, deren Leiter nicht Mitglied des Ministerrates sind.

(4) Der Vorsitzende des Ministerrates hat das Recht, Anordnungen zu erlassen. Er ist berechtigt, den Mitgliedern des Ministerrates und den Leitern der anderen Staatsorgane Weisungen zu erteilen und deren Durchführung zu kontrollieren.

(5) Der Vorsitzende des Ministerrates ist für die Anleitung und Kontrolle der Vorsitzenden der Räte der

Bezirke verantwortlich. Er hat das Recht, den Vorsitzenden der Räte der Bezirke Weisungen zu erteilen.

(6) Der Vorsitzende des Ministerrates ist berechtigt, Entscheidungen der Mitglieder des Ministerrates, Leiter der anderen Staatsorgane sowie der Vorsitzenden der Räte der Bezirke aufzuheben, die den Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften widersprechen.

#### § 13

(1) Der Ministerrat verwirklicht in seiner Arbeit die Einheit von Beschlußfassung, Organisation der Durchführung und Kontrolle. Er gewährleistet die Übereinstimmung von Verantwortung, Pflichten und Rechten sowie die ständige Vervollkommnung der Organisation der Arbeit der Staatsorgane und die Rationalisierung der Verwaltungsarbeit. Der Ministerrat nimmt Rechenschaftslegungen der Minister, der Leiter anderer zentraler Staatsorgane sowie der Vorsitzenden der Räte der Bezirke entgegen.

(2) Der Ministerrat gewährleistet eine den Erfordernissen entsprechende Aus- und Weiterbildung der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre. Er ist für eine der führenden Rolle der Arbeiterklasse entsprechende Kadernpolitik verantwortlich.

#### § 14

(1) Die Minister und die Leiter der anderen zentralen Staatsorgane leiten die ihnen übertragenen Verantwortungsbereiche nach dem Prinzip der Einzelleitung. Sie sind verpflichtet, die Durchführung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse, der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften in eigener Verantwortung zu sichern und die hierzu erforderlichen Entscheidungen zu treffen.

(2) Die Minister und die Leiter der anderen zentralen Staatsorgane haben zu gewährleisten, daß die Grundfragen ihrer Verantwortungsbereiche kollektiv beraten werden. Als beratende Organe der Minister bestehen Kollegien.

(3) Die Mitglieder des Ministerrates und die Leiter der anderen zentralen Staatsorgane sind verpflichtet, die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und des Ministerrates vor den örtlichen Volksvertretungen,

ihren Räten sowie den Werktätigen zu erläutern und mit ihnen deren Durchführung zu beraten. Sie haben zu gewährleisten, daß die fortgeschrittensten Erfahrungen verallgemeinert und die Vorschläge der Werktätigen ausgewertet werden.

(4) Die Mitglieder des Ministerrates und die Leiter der anderen zentralen Staatsorgane haben zu sichern, daß die leitenden Mitarbeiter der Staatsorgane, der wirtschaftsleitenden Organe, der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen das Vertrauensverhältnis zu den Werktätigen vertiefen, sie über die zu lösenden Aufgaben informieren, mit ihnen deren Durchführung beraten und ihre Teilnahme an der Leitung und Planung fördern.

(5) Die Mitglieder des Ministerrates und die Leiter der anderen zentralen Staatsorgane sind verpflichtet, den Ministerrat oder den Vorsitzenden des Ministerrates über alle für die gesellschaftliche Entwicklung bedeutsamen Erfahrungen und Erkenntnisse sowie über alle die Staatsinteressen berührenden Vorkommnisse sofort zu informieren.

#### § 15

(1) Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

- Gesetz vom 17. April 1963 über den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I Nr. 6 S. 89),
- Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Februar 1963 über die Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch den Ministerrat (GBl. I Nr. 1 S. 1),
- Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Januar 1966 über die Weiterentwicklung und Vereinfachung der staatlichen Führungstätigkeit in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung (GBl. I Nr. 5 S. 53),
- Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. April 1968 über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus (GBl. I Nr. 9 S. 223).

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Oktober neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Oktober neunzehnhundertzweiundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 35 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M., Teil II 1,60 M. — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M., bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M., bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M., bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M. je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M. mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 686. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck) Index 31 816





# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 17. Oktober 1972

Teil I Nr. 17

Tag	Inhalt	Seite
16. 10. 72	Gesetz über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972 .....	257
17. 10. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972 .....	264

**Gesetz  
über den Vertrag  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Bundesrepublik Deutschland  
über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972**

vom 16. Oktober 1972

## § 1

Die Volkskammer bestätigt den am 26. Mai 1972 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen des Verkehrs.

## § 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 33 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

## § 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Beschlussfassung in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Oktober neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Oktober neunzehnhundertzweiundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

I. Med. Universitätsklinik  
BIBLIOTHEK  
Halle (S.), Leninallee 22

**Vertrag**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Bundesrepublik Deutschland**  
**über Fragen des Verkehrs**

Die Deutsche Demokratische Republik  
 und  
 die Bundesrepublik Deutschland  
 sind,

in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entspannung in Europa zu leisten und normale gutnachbarliche Beziehungen beider Staaten zueinander zu entwickeln, wie sie zwischen voneinander unabhängigen Staaten üblich sind,

geleitet von dem Wunsch, Fragen des grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehrs beider Vertragsstaaten in und durch ihre Hoheitsgebiete zu regeln,

übereingekommen,

diesen Vertrag abzuschließen:

**I. Allgemeine Bestimmungen**

**Artikel 1**

1. Gegenstand des Vertrages ist der gegenseitige Wechsel- und Transitverkehr auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen mit Transportmitteln, die im Geltungsbereich dieses Vertrages zugelassen oder registriert sind — im folgenden Verkehr genannt.

Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Benutzung bestimmter Transportmittel bleiben unberührt.

2. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, den Verkehr in und durch ihre Hoheitsgebiete entsprechend der üblichen internationalen Praxis auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Nichtdiskriminierung in größtmöglichem Umfang zu gewähren, zu erleichtern und möglichst zweckmäßig zu gestalten.

**Artikel 2**

Der Verkehr unterliegt dem Recht desjenigen Staates, in dessen Gebiet er durchgeführt wird, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt.

**Artikel 3**

1. Die Verkehrsteilnehmer können die im anderen Vertragsstaat für den öffentlichen Verkehr zugelassenen Verkehrseinrichtungen benutzen.

2. Soweit ein Vertragsstaat bestimmte Verkehrswege festlegt, auf denen der Transitverkehr durch sein Ge-

biet zu erfolgen hat, wird er sich dabei von dem Gesichtspunkt einer möglichst zweckmäßigen Gestaltung dieses Verkehrs leiten lassen.

**Artikel 4**

Der Verkehr erfolgt über die vorgesehenen Grenzübergangsstellen. Über Veränderungen werden sich das Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und das Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland vorher ins Benehmen setzen.

**Artikel 5**

Die vom anderen Vertragsstaat ausgestellten amtlichen Dokumente, die zum Führen von Transportmitteln berechtigen, sowie die amtlichen Dokumente für die auf dessen Gebiet zugelassenen oder registrierten Transportmittel werden gegenseitig anerkannt, soweit in Artikel 20 nichts anderes vereinbart ist.

Die Verkehrsteilnehmer weisen sich durch von den zuständigen Organen beziehungsweise Behörden der Vertragsstaaten ausgestellte amtliche Personaldokumente, die zum Grenzübertritt berechtigen, aus.

**Artikel 6**

1. Für bestimmte im Zusammenhang mit dem Verkehr erhobene Abgaben und Gebühren kann eine Pauschalabgeltung vereinbart werden.

2. Reisegebrauchs- und -verbrauchsgegenstände, die Verkehrsteilnehmer mit sich führen, bleiben frei von Ein- und Ausgangsabgaben sowie ähnlichen Gebühren.

Für die in üblicher Menge in Transportmitteln mitgeführten Treibstoff- und Schmiermittelvorräte sowie Ausrüstungs-, Ersatz- und Zubehörteile werden keine Ein- und Ausgangsabgaben sowie ähnliche Gebühren erhoben.

**Artikel 7**

1. Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, daß bei Unfällen und Havarien auf seinem Gebiet die notwendige Hilfe einschließlich Pannen- und Abschleppdienst, medizinischer Betreuung sowie Werft- und Werkstatthilfe geleistet wird.

2. Bei Havarien und Unfällen gelten für deren Untersuchung sowie für die Ausfertigung der erforderlichen Protokolle die Rechtsvorschriften am Unfallort. Die Protokolle, die für die Schadensregulierung erforderlich sind, werden gegenseitig übermittelt.

**Artikel 8**

Es erfolgt eine gegenseitige Information über den Straßenzustand, Umleitungen größeren Ausmaßes auf-

Autobahnen und wichtigen Fernstraßen, über Tauchtiefen, Pegelstände, Schleusenbetriebszeiten, Schifffahrtssperren sowie andere Nachrichten, die den Verkehrsablauf betreffen.

#### Artikel 9

Im Interesse einer möglichst einfachen und zweckmäßigen Gestaltung des Verkehrs werden sich die Vertragsstaaten bei der Planung und Durchführung von Bauvorhaben, die Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Verkehr des anderen Vertragsstaates haben, informieren und entsprechend den Erfordernissen einen Meinungsaustausch führen.

### II. Eisenbahnverkehr

#### Artikel 10

1. Im Eisenbahnverkehr werden die Fahrpläne der Regel- und Bedarfszüge, die Zugbildung und die Wagengestellung für Reisezüge unter Berücksichtigung des Verkehrsaufkommens auf den internationalen Fahrplankonferenzen oder zwischen den zuständigen zentralen Stellen der Vertragsstaaten vereinbart.

2. Bei außergewöhnlich umfangreichem Verkehrsaufkommen wird im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten der Einsatz zusätzlicher Züge vereinbart.

#### Artikel 11

1. Für die Beförderung von Reisenden und Gepäck gelten das Internationale Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) und seine Zusatzabkommen.

2. Für die Beförderung von Frachtgut gelten das Internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM) und seine Zusatzabkommen.

#### Artikel 12

1. Grenzstrecke im Sinne dieses Vertrages ist der Abschnitt einer durchgehenden Bahnlinie — einschließlich an ihr liegender Betriebsdienststellen von untergeordneter Bedeutung — zwischen den jeweiligen Grenzbahnhöfen der Vertragsstaaten. Auf diesen Strecken gelten im Gebiet jedes Vertragsstaates dessen Rechtsvorschriften. Das gilt auch für die Betriebsvorschriften der Eisenbahnen. Ausnahmen können vereinbart werden.

2. Jede Eisenbahnverwaltung unterhält, wartet und erneuert die Eisenbahnanlagen und -einrichtungen auf ihren Strecken. Soweit Ausnahmen nicht in diesem Vertrag geregelt sind, können sie vereinbart werden.

3. Die zuständigen zentralen Stellen der Vertragsstaaten informieren sich gegenseitig über beabsichtigte Veränderungen an den Anlagen und in der Technologie

auf den Grenzstrecken und Grenzbahnhöfen, soweit diese Auswirkungen auf die Abwicklung des Verkehrs haben.

4. Die Eisenbahnverwaltungen stimmen den Zeitpunkt von Unterhaltungs-, Wartungs- oder Erneuerungsarbeiten auf den Grenzstrecken ab, wenn sich Auswirkungen auf den Verkehr ergeben können.

5. Die Eisenbahnverwaltungen vereinbaren die Unterhaltung, Wartung oder Erneuerung ihrer Sicherungs- und Fernmeldeanlagen, die sich auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaates befinden.

6. Die zwischen den Betriebsstellen der Eisenbahnen beider Vertragsstaaten bestehenden Fernmeldeleitungen dürfen nur für eisenbahndienstliche Mitteilungen benutzt werden. Diese Leitungen dürfen nicht mit dem bahneigenen oder öffentlichen Netz verbunden sein.

7. Einzelfragen der Durchführung des Eisenbahnverkehrs auf den Grenzstrecken werden gesondert vereinbart.

#### Artikel 13

1. Die Ausweise für das Fahr- und Zugbegleitpersonal werden gegenseitig anerkannt.

2. Die Beschäftigten der Eisenbahnverwaltungen, die auf dem Gebiete des anderen Vertragsstaates eingesetzt sind, müssen ihre Dienstuniform tragen. Sie haben die Dienstvorschriften der anderen Eisenbahnverwaltung einzuhalten. Sie sind berechtigt, die für die Ausübung ihrer Tätigkeit erforderlichen Ge- und Verbrauchsgegenstände abgaben- und gebührenfrei mit sich zu führen. Auf den Grenzbahnhöfen werden ihnen Ruheräume zur Verfügung gestellt. Erforderlichenfalls wird ihnen medizinische Hilfe geleistet.

#### Artikel 14

1. Die Deutsche Demokratische Republik gestattet die Durchführung des Güterverkehrs der Deutschen Bundesbahn nach und von Heringen/Werra (Bundesrepublik Deutschland) durch ihr Gebiet auf den Strecken der Deutschen Reichsbahn zwischen Gerstungen und Dankmarshausen, soweit dieser Verkehr die Kaliproduktion in diesem Raum betrifft. Die kommerziellen und betriebstechnischen Bedingungen für diesen Verkehr werden gesondert vereinbart.

2. Kalitransporte aus Heringen/Werra für die Deutsche Demokratische Republik oder im Transit durch deren Gebiet in dritte Staaten werden auf direktem Wege dem Grenzbahnhof Gerstungen zugeführt. Die Grenzabfertigung in Gerstungen erfolgt in der gleichen Weise wie bei Sendungen, die die Grenzübergänge Bebra (Bundesrepublik Deutschland) / Gerstungen (Deutsche Demokratische Republik) passieren.

## Artikel 15

1. Die Deutsche Demokratische Republik gestattet die Durchführung des Eisenbahnverkehrs der Deutschen Bundesbahn nach und von dem Bahnhof Obersuhl (Bundesrepublik Deutschland) über einen Grenzstreckenabschnitt durch ihr Gebiet. Die Gestattung umfaßt die unentgeltliche Nutzung des für die Strecke, die Hochbauten und Nebeneinrichtungen erforderlichen Geländes. Dieser Streckenabschnitt der Deutschen Reichsbahn wird von der Deutschen Bundesbahn auf ihre Kosten gewartet und unterhalten. Der Verkehr über die Grenzübergänge Gerstungen/Bebra darf dadurch nicht beeinträchtigt werden.

2. Die Deutsche Demokratische Republik gestattet die Durchführung des Eisenbahnverkehrs der Deutschen Bundesbahn zwischen den Bahnhöfen Schwebda (Bundesrepublik Deutschland) und Heldra (Bundesrepublik Deutschland) über einen Grenzstreckenabschnitt durch ihr Gebiet zu den gleichen Bedingungen, die in Ziffer 1 vereinbart sind.

## Artikel 16

Die Bundesrepublik Deutschland gestattet die Durchführung des Eisenbahnverkehrs der Deutschen Reichsbahn auf dem zweigleisigen Abschnitt der Strecke Wartha/Werra (Deutsche Demokratische Republik) — Gerstungen durch ihr Gebiet. Dieser Streckenabschnitt wird von der Deutschen Reichsbahn auf ihre Kosten und mit ihren Beschäftigten betrieben, gewartet und unterhalten. Die Gestattung umfaßt die unentgeltliche Nutzung des für die Strecke, die Hochbauten und Nebeneinrichtungen erforderlichen Geländes.

## III. Binnenschiffsverkehr

## Artikel 17

1. Die Vertragsstaaten wirken in ihrem Gebiet darauf hin, daß die Voraussetzungen für einen schnellen und wirtschaftlichen Schiffsumlauf gegeben sind.

2. Auf der Basis der Gegenseitigkeit wird eine Erlaubnis zum Befahren der Wasserstraßen nicht verlangt.

## Artikel 18

1. Die Beförderung von Gütern zwischen Häfen und Ladestellen des anderen Vertragsstaates (Kabotage) bedarf einer besonderen Genehmigung seiner zuständigen Organe beziehungsweise Behörden.

2. Einer Genehmigung bedarf es nicht, wenn auf dem Rückweg von einer Transifahrt Güter in das Gebiet des anderen Vertragsstaates befördert werden (Anschlußkabotage).

## Artikel 19

1. Werden Liegeplätze vorgeschrieben, so gilt Artikel 17, Ziffer 1 entsprechend. An besonders hierfür zugelassenen Liegeplätzen wird den Besatzungen der Binnenschiffe Landgang gewährt.

2. Soweit Liegeplätze vorgeschrieben werden, sind bei außergewöhnlichen Ereignissen wie Unfällen, Betriebsstörungen, Erkrankungen oder Naturkatastrophen sowie nach Aufforderung oder mit Genehmigung der zuständigen Organe beziehungsweise Behörden des betreffenden Vertragsstaates Fahrtunterbrechungen und Landgang auch an anderen geeigneten Plätzen gestattet. Der Schiffsführer hat die zuständigen Organe beziehungsweise Behörden über die Fahrtunterbrechung bei außergewöhnlichen Ereignissen und die dafür maßgebenden Gründe zu unterrichten.

3. Sofern eine Weiterfahrt infolge Hoch- oder Niedrigwasser, Vereisung oder Havarie nicht mehr oder nur mit Einschränkungen möglich ist, wird gegenseitig die Möglichkeit des Umschlags von Gütern oder die Leichterung von Binnenschiffen gewährt. Der vorgesehene Umschlag oder die Leichterung ist den zuständigen Organen beziehungsweise Behörden zu melden und darf nur in ihrer Gegenwart erfolgen.

## Artikel 20

1. Die gegenseitige Anerkennung von Dokumenten gemäß Artikel 5 gilt in der Binnenschifffahrt nur für die Befähigungszeugnisse, die für Elbe und Mittellandkanal ausgestellt sind. Schiffszeugnisse (-atteste) der Deutschen Demokratischen Republik werden nur für die Wasserstraßen anerkannt, die zum Geltungsbereich der Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gehören. Schiffszeugnisse (-atteste) der Bundesrepublik Deutschland werden auf den Wasserstraßen der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt.

2. Das Befahren der Binnenwasserstraßen des einen Vertragsstaates durch übermäßige Einzelfahrzeuge und Schiffsverbände des anderen Vertragsstaates bedarf der Zustimmung seiner zuständigen Organe beziehungsweise Behörden.

Übermäßig sind solche Einzelfahrzeuge oder Schiffsverbände, die die in den Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaates für die Benutzung seiner Wasserstraßen festgelegten Abmessungen überschreiten.

3. Schwimmende Geräte und Schwimmkörper können transportiert, Schiffsneubauten überführt werden. Sportboote, Rennboote und andere individuelle Wasserfahrzeuge können als Deckladung oder im Schlepp befördert werden.

4. Soweit Fahrtrouten vorgeschrieben sind, bedarf das Abweichen von ihnen der Genehmigung der zuständigen Organe beziehungsweise Behörden.

#### Artikel 21

Binnenschiffe werden dann als zollverschlußsicher anerkannt, wenn sie entsprechend der allgemein üblichen internationalen Praxis zum Transport von Gütern unter Zollverschluß zugelassen sind.

Als Nachweis der zollverschlußsicheren Einrichtung werden Zollverschlußanerkennnisse anerkannt.

#### Artikel 22

Für die Benutzung der Wasserstraßen einschließlich der Schleusen, Schiffshebewerke sowie Schiffs Liegeplätze werden entsprechend den dort geltenden Rechtsvorschriften Abgaben und Gebühren erhoben.

#### Artikel 23

Die Vertragsstaaten gewährleisten einen reibungslosen Binnenschiffsverkehr auf dem Abschnitt zwischen Kilometer 472,6 bis Kilometer 566,3 der Elbe.

### IV. Kraftverkehr

#### Artikel 24

1. Gewerbliche Personenbeförderung im Sinne dieses Vertrages ist die entgeltliche oder geschäftsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen und Anhängern.

2. Gütertransporte mit Kraftfahrzeugen im Sinne dieses Vertrages sind der gewerbliche Güterkraftverkehr und der Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen und Anhängern.

#### Artikel 25

1. Jeder Vertragsstaat wird das Recht auf die Anwendung des Genehmigungsverfahrens für die gewerbliche Beförderung von Personen im Gelegenheitsverkehr und für Gütertransporte mit Kraftfahrzeugen in oder durch sein Gebiet auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nicht ausüben.

2. Unternehmen aus dem einen Vertragsstaat bedürfen für die gewerbliche Beförderung von Personen im Kraftomnibus-Linienverkehr in oder durch das Gebiet des anderen Vertragsstaates einer Beförderungsgenehmigung dieses Staates.

3. Jeder Vertragsstaat behält sich das Recht der Genehmigung für die gewerbliche Beförderung von Personen, die auf seinem Gebiet aufgenommen werden sollen, sowie für den Transport von Gütern vor, wenn dieser ausschließlich auf seinem Gebiet durchgeführt werden soll.

#### Artikel 26

Soweit Bau und Ausrüstung der Fahrzeuge den am Zulassungsort geltenden Vorschriften entsprechen, werden sie gegenseitig als ausreichend anerkannt. Kraftfahrzeuge und Anhänger, die einschließlich ihrer Ladung die im Gebiet des anderen Vertragsstaates vorgeschriebenen Maße oder Gewichte überschreiten, bedürfen für die Fahrt in oder durch diesen Vertragsstaat einer Ausnahmegenehmigung seiner zuständigen Organe beziehungsweise Behörden.

#### Artikel 27

Die im Verkehr eingesetzten Kraftfahrzeuge müssen haftpflichtversichert sein. Der Ausgleich von Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen ist Gegenstand gesonderter Regelungen.

#### Artikel 28

Für Gütertransporte im Straßenverkehr gelten:

- das Zollübereinkommen vom 15. Januar 1959 über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR,
- das Europäische Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR).

### V. Seeverkehr

#### Artikel 29

1. Die Vertragsstaaten kommen überein, sich gegenseitig die Benutzung von Seehäfen und anderen Einrichtungen des Seeverkehrs für den Transport und Umschlag von Gütern zu ermöglichen. Sie gewährleisten in ihren Seehäfen den Schiffen des anderen Vertragsstaates die gleiche Behandlung wie den Schiffen anderer Staaten; das gilt insbesondere für die Abfertigung, die Erhebung von Gebühren und Hafengebühren, den freien Zugang zu ihren Seehäfen und deren Benutzung.

2. Seeschiffen, die die Flagge des einen Vertragsstaates führen, wird der Transport von Gütern aus und nach dem anderen Vertragsstaat ermöglicht. Die Beförderung von Gütern zwischen Häfen und Ladestellen des anderen Vertragsstaates (Kabotage) bedarf einer besonderen Genehmigung seiner zuständigen Organe beziehungsweise Behörden.

#### Artikel 30

1. Schiffe unter der Flagge eines der Vertragsstaaten, welche die nach seinem Recht zum Nachweis der Staatszugehörigkeit vorgeschriebenen Dokumente mit sich führen, gelten als Schiffe dieses Vertragsstaates.

2. Schiffe, die mit ordnungsgemäß ausgestellten Schiffsmeßbriefen versehen sind, werden von einer nochmaligen Ausmessung beziehungsweise Nachmessung befreit.

3. Der Berechnung der Hafengebühren wird das in den Schiffsmeßbriefen angegebene Volumen des Schiffes zugrunde gelegt.

#### Artikel 31

In den Hoheitsgewässern des einen Vertragsstaates unterliegen die Schiffe des anderen Vertragsstaates den Vorschriften über die Besatzung, Ausrüstung, Einrichtungen, Schiffssicherheitsmittel, Vermessung und Seetüchtigkeit, die in dem Staat gelten, unter dessen Flagge das Schiff fährt.

### VI. Schlußbestimmungen

#### Artikel 32

1. Eventuell auftretende Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung oder Auslegung dieses Vertrages werden durch eine Kommission beider Vertragsstaaten geklärt.

2. Die Delegationen werden in der Kommission durch bevollmächtigte Vertreter des Ministers für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik beziehungsweise des Bundesministers für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland geleitet.

3. Die Kommission tritt auf Ersuchen eines der beiden Vertragsstaaten zusammen.

4. Einzelheiten des Verfahrens werden durch die Kommission festgelegt.

5. Kann die Kommission eine ihr zur Behandlung vorgelegte Meinungsverschiedenheit nicht regeln, wird diese Frage den Regierungen unterbreitet, die sie auf dem Verhandlungswege beilegen.

#### Artikel 33

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres gekündigt werden.

Dieser Vertrag tritt an dem Tage in Kraft, an dem die beiden Regierungen sich gegenseitig durch Notenwechsel mitteilen, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Vertrages erfüllt sind.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet.

GESCHEHEN in Berlin am 26. Mai 1972 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Deutsche  
Demokratische Republik  
Michael Kohl

Für die Bundesrepublik  
Deutschland  
Egon Bahr

### Protokollvermerke zum Vertrag

#### zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen des Verkehrs

##### Protokollvermerk zu Artikel 1:

Ein Personenverkehr mit Seepassagierschiffen und Binnenschiffen besteht zur Zeit nicht. Beide Seiten stimmen überein, bei Vorliegen der Voraussetzungen Verhandlungen über die Möglichkeit der Regelung dieser Fragen aufzunehmen.

##### Protokollvermerk zu Artikel 12:

Die beiden Eisenbahnverwaltungen werden die Einrichtung weiterer Fernsprechverbindungen für eisenbahndienstliche Mitteilungen prüfen.

##### Protokollvermerk zu Artikel 17:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß sie bei Wiedereinführung des Permittenzverfahrens für Binnenschiffe der Deutschen Demokratischen Republik das Erlaubnisverfahren für Binnenschiffe der Bundesrepublik Deutschland wieder in Kraft setzen wird.

##### Protokollvermerk zu Artikel 21:

Die Vertragsstaaten erklären, daß sie die gegenwärtige Praxis bei der Sicherheitsleistung für die Binnenschiffe und deren Ladung nicht ändern werden.

##### Protokollvermerk zu Artikel 23:

1. Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland besteht Übereinstimmung, daß sich ihre zuständigen Organe beziehungsweise Behörden über Arbeiten zur Erhaltung eines ordnungsgemäßen Zustandes für den Wasserabfluß und die Erhaltung der Schifffahrt auf der Elbe zwischen Kilometer 472,6 und Kilometer 566,3, wie zum Beispiel Längs- und Querpeilungen, Abflußmessungen, Baggerungen zur Beseitigung von Untiefen und die Beseitigung von Schifffahrtshindernissen, rechtzeitig vorher informieren. Eisauflauf sowie die Kennzeichnung des Fahrwassers werden in beiderseitiger Abstimmung durchgeführt.
2. Das Fahrwasser, die Strombauwerke und Hafeneinfahrten auf diesem Abschnitt der Elbe werden entsprechend der bisherigen Praxis gekennzeichnet. Dabei gehen beide Seiten von dem Zustand im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrages aus. Eine Änderung der Bezeichnung bedarf der Abstimmung zwischen ihren zuständigen Organen beziehungsweise Behörden.

3. Bei Unfällen und Havarien in diesem Abschnitt der Elbe werden die Untersuchung und die Ausfertigung der Protokolle von den zuständigen Aufsichts- und Kontrollorganen beziehungsweise Behörden desjenigen Vertragsstaates vorgenommen, dessen Binnenschiff am Unfall oder an der Havarie beteiligt ist. Sind Binnenschiffe beider Vertragsstaaten am Unfall oder an der Havarie beteiligt, werden ihre zuständigen Organe beziehungsweise Behörden die Untersuchung gesondert vornehmen und die Protokolle austauschen.
4. Binnenschiffe der Deutschen Demokratischen Republik, die auf diesem Grenzstreckenabschnitt der Elbe im Binnenverkehr zwischen Häfen der Deutschen Demokratischen Republik eingesetzt sind, werden mit einer besonderen Flagge gekennzeichnet und unterliegen nicht der Grenzabfertigung durch Behörden der Bundesrepublik Deutschland.

**Protokollvermerk zu Artikel 25:**

Der Antrag auf Genehmigung eines grenzüberschreitenden Kraftomnibus-Linien- oder -Transitlinienverkehrs ist bei dem zuständigen Organ beziehungsweise der zuständigen Behörde des Vertragsstaates zu stellen, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat. Falls keine Bedenken gegen diesen Antrag bestehen, übersendet das Verkehrsministerium des Vertragsstaates, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat, den Antrag mit einer Stellungnahme dem Verkehrsministerium des anderen Vertragsstaates.

Die Antragstellung und Erteilung der Genehmigung für den Teil der Strecke, der auf dem Gebiet des jeweiligen Vertragsstaates verläuft, erfolgt nach dessen Rechtsvorschriften.

An der Durchführung des Kraftomnibus-Linien- oder -Transitlinienverkehrs in oder durch das Gebiet des anderen Vertragsstaates sind auf dessen Verlangen seine Unternehmen zu beteiligen.

**Protokollvermerk zu Artikel 26:**

Bis zu der notwendigen gleichberechtigten Mitgliedschaft beider Staaten in dem

- Zollübereinkommen vom 15. Januar 1959 über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR und dem
- Europäischen Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)

bleibt Artikel 28 des Verkehrsvertrages suspendiert.

**Protokollvermerk zu Artikel 32:**

Die entsprechend Artikel 32 zu bildende Kommission kann zu gegebener Zeit auch Fragen der weiteren Erleichterung und zweckmäßigen Gestaltung des Personen- und Güterverkehrs beraten. Entsprechende Vorschläge bedürfen der Entscheidung durch die Regierungen oder deren zuständige Organe beziehungsweise Behörden.

**Protokollvermerk zum Luftverkehr:**

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland stimmen darin überein, zu gegebener Zeit Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen aufzunehmen, um die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Luftverkehrs zu entwickeln.

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Vertrages**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Bundesrepublik Deutschland**  
**über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972**  
**vom 17. Oktober 1972**

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 16. Oktober 1972 über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972 wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag nach dem erfolgten Notenwechsel gemäß seinem Artikel 33 am 17. Oktober 1972 in Kraft tritt.

Berlin, den 17. Oktober 1972

**Der Sekretär des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 299 38 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 299 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,30 M., Teil II 1,30 M. — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M., bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M., bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M., bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M. je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M. mehr.

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) an der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41.

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck) Index 31 816

FOURTH EDITION

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

100 000

111 M  
0000





# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 17. Oktober 1972

Teil I Nr. 18

Tag	Inhalt	Seite
18. 10. 72	Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsbürgerschaft .....	265

**Gesetz**  
zur Regelung von Fragen der Staatsbürgerschaft  
vom 16. Oktober 1972

I. Med. Universitätsklinik  
Bibliothek  
Halle (5.), Leninallee 22

## § 1

(1) Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die vor dem 1. Januar 1972 unter Verletzung der Gesetze des Arbeiter-und-Bauern-Staates die Deutsche Demokratische Republik verlassen und ihren Wohnsitz nicht wieder in der Deutschen Demokratischen Republik genommen haben, verlieren mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik.

(2) Abkömmlinge der in Abs. 1 genannten Personen verlieren mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik, soweit sie ohne Genehmigung der staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik ihren Wohnsitz außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik haben.

## § 2

Eine strafrechtliche Verfolgung der in § 1 Abs. 1 des Gesetzes genannten Personen wegen ungenehmigten Verlassens der Deutschen Demokratischen Republik findet nicht statt.

## § 3

Der Ministerrat erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsvorschriften.

## § 4

- (1) Das Gesetz tritt am 17. Oktober 1972 in Kraft.  
(2) Entgegenstehende Rechtsvorschriften sind aufgehoben.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Oktober neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Oktober neunzehnhundertzweiundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

# Wichtige Mitteilung an alle Postabonnenten

Entsprechend der „Verordnung über das Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik“, veröffentlicht im GBL der DDR Teil II Nummer 51 vom 10. September 1972, tritt ab 1. Januar 1973 beim Gesetzblatt der DDR eine Inhaltsänderung ein.

Es werden von diesem Zeitpunkt an im

## Gesetzblatt der DDR Teil I

Gesetze und andere allgemeinverbindliche Rechtsvorschriften mit Ausnahme von völkerrechtlichen Verträgen veröffentlicht.

Abonnementsgebühr je Quartal 2,50 M

## Gesetzblatt der DDR Teil II

enthält ausschließlich völkerrechtliche Verträge.

Abonnementsgebühr je Quartal 3,— M

Um den fortlaufenden Bezug des Gesetzblattes der DDR möglichst reibungslos zu gewährleisten, werden die bisherigen Abonnenten des GBL Teil II ab 1. Januar 1973 auf der Grundlage ihres Abonnements automatisch mit dem neuen Teil I beliefert.

Die Abonnementsunterlagen der jetzigen Bezieher vom Teil I werden gelöscht.

Interessenten für den neuen, nur völkerrechtliche Verträge enthaltenden Teil II des GBL müssen ihre Bestellung beim zuständigen Postzeitungsvertrieb aufgeben.

Bei Bedarfsänderung jeder Art sind für das I. Quartal 1973 unbedingt die verbindlichen Termine zu beachten. So können **Zubestellungen bis spätestens 20. Dezember 1972** und **Abbestellungen nur bis spätestens 10. Dezember 1972** durch die zuständigen Postzeitungsvertriebe berücksichtigt werden.

Sichern Sie sich durch Einhalten dieser Termine den schnellsten Bezug des Gesetzblattes der DDR.

Die Bezugsbedingungen für Sonderdrucke des Gesetzblattes bleiben unverändert (d. h. kein Bezug über den Postzeitungsvertrieb).



**STAATSVERLAG  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 35 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr  
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1054 Berlin, Schwedter Straße 263, Telefon: 42 46 41  
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck) **Index 31 816**



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 20. Oktober 1972

Teil I Nr. 19

Tag	Inhalt	Seite
16. 10. 72	Gesetz zu der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxin-Waffen und über ihre Vernichtung .....	267
2. 10. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien vom 12. Mai 1972 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand .....	282
5. 10. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien vom 1. Juni 1972 .....	282

### Gesetz

#### zu der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxin-Waffen und über ihre Vernichtung

vom 16. Oktober 1972

## § 1

Die Volkskammer erteilt der am 10. April 1972 in Moskau unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxin-Waffen und über ihre Vernichtung ihre Zustimmung.

## § 2

Der Tag, an dem die Konvention gemäß ihrem Ar-

tikel XIV wirksam wird, ist im Gesetzblatt der DDR bekanntzugeben.

## § 3

Der Ministerrat wird beauftragt, die zur Durchführung der Konvention erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

## § 4

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am sechzehnten Oktober neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den sechzehnten Oktober neunzehnhundertzweiundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Uibrich

I. Med. Universitätsklinik  
Bibliothek  
Halle (S.), Lenczaffee 21

## Inoffizielle Übersetzung

**Konvention**  
**über das Verbot der Entwicklung, Herstellung**  
**und Lagerung von bakteriologischen (biologischen)**  
**und Toxin-Waffen und über ihre Vernichtung**

Die Teilnehmerstaaten der vorliegenden Konvention haben,

entschlossen, für die Herbeiführung wirksamer Fortschritte auf dem Wege der allgemeinen und vollständigen Abrüstung einschließlich des Verbots und der Vernichtung aller Arten von Massenvernichtungswaffen zu wirken, und in der Überzeugung, daß das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von chemischen und bakteriologischen (biologischen) Waffen und ihre Vernichtung durch wirksame Maßnahmen dazu beitragen werden, die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen,

in Anerkennung der großen Bedeutung des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Anwendung von erstickenden, giftigen und anderen ähnlichen Gasen und bakteriologischen Mitteln im Kriege und auch eingedenk des Beitrages, den das genannte Protokoll bereits zur Minderung der Schrecken des Krieges geleistet hat und weiterhin leistet,

in Bekräftigung ihres Festhaltens an den Zielen und Prinzipien dieses Protokolls und mit der Aufforderung an alle Staaten, diese strikt einzuhalten,

eingedenk dessen, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen wiederholt alle Handlungen, die den Prinzipien und Zielen des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 widersprechen, verurteilt hat,

von dem Wunsch geleitet, zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Völkern und zur allgemeinen Verbesserung der internationalen Atmosphäre beizutragen,

ferner von dem Wunsch geleitet, zur Verwirklichung der Ziele und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen beizutragen,

überzeugt von der Bedeutung und dringenden Notwendigkeit, durch wirksame Maßnahmen solche gefährlichen Massenvernichtungswaffen, in denen chemische oder bakteriologische (biologische) Stoffe Verwendung finden, aus den Arsenalen der Staaten zu entfernen,

in der Erkenntnis, daß eine Vereinbarung über das Verbot bakteriologischer (biologischer) und Toxin-Waffen einen ersten, möglichen Schritt zur Erzielung einer Übereinkunft über wirksame Maßnahmen auch für ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von chemischen Waffen darstellt, und entschlossen, Verhandlungen zu diesem Zweck fortzuführen,

entschlossen, zum Wohle der gesamten Menschheit die Möglichkeit eines Einsatzes bakteriologischer (biologischer) Stoffe und Toxine als Waffen völlig auszuschließen,

in der Überzeugung, daß eine solche Anwendung mit dem Gewissen der Menschheit unvereinbar wäre und daß keine Anstrengungen gescheut werden sollten, um diese Gefahr zu verringern,

folgendes vereinbart:

## Artikel I

Jeder Teilnehmerstaat der vorliegenden Konvention verpflichtet sich:

1. mikrobiologische oder andere biologische Stoffe oder Toxine gleich welchen Ursprungs oder welcher Herstellungsart, die nach Art und Menge nicht für prophylaktische, schützende oder andere friedliche Verwendungszwecke bestimmt sein können,
2. Waffen, Ausrüstungen oder Trägermittel, die für den Einsatz solcher Stoffe oder Toxine zu feindseligen Zwecken oder in bewaffneten Auseinandersetzungen bestimmt sind,

zu keiner Zeit und unter keinen Umständen zu entwickeln, herzustellen, zu lagern oder anderweitig zu erwerben oder zu behalten.

## Artikel II

Jeder Teilnehmerstaat der vorliegenden Konvention verpflichtet sich, so bald wie möglich, jedoch nicht später als neun Monate nach dem Inkrafttreten der Konvention alle in seinem Besitz oder seiner Jurisdiktion oder Verfügungsgewalt befindlichen Stoffe, Toxine, Waffen, Ausrüstungen und Trägermittel, wie sie in Artikel I der Konvention genannt sind, zu vernichten oder friedlichen Zwecken zuzuführen. Bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Artikels sind alle notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt zu treffen.

## Artikel III

Jeder Teilnehmerstaat der vorliegenden Konvention verpflichtet sich, keine der in Artikel I der Konvention genannten Stoffe, Toxine, Waffen, Ausrüstungen oder Trägermittel direkt oder indirekt an irgendeinen Empfänger weiterzugeben und in keiner Weise einen Staat, eine Staatengruppe oder internationale Organisationen zu unterstützen, zu ermutigen oder zu veranlassen, diese herzustellen oder anderweitig zu erwerben.

## Artikel IV

Jeder Teilnehmerstaat der vorliegenden Konvention hat entsprechend seinem verfassungsmäßigen Verfahren die notwendigen Maßnahmen zum Verbot und zur Verhinderung der Entwicklung, Herstellung, Lagerung, des Erwerbs und der Einbehaltung der in Artikel I der Konvention genannten Stoffe, Toxine, Waffen, Ausrüstungen und Trägermittel innerhalb des Territoriums dieses Staates, unter seiner Jurisdiktion oder unter seiner Verfügungsgewalt, wo immer dies auch sei, zu ergreifen.

## Artikel V

Die Teilnehmerstaaten der Konvention verpflichten sich, bei der Lösung jener Probleme, die in bezug auf das Ziel oder bei der Anwendung der Bestimmungen der vorliegenden Konvention auftreten können, einander zu konsultieren und zusammenzuarbeiten. Konsultationen und Zusammenwirken gemäß diesem Artikel können auch durch geeignete internationale Verfahren im Rahmen der Vereinten Nationen und in Einklang mit ihrer Charta erfolgen.

## Artikel VI

1. Jeder Teilnehmerstaat der Konvention, der feststellt, daß Handlungen eines anderen Teilnehmer-

staates die sich aus den Bestimmungen der vorliegenden Konvention ergebenden Verpflichtungen verletzen, kann beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Beschwerde einlegen. Eine solche Beschwerde muß alle verfügbaren Beweise, die ihre Gültigkeit bestätigen, sowie den Antrag auf ihre Erörterung durch den Sicherheitsrat enthalten.

2. Jeder Teilnehmerstaat der Konvention verpflichtet sich, bei der Durchführung von Untersuchungen, die vom Sicherheitsrat entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen auf Grund der beim Rat eingegangenen Beschwerde vorgenommen werden können, mitzuwirken. Der Sicherheitsrat unterrichtet die Teilnehmerstaaten der Konvention über die Ergebnisse der Untersuchung.

#### Artikel VII

Jeder Teilnehmerstaat der Konvention verpflichtet sich, jedem anderen Teilnehmer der Konvention, der darum ersucht, in Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen Hilfe zu leisten oder Unterstützung zu gewähren, wenn der Sicherheitsrat zu dem Schluß kommt, daß jener Teilnehmer auf Grund einer Verletzung der vorliegenden Konvention einer Gefahr ausgesetzt ist.

#### Artikel VIII

Keine in der vorliegenden Konvention enthaltene Bestimmung darf so ausgelegt werden, als beschränke oder beeinträchtige sie in irgendeiner Weise die Verpflichtungen, die von einem Staat entsprechend dem Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder anderen ähnlichen Gasen und bakteriologischen Mitteln im Krieg übernommen wurden.

#### Artikel IX

Jeder Teilnehmerstaat der vorliegenden Konvention bekräftigt das anerkannte Ziel eines wirksamen Verbots chemischer Waffen und verpflichtet sich zu diesem Zweck, im Geiste des guten Willens Verhandlungen zur Erzielung einer baldigen Übereinkunft über wirksame Maßnahmen zum Verbot ihrer Entwicklung, Herstellung und Lagerung und zu ihrer Vernichtung sowie über geeignete Maßnahmen hinsichtlich von Ausrüstungen und Trägermitteln, die speziell für die Herstellung oder zur Verwendung von chemischen Stoffen als Waffe bestimmt sind, fortzuführen.

#### Artikel X

1. Die Teilnehmerstaaten der Konvention verpflichten sich, den möglichst vollständigen Austausch von Ausrüstungen, Materialien, wissenschaftlichen und technischen Informationen über die Verwendung von bakteriologischen (biologischen) Stoffen und Toxinen zu friedlichen Zwecken zu erleichtern, und haben das Recht, an einem solchen Austausch teilzunehmen. Teilnehmer der Konvention, die dazu in der Lage sind, wirken einzeln oder zusammen mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen dabei mit, zur weiteren Entwicklung und Anwendung wissenschaftlicher Entdeckungen auf dem Gebiet der Bakteriologie (Biologie) zur Verhinderung von Krankheiten oder zu anderen friedlichen Zwecken beizutragen.

2. Die vorliegende Konvention wird so verwirklicht, daß die Behinderung der ökonomischen oder technischen Entwicklung der Teilnehmerstaaten der Konvention oder der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen bakteriologischen (biologischen) Tätigkeit, einschließlich des internationalen Austausches von bakteriologischen (biologischen) Stoffen und Toxinen sowie von Ausrüstungen für die Bearbeitung, Verwendung oder Herstellung von bakteriologischen (biologischen) Stoffen und Toxinen zu friedlichen Zwecken entsprechend den Bestimmungen der Konvention, vermieden wird.

#### Artikel XI

Jeder Teilnehmerstaat kann Änderungen zur vorliegenden Konvention vorschlagen. Die Änderungen treten für jeden Teilnehmerstaat, der diese akzeptiert, nach ihrer Annahme durch die Mehrheit der Teilnehmerstaaten der Konvention und danach für jeden verbleibenden Teilnehmerstaat am Tage der Annahme dieser Änderungen durch letzteren in Kraft.

#### Artikel XII

Fünf Jahre nach Inkrafttreten der vorliegenden Konvention oder früher, wenn die Mehrheit der Teilnehmer der Konvention durch Einbringung eines entsprechenden Vorschlages bei den Depositärregierungen darum ersucht, wird in Genf (Schweiz) eine Konferenz der Teilnehmerstaaten der Konvention zur Überprüfung der Wirksamkeit dieser Konvention einberufen, um zu sichern, daß die Ziele der Präambel und die Bestimmungen der Konvention, einschließlich der Bestimmungen über Verhandlungen über chemische Waffen, verwirklicht werden. Bei dieser Überprüfung sind alle neuen wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, die sich auf die Konvention beziehen, in Betracht zu ziehen.

#### Artikel XIII

1. Die vorliegende Konvention ist unbefristet.
2. Jeder Teilnehmerstaat dieser Konvention hat in Ausübung seiner staatlichen Souveränität das Recht, von der Konvention zurückzutreten, wenn er zu der Auffassung gelangt, daß außergewöhnliche Ereignisse, die sich auf den Inhalt dieser Konvention beziehen, die höchsten Interessen seines Landes gefährden. Er teilt allen anderen Teilnehmerstaaten dieser Konvention und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drei Monate vorher diesen Rücktritt mit. Diese Mitteilung muß eine Darstellung der außergewöhnlichen Ereignisse enthalten, die nach seiner Ansicht seine höchsten Interessen gefährden.

#### Artikel XIV

1. Die vorliegende Konvention steht allen Staaten zur Unterzeichnung offen. Jeder Staat, der die vorliegende Konvention bis zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens entsprechend Punkt 3 dieses Artikels nicht unterzeichnet, kann ihr jederzeit beitreten.
2. Die vorliegende Konvention unterliegt der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikations- und Beitrittsurkunden werden bei den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staa-

ten von Amerika hinterlegt, die hiermit zu Depositarreregierungen bestimmt werden.

3. Die vorliegende Konvention tritt nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch zweiundzwanzig Regierungen, einschließlich der Regierungen, die zu Depositaren der vorliegenden Konvention bestimmt wurden, in Kraft.
4. Für die Staaten, deren Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden nach Inkrafttreten der vorliegenden Konvention hinterlegt werden, tritt sie am Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden in Kraft.
5. Die Depositarreregierungen unterrichten alle Staaten, die die vorliegende Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, unverzüglich über den Zeitpunkt jeder Unterzeichnung, über das Datum der Hinterlegung jeder Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde, über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Konvention sowie über den Eingang anderer Mitteilungen.

6. Die vorliegende Konvention ist durch die Depositarreregierungen entsprechend Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen zu registrieren.

#### Artikel XV

Die vorliegende Konvention, deren russischer, englischer, spanischer, chinesischer und französischer Wortlaut gleichermaßen gültig ist, wird in den Archiven der Depositarreregierungen hinterlegt. Ordentlich beglaubigte Abschriften der vorliegenden Konvention werden von den Depositarreregierungen an die Regierungen der Staaten übermittelt, welche die Konvention unterzeichnen oder ihr beitreten.

Zu Urkund dessen haben die dazu ordentlich bevollmächtigten Unterzeichneten die vorliegende Konvention unterzeichnet.

Ausgefertigt in drei Exemplaren in Moskau, London und Washington am zehnten Tag des Monats April neunzehnhundertzweiundsiebzig.

## КОНВЕНЦИЯ

о запрещении разработки, производства и накопления запасов бактериологического (биологического) и токсинного оружия и об их уничтожении

Государства-участники настоящей Конвенции,

преисполненные решимости действовать в целях достижения эффективного прогресса на пути всеобщего и полного разоружения, включающего запрещение и ликвидацию всех видов оружия массового уничтожения, и уверенные в том, что запрещение разработки, производства и накопления запасов химического и бактериологического (биологического) оружия и их уничтожение путем эффективных мер будут способствовать достижению всеобщего и полного разоружения под строгим и эффективным международным контролем,

признавая важное значение Протокола о запрещении применения на войне удушливых, ядовитых или других подобных газов и бактериологических средств, подписанного в Женеве 17 июня 1925 года, а также тот вклад, который указанный Протокол уже внес и продолжает вносить в дело уменьшения ужасов войны,

подтверждая свою верность принципам и целям упомянутого Протокола и призывая все государства к их строгому соблюдению,

напоминая о том, что Генеральная Ассамблея Организации Объединенных Наций неоднократно осуждала все действия, противоречащие принципам и целям Женевского Протокола от 17 июня 1925 года,

желая способствовать углублению доверия между народами и общему оздоровлению международной атмосферы,

стремясь также способствовать осуществлению целей и принципов Устава Организации Объединенных Наций,

будучи убеждены в важности и неотложности исключения из арсеналов государств путем эффективных мер такого опасного оружия массового уничтожения, каким является оружие с использованием химических или бактериологических (биологических) агентов,

признавая, что соглашение о запрещении бактериологического (биологического) и токсинного оружия является первым возможным шагом в направлении достижения соглашения об эффективных мерах также по запрещению разработки, производства и накопления химического оружия, и преисполненные решимости продолжать переговоры с этой целью,

преисполненные решимости ради всего человечества полностью исключить возможность использования бактериологических (биологических) агентов или токсинов в качестве оружия,

будучи убеждены, что такое использование противоречило бы совести человечества и что не следует жалеть никаких усилий для уменьшения этой опасности,

согласились о нижеследующем:

### Статья I

Каждое государство-участник настоящей Конвенции обязуется никогда, ни при каких обстоятельствах не разрабатывать, не производить, не накапливать, не

приобретать каким-либо иным образом и не сохранять:

1) микробиологические или другие биологические агенты или токсины, каково бы ни было их происхождение или метод производства, таких видов и в таких количествах, которые не имеют назначения для профилактических, защитных или других мирных целей;

2) оружие, оборудование или средства доставки, предназначенные для использования таких агентов или токсинов во враждебных целях или в вооруженных конфликтах.

### Статья II

Каждое государство-участник настоящей Конвенции обязуется уничтожить или переключить на мирные цели как можно скорее, но не позднее девяти месяцев после вступления Конвенции в силу, все агенты, токсины, оружие, оборудование и средства доставки, указанные в статье I Конвенции, которыми оно обладает или которые находятся под его юрисдикцией или контролем. При выполнении положений настоящей статьи должны быть приняты все необходимые меры предосторожности с целью защиты населения и окружающей среды.

### Статья III

Каждое государство-участник настоящей Конвенции обязуется не передавать кому бы то ни было ни прямо, ни косвенно, равно как и никоим образом не помогать, не поощрять и не побуждать какое-либо государство, группу государств или международные организации к производству или к приобретению каким-либо иным способом любых агентов, токсинов, оружия, оборудования или средств доставки, указанных в статье I Конвенции.

### Статья IV

Каждое государство-участник настоящей Конвенции обязуется в соответствии со своими конституционными процедурами принять необходимые меры по запрещению и предотвращению разработки, производства, накопления, приобретения или сохранения агентов, токсинов, оружия, оборудования и средств доставки, указанных в статье I Конвенции, в пределах территории такого государства, под его юрисдикцией или под его контролем где бы то ни было.

### Статья V

Государства-участники настоящей Конвенции обязуются консультироваться и сотрудничать друг с другом в решении любых вопросов, которые могут возникнуть в отношении цели или в связи с выполнением положений Конвенции. Консультации и сотрудничество во исполнение этой статьи могут также предприниматься путем использования соответствующих международных процедур в рамках Организации Объединенных Наций и в соответствии с ее Уставом.

### Статья VI

Любое государство-участник настоящей Конвенции, которое констатирует, что какое-либо другое государство-участник действует в нарушение обязательства, вытекающих из положений Конвенции, может подать жалобу в Совет Безопасности Организации Объединенных Наций. Такая жалоба должна содержать все воз-

можные доказательства, подтверждающие ее обоснованность, и просьбу о ее рассмотрении Советом Безопасности.

Каждое государство-участник настоящей Конвенции обязуется сотрудничать в проведении любых расследований, которые могут быть предприняты Советом Безопасности в соответствии с положениями Устава Организации Объединенных Наций на основании жалобы, полученной Советом. Совет Безопасности информирует о результатах расследования государства-участников Конвенции.

#### Статья VII

Каждое государство-участник настоящей Конвенции обязуется предоставлять или поддерживать помощь в соответствии с Уставом Организации Объединенных Наций любому участнику Конвенции, который обратится с такой просьбой, если Совет Безопасности примет решение о том, что такой участник подвергся опасности в результате нарушения Конвенции.

#### Статья VIII

Никакое положение, содержащееся в настоящей Конвенции, не должно толковаться как каким-либо образом ограничивающее или умаляющее обязательства, принятые любым государством в соответствии с Протоколом о запрещении применения на войне удушливых, ядовитых или других подобных газов и бактериологических средств, подписанным в Женеве 17 июня 1925 года.

#### Статья IX

Каждое государство-участник настоящей Конвенции подтверждает признанную цель эффективного запрещения химического оружия и с этой целью обязуется в духе доброй воли продолжать переговоры для достижения в ближайшем будущем соглашения об эффективных мерах по запрещению его разработки, производства и накопления запасов и его уничтожению и о соответствующих мерах в отношении оборудования и средств доставки, специально предназначенных для производства либо использования химических агентов в качестве оружия.

#### Статья X

1. Государства-участники настоящей Конвенции обязуются способствовать возможно самому полному обмену оборудованием, материалами, научной и технической информацией об использовании бактериологических (биологических) средств и токсинов в мирных целях и имеют право участвовать в таком обмене. Государства-участники Конвенции, которые в состоянии делать это, будут также сотрудничать в оказании содействия, в индивидуальном порядке или совместно с другими государствами или международными организациями, дальнейшей разработке и применению научных открытий в области бактериологии (биологии) для предотвращения болезней или для других мирных целей.

2. Настоящая Конвенция осуществляется таким образом, чтобы избежать создания препятствий для экономического или технического развития государств-участников Конвенции или международного сотрудничества в области мирной бактериологической (биологи-

ческой) деятельности, включая международный обмен бактериологическими (биологическими) агентами и токсинами и оборудованием для обработки, использования или производства бактериологических (биологических) агентов и токсинов в мирных целях в соответствии с положениями Конвенции.

#### Статья XI

Любое государство-участник может предлагать поправки к настоящей Конвенции. Поправки вступают в силу для каждого государства-участника, принимающего эти поправки, после принятия их большинством государств-участников Конвенции, а впоследствии для каждого оставшегося государства-участника в день принятия им этих поправок.

#### Статья XII

Через 5 лет после вступления в силу настоящей Конвенции или ранее этого срока, если этого потребует большинство участников Конвенции путем представления предложения с этой целью правительствам-депозитариям, в Женеве (Швейцария) созывается конференция государств-участников Конвенции для рассмотрения того, как действует Конвенция, чтобы иметь уверенность в том, что цели, изложенные в преамбуле, и положения Конвенции, включая положения, касающиеся переговоров о химическом оружии, осуществляются. При таком рассмотрении должны быть приняты во внимание все новые научно-технические достижения, имеющие отношение к Конвенции.

#### Статья XIII

1. Настоящая Конвенция является бессрочной.

2. Каждое государство-участник настоящей Конвенции в порядке осуществления своего государственного суверенитета имеет право выйти из Конвенции, если оно решит, что связанные с содержанием Конвенции исключительные обстоятельства поставили под угрозу высшие интересы его страны. О таком выходе оно уведомляет за три месяца все другие государства-участники Конвенции и Совет Безопасности Организации Объединенных Наций. В таком уведомлении должно содержаться заявление об исключительных обстоятельствах, которые оно рассматривает как поставившие под угрозу его высшие интересы.

#### Статья XIV

1. Настоящая Конвенция открыта для подписания всеми государствами. Любое государство, которое не подпишет Конвенцию до вступления ее в силу в соответствии с пунктом 3 данной статьи, может присоединиться к ней в любое время.

2. Настоящая Конвенция подлежит ратификации государствами, подписавшими ее. Ратификационные грамоты и документы о присоединении сдаются на хранение правительствам Союза Советских Социалистических Республик, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии и Соединенных Штатов Америки, которые настоящим назначаются в качестве правительств-депозитариев.

3. Настоящая Конвенция вступает в силу после сдачи на хранение ратификационных грамот двадцатью двумя правительствами, включая правительства, назначенные в качестве депозитариев Конвенции.



4. Для государств, ратификационные грамоты или документы о присоединении которых будут сданы на хранение после вступления в силу настоящей Конвенции, она вступит в силу в день сдачи на хранение их ратификационных грамот или документов о присоединении.

5. Правительства-депозитарии незамедлительно уведомляют все подписавшие и присоединившиеся к настоящей Конвенции государства о дате каждого подписания, дате сдачи на хранение каждой ратификационной грамоты и документа о присоединении, дате вступления в силу Конвенции, а также о получении ими других уведомлений.

6. Настоящая Конвенция будет зарегистрирована правительствами-депозитариями в соответствии со статьей 102 Устава Организации Объединенных Наций.

#### Статья XV

Настоящая Конвенция, русский, английский, испанский, китайский и французский тексты которой являются равно аутентичными, сдается на хранение в архивы правительств-депозитариев. Должным образом заверенные копии Конвенции препровождаются правительствами-депозитариями правительствам государств, подписавших Конвенцию и присоединившихся к ней.

**CONVENTION  
ON THE PROHIBITION OF THE DEVELOPMENT,  
PRODUCTION AND STOCKPILING OF  
BACTERIOLOGICAL, (BIOLOGICAL) AND  
TOXIN WEAPONS AND ON THEIR  
DESTRUCTION**

The States Parties to this Convention,

Determined to act with a view to achieving effective progress towards general and complete disarmament including the prohibition and elimination of all types of weapons of mass destruction, and convinced that the prohibition of the development, production and stockpiling of chemical and bacteriological (biological) weapons and their elimination, through effective measures, will facilitate the achievement of general and complete disarmament under strict and effective international control,

Recognizing the important significance of the Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or Other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare signed at Geneva on 17 June 1925 and conscious also of the contribution which the said Protocol has already made, and continues to make, to mitigating the horrors of war,

Reaffirming their adherence to the principles and objectives of that Protocol and calling upon all States to comply strictly with them,

Recalling that the General Assembly of the United Nations has repeatedly condemned all actions contrary to the principles and objectives of the Geneva Protocol of 17 June 1925,

Desiring to contribute to the strengthening of confidence between peoples and the general improvement of the international atmosphere,

Desiring also to contribute to the realization of the purposes and principles of the Charter of the United Nations,

Convinced of the importance and urgency of eliminating from the arsenals of states, through effective measures, such dangerous weapons of mass destruction as those using chemical or bacteriological (biological) agents,

Recognizing that an agreement on the prohibition of bacteriological (biological) and toxin weapons represents a first possible step towards the achievement of agreement on effective measures also for prohibition of the development, production and stockpiling of chemical weapons, and determined to continue negotiations to that end,

Determined, for the sake of all mankind, to exclude completely the possibility of bacteriological (biological) agents and toxins being used as weapons,

Convinced that such use would be repugnant to the conscience of mankind and that no effort should be spared to minimize this risk,

Have agreed as follows:

**ARTICLE I**

Each State Party to this Convention undertakes never in any circumstances to develop, produce, stockpile or otherwise acquire or retain:

(1) Microbial or other biological agents, or toxins whatever their origin or method of production, of types and in quantities that have no justification for prophylactic, protective or other peaceful purposes;

(2) Weapons, equipment or means of delivery designed to use such agents or toxins for hostile purposes or in armed conflict.

**ARTICLE II**

Each State Party to this Convention undertakes to destroy, or to divert to peaceful purposes, as soon as possible but not later than nine months after the entry into force of the Convention all agents, toxins, weapons, equipment and means of delivery specified in Article I of the Convention, which are in its possession or under its jurisdiction or control. In implementing the provisions of this Article all necessary safety precautions shall be observed to protect populations and the environment.

**ARTICLE III**

Each State Party to this Convention undertakes not to transfer to any recipient whatsoever, directly or indirectly, and not in any way to assist, encourage, or induce any State, group of States or international organizations to manufacture or otherwise acquire any of the agents, toxins, weapons, equipment or means of delivery specified in Article I of the Convention.

**ARTICLE IV**

Each State Party to this Convention shall, in accordance with its constitutional processes, take any necessary measures to prohibit and prevent development, production, stockpiling, acquisition or retention of the agents, toxins, weapons, equipment and means of delivery specified in Article I of the Convention, within the territory of such State, under its jurisdiction or under its control anywhere.

**ARTICLE V**

The States Parties to the Convention undertake to consult one another and to co-operate in solving any problems which may arise in relation to the objective of, or in the application of the provisions of, the Convention. Consultation and co-operation pursuant to this Article may also be undertaken through appropriate international procedures within the framework of the United Nations and in accordance with its Charter.

**ARTICLE VI**

(1) Any State Party to the Convention which finds that any other State Party is acting in breach of obligations deriving from the provisions of the Convention may lodge a complaint with the Security Council of the United Nations. Such a complaint should include all possible evidence confirming its validity, as well as a request for its consideration by the Security Council.

(2) Each State Party to this Convention undertakes to co-operate in carrying out any investigation which the Security Council may initiate, in accordance with the provisions of the Charter of the United Nations, on the basis of the complaint received by the Council. The Security Council shall inform the States Parties to the Convention of the results of the investigation.

## ARTICLE VII

Each State Party to the Convention undertakes to provide or support assistance, in accordance with the United Nations Charter, to any Party to the Convention which so requests, if the Security Council decides that such Party has been exposed to danger as a result of violation of this Convention.

## ARTICLE VIII

Nothing in this Convention shall be interpreted as in any way limiting or detracting from the obligations assumed by any State under the Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or Other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare signed at Geneva on 17 June 1925.

## ARTICLE IX

Each State Party to this Convention affirms the recognized objective of effective prohibition of chemical weapons and, to this end, undertakes to continue negotiations in good faith with a view to reaching early agreement on effective measures for the prohibition of their development, production and stockpiling and for their destruction, and on appropriate measures concerning equipment and means of delivery specifically designed for the production or use of chemical agents for weapons purposes.

## ARTICLE X

(1) The States Parties to the Convention undertake to facilitate, and have the right to participate in, the fullest possible exchange of equipment, materials and scientific and technological information for the use of bacteriological (biological) agents and toxins for peaceful purposes. Parties to the Convention in a position to do so shall also co-operate in contributing individually or together with other States or international organizations to the further development and application of scientific discoveries in the field of bacteriology (biology) for prevention of disease, or for other peaceful purposes.

(2) This Convention shall be implemented in a manner designed to avoid hampering the economic or technological development of States Parties to the Convention or international co-operation in the field of peaceful bacteriological (biological) activities, including the international exchange of bacteriological (biological) agents and toxins and equipment for the processing, use or production of bacteriological (biological) agents and toxins for peaceful purposes in accordance with the provisions of the Convention.

## ARTICLE XI

Any State Party may propose amendments to this Convention. Amendments shall enter into force for each State Party accepting the amendments upon their acceptance by a majority of the States Parties to the Convention and thereafter for each remaining State Party on the date of acceptance by it.

## ARTICLE XII

Five years after the entry into force of this Convention, or earlier if it is requested by a majority of Parties to the Convention by submitting a proposal to

this effect to the Depositary Governments, a conference of States Parties to the Convention shall be held at Geneva, Switzerland, to review the operation of the Convention, with a view to assuring that the purposes of the preamble and the provisions of the Convention, including the provisions concerning negotiations on chemical weapons, are being realized. Such review shall take into account any new scientific and technological developments relevant to this Convention.

## ARTICLE XIII

(1) This Convention shall be of unlimited duration.

(2) Each State Party to this Convention shall in exercising its national sovereignty have the right to withdraw from the Convention if it decides that extraordinary events, related to the subject matter of the Convention, have jeopardized the supreme interests of its country. It shall give notice of such withdrawal to all other States Parties to the Convention and to the United Nations Security Council three months in advance. Such notice shall include a statement of the extraordinary events it regards as having jeopardized its supreme interests.

## ARTICLE XIV

(1) This Convention shall be open to all States for signature. Any State which does not sign the Convention before its entry into force in accordance with paragraph 3 of this Article may accede to it at any time.

(2) This Convention shall be subject to ratification by signatory States. Instruments of ratification and instruments of accession shall be deposited with the Governments of the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America which are hereby designated the Depositary Governments.

(3) This Convention shall enter into force after the deposit of instruments of ratification by twenty-two Governments, including the Governments designated as Depositaries of the Convention.

(4) For States whose instruments of ratification or accession are deposited subsequent to the entry into force of this Convention, it shall enter into force on the date of the deposit of their instruments of ratification or accession.

(5) The Depositary Governments shall promptly inform all signatory and acceding States of the date of each signature, the date of deposit of each instrument of ratification or of accession and the date of the entry into force of this Convention, and of the receipt of other notices.

(6) This Convention shall be registered by the Depositary Governments pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations.

## ARTICLE XV

This Convention, the Russian, English, Spanish, Chinese and French texts of which are equally authentic, shall be deposited in the archives of the Depositary Governments. Duly certified copies of this Convention shall be transmitted by the Depositary Governments to the Governments of the signatory and acceding States.

## CONVENCION

### sobre la prohibición del desarrollo, la producción y el almacenamiento de armas bacteriológicas (biológicas) y tóxicas y sobre su destrucción

#### Los Estados Partes en la presente Convención,

Resueltos a actuar con miras a lograr progresos efectivos hacia un desarme general y completo que incluya la prohibición y la eliminación de todos los tipos de armas de destrucción en masa, y convencidos de que la prohibición del desarrollo, la producción y el almacenamiento de armas químicas y bacteriológicas (biológicas) y su eliminación, con medidas eficaces, han de facilitar el logro de un desarme general y completo bajo estricto y eficaz control internacional,

Reconociendo la gran importancia del Protocolo relativo a la prohibición del empleo en la guerra de gases asfixiantes, tóxicos o similares y de medios bacteriológicos, firmado en Ginebra el 17 de junio de 1925, así como el papel que ese Protocolo ha desempeñado y sigue desempeñando para mitigar los horrores de la guerra,

Reafirmando su adhesión a los principios y objetivos de ese Protocolo e instando a todos los Estados a observarlos estrictamente,

Recordando que la Asamblea General de las Naciones Unidas ha condenado, en varias ocasiones, todos los actos contrarios a los principios y objetivos del Protocolo de Ginebra del 17 de junio de 1925,

Deseando contribuir a reforzar la confianza entre las naciones y a mejorar en general la atmósfera internacional,

Deseando asimismo contribuir a la realización de los propósitos de la Carta de las Naciones Unidas,

Convencidos de la importancia y urgencia de eliminar de los arsenales de los Estados, con medidas eficaces, armas de destrucción en masa tan peligrosas como las que emplean agentes químicos o bacteriológicos (biológicos),

Reconociendo que un acuerdo sobre la prohibición de las armas bacteriológicas (biológicas) y tóxicas representa un primer paso posible hacia el logro de un acuerdo sobre medidas eficaces para prohibir asimismo el desarrollo, la producción y el almacenamiento de armas químicas, y decididos a continuar las negociaciones con ese fin,

Resueltos, en bien de toda la humanidad, a excluir completamente la posibilidad de que los agentes bacteriológicos (biológicos) y las toxinas se utilicen como armas,

Convencidos de que el empleo de esos métodos repugnaría a la conciencia de la humanidad y de que no ha de escatimarse ningún esfuerzo para conjurar ese peligro,

Han convenido en lo siguiente:

#### ARTICULO I

Cada Estado Parte en la presente Convención se compromete a no desarrollar, producir, almacenar o de otra forma adquirir o retener, nunca ni en ninguna circunstancia:

1) Agentes microbianos u otros agentes biológicos o toxinas, sea cual fuere su origen o modo de produc-

ción, de tipos y en cantidades que no estén justificados para fines profilácticos, de protección u otros fines pacíficos;

2) Armas, equipos o vectores destinados a utilizar esos agentes o toxinas con fines hostiles o en conflictos armados.

#### ARTICULO II

Cada Estado Parte en la presente Convención se compromete a destruir o a desviar hacia fines pacíficos lo antes posible, y, en todo caso, dentro de un plazo de nueve meses contado a partir de la entrada en vigor de la Convención, todos los agentes, toxinas, armas, equipos y vectores especificados en el artículo I de la Convención que estén en su poder o bajo su jurisdicción o control. Al aplicar lo dispuesto en el presente artículo deberán adoptarse todas las medidas de precaución necesarias para proteger a las poblaciones y el medio.

#### ARTICULO III

Cada Estado Parte en la presente Convención se compromete a no traspasar a nadie, sea directa o indirectamente, ninguno de los agentes, toxinas, armas, equipos o vectores especificados en el artículo I de la Convención, y a no ayudar, alentar o inducir en forma alguna a ningún Estado, grupo de Estados u organizaciones internacionales a fabricarlos o adquirirlos de otra manera.

#### ARTICULO IV

Cada Estado Parte en la presente Convención adoptará, en conformidad con sus procedimientos constitucionales, las medidas necesarias para prohibir y prevenir el desarrollo, la producción, el almacenamiento, la adquisición o la retención de los agentes, toxinas, armas, equipos y vectores especificados en el artículo I de la Convención en el territorio de dicho Estado, bajo su jurisdicción o bajo su control en cualquier lugar.

#### ARTICULO V

Los Estados Partes en la presente Convención se comprometen a consultarse y a cooperar entre sí en la solución de los problemas que surjan en relación con el objetivo de la Convención o en la aplicación de sus disposiciones. Las consultas y la cooperación previstas en este artículo también podrán realizarse mediante procedimientos internacionales pertinentes en el ámbito de las Naciones Unidas y de conformidad con su Carta.

#### ARTICULO VI

1) Todo Estado Parte en la presente Convención que advierta que cualquier otro Estado Parte obra en violación de las obligaciones dimanantes de lo dispuesto en la Convención podrá presentar una denuncia al Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas. La denuncia deberá ir acompañada de todas las pruebas posibles que la sustentan, así como de una solicitud para que la examine el Consejo de Seguridad.

2) Cada Estado Parte en la presente Convención se compromete a cooperar en toda investigación que emprenda el Consejo de Seguridad, de conformidad con las disposiciones de la Carta de las Naciones Unidas, como consecuencia de la denuncia recibida por éste. El Consejo de Seguridad informará a los Estados Partes en la Convención acerca de los resultados de la investigación.

## ARTICULO VII

Cada Estado Parte en la presente Convención se compromete a prestar asistencia o a secundaria, de conformidad con la Carta de las Naciones Unidas, a cualquier Parte de la Convención que la solicite, si el Consejo de Seguridad decide que esa Parte ha quedado expuesta a un peligro de resultados de la violación de la Convención.

## ARTICULO VIII

Ninguna disposición de la presente Convención podrá interpretarse de forma que limite las obligaciones contraídas por cualquier Estado en virtud del Protocolo relativo a la prohibición del empleo en la guerra de gases asfixiantes, tóxicos o similares y de medios bacteriológicos, firmado en Ginebra el 17 de junio de 1925, o les reste fuerza.

## ARTICULO IX

Cada Estado Parte en la presente Convención afirma el objetivo reconocido de una prohibición efectiva de las armas químicas y, a tal fin, se compromete a proseguir negociaciones de buena fe con miras a llegar a un pronto acuerdo sobre medidas eficaces encaminadas a la prohibición de su desarrollo, producción y almacenamiento y a su destrucción, así como sobre las medidas oportunas en lo que respecta a los equipos y vectores destinados especialmente a la producción o al empleo de agentes químicos a fines del armamento.

## ARTICULO X

1) Los Estados Partes en la presente Convención se comprometen a facilitar el más amplio intercambio posible de equipo, materiales e información científica y tecnológica para la utilización con fines pacíficos de los agentes bacteriológicos (biológicos) y toxinas, y tienen el derecho de participar en ese intercambio. Las Partes en la Convención que estén en condiciones de hacerlo deberán asimismo cooperar para contribuir, por sí solas o junto otros Estados u organizaciones internacionales, al mayor desarrollo y aplicación de los descubrimientos científicos en la esfera de la bacteriología (biología) para la prevención de las enfermedades u otros fines pacíficos.

2) La presente Convención se aplicará de manera que no ponga obstáculos al desarrollo económico o tecnológico de los Estados Partes en la Convención o a la cooperación internacional en la esfera de las actividades bacteriológicas (biológicas) pacíficas, incluido el intercambio internacional de agentes bacteriológicos (biológicos) y toxinas y de equipo de elaboración, empleo o producción de agentes bacteriológicos (biológicos) y toxinas con fines pacíficos de conformidad con las disposiciones de esta Convención.

## ARTICULO XI

Cualquier Estado Parte en la presente Convención podrá proponer enmiendas a la misma. Esas enmiendas entrarán en vigor para cada Estado Parte que las acepte al ser aceptadas por una mayoría de los Estados Partes en la Convención y ulteriormente, para cualquier otro Estado Parte, en la fecha en que acepte esas enmiendas.

## ARTICULO XII

Al cabo de cinco años de la entrada en vigor de la presente Convención, o antes de que transcurra ese plazo si así lo solicitan la mayoría de las Partes en la Convención y presentan a tal efecto una propuesta a los Gobiernos depositarios, se celebrará en Ginebra

(Suiza) una conferencia de los Estados Partes en la Convención a fin de examinar la aplicación de la Convención para asegurarse de que se están cumpliendo los fines del preámbulo y las disposiciones de la Convención, incluidas las relativas a las negociaciones sobre las armas químicas. En ese examen se tendrán en cuenta todas las nuevas realizaciones científicas y tecnológicas que tengan relación con la Convención.

## ARTICULO XIII

1) La presente Convención tendrá una duración indefinida.

2) Cada Estado Parte en la presente Convención tendrá derecho, en ejercicio de su soberanía nacional, a retirarse de la Convención si decide que acontecimientos extraordinarios, relacionados con la materia que es objeto de la Convención, han comprometido los intereses supremos de su país. De ese retiro deberá notificar a todos los demás Estados Partes de la Convención y al Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas con una antelación de tres meses. Tal notificación deberá incluir una exposición de los acontecimientos extraordinarios que esa Parte considere que han comprometido sus intereses supremos.

## ARTICULO XIV

1) La presente Convención estará abierta a la firma de todos los Estados. El Estado que no firmare la Convención antes de su entrada en vigor, de conformidad con el párrafo 3 de este artículo, podrá adherirse a ella en cualquier momento.

2) La presente Convención estará sujeta a ratificación por los Estados signatarios. Los instrumentos de ratificación y los instrumentos de adhesión se depositarán en poder de los Gobiernos de la Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas, el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte y los Estados Unidos de América que por la presente se designan como Gobiernos depositarios.

3) La presente Convención entrará en vigor una vez que hayan depositado sus instrumentos de ratificación veintidós gobiernos, incluidos los gobiernos que por la Convención quedan designados Gobiernos depositarios.

4) Para los Estados cuyos instrumentos de ratificación o de adhesión se depositaren después de la entrada en vigor de la presente Convención, la Convención entrará en vigor en la fecha del depósito de sus instrumentos de ratificación o de adhesión.

5) Los Gobiernos depositarios informarán sin tardanza a todos los Estados signatarios y a todos los Estados que se hayan adherido a la presente Convención de la fecha de cada firma, de la fecha de depósito de cada instrumento de ratificación o de adhesión a la Convención y de la fecha de su entrada en vigor, así como de cualquier otra notificación.

6) La presente Convención será registrada por los Gobiernos depositarios de conformidad con el Artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas.

## ARTICULO XV

La presente Convención, cuyos textos en ruso, inglés, español, chino y francés son igualmente auténticos, se depositará en los archivos de los Gobiernos depositarios. Los Gobiernos depositarios remitirán copias debidamente certificadas de la Convención a los gobiernos de los Estados signatarios y de los Estados que se adhieran a la Convención.

禁止细菌(生物)和毒剂武器的发展生产及  
储积以及销毁这类武器的公约

本公约缔约国

决心采取行动,切实推进普遍而且彻底的裁军,包括禁止并且消除一切种类的大规模毁灭武器在内,确信有效的措施来禁止化学和细菌(生物)武器的发展生产及储积,以及消除这类武器,可以使在严格及有效国际管制下普遍彻底裁军的达成。

确认一九二五年六月十七日在日内瓦签订的关于战争中禁用窒息性气体毒气体或其他气体及细菌作战方法的议定书的重要意义,并且深知这件议定书对于减少战争恐怖,已经作出贡献,而且将来仍有贡献。

望中各缔约国都遵守这件议定书的原则和目标,并且促请所有国家也严格遵守。

复按联合国大会曾经一再谴责违反一九二五年六月十七日日内瓦议定书原则和目标的一切行动。

愿对各国人民间互相信任的巩固加强国际气氛的普遍改善,作出贡献。

并愿对联合国宪章宗旨和原则的实现,作出贡献。

确信有效措施将使用化学或细菌(生物)剂之其危险性大规模毁灭武器从各国军库中消除是十分重要紧急的事。

确认对禁止细菌(生物)及毒剂武器达成协议也是对禁止发展生产及储积化学武器的有效措施达成协议的可行第一步,决心继续谈判,以达到这个目的。

决心为全体人类完全排除使用细菌(生物)剂和毒剂作为武器的可能。

确信这样使用是人类良心深恶痛绝的,应该竭全力,使这种危险减到最低限度。

议定条款如下:

第一条

本公约各缔约国担允在任何情况之下,决不发展生产储积或用其他方法取得或保留

- (一) 微生物或其他生物剂,或任何来源或任何方法生产的毒剂,只要种类或数量不是预防保护或其他和平用途所必需的;
- (二) 为敌对目的或在武装冲突中使用这类菌剂或毒剂而设计的武器设备或投送工具。

第二条

本公约各缔约国担允在尽速但最迟也在本公约生效后九个月内,将本国所持有或在本国管辖或控制下的本公约第一条所禁一切菌剂或毒剂设备或投送工具销毁或改作和平用途。实施本条规定的時候应遵守一切必要的安全预防措施,以保护人民和环境。

第三条

本公约各缔约国担允决不将本公约第一条所禁任何菌剂或毒剂设备或投送工具直接或间接让与任何接受者,也决不利用任

何方法,协助或助或劝诱任何国家、国家集团或国际组织制造或用其他方法取得上述用剂、毒剂、武器设备或投送工具。

第四条

本公约各缔约国应依照本国宪法程序,采取必要措施,来禁止及预防在它领域内在它管辖或控制下的任何地方,发展生产储积,取得或保留本公约第一条所禁的菌剂、毒剂、武器设备和投送工具。

第五条

本公约各缔约国担允互相磋商合作,来解决对本公约的目标或本公约条款的适用可能引起的任何问题。依本条进行的磋商合作,也可以在联合国体制内,依照符合联合国宪章的适当国际程序来进行。

第六条

(一) 本公约任何一个缔约国发现另一缔约国的行为违反本公约的规定而起的义务时,可以向联合国安全理事会提出控诉。这种控诉应附有证明控诉成立的一切证据,并且提出请安全理事会审议的要求。

(二) 本公约各缔约国对于安全理事会依照联合国宪章规定,根据所接控诉可能发动的调查担允协力进行。安全理事会应特调查结果通知本公约各缔约国。

第七条

本公约各缔约国担允在安全理事会决定固有违反本公约情事而对本公约任何缔约国发生危险的时候,经这个缔约国的请求,依照联合国宪章,给予协助或支援。

第八条

本公约的所有规定,不得解释为对于任何国家依一九二五年六月十七日在日内瓦签订的关于禁用窒息性气体毒气体或其他气体和细菌作战方法的议定书所担负的义务有任何限制或减损的意思。

第九条

本公约各缔约国重申有效禁止化学武器的公议目标,为了达到这个目标,担允继续诚意谈判,就禁止此种武器的发展生产及储积以及销毁此种武器的有效措施和关于禁止生产或使用武器用途的化学剂而设计的设备和投送工具的适当措施,早日达成协议。

第十条

(一) 本公约各缔约国关于使用细菌(生物)剂及毒剂于和平用途,担允便利并且有权参加设备材料及科学和技术资料的尽量充分交换。本公约缔约国中有能力者,若应合作,总揽或会同其他国家或国际组织,协助促进与应用细菌学(生物学)方面的科学发现以预防疾病或供其他和平用途。

(二) 本公约的实施应该设法避免妨碍本公约缔约国的经济技术发展或和平细菌(生物)工作的国际合作,包括依照本公约规定为和平用途而在国际上交换细菌(生物)剂及毒素以及加制使用或生产细菌(生物)剂和毒素的设备在内。

#### 第十一条

任何缔约国可以对本公约提出修正。修正对于接受修正的每一缔约国应该在本公约多数缔约国接受时发生效力,以后对于其余每一缔约国应该在其接受的日期起发生效力。

#### 第十二条

本公约发生效力满五年时应在瑞士日内瓦举行本公约缔约国会议检讨公约的施行情况以确保持前文的宗旨和公约的规定,包括关于化学武器的限制在内,并在实施中如果本公约多数缔约国向保管国政府提出提议请求提前举行这个会议就应该照办。这项检讨应该顾到与本公约有关的任何新的科学和技术发展。

#### 第十三条

(一) 本公约无限期施行。

(二) 本公约每一缔约国在行使国家主权的时候如果断定和本公约主题有关的非常事件已经危及本国的最高利益,有权退出本公约。这个国家在将这种退出在三个月前通知本公约所有其他缔约国和联合国安全理事会。通知内应说明这个国家认为已经危及最高利益的非常事件。

#### 第十四条

(一) 本公约听由所有国家签署。凡未在本公约依本条第三项发生效力前签署本公约的国家,可以随时加入本公约。

(二) 本公约需要经过签署国批准。批准书和加入书应该送交经本公约指定为保管国政府的苏维埃社会主义共和国联盟、大不列颠及北爱尔兰联合王国和美利坚合众国三国政府存放。

(三) 本公约应该在二十二国政府,包括指定为本公约保管国的政府,交存批准书后发生效力。

(四) 对于本公约发生效力后交存批准书或加入书的国家,本公约应该在其交存批准书或加入书的日期起发生效力。

(五) 保管国政府应将每一国签署的日期,每一国批准书或加入书交存的日期及本公约发生效力的日期,以及收到的其他通知立即通知所有签署国和加入国。

(六) 本公约应由保管国政府依联合国宪章第一百零二条办理登记。

#### 第十五条

本公约应存放保管国政府档案,其俄文、英文、西班牙文、中文及法文各本同样作准。保管国政府应将本公约正式副本分送各签署国及加入国政府。

## CONVENTION

### sur l'interdiction de la mise au point, de la fabrication et du stockage des armes bactériologiques (biologiques) et à toxines et sur leur destruction

Les Etats parties à la présente Convention,

Résolus à travailler en vue de la réalisation de progrès effectifs sur la voie du désarmement général et complet, y compris l'interdiction et la suppression de tous les types d'armes de destruction massive, et étant convaincus que l'interdiction de la mise au point, de la fabrication et du stockage d'armes chimiques et bactériologiques (biologiques); ainsi que leur destruction, par des mesures efficaces, contribueront à la réalisation du désarmement général et complet sous un contrôle international strict et efficace,

Reconnaissant la grande importance du Protocole concernant la prohibition d'emploi à la guerre de gaz asphyxiants, toxiques ou similaires et de moyens bactériologiques, signé à Genève le 17 juin 1925, ainsi que le rôle que ledit Protocole a joué et continue de jouer en atténuant les horreurs de la guerre,

Réaffirmant leur fidélité aux principes et aux objectifs de ce Protocole et invitant tous les Etats à s'y conformer strictement,

Rappelant que l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies a condamné à plusieurs reprises tous les actes contraires aux principes et aux objectifs du Protocole de Genève du 17 juin 1925,

Désireux de contribuer à accroître la confiance entre les peuples et à assainir en général l'atmosphère internationale,

Désireux de contribuer à la réalisation des buts et des principes de la Charte des Nations Unies,

Convaincus de l'importance et de l'urgence d'exclure des arsenaux des Etats, par des mesures efficaces, des armes de destruction massive aussi dangereuses que celles comportant l'utilisation d'agents chimiques ou bactériologiques (biologiques),

Reconnaissant qu'une entente sur l'interdiction des armes bactériologiques (biologiques) ou à toxines représente une première étape possible vers la réalisation d'un accord sur des mesures efficaces tendant à interdire également la mise au point, la fabrication et le stockage d'armes chimiques, et étant résolus à poursuivre des négociations à cet effet,

Résolus, dans l'intérêt de l'humanité tout entière, à exclure totalement la possibilité de voir des agents bactériologiques (biologiques) ou des toxines être utilisés en tant qu'armes,

Convaincus que la conscience de l'humanité réprouverait l'emploi de telles méthodes et qu'aucun effort ne doit être épargné pour amoindrir ce risque,

Sont convenus de ce qui suit:

#### ARTICLE PREMIER

Chaque Etat partie à la présente Convention s'engage à ne jamais, et en aucune circonstance, mettre au point, fabriquer, stocker, ni acquérir d'une manière ou d'une autre ni conserver:

- 1) des agents microbiologiques ou autres agents biologiques ainsi que des toxines, quels qu'en soient l'origine ou le mode de production de types et en quantités qui ne sont pas destinés à des fins prophylactiques, de protection ou à d'autres fins pacifiques,
- 2) des armes, de l'équipement ou des vecteurs destinés à l'emploi de tels agents ou toxines à des fins hostiles ou dans des conflits armés.

#### ARTICLE II

Chaque Etat partie à la présente Convention s'engage à détruire ou à convertir à des fins pacifiques, aussi rapidement que possible et en tout cas pas plus tard que neuf mois après l'entrée en vigueur de la Convention, tous les agents, toxines, armes, équipements et vecteurs dont il est question dans l'article premier de la Convention qui se trouvent en sa possession ou sous sa juridiction ou son contrôle. Lors de l'exécution des dispositions du présent article, il y aura lieu de prendre toutes les mesures de précaution nécessaires pour protéger les populations et l'environnement.

#### ARTICLE III

Chaque Etat partie à la présente Convention s'engage à ne transférer à qui que ce soit, ni directement ni indirectement, l'un quelconque des agents, toxines, armes, équipements ou vecteurs dont il est question dans l'article premier de la Convention et à ne pas aider, encourager ou inciter de quelque manière que ce soit un Etat, un groupe d'Etats ou une organisation internationale à fabriquer ou à acquérir de toute autre façon l'un quelconque desdits agents, toxines, armes, équipements ou vecteurs.

#### ARTICLE IV

Chaque Etat partie à la présente Convention s'engage à prendre, selon les procédures prévues par sa constitution, les mesures nécessaires pour interdire et empêcher la mise au point, la fabrication, le stockage, l'acquisition ou la conservation des agents, des toxines, des armes, de l'équipement et des vecteurs dont il est question dans l'article premier de la Convention, sur le territoire d'un tel Etat, sous sa juridiction ou sous son contrôle en quelque lieu que ce soit.

#### ARTICLE V

Les Etats parties à la présente Convention s'engagent à se consulter et à coopérer entre eux pour résoudre tous problèmes qui pourraient éventuellement surgir quant à l'objectif de la Convention, ou quant à l'application de ses dispositions. Les consultations et la coopération prévues dans le présent article pourront également être entreprises au moyen de procédures internationales appropriées dans le cadre de l'Organisation des Nations Unies et conformément à sa Charte.

#### ARTICLE VI

1. Chaque Etat partie à la présente Convention qui constate qu'une autre partie agit en violation des obligations découlant des dispositions de la Convention peut déposer une plainte auprès du Conseil de sécurité de l'Organisation des Nations Unies. Cette plainte doit fournir toutes les preuves possibles de son bien-fondé et comporter la demande de son examen par le Conseil de sécurité.

2. Chaque Etat partie à la présente Convention s'engage à coopérer à toute enquête que peut entreprendre le Conseil de sécurité conformément aux dispositions de la Charte des Nations Unies à la suite d'une plainte par lui reçue. Le Conseil de sécurité fait connaître aux Etats parties à la Convention les résultats de l'enquête.

#### ARTICLE VII

Chaque Etat partie à la présente Convention s'engage à fournir une assistance conformément à la Charte des Nations Unies, à toute Partie à la Convention qui en fait la demande, si le Conseil de sécurité décide que cette Partie a été exposée à un danger par suite d'une violation de la Convention, ou à faciliter l'assistance fournie à ladite Partie.

#### ARTICLE VIII

Aucune disposition de la présente Convention ne sera interprétée comme restreignant ou amenuisant de quelque façon que ce soit les engagements assumés par n'importe quel Etat en vertu du Protocole concernant la prohibition d'emploi à la guerre de gaz asphyxiants, toxiques ou similaires et de moyens bactériologiques signé à Genève le 17 juin 1925.

#### ARTICLE IX

Chaque Etat partie à la présente Convention affirme l'objectif reconnu d'une interdiction efficace des armes chimiques et, à cet effet, s'engage à poursuivre, dans un esprit de bonne volonté, des négociations afin de parvenir, à une date rapprochée, à un accord sur des mesures efficaces en vue d'une interdiction de leur mise au point, de leur fabrication et de leur stockage et en vue de leur destruction, et sur des mesures appropriées concernant l'équipement et les vecteurs spécialement destinés à la fabrication ou à l'emploi d'agents chimiques à des fins d'armement.

#### ARTICLE X

1. Les Etats parties à la présente Convention s'engagent à faciliter un échange aussi large que possible d'équipement, de matières et de renseignements scientifiques et techniques ayant un rapport avec l'emploi d'agents bactériologiques (biologiques) et de toxines à des fins pacifiques et ont le droit de participer à cet échange. Les parties à la Convention qui sont en mesure de le faire coopéreront également en apportant, individuellement ou en commun, avec d'autres Etats ou des organisations internationales, leur concours à l'extension future et à l'application des découvertes scientifiques dans le domaine de la bactériologie (biologie), en vue de la prévention des maladies ou à d'autres fins pacifiques.

2. La présente Convention sera appliquée de façon à éviter toute entrave au développement économique ou technique des Etats parties à la Convention ou à la coopération internationale dans le domaine des activités bactériologiques (biologiques) pacifiques, y compris l'échange international d'agents bactériologiques (biologiques) et de toxines, ainsi que de matériel servant à la mise au point, à l'emploi ou à la production d'agents bactériologiques (biologiques) et de toxines à des fins pacifiques conformément aux dispositions de la Convention.



## ARTICLE XI

Tout Etat partie peut proposer des amendements à la présente Convention. Ces amendements entreront en vigueur, à l'égard de tout Etat partie qui les aura acceptés, dès leur acceptation par la majorité des Etats parties à la Convention et, par la suite, à l'égard de chacun des autres Etats parties, à la date à laquelle cet Etat les aura acceptés.

## ARTICLE XII

Cinq ans après l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou avant cette date si une majorité des parties à la Convention le demande en soumettant une proposition à cet effet aux gouvernements dépositaires, une conférence des Etats parties à la Convention aura lieu à Genève (Suisse), afin d'examiner le fonctionnement de la Convention, en vue de s'assurer que les objectifs énoncés dans le préambule et les dispositions de la Convention, y compris celles relatives aux négociations sur les armes chimiques, sont en voie de réalisation. A l'occasion de cet examen, il sera tenu compte de toutes les nouvelles réalisations scientifiques et techniques qui ont un rapport avec la Convention.

## ARTICLE XIII

1. La présente Convention est conclue pour une durée illimitée.

2. Chaque Etat partie à la présente Convention a, dans l'exercice de sa souveraineté nationale, le droit de se retirer de la Convention s'il estime que des événements extraordinaires, touchant l'objet de la Convention, ont mis en péril les intérêts supérieurs du pays. Il notifiera ce retrait à tous les autres Etats parties à la Convention et au Conseil de sécurité de l'Organisation des Nations Unies avec un préavis de trois mois. Il indiquera dans cette notification les événements extraordinaires qu'il considère comme ayant mis en péril ses intérêts supérieurs.

## ARTICLE XIV

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tous les Etats. Tout Etat qui n'aura pas signé la présente Convention avant son entrée en vigueur conformément au paragraphe 3 du présent article pourra y adhérer à tout moment.

2. La présente Convention sera soumise à la ratification des Etats signataires. Les instruments de ratification et les instruments d'adhésion seront déposés auprès des Gouvernements de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique, qui sont par les présentes désignés comme étant les gouvernements dépositaires.

3. La présente Convention entrera en vigueur lorsque vingt-deux gouvernements, y compris les gouvernements qui sont désignés comme étant les gouvernements dépositaires de la Convention, auront déposé leurs instruments de ratification.

4. Pour les Etats dont les instruments de ratification ou d'adhésion seront déposés après l'entrée en vigueur de la présente Convention, celle-ci entrera en vigueur à la date du dépôt de leurs instruments de ratification ou d'adhésion.

5. Les gouvernements dépositaires informeront sans délai tous les Etats qui auront signé la présente Convention ou y auront adhéré de la date de chaque signature, de la date du dépôt de chaque instrument de ratification ou d'adhésion, de la date d'entrée en vigueur de la Convention, ainsi que de la réception de toute autre communication.

6. La présente Convention sera enregistrée par les gouvernements dépositaires conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

## ARTICLE XV

La présente Convention, dont les textes russe, anglais, espagnol, chinois et français font également foi, sera déposée dans les archives des gouvernements dépositaires. Des copies dûment certifiées de la Convention seront adressées par les gouvernements dépositaires aux gouvernements des Etats qui auront signé la Convention ou qui y auront adhéré.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся, должным образом на то уполномоченные, подписали настоящую Конвенцию.

Свершено в трех экземплярах, в городах Москве, Лондоне и Вашингтоне апреля, 10 дня, тысяча девятьсот семьдесят второго года.

In witness whereof the undersigned, duly authorized, have signed this Convention.

Done in triplicate, at the cities of Moscow, London and Washington, the 10 day of April, one thousand nine hundred and seventy-two.

En testimonio de lo cual, los infrascritos, debidamente autorizados, firman este Convenio.

Hecho en tres ejemplares, en las ciudades de Moscú, Londres y Washington, el día 10 de abril de mil novecientos setenta y dos.

為此，下列代表，各秉正式授予之權，謹簽  
字於本協定，以昭信守。  
本協定共繕原文三份。  
公曆一千九百七十二年四月十日訂於  
莫斯科，華盛頓及倫敦。

En foi de quoi les soussignés, dûment habilités à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait en trois exemplaires, à Moscou, Londres et Washington, le 10 avril mil neuf cent soixante-douze.

Копия верна:

Заместитель Заведующего  
Договорно-правовым отделом  
МИД СССР

(Г. ВИЛКОВ)

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Vertrages**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Sozialistischen Republik Rumänien**  
**vom 12. Mai 1972**  
**über Freundschaft, Zusammenarbeit**  
**und gegenseitigen Beistand**  
**vom 2. Oktober 1972**

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 19. Juli 1972 über den Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien vom 12. Mai 1972 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (GBl. I Nr. 11 S. 155) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach dem am 20. September 1972 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 13 am 20. September 1972 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 2. Oktober 1972

**Der Sekretär des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Konsularvertrages**  
**zwischen der Deutschen Demokratischen Republik**  
**und der Volksrepublik Bulgarien vom 1. Juni 1972**  
**vom 5. Oktober 1972**

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 19. Juli 1972 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien vom 1. Juni 1972 (GBl. I Nr. 11 S. 159) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag nach dem am 12. September 1972 in Sofia erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 42 am 12. Oktober 1972 in Kraft tritt.

Berlin, den 5. Oktober 1972

**Der Sekretär des Staatsrates**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 35 23 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotowohi-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M, Teil II 1,80 M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 1084 Berlin, Schwedter Straße 263. Telefon: 42 46 41

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816



# GESETZBLATT

## der Deutschen Demokratischen Republik

1972

Berlin, den 20. Dezember 1972

Teil I Nr. 20

Tag	Inhalt	Seite
14. 12. 72	Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1973 .....	283
14. 12. 72	Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1973 .....	288
14. 12. 72	Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zum Entwurf des „Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der Deutschen Demokratischen Republik“ .....	290
7. 11. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 25. Februar 1972 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen .....	290

### Gesetz

#### über den Volkswirtschaftsplan 1973

vom 14. Dezember 1972

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschließt:

#### I.

Der Volkswirtschaftsplan 1973 ist darauf gerichtet, die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED weiterhin konsequent durchzuführen und höhere Leistungen in allen Bereichen der Volkswirtschaft zu erzielen. Damit werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, um die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe zu erfüllen, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität weiter zu erhöhen.

Der Volkswirtschaftsplan dient dazu, die sozialistische DDR zu stärken, sie in der sozialistischen Staatengemeinschaft immer fester zu verankern und ihre auf den Frieden, die europäische Sicherheit und die friedliche Koexistenz gerichtete Politik zu verwirklichen.

Er beruht auf der schöpferischen Initiative der Arbeiter und Angestellten, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und aller anderen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, die durch sorgfältige und gewissenhafte Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben, durch die weitere Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs ihren Beitrag leisten, um die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe zu lösen.

Mit dem Volkswirtschaftsplan 1973 ist die Struktur der Volkswirtschaft zur Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung planmäßig zu verbessern. Das geschieht in Übereinstimmung mit den Möglichkeiten und Erfordernissen der fortschreitenden sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW, wobei die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung immer besser genutzt werden.

Im Jahre 1973 ist in allen Bereichen durch eine höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und Effektivität das Schrittmäß zur Lösung der Hauptaufgabe zu erreichen. Es gilt, die Kontinuität und Stabili-

tät der Produktion, die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft entsprechend den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED weiter zu verbessern. Es ist eine Entwicklung einzuleiten, die der Produktion von Konsumgütern in der Struktur der Volkswirtschaft ein größeres Gewicht gibt. Zu diesem Zweck sind mehr Mittel für die Rationalisierung und Erweiterung in der Konsumgüterindustrie einzusetzen. Auf diese Weise sind dauerhafte Lösungen zur immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung herbeizuführen.

Die Intensivierung der materiellen Produktion als Hauptweg zur Steigerung der Produktivität und Effektivität ist bei ständig weiterer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Jahre 1973 auf höherem Niveau konsequent fortzusetzen. Das ist vor allem zu erreichen durch die sozialistische Rationalisierung, die umfassende Nutzung der Wissenschaft und Technik, die Durchsetzung einer hohen Grundfonds- und Materialökonomie sowie durch den effektivsten Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens.

In allen Bereichen der Volkswirtschaft ist ein schnelleres Tempo der wissenschaftlich-technischen Entwicklung erforderlich. Besonders geht es darum, die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse für neue Erzeugnisse sowie für neue und weiterentwickelte Technologien und Verfahren beschleunigt in die Produktion einzuführen.

Forschung und Entwicklung haben einen entscheidenden Beitrag zu leisten, um das technische Niveau der Produktion und die Qualität einschließlich der Formgestaltung der Erzeugnisse zu erhöhen, die Kosten zu senken sowie material- und energiesparende Prozesse und Erzeugnisse auf der Basis einheimischer Roh- und Werkstoffe zu entwickeln.

Mit dem Volkswirtschaftsplan 1973 sind die Vorzüge, die sich aus der engen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW ergeben, umfassender zu nutzen und weitere Schritte der sozialistischen ökonomischen Integration auf der Grundlage des Komplexprogramms zu realisieren. Dazu sind entsprechend den getroffenen internationalen Vereinbarungen die Aufgaben der Produktionskooperation und Spezialisierung, der wissen-

Diese Ausgabe enthält als Beilage für die Postabonnenten:

Titelblatt, Zeitliche Inhaltsübersicht und das Stichwortverzeichnis des Gesetzblattes Teil I für das Jahr 1972

schaftlich-technischen Zusammenarbeit und des Warenaustausches mit der UdSSR und den anderen Staaten des RGW zuverlässig zu erfüllen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der DDR mit den Entwicklungsländern ist weiter auszubauen.

Auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils sind die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Industrieländern weiterzuentwickeln.

Die weitere Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der DDR, ihr Beitrag zur Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft erfordern, daß die Aufgaben zur allseitigen ökonomischen Sicherstellung der Belange der Landesverteidigung und der inneren Sicherheit und Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik als fester Bestandteil in die Leitung und Planung der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe einbezogen werden.

Der Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1973 liegen folgende Hauptkennziffern zugrunde:

	1973 1972	%
Produziertes Nationaleinkommen	105,7	
Industrielle Warenproduktion	106,5	
darunter: Industrieministerien	107,0	
Steigerung der Arbeitsproduktivität (Industrieministerien)	105,7	
Produktion von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung gesamt	106,8	
Materielle Investitionen gesamt	109,0	
darunter: für die Industrie	113,0	
Bausaufkommen gesamt	107,6	
darunter: für den komplexen Wohnungsbau	108,6	
für Baureparaturen	111,3	
Produktion und Leistungen der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft	104,9	
Leistungen des Transport- und Nachrichtenwesens	102,9	
Außenhandelsumsatz	114,0	

## II.

Die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1973 zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes sind vor allem darauf gerichtet, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, die Einkommen der Arbeiter, Genossenschaftsbauern und der anderen Werktätigen entsprechend der Leistungssteigerung planmäßig zu entwickeln, Konsumgüter und Dienstleistungen qualitäts- und sortimentsgerecht bereitzustellen sowie das kulturelle und Bildungsniveau der Werktätigen weiter zu erhöhen. Dazu wird festgelegt:

— Die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und alle anderen Werktätigen sowie die sozialistische Arbeitskultur in den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen der Volkswirtschaft sind planmäßig zu verbessern. Durch Rationalisierungsmaßnahmen sind körperlich schwere Arbeit und Arbeit unter gesundheitsschädigenden Bedingungen systematisch zu verringern.

Dazu sind die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation verstärkt anzuwenden und die Schutzgüter für Arbeitsmittel und Arbeitsverfahren zu gewährleisten.

In den betrieblichen Plänen zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen sind die entsprechenden Maßnahmen in Übereinstimmung mit den Betriebskollektivverträgen und Jugendförderungsplänen festzulegen und mit den Räten der Kreise, Städte und Gemeinden zu koordinieren. Die Leiter

der Betriebe und Kombinate sind verpflichtet, die Vorschläge der Werktätigen auszuwerten und in den Rechenschaftslegungen vor den Betriebskollektiven über ihre Realisierung zu berichten.

— Auf der Grundlage der Leistungs- und Effektivitätsentwicklung der Volkswirtschaft werden die **Geldeinnahmen der Bevölkerung auf 105,3 % erhöht**. Die Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten wachsen dabei vorrangig und sind entsprechend den Grundsätzen der Lohn- und Tarifpolitik des 8. FDGB-Kongresses zu gestalten.

Der Umsatz an Waren für die Versorgung der Bevölkerung ist gegenüber 1972 auf 106,2 %, darunter bei Nahrungs- und Genussmitteln auf 104,2 % und bei Industriewaren auf 108,7 % zu steigern.

Der Grundbedarf der Bevölkerung ist zu decken und eine stabile Versorgung zu gewährleisten.

Die Bereitstellung an Konsumgütern für den Binnenhandel ist bei nachstehenden Erzeugnissen wie folgt zu erhöhen:

	1973 1972	%
Möbel und Polsterwaren	126	
Untertrikotagen	124	
Obertrikotagen	131	
Bettwäsche	117	
Schuhe	117	
Strumpfwaren	118	
Haushaltporzellan	131	
Tapeten	148	
Anstrichstoffe	115	
Dach- und Isolierpappe	128	
Zement	115	
Herde für gasförmige Brennstoffe	109	
Waschmaschinen	128	
Haushaltskälteschränke	110	
Personenkraftwagen	120	
Motorräder über 50 cm <sup>3</sup>	116	
Fernsehempfänger	123	
Rundfunkempfänger	109	
Magnetongeräte	155	
Spiegelreflexkameras	114	
Foto- und Kinofilme farbig	110	
Klein- und Reiseschreibmaschinen	143	
Kakaoerzeugnisse	104	
Efrischungsgetränke	109	
Röstkaffee	106	
Frischgemüse	110	
Frischobst	106	

Die Qualität der Arbeiterversorgung, besonders an den Arbeitsplätzen in der 2. und 3. Schicht, sowie der Schul- und Kinderspeisung ist zu erhöhen. Die erforderlichen materiellen und finanziellen Fonds zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit gastronomischen Leistungen sind planmäßig bereitzustellen.

— Im Jahre 1973 sind die Dienst- und Reparaturleistungen für die Bevölkerung zu erweitern. Die Leistungen der Wäschereien an Fertigwäsche für die Bevölkerung sind auf 106,6 % und der chemischen Reinigung auf 107,8 % zu steigern. Durch zielstrebige Erschließung von Reserven, durch Erhöhung der Schichtarbeit insbesondere in den industriellen Textilreinigungsbetrieben, ist die Lieferzeit weiter zu verkürzen. Es ist zu sichern, daß die Belieferung frei Haus erweitert und das Netz der Annahmestellen, speziell in industriellen Schwerpunktgebieten, ausgebaut wird.

Die Kundendienstbetriebe der Industriezweige haben in enger Zusammenarbeit mit den volkseigenen Dienstleistungsbetrieben, den Produktionsgenossenschaften des Handwerks und dem privaten Hand-

werk die Reparaturleistungen für die Bevölkerung, insbesondere bei technischen Konsumgütern, zu verbessern.

Das erfordert höhere Funktionssicherheit der Erzeugnisse und die bedarfsgerechte Bereitstellung von Ersatzteilen. Die örtlichen Staatsorgane haben entsprechend der Verordnung des Ministerrates über die Förderung des Handwerks bei Dienst- und Reparaturleistungen Maßnahmen festzulegen, um die Leistungen des Handwerks zu steigern und so den Bedarf der Bevölkerung besser zu befriedigen.

Die Dienstleistungs- und Reparaturbetriebe haben die Investitions- und Rationalisierungsmittel konzentriert mit hohem Effekt einzusetzen.

Sauberkeit und Hygiene in den Städten sind durch rationelle Nutzung und planmäßige Erweiterung der stadtwirtschaftlichen Kapazitäten, insbesondere der Straßenreinigung und Müllabfuhr, zu gewährleisten.

- Zur weiteren **Verbesserung der Wohnbedingungen**, vornehmlich der Arbeiter und kinderreicher Familien, sind 105 670 Wohnungen durch Neubau, Modernisierung, Um- und Ausbau fertigzustellen; darunter 79 100 durch Neubau.

Die Initiative der Werktätigen, die mit eigenen Leistungen und finanziellen Mitteln zur Verbesserung der Wohnbedingungen beitragen, ist aktiv zu fördern. Zu diesem Zweck sind Möglichkeiten zu schaffen, 37% der Neubauwohnungen durch Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften zu errichten, mindestens 4 830 Eigenheime fertigzustellen und 16 000 für 1974 vorzubereiten. Für Ländarbeiter und Genossenschaftsbauern sind rund 6 600 Wohnungen durch landwirtschaftliche Baukapazitäten zu errichten.

Die Mittel und Kapazitäten für Baureparaturen an Wohngebäuden, Bauten der Volksbildung, der Kultur und des Gesundheitswesens sind planmäßig zu erhöhen.

- Auf dem Gebiet der **sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes** geht es vor allem um die rationelle Nutzung der Naturreichtümer, insbesondere die Reinhaltung der Gewässer und der Luft, die wirtschaftliche Nutzung und den Schutz des Bodens sowie die Beseitigung und Verwertung von Siedlungsmüll und industriellen Abprodukten.

Die im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Investitionen für den Umweltschutz sind vorrangig in den Arbeiterzentren zur Verbesserung der Arbeits- und Umweltbedingungen einzusetzen.

- Auf dem Gebiet der **Volksbildung** ist die Verwirklichung der zehnklassigen Oberschulbildung kontinuierlich weiterzuführen, wobei die territorialen Unterschiede Schritt für Schritt zu überwinden sind. Im Jahre 1973 sind 3 249 Unterrichtsräume, 26 700 Plätze in Schulhorten und 108 Schulturnhallen neu zu schaffen. Die Anzahl der Plätze in Kindergärten ist um 23 500 schwerpunktmäßig in Zentren der industriellen Entwicklung zu erhöhen. Es sind mehr Mittel zur Werterhaltung an Schul- und Kindereinrichtungen bereitzustellen und die Bedingungen für die Schul- und Kinderspeisung weiter zu verbessern.

- In die **Berufsausbildung** sind 194 000 Schulabgänger zur Ausbildung als Facharbeiter aufzunehmen.

Die Leiter der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen haben in Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatsorganen die Ausbildung und Erziehung des sozialistischen Facharbeiternachwuchses auf der Grundlage der staatlichen Lehrpläne in hoher Qualität zu sichern. Verstärkt ist auf Berufe der materiellen Produktion, besonders der Konsumgüterproduktion, sowie auf solche Berufe zu orientieren, die unmittelbar der besseren Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen dienen.

Die örtlichen Staatsorgane haben zur Sicherung der Ausbildung der Schüler an den kommunalen Berufsschulen die erforderlichen materiell-technischen Voraussetzungen zu schaffen. Das betrifft die Erweiterung der Kapazitäten dieser Schulen ebenso wie ihre Werterhaltung.

Die Aus- und Weiterbildung von Produktionsarbeitern ist kontinuierlich fortzuführen. Verstärkt sind Frauen zu Facharbeitern, insbesondere zu Produktionsfacharbeitern, zu qualifizieren.

- An den **Hoch- und Fachschulen** sind größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Qualität der Ausbildung zu erhöhen. Zur weiteren Verbesserung der Arbeits-, Lebens- und Studienbedingungen sind an den Hoch- und Fachschulen 11 300 Internatsplätze, 11 350 Seminar- und Hörsaalplätze, 7 000 Arbeitsplätze sowie Mensen mit einer Kapazität für 16 600 Essenteilnehmer neu zu schaffen.

Für die Absolventen ist im Jahre 1973 ein effektiver Einsatz zu gewährleisten. Gleichzeitig ist der Einsatz der Absolventen im Jahre 1974 gründlich vorzubereiten.

- Die **Werkstätigen des Gesundheits- und Sozialwesens** haben die Aufgabe, die Qualität der medizinischen Betreuung der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, entsprechend den Erkenntnissen der modernen Medizin zu erhöhen.

Dabei sind die ambulante medizinische Betreuung planmäßig auszubauen und ihre Leistungen vor allem im Zusammenwirken mit den stationären Einrichtungen zu verbessern. Eine vorrangige Aufgabe besteht darin, die noch vorhandenen Disproportionen in der medizinischen Betreuung sowohl hinsichtlich der Gesamtzahl der Ärzte in den Bezirken und Kreisen sowie nach medizinischen Fachgebieten schrittweise zu überwinden.

Die Anzahl der staatlichen ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Arbeitsplätze ist 1973 um rund 1 000 Plätze zu erweitern.

Der vorbeugende Gesundheitsschutz, besonders die Arbeitshygiene und die arbeitsmedizinische Betreuung, die gesundheitsfördernde Gestaltung der Arbeits- und Umweltbedingungen sowie der Infektionsschutz, ist qualitativ zu verbessern. Die Diagnostik- und Therapieverfahren sind durch die Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zu qualifizieren.

Die Betreuung der Kleinkinder ist durch die Schaffung von rund 12 700 neuen Krippenplätzen unter weitgehender Nutzung der gemeinsamen Initiative der Betriebe und örtlichen Staatsorgane zu vervollkommen.

Die mit dem Gemeinsamen Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Ministerrates der DDR vom 27. 4. 1972 festgelegten sozialpolitischen Maßnahmen werden im Jahre 1973 voll wirksam.

Für die älteren und pflegebedürftigen Bürger wird die Anzahl der Plätze in staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen erhöht. Im Zusammenwirken der staatlichen Organe und der gesellschaftlichen Organisationen ist eine **weitere Verbesserung der Betreuung der älteren und der gesundheitsgeschädigten Bürger** zu erreichen und ihre aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und beruflichen Leben zu fördern.

- In **Übereinstimmung mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund** sind die gesellschaftlichen und materiellen Bedingungen für die **Erholung der Bürger** zu verbessern und zu erweitern.

Durch Rekonstruktion und Fertigstellung von 1300 neuen Urlaubsplätzen sind Voraussetzungen zu schaffen, daß durch den Feriendienst der Gewerkschaften den Werktätigen 1,3 Millionen Urlaubsreisen bereitgestellt werden können. Die Erholungsaufenthalte sind so zu gestalten, daß sie den geistig-kulturellen und sportlich-touristischen Bedürfnissen der Erholungsuchenden Rechnung tragen.

Durch Rekonstruktion und Modernisierung vorhandener Einrichtungen sind die Bedingungen für die Kinder- und Jugenderholung zu verbessern.

Die Voraussetzungen für die kontinuierliche Entwicklung des Kinder- und Jugendsportes, insbesondere der Spartakiadebewegung, und die regelmäßige sportliche Betätigung der Werktätigen sind weiter planmäßig zu verbessern.

Es ist die Qualität und Vielfalt der kulturellen und künstlerischen Tätigkeit sowie der Arbeit der kulturellen und künstlerischen Einrichtungen zu erhöhen. Die Kultur und Kunst der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Bruderländer sind noch umfassender, zielstrebig und wirksamer zu verbreiten.

Mit dem weiteren Aufschwung des sozialistischen Kunstschaffens wird ein bedeutender Beitrag zur immer besseren Befriedigung der künstlerischen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen geleistet.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Weiterentwicklung der künstlerischen Betätigung der Werktätigen zu widmen. Mit der Vorbereitung und Durchführung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten ist ein Aufschwung im geistig-kulturellen Leben der Jugend zu erzielen.

Die Qualität der Aus- und Weiterbildung der auf kulturellem Gebiet tätigen Kader ist zu erhöhen.

Die Fernseh- und Rundfunkprogramme sind entsprechend den wachsenden Anforderungen der Werktätigen reichhaltiger und vielseitiger zu gestalten.

Mit der planmäßigen Ausstrahlung von Farbsendungen im 1. Fernsehprogramm ist Mitte des Jahres 1973 zu beginnen. Dazu ist das Angebot an Farbfernsehempfängern wesentlich zu erhöhen.

### III.

Zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes sowie zur Stärkung der materiell-technischen Basis des Sozialismus ist die materielle Produktion wie folgt zu entwickeln:

	1973 zu 1972 in %		
	Industrielle Warenproduktion	Produktion fertiger Erzeugnisse für die Bevölkerung	Arbeitsproduktivität/Warenproduktion
Industrieministerien gesamt	107,0	108,9	105,7
darunter Ministerium für Kohle und Energie	106,4	102,1	103,2
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	104,8	124,5	103,7
Chemische Industrie	108,4	113,2	106,6
Elektrotechnik/Elektronik	108,6	104,5	106,8
Schwermaschinen- und Anlagenbau	106,9	105,8	105,8
Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau	107,9	110,8	106,4
Leichtindustrie	107,7	122,3	106,0
Glas- und Keramikindustrie	108,0	127,4	105,0
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	105,6	105,4	105,6

Im Ministerium für Bauwesen sind die Bau- und Montageproduktion auf 104,4% und die industrielle Warenproduktion der Baumaterialienindustrie auf 108,1% zu erhöhen.

Die Werktätigen des Bauwesens haben die Aufgabe, die Bauvorhaben – beginnend bei der Projektierung – in kürzester Zeit mit niedrigem Aufwand und in hoher Qualität fertigzustellen und zur Nutzung zu übergeben.

Die Produktion volkswirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse wird wie folgt festgelegt:

	ME	1973
Elektroenergie	GWh	75 273
Stadtgas	Mio m <sup>3</sup>	4 788
Erdölverarbeitung	1 000 t	14 500
Fertige Walzstahlerzeugnisse	1 000 t	3 393
Erzeugnisse der metallurgischen Weiterverarbeitung	1 000 t	1 892
Stahlrohre	1 000 t	402
Kalidüngemittel	1 000 t K <sub>2</sub> O	2 515
Stickstoffdüngemittel	1 000 t N	439
Phosphate	1 000 t P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	459
Polyvinylchlorid	1 000 t	162
Synthetische Seiden	1 000 t	39
Synthetische Fasern	1 000 t	52
Maschinen und Ausrüstungen für die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie	Mio M	542
Maschinen und Ausrüstungen für die Lebensmittelindustrie	Mio M	378
Spanabhebende Werkzeugmaschinen	Mio M	847
Kaltumformende Werkzeugmaschinen	Mio M	312
Plast- und Elastverarbeitungs- maschinen	Mio M	246
Wälzlager	Mio M	344
Armaturen aus Stahlguß	Mio M	305
Erzeugnisse der Hydraulik	Mio M	400
Elektrische Groß- und Mittelmaschinen	Mio M	90
Automatische Telefonzentralen	Mio M	223
Geräte und Einrichtungen für die Überwachung, Regelung und Steuerung	Mio M	718
Möbel und Polsterwaren	Mio M	3 354
Teppiche und Läufer	1 000 m <sup>2</sup>	17 590
Tülle und Gardinen	1 000 m <sup>2</sup>	115 772
Obertrikotagen	1 000 Stück	48 563
Schuhe	1 000 Paar	40 480
Waschmaschinen und Wasch- kombinationen für den Haushalt	1 000 Stück	310
Haushaltkälteschränke	1 000 Stück	465
Kleinkrafträder bis 50 cm <sup>3</sup>	1 000 Stück	148
Fahrräder	1 000 Stück	454
Herde für gasförmige Brennstoffe	1 000 Stück	167
Heißwasserbereiter für gasförmige Brennstoffe	1 000 Stück	156
Fernsehempfänger	1 000 Stück	447
Rundfunkempfänger	1 000 Stück	1 048
Zement	1 000 t	9 673
Silikatbeton	1 000 m <sup>3</sup>	620

Die Arbeit der Forschungs- und Entwicklungskollektive im Jahre 1973 ist darauf zu konzentrieren, den wissenschaftlichen Vorlauf für die sozialistische Rationalisierung unter Nutzung der internationalen Zusammenarbeit, besonders in der Konsumgüterindustrie, zu schaffen, neue Erzeugnisse mit optimalen Gebrauchswerteigenschaften für die bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung zu entwickeln und die Qualität und Zuverlässigkeit der im Angebot befindlichen Konsumgüter zu erhöhen. Es sind solche hochproduktiven Technologien und Verfahren einzuführen, die vor allem durch Anwendung der in der DDR verfügbaren

Roh- und Werkstoffe eine wesentliche Erweiterung der bedarfs- und sortimentsgerechten Produktion gewährleisten.

Die **Materialökonomie** als eine entscheidende Quelle der Erhöhung des Nationalreichtums ist in allen Bereichen und Zweigen wesentlich zu verbessern. Im Jahre 1973 ist der Aufwand an wichtigen Roh- und Werkstoffen, berechnet auf eine Einheit industrieller Warenproduktion, um 2,1 % zu senken;

darunter der spezifische Verbrauch an Elektroenergie um 2 %, an Walzstahl in der metallverarbeitenden Industrie um 4,6 %, an Zement in der Bauindustrie um 1 % und an Baustahl um 1,5 %. Dazu ist die Initiative der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb, besonders der Arbeiterjugend in der FDJ-Aktion Materialökonomie, weiter zu fördern.

Die Erhöhung der materiellen Produktion erfordert den rationellen Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und die volle Nutzung der Arbeitszeit. Die hochproduktiven Anlagen und Ausrüstungen sind besser auszulasten. Es sind Voraussetzungen zu schaffen, damit die Produktionskapazitäten, vor allem die neu in Betrieb genommenen Investitionsvorhaben, mit einem wesentlich höheren Schichtfaktor effektiver genutzt werden. Dazu ist die Anzahl der Produktionsarbeiter in der materiellen Produktion weiter zu erhöhen.

Durch die **Eigenherstellung von Rationalisierungsmitteln** ist ein wesentlicher Beitrag zu leisten, um die Intensivierung der Produktion materiell zu sichern.

Den Rationalisierungsbüros obliegt es, die Betriebe und Kombinate bei der durchgängigen Rationalisierung ganzer technologischer Prozesse und Betriebsteile, besonders der Hilfs- und Nebenprozesse, wie der Lagerhaltung und der Verpackung, wirksamer zu unterstützen.

Die **Investitionen** sind mit hoher Effektivität durchzuführen und bei Verkürzung der Bauzeiten auf die Fertigstellung von Kapazitäten bzw. Teilkapazitäten im Jahre 1973 zu konzentrieren. Die festgelegten Termine für die Inbetriebnahme sowie die technischen und ökonomischen Parameter und die damit verbundenen Anforderungen an die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind exakt einzuhalten.

Die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe haben die erforderlichen Maßnahmen zur rechtzeitigen und gründlichen Vorbereitung der Investitionsvorhaben zu treffen.

In der **Land- und Nahrungsgüterwirtschaft** sind im Jahre 1973 alle Kräfte darauf zu konzentrieren, daß die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Linie der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und des Übergangs zu industriemäßigen Produktionsmethoden auf dem Wege der Kooperation konsequent weitergeführt wird.

Das staatliche Aufkommen landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird wie folgt festgelegt:

	ME	1973
Schlachtvieh gesamt	1 000 t	1 790 und 80 Zusatzproduktion
Milch (3,5 % Fettgehalt)	1 000 t	6 750
Eier	Mio Stück	3 640

Vor den **Genossenschaftsbauern, Landarbeitern und Werktätigen** in der Nahrungsgüterwirtschaft steht die Aufgabe, die betrieblichen Reserven zur Steigerung der Produktion in der Feld- und Viehwirtschaft sowie zur rationellen Verarbeitung in der Nahrungsgüterwirtschaft zu nutzen und die Verluste zu senken, um den höheren Bedarf an Nahrungsmitteln, insbesondere an Fleisch, im Jahre 1973 zu decken.

Ein Schwerpunkt ist die Schaffung industriemäßiger Tierproduktionsanlagen, insbesondere zur Schweinemast, die 1973/74 produktionswirksam werden.

Der Landwirtschaft sind 1973 mehr und bessere Produktionsmittel zur Verfügung zu stellen.

	ME	1973
Traktoren insgesamt	Stück	10 460
Mähdrescher	Stück	1 250
LKW W 50	Stück	1 350
Stickstoffdüngemittel	1 000 t N	760

Die **Landmaschinenindustrie** hat die qualitäts- und sortimentsgerechte Ersatzteilproduktion wesentlich zu erhöhen, um die Einsatzfähigkeit der vorhandenen Technik zu den agrotechnischen Terminen zu sichern.

Die **Werktätigen** in der Landwirtschaft tragen eine hohe Verantwortung für die sorgsame Pflege und volle Auslastung der Technik im Jahre 1973.

In der **Nahrungsgüterwirtschaft** sind durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen und mehrschichtige Auslastung der Verarbeitungskapazitäten Voraussetzungen zu schaffen, das größere Aufkommen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, besonders bei Schlachtvieh, in guter Qualität zu verarbeiten und damit der Bevölkerung hochwertige Erzeugnisse entsprechend dem Bedarf anzubieten. Die dafür erforderlichen Ausrüstungen des Maschinenbaus sind planmäßig bereitzustellen.

Auf dem Gebiet des **Verkehrswesens** sind insbesondere der Berufsverkehr, vor allem in den Städten Berlin, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Halle, Rostock und in anderen Ballungsgebieten, weiter zu verbessern und die Transportleistungen für die X. Weltfestspiele zu sichern. Die Leistungen im Gütertransport sind durch die Rationalisierung der Transport-, Umschlags- und Reparaturprozesse weiter zu erhöhen.

Es ist eine höhere Durchlaßfähigkeit und Sicherheit im Fernstraßennetz zu gewährleisten.

Im **Post- und Fernmeldewesen** sind die planmäßig festgelegten materiellen und finanziellen Mittel zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie zur Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben effektiv einzusetzen.

In der **Wasserwirtschaft** sind die Kräfte und Mittel auf die stabile Versorgung mit Trink- und Brauchwasser zu konzentrieren. Das verlangt einen rationellen Wasserhaushalt bei minimalem gesellschaftlichen Aufwand und effektivem Einsatz der wasserwirtschaftlichen Anlagen in allen Bereichen der Volkswirtschaft.

Die **Investitionen** sind für solche Vorhaben einzusetzen, mit denen die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbehandlung verbessert sowie die Wasserversorgung für den Wohnungsbau gewährleistet wird. Größere Anstrengungen sind erforderlich, um die Trinkwasserversorgung auf dem Lande zu verbessern. In der Industrie sind weitere Maßnahmen zur rationellen Verwendung des Wassers durchzuführen.

#### IV.

Zur Durchführung des **Volkswirtschaftsplanes 1973** ist die **Leitung und Planung** in allen Bereichen auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus zu qualifizieren und besonders auf die allseitige Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion sowie auf ihre höhere Effektivität zu richten.

Die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe haben in enger Zusammenarbeit mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der Freien Deutschen Jugend und anderen Massenorganisationen der Werktätigen die schöpferische Initiative der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angehörigen der Intelligenz und der anderen Werktätigen auf die Erfüllung und gezielte Übererfüllung

lung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes zu orientieren und sie allseitig zu fördern.

Durch die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe sind die notwendigen Voraussetzungen für eine kontinuierliche Produktion, die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Erhöhung der Leistungen in den ihnen unterstellten Bereichen zu schaffen. Dabei sind in stärkerem Maße die fortgeschrittensten Erfahrungen zu verallgemeinern und Betriebsvergleiche zu organisieren. Auf der Grundlage der staatlichen Planaufgaben sind alle erforderlichen Bedingungen für die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs und der Neuerer- und Rationalisatorienbewegung zu schaffen. Die Bewegung „Messe der Meister von morgen“ ist zielstrebig zu fördern. Die im Volkswirtschaftsplan 1973 festgelegten Mittel und die betrieblichen Möglichkeiten für die materielle und moralische Stimulierung der Interessiertheit der Werktätigen an der Erfüllung und gezielten Übererfüllung der Planziele sind wirksamer anzuwenden.

Die Leiter der Betriebe und Kombinate haben auf der Grundlage der staatlichen Planaufgaben bilanzierte Betriebspläne auszuarbeiten, sie auf die Arbeitskollektive aufzuschlüsseln und vor den Betriebskollektiven gründlich zu erläutern.

Sie sind verpflichtet, durch den Abschluß von Wirtschaftsverträgen und andere Maßnahmen die Voraussetzungen zu schaffen, damit jeder Betrieb seine Planaufgaben allseitig und kontinuierlich erfüllen kann. Dabei ist der Bedarf der Wirtschaft und der Bevölke-

rung als Ausgangsgröße für den Einsatz der Produktionskapazitäten, der Rohstoffe, Materialien und Rationalisierungsmittel zu nehmen.

Die Volksvertretungen und ihre Räte in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden haben die Aufgabe, die territorialen Ressourcen und Möglichkeiten zu nutzen, um die Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit zu erhöhen, die Konsumgüterproduktion wesentlich zu steigern und die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Bevölkerung weiter zu verbessern.

Sie haben auf der Grundlage der staatlichen Plankennziffern 1973 den Plan für ihren Bereich zu beschließen und sind verpflichtet, die vollständige und kontinuierliche Erfüllung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1973 zu sichern und das gesellschaftliche und kulturelle Leben der Bürger allseitig zu fördern.

Der Ministerrat hat als Organ der Volkskammer auf der Grundlage des Gesetzes über den Ministerrat durch die einheitliche Durchführung der Staatspolitik die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1973 zu gewährleisten. Entsprechend seiner Verantwortung für die politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen sowie die ihm übertragenen Verteidigungsaufgaben trifft er Entscheidungen über notwendige Veränderungen des Volkswirtschaftsplanes, wenn dies durch veränderte Bedingungen im Interesse der stabilen und kontinuierlichen Versorgung der Bevölkerung, der Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität und zur planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft erforderlich wird.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierzehnten Dezember neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierzehnten Dezember neunzehnhundertzweiundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

**Gesetz  
über den Staatshaushaltsplan 1973  
vom 14. Dezember 1972**

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschließt in Übereinstimmung mit dem Volkswirtschaftsplan 1973 folgendes Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1973:

§ 1

(1) Die Einnahmen und Ausgaben des Staates, des Staatshaushaltsplanes der Deutschen Demokratischen Republik und die Fonds der VEB, volkseigenen Kombinate und VVB aus Gewinn werden wie folgt bestätigt:

	Einnahmen und Ausgaben des Staates	Staatshaushaltsplan	Fonds der VEB, volkseigenen Kombinate und VVB aus Gewinn
	— in Millionen M —		
Einnahmen	192 379,2	90 261,8	12 117,4
Ausgaben	102 316,2	90 198,8	12 117,4
Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben im Jahre 1973	63,0	63,0	—

(2) Der zentrale Haushaltsplan und die Haushaltspläne der Bezirke werden wie folgt bestätigt:

	Zentraler Haushaltsplan	Haushaltspläne der Bezirke
	— in Millionen M —	
Einnahmen	70 498,0	19 763,8
Ausgaben	70 435,0	19 763,8

§ 2

(1) Zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes, insbesondere für die Bildung, die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der Bürger, für die Befriedigung der geistig-kulturellen Bedürfnisse, für die Erholung und sportliche Betätigung der Werktätigen, für den Neu-, Um- und Ausbau von Wohnungen, die Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes und für die Beibehaltung niedriger Mietpreise sowie für Subventionen zur Aufrechterhaltung stabiler Verbraucherpreise für die Bevölkerung, werden durch den Staatshaushalt Zuschüsse in Höhe von 24 826,5 Millionen M als gesellschaftliche Fonds zur Verfügung gestellt.

(2) Für den Ersatz und die Erweiterung der Grundfonds des Bildungswesens, des Gesundheits- und Sozial-



wesens, der Kultureinrichtungen, des Sports und des Erholungswesens werden 1 002,9 Millionen M aus dem Staatshaushalt bereitgestellt.

## § 3

Die Haushaltspläne der Sozialversicherung werden wie folgt bestätigt:

	Arbeiter und Angestellte	Mitglieder der sozialistischen Produktionsgenossenschaften und andere werktätige Schichten
— in Millionen M —		
Einnahmen	9 198,8	1 271,6
Ausgaben	15 819,7	2 749,9
Zuschuß aus dem Staatshaushalt	6 620,9	1 478,3

## § 4

(1) Für die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben des Staates haben die VEB, volkseigenen Kombinate und VVB 51 297,7 Millionen M Produktionsfondsabgabe, Handelsfondsabgabe, Nettogewinnabführungen, Produktionsabgabe und andere Zahlungen an den Staatshaushalt abzuführen.

(2) Für die Finanzierung ausgewählter wissenschaftlich-technischer Aufgaben sowie von Investitionsvorhaben werden den VEB, volkseigenen Kombinat und VVB zusätzlich zu den nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung selbst zu erwirtschaftenden Fondsaufgabenbezogen bzw. objektgebunden 5 214,5 Millionen M aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt.

## § 5

(1) Von den sozialistischen Genossenschaften der Landwirtschaft und ihren Mitgliedern sind ökonomisch begründete Abgaben und Rückführungsbeträge in Höhe von 1 050,8 Millionen M zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben an den Staatshaushalt abzuführen.

(2) Zur Förderung der sozialistischen Intensivierung der Produktion, des schrittweisen Übergangs zu industriemäßigen Methoden der Produktion auf dem Wege der Kooperation werden den volkseigenen Gütern, den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Produktionsgenossenschaften sowie ihren kooperativen Einrichtungen 2 061,3 Millionen M für Meliorationen, Investitionszuschüsse, produktgebundene Preiszuschläge und andere produktionsfördernde Maßnahmen bereitgestellt.

## § 6

Für die Verteidigungsbereitschaft und die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik sind im Interesse der Erhaltung des Friedens aus dem Staatshaushalt 8 328,0 Millionen M bereitzustellen.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierzehnten Dezember neunzehnhundertzweiundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierzehnten Dezember neunzehnhundertzweiundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht

## § 7

Die Haushaltspläne der Bezirke werden wie folgt bestätigt:

	Einnahmen und Ausgaben	Darunter Anteile an den Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes	Kassenbestand am 1. Januar 1973 und 31. Dezember 1973
— in Millionen M —			
Berlin	1 878,1	732,5	39,0
Rostock	1 190,3	700,2	22,0
Schwerin	828,5	531,3	18,0
Neubrandenburg	849,7	550,6	19,0
Potsdam	1 294,8	654,6	24,0
Frankfurt/Oder	895,7	559,1	13,0
Cottbus	1 014,9	535,9	16,0
Magdeburg	1 482,2	761,0	27,0
Halle	1 947,5	928,4	33,0
Erfurt	1 347,4	660,9	24,0
Gera	934,9	511,8	18,0
Suhl	610,1	321,8	11,0
Dresden	1 881,2	798,6	38,0
Leipzig	1 507,3	588,8	27,0
Karl-Marx-Stadt	2 001,2	740,1	33,0
Insgesamt:	19 763,8	9 553,4	356,0

## § 8

Die örtlichen Volksvertretungen finanzieren ihre planmäßigen Aufgaben aus:

- Einnahmen aus den ihnen unterstehenden volkseigenen Betrieben und staatlichen Einrichtungen;
- Steuern (ohne Lohnsteuer), Gewinnausgleichen sowie Gemeindesteuern;
- dem Anteil an den Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes.

## § 9

Der Ministerrat beschließt entsprechend den im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1973 getroffenen Festlegungen über die in Durchführung der Pläne notwendigen Veränderungen des Staatshaushaltsplanes 1973. Der im § 1 festgelegte Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben darf nicht vermindert werden.

## § 10

Durchführungsbestimmungen erläßt der Minister der Finanzen.

## § 11

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1973 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt das Gesetz vom 20. Dezember 1971 über den Staatshaushaltsplan 1972 (GBl. I Nr. 11 S. 197) außer Kraft.

**Beschluß  
der Volkskammer  
der Deutschen Demokratischen Republik  
zum Entwurf des „Gesetzes über die  
örtlichen Volksvertretungen,  
und ihre Organe  
in der Deutschen Demokratischen Republik“**

vom 14. Dezember 1972

1. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nimmt den Entwurf des „Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der Deutschen Demokratischen Republik“ und die vom Ministerrat dazu gegebene Begründung zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Gesetzentwurf wird dem Verfassungs- und Rechtsausschuß, dem Ausschuß für Industrie, Bauwesen und Verkehr, dem Ausschuß für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, dem Ausschuß für Handel und Versorgung, dem Ausschuß für Haushalt und Finanzen, dem Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik, dem Ausschuß für Gesundheitswesen, dem Ausschuß für Volksbildung, dem Ausschuß für Kultur, dem Jugendausschuß und dem Ausschuß für Eingaben der Bürger zur Beratung überwiesen.
3. Der Entwurf des Gesetzes wird den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen zur Beratung übergeben. Die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe gewährleisten die Teilnahme der Werktätigen an der Diskussion des Gesetzentwurfes. Vorschläge zum Gesetzentwurf können bis zum 31. März 1973 an den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik eingereicht werden.

4. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik wird beauftragt, die Vorschläge zum Gesetzentwurf auszuwerten und den auf Grund dieser Vorschläge überarbeiteten Entwurf des Gesetzes der Volkskammer zur 2. Lesung vorzulegen.

Vorstehender Beschluß wurde von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer 7. Tagung am 14. Dezember 1972 gefaßt.

Berlin, den 14. Dezember 1972

Gerald Götting  
Präsident der Volkskammer  
der Deutschen Demokratischen Republik

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Konsularvertrages  
vom 25. Februar 1972  
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik  
und der Volksrepublik Polen  
vom 7. November 1972**

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 19. Juli 1972 über den Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vom 25. Februar 1972 (GBl. I Nr. 11 S. 173) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag nach dem am 31. Oktober 1972 in Warschau erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 44 am 30. November 1972 in Kraft tritt.

Berlin, den 7. November 1972

Der Sekretär des Staatsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik  
H. Eichler

Herausgeber: Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 1538 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 49 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 1,20 M., Teil II 1,80 M. — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M., bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M., bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M., bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M. je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M. mehr

Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 239 52 23

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck)

Index 31 816